Fedor Ruhose

Rechtspopulismus in der Opposition

Die AfD-Fraktion im Bundestag (2017–2021)



campus

Fedor Ruhose

Rechtspopulismus in der Opposition

Die AfD-Fraktion im Bundestag (2017–2021)

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Über das Buch

Die Bundestagswahl 2017 markierte eine Zäsur in der Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems: Mit der Alternative für Deutschland (AfD) zog erstmals seit den 1950er Jahren wieder eine in Teilen rechtsextreme Partei in das Parlament ein. Konnte sie sich etablieren? Welche Arbeit leistete sie in der Opposition? Welche Antworten fanden die konkurrierenden Akteure auf den Rechtspopulismus? Fedor Ruhose analysiert parlamentarische Funktion und Strategie der AfD-Bundestagsfraktion bis 2021. Er untersucht dafür ihre Debattenbeiträge und politischen Schwerpunktsetzungen, die stark von den Gegensätzen Provokation und Selbstverharmlosung geprägt waren. Zudem zeigt er auf, wie die AfD zum Sprachrohr von Emotionen ihrer Wähler und außerparlamentarischen Unterstützer wurde und wie sich dadurch das politische System der Bundesrepublik änderte.

Vita

Fedor Ruhose ist Policy Fellow beim Berliner Think Tank »Das Progressive Zentrum« und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn. Hauptberuflich ist er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Rheinland-Pfalz.

Inhalt

Vorwort

Das Parteiensystem ist um einen Akteur größer geworden. Deutschland hat seit 2017 eine rechtspopulistische Opposition. Die Alternative für Deutschland (AfD) ist 2017 und 2021 in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Diese Arbeit beobachtet das Werden und Agieren einer neuen Bundestagsfraktion und hat einen abgeschlossenen Beobachtungszeitraum, die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags.

In diesem Zeitraum – so scheint es – hat sich auch die Gesellschaft im Zeitraffer verändert. Auch wenn diese Betrachtungsweise von vermeintlich disruptiven Prozessen historisch gesehen nicht zutrifft und wahrscheinlich mit dem Auseinanderfallen von »Erwartungshorizont« und »Erfahrungswert« zu tun hat, welches Reinhart Koselleck (1979) als ein zentrales Merkmal moderner Gesellschaften kennzeichnet (vgl. dazu: Frisieke / Sprondel 2022: 35), so zeigt doch die Art und Weise der Debatten der vergangenen Jahre, dass Veränderungen auf vielen Ebenen erfolgen (instruktiv dazu Decker et al. 2022, Florack et al. 2021). Dies führt zu emotionalen Verunsicherungen in der Gesellschaft und ein Ausdruck davon ist eben auch die Zustimmung zur AfD. Seit der Bundestagswahl 2021 hat die AfD zwar ihre Schlüsselrolle als stärkste Oppositionsfraktion verloren, konnte allerdings ihr Kernklientel erreichen (Kamann 2022h: 4). Unmittelbar nach der Bundestagswahl von 2021 ist die Partei in eine erneute Häutungsphase eingetreten nach dem Rücktritt des Co-Parteivorsitzenden Jörg Meuthen. Trotz des Rückzugs von Alexander Gauland vom Fraktionsvorsitz haben Partei und Fraktion mit dem neuen Führungsduo Alice Weidel und Tino Chrupalla personelle Kontinuität sichergestellt. Kontinuität auch in der mittlerweile traditionell geübten Kritik an den Personen der Partei- und Fraktionsführung (Malzahn 2022: 4, Basl et al. 2022). Gleichzeitig erhalten die Risse, die die Partei durchziehen, immer mehr Einzug in die Fraktion (vgl. bspw. Diekmann 2022) oder es werden Risse im Nachhinein deutlich, die auch in diesem Buch thematisiert werden.[1] So wurde der Co-Fraktionsvorsitzende Tino

Chrupalla Ende Februar 2022 öffentlich von seinen Fraktionskollegen aufgefordert, sich intern für seine Reden im Bundestag zum russischen Angriff auf die Ukraine zu erklären (Müller/Weiland 2022: 51). Zugleich sind die fast schon chronischen inneren Stellungskämpfe um die Ausrichtung der AfD nicht beendet (Nefzger 2022: 4) und sie muss nun auch definitiv damit umgehen, dass der Verfassungsschutz sie beobachtet (Frigelj/Schindler 2022: 6).

Der Auftritt der AfD-Fraktion in den Plenarsitzungen folgt trotz dieser Entwicklungen auch in der neuen Wahlperiode weiter den hier analysierten Mustern. Das belegt direkt eine der ersten Beobachtungen zum Start der wiedergewählten AfD-Fraktion nach der Konstituierung des Bundestags 2021 (Kamann 2021h: 5). In der Betrachtung der bisherigen Entwicklung der AfD als Partei verweist Bender (2022: 4) darauf, dass sie eine »anstrengende Partei« sei: »Jeder Parteitag ist ein Richtungsparteitag, jede Wahl eine Schicksalswahl.« Dabei geht es aber vor allem um die Frage, ob eine weitere Radikalisierung auch in den öffentlichen Parlamentsäußerungen der Führungspersonen erfolgt, denn inhaltlich gibt es kaum Unterschiede zwischen den vorhandenen Strömungen und die Abgeordneten könnten als »ideologisch gefestigte« Fraktion auftreten (Ruhose 2020c: 28).

Die AfD-Fraktion im Bundestag hat im Zuge der Entwicklungen seit dem russischen Angriff auf die Ukraine und den daraus resultierenden Diskussionen über die Verteidigungspolitik und die Energieversorgung erneut eine Emotionalisierungsfunktion übernommen, deren Konzept in dieser Arbeit hergeleitet wird. Seit der kriegerischen Aktion Russlands gegen die Ukraine im Jahr 2022 haben die Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber auch Fragen der Integrationspolitik in der politischen Diskussion eine neue Stufe erreicht. Es ist noch nicht ausgemacht, ob dieser von der AfD weiter verfolgte Weg erfolgreich sein wird. Im Herbst 2022 zeigt sich aber, dass diese Situation wie zugeschnitten auf rechtspopulistische Kräfte zu sein scheint. Die Partei hat sich in den Umfragen wieder auf dem Niveau des Bundestagswahlergebnis von 2017 stabilisiert. Die AfD-Fraktionsführung bleibt ihrer strategischen Ausrichtung treu, die sie in den Jahren im Bundestag entwickelt hat. Daher formuliert auch in dieser neuen inhaltlichen Konstellation überwiegend eine kritische »Anti-Position« und kann so Menschen erreichen, die sich

in der Mehrheitsmeinung nicht wiederfinden.

Diese Erkenntnisse stehen somit zwar zu Beginn dieses Buches, aber chronologisch eben am Ende einer intensiven Beobachtung mit dem »neuen« Phänomen AfD im Bundestag von 2017.[2] Dabei profitiert die Arbeit von zahlreichen Gesprächen mit Beteiligten und politischen Beobachterinnen und Beobachtern.[3] Aus Sicht des Verfassers können so auch generelle Ableitungen zum Wesen einer »Rechtspopulistischen Opposition« getroffen werden, was sich auch im Titel der Arbeit niederschlägt. Da hier der Schwerpunkt auf der Funktion von rechtspopulistischen Fraktionen im Parlament liegen, werden verfassungs- und parlamentsrechtlichen Rahmenbedingungen der Opposition in diesem Buch lediglich gestreift. Für die Diskussion dieser Dimensionen wird das Buch »Parlamentsfraktionen« (Ruhose 2022) verwiesen.

1.Einleitung

1.1Rechtspopulistische Opposition – ein Problemaufriss

Der parteiförmige Rechtspopulismus besitzt seit der Bundestagswahl 2017 eine parlamentarische Vertretung. Am Ende der 19. Wahlperiode bilden 88 Mitglieder des Deutschen Bundestags dort die erste AfD-Fraktion. In den bisherigen Untersuchungen über die neue Partei und ihre Verortung im Parteiensystem geht es vorwiegend um die Entstehung und um Vergleiche zwischen den unterschiedlichen Ebenen der Partei. In der Forschung wird auch die parlamentarische Arbeit der Fraktionen auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen untersucht (Butterwegge et al. 2018; Hafeneger et al. 2018; Schroeder et al. 2017 und Schroeder/Weßels 2019a).

Dabei wurde noch keine umfassende Arbeit allein mit dem Fokus auf die erste Bundestagsfraktion der AfD verfasst, sodass eine detaillierte Dokumentation und Analyse der Arbeitsweise der rechtspopulistischen Opposition im Bundestag bislang fehlen. In der Forschung über die parlamentarische Opposition sind solche Einzelstudien in der Vergangenheit allerdings hilfreich gewesen. Dabei geht es darum, auf Basis einer »dichten Beschreibung« (Geertz 1987: 39 und für die Übertragung auf die Analyse politischer Akteure Mielke 2014: 177–204) der Handlungsweisen der AfD im Parlament theoretische Ableitungen für eine rechtspopulistische (und systemkritische) Opposition vornehmen zu können. Dies erfolgt gemeinsam mit einer quantitativen Erhebung über die unterschiedlichen parlamentarischen Initiativen.

Es wird deutlich, dass der herkömmliche Begriff der Opposition in der deutschsprachigen Forschung nicht ausreicht, um Funktion und Strategie der AfD zu analysieren. Vielmehr braucht es eine erneute »Wiederentdeckung« des Begriffs und des »Forschungsgegenstands« (Oberreuter 2004) Opposition. Es soll gezeigt werden, dass mit Blick auf den Rechtspopulismus die

Verengung der Analyse der parlamentarischen Opposition auf die parlamentarischen Sphären zu einer nur ungenauen Erfassung dieser neuen Form der Oppositionsarbeit führt. Gleichzeitig verändern die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der AfD mit ihrem Auftreten das bisherige *Oppositionssystem* in Deutschland.

Aus den Beobachtungen zur Arbeitsweise der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, die der Verfasser seit Beginn dieser Wahlperiode kontinuierlich vorgenommen hat (s. Ruhose 2017; Ruhose 2018b; Ruhose 2019), soll ein erweiterter Oppositionsbegriff entwickelt werden, der es ermöglicht, rechtspopulistische Oppositionen besser zu erfassen.

Das Augenmerk der wissenschaftlichen Auswertung liegt auf der Beschreibung der Arbeitsweise und der quantitativen Untersuchung der parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion. Hieraus werden zum einen Ableitungen für die Funktionen einer rechtspopulistischen Opposition im deutschen Parlamentarismus[4] getroffen und zum anderen die Strategien der rechtspopulistischen Opposition durch die AfD im Bundestag untersucht.

Ein Augenmerk liegt des Weiteren auf der Frage, ob für rechtspopulistische Oppositionen die binäre Sichtweise auf den Gegensatz Opposition/Regierung (Luhmann 1989: 14) Bestand hat. Denn eine rechtspopulistische Fraktion muss sich nicht zwangsläufig nur als Opposition zur Regierung verstehen, sondern positioniert sich auch in einem Oppositionsverhältnis zu den anderen Oppositionskräften.

Am Anfang dieser Untersuchung bedarf es einer Klärung des Begriffs Populismus. Hierzu gibt es verschiedene Ansatzpunkte – eine Standarddefinition fehlt jedoch. Populistische Parteien und Bewegungen sind »Produkt gesellschaftlicher Modernisierungskrisen« (Decker 2004: 231). Sie »entstehen in ökonomischen und sozialen Umbruchphasen, die politische Desillusionierung und den Verlust des Vertrauens in die Handlungskompetenz der Eliten hervorrufen« (Priester 2012: 11). Für die Analyse der rechtspopulistischen Opposition ist vor diesem Hintergrund auch die zunehmende Nachfrage nach emotionaler Begründung von Politik in der Bevölkerung relevant. Hier macht der Populismus im Parlament gesellschaftliche Polarisierungstendenzen sichtbar. Diese müssen in der

Oppositionsforschung besonders berücksichtigt werden. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, ein genaueres Bild von parlamentarischer Opposition von Fraktionen zu erhalten, die einer Anti-System-Partei (Mudde 2014: 219) angehören. Wodak beschreibt die Notwendigkeit einer solchen Klärung für den Umgang mit dem gesellschaftlichen – und jetzt parlamentarischen – Phänomen des Rechtspopulismus: »Es ist […] banal immer wieder zu betonen, dass die jeweiligen Politiken und Strategien, Ideologien und Vorstellungen [des Rechtspopulismus, F.R.] ›ernst‹ genommen werden müssen« (2020a: 47). Es müssten deshalb »die vielen Textsorten, in denen solche Politiken verbreitet werden« (Wodak 2020a: 47; dazu auch Wodak 2016 und Wodak 2020b) analysiert werden, um die Erfolge der AfD nachzuvollziehen.

1.2 Methode und Quellenlage

1.2.1 Methode der Arbeit

Über die Alternative für Deutschland ist bereits viel geschrieben worden. Die junge Partei besteht seit 2013 und eilt seit dem knapp verpassten Einzug in den Bundestag bei der Wahl 2013 von Erfolg zu Erfolg. Es gibt inzwischen zahlreiche Bücher von Aussteigern (Schreiber 2017), Portraits von Journalisten (Amann 2017 und 2018b; Bauer/Fiedler 2021; Bender 2017; Friedrich 2019; Krautkrämer 2014) und eine rasch anwachsende Anzahl politikwissenschaftlicher Untersuchungen über die neue Kraft im politischen System (Decker 2019: 250-270; Franzmann 2021; Häusler 2016; Lewandowsky 2018, Niedermayer 2015 und 2020). Weitere Studien untersuchen das Verhalten der AfD-Parlamentsvertreter in den kommunalen Räten und den Landtagen (Chacón 2021; Hafeneger et al. 2018; Hafeneger/Jestädt 2019 und 2020; Heinze 2020a; Schroeder et al. 2017) oder die Mitgliedschaft (Kleinert 2018).

Der Verfasser hat eine der ersten Publikationen zur Arbeit der Alternative für Deutschland im Bundestag vorgelegt (Ruhose 2017; vgl. auch Ruhose 2018b und Ruhose 2019), die nun von den Arbeiten z. B. von Butterwegge et al. (2018) und Schroeder/Weßels (2019a) ergänzt wird. Gerd Wiegel (2019a) hat in seiner Veröffentlichung insbesondere die Wirtschafts- und Sozialpolitik

der AfD-Fraktion im Bundestag untersucht, bei Hafeneger et al (2020) steht die Jugendpolitik im Mittelpunkt der Auswertung.

Das hier präsentierte Forschungsvorhaben sieht sich in der Tradition der Parlamentsstudien über die Opposition im Deutschen Bundestag. Einer der Prototypen dieser Studien erschien 1963. Dort untersuchten Kralewski/Neunreither (1963) das oppositionelle Verhalten in der ersten Wahlperiode. Weitere Studien insbesondere zum Verhalten der CDU während der sozial-liberalen Regierungszeit (Veen 1979a und Helms 2000) und Beobachtungen zum Oppositionsverhalten der SPD in der Ära Kohl (Seebaldt 2001) treten später hinzu. Dabei konnte aus dem Verhalten der einzelnen Oppositionsfraktionen stets wertvolle Schlüsse über die Aufgabe und Strategie von parlamentarischen Oppositionen gezogen.

Methodisch handelt es sich bei der vorliegenden Untersuchung um eine Mischform von qualitativer Theoriebildung und quantitativer Erhebung. In der Parlamentsforschung kommen diverse Methoden gleichermaßen zum Einsatz. Gschwend/Schimmelpfennig (2007: 13-35) sowie Hohl (2018: 99) betonen, dass sich in beiden Ansätzen thematische und empirische Herangehensweisen ergänzen.

Derzeit gibt es eine Reihe von Versuchen, die Parlamentsforschung mit neuen Impulsen zu beleben. Der von Brichzin et al. (2018) herausgegebene Sammelband fasst diese Ansätze zusammen. Die dort entwickelte umfassende Forschungsperspektive auf die Abläufe im Parlament vermag die gängigen »Parlamentsfunktionen über abstrakt gedachte Kataloge hinaus zu erweitern« (Brichzin et al. 2018: 6). Dabei »geraten auch Fraktionen als organisierte Kontexte ins Blickfeld, vor allem hinsichtlich ihrer Fähigkeit, auf informellen Wegen Disziplin herzustellen, aber auch bezogen auf die besonderen Probleme, vor denen sie stehen […] “ (Ebd.: 7).

Laut Patzelt (1993: 456) kann das Parlament (und mit ihm der Ort, an welchem Politik konkret wird) durch solche Untersuchungen auf Basis realitätsnaher Einschätzungen besser verstanden werden. Mit ihrer Hilfe erfolgt eine »Niederschrift« oder »dichte Beschreibung« (Geertz 1987: 39) von Aspekten des Parlamentsalltags. Aus einer solchen Beobachterposition soll hier die Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion dargestellt werden. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich von der Konstituierung des

19. Deutschen Bundestags im Oktober 2017 bis zur letzten Sitzungswoche des Bundestags in der Wahlperiode Ende Juni 2021. Aus dem Verhalten der AfD-Fraktion werden dann Elemente einer Theorie über rechtspopulistische Oppositionen entwickelt. Damit knüpft die Arbeit methodisch in eine Reihe von bereits vorliegenden politikwissenschaftlichen Analysen an. Für rechtsextreme Protestparteien hat Rehse (2008) zum Beispiel die Oppositionsarbeit in zwei Landtagen untersucht. Thierse (2015) befasst sich mit den Problemen der Opposition im Europäischen Parlament. Patzelt (2020b: 205) nutzt die Darstellung der Oppositionstheorie in beiden Arbeiten, um prägnant den aktuellen Stand der Forschung zusammenzufassen. Zudem hat sich Schöne (2010) mit dem Alltag im Parlament beschäftigt. Im Gegensatz zu seiner Arbeit wird in dieser Arbeit auf eine teilnehmende Beobachtung verzichtet. Ihr Verfasser gehört als Beobachter »nicht zum Teil des beobachteten Felds« (Flick 2007: 281).

Angestrebt wird eine Beobachtung der Oppositionswirklichkeit in Deutschland. Laut Flick (2007: 281; Hervorhebung im Original) sollte dabei herausgefunden werden, wie etwas »*tatsächlich* funktioniert oder abläuft«. Adler/Adler (1998) identifizieren Phasen, die für den Untersuchungsgang von Beobachtungen typisch sind. Diese werden in eigener Darstellung und Modifikation nach Flick (2007: 283 f.) nachfolgend aufgeführt:

[illegible]	[illegible] AfD-Fraktion im Bundestag 2017–2021
[illegible]	[illegible] AfD-Fraktion im Bundestag 2017–2021
[illegible]	[illegible] Bundestags in den Jahren 2017–2021 strukturiert beobachtet
Beobachtungsfragen	[illegible] der Beobachtung festgehalten werden soll. ■ internen Abläufen, ■ parlamentarischen Auftritten, ■ Initiativen. S. Forschungsfragen
Beschreibung des politischen Feldes	[illegible] Felds, in dem die AfD in den Bundestag einziehen konnte und in dem sie seitdem als Fraktion agiert.
[illegible]	[illegible] der Kategorien der Beobachtungsfragen/ Forschungsfragen
Theoretische Sättigung	[illegible] werden theoretische Ableitungen getroffen. Eine Verifizierung erfolgt über verschiedene Experteninterviews.

Tabelle 1: Phasen der Beobachtung und Entsprechungen in der Analyse der AfD-Fraktion

Eigene Darstellung nach Flick (2007: 283 f.)

Da sowohl die Arbeit als auch die Wirkung der AfD-Fraktion im Bundestag öffentlichkeitswirksam sind und die Quellen öffentlich zugänglich, kann die Methode der Beobachtung gewählt werden, ohne dass es ein Problem hinsichtlich der Wirkung des

Beobachters auf das Feld gibt (Flick 2007: 284). Ein solches Vorgehen bietet sich nach Patzelt immer dann an, wenn »die Erkundung (›Exploration‹) von Unbekanntem« (2020b: 244) im Mittelpunkt der Forschung steht, wie es mit Blick auf die Arbeit einer rechtspopulistischen Opposition im Deutschen Bundestag der Fall ist. Dabei kann das Beobachtungsobjekt AfD-Fraktion im »natürlichen Verlauf« (Flick 2007: 286), nämlich während der Legislaturperiode, beobachtet werden.

Flick (2007: 285) empfiehlt bei der Anwendung der Beobachtungsmethode eine Kombination mit anderen Forschungsmethoden. Für ihn ist es wichtig, dass zum Beispiel eine »Triangulation von Beobachtung mit anderen Datenquellen« erfolgt (Flick 2007: 285). Bei der Methodenwahl ist allerdings darauf hinzuweisen, dass der Autor dieses Forschungsvorhabens auf eine unmittelbare Interaktion mit dem Beobachtungsgegenstand verzichtet hat. Dies kann – darauf weisen die Methodenwerke der Politikwissenschaften (Blatter et al. 2018: 101, Flick 2007: 286) hin – zu Problemen bei der Interpretation der Daten führen. Um Verzerrungen zu vermeiden, werden hier deshalb im Sinne einer möglichst großen Objektivität zusätzlich Experteninterviews zu Rate gezogen. Damit werden die zentralen Methoden der Parlamentarismusforschung angewendet, die Patzelt (2020b: 245) benennt. Neben die eigenen Beobachtungen treten »explorative Leitfaden-Interviews«, die die empirische Auswertung um eine *»impressionistischen Beschreibung«* (Matt 2012: 584, Hervorhebung im Original) ergänzen. Durch diesen Mix an Methoden wird eine Validierung der Beobachtungen erreicht (Matt 2012: 585 f.). Das Forschungsvorhaben verbindet mithin die beiden Bedingungen von Patzelt (2020b: 247) für die Verbindung von qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden in der Parlamentarismusforschung. Einerseits wird auf quantifizierbare Sachverhalte zurückgegriffen (wie im Falle der Kategorisierung und inhaltliche Auswertung der Initiativen). Andererseits ist zu berücksichtigen, dass es aufgrund der parlamentarischen Neuartigkeit der rechtspopulistischen Opposition in mancherlei Hinsicht »nur anekdotisches und somit nicht wirklich belastbares Wissen« (Patzelt 2020b: 247) gibt, das aber ebenfalls in die Analyse einfließen sollte.

Die Studie möchte dokumentieren und erklären, welche

ideologischen Grundlinien, Themen und Fragen, Sprache und Verhaltensweisen (Umgangsformen) die Alternative für Deutschland (AfD) in die Parlamentsarbeit des Deutschen Bundestags eingeführt hat. Aus der Begründung ihrer Initiativen und ihrem Verhalten innerhalb der Parlamentsabläufe soll dann abgeleitet werden, welchem Oppositionsverhalten die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag folgt. Unter Rückgriff auf die bisherige Oppositionsforschung wird dargelegt, ob es für rechtspopulistische Parteien (bzw. deren Fraktionen) im Parlament spezifische Merkmale einer Oppositionsstrategie gibt.

1.2.2 Quellen

Der Kern des Quellenteils ist zum einen die Darstellung der parlamentarischen Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion. Dabei werden auf Basis der Daten des Dokumentations- und Informationssystems des Deutschen Bundestages (DIP) die selbständigen Parlamentsanträge der AfD-Fraktion und ihre eingebrachten Gesetzentwürfe ausgewertet.[5]

Die Auswertung erfolgt zunächst nach Themenschwerpunkten. Im Anschluss daran werden einzelne Initiativen inhaltlich dargestellt, um die AfD-Programmatik in dieser Wahlperiode und das Profil der neuen Fraktion darzustellen. Dabei wird auch auf die in den Parlamentsprotokollen nachlesbaren Debattenbeiträge der AfD zurückgegriffen. Bei den Zitaten aus den Parlamentsprotokollen entfallen Zwischenrufe u. ä., ohne dass darauf noch einmal eigens hingewiesen wird. Dies dient dem Lesefluss und verfälscht weder Aussagen noch entstellt es den Sinn. Wo sich Passagen auf begleitende Zwischenrufe beziehen, wird dies entsprechend dokumentiert. Untersuchungszeitraum ist die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags von seiner ersten Sitzung am 24. Oktober 2017 bis zur letzten regulären Sitzung des Bundestags am 25. Juni 2021. Die letzte Aktualisierung der Einzelauswertungen der Initiativen erfolgte am 26. Juni 2021.

Im Weiteren soll durch eine Betrachtung ausgewählter Aktivitäten das Kommunikationsverhalten der AfD-Fraktion analysiert werden. Mithilfe der Beobachtung der Arbeit der AfD-Fraktion und der Auswertung der Initiativen werden Ableitungen für die theoretischen Überlegungen zur rechtspopulistischen Opposition möglich. Dabei werden zusätzlich zwei zentrale

Dokumente der Partei selbst mit herangezogen. Da man mindestens bis zum Ende der Ära Gauland im Parteivorsitz Ende 2019 mit Hättich (1970: 99) von »homogenisierten Parteiführungen sprechen (kann), welche sowohl die Spitze der Parteiorganisation wie auch der Fraktion […] umgreifen«, sind die Dokumente für die Beurteilung der Arbeit der AfD im Bundestag wichtig. Dasselbe gilt für die Wahlkampfstrategie 2017 (AfD 2016) und die Überlegungen zur Positionierung der AfD zwischen den Bundestagswahlen 2017 und 2021 (AfD 2019, Hein/Rackow 2019: 28-37). Die Betrachtung dieser Quellen ist deswegen zulässig bzw. sogar geboten, da Partei und Fraktion gemeinsam »die politische Opposition (bilden)« (Waack 2016: 714).

1.2.3Leitfadengestützte Interviews

Die Nutzung der Quellen wird um die Durchführung von leitfadengestützten Interviews in zwei Expertengruppen ergänzt. Hierbei werden die Erfahrungen verschiedener Bundespolitiker abgefragt, die sich sowohl mit dem Umgang mit der AfD im Bundestag als auch mit der Organisation der Parlamentsarbeit im Gesamten befasst haben. Dabei konnte mit Vertreterinnen und Vertreter aller neben der AfD im Bundestag vertretenen Fraktionen sowohl die regierungstragende als auch die oppositionelle Sichtweise abgedeckt werden. Alle Expertinnen und Experten dieser Gruppe erhielten den gleichen Fragebogen. Ein analoges Verfahren wurde für die Expertengruppe E vorgenommen, die sich aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Journalistinnen und Journalisten zusammensetzt, die zur AfD forschen oder sich mit der AfD-Fraktion journalistisch auseinandersetzen. Bei der Nennung der Expertinnen und Experten im Text wird zur besseren Lesbarkeit das generische Maskulin verwendet.[6] Zudem wurde den interviewten Personen Anonymität zugesichert.

Die beiden Fragebögen wurden aus den Forschungsfragen (s. Kapitel 1.2.4) generiert. Die ausgewählten Personen wurden im Vorfeld per Mail um ein Interview von ca. 45 bis 60 Minuten gebeten. Der Fragebogen ging ihnen mit dieser Anfrage zu. Die Gespräche wurden über einen Zeitverlauf von fünf Monaten zwischen Juli und Dezember 2020 geführt. Die Aussagen werden in den Text eingearbeitet und entsprechend mit der

Expertenkennzeichnung P und mit einer Nummer von 1 bis 5 versehen. Alle Gespräche erfolgten per Telefon (was aufgrund der Corona-Pandemie leider nicht anders zu organisieren war), ein Gespräch wurde als Videokonferenz geführt. Bei den Gesprächen zeigte sich ein großes Interesse an den Forschungsergebnissen, ein Umstand, den ich wie Heinze (2020a: 141) als Beleg für die »hohe Aussagefreudigkeit« bewerten würde.

Alle Gespräche wurden transkribiert und anschließend eine qualitative Inhaltsanalyse vorgenommen. Die Aussagen der Interviewpartner wurden diesen zur Autorisierung nochmals vorgelegt. Eine Kategorisierung erfolgte beim Vergleich der Aussagen nicht, da die Interviews vor allem auf die persönliche Einschätzung der Befragten abzielten. Anders als bei der Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) liegt in dieser Arbeit der Schwerpunkt auf der individuellen Erfahrung und unmittelbaren Einschätzung der Expertengruppen, »während bei dem Mayringschen Verfahren letztlich Häufigkeiten analysiert […] werden« (Heinze 2020a: 142). Die Einschätzungen sind im Text eingepflegt und mit IV für Interview zitiert. Die Forschungsfragen zielen vor allem auf die Außensicht auf die AfD-Fraktion ab, also darauf wie sie wahrgenommen wird (und auch wahrgenommen werden will). Eine Befragung von AfD-Akteuren selbst wurde nicht vorgenommen (vgl. Heinze 2020a: 146).

1.2.4Die Forschungsfragen

Die AfD übernimmt durch das Schließen einer doppelten Repräsentationslücke im rechtskonservativen Parteienspektrum eine wichtige Rolle in der Politik. Unter der doppelten Repräsentationslücke wird zum einen die Unterrepräsentierung mancher gesellschaftlicher Gruppen aufgrund mangelnder Abbildung der sozialen Realität durch die Parteien unterrepräsentiert und zum anderen die unzureichende Berücksichtigung der »Interessen, Wünsche und Bedürfnisse der Wählerschaft« (Decker 2016: 30) durch die etablierten Kräfte verstanden. Die AfD übernimmt als Opposition also eine Repräsentationsfunktion für Wählerinnen und Wähler, die sich durch die bisherige Politik nicht mehr ausreichend vertreten sehen und insbesondere bei den Politikfeldern Integration/ Migration und Europa ihre andere Meinung gegenüber den etablierten

politischen Kräften zum Ausdruck bringen.

Für die Analyse der rechtspopulistischen Opposition ist die zunehmende Nachfrage nach emotionaler Begründung von Politik in der Bevölkerung wichtig. Hier übernimmt der Populismus im Parlament eine neue Rolle, die er strategisch durch Elemente der gesellschaftlichen Polarisierung verstärkt. Es entsteht eine Art Kreislauf oder ein »Eskalationskontinuum« (Heitmeyer 2018: 350), das die AfD nutzt, um sich gesellschaftlich zu stabilisieren und parlamentarisch zu etablieren. Zur Polarisierung der Gesellschaft greift die AfD-Fraktion auch in ihrer Parlamentsarbeit vorzugsweise auf die sozialen Netzwerke zurück, um unmittelbar, das heißt ohne zwischengeschaltete Medien mit der eigenen Wählerschaft zu kommunizieren. Ziel dieser Arbeit ist es also, ein genaueres Bild von parlamentarischen Oppositionsfraktionen zu zeichnen, die einer Anti-System-Partei (Mudde 2014: 219) angehören.

Entlang der Forschungsfragen soll ein Verständnis davon entwickelt werden, welche Funktion die rechtspopulistische Opposition im Parlament übernimmt und mit welcher Strategie sie diese Funktion mit Leben zu füllen versucht. Im Weiteren sollen folgende Fragen untersucht werden:

1. Welche Verhaltensmuster zeigt die AfD-Fraktion aus der Sicht der anderen Akteure im Deutschen Bundestag?
2. Welches inhaltliche Profil der AfD-Fraktion wird durch ihre parlamentarischen Initiativen vermittelt?
3. Welcher Auffassung von Opposition folgt die AfD-Fraktion?
4. Welche Funktion hat eine rechtspopulistische Opposition und welche Strategien nehmen die anderen Akteure bei ihr wahr?
5. Mit welchen strategischen Ansätzen begegnen die anderen im Parlament vertretenden Fraktionen der AfD und gibt es hier Unterschiede zwischen regierungstragenden Fraktionen und anderen Oppositionsfraktionen?
6. Wie hat sich die AfD-Fraktion über den beobachteten Zeitraum hinweg verändert? Ist eine »Normalisierung« durch Parlamentarisierung zu beobachten oder eher das Gegenteil?

1.3Zum Aufbau dieser Arbeit

Der Fokus dieser Arbeit liegt auf der parlamentarischen Arbeit der AfD-Fraktion in ihrer ersten Wahlperiode im Deutschen Bundestag. Nach diesem methodischen Kapitel bedarf es dazu noch einiger begrifflicher Vorarbeiten, bei denen neben der Darstellung des Konzepts des Rechtspopulismus die parlamentarische Opposition mit einer Diskussion ihrer Funktionen und Instrumente im »herkömmlichen« politischen System im Vordergrund steht (Kapitel 2). Das etablierte Oppositionsmodell in Deutschland (nach Helms 2006: 40–69) ist bereits von Dahrendorf (1971) eingehend beschrieben worden.

Sodann erfolgt ein kurzer Abriss der Entstehungsbedingungen und der Entstehungsgeschichte der Alternative für Deutschland. Hier werden die fünf Phasen, die die junge Partei in ihrer Entwicklung bisher durchlaufen hat (Bieber et al. 2018, Franzmann 2019: 156), rekapituliert und um die weitere Phase seit der Bundestagswahl 2017 ergänzt. Mit der Vertretung im Parlament hat die AfD ihren Weg hin zu einer »radikal rechte(n) populistische(n) Partei« (Mudde/Rovira Kaltwasser 2019: 13) fortgesetzt.

Wichtig für das Verständnis der rechtspopulistischen Opposition ist des Weiteren der Zusammenhang von Emotionen[7] und Politik. Daher soll der aktuelle Forschungsstand zu dieser Thematik (Nullmeier 2006; Heidenreich 2012; Heidenreich/Schaal 2012; Helfritzsch/Hipper 2021a; Korte 2015) dargestellt werden. Genauso zentral für die Untersuchung der Parlamentsarbeit sind die Organisation und die Zusammensetzung von Fraktionen. Dabei geht es um Beobachtungen zur internen Dynamik und den Entscheidungsabläufen. Das Kernstück der Arbeit sind die Kapitel 3 und 4, dort werden die inhaltliche Arbeit der AfD-Fraktion auf Basis der Auswertung der Quellen und eigener Beobachtungen dargestellt sowie der Aufbau der Fraktion und ihrer Organisation behandelt. Danach erfolgt die quantitative und qualitative Auswertung der parlamentarischen Initiativen, zentralen Debattenbeiträgen und die Analyse der, von der Fraktion verfolgten, politischen Kommunikationsstrategie(n).

Das einschneidende Ereignis dieser Wahlperiode war die im März 2020 beginnende Corona-Pandemie, die Deutschland seitdem sowohl gesellschaftlich als auch politisch stark verändert (vgl. Reckwitz 2020; Paris 2020: 22). Wie die AfD-Fraktion mit diesem neuen Megathema umgegangen ist, wird in Kapitel 5 untersucht.

Dort wird ebenfalls die Entwicklung der Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz in der 19. Wahlperiode dargestellt und der Umgang in Fraktion und Partei mit diesem Bedrohungsszenario untersucht.

Auf Basis der empirischen Befunde und der theoretischen Feststellungen der Oppositions- und der politikwissenschaftlichen Emotionsforschung werden dann die neuen Rahmenbedingungen für eine rechtspopulistische Opposition im deutschen Politiksystem (Kapitel 6) dargestellt. Der Oppositionsbegriff der deutschen Politikwissenschaft wird durch theoretische Überlegungen über die Funktionen und die Strategien dieser neuen Form der Opposition erweitert.

Aus der Untersuchung der rechtspopulistischen Opposition ergibt sich im Gegenzug die Frage, wie die anderen Fraktionen mit der neuen Kraft im Parlament umgehen. Dafür werden die bestehenden Dilemma-Situationen (Kapitel 7) dargestellt, die sich im Parlament aufgrund der Funktion und der Strategie rechtspopulistischer Oppositionsarbeit für die anderen politischen Kräfte ergeben. In einem weiteren Schritt werden exemplarische Reaktionsmuster in der 19. Wahlperiode dargestellt und analysiert. Den Abschluss des Untersuchungsgangs bildet die Zusammenfassung der Beobachtungen und eine Skizze möglicher Entwicklungspfade der rechtspopulistischen Opposition nach der Bundestagswahl 2021 (Kapitel 8).[8]

2.Forschungsstand

2.1Rechtspopulismus – eine Begriffsklärung

Die Frage, was Rechtspopulismus ist, prägt die wissenschaftliche Debatte (Wolf 2017: 7–16, Decker 2018a; Minkenberg 2018). Decker weist darauf hin, dass der Begriff Populismus – ob von rechts oder links verwendet –insbesondere wegen seiner »Wertgeladenheit« (2004: 21) umstritten sei. Für zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist er ein »ungenauer, schillernder und nebulöser« Begriff (Hartleb 2011: 53). Priester (2012) vergleicht den Populismus im Gesamten daher schon im Titel ihres Buches mit einem »Chamäleon«. Mudde überschreibt seinen Versuch mit der Überschrift »defining the undefinable« (2004: 542). Nach Dubiel ist Populismus immer dann erfolgreich, wenn das gesellschaftliche Gefüge »von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sozialstrukturellen Machtverteilungen und kulturellen Bewusstseinsformen in Bewegung gerät« (1986: 47).

Um zu ergründen, wie populistische Kräfte diese Situationen, die sogenannten »populistischen Momente« (Goodwyn 1978) nutzen, haben sich in der Forschung zwei Herangehensweisen herausgebildet. Forscher wie Hartleb (2004) versuchen, möglichst genau die Merkmale der populistischen Politik zu beschreiben. Hier wird Populismus als politischer Stil verstanden und von der inhaltlichen Komponente gelöst. Andere Autoren, wie z. B. Bauer (2010: 4) fassen Populismus eher als bestimmte Form politischer Kommunikation auf. In der Forschung hat sich mittlerweile die breiter ausgelegte erstgenannte Ansicht durchgesetzt. Dem Populismus wird deshalb nicht mehr – wie noch weithin in den 1980er und 1990er Jahren – »jede ideologische Qualität« (Decker 2021: 777) abgesprochen. Die zweite Herangehensweise versucht daher, einen ideologischen Kern des Populismus herauszuarbeiten. Nach Mudde (2004: 543) teilt der Populismus die Gesellschaft in zwei sich gegenüberstehende Einheiten: das ›wahre Volk‹ gegen ›die korrupte Elite‹. Daraus resultiert die Kennzeichnung des Populismus als »dünne Ideologie« (Mudde 2004: 544). In der

ursprünglich von Freeden entwickelten Bezeichnung spiegelt sich die Ansicht, dass der Populismus einen ideologischen Kern aufweist, der mit weiteren ideologischen Konzepten angereichert werden kann (1998: 750). Decker bezeichnet diesen Kern als »Anti-Establishment-Haltung« und Vereinnahmung des »Volkswillen« (2021: 777).

Das Fundament der Ideologie des Rechtspopulismus ist mithin eine verkürzte Vorstellung eines kulturell homogenen ›Volkes‹, das sich gegen eine vermeintlich vermachtete und abgehobene ›politische Klasse‹ abgrenzt. Der Populismus nimmt für sich in Anspruch, den ›kleinen Mann‹ gegen das politische Establishment zu verteidigen und zu vertreten. Unterschiede zwischen Parteien und Politikern werden bewusst ignoriert. Diese Strömung kennt nur ›die Parteien‹ oder ›die etablierte Politik‹. Hiermit gehen häufiger Forderungen nach (mehr) direkter Demokratie einher, um dem ›Willen des Volkes‹ oder der ›schweigenden Mehrheit‹ Ausdruck zu verleihen. »Der Souveränität des Volkes wird absolute Geltung zugemessen« Lewandowsky (2012: 391).[9] Der Rechtspopulismus nutzt zudem eine zweite Abgrenzungsfolie nämlich die, gegenüber »den Anderen« (Wolf 2017: 16). Diese Abgrenzung dient der Erschaffung oder Stärkung eigener Identitäten, eines homogenen ›Wir‹ gegen ›Die‹. Nativismus und Autoritarismus sind deshalb laut Mudde (2020: 44-46) weitere zentrale Merkmale der rechtspopulistischen Ideologie.

Decker (2021: 778) weist jedoch darauf hin, dass die rechtspopulistische Identitätspolitik breiter gefasst müsste, da sich »das Bedürfnis nach kultureller Identität unterschiedlich« begreifen lasse. Das ›Fremde‹ – das die Abgrenzung zur eigenen Identität ausmacht – sei nahezu beliebig austauschbar. Dahinter können sich Migranten, der Islam, Intellektuelle, die EU oder die Globalisierung verbergen. Der Rechtspopulismus sei folglich auch für solche Menschen anschlussfähig, die einer nicht-nativistischen Sichtweise anhängen, entscheidend seien das populistische Demokratieverständnis (Steiner/Landwehr 2018; Loew/Faas 2019) und der emotional aufgeladene »Verlust der hergebrachten Identität […]. Dieser Verlust wiegt umso schwerer, als im Zuge von Individualisierungsprozessen auch andere Gruppenbindungen schwinden (*Identitäts-/Sinnkrise*)« (Decker 2021: 778 f.; Hervorhebung im Original).

Das vorliegende Forschungsvorhaben richtet den Blick darauf in

welcher Form und mit welchen Methoden diese Verlustängste angesprochen werden. »Innerhalb und jenseits der Organisationsstrukturen hängt die Mobilisierungsfähigkeit der populistischen Akteure maßgeblich davon ab, wie sie ihr Wählerpublikum adressieren« (Decker 2021: 778).

»Emotionalisierung« (Decker 2021: 779) ist dabei ein zentraler Faktor. Laut Taggart (2004: 274) führt die Bedrohung des rechtspopulistisch definierten ›heartland‹ – also der Bedrohung des ›Wir‹ durch ›Die‹ – in Zeiten von gesellschaftlicher Desintegration und Fragmentierung zu einer moralisch aufgeladenen Abgrenzung gegen ›die Elite‹ und deren Gesellschaftsbild. Die Rechtspopulisten sprechen die Verlustängste der von ihnen umworbenen Wählerinnen und Wähler dabei nicht nur offen an, sondern wollen auch den Eindruck erwecken, sie können ihnen diese Ängste nehmen.

2.2 Die Zuordnung der AfD zu den rechtspopulistischen Parteien

Genau diese von Bargen (2019: 17) beschriebene Rolle strebt die AfD an. Sie wird in der politikwissenschaftlichen Literatur deswegen seit Längerem nahezu unisono als rechtspopulistische Partei charakterisiert (Arzheimer 2019; Franzmann 2018). Wurde in frühen Untersuchungen des Kommunikationsverhaltens im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 der AfD noch attestiert, sie konzentriere sich auf die Euro-Politik und die ›klassischen‹ Themen des Rechtspopulismus wie Islamkritik oder Migration spielten bei ihr kaum eine Rolle (Berbuir et al. 2015: 154 f.), konnte in einer Analyse des AfD-Bundestagswahlkampfs 2017 das typische Profil einer rechtspopulistischen Partei festgestellt werden (Häusler et al. 2017: 18 f.). Zu diesen ersten empirischen Forschungsarbeiten treten eine Reihe normativ orientierter Analysen, die die Partei von Anfang an auf der Seite der Neuen Rechten einordneten (bspw. Häusler/Roesler 2015).

Mudde/Rovira Kaltwasser (2019: 13 f.) klassifizieren die AfD als ›radikal rechte populistische Partei‹, die ›Nativismus, Autoritarismus und Populismus miteinander‹ verbindet. Einige Autoren schlagen andere Umschreibungen vor. Heitmeyer (2018: 231) spricht z. B. von einer nationalradikalen, autoritären Partei,

Häusler (2018: 78) bezeichnet ihre Politik als völkisch-autoritären Populismus. Sie berücksichtigen dadurch, dass sich die AfD in besonderer Form und aus pragmatischen Gründen selbst radikalisiert und in Richtung Rechtsextremismus bewegt hat (Sundermeyer 2018: 69). Hier soll der Begriff Rechtspopulismus beibehalten werden, denn auch wenn es diese Selbstradikalisierung gibt, kann zumindest die AfD-Fraktion im Bundestag im Beobachtungszeitraum nicht als rechtsextrem beschrieben werden.

Bei der AfD sind die Wesensmerkmale des Rechtspopulismus klar zu beobachten, die Decker (2019: 250–270) herausarbeitet. Sie vertritt eine starke Elitenkritik, die als überwölbende Klammer die unterschiedlichen Strömungen verbindet. Bei Alexander Gauland (2018a: 10) wird dies sogar zu einer ideologisch unterlegten Anti-System-Haltung ausgebaut. Dieser Punkt wird in der Frage der Oppositionsführung der Alternative für Deutschland zu berücksichtigen sein. Während die AfD in Fragen der Wirtschafts- und Verteilungspolitik im Beobachtungszeitraum nicht über eine geklärte Positionierung verfügte, sind ihre Positionen in der Gesellschaftspolitik umso klarer und innerparteilich wenig umstritten.

Hier fordert sie die Begrenzung der Zuwanderung, unterstützt eine homogene Nationalkultur und vertritt traditionelle Positionen in der Geschlechter- und Familienpolitik. In der Demokratiepolitik nimmt sie eine stark ablehnende Position gegen den ›Parteienstaat‹ ein. Auch mit ihrem Eintreten für die direkte Demokratie folgt sie einer rechtspopulistischen Agenda.[10]

Einig sind sich die wissenschaftlichen und journalistischen Beobachter der AfD in der Beschreibung unterschiedlicher Phasen der Parteientwicklung, auch wenn sie mitunter unterschiedliche Phasenlängen erkennen. Funke/Mudra (2018: 20–60) sprechen von einer vierstufigen Radikalisierung der Partei. Myatt/Siri (2019: 95) nehmen eine etwas andere Differenzierung der Entwicklungsphasen für die AfD vor genauso wie Friedrich (2019). Sie resümieren, dass eine »weitere programmatische Ausrichtung der Partei in Richtung rechtsextremer Positionen wahrscheinlich« (Myatt/Siri 2019: 97) sei.

Franzmann (2019: 156) und Bieber et al. (2018: 440–442) unterteilen die Entwicklung der AfD seit ihrer Gründung bis zur Bundestagswahl 2017 in fünf Phasen: »(1) die Gründungsphase bis

zur Bundestagswahl 2013, (2) der Beginn der parteiinternen Streitigkeiten über die ideologische Ausrichtung bis zur Europawahl 2014, (3) der Höhepunkt dieses parteiinternen Streites ab Herbst 2014 bis zur innerparteilichen Spaltung im Sommer 2015, (4) die endgültige Wende zum Rechtspopulismus bis Ende 2016 und (5) die Zeit der Konsolidierung bis zum Eintritt in den Deutschen Bundestag« (Franzmann 2019: 156). Die Zeit seit der Bundestagswahl kann als weitere, sechste Phase zugefügt werden. Sie ist durch eine neue Stufe der Radikalisierung der Partei gekennzeichnet (Arzheimer/Berning 2019 und Ruhose 2019: 36-38). Ihr Beginn kann auf den Zeitraum nach dem schrecklichen Mord im südpfälzischen Kandel am 27. Dezember 2017 datiert werden. »Die AfD hat auf verschiedenen Ebenen diese Tat dafür genutzt, eine direkte Verbindung mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unter Angela Merkel zu ziehen. Durch die ähnliche Tat in Wiesbaden im Juni 2018 hat dieses Motiv erneut traurige Aktualität erlangt« (Ruhose 2019: 36). Die Entwicklung heizte sich auf bis zur öffentlichen Solidarisierung der AfD mit der rechtsextremen Szene im Herbst 2018. Die politischen Diskussionen aus dem Frühjahr 2018, bei der es insbesondere um die Themen Zuwanderung, Obergrenze, Zurückweisung von abgelehnten Asylbewerbern an der deutschen Grenze und später den Umgang mit den Äußerungen von dem damaligen Verfassungsschutzpräsident Maaßen ging, zeigen, dass die Übernahme der Diskurse der Populisten zu einer weiteren Stärkung der AfD geführt hat.

Über die Wählerschaft der AfD wird inzwischen breit geforscht (Bergmann et al. 2017a, Bergmann et al. 2017b, Bergman et al. 2018, Berwing et al. 2019, Lengfeld 2017, Niedermayer/Hofrichter 2016). Dabei gibt es Befunde über die Sozialstruktur der AfD-Wählerschaft, die auf den ersten Blick teilweise widersprüchlich erscheinen. Bergmann et al. (2018: 243) sprechen davon, dass die Wählerstruktur »ein komplexes Gebilde« ist. Ob die AfD überwiegend von »prekären Milieus« gewählt wird, wie es die Bertelsmann Stiftung analysiert (Vehrkamp/Wegschaider 2017: 53) oder sie eher durch kulturell reaktionär eingestellte Angehörige der Mittelstandsschichten (Lengfeld 2017) getragen wird, ist unklar. Darüber hat sich mittlerweile fast eine wissenschaftliche Glaubensauseinandersetzung entwickelt, die auch im Umfeld der AfD geführt wird (Kaiser 2021). Die ideologische Verortung der

Wählerschaft hingegen ist eindeutig festzustellen. Vehrkamp/ Wratil fassen ihre Forschungsergebnisse für die AfD bei der Bundestagswahl 2017 wie folgt zusammen: »Die AfD ist […] eine eindeutig rechtspopulistische Partei. Im extrem rechtspopulistischen Segment erreicht sie um die 60 Prozent der Wähler. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal und das entspricht ihrem Programm und ihren Kandidaten. Unter dem extrem rechts orientierten Nichtpopulisten kommt sie zwar auch auf immerhin noch zehn bis 20 Prozent, aber schon in der politischen Mitte sowie links davon wählt so gut wie niemand mehr AfD« (2017: 11).

In dieser Arbeit soll auf einzelne Strukturmerkmale der Wählerschaft der AfD nicht detailliert eigegangen werden,[11] da dies »der Komplexität des rechtspopulistischen Aufschwungs in Deutschland« kaum gerecht würde (Bergmann et al. 2018: 260 f.). Für die Analyse der Arbeitsweise der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag erscheint es sinnvoller, mit Decker (2019: 258) auf die Einstellungsmerkmale der AfD-Wählerschaft abzustellen. Mudde (2007: 225) wies schon früh auf die Heterogenität der Wählerstruktur der rechtspopulistischen Parteien in Europa hin. Deswegen ist es bezeichnend, dass die AfD in ihrem Strategiepapier vor der Bundestagswahl 2021 nicht nach sozioökonomischen Gründen ihrer Wahl fragt, sondern auf die (populistischen) Einstellungen abstellt (AfD 2019: 7 f.). Loew (2019: 6) sieht in diesen populistischen Einstellungsmerkmalen den Hauptgrund für die Wahlentscheidung.[12] Mit Steiner/ Landwehr (2018) sowie Vehrkamp/Merkel (2019: 19) kann man sie in die Kategorien Majoritarismus, Unmittelbarkeit und Antipluralismus fassen. Zusammengehalten wird die Wählerkoalition wird mit dem emotional aufgeladenen »Klebstoff der Angst« (Ruhose 2019: 19).

2.3Parlamentarische Opposition in Deutschland

2.3.1Begriff, Funktionen und Instrumente

Für die Politikwissenschaft ist die Sachlage klar, warum Opposition benötigt wird. »Ihre Existenz und ihre freien Wirkungsmöglichkeiten sind konstituierend für die parlamentarische Demokratie westlicher Prägung, sind Kriterien

für die Freiheitlichkeit, Parteienvielfalt, Pluralität und Toleranz des politischen Prozesses« (Veen 1979b: 416).

Historisch leitet sich das Wort Opposition vom englischen ›opposite‹ ab, »da im britischen Unterhaus die nicht regierenden Abgeordneten (damals Tories) der Regierungspartei (Whigs) gegenüber (opposite) saßen« (Freytag 2004: 2). Die Opposition ist ein fester Bestandteil unserer repräsentativen Demokratie, auch wenn sich im Grundgesetz keine namentliche Erwähnung der Opposition findet. »[D]as Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition« wird nur in § 88 Abs. 2 Nr. 3 StGB explizit geregelt und in den Kommentaren zu den elementaren Grundsätzen unserer staatlichen Verfasstheit gezählt (Waack 2016: 711). In einigen Landesverfassungen wurden aus diesem Grund nachträglich Oppositionsklauseln aufgenommen (vgl. Cancik 2000).

Die Oppositionsforschung in Deutschland wurde lange als ›Stiefkind‹ der Forschung angesehen, wie es Schumann (1966: 81) schon im Titel seiner Untersuchung ausdrückt[13] Erst jüngst sprach Rüb (2020: 15) erneut von dem »unterbelichteten Begriff« der Opposition. Die Zahl der Studien, die sich mit dem Oppositionsverhalten in Deutschland über die Jahre beschäftigt haben, bleibt überschaubar. Neubacher (2001: 20) verweist in seiner Darstellung des Standes der Oppositionsforschung in Deutschland auf drei zentrale Sammelbände. Schumann (1976) und Oberreuter (1975b) haben die Entwicklung der Forschung bis Mitte der siebziger Jahre aus historischer bzw. vergleichender Perspektive zusammengefasst. Euchner (1993) verfährt in ähnlicher Weise für den Zeitraum Anfang der neunziger Jahre. In jüngster Zeit hat Helms (2016) eine weitere vergleichende Darstellung vorgelegt, die den Schwerpunkt auf die »Analyse der formalen Kontroll- und Mitwirkungsrechte der Opposition und deren Einsatz im parlamentarischen Verfahren« (Helms 1997: 23) legt. Veen (1979b: 417) spricht genau aus demselben Grund davon, dass die Betrachtung der Opposition in Deutschland ihre vielfältigen »strukturellen Voraussetzungen« in den Blick nimmt. Davon unterscheidet sich diese Arbeit. Untersuchungsobjekt ist mit der AfD-Fraktion nicht die gesamte Opposition, sondern die größte Oppositionsfraktion in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags – mit all den Besonderheiten, die es mit sich bringt, wenn erstmals eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag

einzieht und ihre Fraktion sogleich Oppositionsführerin wird.

Klaus von Beyme (1971: 958) definiert parlamentarische Opposition sehr weitgefasster als »eine Gruppierung von Politikern, die einen von der Regierung abweichenden Standpunkt vertritt«. Enger angelegt ist der Begriff bei Helms (2006: 15) laut dem es sich bei der Opposition im Parlament um die Gruppierungen der nicht an der Regierung beteiligten, aber im Parlament vertretenen Kräfte handelt. Auch Steffani bindet den Begriff an die Parlamentszugehörigkeit. Für ihn ist Opposition »der institutionalisierte Widerpart der Regierungsmehrheit. Fraktionen, die nicht durch Vertrauensleute in der Regierung (mit-)vertreten sind, gehören normalerweise zur Opposition« (1991: 23).

Laut Freytag (2004: 4) stellt die parlamentarische Opposition zwar nicht die einzige, aber doch »eine sehr wichtige, wenn nicht die zentrale institutionelle Form der politischen Opposition« dar. Nach Dahl (1966b: 352–359) prägen institutionelle und kulturelle Faktoren das Entstehen der Opposition. Entscheidend seien vor allem die Cleavage-Struktur einer Gesellschaft und die vorhandene ideologische Polarisierung (Dahl 1966b: 371–386). Darauf weist auch Franzmann (2017: 1) in seiner Habilitationsschrift »Opposition in etablierten Demokratien« hin. Steffani (1977: 314 f.) fasst den Analyserahmen für Opposition im Anschluss an Dahl (1966a)[14] zu drei Kategorien zusammen.

1. Unter ihrer *Systemintention* versteht er die Einstellung der Opposition im Hinblick auf die jeweilige politische Ordnung. Diese kann entweder »loyal« bzw. »systemimmanent« sein – oder sich gegen das System stellen bzw. »systemkonträr« agieren.
2. Darauf aufbauend ist die *Wirkungsebene* der Opposition zentral. Sie kann parlamentarisch oder außerparlamentarisch wirken.
3. Steffani analysiert sodann die *Aktionskonsistenz* der Opposition. Darunter versteht er die Frage, wie Opposition agiert, eher systematisch oder eher situationsorientiert (Steffani 1977: 314 f.).

Der Opposition kommt verfassungsrechtlich eine wesentliche Aufgabe in unserem politischen System zu (Cancik 2000). Raschke (1968: 56) unterscheidet zwischen einer funktionalistischen und

eines institutionellen Verständnisses von Opposition. Während das funktionalistische Verständnis auf die Verhaltensweisen abzielt, fokussiert das institutionelle Verständnis auf den Ort, an welchem Opposition ausgeübt wird. Franzmann (2019: 143) weist darauf hin, dass sich die meisten Studien auf ein engeres institutionelles Verständnis konzentrieren und daher das Parlament in den Mittelpunkt stellen. In der Literatur (vgl. dazu Schneider 1989) wird der parlamentarischen Opposition häufig die Trias von Kritik-, Kontroll- und Alternativfunktion zugeschrieben (Schmidt 1992: 283 und Webert 2009: 54). Sie wirke zudem integrativ (Thränhardt 2013: 511).

Bei der *Kritikfunktion*, die Schneider (1989: 1073) als wesentlichste Aufgabe einer wirksamen Opposition beschreibt, richtet sich deren Arbeit an der Regierung aus und kritisiert diese. Die Kritik bezieht sich dabei zum einen auf die politische Ideologie und Grundlinien, die die Regierung vertritt, zum anderen auf die Inhalte und Details der von ihr verfolgten Initiativen. Die Opposition wird somit zu einer »Problemsuchkommission« (Oberreuter 1993: 76). Durch die Arbeit der Opposition in diesem Bereich werden vermeintlich benachteiligte Gruppen in den politischen Prozess einbezogen (Webert 2009: 55 und Schneider 1989: 1076).

Im Weiteren wird der parlamentarischen Opposition die Aufgabe zugewiesen, die Regierung zu überwachen und die Arbeit des Regierungsapparats zu überprüfen (Stadtler 1984: 7). Bei der *Kontrollfunktion* steht im Mittelpunkt, ob sich die Regierung an Recht und Gesetz hält. Dazu dienen sowohl die Arbeit in den parlamentarischen Ausschüssen als auch die öffentlichen Auseinandersetzungen im Plenarsaal. Gemeinsam mit anderen Institutionen wie dem Bundesrechnungshof oder dem Bundesverfassungsgericht obliegt ihr zudem die Ex-post-Kontrolle der Handlungen bzw. abgeschlossenen Vorhaben der Regierung.[15]

Für Fraenkel (1964: 227) steht die *Alternativfunktion* der Opposition in der Reihenfolge ihrer Relevanz an erster Stelle. Opposition muss demnach stets ein anderes Angebot an Inhalten und Personen präsentieren. Damit formuliert parlamentarische Opposition ein anderes, mithin alternatives Angebot für die Wählerinnen und Wähler, dem sie bei der nächsten Wahlentscheidung ihre Stimme geben können. In den Debatten des Parlaments drückt sich diese Funktion durch Rede und

Gegenrede sowie die herausgehobene Rolle der größten Oppositionsfraktion im Bundestag aus. Laut Hereth (1969: 32) bleibt die Alternativfunktion in der Bedeutung für die parlamentarische Arbeit im Bundestag wegen dessen Organisation – und seines Fokus auf der Gesetzesarbeit – hinter der Kontroll- und der Kritikfunktion zurück. Durch die Berichterstattung über zentrale Debatten und die veränderte Medienrezeption des Politikbetriebs (Pörksen 2018; Pörksen 2020a; Pörksen 2020b; Pörksen 2020c; Habermas 2020b) hat sich dies inzwischen jedoch deutlich verändert. Laut Korte (2014: 12) müsste erfolgreiche Oppositionsarbeit »den Modus und die Dynamik politischer Öffentlichkeit« deshalb neu neuinterpretieren.

Sebaldt (1992: 17) verweist darauf, dass Alternativangebote und die Kritikaufgabe der Opposition eng miteinander verbunden sind. Aus der Verbindung von Alternativ- und Kritikfunktion leitet er die *Thematisierungsfunktion* der Opposition ab, die manchmal auch als *Innovationsfunktion* bezeichnet wird. Die jüngste Forschung schlüsselt die Funktionen über die Trias hinaus noch weiter auf (Hohl 2018: 74). Korte (2011: 298) betont z. B. die Relevanz des Agenda-Setting für die Regierung. Dasselbe gilt für die Opposition. Wie ihr dies im Parlament gelingen kann, hat Hohl (2018) am Beispiel der Tagesordnungen der Plenarsitzungen des nordrhein-westfälischen Landtags systematisch erfasst. Sie verweist dabei (Hohl 2018: 32) auf die Arbeit von Helms (2006: 65), der ebenfalls die Wichtigkeit der Agenda Setting-Funktion der Opposition betont.

Korte weist aber zugleich auf die Restriktionen, die aus der »gesteigerte(n) Exekutivlastigkeit des Entscheidens« für die Opposition entstünden (2014: 12). Andere Autoren (Baumgartner et al. 2006) betonen ebenfalls die Vorteile der Regierung bei der Gestaltung der Themenagenda. Der Opposition bleibt somit vor allem eine reaktive Funktion. Unter bestimmten Voraussetzungen, dies zeigen die Arbeiten von Hohl (2018) für den Landtag in Nordrhein-Westfalen und von Thierse (2015) für das Europäische Parlament, kann dieses Instrument dennoch durch die Opposition genutzt werden. Fröhlich (2013: 395) führt aus, dass die Opposition vor allem über das Thematisieren einer aus ihrer Sicht falschen Schwerpunktsetzung durch die Regierung wirken kann. Sie muss dabei allerdings immer mit dem Vorteil der Regierung umgehen, Themen leicht von der Agenda verdrängen zu können.

Oppositionen brauchen für ihren Erfolg somit »Themen, die das eigene Profil schärfen, von der Regierung vernachlässigt werden und bei den Wählern keine schlechten Assoziationen auslösen« (Hohl 2017: 45).

Mundil (2014: 44–47) arbeitet noch weitere Funktionen der parlamentarischen Opposition heraus. Er verweist auf die *Integrationsfunktion* sowie auf spezifische Funktionen im Sozialstaat. Gerade die von Steffani (1977: 430) betonte »Integration von Minderheitsgruppen in den politischen Prozess« durch die parlamentarische Opposition ist hier relevant. Aufgrund der sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland[16] rückt diese Funktion für die Betrachtung der rechtspopulistischen Opposition am Beispiel der AfD im Bundestag ebenfalls mit ins Zentrum der theoretischen Überlegungen dieser Arbeit.

Mit Gabriel/Steffani (1991: 148) sollen in dieser Arbeit die Hauptfunktionen der Opposition aus allen zuvor dargestellten Überlegungen folgend in einem ›Funktionenkanon‹ der Opposition zusammengefasst werden. Diese ›Grundfunktionen parlamentarischer Opposition‹ fächern die Funktionstrias Kontrolle, Kritik und Alternative weiter auf (Steffani 1968: 49).

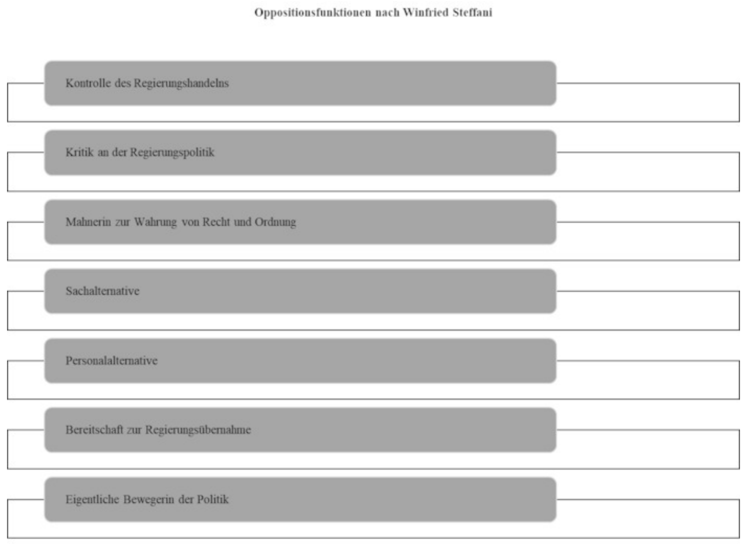


Abbildung 1: Oppositionsfunktionen nach Winfried Steffani

Eigene Darstellung nach Gabriel/Steffani 1991: 148

Kurzgefasst hat Opposition die Aufgaben, »erstens einen Zustand kritischer Öffentlichkeit durch die Nutzung des Bundestagsplenums als öffentliches Forum der Nation herzustellen und zweitens den Bürgern im Hinblick auf die nächste Wahl eine personelle und politisch-programmatische Alternative aufzuzeigen« (Veen 1979b: 428).

In der neueren Forschung steht neben der Formulierung von Alternativen die Kontrollfunktion im Mittelpunkt der Oppositionsarbeit (Garritzmann 2017). Wie Veen (1979b: 428) formuliert, braucht die Kritik Öffentlichkeit und Medien. Steffani (1968: 50) betont dies ebenfalls und begründet damit, warum Oppositionsfraktionen Mittel für eine umfassende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erhalten sollten.[17] Norton (2008: 238 f.) erweitert den Oppositionsbegriff und identifiziert verschiedene Interaktionsmodi. So benennt er noch die Möglichkeit, dass Fraktionen im Parlament auch innerhalb von Koalitionsregierungen oppositionelles Verhalten entwickeln können (Norton 2008: 239). Cancik (2016) begründet noch die Form der »ad hoc Opposition«. Diese bildet sich »etwa in Gestalt von Koalitionsbildungen zwischen Oppositionsfraktionen« (Ebd.) im Funktionsbereich der Regierungskontrolle. Kaltefleiter (1973: 6 ff.) hat insgesamt vier Oppositionsstrategien identifiziert, die in unterschiedlichen Phasen der deutschen Politik zur Anwendung gekommen sind. Alle fünf Oppositionsstrategien sind in der Abbildung 2 dargestellt.

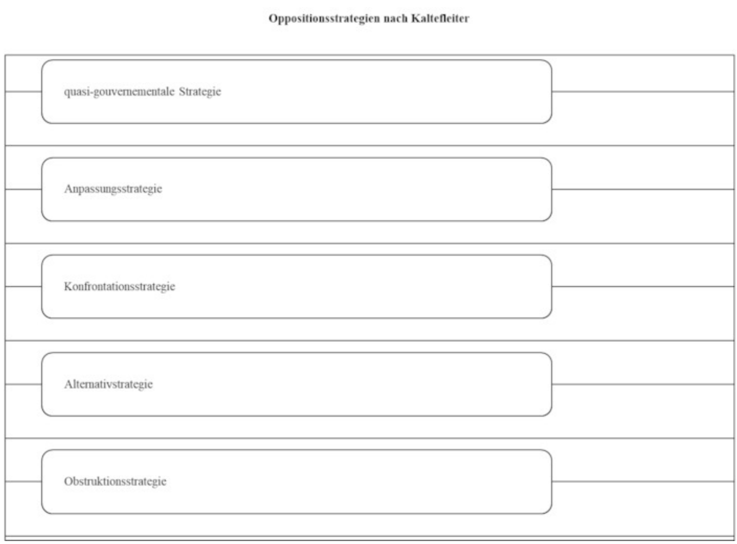


Abbildung 2: Oppositionsstrategien nach Kaltefleiter

Eigene Darstellung aufbauend auf Kaltefleiter 1973: 6 ff.

Es gibt verschiedene Versuche in der Oppositionsforschung, den Begriff der Opposition zu systematisieren. In ihrer Untersuchung über das generelle Oppositionsverhalten im Deutschen Bundestag stellt Webert (2009: 69–80) die verschiedenen Formen vor. Die grundlegende und bis heute zentrale Typologisierung von Opposition hat Robert A. Dahl (1966b und insgesamt 1966a)[18] vorgenommen. Er unterscheidet vier Formen zwischen obstruktiver Opposition an dem einen Ende der Möglichkeiten und einer coalescenten Opposition an dem ihm gegenüberliegenden Ende.[19] Während sich die *obstruktive Opposition* damit begnügt, die Arbeit der Regierung zu behindern, ist das Ziel einer *coalescenten Opposition*, mittels verschiedener Formen der Zusammenarbeit mitzuregieren. Dazwischen liegen die beiden bis zum heutigen Zeitpunkt »meistgebrauchten Adjektive zur Beschreibung von Oppositionsstrategien« (Webert 2009: 71), die Möglichkeiten kompetitive oder die kooperative Opposition. Erstere setzt auf eine strikte Abgrenzung von der Regierung und verweist auf die eigenen Alternativvorschläge, letztere verfolgt eine Mitwirkungsstrategie, um eigene Positionen durchzusetzen. Steffani (1968) differenziert noch einmal zwischen der Systemintention der Opposition und deren Aktionskonsistenz.

Unter Letzterer verbirgt sich eine ähnliche Einteilung von Oppositionsstrategien wie bei Dahl. Mit Blick auf die Systemintention fragt Steffani, ob die Opposition systemimmanent oder systemkonträr agiere.

2.3.2Das deutsche Oppositionsmodell und seine bisherigen Rahmenbedingungen

Ludger Helms (2006) hat in einem Vergleich der Länder Deutschland, Großbritannien, USA und Schweiz die Bedeutung der institutionellen Rahmenbedingungen der Opposition herausgearbeitet. In der Oppositionsforschung fungiert lange Zeit das englische Parlament mit seinen bipolaren Abläufen als Referenz. Die Tradition der parlamentarischen Opposition in Deutschland wich darin ab, wie Dieter Grosser (1975) in seinem Aufsatz über die historischen Hypotheken eines deutschen Oppositionsbegriffs herausstellt. In der Weimarer Republik wollte die SPD sogar eine eigene »deutsche Form des Parlamentarismus« (Grosser 1975: 216) entwickeln, statt das Modell des damals verfeindeten Staates zu übernehmen. »Vor allem von Zentrum und Nationalliberalen wurde die Idee einer einheitlichen Volksgemeinschaft propagiert, die ein Regierungssystem brauche, das die Gegensätze […] überbrücke« (Grosser 1975: 215).

Daran knüpfte die junge Bundesrepublik nicht unmittelbar an. Zunächst, darauf verweist die stilbildende Arbeit von Kralewski/ Neunreither (1963) über den ersten Bundestag herrschte das konfrontative Modell vor. Doch mit der Zeit wurde der oppositionellen SPD klar, dass sie die Hegemonie der CDU als Regierungspartei nur dann würde brechen können, wenn sie sich den Positionen der Regierung annähert bzw. diese übernimmt. Oberreuter (1993: 62) weist darauf hin, dass Dissens und Auseinandersetzung in der deutschen Politik nicht goutiert werden. Dies stellt ein »Dilemma der Opposition« (Werner 1993: 184) dar. Dahrendorf (1971: 151–232) attestierte Deutschland eine »Sehnsucht nach Synthese«. Deutschland sei geprägt von einer starken Konfliktaversion, die es der Opposition erschwerte, mit einem starken Gegenauftritt die Regierung unter Druck zu setzen.

Die Opposition in Deutschland muss auf der einen Seite deutlich die Unterschiede zur Regierung herausarbeiten, um als deren Alternative wahrgenommen zu werden. Auf der anderen Seite darf

sie es damit nicht übertreiben, da eine stark ausgeprägte Kompromissanforderung an die Politik existiert und Streit nicht geschätzt wird – jedenfalls bislang noch nicht. Wie Neubacher schreibt fassen viele Wähler dies »als Angriff gegen den mit der Regierung identifizierten Staat auf[fassten]. Besonders in außenpolitischen Fragen zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation schien hierzulande die Auffassung zu dominieren, demokratischer Stil sei zunächst einmal, wenn Regierung und Opposition einer Meinung seien« (2001: 24).

Für Dolf Sternberger (1976: 78) liegt die Konfliktaversion in der Existenz des Mehrparteiensystems begründet. In diesem System ist der politische Drang in die Regierung und das Verständnis als Regierung im Wartestand stärker als in einem Zwei-Parteien-System. Dass es zum Beispiel den Fraktionen von FDP und Bündnis90/Die Grünen[20] fällt seit 2017 nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen äußerst schwer gefallen ist, gegen die Politik von Angela Merkel mit ihrer Kritik durchzudringen, hat vor allem mit ihrem eigenen Regierungswillen zu tun.

Laut Helms (2006: 54) stößt die Opposition in Deutschland auf Vorbehalte, wenn sie sich durchgängig gegen die Regierung stellen würde. In seiner vergleichenden Studie zu den verschiedenen institutionellen Oppositionsmodellen zeigt er auf, dass die Opposition fest in den politischen Ablauf integriert ist und mit ihrem »politischen Sachverstand« (Helms 2006: 66) Gehör findet – bei der Regierung und in den Medien gleichermaßen.[21] Helms (2006: 54) verweist neben den kooperativen auf die wettbewerblichen Elemente der Opposition im deutschen Parlamentarismus.

> »Für eine positive Bewertung sprechen auch die wichtigsten übrigen Indikatoren, wie insbesondere die Ermöglichung von Machtwechseln und die Stärke fundamentaloppositioneller Gruppen und Bewegungen in einem System. Anders als in zahlreichen anderen westlichen Ländern spielten eindeutig systemfeindliche Parteien mit parlamentarischem Repräsentationsstatus auf Bundesebene eine auffallend geringe Rolle« (Helms 2006: 66).

Mit der Challenger-Funktion (Franzmann 2019: 142), die die AfD seit 2017 übernimmt, hat sich dies inzwischen geändert. Bis dahin

wurde in Deutschland immer eine ›systemloyale Opposition‹ unterstützt: »Dissatisfied democrats show their discontent in loyal opposition behavior, supporting the mainstream opposition parties« (Hofferbert/Klingemann 2000: 15). Sie führen dies auf die ›Sogkraft‹ der bereits etablierten Kräfte zurück. In ihrer Untersuchung berücksichtigen sie ähnlich wie Helms (2006: 182) das schwindende Vertrauen der Deutschen in die Politik und die Parteien. Bislang wären systemkritische Parteien stets den Weg der Parlamentarisierung gegangen. Jüngst hat dies Stifel (2018) für die Grünen nachgezeichnet.

Die Oppositionsforschung konzentrierte sich seit 2013 verstärkt auf die Rolle einer kleinen Opposition gegen eine Große Koalition Dies gilt sowohl für das Staatsrecht (Cancik 2016, Kuhn 2019) als auch für die Politikwissenschaft (Lorenz 2010). Dabei ging es darum, die »strukturelle Informationsasymmetrie zu Lasten der Opposition« (Cancik 2016) zu minimieren, die entstehen, wenn die Opposition zu klein ist, um Sperrminoritäten zu erreichen oder Minderheitenrechte geltend zu machen. Durch das Hinzutreten der AfD als Oppositionsfraktion wurde dann noch deutlicher, dass »(e)ine parteipolitisch sehr heterogene Opposition nicht als ›die Opposition‹ agieren (kann)« (Cancik 2016).

2.3.3Bisherige Oppositionsfunktionen und -strategien innerhalb des deutschen Oppositionsmodells

Für die Einordnung der AfD-Fraktion in die Funktionsweise des deutschen Oppositionssystems und die Frage nach dessen Wandel ist es von Interesse, sich die unterschiedlichen Phasen und grundlegenden Funktionen der Opposition in Deutschland zu vergegenwärtigen. Die eingangs in diesem Kapitel dargestellten Oppositionsfunktionen sollen hier für den aktuellen Stand des Parteiensystems im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 dargestellt werden. Bei Betrachtung der Opposition im Deutschen Bundestag über den Zeitverlauf, wie es Webert (2009) umfassend getan hat, wird deutlich, dass Opposition nie ›die eine‹ Strategie wählt. »Die Situationen, mit denen die Opposition im Verlauf einer Wahlperiode konfrontiert wird, sind zu vielfältig, als dass *eine* Strategieform gewählt werden könnte« (Kaiser/Petersohn 2007: 23; Hervorhebung im Original).

Die Geschichte des deutschen Oppositionssystems ist bis zum

Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts und dem Aufkommen der Grünen vor allem durch die scharfe Polarisierung zwischen CDU und SPD in unterschiedlichen Rollen gekennzeichnet. In diesen Phasen konnte die Opposition – mit Ausnahme in der Zeit der ersten Großen Koalition aufgrund ihrer Größe – alle ihr zugeschriebenen Funktionen ausführen. Während Konrad Adenauer als Bundeskanzler selbst für einen harten Abgrenzungskurs seiner Union gegenüber der SPD einstand, begannen die Gegensätze während der kurzen Kanzlerschaft Erhards, der mit dem Ziel antrat, »Volkskanzler« (Caro 1965) zu sein, zu verschwimmen.

Kooperative Ansätze der Oppositionsführung finden sich parallel zu diesem Wandel in der Strategie, die die SPD mit und nach ihrem Godesberger Programm einschlug und die in dem Einstieg in die erste Große Koalition mündete. Mit dem Signal, regierungsfähig zu sein, konnte man »die tief verwurzelten Vorurteile ausschlaggebender Wählerschichten gegen die SPD« lockern (Dohnanyi 1961: 450 zitiert nach Neubacher 2002: 34). Kaltefleiter (1973: 6) hat dafür den Begriff »quasi-gouvernementale Strategie« geprägt.

In der Zeit der ersten Großen Koalition blieb die Opposition der FDP bereits aus numerischen Gründen schwach (Hennis 1968). Erst in der Zeit der sozialliberalen Koalition entfaltete der Kampf der Gegensätze zwischen Regierung und Opposition wieder seine volle Wirkung. Die CDU definierte sich lange Zeit über die klare Ablehnung der ›neuen Ostpolitik‹ von Willy Brandt. Kaltefleiter (1973: 6) spricht von »Konfrontationsstrategien«. Gerade aber die gesellschaftliche Ablehnung von politischem Streit und die gleichzeitige breite Unterstützung in der Bevölkerung für die Ostpolitik von Willy Brandt stellte die Opposition vor eine große Herausforderung. Dieses Dilemma hat bislang jede Opposition beschäftigt – die Erwartungshaltung, dass die politischen Debatten harmonieorientiert verlaufen und das gleichzeitige Einfordern von Alternativpolitiken passen nicht zusammen. Das Bedürfnis nach Harmonie besteht bis heute: In einer Umfrage von Infratest Dimap erklärten im Jahr 2000 zum Beispiel 64 Prozent der Befragten, dass die Opposition die Regierung unterstützen solle (Umfrage zitiert nach Helms 2006: 54). Mit Franz Josef Strauß kam die Polarisierung wieder zu ihrer vollen Entfaltung. Er verkörperte die Fundamental-Opposition gegen die Regierungen Brandt und

Schmidt und führte sie wie kein anderer mit seiner eigenen Kanzlerkandidatur 1980 zu einem Höhepunkt, wie Niclauß (2015: 185) in seiner Studie über die Kanzlerdemokratie festhält.

Eine grundlegende Erweiterung des Oppositionssystems vollzieht sich mit der Entstehung und Etablierung der Grünen in den achtziger Jahren (Niclauß 2015: 186; grundlegend bspw. Langguth 1984). Hohl benennt die von den Grünen eingenommene fundamentalen Gegenstellung zur Regierung befindet, als »Obstruktionsstrategie« (2018: 35). Dies scheint für neue Kräfte im politischen System typisch zu sein. Die Grünen verstanden sich selbst in ihrer Gründungs- und Etablierungsphase 1983 bis 1990 als ›Anti-Parteien-Partei‹. Bei der damaligen PDS bestand lange Zeit Unklarheit darüber, ob eine etablierte Regierungspartei im Osten wirklich eine glaubhafte Anti-System-Haltung aufbauen kann.

Helmut Kohl reagierte aufseiten der Regierung darauf mit einer erfolgreichen, konfrontativ angelegten Bündnisorientierung. Er betonte das einende Band von Union und FDP und polarisierte die Debatte durch Warnungen vor den Sozialdemokraten und insbesondere deren neuen potenziellen Bündnispartnern (Niclauß 2015: 261). Durch die Oppositionsstrategie der SPD gegen Ende der Kanzlerschaft Kohls lief diese Polarisierung zunehmend ins Leere. Mit dem Wahlkampf 1998 von Gerhard Schröder begann die erste Phase der »geleugneten Differenzen« (Niclauß 2015: 262), mit der zunächst die SPD immer stärker in den politischen Markenkern der CDU eindrang und die mit der »asymmetrischen Demobilisierung« (Jung et al. 2009: 19) von Merkel unter umgekehrten parteipolitischen Vorzeichen seit 2005 ihren Höhepunkt erreichte. Als Kanzler erzeugte Schröder durch die zahlreichen Räte und Kommissionen den Eindruck eines überparteilichen Regierungsstils (Heinze 2002) und band so relevante Integrationsfiguren der Opposition in die Konzeption seiner Politik ein.

Schon im Bundestagswahlkampf 1998 griff er Kohl nicht unmittelbar an, sondern verwies darauf, dass der Kanzler »die Zukunftsdimension nicht mehr glaubwürdig besetzen« konnte (Schoppe 2001: 53). In der Außen- und Sicherheitspolitik fanden die zentralen Auseinandersetzungen nicht zwischen Regierung und Opposition, sondern innerhalb der Koalition statt – allein die Diskussion um die deutsche Beteiligung am Irak-Krieg der US-

Regierung des Präsidenten Bush bildeten hier eine zentrale, weil (mit) wahlentscheidende Ausnahme. Durch den Schwenk der SPD auf einen neoliberalen Pfad in der Wirtschafts- und Sozialpolitik konnten die CDU und die FDP ihre Kompetenzen in diesen Bereichen nicht mehr voll zur Geltung bringen. Merkel nahm sich dies für die Koalitionen der Union mit der SPD (2005-2009, 2013-2021) und der FDP (2009-2013) zum Vorbild, in dem sie sich nicht nur beim Thema der Euro-Rettung, sondern »auch auf anderen Gebieten um eine Annäherung an die Oppositionsparteien mit Ausnahme der Linkspartei bemüht(e)« (Niclauß 2015: 393).

Bei Schröder und Merkel spielte für die Wahrnehmung der Oppositionsrolle auch der Bundesrat eine wichtige Rolle (Korte 2014: 11; vgl. Schmedes 2019). Im deutschen Parlamentssystem wirken zwei Faktoren gegen eine reine Obstruktionsstrategie: die föderale Staatsstruktur und der Bundesrat, über den die Oppositionsparteien im Bund an der Gesetzgebung mitwirken. Das macht auch den Wandel des Oppositionsverhaltens der Grünen und der ehemaligen PDS nachvollziehbar, die durch ihre Beteiligung in Landesregierungen nach der Anfangszeit schleichend in das kooperative System des gemeinsamen Regierens ebenfalls einbezogen wurden. Schröder und Merkel zogen daraus ihren Nutzen. Beide verfolgten regierungsseitig keine Abgrenzungsstrategien wie die vorherigen Regierungen, »sondern eine programmatische Annäherung« (Niclauß 2015: 394). Dadurch wurden nicht nur zentrale Oppositionsthemen neutralisiert, der politische Diskurs insgesamt kam spätestens während der Auseinandersetzung über die ›alternativlose‹ Euro-Politik zum Erliegen. Dieses Verhalten ist nicht nur Angela Merkel und der Unionsfraktion anzulasten. Die Oppositionsparteien von SPD und Grünen hatten ja aus freien Stücken selbst zu einer Einbindungsstrategie gewechselt und auf »weitergehende Forderungen« in Richtung der Regierung verzichtet (Niclauß 2015: 395). In einem Interview führte der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, dazu aus: »Es gibt Leute, die sagen: Eine Opposition muss alles ablehnen, was von der Regierung kommt. Eine kleine Partei kann nach diesem Maßstab handeln, die Linke zum Beispiel. Hans-Jochen Vogel hat immer gemahnt: Die SPD sollte sich in der Opposition immer als eine ›Regierung im Wartestand‹ verstehen. Die Menschen müssen das berechtigte Gefühl haben, dass sie uns

jederzeit das Schicksal des Landes anvertrauen können. Dazu braucht man Haltung. Wenn Sie in der Europa-Politik in wichtigen Fragen die Spur verlassen, kommen sie nur schwer wieder rein« (Steinmeier 2013). Als Ergebnis standen sich die beiden Lager »nicht mehr polarisierend gegenüber und die Bundeskanzlerin zeigte wenig Interesse, die Unterschiede zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik hervorzuheben« (Niclauß 2015: 398).

Die Entwicklung einer System-Opposition und der 2017 erstmals in den Bundestag eingezogenen AfD muss vor diesem Hintergrund gesehen werden (Niedermayer 2020). Neue Forschungen zur Oppositionsstrategie im Bundestag enden bislang mit der 17. Wahlperiode und belegen das Changieren zwischen Konfrontation und Kooperation (Hohendorf et al. 2020). Insbesondere für die Kanzlerschaften Schröders und Merkels ist festzuhalten, dass die Opposition nicht als der ›eigentliche Beweger der Politik‹ auftrat und sich vor der Wählerschaft als besseres Sach- und Personalgebot darstellen konnten. Ihr Hauptaugenmerk lag stattdessen auf der lösungsorientierten Kontrolle des Regierungshandelns.[22] Das lag auch na ihrer zahlenmäßigen Schwäche, die sie insbesondere in der 18. Wahlperiode (2013-2017) eines wichtigen Teils ihrer parlamentarischen Befugnisse beraubten (Korte 2014: 12).[23]

Das numerische Repräsentationsdefizit leistete einer weiteren Ent-Emotionalisierung der Politik weiteren Vorschub, die schon durch den betont rationalen Stil der Opposition seit 2009 unübersehbar war. Streit und Auseinandersetzung um die Sache wurden im Parlament kaum noch wahrgenommen. Der zunehmend beschwichtigende Regierungsstil griff auch auf das Oppositionsverständnis über. Exemplarisch verkörpert wurde dieses durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier, der für die Zeit 2009 bis 2013 festhielt: »Das ist meine Idee von guter Oppositionsarbeit. Erstens wollte ich, dass die Fraktion nach vorn schaut und Ideen entwickelt, mit denen wir die Probleme von morgen lösen können. Ich wollte, dass wir uns auf neue Regierungsverantwortung vorbereiten und sich keiner in der Opposition einrichtet. Zweitens ging es mir darum, dass wir den Kontakt zu den wichtigen Gesprächspartnern in der Gesellschaft, zu Sozial- und Wirtschaftsverbänden, Künstlern und Wissenschaftlern, Arbeitnehmern, Auszubildenden, Schülern, Eltern, Kindern, Frauen und Männern nicht verlieren. Ich wollte,

dass wir gemeinsam mit ihnen unsere Politik diskutieren und entwickeln« (Steinmeier 2013).

Die heutige Opposition verfolgt damit eine besondere Form einer quasi-gouvernementalen Oppositionsstrategie, von der Crick (1976: 151) eigentlich abrät. Hier stehe der Aufwand der Formulierung eigener Initiativen und der Erarbeitung der detaillierten Vorschläge durch die Opposition nicht im Einklang mit der Wirkung auf die Wählerschaft. Zudem bestehe die Gefahr, dass die Regierung die Ideen und Vorschläge einfach übernimmt und somit deren Originalität verloren geht (Daumann 1999: 145). Für Norton (2008: 242) ist dieser besondere Oppositionsmodus trotz dieser Risiken konstitutiv für Deutschland. Er bezeichnet ihn als parteiübergreifend, weil er durch die sachorientierte Zusammenarbeit unabhängig vom Regierungsstatus geprägt sei. Dies wirke vor allem regierungsstabilisierend und lege den einem Fokus auf den rationalen politischen Diskurs. Gleichzeitig verschwänden die wahrnehmbaren grundlegenden Gegensätze zwischen Opposition und Regierung. Schmitt/Franzmann (2017) beschreiben die Wirkungen der Großen Koalition auf den Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition. Sie bezeichnen solche Bündnisse als »langfristig schädlich« (Schmitt/Franzmann 2017: 113), da sie politische Gegensätze nivellieren und die Polarisierung an die rechten und linken Rändern des Politischen verlagere. Veen (1979b: 431) sieht darin ein grundsätzliches Problem. Er warnt, »ein Mehr an Einfluß der Opposition in den Entscheidungsprozessen des Bundestags […] den damit einhergehenden Verlust an kritischer Öffentlichkeit, an Information über Richtung und Auswirkung der Politik und an öffentlicher Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen grundsätzlich nicht aufzuwiegen [vermag]«.

Seit 2017 hat sich diese Konstellation durch die Grünen nochmals verstärkt; diese hatten ihre Regierungsbereitschaft während der Jamaika-Verhandlungen zum einem ernsthaft bewiesen, zum anderen verfügen sie in den Ländern inzwischen über eine Vielzahl von bis zu zwölf Regierungsbeteiligungen, durch die sie an der Gesetzgebung ohnehin stark beteiligt waren (Graw 2020). Die FDP, eigentlich mit einem klassischen Drang zum Regieren ausgestattet, suchte nach ihrem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen ihre Rolle in der Opposition und kämpfte angesichts der stark grün-orientierten Themen-Agenda zunächst

weitgehend erfolglos um öffentliche Aufmerksamkeit. Ähnliches galt für die Linksfraktion, insbesondere nachdem sich deren profilierte Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht von diesem Amt zurückgezogen hat. Kirchheimer (1980: 424) hatte mit Blick auf die Opposition der FDP in der ersten Großen Koalition seinerzeit bereits die Frage aufgeworfen, ob es durch »ein gewisses Abnehmen der sozialen Polarisierung« zu einem »Stadium des Versandens der parlamentarischen Opposition« komme. Dies wurde in der Merkel-Ära erneut aktuell. Die heutige Frage lautet, ob dieser Zustand auch in Zukunft anhält oder ob es durch das Hinzutreten der AfD zu einer grundlegen Veränderung in Oppositionsverständnis und -verhalten kommt. Dafür ist es relevant, zunächst den Forschungsstand über die Alternative für Deutschland zu rezipieren.

2.4Emotionen als politikwissenschaftliches Konzept

In seiner Beschreibung der rechtspopulistischen Entwicklung Österreichs nutzt der Schriftsteller Josef Haslinger (1995) die Bezeichnung »Politik der Gefühle«, um das damalige neue Politikmodell zu charakterisieren. Die Schriftstellerin Olga Flor (2018: 88) übernimmt diese Bezeichnung und spricht mit Blick auf den aufkommenden Populismus von einer »Politik der Emotion«. Auch Decker/Lewandowsky (2009: 6) attestieren dem Rechtspopulismus »eine zutiefst emotionale Komponente«. Diese sei darauf ausgerichtet, »vorhandene Ängste und Ressentiments aufzugreifen und zu bedienen«. Die Emotionalisierung muss vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in den »entsicherten Jahrzehnte[n]« (Heitmeyer 2018: 89) gesehen werden, die zu einer »Verschiebung« des gesellschaftlichen Koordinatensystems geführt haben (Ebd.: 109). Populismus greift also nicht nur Ressentiments auf, vielmehr sind die populistischen Parteien Ausdruck des gesellschaftlichen Ressentiments. Damit wird den Politikerinnen und Politikern der AfD nicht nur rein taktisches Verhalten attestiert, sondern sie folgen in der Tat den Überzeugungen, dass ihre Politikinhalte die richtigen sind. Die Untersuchungen von Kleinert (2018) über die AfD-Mitglieder legen dies sowohl für die Mandatsträger, die Parteimitglieder als auch

für die Wählerschaft der AfD nahe. Deswegen greifen Analysen der Alternative für Deutschland als reines und temporäres Protestphänomen zu kurz.

Vielmehr ist die Alternative für Deutschland Ausdruck von verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen, wie hier dargestellt. Heitmeyer (2018: 328) benennt als Ursache »das Zusammenwirken von autoritärem Kapitalismus, Demokratieentleerung und sozialen Desintegrationsprozessen im Zuge einer beschleunigten Globalisierung«. Frevert (2020: 9) hebt die Bedeutung der Emotionen im Kontext der Fluchtbewegungen seit 2015 hervor und bezieht sich dabei auf die Diskussionen um die Aufnahmepolitik nach den Bränden im Flüchtlingscamp Moria im Jahr 2020: »Die Empathie der Vielen war es, die den Beschluss zur Grenzöffnung vorbereitete. Das wiederholte sich fünf Jahre später, allerdings in stark verdünnter Dosis: Wieder wurde der Druck Zivilgesellschaft so groß, dass die Regierung sich gezwungen sah, Kinder aus heillos überfüllten griechischen Flüchtlingscamps aufzunehmen« (Frevert 2020: 9). Die Beobachtung, dass solche Entscheidungen in anderen Teilen der Gesellschaft starke »Gegengefühle« (Frevert 2020: 8) erzeugen, ist für das Erstarken des Rechtspopulismus bedeutsam. In seiner Arbeit über die Zornpolitik arbeitet Jensen (2017) die Emotionalisierung als zentrales Stilmittel des Rechtspopulismus heraus. Emotionen sind also relevant, um die rechtspopulistische Opposition im Bundestag zu verstehen.

2.4.1 Berücksichtigung von Emotionen in der politikwissenschaftlichen Forschung

Besand (2019: 87) verweist darauf, dass Emotionen aktuell als immer wesentlicher für die politischen Entscheidungsprozesse adressiert würden, »man sie aber noch immer vor allem als pathologische Erscheinungen« verstehe, »an denen man […] gegenwärtig kaum vorbeikommt«. Eine solche Einstellung – dies ist eine These dieser Arbeit – unterschätzt die Rolle von Emotionen, da sich so kein Verständnis über politische Emotionen herausbilden kann. Laut Neckel/Pritz (2019: 312) kann der soziale Wandel der Gesellschaft durch einen umfassenden »Prozess der Emotionalisierung« charakterisiert werden. Frevert spricht davon, »dass Gefühle Geschichte machen. Sie motivieren Menschen dazu,

etwas zu tun oder zu lassen, das den Lauf der Dinge verändert« (2020: 8). Insofern sind Emotionen »für die politischen Auseinandersetzungen mit politischen und gesellschaftlichen Fragen zu allen Zeiten konstitutiv« (Besand 2019: 87).

Nachdem lange in der Politik die Vorstellung vorherrschte, dass sich in diesem Bereich der Gesellschaft die Kraft des Arguments durchsetzen wird (Hendricks/Vestergaard 2017: 10), rücken nun die Emotionen und ihre Rolle bei der Politikvermittlung in den Mittelpunkt. Klose (2019: 13) weist auf die positiven und negativen Folgen politischer Emotionen hin und zeigt auf, dass sowohl gesellschaftlicher Zusammenhalt als auch Erfolge von Populisten von der Berücksichtigung verschiedener Gefühlslagen abhängen. Wenn es zu früheren Zeiten um die Berücksichtigung politischer Emotionsäußerungen ging, stand deren Kontrolle im Mittelpunkt oder deren Überwindungen, denn es drohten Gefahren, »sofern sich Einzelne und Gruppen von Gefühlen leiten lassen« (Hilligen 1991: 42, zitiert nach Besand 2019: 85; vgl. auch Frevert 2020: 13). Der heutige Blick auf die Rolle der Emotionen ist ein anderer. Damasio (1994) hat aus neurobiologischer Sicht herausgearbeitet, dass Vernunft und Emotion keine getrennten Instanzen sind, wie es die liberale Demokratietheorie (Schaal/Heidenreich 2013: 4) immer angenommen hat. Vielmehr bedingen rationales Entscheiden und emotionales Handeln einander. »(D)ie klassische Entgegensetzung von Verstand/Vernunft und Gefühl nicht aufrechterhalten lässt. Vielmehr stehen Gefühle in engem Kontakt mit kognitiven Operationen, die über das gesamte Gehirn hinweg zusammenarbeiten« (Frevert 2020: 10). Wie Sauer (1999: 207; vgl. dazu auch Schindel 2017) hervorhebt, sind die Emotionen nicht nur biologisch bedingt.: »Gefühle haben zwar eine Beziehung zur menschlichen Physis, sie aber deshalb zur Natur zu erklären hieße, den kulturellen Kontext auch physischer Reaktionen zu verkennen«. Die kulturellen Dimensionen von Emotionen betont auch Frevert (2020: 9), die auf die Erfahrungssättigung und kulturelle Formungen hinweist. Emotionen »greifen […] auf persönliche und kollektive Erfahrungen zurück«. Da Emotionen konstitutiv für menschliches Verhalten sind und »zum täglichen Leben« gehören (Schachinger 2014: 271), spielen sie auch in der Politik eine große Rolle. Es gibt positive und negative Emotionen. Letztere werden mitunter von Politikerinnen und Politiker gezielt benutzt und auch von Medien und Institutionen mitgeformt

(Frevert 2020: 11). Emotionen werden aber nicht bloß geschürt, sondern sind per se erst einmal da. »Sie begleiten und gestalten gesellschaftliche Prozesse, aber auch politische Strukturen und Themenstellungen. Sie verleihen Gesellschaften ihr jeweils zeitlich kulturelles Gesicht« (Petri 2018: 110). Laut Mouffe (2007: 35) haben Emotionen deswegen eine große Bedeutung in der Demokratie, weil es bei ihnen immer um Identität und Identifikation gehe.

2.4.2 Die Wirkkanäle von Emotionen und die Emotionalisierungsfunktion des Rechtspopulismus

Biess (2018: 27) weist auf das Fehlen einer »allgemein akzeptierte[n] Definition« von Emotionen in den Sozialwissenschaften hin. Hilfsweise kann mit Gerhards (1988: 16) eine soziologische Perspektive auf den Gegenstand eingenommen werden. »Emotionen sind eine positive oder negative Erlebnisart des Subjektes, eine subjektive Gefühlslage, die als angenehm oder unangenehm empfunden wird. Emotionen entstehen als Antwort auf eine Bewertung von Stimuli und Situationen; sie können mit einer physiologischen Erregung einhergehen und können in Form von Emotionsexpressionen zum Ausdruck gebracht werden. Sie wirken selbst wieder strukturierend auf den sozialen Zusammenhang zurück« (Ebd.: 16).

Laut Gerhards (Ebd.: 62) ermöglichen Emotionen Auswahlprozesse in komplexen Gesellschaften. Sie erlauben es, Möglichkeiten »auf entscheidbare Alternativen« zu reduzieren (Ebd.: 62). Brosda (2002: 115) weist darauf hin, dass jeder sozialen Begegnung »eine emotionale Struktur« zugrunde liegt. Laut Biess (2018: 29) ist jede »Artikulation eines Gefühls […] integraler Bestandteil des Gefühls selbst«. Emotionen haben drei Funktionen für die gesellschaftliche Entwicklung (Gerhards 1988: 65 f.):

1. Emotionen strukturieren das Miteinander, »indem sie durch emotional unterschiedliche Besetzungen den Sozialen Raum zergliedern und ordnen« (Ebd.: 65).
2. Emotionen fungieren als Motor des sozialen Handelns.
3. Emotionen wirken strukturierend für »eine durch ungleiche Verteilung von Ressourcen gekennzeichnete stratifizierte

Gesellschaft« (Ebd.: 66).

Besonders die zweite Funktion ist für das Verständnis des Rechtspopulismus relevant. Gerhards (1988: 66) betont, dass die »Störung der Balance der individuellen emotionalen Ressourcen« zum Antrieb für das soziale Handeln wird. Am Beispiel der Emotion Angst hält Biess (2018: 31) deren Zukunftsorientierung fest. Dass Emotionen in der Gesellschaft immer von Gruppen mit gleichem Interesse artikuliert würden, sei zentral für den Erfolg des Rechtspopulismus (Hirschmann 2017: 171). Entsteht eine Gefühlsverletzung bei einer Gruppe von Menschen, kann Politik durch Emotionalisierung neu strukturiert werden. Dabei gibt es eine Art Vererbungsfunktion von Gefühlslagen, »die tief in der nationalen Geschichte verwurzelt sind« (Frevert 2020: 33). Baer (2020) stellt dies am Beispiel der Erinnerung an die DDR dar.

Neckel/Pritz (2019: 312) arbeiten heraus, dass der Durchbruch der Emotionen in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen einen »Umbruch in der sozialen Regulation von Gefühlen« darstellt.

1. Gefühlsverletzungen von bestimmten Bevölkerungsgruppierungen sorgten für den Einzug von stärkeren Emotionen in die Wahlentscheidungen, während
2. gleichzeitig Gefühle »zu Gegenständen zahlreicher moderner Sozialtechniken« (Neckel/Pritz 2018: 312), würden. Auch und gerade in der Politik gibt es Kräfte, die stark auf die Aktivierung von Emotionen bauen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Salmeda/Scheve (2017: 5 f.) arbeiten in ihrem Aufsatz über den Zusammenhang von Emotionen und Populismus heraus, wie Gefühle und Unterstützung für die Rechtspopulisten zusammenhängen. Dabei geht es ihnen zunächst darum, welches Gefühl genau populistische Unterstützung befördert. Sie verweisen auf die Arbeit von Betz (2005), in dem er die Wirkung des Ressentiments betont. Der Eindruck der eigenen Zurücksetzungen und die aktive Bereitschaft, das System zu verändern, kämen/träten dabei zusammen (Betz 2005: 28).

Die klassischen Gefühle, die bei den Untersuchungen über die Motivation von Unterstützern rechtspopulistischer Parteien als zentral aufgeführt werden, sind Wut, Empörung und Angst. Sie können stark identitätsstiftend wirken und sind »nicht

gezwungener Maßen weniger ›demokratisch‹« als Gefühle wie Liebe und Mitgefühl (Eggers 2015: 278). »Während Wut und Ärger die generischen Gefühle desjenigen sind, dem Schaden oder Unrecht widerfahren ist, kann Empörung als spezifisch moralischer Ärger gelten, der aus Verletzung, Beleidigung und Herabwürdigung resultiert. In diesem Fall geht mir der Empörung eine Abneigung sowohl gegen diejenige einher, die für das Unrecht verantwortlich sind, als auch gegen jene, die von dem Unrecht profitieren« (Salmeda/Scheve 2017: 10). Salmeda/Scheve (2017: 9) plädieren zugleich dafür, die Scham der Menschen – »insbesondere« die verdrängte Scham – als wesentlichen Antreiber für die Unterstützung populistischer Parteien genauer in den Blick zu nehmen. Dabei gehe es darum, ob man sich in seiner eigenen gesellschaftlichen Position gegenwärtig und zukünftig gesichert fühlt. In einer Gesellschaft, in der Versagen, sei es als Unternehmer oder als Arbeitnehmer, ständig stigmatisiert werde, nähmen Verlustängste eine große Rolle ein. Wie die Untersuchungsreihe von Heitmeyer (2011) ergeben hat, war die Finanzkrise für die emotionale Aufladung der politischen Einstellungen deshalb ein wesentlicher Einschnitt. Für eine Vielzahl von Menschen verstärken dies die Sorge und Verunsicherung hinsichtlich der eigenen Zukunft hier zu einem »latenten Brodeln« (Betzelt/Bode 2017: 1). Dass solche individuellen Empfindungen auch das gesellschaftliche Empfinden prägen, ist in der Sozialpsychologie lange bekannt. Im Konzept der gruppenbasierten Emotionen stehen »Abgrenzungsprozesse oder Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen« (Ismer et al. 2015: 84) im Mittelpunkt. Aus gleichlautenden Empfindungen – im Positiven wie im Negativen – entwickeln sich vergleichbare Gefühlslagen, die vom gesellschaftlichen Umfeld beeinflusst werden und dieses ihrerseits beeinflussen.

2.4.3Die Auswirkungen von Emotionen und die Rolle des Rechtspopulismus

Da die etablierten Parteien stark mit der– negativ bewerteten – gesellschaftlichen Entwicklung in Verbindung gebracht werden, die zu dieser Verschiebung sozialer Identität geführt hat (Decker et al. 2019), üben sie auf die davon betroffenen Gruppierungen kaum oder keine bindende Wirkung mehr aus. Es entsteht ein

Repräsentationsdefizit von bestimmten Emotionen.[24] Laut Schaal/ Heidenreich (2013: 3) hängt dies unmittelbar mit der Ausgestaltung des Parteiensystems und mit der parlamentarischen Repräsentation zusammen. »Westliche Demokratien sind in der Bearbeitung von Emotionen in der Politik und in der Sphäre des Politischen durch zwei sich widersprechende Paradigmen geprägt, den Liberalismus und den Republikanismus.«

In der deutschen Politik herrscht die Sichtweise vor, dass sich »hinter politischen Streitfragen eigentlich nur Sachfragen verstecken, für die es dank einschlägiger Expertise richtige Lösungen gibt« (Bogner 2021: 16). Psychologische Studien über die deutsche Gesellschaft zeichnen indes eine emotional aufgewühlte Gesellschaft (Grünewald 2019; Maaz 2017; Maaz 2020). Entscheidend für das gesellschaftliche Miteinander ist, ob Emotionen überspringen bzw. man »angesteckt« wird (Breithaupt 2017: 41). Es gibt keine Überlegung oder Entscheidung eines Menschen ohne Emotionen (Gabriel/Westle 2012: 107). Diese seien für die Wahlentscheidung der Menschen heute zunehmend relevanter als andere Determinanten wie zum Beispiel die Themenorientierung (Marcus et al. 2005). Voraussetzung für das Funktionieren einer Emotionalisierungsstrategie ist das Vorhandensein von Empathie. Darunter »wird die Fähigkeit verstanden, Gedanken und Gefühle anderer nachempfinden und verstehen zu können« (Schachinger 2014: 349).

Für die Wahl der AfD bedeutet dies, dass für zahlreiche Menschen diese Partei deswegen wählbar ist, weil sie ihre vorhandenen Ängste kanalisiert. Sie fungiert im Verständnis der Wähler als »Sprachrohr der Bevölkerung« (Rheingold Institut 2017). Insofern geht die Emotionalität, mit der die AfD spielt, nicht (nur) von der Partei selbst aus. Vielmehr gibt es in der Bevölkerung in Deutschland seit Langem eine emotionale Verunsicherung (Becker et al. 1992), die nun politisch aufgegriffen und zum Ausdruck gebracht wird. Charim (2017: 10) sieht darin »die populistische Lektion«. Die Rechtspopulisten besetzen »eine Leerstelle im Politischen« (Langeder 2019: 13).

In der tiefenpsychologischen Studie des Rheingold Instituts (2017) zur Bundestagswahl 2017 wird die Rolle der neuen Partei wie folgt formuliert: »Die AfD verspricht die Befreiung von den Fremden und dem Befremden im eigenen Land – durch rigide Abschottung, nationalen Egoismus und eine Rolle rückwärts in die

Beschaulichkeit der alten Bundesrepublik«. Dadurch wird die AfD zu einem Kanal der (negativen) Emotionen der Wählerinnen und Wähler. Frevert weist darauf hin, dass diese Emotionalität nicht unbedingt öffentlich ausgetragen werden muss, um politische Wirksamkeit zu erlangen. Die Menschen »verfolgen […] eine eigene Agenda, allein und in Gemeinschaft, abhängig von Wohnort und sozialem Status, Geschlecht, Alter, Konfession und Weltanschauung. Sie lassen sich ihre Gefühle nicht vorschreiben, reagieren trotzig, wenn sie Manipulationen wittern. Viele betonen […] ihre Einzigartigkeit und emotionale Autonomie« (2020: 13 f.). Diese Erkenntnis ist wesentlich, um den Erfolg der neuen Partei und auch die Arbeitsweise im Parlament zu verstehen. Hier kann mit der Emotionalisierung im politischen System durchaus eine neue Funktion der parlamentarischen Opposition entstanden sein. Aufgrund der rationalen Sichtweise auf Politik und des eher technischen Verständnisses von Regierung und Parlament durch die etablierten Parteien hat sich ein Vakuum gebildet, das jetzt aufgefüllt wird. Warum in solchen Situationen von gesellschaftlichen Enttäuschungen die emotionalen Reaktionen so sichtbar werden können, zeigt die Studie von Decker et al. (2019). »Psychologisch haben die Gewinner_innen mehr Grund, optimistisch zu sein, und Optimismus steht […] in enger Verbindung zu hohem sozialem Vertrauen. Der rationale Erklärungsansatz besagt, dass Vertrauen immer mit dem Risiko verbunden ist, enttäuscht zu werden. Die/der Vertrauende ist denen, denen er/sie vertraut, ausgeliefert. Die Gewinner_innen der Gesellschaft, das heißt die sozial Bessergestellten, können es sich eher leisten, dieses Risiko einzugehen, denn sie verkraften es besser, Geld und/oder Eigentum zu verlieren, wenn ihr Vertrauen missbraucht wird« (Ebd. 2019: 9).

Nachfolgend wird der Wirkkanal von gesellschaftlichen Strukturen auf Emotionen zur Verdeutlichung dieser theoretischen Überlegungen nochmals dargestellt. Die Grafik zeichnet auf, wie sich soziale Bewegungen und/oder die Nachfrage nach Parteigründungen aufgrund eines Erregungsbedürfnisses der Menschen bilden.

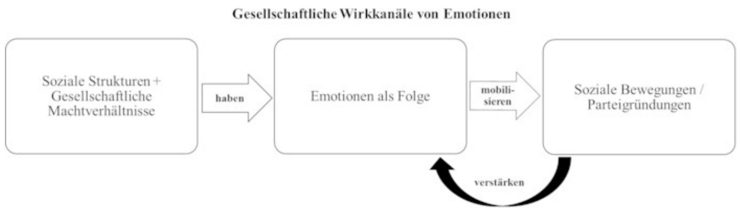


Abbildung 3: Gesellschaftliche Wirkkanäle von Emotionen

Eigene Darstellung ergänzt nach Diefenbach/Scheve 2019: 47

Entscheidend ist, die Gegenseitigkeit der Kanäle zu verstehen. Zwar sind Gefühle im gesellschaftlichen Kontext »immer auch schon Ergebnis einer vorgängigen Gefühlspolitik« (Heidenreich 2019: 31), doch verweist rechtspopulistische Politik zugleich »auf tiefersitzende kulturelle Sedimentationen« (Heidenreich 2019: 31). Sie »muss an bereits bestehende Stereotype oder Kollektivängste anknüpfen, um erfolgreich zu sein und die eigene Manipulationsabsicht verbergen, indem sie suggeriert, nur zu formulieren, was ohnehin bekannt ist« (Ebd.: 31).

Heidenreich (2019: 30) verweist darauf, dass politische Gefühle nicht per se wünschenswert oder problematisch sind. Auch Nussbaum (2014) entwickelt eine politische Theorie, die die Rolle der Emotionen unabhängig von ihrer Wirkung berücksichtigt. Für Butler sind sie der Antreiber, dass der Mensch politisch aktiv »zum Unternehmer seiner selbst« (2018: 25) wird. Die AfD (2016: 9) weiß um die Bedeutung der Emotionen für sich und ihren Erfolg. In ihrem »Manifest« (AfD 2016: 1) für die Bundestagswahl 2017 hat sie als Basis für ihren Erfolge die »Fähigkeit« beschrieben „»den Finger am Puls der Bevölkerung zu haben, Stimmungen und Stimmungsumschwünge in der Gesellschaft frühzeitig zu spüren. Hierzu sind wieder stärker als bisher gezielt und kontinuierlich Instrumente der professionellen Meinungsforschung einzusetzen […] Fehler der Altparteien geschickt auszunutzen […] “ (Ebd.: 9)

Die AfD will so auf die Bedürfnisse ihrer Wählerschaft reagieren. Menschen, die sich eine rechtspopulistische Opposition wünschen, um ihre Anliegen zu transportieren, fühlen sich meistens ungerecht behandelt (Schmitt-Beck et al. 2017: 298). Daher sollte eine genaue Analyse der Ursachen des Rechtspopulismus und dazu, davon ausgehen, dass dieser eine notwendige Funktion

erfüllt. Nur so lassen sich Empfehlungen ableiten, wie die anderen Fraktionen im Parlament zielgerichtet mit der AfD umgehen können. Lütjen (2019) hält mit Blick auf die Anliegen eines großen Teils der AfD-Wählerschaft fest, dass »[d]er Populismus in seiner Ansprache tatsächlich mit Menschen [rechnet], die sich für so kompetent halten, dass sie die Komplexität der Welt ohne fremde Hilfe und damit selbst verstehen. Sie brauchen dafür keine vermittelnden Instanzen, keine Übersetzer und keine Mediatoren. Es geht, so kontraintuitiv das vielleicht klingen mag, um individuelle Selbstermächtigung oder, wie es auf Neudeutsch heißt: Empowerment.«

Der größte Treiber, der die Menschen zu einer Wahlentscheidung für die AfD bewegt, ist das Misstrauen in die Lösungskompetenz der anderen Parteien. Decker (2020: 97) beschreibt den Populismus entsprechend »als Symptom und Folge einer Vertrauenskrise der heutigen Demokratien«. »Materielle Bedrohungsgefühle und Abstiegsangst« stehen dabei gleichrangig neben dem wachsenden Gefühl »der Abwertung und des Statusverlustes im Kontext der Moderne und der Liberalisierung der Gesellschaft« (Walther/Isemann 2019: 11). Eine solche Lesart stellt den Bedeutungszuwachs der Emotionen ins Zentrum der Analyse des Rechtspopulismus und seiner Strategien. Eine derartige gesellschaftliche Situation wird von einigen beklagt – zum Beispiel sieht Nida-Rümelin (2020b) dadurch die »Rationalität der Demokratie« gefährdet –, sie ermöglicht es aber der AfD, über den Wirkungskanal gesellschaftlicher Emotionen zielgerichtet durchzudringen. »Der populistische Agitator verführt seine Zuhörer nicht, er greift in fast schlafwandlerischer Sicherheit deren Bedürfnisse auf “ (Decker/Brähler 2018: 10).

2.4.4Bedeutung der Emotionen für die ›Emokratie‹

Um zu ergründen, welche Aufgabe die rechtspopulistische Opposition in der deutschen Demokratie und vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels übernimmt, müssen diese Wirkkanäle analysiert werden. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie gilt dies umso mehr, da diese in Deutschland erneut zu einer »emotionale[n] Dynamik konkurrierender Ängste« geführt hat (Biess 2020: 37). Wie Schaal/Heidenreich (2013: 7; Hervorhebung im Original) in ihrer Auseinandersetzung mit dem

Emotionalen in der Politik feststellen, »ein *systematischer Ort* […] den Emotionen seitens der Politischen Theorie jedoch bis heute weder im demokratischen Prozess noch im (rationalen) Diskurs innerhalb der Sphäre des Politischen zugewiesen worden.https://www.bpb.de/apuz/165744/zur-rolle-von-emotionen-in-der-demokratie?p=2#footnode24-24“

Nachdem die AfD die Emotionen als einen Motor bestimmter Reaktionsformen auf den gesellschaftlichen Wandel erkannt hat, geht es ihr darum, diese für ihre eigenen Zwecke zu kanalisieren. Sie agiert nicht nur im Wahlkampf gezielt emotionsgeladen[25], sondern schafft den Emotionen dauerhaft einen Platz im Parlament. Die grundlegende Wirkung der Emotionen im Populismus wird auch von Pitum (2020) dargestellt. Betont wird dabei vor allem die destruktive Seite der Emotionen. Der Rechtspopulismus greift eine Stimmung auf, die »von allgemeiner Verdächtigung, wütender Enthemmung und sogenannter alternativen Fakten« geprägt ist (Korte 2020b: 118 f.). Dies ist zunächst nur eine Beschreibung und enthält keine Wertung, ob eine so geartete Emotionalisierung förderlich für das gesellschaftliche Zusammenleben ist oder nicht. Laut Bargetz/Sauer (2010: 147) schaffen rechtspopulistische Parteien »einen exponierten Pol kollektiver Identifikation«. So kann Angst und Wut einer Gruppe in gefühlte Macht kanalisiert werden.

Mit Reckwitz (2017: 413) soll hier die Auffassung vertreten werden, dass der Rechtspopulismus eine »Politik der Ideen mit dem Ziel einer kulturellen Hegemonie« verfolgt. Er formuliert »ein grundsätzlich anderes Modell des Politischen« (Ebd.: 414). Sein Aufstieg lasse sich nicht »als schlichte Verlängerung eines traditionellen Rechtsradikalismus begreifen, er ist vielmehr Ausdruck der Umstrukturierung des westlichen Parteiensystems« (Ebd.: 413). Wirth (2019: 11) verweist weiterhin darauf, dass in Gesellschaften bestimmte Umstände zusammenkommen müssen, damit sich Menschen mit gleichlautenden Emotionen zu einer politischen Bewegung zusammenfinden. Bei den Rechtspopulisten sei es »der affektive Furor aus Verbitterung, Ressentiments, Wut, Hass, Neid, Verfolgungsgefühlen, moralischer Empörung und Rachegelüsten […] das eigentliche Ferment, das die populistischen Bewegungen antreibt« (Wirth 2019: 11). Für Wirth (2019: 11) folgen daraus »drei zentrale affektive Hintergründe des Populismus«: Ressentiments, Verbitterung und die Unfähigkeit zu

vertrauen. Der Populismus entfaltet dadurch eine »Signalwirkung« (Pitum 2020: 271). Der Aufstieg von Parteien wie der AfD und deren parlamentarische Verankerung sei »ein deutlicher Indikator, dass ein hochemotionales Konfliktfeld von der Politik nicht ausreichend beachtet oder falsch gehandhabt wird und einen kritischen Handlungsdruck für nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung zu erreichen droht« (Ebd.: 271). Der Populismus stellt mithin eine Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen dar, die zu Verletzungen und Zurücksetzungen der Menschen geführt haben. »Die subjektiven Enttäuschungen […] werden mit einem radikalen Gegenmodell gekontert, das auf antiindividuelle Gemeinschaft, Egalität und Tradition setzt« (Reckwitz 2017: 419).

Dieses Erregungsbedürfnis ist nicht nur in den Orten zu finden, die strukturell von wirtschaftlichem Niedergang betroffen sind. Das Bedürfnis, dass sich bestimmte aversive Gefühle durchsetzen, findet sich bei den Menschen, die ihrer Bedeutung für die Gesellschaft »nachtrauern« (Ross 2019). Biess (2018: 31) beschreibt »die Artikulation (und eventuell die Erfahrung) von Emotionen als abhängig von sich verändernden normativen Rahmenbedingungen«. Die Gefühle, die das Erregungsbedürfnis in der Gesellschaft auslösen, seien mannigfaltig und reagierten unmittelbar auf die »sich verändernden normativen Rahmenbedingungen« (Ebd.: 31). Es handelt sich um einen in die Gesellschaft transportierten »Abwehrmechanismus« (Wirth 2019: 17) der sich zurückgesetzt fühlenden Individuen. Sie artikulieren ihre schmerzhaften Erfahrungen an »Demütigung und Ungerechtigkeit« jetzt über die rechtspopulistischen Sprachrohre (Ebd.: 17).

Hinter der »vermeintlich bloß symbolische[n] Politik«, unter der Emotionalität bislang im Parlament abgehakt wird, verbirgt sich das »Kerngeschäft von Politik überhaupt« (Schaal/Heidenreich 2013: 8). Damit aktiv umzugehen, wäre die Aufgabe eines republikanischen Politikverständnisses, dass die negativen Folgen einer »Verbannung« (Llanque 2012: 130) von Emotionen aus der Politik berücksichtigt. Laut Hofer (2019a, Hofer 2019b), dessen Sichtweise hier gefolgt werden soll, »entwickeln [wir] uns von einer Demokratie zur Emokratie. Themen rücken in den Hintergrund. Wenn sie doch verhandelt werden, dann aber eben auch nur über große Gefühle. Handelsabkommen diskutiert man dann mit Begriffen wie Chlorhendl oder der (mehr als legitimen)

Empörung über Regenwald-Brände. Die Migrationsdebatte findet über überschäumende Gefühle zum Kopftuch statt, Skepsis über Klimaschutzmaßnahmen äußert sich in der Verteidigung des Schnitzels.«

Mit der AfD tritt ein neuer »Player in der Erregungsarena der Gegenwart« (Pörksen 2018: 20) auf, der die Funktionen der »Emokratie« genau verstanden hat und der seine Unterstützung aus diesem gesellschaftlichen emotionalen Aufruhr gewinnt. Die AfD ist die einzige Kraft, die eine »Epistemisierung politischer Streitfragen« (Bogner 2021: 114) negiert. Sie steht damit in Opposition zur Vorstellung des Mainstreams, »dass eine vernünftige und verantwortungsvolle Politik allein auf Grundlage überlegenen wissenschaftlichen Wissens möglich ist« (Ebd.: 114). Korte (2020b: 120) spricht in diesem Zusammenhang von »[z]ukunftsängstliche[n] Empörungsbewegungen«, die mit emotionalen Gefühlslagen wie »Angst und Ressentiments« und einer »nostalgischen Verklärung« arbeiten. Damit aktiviert die AfD-Fraktion nicht nur vorhandene Protesthaltungen, sondern kann auf tief liegenden Überzeugungen aufbauen, die in der »Ablehnung des Status Quo« (Lewandowsky 2020) und einem Wunsch nach »weniger Vielfalt und weniger Modernität« (Korte 2020b: 120) kulminieren. Die »Entwertungs- und Deklassierungsgefühle […] zirkulieren in verschiedenen Milieus« (Reckwitz 2020: 248), an deren emotionalen Lagen die AfD ihre parlamentarische Arbeit an entsprechend ausrichtet.

3.Arbeitsweise der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Parlamentsarbeit der Alternative für Deutschland muss sich an den Regeln der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags orientieren. Daher nutzt sie die klassischen Instrumentarien der Oppositionsarbeit und muss sich in diesem Bereich nicht neu ausrichten (vgl. Giesbers/Peters 2020: 16). Durch die formalen Bestimmungen gibt sie sich eine Struktur und eine Arbeitsordnung nach dem Vorbild der anderen Fraktionen (AfD-Fraktion 2017). Dennoch bestehen Unterschiede in der Arbeit einer rechtspopulistischen Opposition im Vergleich zu anderen Oppositionsfraktionen. Dies hat damit zu tun, dass diese Fraktion als neues »Projekt« (IV E5) im rechten Spektrum der Politik begriffen wurde. Experte E5 spricht von einem »gemeinsame[n] Ziel […] dieses Projekt zielführend« (IV E5) zu machen. In diesem Kapitel soll der Blick auf diese neue Fraktion gerichtet werden. Des Weiteren werden die Sozialstruktur der AfD-Abgeordneten, die Organisation und die inneren Dynamiken der AfD-Fraktion in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags dargestellt.

3.1Zur Sozialstruktur der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion ist im Grunde eine Männerfraktion – nur 9 der 88 Abgeordneten sind Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 10,11 Prozent. Der Frauenanteil aller Bundestagsabgeordneten lag zu Beginn der Wahlperiode bei 30,9 Prozent (Deutscher Bundestag 2019, Kapitel 3.6: 1). Frauen sind damit im Vergleich zu den anderen Fraktionen deutlich unterrepräsentiert. Mit Alice Weidel als Fraktionsvorsitzenden, Beatrix von Storch als stellvertretender Fraktionsvorsitzenden und Joana Cotar als Arbeitskreisvorsitzenden sind drei Frauen in der Fraktion mit herausgestellten Funktionen betraut. Tabelle 2 zeigt die regionale Zusammensetzung der Bundestagsfraktion.

Bundesland	Anzahl der Abgeordneten
Baden-Württemberg	11
Bayern	14
Berlin	4
Brandenburg	5
Bremen	1
Hamburg	1
Hessen	6
Mecklenburg-Vorpommern	3
Niedersachsen	7
Nordrhein-Westfalen	13
Rheinland-Pfalz	4
Saarland	1
Sachsen	8
Sachsen-Anhalt	3
Schleswig-Holstein	2
Thüringen	5

Tabelle 2: Die regionale Zusammensetzung der AfD-Fraktion

Eigene Darstellung; Stand: 22.12.2020 (88 Abgeordnete der AfD-Fraktion berücksichtigt)

Die Ost-Abgeordneten stellen mit 24 Bundestagsabgeordneten 27,3 Prozent der AfD-Abgeordneten. Dabei stellt die AfD Sachsen die größte Landesgruppe. Von den 88 Abgeordneten konnten mit Tino Chrupalla und Karsten Hilse im Jahr 2017 in Sachsen zwei Abgeordnete ein Direktmandat erringen. Das dritte für die AfD erreichte Direktmandat hält die unmittelbar nach der Wahl aus der AfD ausgetretene ehemalige Vorsitzende Frauke Petry. Die übrigen gegenwärtigen 86 Fraktionsmitglieder zogen über die jeweiligen Landeslisten ein.

Die Altersspanne in der AfD-Fraktion reicht im Jahr 2020 von 29 bis 80 Jahre. Die Alterskohorte 50 bis 54 Jahre stellt dabei mit 19,3 Prozent den größten Anteil. In der folgenden Grafik wird die Altersstruktur der AfD-Bundestagsfraktion dargestellt. Wie bei den anderen Fraktionen dominieren die mittleren Alterskohorten (Deutscher Bundestag 2017b: 6). Die AfD-Fraktion weicht beim Durchschnittsalter am deutlichsten im Fraktionsvergleich nach oben ab. Zum Ende des Jahres 2020 beträgt das Durchschnittsalter der 88 AfD-Abgeordneten 54 Jahre.[26]

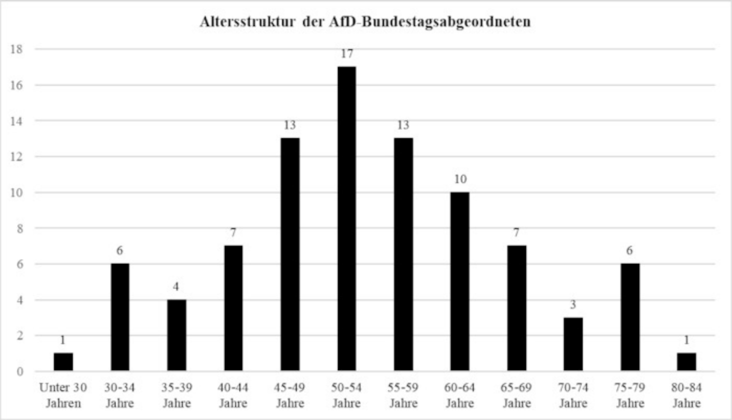


Abbildung 4: Altersstruktur der AfD-Bundestagsabgeordneten

X-Achse: Alterskohorten, Y-Achse: Anzahl der Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion

Jahr: 2020 (88 Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion berücksichtigt)

Eigene Darstellung

Ein Abgeordneter, Martin Hohmann, war bereits im Bundestag für die CDU.[27] Mit Martin Renner, dem Namensgeber der AfD (Middelhoff et al. 2017), und Alexander Gauland sind zwei Gründungsmitglieder der AfD Mitglieder der Bundestagsfraktion.

Zu Beginn der Wahlperiode hieß es, dass »rund ein Dutzend Abgeordnete« (Doerfler 2017) in der Fraktion dem Flügel nahestehen. Bei der Fraktionsvorstandswahl 2017[28] unterlagen dessen Protagonisten in mehreren Wahlgängen. Dies führte sich durch die gesamte Wahlperiode fort. Zu deren Ende wurde jedoch Frank Pasemann – obwohl als zu rechts aus der Partei ausgeschlossen – noch auf die Rednerliste für das Plenum gesetzt. Zudem liegen die Schätzungen mittlerweile deutlich höher. So kann davon ausgegangen werden, dass mindestens 24 Abgeordnete oder fast 30 Prozent der 88 Abgeordneten der AfD-Fraktion dem Flügel nahestehen (Naumann/Kamann 2020: 7; abzüglich des dort noch eingerechneten, mittlerweile ausgeschlossenen Abgeordneten Frank Pasemann). Eine eindeutige Aussage dazu kann nicht getroffen werden, da zahlreiche Positionen mittlerweile »AfD-Mainstream« (IV E4) sind, sodass diese Kategorie nicht wirklich zielführend ist, über die inhaltliche Positionierung der AfD-Fraktion zu befinden. Dort sei »kein Unterschied« (IV E4) festzumachen, »weil eh alle auf ihrer Linie sind« (IV E4). Bei Betrachtung im Zeitablauf lässt sich

festhalten, dass »sicherlich Flügelpositionen […] in weiten Teilen der AFD-Bundestagsfraktion verbreitet [sind]« (IV E4). Etwa drei Dutzend Abgeordnete der AfD-Fraktion haben zudem mindestens 27 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren Büros eingestellt, die »Aktivisten und Anhänger rechtsradikaler Organisationen« (Biermann et al. 2018) sind.

Die Abgeordneten der AfD verfügen meist über eine sehr gute Bildung. Während lediglich sechs Abgeordnete einen Abschluss unterhalb der Allgemeinen Hochschulreife oder der Fachhochschulreife nachweisen können, gibt es 18 Abgeordnete mit einem Doktortitel und vier Abgeordnete, die eine Professur innehaben. Auch für die AfD-Bundestagsfraktion gilt daher, dass ihre Mitglieder »durchweg aus unterschiedlichen beruflich-sozialen Milieus und Kulturen der etablierten Mittelschichten kommen und ein eher überdurchschnittliches Einkommen haben«, wie Hafeneger/Jestädt (2018: 4) in einer sozialstrukturellen Auswertung für die damaligen AfD-Kandidierenden zu den Landtagswahlen in Hessen und Bayern feststellen konnten. Die Abgeordneten mit einem akademischen Abschluss – Diplom, Master, Bachelor, Magister oder Staatsexamen – dominieren die Fraktion. Werden die Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion ihren Berufsfeldern zugeordnet, ergibt sich ein eindeutiges Bild: Kaufmännische und juristische Berufsgruppen sind stark vertreten. Zudem gibt es eine hohe Anzahl Abgeordneter aus den naturwissenschaftlichen und technischen Berufsfeldern sowie Selbstständige, die hier gesondert erfasst wurden.

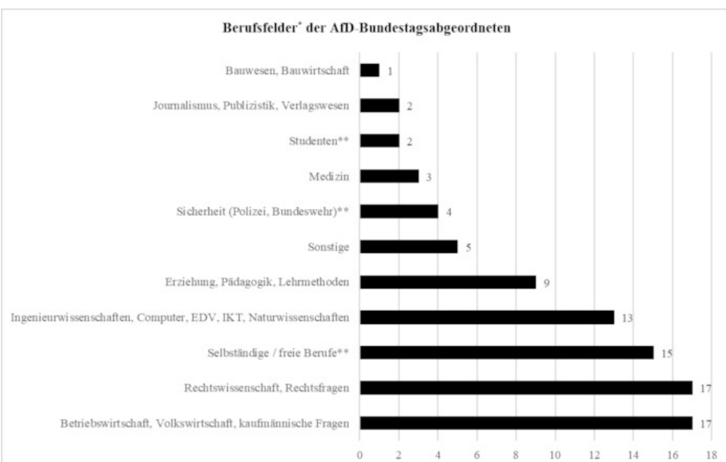


Abbildung 5: Berufsfelder der AfD-Bundestagsabgeordneten

* Berufsfelder nach Institut für Demoskopie Allensbach 2020: 23. Es wurden Berufsfelder zusammengefasst. Die Kategorie »Sonstige« umfasst ebenfalls mehrere Berufsfelder nach Institut für Demoskopie Allensbach 2020: 23.

** Eigene Kategorien, abweichend von Institut für Demoskopie Allensbach 2020.

Eigene Darstellung. Stand: 22.12.2020 (88 Abgeordnete der AfD-Fraktion)

3.2 Organisation und Aufbau der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion gewährt in einem Image-Film im Jahr 2020 einen ›Blick hinter die Kulissen‹. Sie skizziert dabei auf ihrem YouTube-Kanal im Ankündigungstext für den Film ihre Arbeit im Parlament wie folgt: »Tausende Stunden im Plenum, hunderte Anträge und immer ein offenes Ohr für die Bürger – die AfD-Fraktion als größte Oppositionskraft im Deutschen Bundestag legt den Finger in die Wunde der Altparteien und arbeitet für einen konsequenten Politikwechsel in Deutschland« (AfD-Fraktion 2020e). Der Film zeigt noch einmal deutlich, wie stark die formalen Bedürfnisse des deutschen Parlamentsablaufs auch Fraktionen prägen, die anders sein wollen, wie es die AfD-Fraktion von sich aus in ihrem Selbstverständnis formuliert.

Die AfD ist aus organisatorischer Perspektive eine Fraktion wie jede andere (vgl. zum Aufbau einer Fraktion Schäfer 2020 und grundsätzlich Schüttemeyer 1998). Mit Raschke (1993: 593) gibt es nicht nur hierarchische Elemente; vielmehr sind Fraktionen durch »wichtige Kooperationselemente« geprägt. Sie können somit nicht wie hierarchische Institutionen der öffentlichen Verwaltung, beispielsweise Bundesministerien oder Bundesbehörden, geführt werden. Dies erzeugte bereits in der Konstituierungsphase der AfD-Fraktion Spannungen und Kritik am Führungsstil von Alice Weidel. Die neu gewählte Vorsitzende folgt bei der Führung der Fraktion von Beginn an einem »Top-down-Approach« (Amann 2018a). Der mit der Dynamik politischer Fraktionen bekannte Alexander Gauland hingegen gleicht dies mit einer beschwichtigenden Führungsrolle aus. Diese Rolle behält er auch bis zum Ende der Wahlperiode und trotz der Konflikte um den Flügel und die Strategiefähigkeit der Fraktion bei. Experte P2 hält dazu fest, dass er seit Langem ein zentraler Orientierungspunkt für die AfD-Fraktion ist. Er bezeichnet ihn »als den respektierten

Rudelanführer« (IV P2). Auch Experte E1 beschreibt ihn als »Übervater […] und [er] genießt hohen Respekt« (IV E1). Er versucht so, insbesondere den rechten Rand der Partei einzubinden, den er aus strategischen Gesichtspunkten (Sundermeyer 2018: 149–162) als relevant erachtet und mit dem er sich im Verlauf der Wahlperiode zunehmend solidarisiert.

Bei Fraktionen gibt es im Hintergrund einen umfangreichen, verwaltungsorientierten Apparat, der Führung benötigt und ohne den insbesondere die inhaltliche Arbeit nicht geleistet werden kann. Der Aufbau der AfD-Fraktion ist vergleichbar mit den seit Langem vorherrschenden Organisationsmodellen im Bundestag (vgl. dazu schon Apel 1968: 140–147). An der Spitze steht ein Fraktionsvorstand, der sich durchsetzen kann. Gleichzeitig gibt es Landesgruppenvorsitzende, die stark die landsmannschaftlichen Interessen durchsetzen wollen. Zudem erfolgt durch die Sprecherstruktur eine hohe Arbeitsteilung, was die fachlichen Zuständigkeiten betrifft. Zudem gibt es noch die ›einfachen‹ Abgeordneten, die ihre Rechte einfordern.

Aus der Vergabe der Positionen wird deutlich, dass sich die AfD-Fraktion in Fragen der Organisation nicht von anderen Fraktionen unterscheidet (Schäfer 2020: 8–9). Die Arbeitsordnung der Fraktion (AfD-Fraktion 2017) sieht die folgenden Organe vor: Fraktionsversammlung, Fraktionsvorstand, Arbeitskreise, Finanzkommission, Kassenkontrollkommission. Besonders ist, dass die Fraktionsversammlung mehr Rechte letztendlich wahrnimmt, als dies bei anderen Fraktionen der Fall ist. So muss der Vorstand auch seine Vorschläge für den Fraktionsgeschäftsführer und den Pressesprecher durch die Fraktion bringen. »Eine Anstellung erfolgt nur mit Zustimmung der Fraktionsversammlung« (AfD-Fraktion 2017: § 21).

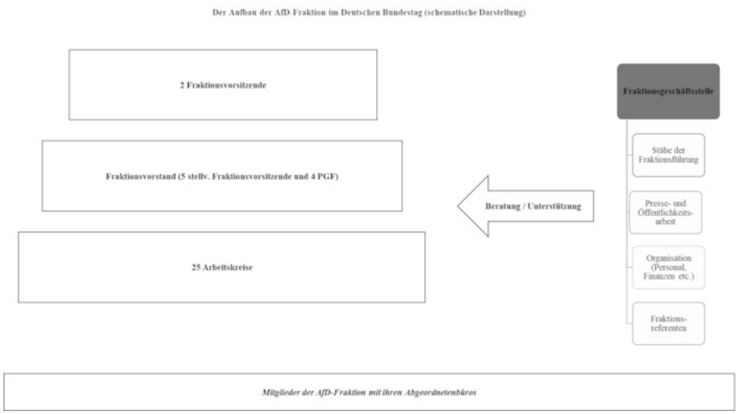


Abbildung 6: Der Aufbau der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (schematische Darstellung)

Eigene Darstellung

Der Vorstand der AfD-Fraktion besteht insgesamt aus elf Mitgliedern: zwei Vorsitzende, fünf stellvertretende Vorsitzende, vier Parlamentarische Geschäftsführer und Justiziar (vgl. AfD-Fraktion 2017: § 10). Es ist zu vermuten, dass führende Angestellte wie der Geschäftsführer oder der Pressesprecher jeweils ohne Stimmrecht an den Sitzungen dieses Gremiums teilnehmen. Der Vorstand wird für zwei Jahre und dann bis zum Ende der Wahlperiode gewählt (AfD-Fraktion 2017: § 7). Geführt wird die Fraktion über die gesamte Wahlperiode von den beiden Vorsitzenden, Alexander Gauland und Alice Weidel. Die beiden erzielten 86 Prozent bei der Konstituierung 2017 und 78 Prozent bei der Wiederwahl 2019. Tino Chrupalla, der für die Fraktionsfinanzen mitverantwortlich ist (BT-Drs. 19/12890: 8), Peter Felser, Lars-Erik Holm und Beatrix von Storch sind ebenfalls seit 2017 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Letztere musste sich bei der Wiederwahl 2019 allerdings gegen Gottfried Curio durchsetzen (Am Orde 2019a), der »wegen seiner scharfen Reden gegen Zuwanderer große Bekanntheit in der Partei hat« (dpa 2019d). Wie stark die innerfraktionelle Dynamik ist, zeigt sich daran, dass bei internen Wahlen oft Kampfkandidaturen erfolgten.

Im Jahr 2019 rückte Sebastian Münzenmaier neu in die Führungsriege auf, der bereits seit 2017 den Vorsitz im Tourismusausschuss innehat und in der Corona-Krise eine signifikante Rolle bei der inhaltlichen Positionierung der Fraktion

übernommen hat. Sein Einfluss wuchs über die Corona-Pandemie und lässt sich daran ablesen, dass er bei den entscheidenden Debatten um die Regierungserklärungen von Bundeskanzlerin Merkel zu Corona regelmäßig als zweiter Redner nach den Fraktionsvorsitzenden mit deutlichen Beiträgen die AfD-Fraktion vertreten konnte. Gauland zählt Münzenmaier zu den Personen, die in der Bundestagsfraktion künftig eine noch relevantere Rolle einnehmen werden (Kamann 2021c: 6).

Die Rolle des *1. Parlamentarischen Geschäftsführer*s (1. PGF) der Bundestagsfraktion ist für die Fraktion von zentraler Bedeutung (Petersen 2000). Auch bei der AfD ist der 1. PGF neben den Vorsitzenden der Fraktion das Gesicht seiner Fraktion im parlamentarischen Raum und in der Öffentlichkeit. Nachdem Bernd Baumann als 1. Parlamentarischer Geschäftsführer zunächst nicht allein zu den regulären wöchentlichen Pressekonferenzen erschien, ist im Laufe der Wahlperiode häufiger zu beobachten, dass er eigenständig Statements abgibt und die Pressekonferenzen allein gestaltet. Gemeinsam mit den anderen PGFs legt er die Tagesordnung des Bundestags fest, bestimmt die Rednerinnen und Redner der eigenen Fraktion und zeichnet sich mitverantwortlich für das Themenmanagement. Nach innen übernehmen die weiteren PGFs organisatorische Aufgaben.

Die mittlerweile erlangte interne Beliebtheit des 1. PGF, Bernd Baumann, spiegelt sich am Wahlergebnis von über 90 Prozent bei seiner Wiederwahl 2019 wider. Ihm wird intern der Fehlstart in der Organisation der Fraktionsarbeit nicht angelastet, er gilt als »gut eingearbeitet« (Am Orde 2019b). Bei der Neuwahl des Vorstands zur Mitte der Wahlperiode rückte Roland Hartwig auf und ersetzt den von Alice Weidel bei der ersten Wahl empfohlenen Jürgen Braun. Dieser war damals aus der Not heraus vorgeschlagen, weil ihr Kandidat Frohnmaier durchzufallen drohte. Hier zeigt sich schon früh das Selbstbewusstsein der Fraktion, denn nach der Arbeitsordnung wählt die AfD-Fraktion »auf Vorschlag der Vorsitzenden zwei der Parlamentarischen Geschäftsführer und auf Vorschlag aus der Fraktionsversammlung zwei weitere Parlamentarische Geschäftsführer« (AfD-Fraktion 2017: § 5). Weidel und Braun hatten sich im Zeitablauf überworfen. Hartwig arbeitete bis Ende des Jahres 2020 für die AfD an Konzepten (Hartwig 2018; Hartwig 2020a), wie die Partei dafür sorgen kann, dass der Verfassungsschutz die AfD in seinen

Beobachtungen nicht höher einstuft. Neben dieser zentralen Aufgabe laufen bei Hartwig in der Fraktion die Stränge zur strategischen Ausrichtung zusammen.

Die beiden weiteren PGFs des ersten Vorstands, Michael Espendiller und der bei der ersten Vorstandswahl überraschend gewählte Hans-Jörg Müller, traten im September 2019 nicht mehr an. Letzterer übte in der Corona-Krise heftige Kritik an den Vorstellungen der Fraktionsführung und sorgte gemeinsam mit Dirk Spaniel dafür, dass sich die AfD-Fraktion inmitten der Hochphase der Ausgangsbeschränkungen physisch zu einer Sondersitzung treffen musste (dpa 2020c). Dort drängte er mit Erfolg auf eine Position für schnelle Lockerungen (s. Kapitel 5). Die notwendige Mehrheit von einem Viertel der AfD-Fraktionsmitglieder zur Einberufung einer Sondersitzung der Fraktionsversammlung hatte er auf seiner Seite (AfD-Fraktion 2017: § 4 (1)).

2017–2019 / 2019–2021			
Vorsitz			
Alexander Gauland			
Dr. Alice Weidel			
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende			
[illegible]			
Leif-Erik Holm			
Beatrix von Storch			
1. Parlamentarischer Geschäftsführer			
[illegible]			
2. Parlamentarischer Geschäftsführer			
[illegible]			
3. Parlamentarischer Geschäftsführer			
[illegible]			
4. Parlamentarischer Geschäftsführer			
[illegible]			

Tabelle 3: Vorstand der AfD-Fraktion 2017–2019 und 2019–2021

Eigene Darstellung

Bei der Etablierung der Arbeitsmittel und Organisationsabläufe knirschte es zu Beginn der Fraktionsarbeit merklich. So trat der Abgeordnete Uwe Kamann zunächst von seinem Posten als für die IT-Ausstattung Verantwortlicher zurück – und Ende 2018 sogar aus politischen und organisatorischen Gründen aus der Fraktion aus. Seine Kritik an der Führung der Fraktion liest sich wie eine Vorwegnahme der Punkte, die Gauland und Weidel zum Ende der Wahlperiode unter Druck bringen werden: »›Chaotische‹ Arbeitsabläufe, unklare Zuständigkeiten und nicht funktionierende Planung […] Viele Fraktionsmitarbeiter seien ›durch inkompetente Personalführung verunsichert‹, das Finanz- sowie IT-System der Fraktion seien ›gelinde gesagt eine Katastrophe‹« (Weiland 2019a).

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der AfD-

Bundestagsfraktion sind die Zusammenschlüsse der Abgeordneten aus den jeweils gleichen Bundesländern zu *Landesgruppen* mit ihren Vorsitzenden. Zudem gibt es 25 *Arbeitskreise*, die klassisch der Struktur der Bundestagsausschüsse folgen. Die Arbeitsordnung der Fraktion regelt die Zusammensetzung (AfD-Fraktion 2017: § 13 (1)) und sieht die Wahl der Arbeitskreisvorsitzenden durch die Fraktionsversammlung vor (AfD-Fraktion 2017: § 13 (2)). Wörtlich heißt es dort zur Zusammensetzung (AfD-Fraktion 2017: § 13 (1)): »Die Mitglieder der Arbeitskreise sind die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse des Deutschen Bundestages, für deren Aufgabengebiet der Arbeitskreis zuständig ist.«

Wie in anderen Fraktionen ebenfalls üblich, gibt es des Weiteren Arbeitsgruppen, die sich zu thematischen Schwerpunkten gebildet haben. Die AfD-Bundestagsfraktion hat davon drei, die sich mit Religionspolitik (AG 01), Geschichte (AG 02) und Heimatvertriebenen (AG 03) befassen.

Neben den regulären Stäben für die Vorsitzenden wurden Strukturen für die Arbeitskreise etabliert. Dort wird die Begleitung der Arbeit der Regierung und der Bundestagsausschüsse unterschiedlich wahrgenommen. Dies hat – wie stets in größeren Organisationen – mit den politisch verantwortlichen Personen zu tun und hängt gleichzeitig mit der strategischen Ausrichtung der AfD zusammen, die sich am Anfang zumindest stark thematisch fokussierte. Die AfD-Fraktion hatte dafür mit dem im Bundestagswahlkampf 2017 lancierten (oder geleakten) Strategiepapier bereits ein umfassendes Arbeits-, vor allem Verhaltensweisen-Drehbuch für die Plenar- und Ausschussdebatten (AfD 2016).

In den ›AKs‹, wie die Arbeitskreise abgekürzt werden, wird die inhaltliche Arbeit der AfD-Fraktion vorbereitet, und die Vorschläge für die Rednerinnen und Redner im Plenum werden erarbeitet (AfD-Fraktion 2017: § 13 (5)). René Springer nennt die Arbeitskreise den »Maschinenraum der Bundestagsfraktion« (Minute 5:06 des Imagefilms AfD-Fraktion 2020e). Hier entstehen politische Initiativen, werden Vorschläge erarbeitet und die inhaltliche Reaktion auf politische Initiativen der anderen Fraktionen vorbereitet. Die Abgeordneten der Arbeitskreise tagen gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Bundestagsabgeordneten und den

Fraktionsreferentinnen und Fraktionsreferenten. Als sich im Jahr 2020 eine Diskussion über die strategische Positionierung der AfD-Fraktion zuspitzte, kamen die AK-Vorsitzenden zu einer längeren Klausurtagung zusammen, um über die Zeit bis zur Bundestagswahl und die Initiativen zu beraten (Kamann/Naumann 2020c: 5). Dies ist der erste dokumentierte Versuch der abgestimmten und gezielten Einflussnahme dieser Gruppe auf langfristige Positionierungen. Eine regelmäßige Vernetzung und Abstimmung erfolgten durch die nachfolgend beschriebenen, regelmäßigen Mittagsrunden in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestags.

In der folgenden Übersicht werden die Arbeitskreise und ihre Vorsitzenden aufgeführt.

Die Arbeitskreise der AfD-Fraktion	**AK-Vorsitzende/r und Ausschussvorsitz**
AK 01 – Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung	Thomas Seitz
AK 02 – Petitionen	Johannes Huber
AK 03 – Außenpolitik	Armin-Paulus Hampel
AK 04 – Innenpolitik	Dr. Gottfried Curio
AK 05 – Sport	Jörn König
AK 06 – Recht und Verbraucherschutz	Roman Reusch / Stephan Brandner (Ausschussvorsitz bis zu seiner Abwahl)
AK 07 – Finanzen	Kay Gottschalk, dann Albrecht Glaser
AK 08 – Haushalt	Peter Boehringer (auch Ausschussvorsitz)
AK 09 – Wirtschaft und Energie	Prof. Dr. Heiko Heßenkemper; dann Steffen Kotré
AK 10 – Ernährung und Landwirtschaft	Stephan Protschka
AK 11 – Arbeit und Soziales	Uwe Witt, dann René Springer
AK 12 – Verteidigung	Rüdiger Lucassen
AK 13 – Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Mariana Harder-Kühnel, dann Martin Reichardt
AK 14 – Gesundheit	Prof. Dr. Axel Gehrke
AK 15 – Verkehr und Digitale Infrastruktur	Dirk Spaniel
AK 16 – Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Karsten Hilse
AK 17 – Menschenrechte und humanitäre Hilfe	Jürgen Braun (auch stellv. Ausschussvorsitzender)
AK 18 – Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	Dr. Götz Frömming
AK 19 – Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Markus Frohnmaier, dann Dietmar Friedhoff
AK 21 – Angelegenheiten der Europäischen Union	Prof. Dr. Harald Weyel
AK 22 – Kultur und Medien	Dr. Marc Jongen
AK 23 – Digitale Agenda	Joana Cotar
AK 24 – Bau und Wohnen	Udo Hemmelgarn
AK 25 – Untersuchungsausschuss »Breitscheidplatz«	Beatrix von Storch, dann Stefan Keuter
Untersuchungsausschuss (»Pkw-Maut«)	Wolfgang Wiehle (Obmann)
Untersuchungsausschuss (»Wirecard«)	Kay Gottschalk (Vorsitzender)
Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale«	Joana Cotar und Dr. Marc Jongen (beide ordentliche Mitglieder; keine Sprecherfunktion)
Enquete-Kommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«	Nicole Höchst und Uwe Schulz (beide ordentliche Mitglieder, keine Sprecherfunktion)

Tabelle 4: Die Arbeitskreise der AfD-Fraktion

Bei den Arbeitskreisen, bei denen der Vorsitz im Laufe der Zeit wechselte, wurde die Arbeit des Obmanns oder der Obfrau im Ausschuss und der oder des Arbeitskreisvorsitzenden im Laufe der Legislaturperiode aufgeteilt. Die oder der vormalige AK-Vorsitzende fungiert nun als Obfrau oder Obmann. Bei den übrigen Arbeitskreisen ist dies eine Personalunion. Ausnahmen sind die Ausschüsse, in denen die AfD den Vorsitz hat und der AK ebenfalls vom Ausschussvorsitzenden geleitet wird. Weitere Ausnahmen sind in der Tabelle gekennzeichnet.

Im Untersuchungsausschuss »Breitscheidplatz« wechselte die Besetzung der AfD. Der Experte P1 vermutet, dass dies aufgrund des erfolglosen Versuchs einer Skandalisierung erfolgte: »[D]a war zu Beginn die Hoffnung der AfD, dass das sozusagen ein Merkel-UA wird. Deswegen war Frau von Storch anfangs noch Mitglied des Ausschusses. Die AfD hat aber sehr schnell festgestellt, dass die Schuld für den Anschlag nicht so einfach auf Frau Merkel zu reduzieren ist, sondern dass das ein komplexeres Thema ist. Das hat natürlich auch

Einfluss auf das mediale Interesse, welches nicht anhaltend dauernd hoch ist. Dies wiederum führt dazu, dass zum einen Frau von Storch den Ausschuss verlassen und durch einen Hinterbänkler ersetzt hat und zum zweiten, die Mitarbeiter der AfD überhaupt keinen Wert darauflegen, Akten zu lesen. Weder die Mitarbeiter noch der Abgeordnete selbst ist also thematisch im Stoff« (IV P1; auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet).

Eigene Darstellung

Einfluss auf die Fraktionsarbeit haben gerade in Oppositionsfraktionen die Ausschussvorsitzenden. Als größte Oppositionsfraktion hat die AfD den Anspruch auf den Haushaltsausschuss und diesen mit Peter Boehringer besetzt. Insgesamt stehen ihr nach dem Verteilungsschlüssel der GOBT drei Ausschussvorsitze zu. Die AfD erhielt somit zusätzlich den Vorsitz im Rechtsausschuss – bis zu dessen Abwahl Stephan Brandner – und im Tourismusausschuss, Sebastian Münzenmaier. Auf diese Verteilung hatten sich alle Fraktionen geeinigt, und der Bundestag hatte in einer seltenen Situation eine Drucksache aller Fraktionen angenommen (BT-Drs. 19/437). Lediglich Petr Bystron fiel bei der Wahl zum Vorsitz des relevanten Unterausschusses Auswärtige Kulturpolitik durch. Dieser wird seit Beginn der Wahlperiode vom stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Thomas Erndl (CSU) geleitet (Weiland 2018b).

Die Arbeit der Ausschussvorsitzenden der AfD wird als unauffällig wahrgenommen. »Außer Brandner, der abgewählt wurde« (IV E4), arbeiteten alle souverän, so Experte E4. Ein Auftritt von Peter Boehringer bei einer Anti-Corona-Maßnahmen-Demonstration und seine oftmaligen Verweigerungen, eine Maske zu tragen, führten zu einer Diskussion darüber, ob er auch als Ausschussvorsitzender abgewählt werden müsse. Ein weiterer Anlass war eine Aktion gegen die Linksfraktion. Er wurde so zum Abschluss der Wahlperiode zu einem »Ausschussvorsitzende[n] auf Bewährung« (zitiert nach Grieve 2020).

Der Fraktionsvorstand tagt während der Sitzungswochen montags und befasst sich mit den organisatorischen und strategischen Überlegungen zur politischen Arbeit. Hier werden überwiegend auch Personalentscheidungen getroffen, wobei dies in der AfD-Fraktion oft auch in der Fraktionssitzung selbst noch einmal aufgerufen wird. Bei der Entlassung des bereits suspendierten Sprechers der Fraktion im Nachgang zu einer äußerst kritischen Fernsehdokumentation kam der Vorstand einer bereits beantragten Befassung zu diesem Thema durch kritische Abgeordnete der Fraktion zuvor. Formal besitzt der AfD-

Fraktionsvorstand die Befugnisse, solche Entscheidungen zu treffen. Er führt die Fraktion somit operativ, administrativ und politisch-strategisch.

In den Sitzungswochen kommen die Arbeitskreisvorsitzenden dienstags zur sogenannten ›Mittagsrunde‹ zusammen, um dort auf der mittleren Führungsebene der Fraktion die anliegenden Themen der Sitzungswoche zu besprechen, die eigenen Initiativen innerfraktionell vorzustellen und vorab zu diskutieren. Bemerkenswert ist, dass in dieser Runde mit Joana Cotar nur eine Frau auf der Ebene der Vorsitzenden der Arbeitskreise teilnimmt. Die Verzahnung mit der Fraktionsführung soll dadurch erfolgen, dass Bernd Baumann als 1. PGF diese Runde leitet.

Im unmittelbaren Anschluss an die ›Mittagsrunde‹ der Arbeitskreisvorsitzenden findet die Fraktionssitzung statt. Diese Zusammenkunft aller Bundestagsabgeordneten der AfD-Fraktion dient vor allem der Vorbereitung der anstehenden Sitzungswoche des Deutschen Bundestags und der Strukturierung des Alltagsgeschäfts. Hier wird über die Initiativen der Fraktion genauso diskutiert wie über die allgemeine politische Lage und darüber, welche Schlussfolgerungen die AfD-Fraktion daraus zu ziehen hat.



Abbildung 7: Ablauf einer Arbeitswoche der AfD-Bundestagsfraktion (schematische Darstellung)

Eigene Darstellung

Eine Zeit lang waren diese Sitzungen das einzige Hauptsteuerungselement der Fraktionsarbeit jenseits der Fraktionsversammlung. Eine erste richtige Klausur seit dem Einzug in den Bundestag fand erst im Juni 2019 statt (AFP 2019). Klausuren dienen der konzeptionellen Klärung und der Formulierung langfristiger Linien der eigenen Politik. Konkret wurde auf der Klausur ein Thema in den Mittelpunkt gerückt, das die harte Auseinandersetzung zwischen der AfD auf der einen und den Grünen auf der anderen Seite des Parlaments weiter befeuert hat und unmittelbarer Ausfluss der Europawahl gewesen ist. Die AfD kündigte durch den Fraktionsvize Peter Felser verschiedene Initiativen im Bereich der Klimaschutz- und Umweltpolitik an.

Relevanter für die Arbeit der AfD-Fraktion war der zweite Block der ersten Fraktionsklausur. Dort wurden Beschlüsse zur weiteren Intensivierung der eigenen Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien getroffen. Die AfD-Fraktion gab am Anfang die Losung aus, möglichst geschlossen im Plenum aufzutreten. Eigene Rednerinnen und Redner wurden symbolisch mit ›standing ovations‹ nach ihren Reden wieder in den Fraktionsreihen begrüßt. Mit zunehmender Professionalisierung – und der damit einhergehenden intensiveren inhaltlichen Beteiligung an den Arbeitsterminen des Parlaments – musste sie von dieser Linie allerdings abweichen. Sie scheiterte 2018 mit einer Initiative, Paralleltermine des Parlaments zu verbieten (BT-Drs. 19/1843). Stefan Kotré, Sprecher der brandenburgischen Abgeordneten in der AfD-Fraktion und somit von Gaulands Landesgruppe, rechtfertigt den Wandel in der Fraktionsarbeit damit, dass seine Fraktion mit der Präsenzlinie »etwas voreilig vorgeprescht« sei: »[E]s gibt zu viele Arbeitstermine parallel zu Plenarsitzungen« (Amann 2018c). Am Ende der Wahlperiode ist die AfD sogar die Fraktion, die bei namentlichen Abstimmungen mit die schlechteste Beteiligung aufweist. Hierbei zeigt sich erneut, dass die Fraktionsführung nach innen nicht in dem Sinne führend wirken kann, wie sie es im Außenverhältnis suggeriert. Die Beschlussfähigkeit des Bundestags ist und bleibt jedoch ein Thema, das die AfD-Fraktion im Bereich der Parlamentsorganisation bis zum Ende der 19. Wahlperiode immer wieder thematisiert hat. Ausgelöst durch die Corona-Pandemie und die Diskussion über den Einsatz digitaler Prozesse und Instrumente auch für die Parlamentsarbeit hat die AfD-Fraktion im

Bundestag einen Antrag eingebracht, digitale Abstimmungen zu ermöglichen (BT-Drs. 19/19243).

In der täglichen Parlamentsarbeit kommt den zentralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – wie Fraktionsgeschäftsführung und Presse- oder Öffentlichkeitsreferentinnen und -referenten – eine bedeutsame Rolle zu. Sie beraten in strategischen Punkten und bereiten konkret Vorlagen vor. Für ein besonderes Vertrauensverhältnis spricht, dass Fraktionsgeschäftsführer und Pressesprecher bei der AfD-Fraktion nur »mit Zustimmung der Fraktionsversammlung« angestellt werden dürfen (AfD-Fraktion 2017: § 21). Auf der organisatorischen Ebene sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oftmals in doppelter Funktion unterwegs. So war der erste angestellte Fraktionsgeschäftsführer gleichzeitig Mitglied im Abgeordnetenhaus Berlin sowie Schatzmeister des dortigen Landesverbands und damit Mitglied in der relevanten Schatzmeisterkonferenz. Frank Kral war bis zu seiner Entlassung wegen Unregelmäßigkeiten als »Projektleiter Fraktionsaufbau« (Weiland 2019c) bei der Bundestagsfraktion angestellt. Er war zu diesem Zeitpunkt ebenfalls als Landesschatzmeister im Heimatverband von Jörg Meuthen und Alice Weidel gewählt. Der Einfluss der rechten Bewegungsszene auf die AfD und umgekehrt ist relevant. Hier findet die Vernetzung vor allem auf der Mitarbeiterebene statt. Generell hat sich die Rekrutierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die AfD-Fraktion bis zum Ende der Wahlperiode als schwierig dargestellt. Ungefähr fünfzig Stellen waren in der Fraktionsverwaltung unbesetzt (Weiland 2020a).

Seit 2017 gibt es keinen deutlich wahrnehmbaren Arm des Anfang des Jahres 2020 formal aufgelösten ›Flügels‹ in der Fraktion im Sinne einer organisierten Strömung, wie sie beispielsweise bei der SPD (›Seeheimer‹, ›Netzwerker‹, ›Parlamentarische Linke‹) oder bei den Grünen (›Realos‹, ›Fundis‹) entweder organisiert oder faktisch existiert oder existierte. Die nach außen dringenden Probleme entzündeten sich meist an organisatorischen Schwierigkeiten. Kam es doch einmal zu inhaltlichen Verwerfungen, setzten sich die gemäßigten Stimmen durch. Als beispielsweise der umstrittene rechte Blogger Milo Yiannopoulos die Hauptrede auf dem 1. Medienkongress der AfD-Fraktion halten sollte, kam es zu Protesten in zwei

Sonderfraktionssitzungen – und der ehemalige Breitbart-Aktivist wurde ausgeladen (Weiland 2019b).

Die Fraktionsführung hat nicht in alle Vorgänge Einblick. Die Pressestelle der AfD-Fraktion hatte in diesem Fall einen Hinweis auf den Auftritt von Yiannopoulos versendet, ohne Alexander Gauland in Kenntnis zu setzen (Weiland 2019b). Die rechte Ideologie war hierbei nicht das Problem. Ursprünglich war sogar der umstrittene, rechte ehemalige Berater von Donald Trump, Stephen Bannon, angefragt worden. Die Debatte über die Einladung entzündete sich an der »US-Debatte um mutmaßliche pädophile Neigungen des einstigen Breitbart-Journalisten« (Weiland 2019b).

Über den gesamten Zeitraum der Beobachtung zeigt die Fraktionsführung eine alternativlose Stabilität. Dies wurde nur durch das Öffentlichwerden der Konflikte zwischen Alice Weidel und dem 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Bernd Baumann, sowie die Veränderung der Verantwortung für die Finanzen (vgl. dazu Pittelkow et al. 2018) im Vorstand kurzfristig infrage gestellt. Auch wenn der Fraktionschef mitunter eigenwillige Schwerpunkte seiner Arbeit setzte – so musste nach persönlichen Maßgaben Gaulands die Künstlerin die Gestaltung des Fraktionssaals überarbeiten (Lohse/Wehner 2020a: 3) –, zeigt sich, dass Gauland eine entsprechende Integrationskraft für die inhaltliche Arbeit der Fraktion über die Dauer der Wahlperiode aufweisen konnte. Durch die Wahl eines an andere Fraktionen angelehnten Verwaltungs- und Organisationsmodells hat die AfD-Fraktion im Laufe der Wahlperiode ein strategisches Zentrum[29] etablieren können – nie ganz unumstritten, wie eine Aussage des Experten E5 belegt. »Die Strategieabteilung wird auch als solche nicht wahrgenommen« (IV E5). Die Kritik ist, dass nichts entwickelt wird, »was so eine politische Perspektive angeht oder Führung« (IV E5). Deswegen ist die Frage von Interesse, wie die Fraktion Einfluss auf die Partei und ihre Entwicklung nimmt – und im Späteren auch, worin eigentlich die strategischen Überlegungen der Fraktionsführung bestehen.

3.3 Interne Dynamiken der AfD-Fraktion

Die Arbeit der AfD-Fraktion begann aufgrund fehlender Strukturen

mit größeren Hürden. Das belegen Vorgänge um zu hohe Cateringkosten und nicht ordnungsgemäße Buchführung aus der Anfangsphase der AfD-Bundestagsfraktion (Kain 2018a). Der Unmut der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel über den ersten Parlamentarischen Geschäftsführer, Bernd Baumann, der in Verbindung mit dem angestellten Geschäftsführer sowohl den parlamentarischen als auch den fraktionsinternen Ablauf managen muss (Kain 2018b), führte dazu, dass sich der Fraktionsvorstand zu einer Klausur treffen musste. »Dort soll ein Mediator die zerstrittene Führungsriege mit Teambuilding-Übungen und psychologischem Coaching wieder zusammenführen« (dpa 2018).

Dabei war klar, dass in diesem Geflecht Spannungen entstehen mussten, da die Fraktion Weidel zunächst bei der Wahl ihres Parlamentarischen Geschäftsführers nicht gefolgt war. Sie hätte gern den jungen Abgeordneten Markus Frohnmaier auf dieser Position gesehen, dieser fiel allerdings »mit Pauken und Trompeten durch« (Kain 2017). Stattdessen wählten die Abgeordneten mit einem deutlichen Votum von 73 Ja-Stimmen (Kain 2017) Jürgen Braun zu einem der PGFs. Zwei Jahre später sorgte Alice Weidel dafür, dass er nicht wieder zur Wahl antrat, obwohl es zunächst hieß, dass Braun und Weidel gut zueinander passen würden (Kain 2017). Das zeigt deutlich: Die Abgeordneten der AfD-Fraktion und vor allem deren Führung mussten sich zunächst menschlich und persönlich finden und nicht nur inhaltlich zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

Ihr Wunschkandidat, der damalige Vorsitzende der Jungen Alternative, Markus Frohnmaier, fiel erst wieder auf, als herauskam, dass er einen rechten Publizisten beschäftigt hatte, der in einen Brandanschlag verwickelt war. Im Folgenden konnte ein Medienbericht dem Abgeordneten zudem Verbindungen nach Russland nachweisen (Baumgärtner et al. 2019). Infolge dieser Affäre kam es unmittelbar zu einem Solidarisierungseffekt der AfD-Fraktion mit ihrem Mitglied. Ein solcher lässt sich in der Wahlperiode in regelmäßigen Abständen beobachten, wenn ein Abgeordneter mit einem Vorwurf in der Öffentlichkeit zu kämpfen hat. Nach einem Ausfall des Rechtsausschussvorsitzenden Stephan Brandner auf Twitter nach dem versuchten Anschlag auf eine Synagoge in Halle verteidigte Alexander Gauland den Abgeordneten in einer »Krawall-Debatte« (Neff 2019) im Bundestag. Intern gab es jedoch großen Unmut. Dieser entfacht

sich oftmals, weil ein Großteil der Abgeordneten Sorge darüber hat, dass die AfD durch solche Provokationen am rechten Rand Wähler verliert und den Verfassungsschutz damit bei dessen Beobachtungsanstrengungen unterstützt.

Die Vorgänge um die Wahl der Parlamentarischen Geschäftsführer zeigten schon früh, dass intern diejenigen Personen langfristig Erfolg haben würden, die den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Strömungen zum Ziel haben. Bernd Baumann, der erster PGF wurde und bis zum Ende der Wahlperiode blieb, gilt als gemäßigt und in Kreisen um den Flügel von Björn Höcke dennoch als vermittelbar. Überraschend zeigte sich die Stärke des Flügels in der Bundestagsfraktion direkt zu Beginn der Wahlperiode, als sich Hans-Jörg Müller auf dem Posten eines weiteren PGF durchsetzen konnte. Organisatorisch führte dieses nicht geplante Personaltableau zu großen Problemen, weil Baumann nicht die erste Wahl von Gauland und Weidel war, sondern sich erst ins Rennen wagte, als Gaulands Favorit, René Springer, am Morgen der Wahl absagte (Kain 2017). Hinzu kam, dass auf der Mitarbeiterebene lange Zeit die Fraktionsgeschäftsstelle nicht ausreichend oder erfahren genug besetzt werden konnte. Experte E4 weist darauf hin, dass die AfD »in zwei Drittel der Legislaturperiode […] ein Mitarbeiterproblem (hatte), die kriegten nicht genug Leute. […] [D]as bedeutet natürlich faktisch, dass sie gerade bei so kniffligen Spezialgebieten, die man auch nicht studieren kann, dass die da ziemlich leicht blank waren« (IV E4). Er fährt fort, dass es der AfD damit nicht gelungen sei, »qualifizierte Leute zu gewinnen, sondern Überzeugungstäter. Unter denen dann eben auch viele Glücksritter, Opportunisten, Radikale sind, die halt jetzt ihre Chance gesehen haben. Und von solchen Leuten hat man ja, als eine auf Sacharbeit möglicherweise ausgehende Parlamentsfraktion nicht hinlänglich viel« (IV E4). Dies führte dazu, dass lange Zeit signifikante »Personal- und Technikprobleme« (Amann 2018a) die Arbeitsweise der rechtspopulistischen Opposition erschwerten.

Durch eine umfassende Neuaufstellung des Vorstands versuchte die Fraktion, »neue Ordnung in das interne Durcheinander zu bringen und damit die Lage zu beruhigen« (Weiland 2018c). Peter Felser übernahm die IT-Struktur, Leif-Erik Holm die Personalangelegenheiten. Hansjörg Müller musste seine

Zuständigkeiten für die Finanzen und die IT im Gesamten abgeben. Er hatte sich gegen diese Umorganisation und die damit einhergehenden Vorwürfe gegen sich gewährt. In seinem Schreiben bestätigt er eine Praxis, die Beobachter aufgrund der unterschiedlichen Machtkämpfe für die gesamte Wahlperiode als typisch für Stimmung und Arbeitsweise der AfD-Fraktion halten. Dort heißt es: »Inzwischen hat sich in der Fraktionsverwaltung ein Klima der Angst entwickelt, dass kaum jemand mehr Entscheidungen treffen will, um nicht haftbar gemacht zu werden« (zitiert nach Weiland 2018c).

Einige Verhaltensweisen in den Gremien des Bundestags – wie die ›zurückhaltenden‹ Auftritte in den Fachausschüssen – deuten darauf hin, dass es nicht unmittelbar gelingen konnte, die neuen Abgeordneten mit dem fachlichen Know-how auszustatten, das in einem Arbeitsparlament notwendig ist. So berichtet die Parlamentarische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, Britta Haßelmann, zum Beispiel über die Nichtbeteiligung von AfD-Abgeordneten an entscheidenden das Parlament selbst betreffende Themen. Zudem unterlaufen der Fraktion auf fehlende Organisation zurückzuführende Fehler. »So verpasste die AfD-Fraktion wichtige Fristen, sei es zur Änderung der Tagesordnung, zu Gesetzentwürfen oder zur Nominierung eines Kandidaten für die G-10-Kommission« (Amann 2018a). Der PGF der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, beschwerte sich, »dass die AfD-Vertreter in internen Besprechungen regelmäßig um Rat und Hilfe bitten, öffentlich aber die Schuld für ihre Fehler immer anderen zuschieben und sich als Opfer darstellen« (dpa 2018). Aufgrund dessen wurde der erste angestellte Fraktionsgeschäftsführer zunächst degradiert und danach sein Arbeitsverhältnis aufgelöst. Der AfD-Politiker Hans-Joachim Berg begründete seine endgültige Demission damit, dass er ein anderes Verständnis vom Aufbau professionaler parlamentarischer Fraktionen habe (Vollradt 2018). Er war vorher in der Bundestagsverwaltung tätig und in der CDU aktiv.

Der Unmut über den Beginn der Fraktionsarbeit hatte Auswirkungen bis zur regulären Neuwahl des Vorstands im Jahr 2019. Dabei spielten die Spannungen zwischen den als gemäßigt geltenden Kräften und den Anhängern des Flügels im Vorfeld eine wesentliche Rolle. Durch den Auftritt von Götz Kubitschek[30] vor dem neurechten Institut für Staatspolitik (IfS) sowie die erneute

Wahl als Duo mit Alexander Gauland konnte Alice Weidel ihre Position bei der Wiederwahl im Herbst 2019 behaupten. Die gemeinsamen Wahlergebnisse zeigen insbesondere die gestiegene Unzufriedenheit mit Alice Weidel. Die AfD-Beobachterin Sabine am Orde überschrieb ihren Bericht über die Vorgänge im Vorfeld der Vorstandswahlen daher treffend mit »Wiederwahl mit Gaulands Hilfe« (Am Orde 2019b).

Einen Einblick in die Arbeit der Fraktion und ihrer Führung gewähren die Aussagen der Abgeordneten, die die AfD-Fraktion verlassen haben. Vor allem die Aussagen der Abgeordneten Lars Herrmann (Fiedler 2019 f) und Verena Hartmann (Fiedler 2020a), die im Dezember 2019 und im Januar 2020 aus der Fraktion ausgetreten sind, zeichnen das Bild einer sich zunehmend radikalisierenden AfD-Fraktion. Diese Entwicklung betrifft nicht nur Protagonisten des rechten Flügels, sondern sie ist in der Partei – und damit in der Fraktion – weitverbreitet (Fiedler 2019e). Hartmann schreibt, dass Abgeordnete, die nicht den Ideen des Flügels folgen, »gnadenlos aus der Partei gedrängt« würden (Balser/Schneider 2020a). Der Bundestagsabgeordnete Jens Maier hatte Hartmann schon früher offen angegriffen (Puthenpurackal/Kain 2018): Maier, den die Fraktion zu diesem Zeitpunkt gerade abgemahnt hatte, weil er den Sohn von Boris Becker rassistisch affrontiert hatte, bejahte Hartmanns Frage, ob er sie mit seinen Worten »Wir machen Dich fertig« direkt bedroht habe. Hier zeigt sich, dass der Umgangston zwischen den Abgeordneten rüde ist. Nach außen hält die verbliebene Fraktion symbolisch zusammen. Diese Wagenburg-Mentalität wird unmittelbar durch die gefühlte Stigmatisierung und den Ausschluss durch die anderen Fraktionen befeuert. Diese Solidarität zueinander wird auch durch die Drucksituation von außen erzeugt. Bernd Baumann sollte als PGF aufgabengemäß die Verteidigung des Abgewählten übernehmen. Lau (2020a: 3) schreibt, dass dieser sich weigerte und es deswegen zu einer unglücklich verlaufenden Pressekonferenz von Brandner selbst und den beiden Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion kam. Hier brach die ungezügelte Medienkritik aus den drei Fraktionspolitikern heraus. Die Phalanx der anderen Fraktionen gegen die AfD führt dennoch zu einer starken Solidarisierung innerhalb der AfD-Fraktion. Nach der Abwahl Stephan Brandners wurde öffentlich die ›Wagenburg‹ geschlossen, obwohl es starke interne Kritik an dessen Verhalten

gegeben hatte (Lau 2020a: 3). »Wir können uns von keinem unserer Leute distanzieren, nicht einmal von einem wie Brandner. Sie können nicht unter Feuer stehen und die andere Wange hinhalten« (Lau 2020a: 3). Nach außen funktioniert die Solidarisierung miteinander; auch bei Fällen wie den Störaktionen bei der Beratung der Novelle des Infektionsschutzgesetzes im November 2020, die intern zu großem Unmut und zu internen Sanktionen für die betroffenen Abgeordneten geführt haben, wie Experte E5 festhält. Er spricht sogar von einem »Wendepunkt« in der internen Aufstellung und Verständigung der Fraktion darüber, dass man zusammenhält. »[E]s lief ja eigentlich so in Sachen Coronaproteste und ›wir sind die einzigen die das vertreten im Parlament‹, lief das ja ganz gut. Und auch diese Aktion mit den Grundgesetz-Plakaten, das hat man gemacht, man kam ins Fernsehen, Fotos, hat aber auf der anderen Seite nicht den großen Eklat […] . Das war ein sowohl als auch, mit dem alle leben können. Es gab ja da auch Leute, […] die wollten da so richtig Remi-Demi erzeugen. Aber die konnten sich dann nicht durchsetzen. Und nach dieser Geschichte waren eben alle sauer […] “ (IV E5). Diese lange Solidarität untereinander hat mit der kollektiven Erfahrung als Neuling zu tun. Es erschwert allerdings die Führung einer Fraktion im klassischen Sinne. Insofern wird die Bewertung der Führungsleistung anders vorgenommen, als dies in bisherigen Einschätzungen insbesondere der Medien oder auch der Interviewpartner für diese Arbeit erfolgte.

Es muss berücksichtigt werden, darauf weist Experte E4 hin, dass die Fraktion einen gemeinsamen Startpunkt hatte. Gleichzeitig trifft diese Entwicklung auf die starke Individualität der AfD-Abgeordneten. »Natürlich sind alle Bundestagsabgeordneten irgendwie Individualisten und sind auch irgendwie einzelnen und jeder will auch sehen, dass er am besten dasteht, […] aber diese AFD- Fraktion ist wirklich extrem dadurch geprägt, dass die sich von oben […] also vom Fraktionsvorstand […] nichts sagen lassen und […] diese[n] rebellische[n] Autoritarismus, den die haben, den haben die nicht nur nach außen, sondern den haben die auch intern« (IV E4). Das Führungsverhalten der AfD – von Gauland und Weidel geprägt – reagiert auf diese Individualität ihrer Fraktion. Bernd Baumann wird regelmäßig zurückgeholt oder er hat keine Prokura. »[B]eim Ältestenrat merkt man halt doch, dass die AfD dort bestimmten

Verfahren zustimmt und danach wieder strittig stellt, weil die eigenen Leute mit dem Verhandlungsergebnis von Herrn Baumann nicht zufrieden sind« (IV P1).[31] Es ist interessant zu beobachten, wie die Führung diese Widersprüche auflöst. Dahinter liegt das, was Experte E4 als »Freiraumbewegungen« (IV E4) bezeichnet. »Was sie dann kriegen sind zum Teil thematische Freiräume […] [D]ann gibt es natürlich diejenigen, die einfach ihre Russland-Reisen machen. Was aber nicht direkt gedeckt ist dann vom Fraktionsvorstand, aber das sind so Freiraumbewegungen, die sie sich dann schaffen, thematisch interessieren sich andere jetzt eher wenig für den Klimaschutz oder für die Energiewende, Karsten Hilse setzt sich drauf. Viele können wenig anfangen mit automobilen Antriebstechniken, Spaniel setzt sich drauf und kann das machen« (IV E4).

Gelegentlich stößt dieses Verhalten an Grenzen, und dann schafft es die Fraktionsführung – manchmal auf Druck von Mitgliedern der Fraktion, manchmal aus eigener Kraft – dieses zu sanktionieren. Als Beispiel gilt das Reiseverhalten der Fraktionsmitglieder. Es gibt zahlreiche Reisen mit starkem Russlandbezug »und in umstrittene Gebiete, in denen Russland strategische Interessen verfolgt« (Hock et al. 2020: 5). Gauland und Weidel (zitiert nach Hock et al. 2020: 5) stehen dazu, da es sich dabei »›um eine geopolitisch relevante Region, die die offizielle Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren vernachlässigt‹[, handle] […] Große Teile der AfD hielten es für wichtig, Kontakte dorthin zu pflegen.«[32] Regt sich doch Widerstand gegen nicht abgestimmte Reisen, tragen die Abgeordneten selbst ihre Kosten – und Gauland und Weidel distanzieren sich. Der im Zusammenhang mit den Austritten aus der AfD-Fraktion immer wieder geäußerte Vorwurf des Rechtsrucks wird weit von sich gewiesen. So war es Weidel wichtig, in ihrer Stellungnahme zum Austritt von Hartmann die von ihr erhobenen Vorwürfe einer Radikalisierung zu entkräften. »Das mit dem Rechtsruck, das ist natürlich völliger Quatsch, das weisen wir ganz weit von uns« (zitiert nach Kain 2020). Gauland ergänzte seine Ko-Vorsitzende insofern, als dass er noch nicht einmal wisse, welcher oder welche Abgeordnete dem Flügel angehöre und wer nicht.

Wie stark die AfD-Fraktion nach außen zusammensteht, zeigte sich, als die rechtspopulistische Opposition für ein weiteres

Novum in der Geschichte des Bundestags sorgte: die Abberufung von Stephan Brandner als Vorsitzenden des Rechtsausschusses, der mit seinen Tweets anlässlich des Anschlags in Halle im Herbst 2019 für Empörung gesorgt hatte. Diesem Abberufungsantrag folgten alle Fraktionen, nur seine eigene stimmte dagegen. Hier trat der Fraktionsvorsitzende Gauland in der Debatte um die Anschläge in Halle im Verteidigungsmodus auf:

> »Solange sich diese Bundesregierung nicht dafür entschuldigt, was hier gesagt worden ist, was der Bundesfinanzminister und was andere Mitglieder der Bundesregierung gesagt haben, bin ich nicht bereit, in irgendeiner Weise Kritik an meinem Freund Brandner zu üben« (PlPr. 19/118: 14408).

Es schloss sich starker Beifall der AfD-Fraktion an, wenn auch intern Kritik an Brandner geübt wurde und er sich in einer persönlichen Erklärung nach § 32 GOBT im Bundestag entschuldigen musste (PlPr. 19/118: 14454). Bei der internen Kritik ging es vornehmlich nicht um sein Verhalten, sondern darum zurückzutreten, um der AfD die Chance auf eine Nachfolge im Ausschussvorsitz zu erhalten. Allerdings setzte sich die Mehrheitsmeinung durch, dass sich durch eine symbolträchtige Abwahl die AfD-Fraktion als Opfer der etablierten Partei positionieren könne. Ein Abgeordneter lässt sich mit »fantastisch für uns« zitieren (Steffen 2019). Die AfD schloss auch die ›Wagenburg‹, als sie aufgrund eines gravierenden Fehlverhaltens von drei Abgeordneten von allen anderen Fraktionen angegriffen wurde, weil Gäste aus dem Bereich der Alternativen Medien auf AfD-Kontingent in den Bundestag gelangt waren und Abgeordnete bedrängt hatten. Die Entschuldigung von Gauland stellte eigentlich einen Angriff dar und bediente den bewährten Opfermythos der AfD.

> »Ich möchte betonen, dass diese Besucher ganz offiziell angemeldet waren und somit auch die Sicherheitsüberprüfung durchlaufen haben. Wir konnten also nicht damit rechnen, dass so etwas passiert. […] Die Unterstellungen allerdings, diese Vorfälle seien von uns […] beabsichtigt gewesen, das sei eben der Stil der AfD, diese Unterstellungen sind infam« (PlPr. 19/193: 24369).

Von Mitarbeitern wie dem Pressesprecher der AfD-Fraktion von Beginn an und engem Vertrauten von Gauland, Christian Lüth, musste sich die AfD im Bundestag wegen Faschismus-Vorwürfen distanzieren. Hier stand nicht die überzeugte Abgrenzung nach rechts im Mittelpunkt der Begründung. Die Fraktionsführung stellte den Mitarbeiter frei, weil herauszukommen drohte, dass Personen mit einem solchen Weltbild – nach Fuchs/Karon (2020) bezeichnete er sich selbst als »Faschisten« und verwies auf die NS-Vergangenheit in der eigenen Familie – in zentraler Position maßgeblich an der Parlamentsarbeit beteiligt werden.[33] Schaden sollte abgewendet werden. Hier zeigte sich die große Sorge vor der Beobachtung durch den Verfassungsschutz, der den Flügel im März 2020 als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« einstufte (BfV 2020a). Erst später wurde deutlich, dass auch andere Vorgänge eine Zusammenarbeit mit Lüth aus strategischer Sicht für die AfD-Fraktion unmöglich machten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die AfD in ihrer ersten Wahlperiode von starken internen Auseinandersetzungen geprägt gewesen ist. Bis zur Corona-Krise schaffte es die Führung um Gauland und Weidel immer wieder, die Reihen zu schließen. Dies wurde durch die empfundene (und die vorhandene) Stigmatisierung durch die anderen Fraktionen und die etablierten Medien begünstigt. Brüchig wurde die Wagenburg-Mentalität in dem Moment, als das Vertrauen von Teilen der Fraktion dahingehend verloren ging, dass die Fraktionsführung die bewährten Mechanismen des Erfolgs – die Bestandteile eines »AfD-Kreislaufs« (Ruhose 2019: 11 f.) aus Polarisierung, Skandalisierung und Emotionalisierung – in der Corona-Pandemie weiter bedienen kann. Die AfD-Fraktion zeigt sich insgesamt von Beginn an als diskussionsfreudig bis streitlustig. Dies gilt nicht nur im Parlament, sondern insbesondere untereinander. Der Einfluss der Fraktionsführung und vor allem die Autorität Gaulands führten zu einer Bemäntelung dieser Konflikte aufgrund der Einigkeit im Feld der Migrations- und Euro-Politik sowie der Ablehnung des Systems. »Aus der Außenperspektive scheint es mir so zu sein, dass Alexander Gauland, als Vorsitzender, seine Aufgebe darin gesehen hat, die AfD, diesen ›gärigen Haufen‹ möglichst zusammenzuhalten und nicht in einzelne einander feindliche Lager noch mehr zerfallen zu lassen« (IV E2), fasst Experte E2 dieses Wirken zusammen. Die AfD-Fraktion hat es geschafft, überwiegend

Konflikte »nicht so auszutragen, dass von außen her Hebel angesetzt werden können« (IV E2). Er weist auf einen weiteren Effekt hin, der dazu führte, dass die Fraktion größtenteils geschlossen auch unterschiedliche Positionen und sogar sich widersprechende Ansätze ausgehalten hat. »Wenn eine Gruppierung so heftigem Außendruck ausgesetzt ist, […] dann schweißt das sogar ›Parteifreunde‹ zusammen« (IV E2). Dabei schaffte es die Fraktion, sich auf der Ebene der professionellen Parlamentsarbeit stark zu verbessern. Anfängliche Fehlentwicklungen konnten abgestellt werden, und Redebeiträge und inhaltliche Initiativen wurden im Zeitablauf durch die mittlerweile professionell arbeitende Fraktion und ihre Geschäftsstelle detaillierter und profilierter in Bereichen, die nicht zum Markenkern und zur Polarisierungsstrategie gehörten. Hinzu kam, dass die Ablehnung der AfD durch die anderen Fraktionen die Gruppe der AfD-Abgeordneten stark zusammenschweißte. Ideologisch Andersdenkende wurden in der Fraktion zunächst isoliert und wussten sich oft nicht anders zu helfen, als aus der AfD-Fraktion auszutreten.

Der anfängliche Enthusiasmus, die etablierten Fraktionen durch Anwesenheit vorzuführen und ihnen Missachtung des Parlaments vorzuwerfen, ging schnell vorüber. Auch die AfD-Abgeordneten mussten in Sitzungen parallel zum Plenum oder bei Besuchergruppen oder Gesprächen teilnehmen. Zudem – das zeigte eine Auswertung der Abstimmungen im Jahr 2019 – waren die Abgeordneten oft nicht greifbar für ihre Fraktionsführung. Darauf wurde mit mehreren Disziplinierungsmodellen reagiert: »Zunächst mussten die Abgeordneten mindestens fünf Sitzungstermine ankreuzen, an denen sie das Plenum besuchen sollten. Doch die Regelung funktionierte nicht, weil viele nicht zu den Sitzungen erschienen, für die sie sich eingetragen hatten« (Wehner 2020b: 3). Zwei weitere Modelle scheiterten. Zunächst sollten dreißig Dreiergruppen gebildet werden, aus denen jeweils ein Abgeordneter anwesend zu sein habe, damit mindestens ein Drittel der Fraktion immer präsent wäre. Dann versuchte die Fraktion zu Beginn des Jahres 2020 die Einführung einer Regelung entlang der Ausschussverteilung. Ihr Scheitern in diesem Punkt zeigt, wie durchsetzungsschwach sie gegenüber den Abgeordneten ist.[34] Nun liegen die Hoffnungen der Fraktionsführung auf einer Regelung per App (Wehner 2020b: 3), auch wenn die Aussichten

nicht besonders positiv formuliert werden. »Die Chance, dass mit ihrer Hilfe in absehbarer Zeit die gewünschte Zahl von Abgeordneten die Plenarsitzungen aufsucht, wird in der Fraktion als sehr gering eingeschätzt« (ebd.) Das Beispiel zeigt, dass die Fraktion kaum Personen vorweisen kann, die allgemeines Durchsetzungsvermögen besitzen. Dies wird von den Abgeordneten bestätigt und ein Fehlen von Führung beklagt. Es geht so weit, dass aufgrund von Indiskretionen in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass Alice Weidel oftmals in Fraktionssitzungen kein einziges Mal das Wort ergreift (ebd.). Experte E5 spricht sogar davon, dass sie oft abwesend sei und sich so strategisch dem Konflikt entziehe. Sie sei »im Grunde genommen unsichtbar … [a]lso immer, wenn es hart wird, ist sie entweder krank oder abwesend. Das wird auch mittlerweile als Strategie von ihr so erkannt« (IV E5). Kamann (2020b: 5) hält fest, dass sie stärker als Gauland für die »Strukturkrise der Bundestagsfraktion« verantwortlich gemacht wird. Im Jahr 2020 ging aus Sicht zahlreicher Fraktionsmitglieder »der anfängliche Schwung der Fraktion verloren« (ebd.).[35]

Wie sich die Autorität von Weidel und Gauland in der Fraktion im Verlauf der Zeit schwächte, zeigt sich an den Reaktionen auf ihre öffentliche Anerkennung von Joe Biden (Weidel/Gauland 2020b) als neu gewählten Präsidenten der USA im November 2020 (Wehner 2020c: 4). Darauf reagierten eigene Mitglieder der Fraktion mit deutlicher Kritik und Ablehnung dieser Linie. Die beiden Vorsitzenden schienen die Enttäuschung über den Verlust eines aus ihrer Sicht Verbündeten ihrer politischen Agenda zu verkennen. Damit verstärkten sie intern die Kritikpunkte an ihrem fehlenden strategischen Geschick (Lohse/Wehner 2020b: 3). Die Lesart von Wahlbetrug und Fälschungen, die Donald Trump ohne die Vorlage von Beweisen verbreitete, wurde von Akteuren wie Beatrix von Storch, Markus Frohnmaier oder Martin Renner der offiziellen Auffassung der Fraktionsvorsitzenden entgegengestellt. Hier zeigte sich, dass weniger als ein Jahr vor der Bundestagswahl vom Vertrauen in die Positionierung und die strategischen Überlegungen der beiden Fraktionsvorsitzenden wenig übriggeblieben ist.

3.4 Die Führung der AfD-Fraktion und der Einfluss

auf die Bundespartei

Die Fraktionen sind für die Parteien, aus deren Mitgliedern sie sich zusammensetzen »strukturbildend« (Schäfer 2020: 5). Hier wird die »politische Grundsatzarbeit« der Parteien in konkrete Gesetzen oder Anträgen umgewandelt (Schäfer 2020: 6). Für die AfD war die Fraktion ab 2017 ein zunehmender Machtfaktor. Sie wird allgemein als »Aushängeschild der AfD« (zitiert nach Schmidt/Pfeffer 2020) charakterisiert. In der Partei übernahm die AfD-Fraktion bis in das Jahr 2020 Vorbildfunktion. Auch im Selbstverständnis der Fraktion war der eigene Vorbildcharakter für die Partei und die Landtagsfraktionen wichtig. Die Entscheidungen über Positionen, dies zeigen die innerfraktionellen Diskussionen im Vorfeld der Neuwahl des Fraktionsvorstands im Jahr 2019, wurde vor allem entlang der Professionalisierung der Fraktion getroffen. Hier zeigt sich, dass es Gauland – und mit Abstrichen Weidel – sehr lange gelungen ist, die Auseinandersetzungen der Partei zwischen dem »Flügel« und den sich als »bürgerlich-konservativen« Kräfte bezeichnenden Gruppierungen aus der Fraktion herauszuhalten. Experte E1 betont noch einmal, dass die Konflikte in der Fraktion nicht entlang dieser Kategorie verlaufen. Vollradt (2019) kommt daher in seiner Bewertung der Fraktionsvorstandswahlen im Jahr 2019 zu dem Urteil, dass dabei »die Frage, welcher innerparteilichen Strömung ein potentieller Kandidat angehört, in der Fraktion kaum eine Rolle spielt.« Hier sind andere Gründe wesentlich aussagekräftiger. »Eine etwas größere Bedeutung wird dem regionalen Proporz beigemessen. Offenbar ist für die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten aber ganz entscheidend, daß kompetente Leute in den Vorstand der Fraktion ziehen sollen. In Gesprächen mit AfD-Politikern hört man bezeichnenderweise immer wieder die Formulierung, man müsse ›professioneller« werden‹« (Vollradt 2019).

Die AfD zeichnet sich auf Bundesebene durch eine hohe Verzahnung von Fraktion und Partei aus. Zum einen übernehmen viele Mitglieder des Parteivorstands gleichzeitig Verantwortung in der Fraktion. Zudem gibt es eine Reihe von im Organisationsstatut der Partei festgeschriebenen Gremien, bei denen der Vertreter des Bundesvorstands ebenfalls mit einem Mandat ausgestattet ist. Zählt man den Ehrenvorsitzenden als nicht-stimmberechtigtes

Mitglied des Bundesvorstands dazu, setzt sich dieser aus 13 Mitgliedern zusammen. Acht davon sind im Zeitraum seit 2019 auch im Bundesvorstand vertreten und haben führende Parteirollen inne.

Position in der Fraktion (mindestens 2019–2021)	Position im Bundesvorstand der AfD (seit 2019)	
Alexander Gauland, Vorsitzender	Ehrenvorsitzender der AfD (ohne Stimmrecht im Vorstand)	
Dr. Alice Weidel, Vorsitzende	Stellvertretende Bundessprecherin	
Tino Chrupalla, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende	Bundessprecher	
Beatrix von Storch, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende	Stellvertretende Bundessprecherin	
[illegible] Arbeitsgruppe Verfassungsschutz	[illegible]	
Stephan Brandner	Stellvertretender Bundessprecher	
[illegible] Vorsitzender der NRW-Landesgruppe	[illegible]	
[illegible] Sportpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion	[illegible]	

Tabelle 5: Personenidentitäten Partei- und Fraktionsführung seit 2019

Eigene Darstellung

Aufgrund der hohen Personenidentität konnte die Fraktion auch inhaltlichen Einfluss geltend machen. Doch dies ist nicht das vorrangige Ziel der Fraktionsführung und vor allem nicht von Gauland. In seinem Sommerinterview 2018 formulierte er ganz dezidiert, warum seine Fraktion im Bereich der Digitalisierung und der Wohnungsbaupolitik keine Konzepte erarbeitet hat und die Rentenpositionierung gerade ins folgende Jahr verschoben wurde (Schaible 2018). Auf die Frage nach den Antworten der AfD auf die Zukunftsfragen der Gesellschaft beschreibt Gauland ganz dezidiert sein Verständnis von Strategie seiner Fraktion im, Bundestag. »Wir sind als Partei groß geworden gegen bestimmte Fehlentwicklungen […] Auf dem Gebiet sind wir auch die Oppositionspartei. Das war ursprünglich die Eurorettung, das ist die Flüchtlingskrise. Dann gibt es andere politische Themenfelder, die sich natürlich erst langsam entwickelt haben, auch in der Partei. (zitiert nach Kettenbach 2018).«

Durch die Corona-Pandemie und den Umgang der Fraktionsführung damit, wuchs allerdings der Unmut über diesen strategischen Ansatz von Gauland, nicht auf die Entwicklung von Positionen zu weiteren Themen sondern auf drei große Oppositionsfelder zu setzen, und der Managementfähigkeiten an Weidel und später der Unmut über das Verhalten von Gauland in der Sachen Annullierung der Parteimitgliedschaft des Flügel-Organisators Andreas Kalbitz so stark an, dass die Kritik an beiden zunehmend nach außen drang. Die Fraktion, so die Befürchtung, könnte ihre Stellung innerhalb der Partei verlieren. Deshalb

wandte sich einer der Abgeordneten mit der Befürchtung an die Fraktionsführung, dass diese »in ungekannter Schnelligkeit (verblasst)« (zitiert nach Schmidt/Pfeffer 2020). Bislang war »der Übervater« (IV E1), wie ihn Experte E1 bezeichnete, immer an Ort und Stelle, um Konflikte weg zu moderieren und war als Vermittler angesehen und akzeptiert (Lohse 2020b: 4). Gauland und Weidel verloren weiter an Ansehen, weil sie sich so stark positionierten (Am Orde 2020a: 4). Gauland gibt dies unumwunden zu, dass er seine Führung nicht mehr wie gewohnt ausüben kann, »[w]eil Meuthen plötzlich verlangt, dass man sich auf eine Seite stellt.« (Gauland zitiert nach Bauer/Fiedler 2021: 259).Da Weidel sowieso schon umstritten ist, führt dies zu einer Entwicklung, dass die Fraktionsführung im Jahr vor der Bundestagswahl keine Autorität mehr aufweisen kann.[36] Durch die Wahl des neuen Bundesvorstands 2019 und der Wahl von Chrupalla als Nachfolger von Gauland wurde der zweite Platz der Parteiführung wieder durch ein Mitglied der Fraktionsführung wahrgenommen. Doch durch die sich ändernden Mehrheitsverhältnisse im Bundesvorstand nahm der Einfluss der Fraktion in diesem Gremium ab. Die Positionierung von Weidel und Chrupalla hinsichtlich der Auseinandersetzung über die Personalie Kalbitz erzielte keine Mehrheit im Bundesvorstand. Beide wollten zunächst weitere juristische Prüfungen abwarten, bevor die Mitgliedschaft annulliert würde. Auch gab es hinsichtlich des Wegs unterschiedliche Auffassungen. Wie sehr der bis dato hohe Einfluss der Fraktion auf die Parteilinie abgenommen hatte, zeigt der Sachverhalt, dass Roland Hartwig, der damals die Partei-Arbeitsgruppe Verfassungsschutz leitete, nicht an den Beratungen im Bundesvorstand teilnehmen durfte (Baumgärtner et al. 2020: 9). Die fragile Stabilität des strategischen Zentrums der Fraktion ging damit verloren. Eine schwierige Situation für die rechtspopulistische Opposition, der vor der Bundestagswahl zunächst die Themen und dann die Kampagnenfähigkeit abhandengekommen war. Ob man mit Sabine am Orde (2020c: 10) festhalten kann, dass das »Erfolgsrezept« der AfD eben auch im Bundestag »abgelaufen« scheint, wird im Folgenden ebenfalls untersucht. Wichtig ist, bei der Bewertung der Führung eine Besonderheit der AfD-Fraktion zu berücksichtigen. »Dass die also da alle zusammen ankamen und gemeinsam von Null gestartet sind. Und wenn man sich vorstellt bei den anderen Fraktionen, da

werden ja Neulinge erstmal eingebunden, müssen sich dann hintenanstellen. Und in der AfD ist sehr ausgeprägt dieses, wir sind ja alle gleich und sie haben gleich viel zu sagen und keiner ist irgendwie übergeordnet und ich lasse mir schon gar nichts sagen, das ist ja sehr ausgeprägt. Also man kann fast sagen, das ist der größte Widerspruch zu dem Thema rechts oder sowas. Also wenn man sich das so klassisch vorstellt, der Rechte glaubt an Autoritäten, fügt sich in Hierarchien ein, ist gehorsam, ja, akzeptiert das. Und das ist da völlig anders.« (IV E5)

3.5Entwicklung der AfD-Fraktion

Die AfD nutzt das Parlament anders als etablierte Kräfte. Die Linie der AfD-Fraktion im Bundestag dafür gibt der Fraktionsvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, im Plenum in einem seiner vielen Zwischenrufe vor: »Es ist so schön, dass wir hier sind. Wir werden euch jagen!« (PlPr. 19/24: 2146). Da hatte seine Fraktion gerade wieder mit einem Antrag zur Änderung der Tagesordnung die anderen Parlamentarier gezielt provoziert. Seine Co-Vorsitzende Alice Weidel assistiert ihm in ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung von Angela Merkel zum politischen Programm der Großen Koalition am 28. März 2018: »Ich finde es super, wenn Sie sich aufregen« (PlPr. 19/22: 1839).

Zu Beginn der Wahlperiode suggerierte die AfD mit Fotos aus dem leeren Plenarsaal – aufgenommen vor Beginn der Sitzung –, dass nur sie für »das Volk« arbeite, während alle anderen es nicht ernst nehmen würden. Wichtige parlamentarische Wahlgänge, wie diejenigen über das Kanzleramt, werden mit Fotos von Wahlzetteln in der Toilette lächerlich gemacht. Hier zeigt sich schon von Beginn an, was zu Beginn des Jahres 2020 in Thüringen bei der Wahl zum Ministerpräsidenten, kulminieren sollte: Die AfD stilisiert sich auf der einen Seite zum Opfer, diffamiert allerdings die anderen Fraktionen und versucht die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen zu untergraben. »Parlamentarische Demokratie unserer Prägung wird abgelehnt und in Frage gestellt. Das spürt man in der parlamentarischen Arbeit. Ja, und das zweite besondere Faktum ist, dass die AfD bewusst mit ihren skandalträchtigen Handlungen im Parlament die Öffentlichkeit adressiert. Also, in meinen Augen gar nicht an Problemlösung im

Engeren interessiert ist, sondern eine Darstellungsform für die Öffentlichkeit sucht. Das stellt man fest, wenn man das Verhalten zu dem gleichen Thema im Ausschuss vergleicht mit dem, was im Plenum zum Beispiel vorgetragen wird. Und wie allgemein auf Öffentlichkeitsarbeit dort Wert gelegt wird. Übrigens auch in der Dokumentation dessen, was andere Fraktionen, was Kollegen aus anderen Fraktionen machen« (IV P1).[37] Regelmäßig bei den Holocaust-Gedenkveranstaltungen des Bundestags am 27. Januar eines jeden Jahres zeigt die AfD-Fraktion zudem, dass sie eine andere geschichtspolitische Agenda verfolgt und dass sie sich gegen das organisierte Gedenken wendet, »die ich als nicht aufrichtig empfinde«, wie es der Abgeordnete und damalige Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Hans-Jörg Müller (zitiert nach Weiland 2018a) ausdrückt, als er sein Verhalten in der Gedenkveranstaltung 2018 rechtfertigte. Experte E2 kommt daher zu folgender Einschätzung: »Die Fraktion als Ganze definiert sich eher dadurch, dass sie mit den anderen gar nichts zu tun haben will. Sie steht außerhalb des herkömmlichen Systems. So stellt man sich auch gerne dar.« (IV E2). Er hatte bei der Rede des Bundestagspräsidenten genauso nicht applaudiert wie seine Fraktion und erhob ich beim Schlussapplaus nach der Rede einer Holocaust-Überlebenden erst spät von seinem Platz, um sehr sparsam zu applaudieren. 2020 vermittelte Alexander Gauland den Eindruck, als ob er bei der Rede des israelischen Außenministers Rivlin einschlief. Zumindest verharrte er minutenlange mit aufgestütztem Kopf und geschlossenen Augen. Ihr Verhalten bei solchen Veranstaltungen rechtfertigt Baumann mit Blick auf die Rede des Bundestagspräsidenten Schäubles 2018 mit dem Hinweis, dass oftmals »Vergangenheit und Gegenwart miteinander verquickt« (Weiland 2018a) werde.

In jeder einzelnen Sitzungswoche versucht die AfD die Zuspitzung des öffentlichen Diskurses im Land voranzutreiben. Die inhaltliche Auswertung folgt im weiteren Verlauf dieses Kapitels. Hier geht es um ihr Verhalten dabei. »Ernst wird es, wenn die AfD lacht«, fassen Brunner et al. (2018) einen Teil ihrer Auswertung des ersten halben Jahres der AfD-Fraktion im Bundestag zusammen. »Im Bundestag dominiert Lachen als Mittel der Distinktion, Selbsterhebung und Erniedrigung des Gegners. Der politisch Andere, seine Argumente werden verlacht, lächerlich gemacht und die AfD setzt die Waffe »Lachen« sehr viel häufiger

ein als alle anderen Fraktionen […]« (Brunner et al. 2018). Dieses Bild einer Fraktion »am Rande des politischen Anstands«, wie es der Verfasser ebenfalls an einer anderen Stelle gezeigt hat (Ruhose 2018b: 3) zieht sich über die gesamte Wahlperiode. Lachen und Klatschen, dies sind die Instrumente der AfD-Fraktion und sie setzt diese Instrumente gerade in den zentralen allgemeinen oder von ihr angesetzten Debatten gezielt als Kollektiv ein. Dass die AfD deutlich häufiger für sich klatscht, als die anderen Fraktionen für sich (Brunner et al. 2018), hat damit zu tun, dass die AfD isoliert, ist in der 19. Wahlperiode und sich selbst aber gezielt isoliert. Alexander Gauland gibt bei einer weiteren Disziplin der parlamentarischen Auseinandersetzung den Takt vor. Die AfD-Fraktion unterbricht gerne Redner anderer Fraktionen mit Zwischenrufen oder dem Instrument der Zwischenfrage. Mittlerweile wird letzteres kaum mehr zugelassen von den Rednern der anderen Fraktion. Gauland ist in der beobachteten Wahlperiode mit führend bei den Zwischenrufen (Brunner et al. 2018). Durch den Einzug der rechtspopulistischen Opposition in den Bundestag hat sich die Debattenkultur verändert. Dies sieht man an den Ordnungsrufen nach § 36 Satz 2 und 3 GOBT in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestag. Gab es in der vorherigen Wahlperiode zwei Ordnungsrufe (Deutsche Bundestag 2018a), so sind es in der 19. Wahlperiode 49 Ordnungsrufe, von denen 32 auf die neue Fraktion im Bundestag entfallen.[38] Zudem gab es noch neun Rügen (RND/dpa 2021).

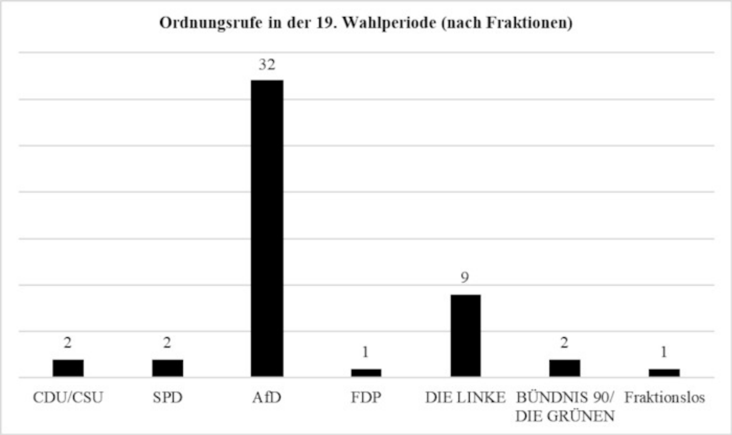


Abbildung 8: Ordnungsrufe in der 19. Wahlperiode (nach

Fraktionen)

Eigene Darstellung und Auswertung nach https://dip.bundestag.de/erweiterte-suche?term=ordnungsruf&f.wahlperiode=19&f.typ=Aktivit%C3%A4t&f.herausgeber_dokumentart=Bundestag-Plenarprotokoll&rows=25&sort=datum_ab [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022]

Zudem gibt es auch eine neue Qualität der Kritik an der Sitzungsführung des Bundestagspräsidiums. Dies kann man an den Einsprüchen gegen die Ordnungsrufe festmachen. Von 1990 bis zum 17. Mai 2018 verzeichnet der Bundestag vier Einsprüche gegen einen Ordnungsruf durch die betroffene Person (Deutscher Bundestag 2018a). Regelmäßig legen die AfD-Abgeordnete Einspruch gegen die Ordnungsrufe ein, davon viele mit Führungsämtern. Diese Einsprüche wurden jeweils mit den Gegenstimmen der AfD-Fraktion von allen anderen Fraktionen zurückgewiesen.

- Die Fraktionsvorsitzende machte bei beidem den Anfang. Sie erhielt zum einen den ersten Ordnungsruf und lies auch als erste über den Widerspruch das Plenum abstimmen. Alice Weidel gegen ihren Ordnungsruf aufgrund ihrer Aussage über »Kopftuchmädchen«[39] Einspruch ein und lies sogar namentlich darüber abstimmen (PlPr. 19/33: 3125).
- Der Justiziar Stephan Brandner führt die Liste der Abgeordneten an, gegen die in der 19. Wahlperiode ein Ordnungsruf erteilt wurde.[40] Er legte zunächst Widerspruch gegen drei Ordnungsrufe ein (PlPr. 19/151: 18829), die er während einer Rede erhalten hatte. Da er den dritten Ordnungsruf am Ende der Rede erhielt, wurde ihm formal nicht das Wort entzogen. Dies wäre die normale Konsequenz aus der GOBT gewesen. Gegen die Erteilung der Ordnungsrufe klagt Brandner vor dem BVerfG.
- Stephan Brandner legte zudem gegen eine weitere Ordnungsmaßnahme Widerspruch ein. Er hatte der Abgeordneten der GRÜNEN, Monika Lazar »angemessene Kleidung« während der Vereinbarten Debatte zum Gedenken an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 zugerufen (PlPr. 19/166: 20715). Auch gegen den Ordnungsruf für die Bezeichnung der Linksfraktion als »Die sozialistische Mörderbande sitzt da!« (PlPr. 19/218: 27593), legte er Widerspruch ein (PlPr. 19/219: 27772).

- Jürgen Braun legte Einspruch gegen seine Ordnungsrufe ein, die er aufgrund der Kritik an der Sitzungsleitung (PlPr. 19/147: 18376 f.) und aufgrund der provokanten Nutzung des generischen Maskulinums und zunächst auch für einen verbalen Angriff gegen Claudia Roth erhielt (PlPr. 19/217: 27479).
- Über den Einspruch des AfD-Abgeordneten Rüdiger Lucassen gegen den gegen ihn erteilten Ordnungsruf wurde am 20. Mai 2021 sogar namentlich abgestimmt und einmütig gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

An der Zunahme der Ordnungsrufe kann eine weitere Radikalisierung in der Debattenkultur im Zeitablauf der Wahlperiode abgelesen werden, auf die Experte P1 hinweist. »Und deswegen glaube ich nicht, dass es noch so etwas wie einen gemäßigten Flügel innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion gibt. Die Hoffnung, dass die sich sozusagen, wie einst die Grünen normalisieren und sich dem parlamentarischen System anpassen, ist meines Erachtens nicht eingetreten« (IV P1).[41] Die zahlenmäßig meisten Ordnungsrufe wurden im Jahr 2020 erteilt. Doch dieses parlamentarische Verhalten ist keine Einbahnstraße: Die anderen Fraktionen lassen sich ebenfalls dazu hinreißen und den politischen Dialog, zu dem das Zuhören und das Positionen austauschen gehört, abreißen. Insbesondere die Zwischenrufe von Grünen-Abgeordneten bei AfD-Reden und umgekehrt zeigen die tiefe politische Konfliktlinie, die zwischen diesen beiden Oppositionsfraktionen besteht.

In ihren Wortbeiträgen testen AfD-Abgeordnete regelmäßig mit bewussten Äußerungen die Grenzen aus und versuchen damit, die Debatte insgesamt weiter nach rechts zu verschieben oder Denkmodelle der neuen Rechten, wie den »großen Austausch« (Camus 2016) in die Debatte einzuführen. Während sie in der Parlamentsdebatte somit also regelmäßig Grenzüberschreitungen vornimmt und sich lautstark in die Debatten einbringt, zeichnet sich in den Ausschüssen ein anderes Bild. Experte P3 verweist darauf, dass sich die AfD in den Ausschüssen nicht einbringt. »Die Arbeit der AfD-Fraktion ist sehr unterschiedlich. Das kommt auch auf die Ausschüsse an. Aus einigen Ausschüssen von Seiten der AfD keine große inhaltliche Beteiligung stattfindet. Einzelne Abgeordnete beteiligen sich kaum oder gar nicht an den Diskussionen im Ausschuss. In anderen Ausschüssen hat das eher so einen verlesenden Charakter, da verlesen AfD-Abgeordnete ihre

vorbereiteten Stellungnahmen. Und in wiederum anderen Ausschüssen gibt es scharfe Debatten und Auseinandersetzungen, so beispielswese im Innenausschuss« (IV P5).[42] Der Abgeordnete Matthias Barke von der SPD-Fraktion formuliert dies in einer Debatte der AfD-Initiative, das Einladungsprozedere für Sachverständige für Ausschussanhörungen zu ändern (BT-Drs. 19/20655):

> »Die AfD ist bekanntlich diejenige Fraktion, die sich ja kaum ernsthaft an Ausschussarbeit beteiligt und schon gar nicht an Sachverständigenanhörungen. Mein Sozialausschuss hat in dieser Wahlperiode bislang 34 Anhörungen durchgeführt. Die AfD als größte Oppositionsfraktion hat überhaupt nur neunmal einen Sachverständigen benannt, also noch nicht mal bei einem Drittel der Anhörungen. Alle anderen Fraktionen haben natürlich in jeder Anhörung Sachverständige benannt, so wie sich das auch gehört. Und bei den neun Malen haben Sie auch noch zweimal einen Professor benannt, bei dem sich danach herausstellte, dass er gar kein Professor ist.« (PlPr. 19/171: 21468).

Die Initiative der AfD, dass die Fraktionen bei Ausschussanhörungen die Sachverständigen anonym zu benennen, ist insofern auch zu hinterfragen, da dies schon das bestehende Verfahren ist. Es ist schon heute nicht nachvollziehbar, welche Sachverständigen von welchen Fraktionen geladen werden. Das Verhalten der Abgeordneten im Ausschuss selbst führt dann aber meist dazu, dass genau nachvollziehbar ist, wer welche Sachverständigen eingeladen hat. Auch in der Debatte hinsichtlich der Einführung von digitalen Abstimmungen im Bundestag, wie es die AfD-Fraktion fordert, wird die Kritik an der AfD deutlich formuliert. Sie würde an internen Arbeitsgruppen nicht teilnehmen oder sich nicht beteiligen. So kritisiert der PGF der CDU/CSU-Fraktion, Patrick Schnieder die AfD-Fraktion:

> »Unter anderem mit dieser Frage beschäftigen sich alle Fraktionen gerade in einer Arbeitsgruppe, die vom Präsidenten eingerichtet wurde. Der AfD war das Thema dort so wichtig, dass sie bei einem Expertengespräch mit Rechtsprofessoren in der letzten Sitzungswoche als einzige Fraktion nicht anwesend war.« (PlPr. 19/171: 21463)

Einzelne Abgeordnete finden allerdings auch außerhalb der Fraktion Anerkennung. Zum Beispiel sorgt der in der Öffentlichkeit eher unbekannte Abgeordnete Andreas Mrosek als ausgewiesener Schifffahrtsexperte für Anträge der AfD-Fraktion, die in der Corona-Pandemie dafür sorgte, die wirtschaftlich stark getroffenen Lotsen nicht zu vergessen. Experte P2 verweist darauf, dass im Verkehrsausschuss regelmäßig sachliche und fundierte Debatten mit der AfD-Fraktion in diesen Bereich geführt werden. Interessant ist der Hinweis von Experte P2, der darauf hinweist, dass es Themen gibt, in denen sich die AfD sehr wohl intensiv einarbeitet. Die Bedingung ist, dass es Themen sind, die »man der Öffentlichkeitswirkung wegen dann besonderen Wert darauflegt, sich dann entweder Expertise hat oder sie sich beschafft. Das merk man schon. […] (E)s hängt sehr stark von ganz wenigen Themen ab, wo man meint, damit kann ich (als AfD; FR) besonders punkten. Und die entsprechend auch aufbereitet.« (IV P2). Wie abhängig die Performance der AfD-Fraktion von einzelnen Abgeordneten ist, zeigt sich in der unterschiedlichen Nutzung der Untersuchungsausschüsse. Während die Themen des »Amri-Untersuchungsausschusses« oder auch die Aufklärung der Vergabeskandale im Verteidigungsausschuss sehr nahe am Markenkern der AfD-Fraktion lagen, konnte sie hier nicht öffentlichkeitswirksam als Opposition agieren. Im Untersuchungsausschuss zum Fall Wirecard schaffte sie es mit dem Abgeordneten Gottschalk als Vorsitzenden des Ausschusses auch in die Medien zu kommen und ihre Schlussfolgerungen in eine konkrete Gesetzesinitiative zu fassen (BT-Drs. 19/27023).

3.6Zwischenfazit

Die AfD-Bundestagsfraktion blieb wider Erwarten vieler Expertinnen und Experten in der ersten Wahlperiode von großen Erschütterungen verschont. Dies hat auch damit zu tun, dass die AfD-Fraktion es schaffte, bis zum Jahr 2020 die Konfliktlinien der Partei auszublenden. Sie überraschte allerdings nicht dadurch, dass sie im Bundestag anders agierte als in den Landtagen. Im Vergleich zu früheren Etablierung neuer Fraktionen kann dennoch kaum ein Unterschied festgestellt werden. Insbesondere beim Einzug der Grünen in den Bundestag kam es ebenfalls zu einem

Anstieg von Ordnungsrufen und sogar Sitzungsausschlüssen (Kleinert 2021: 42). »Diese Fronstellung [zwischen den etablierten Fraktionen und der Fraktion der Grünen im Bundestag; FR] schlug sich nicht nur in der Statistik der parlamentarischen Ordnungsmaßnahmen nieder. Sie fand ihren Niederschlag auch bei der Besetzung von Parlamentsgremien« (ebd.: 43). Dennoch nutzt die AfD-Fraktion das Parlament anders als es die heute etablierten Kräfte tun (Ruhose 2019: 11). Der Fokus der Arbeit liegt auf den Parlamentsdebatten und folgt bestimmten Provokationsmustern. In den Ausschüssen hält sich die Fraktion zurück. Insbesondere die Experten der Gruppe P betonen dies. Experte P3 verweist darauf, dass die AfD-Fraktion eine »erstaunlich unambitionierte Arbeit in den Ausschüssen« (IV P3) leiste. Generell gilt aber auch, dass in der Zeit großer Streitigkeiten und Spannungen in der gesamten Partei, wie sie sich mit Auflösungen von Landtagsfraktionen und Rück- und Austritten regionaler Führungspersonen im Jahr 2020 zugespitzt hat, die Fraktion im Bundestag »wie ein Hort der Stabilität« wirkte (Weiland 2020a). »Zumindest drang an Streit weniger nach draußen als anderswo.« (ebd.). Die Fraktion stellt somit einen Anker für die gesamte Partei dar, der sich dennoch durch heftige und persönlich werdende Diskussionen auszeichnete. Auch wenn die Führung am Ende lediglich ein mit prekärem Rückhalt ausgestattetes politisches Zentrum darstellt und den inhaltlichen Anspruch selbst heruntergefahren hat, so ist die AfD-Fraktion dennoch ein »›Ruhepol‹ im Vergleich zur Gesamtlage der Partei« (ebd.). Ihre Sozialstruktur zeigt, dass die AfD-Fraktion in ihrer Zusammensetzung vor allem durch männliche Akademiker mittleren Alters geprägt ist. Sie ist aber dennoch beeinträchtigt aufgrund des Fehlens von beratendem Sachverstand. Hinzukommt, dass man aufgrund des neuen Aufbauens dieser Fraktion auch immer berücksichtigen muss, dass sich alle gleichrangig fühlen. »(A)llein schon diese Bild was die Fraktion nach außen vermittelt, dass alle überall mitreden. Dass die Wahl eines Pressesprechers über die Gesamtfraktion abgewickelt wird. […] Dieser Basisdemokratische Fundamentalismus, der lähmt da« (IV E5). Konrad Adam urteilt über Alexander Gauland, dass »er (andere) gern prinzipienlos, erträgt, bemäntelt und verteidigt in der von ihm geführten Fraktion aber die tollsten Widersprüche« (2020).

Diese Charakterisierung trifft es aber nicht vollumfänglich. Die

Führung ist sehr wohl ein prekäres strategisches Zentrum mit zunächst breiter Strahlkraft auch in die Partei hinein. Gauland sei »jemand, der immer sagt, meine Autorität funktioniert nur, indem ich sie so wenig wie möglich anwende«, so Experte E5. Der Erfolg hängt also von der großen Integrationskraft Gaulands ab, auf die die meisten Expertinnen und Experten hinweisen, die im Untersuchungszeitraum nachlässt. Gauland und Weidel müssen von Anfang an damit umgehen, dass die Fraktion durch eine »extreme Zersplitterung in Einzelindividualität« (IV E4) geprägt ist. Gauland spricht daher von einem »Gärigen Haufen« und Experte E4 weist daraufhin, dass Alice Weidel klagt, dass man den Abgeordneten gar nichts sagen könnte. »Insofern habe ich immer den Eindruck, dass von ihm jetzt auch so eine straffe Führung gar nicht unbedingt erwartet wird. Also es ist ja eher mehr so diese ausgleichende Kraft irgendwie auch im Hintergrund, würde ich sagen« (IV E1). Diesen Zustand zu erhalten bis zur Bundestagswahl 2021 war daher auch das Ziel der AfD-Fraktionsführung (Weiland 2020a). Streitigkeiten entlang der Auseinandersetzung über den »Flügel« drangen nicht nach außen, wurden von den ausgetretenen Bundestagsabgeordneten allerdings immer als Begründung für ihre Schritte herangezogen. In der Bewertung sind sich die Experten der Gruppe E einig, dass der Flügel im Binnenverhältnis keinen geordneten Einfluss wahrnimmt. Wohl sind »Flügelpositionen, oder Haltungen, Rhetoriken in weiten Teilen der AfD-Bundestagsfraktion verbreitet« (IV E4). Die internen Spannungen, die in regelmäßigen Abständen dennoch nach außen drangen, waren aber immer auch über persönliche Animositäten erklärbar. Zudem durch die ineffektive Abstimmung innerhalb der AfD-Fraktion, wie Experte E4 betont. Dies führt zu einem ambivalenten Fazit über die Wirkung der Führung, denn auch wenn die AfD durch »extreme Zersplitterung in Einzelindividualität« (IV E4) nahezu nicht zu führen ist, konnte insbesondere Gauland »als Klammer« fungieren, wie Experte E1 es formuliert, »der in der AfD die verschiedenen Strömungen zusammenhält« (IV E1). Die Fraktion bleibt daher über die gesamte Wahlperiode hinweg ein strategisches Zentrum in prekärem Zustand.

4. Qualitative und quantitative Auswertung der inhaltlichen Arbeit der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

4.1 Theoretisches Vorgehen und Auswertung

In den folgenden Unterkapiteln sollen zunächst die AfD-Initiativen vorgestellt werden. Dabei werden Kategorisierungen vorgenommen, die der Verfasser aufgrund seiner Beobachtungen der Debatten und Inhalte der Initiativen gewinnen konnte und die den Unterschied von rechtspopulistischer Opposition zu anderen Formen deutlich machen. Zunächst ist die Frage interessant, welche Initiativen die AfD selbst verfolgt. Hier zeigt sich das Selbstbild einer Fraktion. Diese Initiativen sind, so drücken es Hafeneger/Jestädt (2020: 151) aus »ein Kampfinstrument in der politischen Auseinandersetzung«. Dabei stehen Fragen der politischen Motivation und der strategischen Planung der Parlamentsarbeit im Mittelpunkt. Der Schwerpunkt soll auf die inhaltlichen Anträge und Gesetzentwürfe gelegt werden. Andere Untersuchungen heben immer auf die Instrumente Große Anfragen oder Kleine Anfragen ab. Kepplinger (2007) stellt dabei eine Bedeutungszunahme der Kleinen Anfrage im Vergleich zu den Großen Anfragen fest. Letztere spielen auch im Untersuchungszeitraum keine wahrnehmbare Rolle. Allgemein stellen beide Elemente des Parlamentarismus einen Zugang der Opposition zu Informationen sicher. Sie ermöglichen es ihr, ihre Kontrollfunktion auszuüben.

Anträge und Gesetze erlauben es den Fraktionen im Parlament, politische Initiativen deutlich zu machen und zur Diskussion zu stellen. Anträge sind vor allem ein Instrument der Opposition (Ismayr: 2006: 403), um Diskussionen zu erzwingen und Themen zu setzen. Die eigenen Parlamentsinitiativen der AfD – also Gesetzentwürfe und Anträge zur Beratung im Plenum und in den Ausschüssen – sind zu verschiedenen Zeitpunkten der laufenden Wahlperiode eingehenden Untersuchungen (bspw. Butterwegge et

al. 2018; Häusler et al. 2019; Ruhose 2019) unterzogen worden. Hier soll darauf aufgebaut werden. Für die Gesetze und die Anträge wird die qualitative Auswertung in Initiativen aufgeteilt, die den Markenkern der AfD in den Bereichen Ausländerpolitik, Zuwanderung, Innere Sicherheit, Europapolitik und Europäische Union sowie das ›dritte Thema‹ Klimawandel betreffen und Themen, mit denen die AfD sich breiter aufstellen möchte. Die Initiativen werden in ihren unterschiedlichen Formen im Gesamten umfasst und entlang festgelegter Kategorien untersucht. Dabei wird auf die Kategorisierung des Dokumentations- und Informationssystems für Parlamentarische Vorgänge (DIP) von Bundestag und Bundesrat zurückgegriffen. Das DIP sieht die in Tabelle 6 dargestellten Themengebiete vor.

Arbeit und Beschäftigung	Medien, Kommunikation und Informationstechnik
Ausländerpolitik, Zuwanderung	Neue Bundesländer, innerdeutsche Beziehungen
Außenpolitik und internationale Beziehungen	Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben
Außenwirtschaft	Politisches Leben, Parteien
Bildung und Erziehung	Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen
Bundestag	Recht
Energie	Soziale Sicherung
Entwicklungspolitik	Sport, Freizeit und Tourismus
Europapolitik und Europäische Union	Staat und Verwaltung
Gesellschaftspolitik, soziale Gruppen	Umwelt
Gesundheit	Verkehr
Innere Sicherheit	Verteidigung
Kultur	Wirtschaft
Landwirtschaft und Ernährung	Wissenschaft, Forschung und Technologie

Tabelle 6: Themengebiete des DIP

Eigene Darstellung nach DIP

Neben den Kleinen und Großen Anfragen werden die Aktuellen Stunden und die Anträge sowie die Gesetzesinitiativen der AfD-Fraktion ausgewertet. Die Geschäftsordnung des Bundestags sieht drei verschiedene Arten von Anträgen vor: selbstständige Anträge, Entschließungsanträge und Änderungsanträge (Ismayr 2006: 403). In dieser Arbeit werden selbstständige Anträge, Entschließungsanträge und Gesetzesentwürfe der AfD-Fraktion quantitativ nach politischen Bereichen ausgewertet und qualitativ an ausgewählten Initiativen und Debatten dokumentiert. Der Bundestag ist ein Arbeitsparlament, dennoch steht die Debatte im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung und der medialen Wahrnehmung. Wie sich die AfD-Abgeordneten dort verhalten, welche Inhalte sie in ihren Reden platzieren und welche Angriffe gegen oder Angebote an andere Fraktionen formuliert werden, wird ebenfalls in die qualitative Auswertung aufgenommen.

Der Schwerpunkt der Analyse ist deswegen auf Gesetze und

Anträge gelegt, weil es sich bei beiden Formen – gerade aufgrund der Geschäftsordnungsregelungen des Deutschen Bundestags (§ 75 GOBT) – um das ›schärfste Schwert‹ der eigenen Profilierung einer Oppositionsfraktion handelt. Die hier die Untersuchung leitende Hypothese ist, dass es sich bei Vorhaben dieser Kategorien um die für die Fremd- und Selbstwahrnehmung wesentlichsten Punkte der AfD-Fraktion handelt. Nach Hereth ist zu erwarten, daß die Opposition für Initiativen, denen sie zentrale Bedeutung beimißt, auch die effektivsten parlamentarischen Instrumente einsetzt« (1969: 56). Im Anschluss an die statistische Auswertung der Initiativen der AfD-Fraktion wird entlang der ebenfalls dokumentierten namentlichen Abstimmungen bis zum Ende des Jahres 2020 das Abstimmungsverhalten der AfD-Bundestagsfraktion analysiert. Dies erfolgt hinsichtlich des Verhaltens bei eigenen Initiativen und gibt somit Aufschluss über Geschlossenheit und Disziplin der AfD-Fraktion (s. Kapitel 3.4). Gleichzeitig wird deren Abstimmungsverhalten bei Initiativen der Bundesregierung und anderer Fraktionen sichtbar, und es können Schlussfolgerungen gezogen werden.

4.2 Statistische Auswertung

4.2.1 Auswertung der Kleinen und Großen Anfragen

Kleine Anfragen werden von der AfD-Fraktion gezielt genutzt, um in den Medien Berichterstattung auszulösen. Große Anfragen dienen ihr mitunter dazu, öffentliche Debatten zu erzeugen. Nicht zuletzt aufgrund des Wandels der politischen Kommunikation haben Große Anfragen jedoch ihre ›agenda setting‹-Funktion im Bundestag verloren. Das relevantere Instrument für die Oppositionsarbeit ist die Kleine Anfrage geworden. Sie dient der Profilierung einzelner Abgeordneter auf Bundes- oder ihrer Wahlkreisebene, wenn sie fachliche Themen für sich besetzen oder Wahlkreisinformationen nutzbar machen. Fraktionen profitieren von gezielt eingesetzten Kleinen Anfragen, um mediale Resonanz schnell und unabhängig vom Sitzungsturnus zu erzeugen.

Kepplinger (2007: 310) beschreibt die zentralen politischen und publizistischen Funktionen von Kleinen Anfragen in der parlamentarischen Demokratie. In ihrer ursprünglichen Idee ist sie

ein parlamentarisches Instrument zur Informationsgewinnung und Kontrolle. Sie wird schriftlich beantwortet (Ismayr 2006: 338) und ist kein Gegenstand von parlamentarischen Debatten. In der Mediengesellschaft ist sie jedoch ein Instrument, in der Öffentlichkeit auf Themen aufmerksam zu machen oder sich gezielt zu profilieren. In Abbildung 9 sind diese Funktionen noch einmal dargestellt.

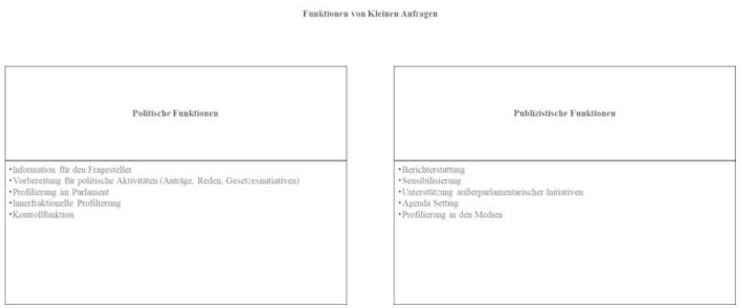


Abbildung 9: Funktionen von Kleinen Anfragen

Eigene Darstellung aufbauend auf Kepplinger (2007: 310)

Der AfD gelang zum Beispiel mit einer Kleinen Anfrage zu Beginn des Jahres 2018 eine starke Provokation (BT-Drs. 19/1444). Darin fragte sie nach der Entwicklung der Menschen mit Behinderungen in Deutschland seit 2012. Experte P4 verweist auf die nachhaltige Wirkung einer solchen Anfrage bei geringem Arbeitseinsatz. Er stellt fest, dass die AfD-Fraktion dies unmittelbar am Anfang ihrer Fraktionsarbeit eingesetzt hat, weil Kleine Anfragen »das einfachste Mittel der Opposition ist, wo man auch gewisse Effekte erzielen kann« (IV P4). In der Wahlperiode hat die AfD 3479 Kleine Anfragen gestellt.[43] Die Fraktion der FDP liegt davor mit 3747, die Linksfraktion dahinter bei 2803 solcher Anfragen. Die Grünen fallen mit 1645 ab. Zunächst stellt dies eine rein quantitative Auswertung dar. Es ist relevant, sich damit auseinanderzusetzen, welche Themen die AfD über die Kleinen Anfragen abfragt.

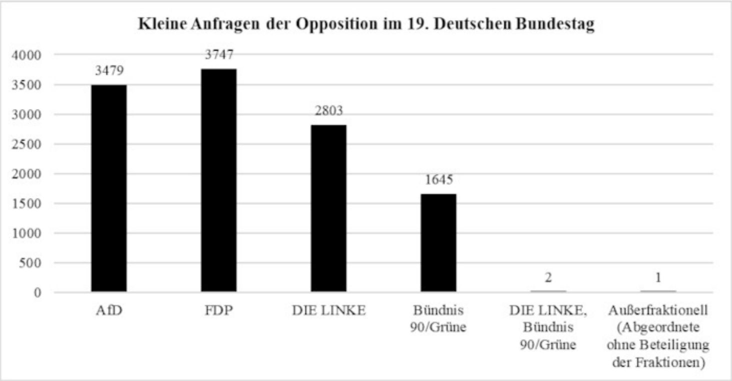


Abbildung 10: Kleine Anfragen der Opposition im 19. Deutschen Bundestag

Eigene Darstellung, nach Deutscher Bundestag 2021a: 1

Die Kleinen Anfragen der AfD sollen quantitativ nach Themenbereichen ausgewertet werden. Wird der Klassifizierung des Parlamentarischen Dokumentationssystems DIP gefolgt, so wird deutlich, dass der Markenkern der AfD den Schwerpunkt bei der inhaltlichen Arbeit der einzelnen Abgeordneten und der Ausübung ihres Fragerechts ausmacht. Dafür wurden die Kleinen Anfragen nach ihrer Kategorisierung in DIP statistisch ausgewertet (mit Stand der Datenbank 18.06.2021, das entspricht somit einer gesamten Zahl von untersuchten Kleinen Anfragen für dies Arbeit von 3220). Bei sachlogisch nicht nachvollziehbarer Zuweisung (bspw. wurde eine Kleine Anfrage hinsichtlich der Sterblichkeit durch Corona dem Feld Wirtschaft zugeordnet) wurde eine Veränderung vorgenommen. Bei fehlenden Zuweisungen im DIP wurden diese dem zugehörigen Politikfeld entlang der Zuständigkeit der Bundesregierung zugerechnet, so zum Beispiel bei einer Reihe von Kleinen Anfragen am Ende des Jahres 2020, die keiner DIP-Kategorie zugeordnet wurden. Zudem wurden Cluster gebildet: So gibt es im Politikfeld Entwicklungspolitik wiederholende Fragen nach der Förderung von Minderheiten in unterschiedlichen Ländern. Dies wurde nicht der Gesellschaftspolitik, sondern der Entwicklungspolitik zugewiesen. Bei übergreifenden Bereichen wie der Kategorie ›Staat und Verwaltung‹ wurde ebenfalls eine Ressortzugehörigkeit vorgenommen, um die politische Intention der Fragesteller auswerten zu können. Beispielsweise wird nach Beamten im

Verfassungsschutz gefragt. Diese Frage wurde dem Bereich Innere Sicherheit zugeordnet genauso wie die Frage zum bundesweiten Warntag im Jahr 2020.

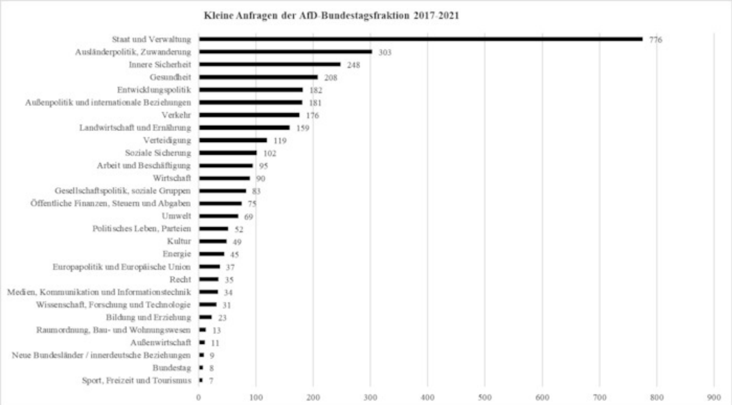


Abbildung 11: Kleine Anfragen der AfD-Bundestagsfraktion 2017–2021

Eigene Darstellung. Kategorisierung erfolgt nach DIP

Quelle: DIP. Stand der Abfrage: 26.06.2021; Auswertung von 3220 Kleinen Anfragen

Aufgrund der Versuche unter anderem des AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz, der Bundesregierung nachzuweisen, dass sie unliebsame Berichterstattung beeinflussen will, ist das Themenfeld Staat und Verwaltung stark nach oben verzerrt. Der Abgeordnete verteidigt die Mehrzahl der über 700 Anfragen in dieser Kategorie, die durch ihn veranlasst wurden. »Also es geht darum zu überprüfen, inwieweit die Bundesregierung und Dienststellen des Bundes Einfluss nehmen auf die Berichterstattung in der Presse, indem nach erfolgter Berichterstattung darum gebeten wird, die Aussagen wieder abzuändern« (Seitz zitiert nach Finthammer 2019). Allerdings erfolgt diese Verzerrung in einem zentralen Kritikfeld der AfD. Es geht um die Rolle der Politik gegenüber den Medien und die vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland. Die AfD-Fraktion nutzt hier auch oft die Möglichkeit der Nachfrage und verweist auf die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung. In einer konkreten Nachfrage zur Korrekturbitte des Bundessortenamts (BT-Drs. 19/30699) heißt es dann exemplarisch[44]:

> »Kleine Anfragen sind ein Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion des Bundestages und Ausfluss des Demokratieprinzips. Aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 GG und Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 GG folgt ein Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung, an dem die einzelnen Abgeordneten und die Fraktionen als Zusammenschlüsse von Abgeordneten nach Maßgabe der Ausgestaltung in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages teilhaben und mit dem grundsätzlich eine Antwortpflicht der Bundesregierung korrespondiert (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 1. Juli 2009 – 2 BvE 5/06).
> Während andere Schriftliche Fragen über Anzahl und Anlass von an Medien gerichteten Korrekturbitten bei objektiv unzutreffender Berichterstattung noch von der Bundesregierung detailliert nach Datum, Behörde, Medium und Anlass beantwortet wurden (Bundestagsdrucksache 19/4421, Fragen 54 und 55), verweigert sich die Bundesregierung nach Ansicht der Fragesteller einer detaillierten Beantwortung gleichgerichteter Fragen seitens der Fragesteller (Bundestagsdrucksache 19/7472).«
> (BT-Drs. 19/30699: 1)

Die Gesamtauswertung der Kleinen Anfrage zeigt ein Bild, das erwartet werden konnte: Die Schwerpunkte liegen im Feld des Markenkerns und betreffen die Migrationspolitik (und im erweiterten Umfeld die Entwicklungspolitik), die Gesellschaftspolitik und aufgrund der Corona-Pandemie die Gesundheitspolitik. Dass im Bereich der Verkehrspolitik eine nennenswerte Anzahl von Fragen gestellt wird, soll als Indikator gewertet werden, dass die Arbeit in den Wahlkreisen an Bedeutung gewinnt. Denn klassischerweise stellen Oppositionsfraktionen in diesem Bereich Fragen zu Maßnahmen oder Umsetzungsständen in den Wahlkreisen, um so die Informationen für die Arbeit vor Ort zu nutzen. Gleiches gilt im Fall der AfD-Fraktion auch für den Bereich der Digitalen Agenda der Bundesregierung. Hier wurde das Instrument der Kleinen Anfrage genutzt, die Vorhaben der Bundesregierung im Bereich der Digitalisierung noch einmal genau aufgeschlüsselt zu erhalten und diese Informationen für die Arbeit der AfD-Fraktion in diesem Bereich nutzbar zu machen. Dies schlägt sich in einer Reihe von

Anträgen nieder. Hier besteht für die inhaltliche Parlamentsarbeit kein Unterschied zu anderen Fraktionen hinsichtlich der Abläufe oder der organisatorischen Vorbereitungen von Parlamentsinitiativen.

Auch das zweite Frageinstrument des Parlaments, die Große Anfrage, bietet Hinweise auf die politischen Schwerpunkte der AfD-Fraktion. In etwas größerem Umfang als die anderen Oppositionsfraktionen nutzt die AfD dieses Instrument. Sie stellte insgesamt 19 Anfragen in der Wahlperiode (Deutscher Bundestag 2021: 1). In der Statistik der parlamentarischen Kontrolltätigkeit wird für die vorherige 18. Wahlperiode eine Gesamtzahl von 15 ermittelt (Deutscher Bundestag 2017a: 1). Damit hat die AfD fast so viele Große Anfragen formuliert wie die damalige Opposition aus Linken und Grünen zusammen.

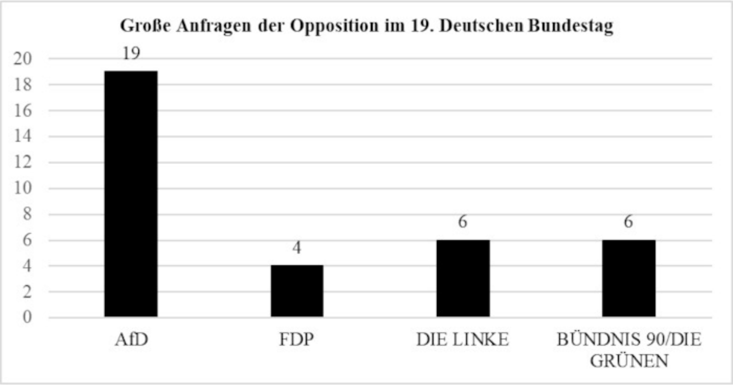


Abbildung 12: Große Anfragen der Opposition im 19. Deutschen Bundestag

Eigene Darstellung, nach Deutscher Bundestag 2021a: 1

Bei der Auswertung werden die Großen Anfragen einer Kategorie nach dem DIP zugeordnet. Diese Zuordnung erfolgt im Vergleich mit der durch die Verwaltung vorgenommenen und über das DIP abrufbaren Kategorisierung der jeweiligen Initiative. Da sich diese mehreren Kategorien zuordnen lassen, wird entsprechend einer Plausibilisierung eine Zuordnung vorgenommen: Initiativen, die mit der Thematik ›Ausländerpolitik, Zuwanderung‹, ›Europapolitik und Europäische Union‹ oder ›Umwelt‹ in Verbindung gebracht werden und überwiegend inhaltlich oder durch die Beantwortung durch ein für diese Bereiche zuständiges Ministerium

gekennzeichnet sind, werden dessen Bereich zugeordnet.[45]

Titel	Kategorisierung nach DIP
Rückführungswesen in Deutschland	Ausländerpolitik, Zuwanderung
Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe in Museen und Sammlungen	Kultur
[illegible] Hetzjagden in Chemnitz am 26. August 2018	Ausländerpolitik, Zuwanderung
Der Masterplan des Bundesinnenministers Seehofer und die Maßnahmen zur Abwehr illegaler Einwanderung nach dem Kompromisspapier zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Bundesinnenminister Seehofer vom 1. Juli 2018	Ausländerpolitik, Zuwanderung
[illegible]-Besteuerung und -Entwertung von Bargeld	Wirtschaft
[illegible] Völkermord an den Armeniern	Außenpolitik und internationale Beziehungen
Ergebnisse der deutschen Aufbau- und Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan 2002 bis 2018	Entwicklungspolitik
Die fiskalischen Lasten der Zuwanderung	Ausländerpolitik, Zuwanderung
Externe Qualitätskontrolle der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	Entwicklungspolitik
Umsetzungsstand der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) und weitere Digitalisierung im Gesundheitsbereich	Gesundheit
[illegible] des Solidaritätszuschlages	[illegible]**
[illegible] in Deutschland	Landwirtschaft und Ernährung*
Schutz vor multiresistenten und nosokomialen Keimen	Gesundheit
Das Arbeitsprogramm des Forschungsinstituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt	Gesellschaftspolitik, soziale Gruppen
Anschlag auf Kunstwerke und Antiken in Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz	[illegible]
Migrations- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung im Lichte der Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen The Scaling Fences: Voices of Irregular African Migrants to Europe	Ausländerpolitik, Zuwanderung**
Unterstützungsmaßnahmen für die deutsche Musikindustrie im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie	Wirtschaft
[illegible] Meinungsfreiheit im Internet	Politisches Leben, Parteien
Wissenschaftsfreiheit schützen – Politischen Druck auf Forschungsinstitute verhindern	Wissenschaft, Forschung und Technologie
Kurswechsel in der Coronapolitik – Alternative Lösungen statt Lockdown	Gesundheit

Tabelle 7: Große Anfragen der AfD-Fraktion 2017–2021 (chronologisch)

** Zuordnung erfolgt aufgrund der Beantwortung der zuständigen Ministerien*

*** Zuordnung erfolgt aufgrund des inhaltlichen Schwerpunkts der Anfrage*

Eigene Darstellung nach DIP

Bei den Großen Anfragen geht es für die AfD um Informationsgewinnung. Den meisten Anfragen lassen sich im Zeitablauf inhaltliche Initiativen in Form von Anträgen oder Gesetzen zuordnen. Gleichzeitig gibt es gezielt gestellte Anfragen wie zu den Vorkommnissen in Chemnitz oder zum neu gegründeten Forschungsinstitut für gesellschaftlichen Zusammenhalt, um mögliche problematische Aussagen der Bundesregierung in geeigneter Form in den unterschiedlichen politischen Arenen zu thematisieren.

Diese Auswertung zum Frageverhalten zeigt, dass die AfD ähnliche Themen verfolgt wie bei ihren parlamentarischen Initiativen. Deswegen stellen Hafeneger/Jestädt zutreffend – am Beispiel der AfD-Fraktion im hessischen Landtag – fest, dass es in beiden Kategorien »Schwerpunkte und ideologische Zentren gibt« (2019: 21). Da bei Letzteren allerdings ein eigenes programmatisches Profil des fragenden Abgeordneten erkennbar ist – Hafeneger/Jestädt sprechen davon, »dass ein breites

Themenspektrum aufgegriffen wird« (2019: 21) –, scheint dem Verfasser dieser Arbeit die Beschäftigung mit den Anträgen und Gesetzen vielversprechender als die Betrachtung des Frageverhaltens. Dennoch gibt dieses Verhalten einen Hinweis auf das Interesse der in der Fraktion zusammengeschlossenen Abgeordneten und kann somit als signifikanter Indikator für die ideologische Klammer der AfD-Fraktion herangezogen werden.

4.2.2Aktuelle Stunden

Aktuelle Stunden ermöglichen es den Fraktionen, »rasch aktuelle Themen aufgreifen und darüber eine politische Debatte mit Kurzbeiträgen führen zu können« (Ismayr 2006: 346). Oppositionsfraktionen haben ein großes Interesse an dieser Geschäftsordnungsmöglichkeit, Debatten auf die Tagesordnung des Bundestags zu setzen. Dabei wird auf Anträge oder Entscheidungen verzichtet, sodass die Fraktionen spontan im Ältestenrat oder auf Antrag entsprechende Debatten setzen können. Da die AfD gezielt die Debatteninhalte tagesaktuell wählt, ist eine statistische Auswertung der Kategorien von Interesse, um strategische Überlegungen der Fraktion und ihrer Führung in der 19. Wahlperiode nachzuvollziehen. In der Auswertung dominieren daher die Profilierungsthemen aus dem Bereich der Ausländerpolitik, Zuwanderung und der Verkehrspolitik; bei Letzterem vor allem das Thema Dieselfahrverbote, dessen Bedeutung für die AfD sowohl Experte P2 als auch Experte E4 unterstreichen.

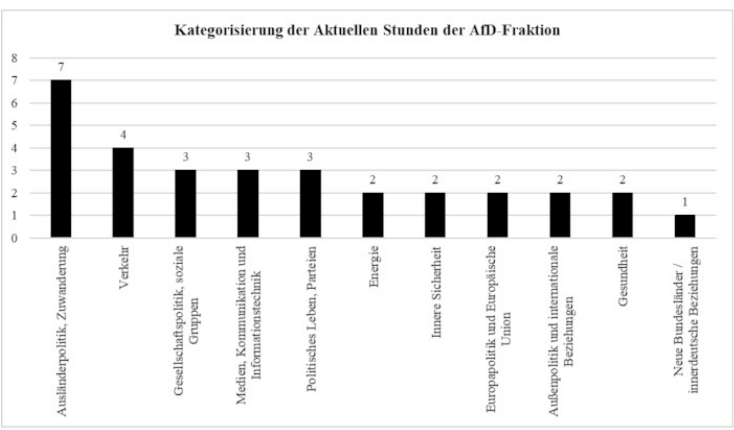


Abbildung 13: Kategorisierung der Aktuellen Stunden der AfD-Fraktion

Eigene Darstellung nach DIP. Stand der Datenbank: 26.06.2021

4.2.3 Anträge und Gesetze

Die AfD-Fraktion im Bundestag brauchte bis Anfang 2019, um sich inhaltlich und organisatorisch so aufzustellen, dass sie inhaltliche Anträge in nennenswerter Anzahl und mit steigender Qualität formulieren konnte. Dieser Vorgang ist eingängig zu erklären, da es Zeit benötigt, eine Fraktion zum Arbeiten zu bringen, wie Experte P4 verdeutlicht. Zeigte die von der Bundestagsverwaltung geführte Statistik der parlamentarischen Initiativen zum 2. Januar 2019 noch 75 selbstständige Anträge, so war deren Anzahl am 30. Oktober 2019 schon auf 182 angewachsen. Am Ende der 19. Wahlperiode verzeichnete die Statistik 643 selbstständige Anträge und 77 Gesetzesentwürfe, die eingereicht wurden. Dabei ergibt die Beobachtung der Arbeit der Fraktion im inhaltlichen Bereich, dass besonders ab Januar 2019 die Qualität der Anträge der AfD-Fraktion zunimmt. Alice Weidel rühmt in ihrer Rede vor dem umstrittenen Institut für Staatspolitik die Bundestagsfraktion für die neue Qualität seit dem Jahresbeginn 2019 (Weidel 2019b).

Im Jahr 2017 brachte die AfD den Großteil der elf mit allen Fraktionen gemeinsam einzureichenden Anträge zur Organisation des Bundestags ein. Dies ist keine Besonderheit, sondern zeigt, dass auch mit der AfD-Fraktion im Bundestag die Praxis zunächst aufrechterhalten wurde, organisatorische Vorlagen gemeinsam einzubringen und zu verabschieden. Dazu gehörte auch das »Gesetz zur Aussetzung des Anpassungsverfahrens gemäß § 11 Absatz 4 des Abgeordnetengesetzes für das Jahr 2020 sowie zur Änderung des Abgeordnetengesetzes« (BT-Drs. 19/18701), durch das die Erhöhung der Abgeordnetendiäten aufgrund der Corona-Pandemie ausgesetzt wurde.

In der folgenden Grafik werden die selbstständigen Anträge und Gesetze der AfD-Fraktion im Zeitablauf ihrer Einbringung dargestellt.[46] Dies unterstreicht auf einen Blick die These einer Professionalisierung im Zeitablauf.

»Mein Eindruck ist, dass man ab 2018 sehen konnte, dass

die AfD, was jetzt das Mittel der Anträge, Gesetzentwürfe angeht, sehr, sehr stark nachgelegt hat, dass sie sehr viel stärker eigene Positionen versucht hat auch in Form von Anträgen in den Bundestag einzubringen. Also am Anfang haben die sehr stark mit kleinen Anfragen gearbeitet, was das einfachste Mittel der Opposition ist, wo man auch gewisse Effekte erzielen kann. Jetzt sind sie aber relativ stark, auch die Positionen, die sie haben, sei es programmatisch Positionen, sei es Positionen zu aktuellen politischen Entwicklungen, in Antragsform zu gießen und das auch in den Bundestag einzubringen. Also diese Professionalisierung ist schon auffällig und ich finde, man sieht, dass die Fraktion ungefähr ein Jahr, wenn nicht sogar etwas länger gebraucht hat, bis sie vollständig arbeitsfähig war, was die Frage von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeht, was man ja auch daran sehen kann, weil die natürlich die meisten parlamentarischen Initiativen erarbeiten müssen, dass sie dann eigentlich erst so richtig losgelegt hat« (IV P4).

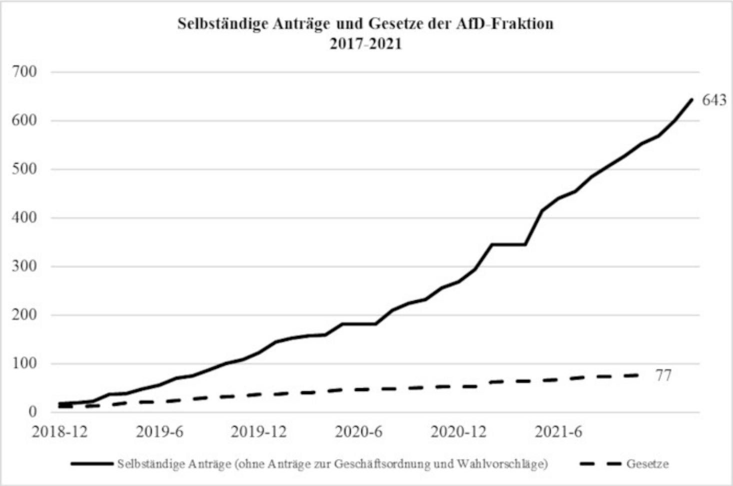


Abbildung 14: Selbstständige Anträge und Gesetze der AfD-Fraktion 2017–2021

** Endwerte ergänzt nach Deutscher Bundestag 2021a: 1-2*

Eigene Darstellung nach Statistik der Parlamentarischen Initiativen – 19. Wahlperiode; monatliche Abfrage.

Stand der Datenbank: 18.06.2021

Die Form der Anträge, die die Fraktionen im Bundestag stellen können, unterteilt sich in zwei Kategorien: Es gibt die selbstständigen Anträge, die eigenständig auf der Tagesordnung des Bundestags aufgeführt und beraten werden. Daneben gibt es Entschließungsanträge. Diese begleiten oftmals ein Gesetzesvorhaben und betonen noch einmal einen besonderen Aspekt, den das Parlament besonders unterstreichen soll oder der besonders kritikwürdig erscheint. Dabei sind auch generelle Bewertungen möglich. Sie werden stets mit dem Tagesordnungspunkt mitberaten, zu dem sie eingebracht werden. Im Generellen werden parlamentarische Initiativen – Anträge oder Gesetze – in den Arbeitsgruppen der Fraktionen entwickelt und anschließend von den Fraktionen intern diskutiert und angenommen. Danach werden sie auf die Tagesordnung des Bundestags gesetzt. »Insgesamt gesehen sind Anträge und auch Entschließungsanträge insbesondere für die Oppositionsfraktionen ein wichtiges Mittel, um alternative Konzepte und Handlungsprogramme zu unterbreiten und die Regierungsmehrheit zu veranlassen, sich nicht nur in der Debatte damit auseinanderzusetzen, sondern auch durch ihr Abstimmungsverhalten öffentlich Farbe zu bekennen« (Ismayr 2006: 406).

Generell zeigt sich bei den Anträgen und den Gesetzen, dass die AfD-Fraktion ihrer eigenen Markenkernanalyse aus dem Strategiepapier des Jahres 2017 folgt. In einer ersten Auswertung der Arbeit der AfD im Bund wurde zu Beginn der 19. Wahlperiode vermutet, dass sie ihren Markenkern stärkt, die Provokation sucht und sich als ›Anwältin‹ der Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu profilieren versucht (Ruhose 2018b: 3). Aufgrund der Analyse der Themengebiete durch das DIP-System kann hier ebenfalls eine Strukturierung für die gesamte Wahlperiode vorgenommen werden, die sich mit diesen Beobachtungen aus der Anfangsphase deckt.

Für diese Auswertung wurden alle Parlamentsanträge und alle Gesetzentwürfe mit ihren jeweiligen Drucksachen-Nummern und dem Veröffentlichungsdatum erfasst und in getrennte Tabellen exportiert. Hier setzt auch die qualitative Inhaltsanalyse der Anträge an, um Antworten auf die Forschungsfragen zu finden (Mayring 2015: 25). Es wurde dafür zunächst auf der Basis des DIP eine Verschlagwortung der Anträge entlang der

Kategorisierung des Deutschen Bundestags vorgenommen. Diese sieht bis zu vier Kategorien vor, denen ein Antrag zugeordnet werden kann. Jeder Initiative wird aufgrund der Inhalte genau eine Kategorie federführend zugerechnet. Durch die eigenständige Erfassung auf Basis der DIP-Kategorisierung wird so verhindert, dass verbundene Initiativen unterschiedlichen Kategorien zugeordnet werden.

In der folgenden Grafik sind die Ergebnisse der thematischen Auswertung der Anträge, der Gesetzesentwürfe und der Entschließungsanträge der AfD-Fraktion mithilfe der Kategorien des DIP-Informationssystems dargestellt. Da sich die Entschließungsanträge thematisch oftmals auf die Haushaltsgesetzgebung beziehen, werden die dort vorgestellten Initiativen der AfD vor allem in dem entsprechenden Kapitel dieser Arbeit mit berücksichtigt.

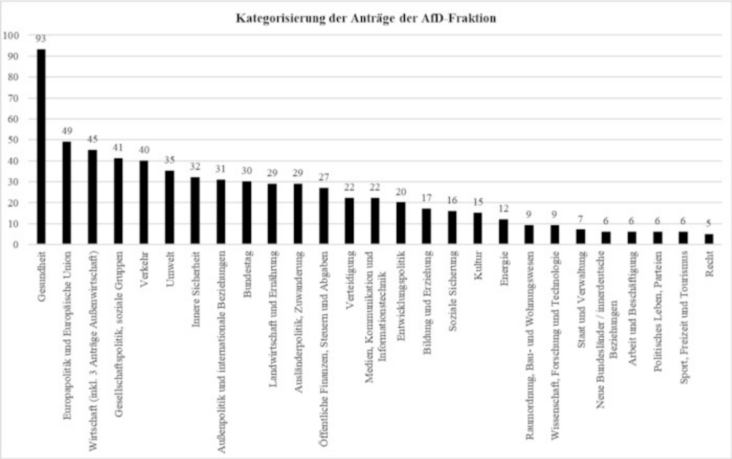


Abbildung 15: Kategorisierung der Anträge der AfD-Fraktion 2017–2021

Eigene Darstellung nach DIP; 659 Anträge ausgewertet.[47] Stand der Datenbank: 26.06.2021

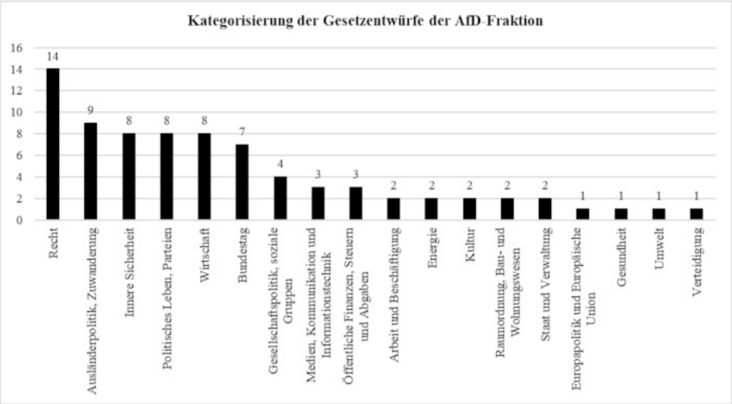


Abbildung 16: Kategorisierung der Gesetzentwürfe der AfD-Fraktion 2017–2021

In der Kategorie Bundestag ist das gemeinsame Gesetz der AfD-Fraktion mit den anderen Fraktionen zur Aussetzung der Diätenerhöhung 2020 mitberücksichtigt (BT-Drs. 19/18701).

Eigene Darstellung nach DIP. Stand der Datenbank: 26.06.2021

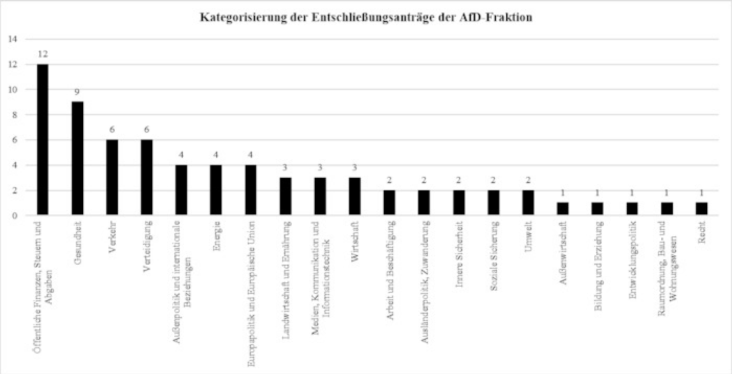


Abbildung 17: Kategorisierung der Entschließungsanträge der AfD-Fraktion 2017–2021

Eigene Darstellung nach DIP. Stand der Datenbank: 26.06.2021

Die thematische Reihenfolge bei den Anträgen zeigt, dass sich die AfD im Laufe der Wahlperiode wesentlich breiter in ihrer Parlamentsarbeit aufgestellt hat. In der Qualität zeigt sich, dass sie nach anfänglich eher kurz gehaltenen Anträgen am Ende der Wahlperiode tiefgehende und im Sinne ihrer politischen Ideologie gut begründet Texte einreichte. Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung mit der Linie der Bundesregierung zur

Wissenschaftskommunikation und dem Vorwurf, dass hier Wissenschaft in gesellschaftliche Debatten hineingezogen werden soll (BT-Drs. 19/19524).

Bei den Gesetzen ergibt sich ein erwartetes Bild: Die Migrations- und Integrationsfragen stehen ganz vorn – neben den allgemeinen rechtlichen Regelungen, die im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums angesiedelt sind. Über die Gesetzgebung hat die AfD-Fraktion ihr Profilierungsthema ›Direkte Demokratie‹ verfolgt. An den Elementen der populistischen Demokratiekonzeption orientierte Initiativen finden sich in den Bereichen ›Politisches Leben, Parteien‹ und ›Bundestag‹ der DIP-Kategorisierung. Die Kategorie ›Bundestag‹ ist zudem von Interesse, da dort diejenigen Anträge subsumiert sind, die sich mit der Arbeitsweise des Parlaments befassen.

Neben der Europapolitik hat die AfD-Fraktion über ihre Anträge versucht, ein gesundheitspolitisches Profil bereits vor Corona mit einer sozialpolitisch orientierten Forderungsstruktur aufzubauen. Die Anträge im Bereich ›Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben‹ sind ebenfalls relevant genauso wie diejenigen der Kategorie ›Landwirtschaft und Ernährung‹. Die ›reine‹ Wirtschaftspolitik kann zahlenmäßig zunächst nicht als Schwerpunkt angesehen werden. Dies – so zeigt sich – hat ihren Grund in ideologischen Differenzen innerhalb der Fraktion. Allerdings sind aufgrund der Positionierungen der AfD in den Bereichen Energiewende, Antriebstechnologien und Strukturwandel in Ostdeutschland die Bereiche Umwelt, Energie und Verkehr überwiegend wirtschaftspolitisch besetzt. Generell lässt sich schon aufgrund der statistischen Auswertungen der Anträge und der Gesetze festhalten, dass die AfD-Fraktion nicht als ›Ein-Themen-Fraktion‹ bezeichnet werden kann, obwohl sich diese Wahrnehmung in der öffentlichen Meinung festgesetzt hat.

4.2.4 Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion

Bei den zentralen oder besonders umstrittenen Entscheidungen votiert der Bundestag in Form namentlicher Abstimmungen. Dabei kann sowohl über Gesetze als auch über Anträge der Fraktionen abgestimmt werden.[48] Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen sind die entscheidendste Datenquelle für die Frage, wie sich die einzelnen Abgeordneten, aber auch die

Fraktionen im Gesamten verhalten haben. Hierbei zeigen sich deutlich die politischen Positionen, jedoch auch die Frage nach der Geschlossenheit der Fraktionen und nach der Organisationsfähigkeit der Fraktionsführung im Hinblick auf die Anwesenheit der MdBs. Für die wissenschaftliche Untersuchung des Abstimmungsverhaltens der AfD-Fraktion wird ebenfalls auf die vorhandenen Daten über die namentlichen Abstimmungen zurückgegriffen, weil diese zwar eine »Ausnahmeerscheinung« im Parlamentsablauf darstellen, sie aber einen »direkten Einblick in das Verhalten von einzelnen Abgeordneten und Fraktionen erlauben« (Bergmann et al. 2016: 26). Die Daten des Deutschen Bundestags über die über 200 namentlichen Abstimmungen in der 19. Wahlperiode werden nach dem Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion ausgewertet.

Bei der ersten namentlichen Abstimmung in der 19. Wahlperiode geht es direkt um die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Mittelmeer (BT-Drs. 19/22). Hier zeigt sich die AfD als Oppositionsfraktion, die staatspolitisch verantwortlich handeln möchte. Sie signalisiert unmittelbar zu Beginn der Wahlperiode, auch bereit zu sein, Verantwortung zu übernehmen. Dennoch formuliert der Abgeordnete Jan Nolte die grundsätzliche Linie der AfD-Fraktion, die sich bei den Abstimmungen zu den verschiedenen Auslandseinsätzen der Bundeswehr durchzieht: »Bei aller Hilfsbereitschaft anderen Staaten gegenüber sind wir doch zuerst Deutschland verpflichtet. Wir stimmen heute zu, erwarten aber, dass in Zukunft die Prioritäten richtig gesetzt und solide Einsatzgrundlagen geschaffen werden« (PlPr. 19/4: 209).

Die Ablehnungen der Mandate für Mali, den Irak, für die Einsätze in Afghanistan, in Darfur, im Kosovo oder im Libanon werden daher immer wieder – meist durch Redner, die selbst einen militärischen Hintergrund haben – in der Form begründet, wie es Peter Felser in der Diskussion um die Verlängerung des Mandats ›Counter Daesh‹, also den Kampf gegen den IS (BT-Drs. 19/23) formuliert:

> »Als Offizier und politisch interessierter Bürger frage ich mich schon lange: Wo ist eigentlich die außenpolitische und sicherheitspolitische Strategie dahinter? Fast sieht es so aus, als wären wir auch in diesen Einsatz hineingestolpert, ohne richtig darauf vorbereitet zu sein. Wissen wir eigentlich, auf was wir uns dort eingelassen haben? […] In

> meinen Augen ist das pure Verantwortungslosigkeit vonseiten der Bundesregierung gegenüber den Leben unserer Soldaten« (PlPr. 19/4: 220).

Im Bereich der Sicherheitspolitik signalisierte die AfD somit, dass sie – beim Vorliegen guter Argumente oder einem aus ihrer Sicht großen Nutzen für Deutschland – den Einsätzen zustimmt. Stehen hingegen andere sicherheitspolitische Interessen oder Bündnisverpflichtungen im Vordergrund, lehnt sie den Einsatz mit Verweis auf den Schutz der Soldaten, den maroden Zustand der Bundeswehr-Technik sowie fehlendes deutsches Interesse geschlossen ab. Beim Südsudan-Einsatz stimmte die AfD 2018 dagegen und 2019 dafür. Darfur unterstützt die AfD-Fraktion. Die Somalia-Einsätze werden teilweise, in dem Bereich, der die humanitären Hilfslieferungen vor Piraterie schützt, bei den Verlängerungen unterstützt. Entscheidend für die Begründung ihrer Migrationspolitik ist die einheitliche Ablehnung des Einsatzes in Syrien. Die anderslautende Bewertung der Lage in dem Land ist wesentliche Grundlage für ihre Initiativen zur schnellen Rückführung der Flüchtlinge, die 2015/2016 nach Deutschland gekommen sind. Bei den Abstimmungen ist erkennbar, dass sich die AfD-Fraktion in der Ablehnung jedes Mal geschlossen zeigt. Bei den zustimmenden Voten der Fraktion weicht in steter Regelmäßigkeit eine Gruppe von AfD-Abgeordneten ab und stimmt gegen die jeweilige Verlängerung.

Die AfD-Fraktion verabredete zudem die Linie, bei unkritischen – da unstrittigen – Gesetzen auch für Entwürfe der Bundesregierung bzw. der sie tragende Fraktionen von CDU/CSU und SPD zu stimmen.

- Bei der Reform des Tierschutzgesetzes (BT-Drs. 19/5522 und BT-Drs. 19/6000) Ende des Jahres 2018 stimmten 65 Abgeordnete der AfD für das Gesetz.
- Bei der Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BT-Drs. 19/6335; 19/6929 und 19/8257) stimmten 85 MdBs der AfD-Fraktion für das Gesetz.
- Der Änderung des Marktorganisationsgesetzes (19/7836 und 19/8350) gaben 80 AfD-Abgeordneten ihre Ja-Stimme.
- Sie enthält sich bei der Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BT-Drs. 19/8749 und 19/10249).

- 79 AfD-Abgeordnete stimmen für das Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch (BT-Drs. 19/8691; 19/9768 und 19/10683).

Die jeweilige Differenz zur Gesamtstärke der AfD-Fraktion ist durch Enthaltungen oder Abwesenheiten begründet. Dennoch kann nicht von generell zu beobachtendem »differenzierte[m] Abstimmungsverhalten« der Opposition gesprochen werden, wie Ismayr (2006: 279) die Tatsache beschreibt, dass durchaus Unterstützung aus der Opposition für Gesetzesvorhaben der Regierung oder der sie tragenden Fraktionen erfolgt.[49] Hier sind in der Regel »[u]nterschiedliche Abstimmungsvarianten […] zu beobachten« (Ismayr 2006: 280). Die Opposition stimmt häufig dann zu, wenn aus ihrer Sicht ein »›Schritt in die richtige Richtung‹« (Ismayr 2006: 280) erfolgt. Diese Argumentation führte die AfD-Fraktion für ihre Unterstützung des »Gesetzes zur Einstufung Georgiens, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten« (BT-Drs. 19/5314 und 19/6538) an. Hier zeigte sie, dass sie ›wirkt‹ (vgl. allgemein dazu Butterwegge 2018). Beim Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (BT-Drs. 19/10047; 19/10506 und 19/10706) sind immerhin 27 Abgeordnete der AfD-Fraktion der Meinung, dass die Richtung stimmt. Dieses Maßnahmenpaket hat in den Bereichen der Abschiebung erhebliche Verschärfungen geregelt (Wiegel 2019c).

Die AfD nutzte namentliche Abstimmungen auch dazu, sich mit großer Geschlossenheit als Gegensatz zur politischen Elite zu positionieren – so bei der Abstimmung über das Verfahren zur Diätenerhöhung zu Beginn der 19. Wahlperiode. Dabei geht es laut Stefan Keuter um Selbstbedienungsmentalität und dass die Abgeordneten den Kontakt zur Lebenswirklichkeit der Menschen verloren hätten.

> »Deswegen ermahnen wir Sie: Gehen Sie verantwortungsvoll mit diesen Steuergeldern um! Unterdrücken Sie keine Diskussionen um die Abgeordnetenentschädigung! Der hier vorgeschlagene Automatismus– und das ohne Aussprache– ist unserer Meinung nach schlicht eine Frechheit« (PlPr. 19/5: 367).

Diese Linie führt auch dazu, dass sie die überfraktionell verabredeten Änderungen des Grundgesetzes zur Umsetzung des

Digitalpakts (BT-Drs. 19/3440 und 19/6144; 19/6612 und 19/7940) als einzige Fraktion im Bundestag ablehnte.

In der letzten Sitzungswoche des Bundestags stellte die AfD-Fraktion ihren Antrag »Keine Verwendung der sogenannten gendergerechten Sprache durch die Bundesregierung« (BT-Drs. 19/30964) zur Abstimmung. Auch hier signalisierte sie mit diesem Schritt, dass sie die einzige ›wahre‹ Oppositionskraft im Bundestag sei. Kamann (2021 f: 4) hält gleichzeitig fest, dass sie durch die Formulierung von ähnlichen Positionen in der Debatte CDU/CSU und FDP in Argumentationsprobleme gebracht hat. Hier sind zwei Vorgänge signifikant: Zum einen stellt sich die AfD bewusst gegen ›den Rest‹ und erzeugt so das ›Wir gegen Die‹-Gefühl, das in ihrer Oppositionsstrategie eine wesentliche Rolle einnimmt. Zum anderen ist dies aber auch Ergebnis der Strategie der anderen Fraktionen, inhaltliche Vorhaben nicht mit der AfD-Fraktion zu besprechen. Gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen lehnte sie die jeweiligen Haushaltsgesetze der Bundesregierung ab.

Namentliche Abstimmungen sind ein »Druckmittel« (Ismayr 2006: 406). Hier kann die Opposition Regierung und Oppositionskonkurrenz – die für die rechtspopulistische Opposition ebenfalls relevant ist – bei eigenen Initiativen nicht nur in die Diskussion zwingen, sondern dafür sorgen, dass sie »auch durch ihr Abstimmungsverhalten öffentlich Farbe« bekennen müssen (Ismayr 2006: 406). In der gesamten Wahlperiode erhält die AfD-Fraktion für ihre Gesetzesvorhaben oder Anträge keine Unterstützung durch andere Fraktionen im Parlament. So kann sie provozierende Anträge wie die Ablehnung des Globalen Migrationspakts (BT-Drs. 19/6061) oder die Ächtung der Antifa (19/13521 und 19/17197) zur Abstimmung bringen und signalisieren, dass nur sie diese Positionen im Bundestag einnimmt.

Sie nutzt dieses Instrument bei den Themen, die sie als bedeutsam für ihr Erscheinungsbild sieht. Neben den beiden genannten Beispielen verfährt sie so im Bereich

- der Ablehnung von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge aufgrund der Stickoxidbelastungen (BT-Drs. 19/6060 und 19/7771),
- ihrer Politik für Ostdeutschland, die sie durch ihren Änderungsantrag zum Stasi-Unterlagen-Gesetz (BT-Drs. 19/13586) zum Ausdruck gebracht hat,

- der Steuer- und Finanzpolitik für die Abschaffung des »Solis« (BT-Drs. 19/4898 und 19/15152),
- der Russlandpolitik, wo sie die Nähe zur russischen Regierung sucht (BT-Drs. 19/7427 und 19/11185),
- der Umweltpolitik im Laufe der Haushaltsberatungen für 2020 (BT-Drs. 19/11800; 19/11802; 19/13915; 19/13924; 19/13925 und 19/13926),
- der Unterstützung Israels durch die Verurteilung von BDS (BT-Drs. 19/9757) und der Forderung eines Verbots der Hisbollah (BT-Drs. 19/10624 und 19/16145),
- der Flüchtlingspolitik, bei der sie ihren zentralen Antrag zu deren finanziellen Kosten aus dem Frühjahr 2020 zur Abstimmung stellte (BT-Drs. 19/16488 und 19/23183),
- der Corona-Politik hinsichtlich der zentralen Forderung nach Aufhebung der epidemischen Lage nationaler Tragweite (BT-Drs. 19/18967 und 19/19216) und auch
- beim für die AfD zentralen Thema des Verbots der Antifa (»Antiextremistischer Grundkonsens in Politik und Gesellschaft - Rechtsstaat und Demokratie schützen - Antifa ächten« (BT-Drs. 19/13521)). Auch über den Antrag »Verein Indymedia verbieten« (BT-Drs. 19/20682) bzw. die dazugehörige Ausschussempfehlung (BT-Drs. 19/24123) ließ sie namentlich abstimmen.

Sie weiß um die Erfolglosigkeit der Abstimmung. Auch bei den normalen Abstimmungen erhält keine Initiative der AfD über die Wahlperiode hinweg die Zustimmung einer anderen Fraktion. Aber darum geht es in diesem Fall auch: ein klares Signal der Ablehnung durch »die Anderen« und ihre klare Positionierung als System-Opposition (Gauland 2018b und Gauland 2019b). Dass die AfD-Fraktion im Bundestag bis zum Ende der Wahlperiode eine besondere Funktion einnimmt, zeigt sich auch bei der Abstimmung über die Ermöglichung europäischer Verschuldung durch das Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz (BT-Drs. BT-Drs. 19/26821 und 19/27901). Obwohl hier eine lang umkämpfte Debatte über die EU zu einem vorläufigen Ende kommt, ist die AfD-Fraktion die einzige Fraktion, die geschlossen gegen das Vorhaben stimmt. Die anderen Oppositionsfraktionen enthalten sich oder stimmen sogar zu.

Bei der Ablehnung der Corona-Politik zeigt sich im Übrigen deutlich die Geschlossenheit der Fraktion. An der Abstimmung

über das Infektionsschutzgesetz im November 2020 beteiligten sich 83 Abgeordnete der AfD – und sind einstimmig gegen die Veränderungen. Zum Vergleich: Beim Haushalt 2021 stimmte ein Viertel der AfD-Fraktion nicht mit ab, da es nicht anwesend war – 22 von 88 Abgeordneten der Fraktion fehlten.

Das Abstimmungsverhalten in der namentlichen Abstimmung kann auch signalisieren, dass andere Oppositionsfraktionen unterstützt werden. Die AfD-Fraktion zeigt deutlich, dass sie in diesem Fall die Nähe zur FDP-Fraktion sucht. Hier kommt es im Laufe des Jahres 2018 zu einem Umdenken. Lehnt die AfD anfangs alle anderen Oppositionsinitiativen ab, schwenkt sie im Zeitablauf auf die Linie um, die FDP zu unterstützen, sobald eine inhaltliche Nähe erkennbar ist. Diese Fraktion ist somit die einzige Oppositionsfraktion, die in regelmäßigen Abständen von der AfD-Fraktion Unterstützung erfährt. So befürwortet sie die Bestrebungen der FDP, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen (BT-Drs. 19/1038; 19/6406 und 19/6440). Ein weiteres einendes Thema ist der Umgang mit der steigenden Wolf-Population insbesondere in Ostdeutschland (BT-Drs. 19/584 und 19/3034 sowie 19/10792 und 19/16147). Gerade in der Migrationspolitik ist die AfD-Fraktion an der Seite der FDP bei der Einstufung einiger Länder als sichere Herkunftsstaaten (BT-Drs. 19/957 und 19/4979 sowie BT-Drs. 19/5314; 19/6538 und 19/7065). Im Bereich der Asylpolitik (BT-Drs. 19/957 und 19/4979) unterstützt sie die FDP-Initiativen mit großer Geschlossenheit.

Aber auch bei Änderungsvorschlägen der FDP an Gesetzen der Bundesregierung oder der sie tragenden Fraktionen zum Beispiel beim Familienentlastungsgesetz (BT-Drs. 19/4723; 19/5583 und 19/5607), beim Gesetz zur Vermeidung von Umsatzausfällen beim Handel mit Waren im Internet (BT-Drs. 19/4455; 19/4858; 19/5595 und 19/5612), in der Landwirtschaftspolitik (BT-Drs. 19/14343) und bei der Elektromobilität (BT-Drs. 19/14883) ist die Unterstützung jeweils geschlossen vorhanden. Im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik wird das eher (neo-)liberale Profil der AfD-Fraktion deutlich, wenn sie die Initiativen der FDP für Reformen der Unternehmensbesteuerung (BT-Drs. 19/7898 und 19/14304) befürwortet. Dieses Verhalten der AfD hat die FDP in eine Situation gebracht, sich intensiv mit der Wirkung der dauerhaften Unterstützung durch die rechtspopulistische Oppositionsfraktion auseinanderzusetzen. Die AfD-Fraktion

signalisiert durch ihre Unterstützung für Initiativen der FDP-Fraktion in für sie heiklen Politikbereichen, dass sie auf der Basis bestimmter Werte der Bundesrepublik stehen würde, auch wenn ihr dies in der Öffentlichkeit mitunter nicht abgenommen wird. So stimmt sie bei nur drei Enthaltungen für die FDP-Initiative, dass die Bundesregierung ihr »Abstimmungsverhalten in Bezug auf Israel bei den Vereinten Nationen neu ausrichten« soll (BT-Drs. 19/7560).

Das Instrument der namentlichen Abstimmung kann auch genutzt werden, die Beschlussfähigkeit des Bundestags festzustellen. Die AfD-Fraktion hat im Nachgang zu den Abstimmungsniederlagen bei der Wahl eines Bundestagsvizepräsidenten die Form des Hammelsprungs mehrfach genutzt, um ›Revanche‹ zu üben, wie Alexander Gauland es ausgedrückt hat.[50] Diese ›geplatzten‹ namentlichen Abstimmungen sind in der statistischen Auswertung nicht enthalten. Der 1. PGF der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, verweist in einer Bundestagsdebatte zu Störaktionen der AfD-Fraktion auf den Staatsrechtler Hans Kelsen, um dieses Vorgehen zu bewerten. Wörtlich führt der 1. PGF aus:

> »Der große Staatsrechtslehrer Hans Kelsen hat die liberale Demokratie gegen alle ihre Feinde intellektuell verteidigt, insbesondere warnte er vor den Waffen der Demokratiefeinde im Parlament. Das, was die AfD bis zum letzten Mittwoch betrieben hat, das nannte er »technische Obstruktion«. Damit meinte er »formell geschäftsordnungsmäßige Mittel«, mit denen man Sand ins Getriebe des Parlaments streut – das haben wir häufig genug hier erlebt –, indem massenhaft Wahlgänge beantragt, spätabends Hammelsprünge durchgeführt, seltsame Geschäftsordnungsanträge gestellt werden usw., usf.« (PlPr. 19/193: 24371).

4.3 Qualitative Auswertung im Bereich des Markenkerns

4.3.1 Ausländerpolitik, Zuwanderung

Die provokantesten Forderungen der AfD finden sich im Bereich der Migrationspolitik. So fordert sie schon sehr früh und noch in der Aufbauphase der Fraktion im Frühsommer 2018 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Migrationspolitik der Bundesregierung (BT-Drs. 19/2392). Ihre ersten Anträge, die sie zu inhaltlichen Schwerpunkten formuliert hat, befassen sich mit der Neubewertung der Sicherheitslage in Syrien und der damit zusammenhängenden schnellen Rückführung der Flüchtlinge in dieses Land.

Bei der AfD gibt es von Beginn an die Betonung der Thematik Ausländerpolitik und Zuwanderung. Die Fraktion hat dies als ihre Aufgabe formuliert, dass sie die Ängste und Sorgen der Menschen vor der wahrgenommenen Überfremdung ins Parlament bringt. Dafür formuliert sie die Forderung nach einem »Abkommen zur Förderung der Rückkehr syrischer Flüchtlinge« (BT-Drs. 19/48: 2), das darauf aufbaut, dass sich die Sicherheitslage in Syrien verbessert habe. Darin fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad ein Abkommen zu schließen, um nach Deutschland geflohenen Syrerinnen und Syrern die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Ähnliche Stoßrichtungen sind in den Anträgen, wie demjenigen zur Einführung von umfassenden Grenzkontrollen und der »Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt« (BT-Drs. 19/41: 1) festzustellen. Diese Diskussionen fanden einen großen medialen Widerhall, da gerade der Neuigkeitswert über solch einen Streit die Berichterstattung angetrieben hat (Ruhose 2019: 4).

Im Zeitablauf zeigt sich die Professionalisierung der AfD-Fraktion darin, dass sie das Thema Migration natürlich immer noch zum Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung macht. Doch verbindet sie die Thematik mit anderen politischen Feldern. So zielt zum Beispiel der Antrag »Aufstrebenden Wirtschaftsmächten den Status als Entwicklungsland entziehen – Keine Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Außenhandels für Schwellenländer« (BT-Drs. 19/8986) darauf ab, die Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern wie Südafrika, Pakistan, Indien, Indonesien, China, etc. einzustellen. Betont wird dabei, dass diese entweder wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen oder gegen unser Wertesystem agieren würden. Die AfD betont dabei das nationale Interesse

Deutschlands, wie der Abgeordnete Markus Frohnmaier in Anlehnung an den Wahlkampf-Claim von Donald Trump eine »Germany-First«-Strategie aus Sicht der AfD formuliert: »Entwicklungszusammenarbeit und Außenhandelspolitik müssen sich an nationalen Interessen orientieren, Deutschland dienen.« (PlPr. 19/ 93: 11147).

Dieser Ansatz der AfD, wonach Deutschland sich nur dort im Ausland engagieren solle, wo es wirtschaftlich von Nutzen ist, zeigt sich in den Debatten zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Während das Engagement am Horn vom Afrika gegen Piraterie befürwortet wird, damit dort deutsche Handelsschiffe sicher ihre Route fortsetzen können, werden die Einsätze in Afghanistan und Mali als gescheitert angesehen. Hier sollen die Soldaten zurückgeholt werden. Die AfD lehnt den Europäischen Entwicklungsfonds ab (BT-Drs. 19/9238). In der Debatte um den entsprechenden Antrag wird Harald Weyel deutlich:

> »Im EU-Binnenmarkt brauchen wir einen Globalisierungsfolgenfonds oder einen Individualbenachteiligungsausgleichfonds, EHAP, so wenig wie eine EU-Arbeitslosenversicherung oder ein Weltsozialamt zu deutschen Hauptlasten.« (PlPr. 19/96: 11611).

Die AfD will das Programm »Perspektive Heimat« abschaffen (BT-Drs. 19/13522), das in Herkunftsländern Beschäftigungsperspektiven schafft, Alternativen zur irregulären Migration aufzeigt und Rückkehrende bei der Reintegration unterstützt. Passend zu der Forderung des aufgelösten »Flügels« um Björn Höcke nach einem umfassenden »Remigrationsprogramm« fordert die Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, »einen alternativen Plan vorzulegen, um ausschließlich die Rückkehr sich legal in Deutschland aufhaltender Ausländer zu fördern, die in ihre Heimat zurückkehren möchten« (BT-Drs. 19/13522: 2). Die AfD kritisiert in diesem Antrag vor allem die Migrationsberatungszentren. Diese seien wie deutsche Arbeitsämter im Ausland und würden die »Ausdehnung des deutschen Sozialstaates auf die gesamte Welt« (BT-Drs. 19/13522: 1) bedeuten. Künftig sei davon abzusehen, illegale Migranten durch staatliche Leistungs- und Beratungsangebote zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Stattdessen sei die »konsequente

zwangsweise Rückführung aller Illegalen zu betreiben« (BT-Drs. 19/13522: 2).

Die Verbindung von Migrations- und Integrationsthemen erfolgt auch mit dem einschneidenden Erlebnis der 19. Wahlperiode. Die Corona-Pandemie ist für die AfD-Fraktion das Zeichen dafür, dass Grenzen sehr wohl geschlossen werden können (s. Kapitel 5). Auch bei Anträgen zu Klima-Themen gibt es oft Querverbindungen zum Thema Fluchtbewegungen.

Dass die AfD von Fluchtursachenbekämpfung und Entwicklungshilfe wenig hält, wird an einem weiteren sehr konfrontativen Debatten-Beitrag von Markus Frohnmaier zum Entwicklungshilfehaushalt deutlich:

> »Als AfD-Fraktion stehen wir für die Beendigung dieser Politik. Wir wollen die Rückabwicklung der Agenda 2030. Linke Ideologieprojekte wie gendersensible Männerarbeit in Nicaragua oder erneuerbare Energien für Moscheen in Marokko werden wir streichen. Kinderlose, gepiercte Frauen in den 40ern, Malte Torbens, die Indiana Jones spielen wollen, kurzum: Mythomanen, die dabei helfen, ökologische Landwirtschaft ins usbekische Hochgebirge zu bringen, werden sich ein anderes Betätigungsfeld suchen müssen. Was diese Regierung für den Dieselmotor ist, werden wir für die linke Helferindustrie sein. Wir werden sie abschaffen!« (PlPr. 19/111: 13706)

Größere Aufmerksamkeit erzielte die AfD-Fraktion zu Beginn des Jahres 2020 mit ihrem Antrag »Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen« (BT-Drs. 19/16488). In dem Antrag fordert die Fraktion der AfD von der Bundesregierung »jährlich nach Ende eines Haushaltsjahres zum 31. Mai in einem Bericht über die aktuellen Aufwendungen mit Bezug auf ihre Migrationspolitik zu informieren« (BT-Drs. 19/16488: 2). Dabei fordert die AfD, dass die Bundesregierung »gemeinsam mit den Ländern und Kommunen verpflichtende Erfassungs- und Berichtsstandards zu entwickeln, damit die entsprechenden Informationen in einheitlicher Weise bereitgestellt werden können« (BT-Drs. 19/16488: 4).

Auch hier findet sich eine oftmals artikulierte Forderung der AfD, die Zuwanderer in Deutschland nach dem aufenthaltsrechtlichen Status unterschieden aufzuführen. Die Begründung für den Antrag enthält eine Reihe von seriösen

Studien zur finanziellen Entwicklung der Flüchtlingskosten in Deutschland. Den Ton in der Debatte prägte dann aber ein deutlich anderer Stil. Der Abgeordnete Curio sprach in der dazugehörigen Debatte von den »innländerfeindlichen Ideologen der Regierung« (PlPr. 19/140: 17469), denen man eine »Bon-Pflicht« (PlPr. 19/140: 17470) geben müsse. Nur so könne der »ausgepresste Steuerzahler« erfahren, was die Flüchtlingspolitik auf allen staatlichen und kommunalen Ebenen koste, die Curio als »No-Nation-Orgie« bezeichnet (PlPr. 19/140: 17470). Er fordert »Priorität für die Wohlfahrt unserer Bürger statt für Unberechtigte, statt Dauerwillkommensparty der Illegalität wieder Vorfahrt für Recht und Vernunft.« (PlPr. 19/140: 17469). Die anderen Fraktionen beschlossen, den Antrag in den Haushaltsausschuss zu überweisen und änderten so den Ausschusswunsch der AfD ab, die den Innenausschuss präferiert hatte.

Zu Beginn des Jahres 2020 spitzte sich an den europäischen Außengrenzen die Situation wieder zu. Die AfD reagierte auf das Erstarken ihres Markenkerns umgehend mit einem Antrag mit dem programmatischen Titel »Grenzen sichern« (BT-Drs. 19/17780). Zentrale Forderung der AfD-Fraktion ist es darin, dass sich der Bundestag solidarisch erklärt »mit denjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in unser aller Interesse die Außengrenzen zur Türkei gegen den Ansturm illegaler zum Teil gewalttätiger und potentiell gefährlicher Migrantengruppen sichern« (BT-Drs. 19/17780: 2). Hier wird dann Griechenland positiv erwähnt, welches im Zusammenhang mit der Euro-Krise noch als das Paradebeispiel des »faulen« Südeuropäers herhalten musste. Der Abgeordnete Gottfried Curio dazu:

> »Plötzlich bringen die Bilder von der türkischen Grenze das Problem wieder ins Bewusstsein: die permanente illegale Migration, die Verweigerung des Grenzschutzes. Wir erinnern uns: Alle, die europäische Grenzen verletzen, kommen vorher über sichere Drittstaaten, sind beim Grenzübertritt ohne Anspruch auf Schutzaufnahme. Schon im Irak und in Afghanistan gibt es Flucht-alternativen, und der Krieg in Syrien, wo ein Erdogan ihn nicht befeuert, ist längst weitgehend aus. […] Jetzt sammeln sie sich aus Idlib, dem letzten Widerstandsnest der islamistischen Aggression, und es sammeln sich Migranten, die schon

> lange in der Türkei leben und sich dort versorgen. Alle wollen sich absetzen ins gelobte Land, ins Sozialparadies Europa, ins Schlaraffenland Deutschland. Vor Ort befragt, erzählen sie: Ihr Ziel ist schlicht, hier besser zu leben. – Fluchtursachen bekämpfen? Die Fluchtursache heißt Deutschland: opulentes Sozialsystem bei laxen Asylbedingungen« (PlPr. 19/152: 18939 f.)

Ein zentrales Momentum in der Flüchtlingspolitik der AfD in der 19. Wahlperiode ist die Kampagne gegen den UN-Migrationspakt. Hier zeigt sich die Verbindung zwischen der AfD und den rechten Netzwerken um die Identitäre Bewegung besonders deutlich (dazu grundsätzlich Baeck 2018). Im Bundestag forderte die AfD hier eine namentliche Abstimmung über die Forderung, dass die Bundesregierung den Pakt nicht in deutsches Recht umzusetzen soll (BT-Drs. 19/6061: 1 f.). Dieser Antrag wurde gestellt, nachdem sie zunächst gefordert hatte, dass Deutschland dem Pakt nicht beitreten dürfe (BT-Drs. 19/5530). Sie argumentiert, dass diese Erklärung notwendig sei »um zu verhindern, dass rechtliche ›Soft law‹-Konstruktionen mit Zeitablauf Völkergewohnheitsrecht werden, das einem – mit allen Rechtskonsequenzen, vgl. Artikel 25 des Grundgesetzes – entgegengehalten werden kann« (BT-Drs. 19/6061: 3). Dabei zeigt sich, ein wiederholtes Element ihrer Parlamentsarbeit. Die Begründung des Antrags baut auf juristischer Beratung durch den sehr angesehenen Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags auf. Dessen Expertise holt sich die AfD regelmäßig ein.

Die AfD-Fraktion nutzte die Diskussion um das Abkommen, um erneut das rechtsextreme Narrativ des großen Austauschs in die politische Debatte einzuführen. Der AfD-Abgeordnete Arminius-Paulus Hampel drückte seine Kritik an dem Pakt so aus: »Der Migrationspakt hat eines zum Ziel, nämlich die weltweite Verschiebung von Menschen aus allen Erdteilen möglich zu machen« (PlPr. 19/69: 8017). Er verband das Argument des durch die Eliten gewollten Austauschs eines großen Teils der nativen Bevölkerung mit Elementen antisemitischer Kritik, da er unmittelbar die Linie vom UN-Migrationspakt zu dem amerikanischen Investor George Soros zog. Dieser sei der Antreiber hinter der Idee einen solchen Plan aufzulegen. Er »hat es Ihnen 2015 vorgedacht, und die Bundesregierung als maßgeblicher Initiator dieses Paktes hat es in den letzten Monaten

und Jahren umgesetzt« (PlPr. 19/69: 8017). Und er ergänzt: »Das ist die Wahrheit, das verschweigen Sie dem deutschen Bürger da draußen.« (PlPr. 19/69: 8017).

Hier zeigen sich verschiedene Elemente der rechtspopulistischen Anti-System-Opposition, die anschlussfähig nach rechts außen argumentiert. Die AfD – so soll der Eindruck entstehen - ist die Kraft im Parlament, die solche Verschwörungen aufdeckt und anprangert. Lange Zeit haben die anderen politischen Kräfte keine Notiz davon genommen, mit welcher Wucht über das Thema in den sozialen Netzwerken und über die AfD und ihr Umfeld gesteuert diskutiert wurde. In Verbindung mit den Aktionen der Identitären Bewegungen wurden in Deutschland insbesondere von Akteuren der AfD eine Kampagne etabliert, die unter einem einheitlichen Motto durchgeführt wurde. Die Botschaft war, den Migrationspakt zu stoppen.

In weiteren Debatten verbindet die AfD diese Positionierungen mit ihrer populistischen Demokratiekonzeption von »dem« Volk. In einer Rede zur Aktuellen Stunde der AfD-Fraktion zum Thema »Das Globale Flüchtlingsforum in Genf und ein Grundrechtekatalog für Menschen mit afrikanischer Abstammung« schließt Gottfried Curio an die Kampagne zum Globalen Migrationspakt an:

> »Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen sagen: Wir haben wirklich genug von diesem ewig großtuenden, unstillbaren Spendierhosenkomplex einiger deutscher Gemüter, die auf ihren eingebildeten moralischen Feldherrenhügeln permanent mit anderer Leute Geld rettende Weltenlenkung betreiben wollen, statt sich um die wahren Probleme ihres eigenen Landes zu kümmern. Wir werden uns kümmern um die Probleme unserer deutschen Bürger und Steuerzahler, Autofahrer und Mieter, Schüler und Kitaeltern, Mütter und Rentner. Das, meine Damen und Herren, ist *rechtes* Gedankengut. Wir werden uns kümmern, und zwar in der Regierung – und das bald. Deutschland hat es verdient!« (PlPr. 19/138: 17316; Hervorhebung im Original).

Die Flüchtlingspolitik will die AfD-Fraktion dadurch verändern, dass sie diejenigen, die in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe tätig sind, die Arbeit erschwert. So sollen Flüchtlingsbürgen den rechtlichen Maßgaben folgend, »zur Kasse« gebeten werden (BT-

Drs. 19/7938: 1). Dabei wird durch den Redner René Springer noch einmal betont, dass privates Engagement in der Flüchtlingspolitik nicht gefördert werden dürfte: »Holen Sie unser Steuergeld von den Flüchtlingsbürgen zurück: Cent für Cent. Alles andere werden wir nicht akzeptieren« (PlPr. 19/83: 9793). In der Außenpolitik formulierte die AfD ihr an der Rückführung von Migranten orientiertes Programm. In dem Sinne kann die Syrienpolitik der AfD kurz zusammengefasst werden: Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Assad-Regierung (BT-Drs. 19/15067), Förderung des Wiederaufbaus (BT-Drs. 19/15066) und unmittelbare Rückführung syrischer Flüchtlinge (BT-Drs. 19/32).

Ein wiederkehrendes Motiv ist auch die Kritik an der Seenotrettung. Diese wird als kriminelle Handlung kritisiert und die in diesem Bereich aktiven Nicht-Regierungs-Organisationen werden mit kriminellen Banden gleichgesetzt. Arminius Paul-Hampel dazu:

> »An der Küste haben wir Banden von Schleppern, die übrigens nicht nur Menschenschlepper sind, sondern in der Regel auch in den Drogenhandel, den Waffenhandel und andere üble Geschäfte verwickelt sind. Die Schlepperbanden mit diesem kriminellen Hintergrund fahren mit den Schiffen hinaus, und dort warten schon die anderen Schleuserbanden, nämlich genau die Organisationen, die Sie hier gerade erwähnt haben. Es sind Schleuser – nichts anderes –, mit einem Unterschied: Ihre Schleusergruppen werden von Spendern und vom Steuerzahler bezahlt. Die Schleusergruppen an Land kassieren zwischen 1.000 und 2.000 Dollar pro Flüchtling. Das ist aber auch der einzige Unterschied« (PlPr. 19/74: 8680).

Die AfD verficht die Festung Europa als Lösung des Migrationsdrucks.

> »Sorgen Sie – wie die Australier – dafür, dass jeder, der es versucht, die Botschaft bekommt: You will never make your way to Europe. – Wenn diese Botschaft angekommen ist, wird der Strom nach Libyen und anderswo sehr schnell versiegen, weil sie wissen, dass sie keine Chance haben, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen, und erst

recht keine Chance, dort zu bleiben« (PlPr. 19/74: 8681).

Auch Gauland (2019b) fordert dies in deutlichen Worten: »Wir müssen endlich Europa zur Festung ausbauen.«

Die Debatte über die Konsequenzen aus dem abgebrannten Flüchtlingslager Moria und über die Lage an den europäischen Außengrenzen nutzte Gottfried Curio im September 2020 zu einer weiteren Abrechnung mit falschen Anreizen in der Flüchtlingspolitik.

> Warum sollte Deutschland Wirtschaftsmigranten und Erpresser auch noch belohnen mit Sozialhilfe und Luxusunterkünften? Hilfe ist vor Ort zu leisten. Das heißt nicht auf griechischen Inseln, sondern in den Heimatregionen. Dorthin ist zu evakuieren. Die Reise nach Deutschland gäbe einen Nachzugseffekt, ein Fass ohne Boden – und nur eine Frage der Zeit, bis weitere Lager brennen« (PlPr. 19/174: 21861).

Diese Linie kulminierte in einen Antrag in der gleichen Sitzungswoche, den die rechtsgerichtete Plattform PI-News (2020) als »Grundsatzantrag« und »große(n) Wurf« bezeichnete. In der Tat stellt dieser Antrag gemeinsam mit dem oben bereits analysierten Antrag »Grenzen sichern« (BT-Drs. 19/17780) das Programm der AfD in ihrem Markenkern dar. Es geht ihr dabei um »die Werte, die einen Staat tragen, sowie die Rechts- und Lebensgrundsätze, die in ihm Geltung haben« (BT-Drs. 19/22515). Da der Antrag in der Nachhaltigkeitswoche des Bundestags beraten wird, trägt er den Titel »Für einen nachhaltigen Politikwechsel – Die Werte der deutschen Demokratie bewahren, den Staat handlungsfähig erhalten« (BT-Drs. 19/ 22515). Den Grund, weswegen man sich gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge wehrt, begründet der Antrag mit Hinzunahme von ethnopluralistischen Begründungslinien[51] und schafft somit Verbindungslinien in den rechten Theorieraum. Im Antrag heißt es wörtlich:

> »Außerhalb des Kulturraums der modernen aufgeklärten Welt herrschen andere Leitvorstellungen. Sie sind den dortigen Bevölkerungen durch jahrhundertelanges Leben in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit, vermittelt durch viele rahmengebende Institutionen und

> Erfahrungen wie Recht, Religion, Geschichte und dem Verhältnis von Staatsaufbau und gesellschaftlichen Akteuren, ebenso tief angepasst und angewöhnt wie andererseits den modernen aufgeklärten Gesellschaften ihre Leitvorstellungen« (BT-Drs. 19/22515: 1).

Die AfD-Fraktion hat Sorge vor »künstlich angestoßenen Bevölkerungswanderungen« (BT-Drs. 19/22515: 1) insbesondere von Menschen, die »aus Clan-Gesellschaften kommen« (BT-Drs. 19/22515: 1). Diejenigen, die nach Europa einwandern würden, wären keine »›verzweifelte(n) Flüchtlinge‹«, sondern »relativ wohlhabende« Menschen (BT-Drs. 19/22515: 2). Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von Angela Merkel wird mit deutlichen Worten abgelehnt, da sie »seit 2015 weit über eine Million Ausländer ungehindert illegal nach Deutschland eindringen« habe lassen (BT-Drs. 19/22515: 2).

> »Eine derartige Migrationspolitik ist – neben ihrem generellen Unrechtscharakter und ihren desaströsen finanziellen Implikationen – geeignet, sich nachhaltig negativ auf die Verankerung der Werte der deutschen Demokratie in der Bevölkerung bzw. auf die Handlungsfähigkeit des Staates auszuwirken« (BT-Drs. 19/22515: 2).

Diese Kritik wird mit Verbindungen zum UN-Migrationspakt verstärkt und der Politik im Gesamten vorgeworfen, dass sie die Geburtenrückgänge in Europa durch Migration abzufedern.

Die angeblichen Folgen der Migration sind aus Sicht der AfD-Fraktion dann »explodierende Zahlen von Straftaten durch Migranten: Mord, Sexualstraftaten, Gewaltdelikte – eine weit überproportionale Kriminalität der importierten Gruppen« (BT-Drs. 19/22515: 2). Auch der Kostenaspekt wird wieder betont und im Sinne der »Botschaftenkongruenz« der AfD-Fraktion der Betrag von 50 Milliarden Euro pro Jahr wiederholt. Das Programm der AfD-Fraktion im Bereich der Migrationspolitik wird aufgrund der Übersichtlichkeit in Abbildung 18 auf Basis dieses zentralen Dokuments der AfD-Politik in der 19. Wahlperiode zusammengefasst.

Die Forderungen der AfD-Fraktion in der Migrationspolitik

1. Bundesmittel für Familien und für „Migrationsbelange“ „in ein angemessenes Verhältnis“ bringen.
2. Maßnahmen für die (deutsche) Fachkräftesicherung (Abwanderung verhindern, Rückkehranreize nach Deutschland setzen, von Fachkräftemangel betroffene Berufe attraktiver machen, Familien steuerlich entlasten, „um Kinderreichtum in der arbeitenden Bevölkerung“ zu fördern.
3. Die deutsche „Rechts- und Wertekultur“ zu sichern. Hier insbesondere Symbole und Aufrufe zur Gewalt verfolgen. Schutz von Frauen vor Unterdrückung.
4. Anwendung der Dublin III Reglungen, und Verhinderung von Pull-Faktoren für die Migration.
5. Ein umfassendes Rückführungsprogramm:
   - Rückführung von Personen, die Deutschland illegal und nicht in einer unmittelbaren Verfolgungssituation betreten haben in die entsprechenden EU-Länder oder Lybien und die Türkei
   - Die Verweigerung der Aufnahme von Personen, die sich „unter einem vorgeblichen ‚Flucht-Grund‘ in ein Nachbarland der EU begeben haben“. Als Länder für die dies gilt, werden aufgeführt: Nigeria, Eritrea oder Somalia bzw. aus Syrien, Irak, Iran, Afghanistan oder Pakistan.
   - Rückführung von so genannten subsidiär geschützten Flüchtlingen aus den genannten Ländern „sofort und so schnell wie möglich“.
6. Asylanträge ohne „Beweismittel oder Identitäts- und Herkunftsbelege“ sofort abzulehnen.
7. Straffällige oder verurteilte Ausländer abschieben.

Abbildung 18: Die Forderungen der AfD-Fraktion in der Migrationspolitik

Eigene Darstellung der Forderungen aus dem Antrag »Für einen nachhaltigen Politikwechsel – Die Werte der deutschen Demokratie bewahren, den Staat handlungsfähig erhalten« (BT-Drs. 19/22515)

Darüber hinaus führte Bernd Baumann in der Debatte im Bundestag eine Reihe von Anträgen ein, in der die AfD wissenschaftliche Untersuchungen zu Problemen der Integrationspolitik einfordert (BT-Drs. 19/30416, 19/29778, 19/23956, 19/23952). Die AfD präsentiert sich hier als Stimme einer unterdrückten Wissenschaft und positioniert sich in der Debatte um die Cancel Culture als aufklärerische Kraft – an der Seite der Wissenschaftsfreiheit.

> »Wenn es um Integrationsprobleme geht, darf nur politisch korrekt gefragt werden. Fragen lauten dann: Wo werden Migranten diskriminiert, ausgegrenzt, von Teilhabe ausgeschlossen? Schuld sind dann meistens die Deutschen. Nicht erforscht werden kulturelle Wertvorstellungen und Verhaltensmuster, die Migranten aus ihren Herkunftsgebieten mitbringen und die auch Integration behindern können. Solche Forschung wird finanziell ausgetrocknet; denn – so Koopmans – an der Integrierbarkeit fremder Kulturelemente dürfe hierzulande nicht gezweifelt werden. In Deutschland werden also Forschung und freie Wissenschaft unterdrückt, weil Sie alle hier die Antworten fürchten, weil die nicht in Ihr links-grün verzerrtes Weltbild passen, meine Damen und Herren« (BT-Drs. 19/233: 29962).

Ein weiterer Schwerpunkt der AfD ist der Bereich der Islamkritik. Dies passt zu ihrem populistischen Selbstverständnis und ist von ihr in den Strategiepapieren (AfD 2016 und AfD 2019) als Stärke identifiziert worden. Aufhänger ist zum Beispiel der Umgang der EU mit der Türkei. Die AfD fordert in ihrem Antrag »EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden – Heranführungshilfen sofort stoppen« (BT-Drs. 19/8987: 1), dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei umgehend beendet werden müssten. In der dazu geführten Debatte kombinierte der Abgeordnete Siegbert Droese die Bewunderung für die Politik von Präsident Erdogan mit der klaren Ablehnung der türkischen und größtenteils muslimischen Bevölkerung, die nicht dem »Kulturraum« Europa angehören würden. Droese führt zum Beispiel aus: »Die AfD-Fraktion lehnt den EU-Beitritt der Türkei ab, respektiert aber, dass die Türkei unter Erdogan gedenkt, an ihrer Identität und orientalischen Traditionslinie festzuhalten« (PlPr. 19/92: 10970). Wenig später formuliert er, dass die AfD-Fraktion »Europa als europäischen Geschichts- und Kulturraum erhalten (möchte)« (PlPr. 19/92: 10970).

Die Angst vor einer Islamisierung prägt viele Redebeiträge der AfD. Nur die AfD würde verhindern, »dass aus Deutschland Innerafrika wird« (19/163: 20388). Der Feind ist klar verortet beim grün-weltoffenen Mainstream:

> »Mit dem forcierten Import von Fremdstaatlern und nachfolgender Ermächtigung zur Wahlbürgerschaft unterscheiden sich Linke und Grüne aber nur unwesentlich von Union und SPD mit ihrem Globalen Migrationspakt mit der Migration als Ziel an sich. […] Wir sagen: Die angestammt arbeitende Bevölkerung muss Herr im eigenen Hause bleiben; keinen Gratiszutritt zur deutschen Wahlkabine! […] Das koranische Selbstverständnis des Islam widerspricht all dem aber explizit und ist untrennbar mit einem gesellschaftlichen Machtanspruch samt entsprechenden Gewaltaufrufen verbunden, der mit unserer Verfassung unvereinbar ist. Nicht jede Kultur ist mit jeder anderen kompatibel.« (PlPr. 19/163: 20388.)

Die AfD fordert ebenfalls, keine EU-Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten zu führen, sondern ein wirtschaftliches Kooperationsmodell, vergleichbar wie mit Norwegen und der Schweiz zu etablieren. Die Türkei dürfe nicht in die EU

aufgenommen werden. »Die ohnehin aufgeblähte EU der 27 (28) könnte mit weiteren sechs neuen Mitgliedern an die Grenze von Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit gelangen« (BT-Drs. 19/9968: 4). Auf dem Westbalkan gebe es erhebliche Defizite in der Wirtschaft, dem Rechtsstaat und der parlamentarischen Demokratie, ein europäischer Mehrwert eines Beitritts sei nicht erkennbar. »Geostrategische Gründe« für die Aufnahme erschließen sich der AfD nicht.

Neben der schon ausgeführten Clankriminalität nennt die AfD immer wieder die Warnung vor muslimischen Antisemitismus als importiertes Problem. Dabei positioniert sie sich als Verteidigerin des Staates Israels. So fordert sie das »Verbot der Hisbollah« (BT-Drs. 19/ 10624) in ihrem gleichlautenden Antrag. In einem weiteren Antrag wendet sie sich gegen die so genannte BDS-Bewegung (BT-Drs. 19/9757). Im Zusammenhang mit aufkommendem Antisemitismus in Deutschland weist die AfD die Verantwortung von sich und betont das Problem eines »importierten muslimischen Judenhass(es)« (Storch 2019). Deutlich wird die Positionierung der AfD in einer Pressverlautbarung der »Antisemitismus-Beauftragten der AfD-Bundestagsfraktion«, Beatrix von Storch (2019) in dem sie auf »das unerträgliche Ritual des jährlichen Al-Kuds-Marsches in Berlin« hinweist. Dort heißt es weiter, dass »der grassierende Antisemitismus […] vor allem ein muslimisches Gesicht« tragen würde.

> »Es sind in Deutschland nicht nur Rote und Grüne, die sich oftmals durch einen als "Israel-Kritik" getarnten Antisemitismus mit radikalen muslimischen Migranten solidarisieren. Auch die CDU-Staatssekretärin Grütters duldet antisemitische Aktivitäten der BDS-Aktivisten in ihrem Verantwortungsbereich (Jüdisches Museum in Berlin). Die von Merkel geförderte muslimische Masseneinwanderung hat die Lage für Juden in Deutschland weiter verschärft, sodass in diesen Tagen die Bundesregierung in Person des Antisemitismus-Beauftragten Klein einräumen musste, dass das Tragen der Kippa in der Öffentlichkeit gefährlich sein könne. […] (B)is heute ist die AfD die einzige Partei, die klar und deutlich vor diesem importierten muslimischen Judenhass warnt." (Storch 2019).

In der Außenpolitik wirft die AfD-Fraktion der Regierung häufig vor, gegenüber muslimischen Ländern unterwürfig zu sein. Im September 2020 beantragte sie eine Aktuelle Stunde anlässlich der Hinrichtung des iranischen Journalisten Navid Afkari durch das Mullah-Regime. Jürgen Braun warf der »Bundesregierung Marke Maaß« vor, dass sie Irans Opposition verrate (PlPr. 19/177: 22357). Die AfD nutzte die Kritik an der Haltung der Bundesregierung, um ihr vorzuwerfen, eine falsche Russland-Politik zu verfolgen.

> »Zweierlei Maß vor allem beim deutschen Außenminister: Hier der eine Maas: Sanktionen gegen Russland im Falle Nawalny, die Gasleitung Nord Stream 2, die bereits Milliarden gekostet hat, wird infrage gestellt. Dort der andere Maas: die Verhaftung Hunderter Oppositioneller – glatt ignoriert.« (PlPr. 19/177: 22357).

Gleichzeitig nutzte er seine Rede, um die AfD als Pro-Israelische Kraft zu positionieren und Donald Trump als Außenpolitiker zu loben. Außerdem besteht auf diesem Feld regelmäßig die Möglichkeit, gegen eine prominente Grünen-Politikerin vorzugehen. Er sprach Claudia Roth direkt an: »Claudia Roth hüllt sich zu Ehren der Mullahs regelmäßig gerne in ein Kopftuch« (PlPr. 19/177: 22357).

4.3.2Sicherheit

Eng verknüpft mit dem Thema Migration sind die Fragestellungen der gefühlten Sicherheit in Deutschland und der vermeintlichen Bedrohung durch islamistische Gefährder und ausländische Clans. Die AfD kritisiert in ihrem Antrag die zunehmende Clankriminalität in Deutschland. Damit steht sie nicht allein, da auch die FDP mit einem eigenständigen Antrag die Strafverfolgung der Clans stärken möchte (BT-Drs. 19/11105). Beide Fraktionen fordern unter anderem eine bundesweite Koordinierung der Ermittlungen durch das BKA und ein eigenes periodisches Lagebild zu Clanstrukturen. Darüber hinaus weist die AfD in ihrem Antrag darauf hin, dass sich seit 2015 »bereits neue kriminelle Clans von Syrern und Irakern gebildet« hätten und arabische Großfamilien gezielt versuchen würden »die neuen Asylmigranten für ihre kriminellen Aktivitäten anzuwerben« (BT-

Drs. 19/11121: 6). Die Präventivmaßnahmen gegen eine derartige Rekrutierung, wie z.B. die Menschen schnell in Ausbildung, Arbeit und ein stabiles soziales Umfeld zu bringen, wurden von der AfD-Fraktion dann abgelehnt. Ihr geht es auch hier um eine »Remigrationsagenda«, wenn sie fordert, für Clanmitglieder gesetzliche »Regelungen zur Erleichterung der Ausweisung« (BT-Drs. 19/11121: 2) einzuführen.

Die AfD lehnt weiteres Personal ab, mit dem der Zoll zu einer Finanzpolizei gegen Organisierte Kriminalität und Geldwäsche ausgebaut werden soll. In einem entsprechenden Entschließungsantrag (BT-Drs. 19/10710) zu dem im Juni 2019 vom Bundestag verabschiedeten »Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch« (BT-Drs. 19/8691) übernimmt die AfD-Fraktion die Sichtweise des Bundesrechnungshofs, dass es Ziel seien müsse, nach Ermittlung der tatsächlich benötigten Personen im Zoll »zunächst einmal alle vorhandenen Möglichkeiten innerhalb der Zollverwaltung und Personal aus anderen Kapiteln des Bundeshaushalts auszuschöpfen, um dann als letzte Alternative neues Personal einzustellen.« (BT-Drs. 19/8691: 2)

Stattdessen wird ein Prüfantrag an die Bundesregierung gestellt. Hier befasst sich die AfD-Fraktion mit den Themen Illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch, ohne dass eine wie auch immer konstruierte Verbindung zur Migrationsfrage gezogen wird. Zugleich signalisiert die AfD auf diesem Gebiet eine hohe fachliche Kenntnis (BT-Drs. 19/8691).

Die AfD-Fraktion fordert »eine jährliche Debatte zur sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der deutschen Streitkräfte« (BT-Drs. 19/7716: 3). Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Landesgruppe und Verteidigungsexperte, Rüdiger Lucassen argumentiert hier stark am nationalen Interesse orientiert und unterstellt der Regierung Versagen in der Sicherheitspolitik. Dabei wird er grundsätzlich und nimmt in seiner Argumentation Anleihen an den so genannten »Schuldkult«-Motiven der neuen Rechten:

> »Die Regierungen der letzten drei Jahrzehnte haben es nicht geschafft, Deutschlands Interessen in der Welt ausreichend zu definieren, meistens unter dem Verweis auf Deutschlands historische Hypothek, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. Doch dieser Verweis ist zur faulen

> Ausrede verkommen. Die Regierung versteckt sich dahinter und flüchtet sich stattdessen in untaugliche Allgemeinplätze einer sogenannten Friedenspolitik. Aber diese Friedenspolitik ist in Wahrheit gar keine Politik. Es ist nur eine vulgäre Art des Pazifismus, bei dem es am Ende egal ist, ob Menschen sterben oder nicht – Hauptsache, die politisch Handelnden fühlen sich rein.« (PlPr. 19/80: 9378).

Ihre Ablehnung gegen die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr wird meistens national begründet. Hier finden sich die zentralen Motive in der Rede von Lucassen, der kritisiert, dass oft ein »imaginäres europäisches Interesse« (PlPr. 19/80: 9379) für die Begründung von Handeln oder Nichthandeln in der Außen- und Verteidigungshandeln vorgeschoben würde. Daher formuliert die AfD-Fraktion in ihrem Antrag (BT-Drs. 19/77116: 1), dass Deutschland ein klares nationales Interesse artikulieren müsse im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik »auch in militärischer Hinsicht«. Dieses werde auch von den Partnern in der EU erwartet.

Die AfD fordert in einem im September 2019 eingebrachten Antrag mit dem Titel »Antiextremistischer Grundkonsens in Politik und Gesellschaft – Rechtsstaat und Demokratie schützen – Antifa ächten« (BT-Drs. 19/13521: 1), der Bundestag solle sich zu einem »antiextremistischen Grundkonsens« bekennen; einer gesellschaftlichen Polarisierung könne nur effektiv begegnet werden, wenn man sich »gegen alle extremistischen Strömungen rechter, linker oder islamistischer Art einsetzt«. In den weiteren Ausführungen wird der zunehmende Rechtsextremismus in Deutschland mit keinem einzigen Wort mehr erwähnt. Vielmehr schwäche der »Schulterschluss von linksextremistischen Gruppierungen, linken Parteien und einigen Akteuren in der Gesellschaft«, genauso wie die »Unterwanderung ökologischer Proteste« das »demokratische Grundverständnis« (BT-Drs. 19/13521: 3). Ihrer eigenen Forderung, auf »aktive Unterstützungshandlungen wie beispielsweise gemeinsame Auftritte« mit Extremisten zu verzichten (BT-Drs. 19/13521: 2), kommt die AfD allerdings selbst nicht nach. Dies kann sie nicht, damit die aus ihrer Sicht wichtige Integration ins rechtsextreme Feld nicht gefährdet wird.

Für die AfD steht die Gefahr somit auf der linken Seite der Gesellschaft. Dies illustriert eine kleine Episode, die sich in der

Debatte des Bundestags um den oben genannten Antrag abspielte.[52] Die Fraktionsvorsitzende der AfD, Alice Weidel, entdeckt hier einen Antifa-Stecker bei der Linken-Abgeordneten Martina Renner. Diese hatte ebenfalls in den Instrumentenkoffer der Provokation gegriffen und dieses Symbol bewusst – und gegen die Regeln des Bundestags – angesteckt. Sie erhielt dafür einen Ordnungsruf des Vizepräsidenten Kubicki, nachdem Alice Weidel mit einer Reihe von Zwischenrufen darauf hingewiesen hatte. Im Protokoll des Bundestags liest sich dies so:

> »Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie haben etwas von Antifa! Der Anstecker! Das ist verboten!
> Dr. Alice Weidel [AfD]: Die hat einen Antifa Anstecker! Das ist ja unfassbar!
> Dr. Alice Weidel [AfD]: Und tun Sie diesen Sticker ab! Von der Antifa! Was muss man sich hier alles bieten lassen! Diesen Sticker da! Sie sollten sich schämen! Sie sollten sich wirklich schämen!
> Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist Linksterrorismus! Das ist eine Schande für den Bundestag, was Sie hier abziehen!«
> (PlPr. 19/115: 14066)

Wichtig wurde das Thema Extremismus unmittelbar im Herbst des Jahres 2019 im Nachgang zum Anschlag auf die Synagoge in Halle und dann zu Beginn des Jahres 2020 nach den Morden von Hanau und der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich mit den Stimmen von CDU und AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen. Natürlich wurde die Mitverantwortung der AfD für die Veränderung des Klimas, in dem solche Taten möglich sind, von den anderen Fraktionen unmittelbar im Bundestag thematisiert. Insofern ist hier keine direkte eigene Initiative der AfD zu berichten, aber dennoch zeigen sich hier die Verteidigungsmuster der Rechtspopulistischen Opposition sehr deutlich. Die AfD sieht den Nährboden der Gewalt in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Alexander Gauland führte entsprechend aus:

> »Es gibt aber nicht nur ein nebulöses geistiges Klima, für das wir verantwortlich sein sollen, sondern auch konkrete Zustände. Man kann nüchtern feststellen, dass es seit der Ausrufung der Willkommenskultur 2015 zu einer gewaltigen Radikalisierung und Spaltung der gesamten Gesellschaft gekommen ist. Für diese allgemeine

> Radikalisierung haben jene die Ursache gesetzt, die in einem historisch beispiellosen Akt mehr als 1,5 Millionen unserer Kultur fremder Menschen ins Land gelassen haben.« (PlPr. 19/118: 14407).

In der Aktuellen Stunde zum Thema Meinungsfreiheit behauptete Marc Jongen, Deutschland habe kein Problem mit Rechtsextremismus, sondern lediglich ein Problem damit, dass konservative Positionen als rechtsextrem bezeichnet würden:

> »Es gibt nur noch ganz wenige Altnazis in Deutschland; die vegetieren irgendwo über 90-jährig dahin. Daneben gibt es ein paar tausend Neonazis, die hat die Polizei weitgehend im Griff; im Diskurs haben sie gottlob nichts zu sagen. Darüber hinaus ist der Schmähbegriff »Nazi«, der heute von Ihnen inflationär verwendet wird, nichts anderes als ein Mittel der niederträchtigen Diffamierung klassischer bürgerlicher und konservativer Positionen, meine Damen und Herren« (PlPr. 19/120: 14843).

Die größte Gefahr für den politischen Diskurs, Frieden und Freiheit sei der wachsende Linksextremismus und das radikale Vorgehen gegen andere Meinungen in Deutschland. Hierzu führt Dr. Roland Hartwig Anfang März 2020 in der vereinbarten Debatte zu Rechtsterrorismus und Hass exemplarisch aus:

> »Extremismus aber entwickelt sich an allen Rändern: rechts ebenso wie links. Im Internet tritt er ganz offen in Erscheinung. Er zeigt sich auf der inzwischen verbotenen linksextremen Plattform linksunten.indymedia, auf der regelmäßig zur Gewalt gegen Andersdenkende aufgerufen wurde, oder auch bei linken Strategietreffen, wo darüber fabuliert wird, ein Prozent der Reichen zu erschießen oder ins Arbeitslager zu schicken« (PlPr. 19/149: 18552).

Aus Sicht der AfD-Fraktion gibt es zentrale Gründe, warum in Deutschland die Ränder erstarken und sich die Gesellschaft polarisiert würde– sich selbst als Grund nimmt sie dabei vehement aus. Die AfD halte der Gesellschaft und anderen politischen Kräften lediglich »den Spiegel vor«, wie es Roland Hartwig formuliert (PlPr. 19/149: 18553). Er führt dafür drei Gründe auf:

> »Zum einen geografisch: Die Kluft zwischen Ost und West

> wächst weiter. Zum anderen sozial: Die Schere zwischen Arm und Reich geht weit auseinander. Und drittens erlebt dieses Land eine politisch-moralische Spaltung: in die Guten und die Bösen. Und genau diese Moralisierung des Politischen ist brandgefährlich […] “ (PlPr. 19/149: 18553).

Als Bekämpferin des Antisemitismus präsentiert sich die AfD in der Debatte zu einem Antrag der Regierungsfraktionen, von Grünen und der FDP mit dem Titel »BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen« (BT-Drs. 19/10191). Sie hatte ebenfalls einen Antrag eingebracht mit dem Titel »BDS-Bewegung verurteilen – Existenzrecht des Staates Israel schützen« (BT-Drs. 19/9757). Ihr Redner Jürgen Braun stellte die AfD als »die Partei der Freunde Israels in diesem Parlament« dar und erhob den Vorwurf, »alle parteieigenen Stiftungen der Altparteien finanzieren BDS-Projekte mit« und seien »verstrickt im Netz der Judenfeinde« (PlPr. 19/102: 12483). Als Hauptbotschaft für die AfD ist die Zusammenfassung von Braun am Ende seiner Rede wichtig: »Der Antisemitismus kommt heute von der linken Seite, und er kommt aus dem Islam« (PlPr. 19/102: 12483).[53]

Auch Petr Bystron nutzte diese Debatte, um dieses Motiv der AfD zu wiederholen:

> »Warum lassen Sie Jahr für Jahr 80 Millionen Euro an die UNRWA überweisen? Das ist der verlängerte Arm der Hisbollah: Mit diesem Geld, mit dem, was Sie zu verantworten haben, werden Raketen in Schulen stationiert, die gegen Israel gerichtet sind. Mit diesem Geld werden antisemitische Schulbücher gedruckt, in denen das Land Israel ausradiert ist. Die Mitarbeiter von UNRWA sagen, Hitler hätte alle Juden auslöschen sollen. Das ist schwer für eine Partei, deren Stiftung gerade jetzt einen iranischen Antisemiten nach Deutschland zu einer Podiumsdiskussion eingeladen hat. Das ist natürlich schwer für eine Partei, deren Bundespräsident den Mullahs in Iran zu 40 Jahren Revolution gratuliert, aber dem US-amerikanischen Präsidenten nicht zu seiner Inauguration. Das ist schwer für eine Partei, deren Präsident linksextremistische Konzerte bewirbt – das ist uns klar – und deren Bundesvorsitzender der Jugendorganisation unsere Großkonzerne verstaatlichen will. Das ist schwer für eine Partei, die selbst linksextrem und antisemitisch ist«

(PlPr. 19/102: 12444).

Hier sieht man, dass die AfD strategisch das Mittel einsetzt, ganze Passagen nahezu textidentisch vorzutragen von unterschiedlichen Rednerinnen und Rednern. So sichert sie ihre Botschaftenkongruenz.

4.3.3 Europapolitik und Europäische Union

Auch im Bereich ihres ursprünglichen Markenkerns, der Kritik an der Euro-Politik der Bundesregierung und der EZB kann man bestimmte Verhaltensmuster registrieren. Diese sollen hier exemplarisch an der Debatte um die Forderung der AfD nachvollzogen werden, dass ein bankenunionales Fragerecht[54] von Bundestagsabgeordneten bei der Europäischen Zentralbank (EZB) (BT-Drs. 19/8558) in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags (GOBT) aufgenommen werden soll. Da das Fragerecht bereits besteht, es aber noch nicht in der GOBT geregelt ist, wäre eine Diskussion darüber in der Tat angezeigt. Seine Redezeit nutzt der Abgeordnete Peter Boehringer allerdings nicht dazu, zur Sache zu sprechen. In seinem aufgrund der vereinbarten Gesamtredezeit kurzen Beitrag, spricht er überwiegend über die Gefahren der Bankenhaftung und erneuert die Kritik an der EZB.

> »Der heutige Antrag behandelt übrigens nicht die Bundesbank. Warum? Die Bundesbank ist seit 1999 nur noch eine Unterabteilung der EZB. Die Risiken werden dem Steuerzahler durch die EZB aufgebürdet. Außerdem kommen die Vorstände der Bundesbank immerhin ab und zu freiwillig in dieses Haus. Beispiel: Wir hatten im Rechnungsprüfungsausschuss vorige Woche ein sehr gutes und sehr tiefgehendes Fachgespräch mit dem zuständigen Volkswirt und dem zuständigen Vorstand zu Target2. Komisch, dass nur die AfD-Fraktion es genutzt hat. Alle anderen Parteien und Fraktionen waren absent – alle. So ist das. […] Da gibt es jetzt drei Möglichkeiten: Erstens. Die Kollegen wussten schon alles zu Target2. […] Zweitens. Sie erkannten die Bedeutung von Target2 nicht. […] Drittens. Sie nehmen das Target2-Risiko als gottgegeben hin. Wir als AfD tun das nicht und halten ein Ignorieren für unverantwortlich.« (PlPr. 19/89: 10643).

Die AfD-Fraktion und hier ihr Ausschussvorsitzender Boehringer nutzt die Debatte über einen sachlichen Antrag, um nicht zu dessen Inhalt zu sprechen, sondern, um auf der Metaebene ein Thema zu diskutieren. Dies ist ein legitimes Stilmittel und wird von der AfD oftmals genutzt. Sie schafft über die formalen Anträge den entsprechenden Raum für solche Debatten und präsentiert – wie hier Peter Boehringer – immer wieder die gleichen Argumentationsketten. So prägt die AfD die Bundestagsdebatten und kann bei der eigenen kommunikativen Verwertung eine »rote Linie« vorweisen.

In der gleichen Thematik ist der Antrag zur umfassenden Besicherung von Target-2-Forderungen der Bundesbank zu sehen (BT-Drs. 19/9232). Dort führt die AfD an, bei diesen Salden handele es sich um zinsfreie Kreditvergaben der Bundesbank, für die der deutsche Steuerzahler bei einem potentiellen Austritt von Italien oder Spanien aus der Eurozone haften würde.[55] Die Redner aller anderen Parteien vermuteten hinter dem Antrag der AfD eine weitere Möglichkeit, den Euro zu kritisieren und für eine Rückkehr zur DM zu werben. Sie nahmen damit in der Debatte schon zentrale Momente des AfD-Framings auf, ohne, dass AfD-Abgeordnete dies in ihrer Redezeit formulieren mussten.

Auch generell zeigt sich die AfD-Fraktion gegenüber der EU in ihren Anträgen sehr kritisch. So fordert sie in ihrem Antrag »EU-Budget zum Wohle Europas kürzen« (BT-Drs. 19/10171) eine massive Kürzung des EU-Budgets um 80 Prozent. In ihrem Ansatz sollen die meisten Haushaltstitel gestrichen werden. Hier verbindet sie erfolgreich ihre verschiedenen Politiknarrative, wenn sie die EU-Kritik auf die Budgets für Migration oder auch die regionale Entwicklung überträgt. Für die AfD ist ein reduziertes »Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten« (BT-Drs. 19/10171: 1) erstrebenswert. Auch wenn die AfD-Fraktion wegen der konkreten Ausgestaltung des Brexits ihre Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der EU nicht weiterverfolgte, finden sich dennoch Hinweise, dass sie die EU in ihrer aktuellen Form für nicht zukunftsfähig hält, wie die folgende Passage aus einem Antrag zur EU-Westbalkan-Strategie zeigt:

> »Die EU wird in den nächsten Jahren große Anstrengungen allein darauf verwenden müssen, die Folgen des Brexits (in welcher Form auch immer) auszugleichen. Ein dramatisches Problem ist ferner die makroökonomische

> und finanzpolitische Lage in Italien. Nach wie vor ungelöst sind die Eurokrise und die Sicherung der EU-Außengrenzen in effektiver Weise.
> Aus diesem Grund sehen es die Antragsteller als dringend erforderlich an, über alternative Politikmodelle in der EU nachzudenken.« (BT-Drs. 19/ 9968: 3)

Um dieses alternative Politikmodell zu rechtfertigen, bedient sich die AfD-Fraktion auch bekannter Stereotype gegen andere europäische Nationen. So führt die Fraktion in einem Antrag mit dem Titel »Rückabwicklung von Finanzhilfen für Griechenland wegen Nichterfüllung und Nichtbeachtung der Kreditkonditionen« (BT-Drs. 19/9961: 1) aus, dass Griechenland unberechtigt eine Kredittranche in Höhe von 15 Milliarden Euro erhalten habe. Damit bedient sie Bilder, wie sie in Nordeuropa über die Leistungsfähigkeit von Südeuropa weit verbreitet sind. Sie kritisiert zudem die Kreditkonditionen und deren nachträgliche Anpassung zugunsten Griechenlands. Der Verlust wird auf 35 bis 40 Milliarden Euro geschätzt (BT-Drs. 19/9961: 1). Hier kulminiert die Forderung der AfD, diese Zugeständnisse zurückzunehmen (BT-Drs. 19/9961: 3).

Die AfD verbindet ihre Kürzungsvorschläge unmittelbar mit dem Hinweis, dass so eine Entlastung von Geringverdiener möglich sei. Hierbei bedient sie zum Beispiel in ihrem Antrag »Einsparungen aus dem EU-Budget nutzen – Durchschnitts- und Geringverdiener bei den Sozialabgaben entlasten« populistische Motive, wie dem Hinweis, dass sich so Arbeit wieder lohnen würde »im Vergleich zum Beziehen von Sozialleistungen« (BT-Drs. 19/10170: 1). Arbeitslosigkeit ist demnach als eine bewusste Entscheidung gegen das Arbeiten und für staatliche Unterstützung zu verstehen. In ihrem sozialpolitischen Programm sieht die Fraktion der AfD daher vor, dass der Arbeitnehmeranteil der Sozialversicherungsbeiträge bis zu einer Höhe von monatlich 300 EUR aus Steuergeldern bezahlt werden soll (BT-Drs. 19/10170: 2). Zur Finanzierung davon wird dann konsequenterweise vorgesehen, dass so genannte Teilhabechancengesetz ersatzlos entfallen zu lassen, mit dem Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen (BT-Drs. 19/10170: 2).

In der Debatte um den AfD-Antrag zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft kritisiert der AfD-Abgeordnete Siegbert Droese, dass die Bundesregierung die Chance verstreichen lassen

würde, die wirklichen Probleme der EU anzugehen: »Es entsteht nicht der Eindruck, dass man die Kernprobleme der EU wie Strukturprobleme, das Demokratiedefizit und vor allem die Vertrauenskrise der Menschen in die EU anpacken will« (PlPr. 19/170: 21163). Da die Bundesregierung zudem auf »Selbstkritik« verzichte, müsse die AfD diesen Antrag stellen. In der Tat liest sich dieses Positionsdokument der AfD-Fraktion weitgehend als Kritik an der herrschenden EU. »Die EU ist nicht sozial und kann auch nicht sozial sein, weil sie als weit entfernter Apparat weder eine Verbindung zu den Bedürfnissen der Menschen noch eine ausreichende demokratische Legitimation hat« (BT-Drs. 19/20614: 2).

Durch die Corona-Pandemie würde, die aus Sicht der AfD-Fraktion falsche Politik noch verlängert: »Mittel, die als Zuschüsse, also als Geschenk, ausgegeben werden, werden meist ohne demokratische Legitimierung und unter Verletzung selbst gegebener Richtlinien verteilt« (BT-Drs. 19/20614: 2).

Droese verbindet EU-Kritik mit der AfD-Kritik am vermeintlichen grünen Zeitgeist, wenn er die Politik der EU-Kommission rundherum ablehnt: »Statt sich also in grüner Religion zu sonnen, muss neben der Wirtschaft die Demokratie in der EU gestärkt werden.« (PlPr. 19/170: 21163)

Der Abgeordnete Müller fordert dafür in martialischer Sprache, dass »diese EU« dafür aber »auf den Müllhaufen der Wirtschaftsgeschichte« gehöre, »um dann über eine erneuerte EWG, über eine erneuerte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, wirtschaftssouverän zu handeln« (PlPr. 19/156: 19331). Auch im Bereich der Europapolitik gibt es in der Wahlperiode ein zentrales Dokument. Es handelt sich um die Positionierung der AfD-Fraktion hinsichtlich der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im Jahr 2020. In ihrem Text formuliert die AfD ihre entsprechende, souveräne Alternative einer EU, die durch die Vielfalt souveräner Nationen geprägt sei (BT-Drs. 19/20614: 4). Das Projekt »European Green Deal« der EU-Kommission will sie beenden. »Die AfD-Bundestagsfraktion schlägt vor, aus der deutschen Ratspräsidentschaft primär eine Präsidentschaft zu machen, die die wesentlichen Gründungsabsichten der EU stärkt und darüber hinaus Bürokratie und Regelungs-wut weitgehend reduziert.« (BT-Drs. 19/20614: 10).

Dafür formuliert sie folgende Grundsätze, die es nun zu

verfolgen gelte:

- »Die EU muss vor allem zu ihren Wurzeln als Wirtschaftsgemeinschaft zurückkehren.« (BT-Drs. 19/20614: 3)
- »Deutschland sollte sich, auch in seinem eigenen Interesse, für eine geordnete Auflösung der Eurozone einsetzen.« (BT-Drs. 19/20614: 3)
- »Eine größere Souveränität der Mitgliedsstaaten bedeutet gleichzeitig eine Rückkehr zu wirklicher Subsidiarität und damit zu mehr Bürgernähe.« (BT-Drs. 19/20614: 3)
- »Es ist höchste Zeit, die großenteils als teure, aber nutzlose Bevormundung empfundene EU-Bürokratie wieder in den Dienst europäischer Vielfalt, in den Dienst der Bürger zu stellen. (BT-Drs. 19/20614: 3 f.)
- »Das gesamte Meinungsspektrum der EU-Bürger muss in der EU abgebildet und in den Diskurs einbezogen werden.«

Hier zeigt sich die Verknüpfung der EU-Kritik mit der beschriebenen populistischen Demokratievorstellung ganz deutlich. Im Antrag wird noch einmal betont, dass die EU ein anderes Gesicht haben würde, »(w)ürde man auf die Bürger hören […] “ (BT-Drs. 19/20614: 4). Der Abgeordnete Prof. Weyel spricht daher von einer »Änderungskündigung«, der man die EU-Verträge unterziehen müsste (PlPr. 19/170: 21286) um die Minderheitenrechte zu wahren vor den »Verlockungen und der Peitsche des Sugardaddys aus Brüssel« (PlPr. 19/170: 21286). Alice Weidel unterstreicht dies in ihrem Redebeitrag zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Deutschland die nationalsouveräne Linie der AfD-Fraktion an drei Punkten:

> »Mit schuldenfinanzierten Ausgabenprogrammen kommen wir aus dieser Krise überhaupt nicht heraus. […] Sie verschärfen die Krise dadurch noch mehr. […] Zweitens: Steuern und Abgaben deutlich und dauerhaft senken, damit Arbeitnehmer und Selbstständige wieder Luft zum Atmen haben. Und drittens und vor allem: Nein zu neuen Milliardentransfers und Haftungsrisiken, mit denen deutsches Volksvermögen für Euro-Rettung und Transferunion verpfändet wird.« (PlPr. 19/166: 20642).

Die konkrete politische Agenda der AfD-Fraktion für die EU kann

auf Basis dieses umfassenden Antrags in Abbildung 19 zusammengefasst werden. Für Gauland folgt aus alldem, dass »eine Rückbesinnung auf deutsche Staatsräson nützlicher sein (könnte) als folgenloses, rhetorisch lautstarkes Moralisieren« (PlPr. 19/208: 26241). In einer Debatte zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2021 bezeichnete Norbert Kleinwächter für seine Fraktion dieses Dokument als »Manifest der Niedertracht« (PlPr. 19/212: 26710). Er beschreibt die EU auch im Hinblick auf die Probleme bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie als Feindin der Menschen:

> »Corona, die Pandemie, wird tatsächlich begrüßt, weil sie – Zitat – ›den Wandel stark beschleunigt hat und daher paradoxerweise auch mit großen Chancen verbunden ist‹. Also, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, Sie verlieren Ihre Arbeit, Sie verlieren vielleicht Ihre Wohnung, Ihre Selbstständigkeit, ein Familienmitglied oder einen geliebten Verwandten, und das ist eine Chance: Ihr Leid ist der Boden, auf dem Ursula von der Leyen ihre Politik macht.« “ (PlPr. 19/212: 26710).

Die Forderungen der AfD-Fraktion in der Europapolitik

1. Zweck der EU auf die Rahmensetzung des „gemeinschaftlichen, europäischen Wirtschaftens“ im Rahmen eines Verschlankungsprogramms zurückführen.
2. „Umverteilungstöpfe“ wie den „European Green Deal“ oder das „COVID19-Programm“ verhindern.
3. Wichtige Bereiche wie die Wirtschafts- und Energiepolitik als „hoheitliche Aufgabe eines jeden souveränen Staates“ sichern.
4. Bei der EZB ist „die Politik des Gelddruckens … sofort aufzugeben“ und die „Geschäftsgrundlage des Euros“ ist wiederherzustellen (no bail out und Maastricht-Kriterien). Eigentlich soll die Währungsunion aufgelöst werden. Auch Programme der Kommission (SURE, Merkels und Macrons „Wiederaufbaufonds“ oder das „‚Next-Generation-EU‘-Staatsausgabenprogramm“) sind sofort einzustellen.
5. „Budgethoheit der nationalen Parlamente“ erhalten und keine EU-Steuern einführen.
6. Alle Bestrebungen hinsichtlich eines europäischen Supranationalstaats werden abgelehnt. In den europäischen Gremien ist am Einstimmigkeitsprinzip festzuhalten. Die Befugnisse des EuGH sind einzuschränken.
7. „Solange die staatliche Souveränität der Nationalstaaten nicht vollständig wiederhergestellt ist, darf Deutschland ohne Volksabstimmung keine Verträge bezüglich einer EU-Erweiterung, Abgabe von Souveränitätsrechten und Haftungszusagen ändern oder abschließen.“ (Drs. 19/20614: 5) Europaweit sollen Volksentscheide nach Schweizer Vorbild eingeführt werden.
8. Im Bereich der Außen-, zur Sicherheits- und zur Migrationspolitik sollen weitere Integrationsschritte verhindert werden.
9. Sanktionen gegen Russland sind zu beenden, ebenso die Erweiterungsgespräche mit der Türkei.
10. Die „forcierte Migrationspolitik“ soll beendet werden.
11. Eine EU-Sozialunion wird abgelehnt. Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmärkte sind national und souverän zu gestalten.
12. Bei der Versorgung von Medikamenten und der Produktion sollen aber europaweite Lösungen gefunden werden.
13. Im Wissenschaftsbereich sind die Bologna-Reformen zurückzunehmen.
14. Die europaweite Förderung des Gender Mainstreamings wird als „Förderung der Gender Ideologie“ abgelehnt.
15. Einschränkungen der Meinungsfreiheit werden nicht hingenommen und die Freiheit des Internets ist „wiederherzustellen“.

Abbildung 19: Die Forderungen der AfD-Fraktion in der Europapolitik

Eigene Darstellung auf Basis des Antrags »Deutsche Ratspräsidentschaft für ein Europa der

Freiheit nutzen, für die Stärkung der nationalen Souveränität, für Bürgernähe und Demokratie« (BT-Drs. 19/20614)

In der Corona-Krise stellte sich die AfD-Fraktion gegen die Schaffung eines Wiederaufbaufonds, der der EU erstmals das Recht einräumen sollte, sich zu verschulden. Sie strengte eine Organklage beim Bundesverfassungsgericht an. »Es geht beim Programm ›Next Generation EU‹ um nichts weniger als um die Schaffung der Transfer- und Fiskalunion. Seit Jahrzehnten wurde von deutschen Regierungsverantwortlichen beteuert, dass diese Transferunion niemals kommen würde. Nun kommt sie doch. Die AfD-Fraktion hält diesen Vorgang für verfassungswidrig« (Boehringer/Glaser 2021).

4.3.4Klimawandel

Gerade den Aspekt des Umweltschutzes scheint die AfD seit dem Hype der Grünen bei der Europawahl besonders stark zu betonen. Alexander Gauland führt dazu in einem Vortrag aus, dass sich die Konservativen – zu denen er natürlich die AfD rechnet – das Thema Umweltschutz »zurückgewinnen« müssten (Gauland 2019a: 54). Dabei macht sie einen Gegensatz auf: Sie stellt den Umweltschutz der angeblich ideologisch angetriebenen Klimaschutzpolitik entgegen. Seitdem wiederholt die AfD Mantra artig »Schutz der Heimat bedeutet auch Schutz der Umwelt und der Natur« (Fiedler 2019b) und übernimmt damit auch einen alten Slogan der NPD. So begründet sie ihre Ablehnung des die Umwelt verletzenden Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Ein wichtiges Argument der AfD gegen den Klimaschutz und die Energiewende ist der vermeintliche Verlust unzähliger Arbeitsplätze – insbesondere im Osten und der Automobilindustrie– aufgrund einer irrationalen Klimapanik. In der Debatte zur Klimapolitik führte Karten Hilse aus:

> »Weil es wieder einmal falschen Weltuntergangspropheten gelungen ist, unter Mithilfe links-grün verdrehter Leitmedien die Menschen in unserem Land in Panik zu versetzen, ihnen jeden Tag einzureden, dass sie für den kommenden Weltuntergang verantwortlich seien und deshalb jubelnd den modernen Ablass, also EEG-Umlage und zukünftig auch eine Steuer auf die Atemluft, bezahlen

> dürfen. Die Kohlekumpel, die Beschäftigten in der chemischen, der Auto- und der Schwerindustrie sollen zudem ihrem zukünftigen Arbeitsplatzverlust freudig entgegensehen: Ihr bekommt bald Hartz IV, aber hey, ihr rettet die Welt; ihr habt zwar die Erderwärmung nur um 0,000653 Grad Celsius verringert, aber genau die haben die Welt gerettet.« (PlPr. 19/108: 13447)

Im September 2020 führte der Bundestag erstmalig die im Bundes-Klimaschutzgesetz festgeschriebene jährliche Plenarwoche »Nachhaltigkeit und Klima« durch. Dabei positionierten sich die Fraktionen zunächst in einer Grundsatzdebatte. Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel reklamierte den Begriff der Nachhaltigkeit für die AfD.

> »Nachhaltigkeit, das ist einer der am meisten missbrauchten Begriffe unserer Zeit. Nachhaltigkeit ist eine konservative Idee, die im Kern besagt: verantwortungsvoll handeln, in Generationen denken, Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen erhalten und keinen Raubbau an der Substanz betreiben. Deshalb ist Umwelt- und Naturschutz ein zutiefst konservatives Anliegen. Umso verhängnisvoller ist es, dass dieses Anliegen von grünen und linken Ökomarxisten gekapert und in sein Gegenteil verkehrt wurde und dass die Union einfach mitmacht« (PlPr. 19/175: 21976).

Sie benennt dabei die drei zentralen »Sündenfälle« der Politik der Regierungen von Angela Merkel, die die Gedanken der Nachhaltigkeit aus Sicht der AfD-Fraktion konterkarieren:

1. Klimaschutz und Energiewende würden nicht nur dem Umweltschutz entgegenstehen, sondern auch die wichtigen Industriebranchen Deutschlands schädigen.
2. Euro-Rettung und Corona-Bekämpfung würden zu »Schuldenberge, Rettungspakete und Rekordsteuern« (PlPr. 19/175: 21977) führen.
3. Die »hypermoralische Migrationspolitik« der letzten Jahre würde zu einer Spaltung der Gesellschaft führen (PlPr. 19/175: 21977).

Die Fraktionsvorsitzende wirft dabei den anderen Fraktionen vor, nicht aus »ihren Fehlern« zu lernen (PlPr. 19/175: 21977), benennt

aber keine eigenen Positionen. Dies ist in dieser Sitzungswoche den Fachsprechern überlassen, die zu vielen eigenen und Initiativen der anderen Fraktionen das Wort ergreifen. Die AfD-Fraktion nutzte dabei die sich bietende Plattform für »das dritte große Thema«, wie es Gauland (zitiert nach Wehner 2019b) bezeichnet hat, um sehr ernst ihre Positionen gegen die Umweltpolitik der Bundesregierung und besonders der Grünen deutlich zu machen. Dabei leitete sie der Grundsatz der generellen Unwirksamkeit der Bemühungen, die Marc Bernhard bei seiner Rede hervorhob:

> »Ihr eigenes Pariser Klimaabkommen macht endgültig eindrücklich klar, dass all Ihre Belastungen der Bürger für das Weltklima völlig nutzlos sind; denn der deutsche Anteil am menschengemachten CO2 beträgt gerade mal 1,8 Prozent, während Ihr Klimaabkommen allen Schwellen- und Entwicklungsländern wie China und Indien, die zusammen über 60 Prozent des weltweit verursachten CO2 ausstoßen, erlaubt, ihren Ausstoß bis 2030 unbegrenzt, also ohne Limit, weiter zu erhöhen.« (PlPr. 19/176: 22049)

In einem Antrag hielt die AfD-Fraktion zudem fest, dass der Einfluss von CO2 auf das Klima nicht zu erkennen und auch wissenschaftlich nicht nachgewiesen ist (BT-Drs. 19/20075: 1). In dem sehr schmal gefassten Antrag heißt es wörtlich (BT-Drs. 19/20075: 1):

> »1. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch die vom Menschen verursachten CO2-Emissionen.
> 2. Die wirtschaftlichen Schäden durch die von der Bundesregierung und den Landesregierungen verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Krankheitswelle sind real, Menschen verlieren ihre Arbeit und ihre berufliche Existenz.
> 3. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten hypothetischen Annahmen.
> 4. In jedem Fall ist jetzt der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion.«

Die negativen Auswirkungen würden also die Menschen und die

Industrie spüren. Die AfD-Fraktion lehnte daher mit entsprechenden Anträgen die Agenda 2030 (BT-Drs. 19/13531) und den »Green Deal« der Europäischen Union (BT-Drs. 19/22458) ab und forderte von der Bundesregierung, dass diese das Pariser Klimaabkommen (BT-Drs. 19/22450) aufkündigen soll. Sie stellt sich zudem in die Reihe der Klimaskeptiker. Insgesamt stellt die AfD-Fraktion 24 Anträge zu dieser Sitzung (Kolhoff 2020) und formuliert mit einer solchen Härte, dass sie sich hier ein »Alleinstellungsmerkmal« besitzt, wie es Gauland eingefordert hat. Die AfD-Fraktion nutzte die Debatten in dieser Nachhaltigkeitswoche, um sich als Systemopposition zu präsentieren. Für die AfD-Fraktion bestätigt die Corona-Pandemie und der damit einhergehende Shutdown, dass die Fahrverbote in deutschen Städten für Diesel-Autos keine wissenschaftliche Grundlage hätten. Marc Bernhard hält in der Begründung des Antrags »Diesel-Fahrverbote sofort und vollständig aufheben – Neueste wissenschaftliche Daten berücksichtigen« (BT-Drs. 19/20069) fest: »Die Hauptursache für die Luftverschmutzung in unseren Städten liegt also ganz offensichtlich woanders.« (PlPr. 19/166: 20742)

4.4 Auswertung weiteren Themenbereiche

4.4.1 Gesundheit

In der Gesundheitspolitik nimmt die AfD-Fraktion soziale und nationale Positionen ein. Zudem hat die Fraktion in diesem Bereich unter der Federführung des bis Oktober 2019 amtierenden Obmanns der AfD im Gesundheitsausschuss, Professor Axel Gehrke schon früh – und wesentlich vor Corona – umfassende Anträge verfasst und zur Diskussion gestellt. Sie machen einen großen Teil der inhaltlichen Positionierungen der AfD-Fraktion aus.

- Im Bereich der Pflege fordert die AfD-Fraktion die häusliche Pflege dadurch zu fördern, dass die finanzielle Unterstützung »an den gesetzlich vorgeschriebenen monatlichen Höchstbetrag für ambulante Pflegesachleistungen« angepasst wird (BT-Drs. 19/18717: 2).

- In der Krankenhausfinanzierung wendet sich die AfD gegen das DRG-System, welches aus ihrer Sicht zu einer »Zunahme der Privatisierung« in diesem Bereich (BT-Drs. 19/17754: 1) geführt hat. Sie will das Abrechnungssystem abschaffen und die Betriebskostenfinanzierung neu ordnen über ein Pauschalsystem (BT-Drs. 19/17754: 2).
- Im Bereich der Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum hat die AfD als Erwiderung auf einen Antrag der Linkspartei einen kurzen eigenen Antrag formuliert (BT-Drs. 19/17130). Sie fordert die Förderung bei der Gründung kommunaler MVZs durch den Bund. Wie dies ausgestaltet werden soll, dazu macht die Fraktion in der Ausschussberatung mit Anhörung unter anderem zu ihrem Antrag keine Ausführung (Protokoll-Nr. 19/83). Hier zeigt sich, dass die AfD im Jahr 2020 noch Probleme hat, satisfaktionsfähig zu formulieren. Der Sachverständige Dr. Nagel sah sich daher in der Anhörung im Fachausschuss nicht in der Lage Stellung zu nehmen.
- Die AfD drängt auf eine starke nationale Gesundheitsversorgung. Schon früh macht sie auf Versäumnisse in der Pandemiebekämpfung aufmerksam (BT-Drs. 19/17128) und forderte fachlich geeignete Maßnahmen. Darüber hinaus fordert sie eine von anderen Staaten unabhängige Medikamentenversorgung (BT-Drs. 19/15070) und eine Sicherung der Apothekenversorgung (19/8277).
- Gleichzeitig hat die AfD in diesem Bereich populistische Anträge. So greift sie in der öffentlichen Debatte die Hebammenvorsorge einfach die Forderungen der dort engagierten Verbände auf, ohne eine Lösung anzubieten (19/10631).
- Sie setzt sich im Bereich der Transplantationen für eine Stärkung ein.

4.4.2 Medien, Kommunikation und Informationstechnik

In der Medienpolitik stehen für die AfD das Netzdurchsuchungsgesetz und die massive Kritik daran im Mittelpunkt. In einem Antrag zur Subsidiaritätsklage gegen die EU-Richtlinie zum Urheberrecht (BT-Drs. 19/11129: 3) führt die AfD in der Begründung aus, dass die EU »nicht zuständig« sei für Dienstanbieter eine Blockade von nutzergenerierten Inhalten auf

der Basis von automatisierten Upload-Filtern vorzuschreiben. Sie sehen die Gefahr einer überobligatorischen Löschpraxis. In der Debatte warf die Abgeordnete Miazga (PlPr. 19/107: 13242) vor, dass die Bundesregierung eine »Zensur des Internets durch die Hintertür« betreibe. Die Bundesregierung soll durch diesen Antrag verpflichtet werden, auf dem Klageweg gegen die EU-Urheberrechtsreform vorzugehen. Aufgrund der Debatte dazu im Mai 2019 dürfte dies als Versuch zu bewerten sein, vor den Wahlen in Ostdeutschland noch einmal das Thema »Upload-Filter« auf das Tableau des Bundestages zu holen und gleichzeitig Kritik an der europäischen Rechtssetzung zu äußern.

In einem früheren Antrag – »Freiheit im Internet – Bürgerrechte stärken« (BT-Drs. 19/10172) – kritisiert die AfD, dass die Bundesregierung durch ihre digitalen Reformen wie das Netzdurchsetzungsgesetz, die Datenschutzgrundverordnung und die Urheberrechtsnovelle »tiefergreifende Einschränkungen der Bürgerrechte vorangetrieben« vorangetrieben habe. Joana Cotar kommentierte in der Debatte, dass »das Internet […] die öffentliche Debatte demokratisiert« habe (PlPr. 19/101: 12299). Sie positioniert die AfD als Anwalt der Netzgemeinde, wenn sie dann weiter feststellt, dass diese bestimme »über was diskutiert wird, keine Gatekeeper in Rundfunkräten, Redaktionen oder Regierungsbüros« (PlPr. 19/101: 12299). Diese Freiheit müsse erhalten bleiben. Während die AfD in ihrem Katalog durchaus viele Punkte aufführt, die ebenfalls von den anderen Netzpolitikern gefordert werden (u.a. Netzneutralität, durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung), lehnt sie regulierende Elemente, die ebenfalls Konzertsaal geteilt werden, wie eine Digitalsteuer, ab.

Im Bundestag übt die AfD-Fraktion wie in den Bundesländern Kritik am Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk. Sie fordert eine »breite medienpolitische Debatte mit und in der deutschen Öffentlichkeit zur Zukunft der Rundfunkordnung in Deutschland im Zeitalter unbegrenzt verfügbarer digitaler Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsangebote« (BT-Drs. 19/ 23728: 1). Dafür soll eine Enquete-Kommission von Bundesregierung und den Ländern eingerichtet werden. In der Begründung des Antrags formuliert die AfD sehr sachlich ihre Kritik am Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk. Sie fordert eine Diskussion über eine alternative Medienordnung,

»weil die Medienlandschaft seit Etablierung der deutschen

> Medien- und Rundfunkordnung grundlegenden Wandlungsprozessen unterworfen war und ist. Und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk selbst hat sich, was Programmausrichtung und journalistisches Ethos anbetrifft, sehr weitreichend verändert. Die Medienordnung läuft diesen Entwicklungen jedoch seit Jahrzehnten mit großer Verzögerung hinterher. Die Anpassungen – die meist auf Initiative der Verfassungsrechtsprechung erfolgten – haben dem technischen Wandel nur insofern Rechnung getragen, als sie stets neue Begründungen für die Aufrechterhaltung der einmal gefundenen Struktur schufen, obwohl die Voraussetzungen und Bedingungen sich seit ihrer Einführung mehrfach drastisch – nicht zuletzt mit der Digitalisierung – ganz grundlegend gewandelt haben.« (BT-Drs. 19/23728: 4)

Ein solches Vorgehen würde dem intransparenten Erarbeiten der Rundfunkstaatsverträge eine transparente Diskussion entgegengestellt. Die mit »sinkende(n) Zuschauerquoten« kämpfenden Sendern von ZDF und ARD sollen so an ihre »verfassungsrechtliche Legitimität der Privilegierung des durch Zwangsgebühren für jeden Haushalt finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems« erinnert werden (BT-Drs. 19/23728: 5).

> »In dem Maße, in dem gerade in den öffentlich-rechtlichen Sendern Grundsätze journalistischen Handelns wie parteipolitische Neutralität, Objektivität und Ausgewogenheit der Berichterstattung zurückgedrängt werden und ein sogenannter »Haltungsjournalismus« sich breitmacht, der offen Partei nimmt für politische und ideologische Ziele, Darstellungen einfärbt; Frames setzt, die die Wirklichkeit in einem gewünschten Licht erscheinen lassen, Themen bewusst emotionalisiert und damit Meinungen und Einstellungen der Zuschauer und Zuhörer beeinflussen will, wird Marktmacht zur Meinungsmacht und damit zu einem Problem für die Demokratie selbst.« (BT-Drs. 19/23728: 5).

Neben der Suche nach »Alternativen zur bestehenden Ordnung« (BT-Drs. 19/237328: 6) fordert der Medienpolitiker Martin Renner auch die Einrichtung einer »Stiftung Medientest«, »um die

Einhaltung journalistischer Qualitätsstandards zu kontrollieren« (Renner zitiert nach Rainer 2020). Auch dieses Politikfeld sieht die AfD-Fraktion als eine mögliche Achse mit CDU und FDP, schon bevor sich die Situation in der Medienpolitik durch die Weigerung der CDU-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt den Rundfunkstaatsvertrag zu ratifizieren Ende des Jahres 2020 zuspitzte. »›Die Wahl des Thüringer FDP-Ministerpräsidenten war ein erster Testballon, um die Tiefen und Untiefen einer politisch denkbaren Zusammenarbeit mit konservativen und liberalen Parteien auszuloten‹, sagte Renner dem SPIEGEL. Die Kontrolle von ARD, ZDF und anderen Medien könne ein ›zweiter Testballon sein‹.« (Rainer 2020).

4.4.3Neue Bundesländer/innerdeutsche Beziehungen

In einer Großen Anfrage (BT-Drs. 19/4313) kritisiert die AfD die Aussagen der Bundesregierung, es habe in Chemnitz »Zusammenrottungen« und »Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens« gegeben. Diese Erkenntnis würde lediglich auf Medienberichterstattungen fußen, decke sich in keiner Weise mit den Einschätzungen der örtlichen Sicherheitsbehörden und widerspräche den Aussagen des sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer sowie des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen. Die AfD nutzte die Debatte zu der Anfrage, um sich als Anwältin ostdeutscher Interessen zu inszenieren und der Regierung Gesinnungspolitik zulasten der Chemnitzer vorzuwerfen. So führt der Abgeordnete Martin Erwin Renner aus, dass es »keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome« in Chemnitz gegeben habe und verwies auf die entsprechenden Aussagen von Maaßen. Sodann warf er der Kanzlerin vor, mit ihren kritischen Worten zu den Vorfällen in Chemnitz »Ex-DDR-Bürger zu Deutschen zweiter Klasse zu machen, die man beschimpfen und in aller Welt verunglimpfen kann, nur weil diese eine andere politische Meinung haben.« (PlPr. 19/105: 12892).

Immer wieder zieht die AfD dabei die Parallele zwischen dem DDR-Regime und der Regierung Merkel. So hieß es im Beitrag des AfD-Abgeordneten Ulrich Oehme in der gleichen Debatte:

> »Interessant sind in diesem Zusammenhang die verwendeten Termini. Ich möchte hier gern zwei Quellen

> zitieren, mit Erlaubnis des Präsidenten. Die erste Quelle: Im Bereich der Zentralhaltestelle rotteten sie sich zusammen, störten das Volksfest und legten den öffentlichen Verkehr lahm. – Die zweite: »Solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen […] “. – Fällt Ihnen bei diesem Duktus etwas auf? Beide Aussagen wurden von Staatsorganen über die Bürger von Chemnitz getroffen. Beide wurden von Regierungen getroffen, die um ihren Machterhalt fürchten. Die erste über die Bürger der DDR am 9. Oktober 1989, und die zweite vom Regierungssprecher Seibert auf der Pressekonferenz am 27. August 2018.« (PlPr. 19/105: 12905)

Mit keinem einzigen Wort gingen die Redner der AfD auf die Vorwürfe der anderen Abgeordneten ein, dass die AfD in Chemnitz gemeinsam mit einigen führenden Köpfen der rechtsextremen Szene auf die Straße gegangen sei. Hier zeigt sich ein Verhalten, welches in der Praxis der rechtspopulistischen Opposition besonders wichtig ist: Es gibt keine unmittelbare Auseinandersetzung mit dem Argument der Gegenseite. Vielmehr wird ausschließlich die (vermutete) emotionale Lage der eigenen Anhängerschaft antizipiert. Dadurch findet kein Dialog statt und die Funktion des Parlamentarismus von Rede und Gegenrede wird ausgesetzt.

In einer Rede zu »30 Jahre Mauerfall« formuliert Tino Chrupalla die gesammelte Ablehnung der AfD-Fraktion gegen die Kanzlerin.

> »Die Einheit bescherte uns auch neue Politiker, zum Beispiel die amtierende Kanzlerin Angela Merkel. Ich bedaure, dass sie uns nicht verrät, welche Herrschafts- und Zersetzungsstrategien sie damals bei der FDJ gelernt hat. Wie man ein Volk mit Agitation und Propaganda in Schach hält, ist wertvolles Wissen, das uns dabei helfen könnte, den Riss zu kitten, der heute wieder durch Deutschland geht. Wie haben Sie es eigentlich geschafft, Frau Merkel, dass heute wieder ein antifaschistischer bzw. ein antideutscher Trennwall unser Land zerteilt? Diese Entwicklung fällt in Ihre Amtszeit. Dafür sind Sie verantwortlich. Oder glauben Sie etwa, dass Ihren Untertanen Ihre vielen Mikroaggressionen gegen alles Deutsche entgangen sind? Ich kann auch kaum glauben, dass eine Frau so wenig Mitgefühl und Liebe zu dem Volk

empfindet, das sie selbst regiert und repräsentiert« (PlPr. 19/125: 15565 f.).

Die AfD-Fraktion grenzt sich gegen die Linksfraktion ab und steht mit ihr in einem Konkurrenzverhältnis hinsichtlich der Repräsentanz ostdeutscher Interessen und Gefühlslagen. Daher reagiert sie auf Initiativen der Linksfraktion in diesem Bereich intensiv und setzt thematisch ähnliche eigene Anträge dagegen.[56]

Als Anwalt Ostdeutschlands positioniert sich die AfD-Fraktion in der Debatte im Juni 2019, als es um die Zukunft der Kohlenutzung ging. Hier forderte die Fraktion in ihrem Antrag eine, Aussetzung des Kohleausstiegs bis zu dem Zeitpunkt, an welchem alternative Energieträger grundlastfähig sein (BT-Drs. 19/9963). Der AfD-Umweltpolitiker Karsten Hilse warnte davor, aufgrund minimaler Auswirkungen auf die Erderwärmung die Kohlekraftwerke insbesondere in Ostdeutschland abzuschalten. Dadurch würde die Industrie in den betroffenen Bundesländern überproportional leiden. »Die circa 30.000 Arbeitsplätze, die allein in Sachsen direkt oder indirekt von der Braunkohle abhängig sind, werden als Kollateralschäden verbucht. Das ist Verrat an den Kohlekumpeln, die bei Wind und Wetter für eine sichere Stromversorgung stehen. Das ist Verrat!« (PlPr. 19/98: 11762). Auch hier eine scharfe Rhetorik und die Positionierung der AfD als einziger Stimme für den Osten. Die Forderung nach einem Treuhand-Untersuchungsausschuss ist daher nur zwangsläufig (BT-Drs. 19/11126).

4.4.4 Wirtschaft, Energie und Verkehr

Es ist bemerkenswert, dass nur wenige Debatten über eigenständige Initiativen der AfD in dem Bereich der Wirtschaftspolitik in der Zeit zwischen 2017 und 2020 geführt wurden. Dies änderte sich erst durch die Corona-Krise. Hier zeigt sich deutlich, dass die AfD in diesem Bereich sehr mit innerparteilichen und also auch innerfraktionellen Meinungsverschiedenheiten zu kämpfen hatten. Dies zeigt den Graben zwischen unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ansichten innerhalb der AfD, der auch in den unterschiedlichen Reden der AfD-Abgeordneten zu ähnlichen Themen deutlich wird.

Der Abgeordnete Hansjörg Müller nutzte die Haushaltsdebatte

über den Etat des BMWi, um den Sozialstaat zu kritisieren.

> »Und genau aus diesem ernsten Grund sage ich allen hier versammelten Volksvertretern, allen Parteien, Politikern und Regierungsmitgliedern: Ich brauche Eure Subventionen und Transferzahlungen nicht; ich will nicht Euer Kinder-, Mutterschafts- und Sterbegeld, nicht Eure tausend Almosen und milden Gaben, die Ihr mir vorher aus der Tasche gezogen habt – und mir und meinen Kindern noch in fünfzig Jahren aus der Tasche ziehen werdet. […] Aber: Laßt mich dafür auch in Frieden. Ich bin nicht Euer Buchhalter, Statistiker und Belegsammler, der die Hälfte seiner Lebenszeit damit zubringt, Eure Schnüffel-Bürokratie zu befriedigen, der von einem Paragraphen-Knäuel zum anderen taumelt […] Schickt Euer Millionenheer von […] parasitären Umverteilern nach Hause« (PlPr. 19/110: 13569).

In einer Debatte über die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus der Corona-Krise unterstrich Stephan Kotré diese Position in seinem Beitrag:

> »Entlastung der Wirtschaft dort, wo einfach nur ein Federstrich genügt: Streichung unsinniger Subventionen, Abschaffung der Energiewende, Wiedereinführung der Kohleverstromung und Kernenergie, Bürokratieabbau jetzt wirklich umsetzen. […] Die Wirtschaftspolitik muss nach Jahren und Jahrzehnten der planwirtschaftlichen Lenkung endlich wieder marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Fesseln der Bürger und Unternehmen lösen.« (PlPr. 19/162: 20163)

Die Gegenposition nimmt der Abgeordnete der AfD, Jürgen Pohl ein. In der Plenardebatte zu zwei Anträgen der Linksfraktion und einem von Bündnis90/ Die Grünen zur Höhe des Mindestlohns äußert er starke Kritik an der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre.

> »Seit gut 20 Jahren bleiben die Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung zurück; darüber müssen wir reden. Wir müssen darüber reden, dass in Deutschland nach dem Sozio-oekonomischen Panel die Reallöhne für 40 Prozent der Bevölkerung gesunken sind. Die Mindestlohndebatte ist die falsche Debatte. Der

> Grundfehler der Agenda 2010 muss endlich behoben werden. Die Agenda 2010 hat eine Verhandlungsposition für die abhängig Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt geschaffen und sie dabei massiv geschädigt. Wer vor der Wahl steht: ›Verkauf dein Vermögen und nimm Hartz IV oder nimm den miesen Job an‹, der wird bereit sein, Arbeit zu niedrigsten Löhnen zu akzeptieren.« (PlPr. 19/69: 8062).

Da die Fraktionsspitze von solchen Unstimmigkeiten weiß, scheint es die Linie zu sein, eigene Anträge im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht prominent zu positionieren.

Die Fraktion nähert sich der Frage der Wirtschaftspolitik über Anträge in anderen Bereichen, wie der Umwelt- und Energiepolitik. Hier stehen dann die Belastungen der Industrie oder die Auswirkungen eines ideologisch motivierten Strukturwandels im Mittelpunkt der Argumentation. Auf diese Sichtweisen kann die Fraktionsführung beide Linien mühelos vereinen. Alice Weidel selbst nutzt für die Wirtschaftspolitik die Möglichkeit, Querverbindungen zu anderen Themenbereichen zu ziehen. In der Debatte zu 70 Jahre Grundgesetz formuliert sie so ein Angebot, welches sowohl neoliberale als auch Positionen des sozialen Flügels aufnimmt. Die Analyse der AfD zur Situation in Deutschland formuliert sie in folgender Passage:

> »Der Wohlstand, auf dem der innere Zusammenhalt der Gesellschaft unter dem Schirm des Grundgesetzes beruht, ist in akuter Erosionsgefahr. Zehntausende produktive industrielle Arbeitsplätze gehen gerade erdrutschartig verloren: bei Autobauern und Zulieferindustrie, bei Chemie- und Pharmaunter-nehmen, bei Energieversorgern und Kraftwerksbauern, Mittelständlern und Konzernen. Die Politik berauscht sich an Statistiken, die hohe Beschäftigungszahlen bei stagnierendem Wirtschaftswachstum vorgaukeln. Pizza-boten, Paketzusteller und Fahrradkuriere sind aber kein Ersatz für produktive Arbeitsplätze, die den Wohlstand erst schaffen, den der Sozialstaat verteilt.« (PlPr. 19/101: 12156).

Daran anschließend folgt die klare Zuschreibung, dass die dem Zeitgeist folgende ideologische Politik der verschiedenen Regierungen unter Kanzlerin Merkel Verursacherin dieses Niedergangs sei.

> »Der politisch erzwungene Umbau Deutschlands vom Hochleistungsindustriestandort zum Niedriglohnland vernichtet die ökonomische Substanz, die den Sozialstaat am Laufen hält. Und damit wird auch das in Artikel 20 des Grundgesetzes festgeschriebene Sozialstaatsgebot zum toten Buchstaben und zur leeren Hülle. Das ist eine direkte Folge falscher Regierungspolitik.« (PlPr. 19/101: 12156).

Die AfD kann aber sehr genau unterscheiden, welche Branchen sie ihren Schutz angedeihen lassen will – und wem nicht. In einer Diskussion über die Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung durch die Bundesregierung und zwei Anträge der FDP und der Grünen dazu im April 2019 findet sich eine spannende Passage beim Abgeordneten Steffen Kotré über die damals aktuelle Debatte über den Schutz der Medien vor ausländischem Einfluss.

> »Es ist schon grotesk, zu lesen, dass die Bundesregierung große deutsche Medienunternehmen vor ausländischem Einfluss schützen möchte. Denn was passiert in diesem Land? Die Medien liegen am Boden. Es gibt Falschnachrichten, eine nach der anderen. Ich befürchte, dass das Niveau unserer großen Medienhäuser so sehr am Boden ist, als dass Ausländer das noch toppen könnten. Ich wünsche mir manchmal, dass sich hier Ausländer bei uns einkaufen, damit die Berichterstattung vielleicht wieder objektiv wird. Ich erinnere an selbsterfundene Hetzjagden in Chemnitz, die nie stattgefunden haben, an die Verharmlosung von Ausländerkriminalität – das geschieht systematisch in unseren Medien –, an Merkels kriminelle Grenzöffnung, die nicht so thematisiert wird, wie es sein müsste, oder an die Masseneinwanderungen in die Sozialsysteme. Eine Auseinandersetzung damit findet großflächig nicht statt.« (PlPr. 19/95: 11494)

Die Kritik an den Grünen platzierte die AfD in der Debatte zum Antrag »Nachhaltige maritime Wirtschaftspolitik umsetzen« (BT-Drs. 19/10149) einem Antrag der Regierungskoalitionen. Dem stellte die AfD-Fraktion ihren Antrag »Deutsche Seehäfen stärken – Einfuhrumsatzsteuer reformieren« (BT-Drs. 19/10173) entgegen. In dem Antrag selbst fordert die AfD die Bundesregierung auf, »bis spätestens Ende 2019 das sog. Verrechnungsmodell bei der

Einfuhrumsatzsteuer zu realisieren« (BT-Drs. 19/10173: 2). In der Rede von Bernd Baumann wird diese Forderung – die sich so ebenfalls im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU findet – nicht erwähnt. Zentraler Angriffspunkt ist das Verbandsklagerecht von Umweltverbänden und die daraus resultierende Blockade der Elbvertiefung für den Hamburger Hafen. Der 1. PGF der AfD-Fraktion griff die Grünen dafür direkt an: »Typisch linksgrün! Jeder kleine Fenchel ist ihnen wichtiger als die 140.000 Arbeitsplätze im Hamburger Hafen«. (PlPr. 19/102: 12420).

Die AfD fordert die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (BT-Drs. 19/10626), da dies seine Ziele verfehlt habe. Die Energiewende sei sinnlos, da Deutschlands CO^2-Emmissionen nur einen minimalen Beitrag zur weltweiten Klimaerwärmung beitrügen. Sie sei zudem unsicher, weil Strom aus Erneuerbaren Energien Schwankungen unterliege und die Gefahr von Blackouts steige. Außerdem wäre es so kostspielig, dass der deutsche Steuerzahler die höchsten Strompreise Europas zu tragen hätte. Wichtig in der Argumentation der AfD-Fraktion ist, dass die Energiewende umweltgefährdend sei, da Vögel und Insekten durch Windkraftanlagen geschreddert und die Böden durch den Anbau von Monokulturen für die Biogasproduktion zerstört würden.

Die AfD-Fraktion formuliert während der Corona-Krise ihr wirtschaftspolitisches Programm sehr dezidiert und teilweise auch überraschend programmatisch. Im Bereich des Tourismus stellt sie sich auf die Seite der Tourismuswirtschaft. Hier nutzt sie das erste Mal in der Wahlperiode den besonderen Zugang zu dem Thema, den sie aufgrund des Ausschussvorsitzes hat.

Die Fraktion formuliert bei ihren Initiativen den Anspruch an die Bundesregierung, die »Vorzüge des Deutschlandsurlaubs aus verschiedenen Blickwinkeln« aufzuzeigen (19/20591: 1). Unter anderem solle jedem, der in Deutschland im Jahr 2019 steuerpflichtig gewesen sei, ein Zuschuss in Höhe von einer Übernachtung bei einer mindestens sieben Tage dauernden Urlaubsreise gewährt werden (BT-Drs. 19/20591: 3). Gleichzeitig sollten pauschale Reisewarnungen aufgrund der Corona-Pandemie durch »differenzierte Hinweise und Reisewarnungen« (BT-Drs. 19/20592: 1) ersetzt werden. Im Übrigen eine Politik, die die Bundesregierung im Laufe des Sommers 2020 auch vorgenommen hat. Münzenmaier greift dies auf und formuliert die Kritik an den pauschalen Reisewarnungen. Dabei spricht er das zentrale

Problem der AfD-Fraktion während der Corona-Zeit an. Sie dringt aufgrund des Agenda-Settings insbesondere der Exekutive in Krisenzeiten nicht mit ihren Forderungen durch. »Das Vorgehen des Auswärtigen Amts hier passt wunderbar wieder in das Gesamtbild der Coronapolitik dieser Bundesregierung: immer schön pauschal bewerten, sich nicht von Tatsachen aus dem Konzept bringen lassen und Wochen nach sinnvollen Oppositionsforderungen diese dann doch klammheimlich umsetzen.« (PlPr. 19/169: 21076).

Mit den Kampagnen ›Aufbruch für Deutschland‹ und ›Einfach frei leben‹ führt sie diesen Kurs in ihren Debatten und Anträgen im Bundestag fort und präsentiert sich am Ende der Legislaturperiode mit einem klar als wirtschaftsliberal zu bezeichnenden Wirtschaftspolitikprofil. Dies wird ergänzt um Elemente des »Solidarischen Patriotismus« (Kaiser 2020a), wie sie sich in Forderungen nach einer Armutsbekämpfung im Bereich der Rentenpolitik niederschlägt (BT-Drs. 19/29768).

4.4.5Die Querschnittsthemen Elitenkritik und populistisches Demokratieverständnis, Anti- »Genderismus« und Erinnerungsarbeit

Unmittelbar nach der Konstituierung der AfD-Fraktion positionierte sie sich als Kritikerin der Parteiendemokratie. So formulierte sie nach der Auseinandersetzung um den Posten des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags, dass die »Altparteien« ihr diesen Posten vorenthalte. Man werde daraus die Konsequenzen ziehen und mit allen Mitteln den Parlamentsbetrieb erschweren. Daraufhin löste die AfD in regelmäßigen Abständen mittels des Hammelsprungs[57] die Feststellung der Beschlussunfähigkeit des Parlaments aus.

Über einen Antrag, die Parlamentarischen Staatssekretäre generell abzuschaffen, bediente die Fraktion Ende des Jahres 2018 in der Bevölkerung breit vertretene Vorurteile hinsichtlich der Ämterpatronage. Ihre Argumentation dazu: Abgeordnete müssen die Regierung kontrollieren und somit nicht Teil davon sein. Zudem diene das Amt als Versorgungposten für Parteimitglieder und sei mit hohen Kosten verbunden, die in keiner Relation zu dem eher geringen Nutzen stünden (BT-Drs. 19/5912: 1).[58]

Die AfD forderte im März 2019 in einem Gesetzentwurf zudem,

die Amtszeit für Bundeskanzlerinnen oder -kanzler auf zwei Legislaturperioden zu begrenzen (BT-Drs. 19/8275). Die Debatte im Plenum nutzte die AfD allerdings nicht, um über die Sache selbst zu diskutieren, wie sie es in der Begründung des Gesetzentwurfs umfänglich vornimmt (BT-Drs. 19/8275: 1 f.). Vielmehr stand die Kritik an der Person Angela Merkel im Mittelpunkt. Der damalige Vorsitzende des Rechtsausschusses, Stephan Brandner führte unterbrochen von Zwischenrufen aus:

> »Im konkreten Fall der noch kurze Zeit amtierenden Bundeskanzlerin Merkel wäre Deutschland sehr gedient gewesen, wenn sich diese Amtszeit auf, sagen wir mal, vier Jahre beschränkt hätte. Was hätte unserem Land, unseren Bürgern alles erspart werden können? Wahnwitzige Energiewenden hin und her, wahnwitzige Euro- und EU-Politik, wahnwitzige Verteidigungs- und Außenpolitik wären uns erspart geblieben. Aber auch wenn Merkels Amtszeit erst 2013 ausgelaufen wäre, stünde unser Land deutlich besser da als nach knapp 14 Jahren mit immer derselben Frau im Kanzleramt. Es hätte wohl keine illegale wahnwitzige Grenzöffnung gegeben. Millionen Menschen aus fremden Kulturen wären nicht in unser Land und unsere Sozialsysteme geflutet. Viele Menschen – Mädchen, Frauen, Jungen, Männer – würden noch leben. Sie wären nicht Opfer der Messerzuwanderung, sie wären keine Opfer von Mord und Terror geworden.« (PlPr. 19/86: 10182)

Eine zentrale Debatte, in der die AfD ihr gesamtes Kritikarsenal unterbringen konnte und zugleich über die Formulierungen in der Öffentlichkeit die aus ihrer Sicht erhoffte Polarisierung und Empörung erzeugt hat.

Die AfD positioniert sich auch als Kritikerin der Kirchen und fordert »[d]ie Entflechtung der finanziellen Beziehungen von Staat und Kirche« (BT-Drs. 19/ 19649: 2). Dafür bringt sie ein eigenes »Gesetz über die Grundsätze zur Ablösung der Staatsleistungen an Religionsgesellschaften« (BT-Drs. 19/ 19649) ein.

Auch die aktuellen Auswirkungen des Wahlrechts, die den Bundestag in der 19. Wahlperiode auf 709 Abgeordneten hat anwachsen lassen, wird von der AfD aufgegriffen. In einem Gesetzentwurf verlangt sie symbolisch die vorgesehene Frist für die Einladung der Vertreterversammlung um drei Monate zu

verlängern, um dem Gesetzgeber mehr Zeit zu gewähren (BT-Drs. 19/15074: 3). Mit ihrem eigenen Gesetzesvorschlag will sie die Zahl der Bundestagsabgeordneten auf 598 begrenzen. Dies soll dadurch erreicht werden, dass »die Direktmandate in unverändert bestehenbleibenden 299 Wahlkreisen in jedem Bundesland jeweils so zu vergeben, dass keine Überhangmandate mehr entstehen (BT-Drs. 19/22894: 3). Albrecht Glaser begründet die Wahlrechtsvorschläge der AfD entsprechend der populistischen Demokratievorstellung, dass die direkte Repräsentation gestärkt und gleichzeitig Steuermittel geschont werden müssten.

> »Der AfD-Vorschlag löst alle Probleme. Nach ihm gibt es keine Überhang- und keine Ausgleichsmandate mehr, alle Wahlkreise bleiben erhalten, und der Bundestag hat, wie im Gesetz schon heute festgelegt, 598 Mandate.
> Nebenbei […] geht es auch um viel Geld. Rund 200 Millionen Euro Einsparung für die nächste Legislaturperiode sind gegenüber der Schuldenpolitik zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, für das politische Ansehen unserer Demokratie jedoch ein Meilenstein.«
> (PlPr. 19/183: 23044)

Die Wahlrechtsreform, die die Große Koalition dann aber beschlossen hat, dient der AfD als Beleg für ihre Kritik an der herrschenden Mehrheit. So führt Albrecht Glaser in seiner Rede dazu aus:

> »Die ausgefallene Wahlrechtsreform ist symptomatisch für das gesamte Regierungshandeln seit 2017: keine Reform. Drei Jahre haben die Regierungsparteien erfolgreich jede Reform verhindert, und das jetzt zusammengenagelte Stückwerk ist keine Reform.
> Der Verhinderungshebel war stets der Mythos um das Direktmandat. Obwohl insbesondere die Union nichts mit direkter Demokratie anfangen kann, erklärt sie das Direktmandat zum demokratischen Kultgegenstand – also pure Taktik.« (PlPr. 19/183: 23043)

Kombiniert wird das Narrativ der angeblich selbstreferentiellen Elite der etablierten Parteien mit der Forderung nach direkter Demokratie. Die AfD-Fraktion forderte bereits im April 2018 die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur direkten Demokratie (BT-Drs. 19/1699), die dann in einer Diskussion im April 2019 vom

Bundestag abgelehnt wurde. Kernpunkt des Antrags war, dass die Enquete-Kommission bis zur Sommerpause 2019 Handlungsempfehlungen für ein Gesetz zur Stärkung der Direkten Demokratie in Deutschland erarbeiten sollte. Die Regierungsparteien haben diesen Antrag abgelehnt und sich für die Einsetzung einer Expertenkommission innerhalb der Regierung ausgesprochen. Die AfD kritisierte in der Debatte im April 2019, dass nach einem Jahr Arbeit noch nicht einmal Kriterien für die Auswahl der Experten feststünden. Mittlerweile hat die AfD im August 2019 einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. In dem »Direkte Demokratie Einführungsgesetz« (BT-Drs. 19/12371: 2) fordert die AfD-Fraktion »Volksabstimmungen, Volksentscheide und Volksbegehren« zu institutionalisieren und »als Grundrechte in das Grundgesetz« einzuführen. Damit legt sie in diesem Feld, in dem sie eine ihrer Kernkompetenzen vermutet (AfD 2016: 6), einen zentralen Gesetzentwurf vor. Sie legt zudem ein Gesetz vor, welche die Direktwahl des Bundespräsidenten vorsieht (BT-Drs. 19/25417). Die AfD-Fraktion will somit mit Verweis auf Umfragen, in der eine deutliche Mehrheit der Deutschen diesen Vorschlag unterstützen, »die Lust der Bevölkerung auf eine größere Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen im Land« unterstützen (BT-Drs. 19/25417: 2). Zudem würde »zugleich auch der Ärger darüber, dass die Kandidaten für das oberste Staatsamt auf intransparente Weise in Hinterzimmerrunden auserkoren werden« aufgenommen (BT-Drs. 19/25417: 2). »Somit ist die Direktwahl des Bundespräsidenten das geeignete Mittel, um den Stimmen der Bürger mehr Beachtung zu schenken, und um hierdurch zu verhindern, dass die hierzulande weit verbreitete Politikverdrossenheit weiter zunimmt« (BT-Drs. 19/25417: 2).

Als Beispiel für eine gute Demokratie wird immer die Schweiz mit ihren Direktdemokratischen Elementen hervorgehoben. Sie dient in den Debatten, in denen es um Anträge der AfD im Bereich ihrer Demokratiekonzeption geht, als Blaupause. So könnte durch gewährleistet werden, dass »der geäußerte Wille des Volkes das oberste Gesetz« (PlPr. 19/213: 26826) in Deutschland werde und »die Macht der Hinterzimmer« (PlPr. 19/213: 26827) reduziert werde. In der Debatte um das AfD-Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie hebt der Abgeordnete Roman Reusch hervor, dass auch der Brexit als Beleg gelten könnte, welche Erfolge man

»mit diesem Instrument […] bewirken« (PlPr. 19/213: 26827) könnte. Die Kritik an der derzeitigen parlamentarischen Demokratie formuliert er in drastischen Worten und betont, dass eine »Gegenmacht« (BT-Drs. 19/213: 26826) notwendig sei. Er kritisiert

> »die elende Parteibuchwirtschaft, die sämtliche staatliche Organisationen durchwuchert hat und selbst heute nicht mal mehr vor niedrigeren Rängen haltmacht. Auch diese dient natürlich der Überwindung von Zuständigkeiten und Gewaltenteilung im Sinne der Machtausübung.
> Dies hat zu einer Machtkonzentration in der Hand einiger weniger Spitzenfunktionäre geführt, die die berühmten Mütter und Väter unserer Verfassung auf Herrenchiemsee mit Sicherheit verhindern wollten« (BT-Drs. 19/213: 26826).

Im Zuge der Aufarbeitung der so genannten Maskenaffäre aufgrund von Vermittlungsprovisionen an CDU-Bundestagsabgeordnete in der Corona-Pandemie setzte sich die AfD-Fraktion für ein gesetzliches Lobbyregister für Lobbyisten, Nichtregierungsorganisationen und Lobbydienstleister und die Schaffung einer »legislative[n] Fußspur« (BT-Drs. 19/22183: 2). Diese sorgt dafür, »dass in Gesetzentwürfen diejenigen Lobbyisten und externen Berater genannt werden, die an der Erarbeitung der Gesetzentwürfe beteiligt waren« (BT-Drs. 19/22183: 2).

Im Umfeld der Inauguration des neuen amerikanischen Präsidenten übernimmt die Fraktion einige Motive der Zweifler an Briefwahlen. Die AfD-Fraktion versucht im Januar 2021 über die Geschäftsordnung die Diskussion eines kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzten Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Durchführung der Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2021 zu verhindern, den die Koalitionsfraktionen »ohne Ankündigung […] gestern […] aufgesetzt« haben, wie Bernd Baumann ausführt (PlPr. 19/204: 25619). Sie positioniert sich hier als Garantin unserer demokratischen Verfahren, die sie durch angebliche Unsicherheiten bei Briefwahl und digitale Abstimmungen (welche sie als Partei im Übrigen bei Parteitagen regelmäßig selbst einsetzt) gefährdet sieht und sich gegen eine »Art Notverordnung« einsetzt mit der die Regierung »in sämtliche Wahlverfahren eingreifen [kann], in denen die Parteien ihre

Kandidaten für den Bundestag aufstellen« (PlPr. 19/204: 25619).

In seiner Begründung zum Geschäftsordnungsantrag führt Bernd Baumann aus:

> »Wahlen sind die Herzkammern der Demokratie. Dieses Vorgehen heute ist eine Operation am offenen Herzen. Darüber müssen wir aber ausreichend reden, bevor wir im Bundestag einen solchen Demokratienotfall erklären. Wir müssen das in Ausschüssen debattieren. Nehmen Sie diesen übereilten Antrag wieder von der Tagesordnung runter, meine Damen und Herren!
> Mit dem heute vorliegenden Antrag rücken so Dinge wie Briefwahl und digitale Abstimmung plötzlich in den Vordergrund. Sie sind, wie wir wissen, manipulierbar: Niemand kann kontrollieren, wer von zu Hause aus Briefe abschickt oder am Computer abstimmt; auf Parteitagen kann man das mit Personalausweisen.« (PlPr. 19/204: 25619)

Die AfD-Fraktion nutzt hier auch die Aussagen des Bundeswahlleiters, der von einem Restrisiko bei Briefwahlen ausgehe (PlPr. 19/204: 25620). Zudem zeige die AfD, dass sie mit ihren Hygienekonzepten Demokratie in der Pandemie ermögliche.

> »Die AfD hat in Nordrhein-Westfalen bereits über 30 Wahlaufstellungsversammlungen gemacht: unter Hygienebedingungen, ohne Probleme – das geht.
> Als Abgeordnete versammeln wir uns ja auch hier im Plenum physisch vor Ort, ebenso in allen Ausschüssen des Parlamentes. Das soll bei Parteiaufstellungsversammlungen nicht möglich sein? Es gibt keinen Grund, Ihr Vorhaben so überfallartig durchs Parlament zu peitschen.« (PlPr. 19/204: 25620)

Die AfD-Fraktion präsentiert sich – auch im Hinblick auf das Verfassungsschutzverfahren – als Hüterin der Demokratie gegen eine Politik durch »durchgreifend(e) Rechtsverordnungen« unter dem Mantel der Corona-Pandemie (PlPr. 19/204: 25620).

Mit ihrem Gesetzentwurf zur »Wiederherstellung der Gleichberechtigung im Wahlrecht und in den politischen Parteien« (BT-Drs. 19/7936) reagiert die AfD auf die Entscheidung in Brandenburg ein so genanntes Parité-Gesetz zu verabschieden.[59] Darin will sie generell eine Quotierung verbieten. In der Debatte

argumentiert Fabian Jacobi, dass die etablierten Parteien durch solche Initiativen »zur Sicherung Ihrer Herrschaft einen Geschlechterkonflikt anzetteln.« (19/83: 9654) Diese Vorhaben seien »Ausguss radikal-feministischer Ideologie" führte die stellvertretende AfD-Fraktionschefin Beatrix von Storch in der Debatte aus (PlPr. 19/184: 32185). Auch gegen Frauenquoten in Unternehmen richtet sich ihre Politik (BT-Drs. 19/22462 und BT-Drs. 19/22467). Generell sind Quoten nicht der Weg, den die AfD verfolgt und deswegen stellt sie sich dem »Geschlechterkollektivismus« (PlPr. 19/184: 23185) entgegen, wie es von Storch formuliert. »Die einzige Fraktion, die in diesem Hause konsequent sich dem entgegenstellt und die Demokratie verteidigt, das ist die AfD.«

Der AfD-Gesetzentwurf im Bereich der politischen Stiftungen wurde kontrovers diskutiert. Hier wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass für parteinahe Stiftungen auch dann Mittel fließen, wenn eine Partei das erste Mal in den Bundestag einzieht und gleichzeitig in acht Landtagen vertreten ist. Damit wäre die ihr nahestehende Erasmus-Stiftung unmittelbar anspruchsberechtigt gewesen. Gleichzeitig und als Angebot an die generelle Position der »Parteienstaatskeptiker« in ihren eigenen Reihen will sie den Aufgabenbereich der Stiftungen eingrenzen. Ein Auslandsengagement soll generell unterbleiben. In die gleiche Richtung geht auch die Initiative der AfD, die Beteiligung von Parteien an Unternehmen transparenter zu machen (BT-Drs. 19/15265).

Das von Gerd Wiegel (2020a) beobachtete »Prinzip der größtmöglichen Distanz zum vermeintlichen Mainstreamdiskurs« wird an den Anträgen zur Rassismusdebatte und zur Kolonialdebatte deutlich, die in der 19. Wahlperiode die öffentliche Debatte prägte. Während es nach dem Tod von George Floyd zu einer weltweiten Debatte über Rassismus gekommen ist und auch in Deutschland im Sommer 2020 breiten Raum einnahm, thematisiert die AfD-Fraktion zeitgleich die angespannte Lage der weißen Minderheit in Südafrika und fordert die Bundesregierung auf, die Entwicklungshilfen an die südafrikanische Regierung einzustellen (BT-Drs. 19/20611). In der Debatte um die Rückgabe während der Kolonialzeit zu Unrecht erworbener Kunstgegenstände verwehrt sich die AfD-Fraktion den »moralistischen Engführungen in der Debatte um die Rückgabe

von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext« (BT-Drs. 19/19914: 1). Bei der Diskussion über strukturellen Rassismus in der Polizei, negierte Martin Hess als ehemaliger Polizist die Existenz eines Problems: »Es gibt kein strukturelles Rassismusproblem bei der Polizei.« (19/166: 20692)

In einem umfassenden Antrag »Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus aufheben« (BT-Drs. 19/24654:1) hat die AfD-Fraktion ihre Auffassung zentral zusammengefasst: »Der bisherige Verlauf dieser Debatten zeigt einmal mehr die gesellschaftsspaltenden Auswirkungen des allgegenwärtigen Rassismusvorwurfs, dessen semantische Entgrenzung immer weiter voranschreitet und das gesellschaftliche Klima in Deutschland zunehmend vergiftet« (BT-Drs. 19/24654:1). Angriffsziel ist der wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskussionsstrang der modernen Rassismusforschung. Die AfD nutzt hier, wie auch in anderen Anträgen das Zitieren wissenschaftlicher Arbeiten, um nicht nur ihre Sichtweise zu belegen, sondern damit gleichzeitig zu signalisieren, dass sie die aktuellen Diskurse verfolgt und bewerten kann.

> »Ins Auge fällt weiter, dass es zu den gängigen Annahmen etlicher Rassismustheorien gehört, dass offenbar nur Weiße rassistische Verhaltensweisen ausbilden können. So stellte zum Beispiel die Anglistin und Afrikaforscherin Susan Arndt, die hier stellvertretend für andere stehen mag, apodiktisch fest: »Bei Rassismus handelt es sich um ein paneuropäisches Projekt der Erfindung von Menschen,rassen‹, bei dem es im Kern darum geht, Europa und das ihm einverleibte Christentum als weiß und überlegen zu konstruieren, um weiße Macht herzustellen und zu garantieren. Weiße haben sich vermittels des Rassismus die Welt passförmig gemacht, um sie zu beherrschen. Rassismus ist daher white supremacy, eine weiße Herrschaftsform« (Rassismuskritik und Widerstandsformen, hrsg. von Karim Fereidooni und Meral El; darin: Susan Arndt: Rassismus. Eine viel zu lange Geschichte, Wiesbaden 2017, S. 33 f.). Bereits die Annahme der Existenz von Ethnien wird aus dieser Sicht als »rassistisch« verunglimpft, anstatt den Begriff des Rassismus, wie früher üblich und im allgemeinen Sprachverständnis weiterhin verankert, für die Abwertung

> fremder Ethnien zu reservieren, die der Legitimation von Ungleichbehandlung, Ausbeutung und Unterdrückung dient.« (BT-Drs. 19/24654:2)

Es zeigt sich generell, dass die AfD-Fraktion sich sehr intensiv mit der kulturellen »Gegenseite« im Parlament und der Gesellschaft auskennt. In der Diskussion kritisiert Marc Jongen die gesellschaftspolitische Festlegung der Bundesregierung, rassismuskritische und demokratiefördernde Institutionen mit starker finanzieller Unterstützung zu bedenken.

> »Während ringsum die Islamisten Köpfe abschneiden und Linksextremisten ganze Straßenzüge verwüsten, hat das Kabinett vorgestern einen Maßnahmenkatalog gegen Rassismus beschlossen und eine weitere Milliarde im Kampf gegen rechts, unter anderem für die ›Stasi-Antonio-Stiftung‹, für die Antifa. Das ist ein regelrechtes Umerziehungsprogramm für die Bevölkerung« (PlPr. 19/196: 24774).

Die Forderungen des intellektuell fordernden Antrags sind daher eindeutig:

> »1. den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus [NAP; FR] zum frühestmöglichen Zeitpunkt ersatzlos aufzuheben;
> 2. die Gründe für die Aufhebung des NAP auf der Basis der oben dargelegten Argumente über ihre medialen Kommunikationswege umfassend zu erläutern;
> 3. das Konzept des ›Rassismus ohne Rassen‹ bzw. des ›Kulturrassismus‹ wegen seiner wissenschaftlichen Unhaltbarkeit und seiner gesellschaftsspaltenden Konsequenzen in ihrer Kommunikation nicht mehr zu benutzen und es ihrer Politik nicht mehr zugrunde zu legen;
> 4. keine wissenschaftlichen Projekte oder Forschungsvorhaben mehr zu fördern, die auf dem ideologisch geprägten Konzept des ›Rassismus ohne Rassen‹ bzw. ›Kulturrassismus‹ fußen;
> 5. über ihre medialen Kommunikationswege darauf hinzuwirken, dass die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs Rassismus, der darin eine aggressive Ideologie erkennt, die von der genetisch bedingten Ungleichwertigkeit des Menschen ausgeht und zur

> Legitimation von Unterdrückungsverhältnissen herangezogen wurde, im öffentlichen Diskurs wieder in den Blick kommt.« (BT-Drs. 19/24654: 4 f.)

Ihr Geschichts- und Heimatbild formuliert die AfD-Fraktion in dem Antrag »Nationalen Zusammenhalt stärken – Jugendaustausch und Familienferienstätten innerhalb Deutschlands besser fördern« (BT-Drs. 19/20687). In Deutschland sollen aus Sicht der AfD-Fraktion Jugendliche durch die Ausweitung innerdeutscher Jugendaustausche, »lernen an die von unterschiedlichen landsmannschaftlichen Eigenarten getragene Schicksalsgemeinschaft zu glauben« (BT-Drs. 19/20687: 1).

Dies formuliert die AfD-Fraktion mit Blick auf die dreißig Jahre zurückliegende deutsche Wiedervereinigung. Sie will mit dem Austauschprogramm aber auch »auf die von den politischen und medialen Eliten angestrebte schleichende Auflösung der Nationalstaaten« (BT-Drs. 19/20687: 1) reagieren. Das »Heimatland« soll so »schon in jungen Jahren und auch in den Familienferien kostengünstig« erfahrbar werden. Aber auch im Umgang mit der »Trauer um die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges«, so der erste Teil eines Antrags (BT-Drs. 19/19156) will sie eine Stärkung der nationalen Identität vornehmen. Hier fordert sie eine eigene »(Gedenkstätte) für die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit […] in der Bundeshauptstadt Berlin« (BT-Drs. 19/19156: 5) Hier kann man neben den ethnopluralistischen Ansätzen in der Rechtfertigung ihrer Ablehnung der Migrationspolitik mit den Anleihen an die Täter-Opfer-Umkehr durch die Relativierung der deutschen Vergangenheit und eine Parallelisierung der Opfer des Nationalsozialismus und der Opfer auf deutscher Seite eine weitere Übernahme von Gedankengebäuden der »neuen Rechte« feststellen.

Diese historischen Vorstellungen sind in der AfD-Fraktion fest verankert und werden in Debatten über die Zukunft der beruflichen Bildung eingebaut, wie das folgende Zitat der Abgeordneten Nicole Höchst belegt. »Meine Damen und Herren, freie demokratische Geister schaffen Innovationen und Fortschritt zum Wohle aller Ideologisch gefesselte Geister in der Haltungsbox replizieren Stillstand im Schuldkult.« (PlPr. 19/124:15312). Marc Jongen ergänzt das Repertoire zu diesem Bereich noch um den Begriff des »Sündenstolzes«. Zwar enthielt sich die AfD bei der

Abstimmung über ein Dokumentationszentrum zum NS-Vernichtungskrieg.

> »Dennoch können wir dieser neuen Erinnerungsstätte neben den vielen bereits bestehenden auch nicht zustimmen. Das hat zunächst mit einem Unbehagen zu tun, das aus den Untertönen dieses Antrags aufsteigt. Die minutiöse Aufzählung der deutschen Untaten mit den vielen Superlativen und Horrorbegriffen, von der ›Monstrosität der NS-Verbrechen‹ über den ›Vernichtungskrieg‹ bis hin zu der deutschen ›Tätergesellschaft‹ im Dritten Reich, lassen an ein Wort des Philosophen Hermann Lübbe denken, der vom ›Sündenstolz‹ der Deutschen sprach. […] Doch mit Sündenstolz, der bis zum Selbsthass reicht, wäscht man sich nicht von den historischen Sünden rein, sosehr man sich auch durch hypermoralisches Büßertum vor Gott oder der Geschichte selbst zu rechtfertigen trachtet, werte Kollegen.« (PlPr. 19/184: 23142)

Marc Jongen führt in der Debatte über den Antrag zur Gedenkstätte aus, dass in Deutschland keine öffentliche Erinnerung an deutsche Opfer vorhanden wäre. Er möchte eine Form in dem Gedenken in ein »Ergänzungsverhältnis« zueinander treten soll (PlPr. 19/160: 19943).

> »Lassen Sie uns daher diesen Jahrestag zum Anlass nehmen, um endlich auch für die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges eine Gedenkstätte zu errichten. Zentral in der Bundeshauptstadt gelegen, sollte sie über die einzelnen Opfergruppen, wie ich sie vorhin nannte, aber auch über die Opfer des Bombenkrieges in einem angeschlossenen Dokumentationszentrum auf dem heutigen Stand der Forschung informieren. Ein Wettbewerb sollte ausgeschrieben werden und ein Expertengremium eingesetzt, das dem Deutschen Bundestag gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Zu den bestehenden Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes, allen voran dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas, soll diese Gedenkstätte ausdrücklich nicht ins Konkurrenz-, sondern ins Ergänzungsverhältnis treten […] “ (PlPr. 19/160: 19943).

Der Fraktionsvorsitzende Gauland hat ein besonderes Verhältnis zur Erinnerung an deutsche Kriegsverbrechen und die NS-Zeit im Allgemeinen an den Tag gelegt. Zunächst sein Ausdruck hinsichtlich der NS-Zeit als »Vogelschiss« in der deutschen Geschichte (Ruhose 2018b: 4). Im Jahr 2020 dann stellte er in der Diskussion um einen möglichen Feiertag ›8. Mai‹ fest: »Der 8. Mai hat nicht das Potenzial zu einem Feiertag, weil er ein ambivalenter Tag ist« (zitiert nach Sternberg 2020a). In der bereits oben zitierten Debatte unterstützt Jongen diese Sicht auf den 8. Mai, wenn er ausführt:

> »Ja, natürlich, meine Damen und Herren, Deutschland und die Welt wurden am 8. Mai 1945 befreit: vom verbrecherischen NS-Regime und vom Ausnahmezustand der Vernichtung, den dieses in Europa entfesselt hatte. Es war ohne Einschränkung ein Tag der Befreiung für die von den Nazis verfolgten Gruppen: die Juden Europas, die überfallenen und misshandelten Nachbarvölker, auch für weite Teile des eigenen Volkes, soweit sie sich in Sicherheit befanden.
> Aber – und diese Ambivalenz der Geschichte gilt es auszuhalten –: Es war eben keine Befreiung für die 2 bis 3 Millionen Deutschen, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten durch Vertreibung, Flucht und Verschleppung nach 1945 noch umgekommen sind. Es war keine Befreiung für die rund 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen 1,6 Millionen gar nicht mehr zurückkehrten, die meisten anderen erst nach jahrelanger unmenschlicher Lagerhaft. Und es war definitiv keine Befreiung für die geschätzt 2 Millionen nach dem 8. Mai noch vergewaltigten deutschen Frauen und Mädchen, von denen 10 Prozent starben, die übrigen teils schwer traumatisiert wurden.« (PlPr. 19/160: 19943).

Steinke (2020: 4) weist auf die Übernahme moderner in rechtsextremen Kreisen gängigen antisemitischen Motiven durch die AfD hin. Der Fraktion kann man dies in ihren Initiativen so nicht nachweisen. Dennoch kommt es natürlich zu einer Thematisierung der Aktionen der Open Society Foundation von George Soros (vgl. dazu auch Häusler et al. 2018: 26 f.). Beliebtes Mittel hierbei ist das Abfragen von Förderungen durch oder für die Politik oder Zusammenarbeiten mit der Bundesregierung. So hält

der Abgeordnete Huber (2020) in einer Pressemeldung zu seiner Kleinen Anfrage zur Arbeit der Stiftung von Soros fest: »Wir dürfen nicht zulassen, dass aus dem Ausland gesteuerte und finanzierte NGOs unsere Souveränität weiter untergraben.« Die AfD-Fraktion thematisiert die Aktivitäten der Bundesregierung mit der Open Society Foundation auch im Jahr 2021 in einer Kleinen Anfrage (BT-Drs. 19/26353: 3).

Die Fraktion selbst positioniert sich als Kämpferin gegen den Antisemitismus. Sie folgt dabei der Argumentation des einflussreichen rechten Publizisten Jürgen Elsässer in seiner Verteidigung der AfD nach dem Anschlag in Halle anführte:

> »Die aktuelle Rechte, neben der AfD vor allem auch Pegida und Identitäre Bewegung, hat nicht nur einen klaren Trennungsstrich zum Nazismus gezogen, sondern auch begriffen, dass wir Christen mit den Juden in dieser geschichtlichen Epoche in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sind. Gemeinsamer Feind ist der Islamofaschismus, der die anderen Religionen mit Feuer und Schwert unter seine Knute zwingen und insbesondere Europa erobern will« (Elsässer 2019).

4.5Zwischenfazit

Die AfD-Fraktion verfolgt in ihrer Parlamentsstrategie ein differenziertes Vorgehen. Durch die stark polarisierenden Themen Europapolitik und Migration schafft sie es, regelmäßig medial Aufmerksamkeit zu erhalten, die anderen Fraktionen aus der Reserve zu locken und ihren Anhängern in den sozialen Medien teilbare Inhalte zu präsentieren. Sie hat aber ebenfalls in anderen Bereichen klare inhaltliche Positionen entwickelt, die nicht in erster Linie mit einer rechtspopulistischen Opposition in Verbindung gebracht werden. Sie positioniert sich dabei aber stringent als Anti-System-Partei. In der Gesundheitspolitik möchte sie eine Stärkung des ländlichen Raums und lehnt eine Ökonomisierung dieses Bereichs ab. Mit Blick auf die Corona-Krise kann festgehalten werden, dass sie schon sehr frühzeitig das Thema Seuchenschutz und mangelnde Vorbereitung angesprochen hat. Ebenso im Bereich der Landwirtschaft: Dort hat die AfD die schwierige Entwicklung für die Landwirtschaft durch die

Umsetzung der EU-Düngeverordnung früh aufgenommen. Hier formuliert sie eine stark an den Positionen des Bauernprotests um »Land schafft Verbindung« politische Linie. Wichtig für ihre Profilbildung als Opposition als »Anwalt der Bürger« ist im Verkehrsbereich ihr Einsatz für den Diesel und diejenigen, die ihn fahren. Experte E5 sieht dies ebenfalls als wichtig an für den Erfolg der AfD-Fraktion und formuliert gleichzeitig eine große Einschränkung für den nachhaltigen Erfolg:

> »Als diese ganzen Bauernproteste hochkamen, ich glaube es gibt keine Partei, die das so aufgegriffen hat wie die AfD und jetzt auch in der Bundestagsfraktion. Und auf der anderen Seite zeigt sich dann aber auch das Dilemma, dass die mangels genügend Fachpolitkern diese Sache nicht auf die Straße bringen konnte. Und durch ihren sonstigen-, durch dieses Problem, dass sie so geächtet ist und ausgeklammert wird, stößt sie dann auch wiederum die Leute ab, deren Interessen sie eigentlich wahrnehmen könnte. Also es gibt in dieser Bauerncommunity viele die sagen, ja, ist ja ganz schön, dass sie das anmachen. Aber wenn wir uns jetzt mit denen irgendwie da zu Protesten treffen oder sowas, dann sind wir noch weiter unten durch. Wir müssen natürlich mit der CDU und der SPD im Gespräch bleiben, wenn wir was erreichen wollen. Das ist so ein krasses Dilemma« (IV E5).

Dieses Bild der Arbeit der AfD führt also dazu, eine Veränderung in der Bewertung der Parlamentsarbeit vorzunehmen. Das vorhandene Bild von der Opposition, die das Parlament anders nutzt als die anderen Fraktionen, muss dafür ergänzt werden. Die rechtspopulistische Fraktion hat ganz konkrete inhaltliche Vorstellungen und bringt diese in die Diskussion ein. Hier zeigt sich ganz deutlich, dass die aufgezeigte Professionalisierung der AfD-Fraktion bei der Organisation und der Arbeitsweise durch eine inhaltliche Professionalisierung ergänzt wird. Und dass sie gleichzeitig mit der Stigmatisierung umgehen muss, die ihr viele Zugänge in die Gesellschaft (noch) verschließt. Dafür verfolgt die AfD eine konzentrierte strategische Ausrichtung einer rechtspopulistischen Opposition. Dies erfolgt fokussiert, wie Alexander Gauland es einfordert, aber auch in Debatten, die scheinbar fern des Migrationskomplexes liegen, wie im Umweltschutz oder bei den ostdeutschen Perspektiven.

Anträge anderer Fraktionen der Opposition, die in den Bereichen eines weiter gefassten Markenkerns angesiedelt sind, in denen die AfD im Gesamten eine gesellschaftspolitische Oppositionsrolle einnimmt, werden von der AfD-Fraktion mit besonders provokanten Auftritten und Rednern bedacht. In der Oppositionsforschung wird auch betrachtet, auf welche Initiativen der anderen Fraktionen die Opposition reagiert. Hier ließe sich zunächst vermuten, dass die AfD insbesondere auf Initiativen der Regierungsfraktionen reagiert. In der Oppositionslogik ist es zentral, dass man den Widerspruch zwischen Opposition und Regierung stets hervorhebt und auf die Unterscheidbarkeit drängt. Bei der AfD steht aber bemerkenswerterweise zusätzlich die Reaktion auf die Grünen im Zentrum ihrer Oppositionsstrategie. Dieses Verhalten resultiert aus zwei Gründen:

- Zum einen hat die AfD in ihrem neuen Strategiepapier von 2019 CDU/CSU, FDP, SPD und Linke als politische Wettbewerber identifiziert, mit deren Wählerschaft es Schnittmengen gibt. Bündnis 90/Die Grünen werden hingegen in erster Linie als politischer Gegner betrachtet, aus deren Wählerschaft die AfD kaum neue Wähler anziehen kann (Hein/Rackow 2019).
- Diese Erkenntnis resultiert zum anderen aus dem Sachverhalt, dass die inhaltlichen Positionen in den drei für die AfD-Fraktion zentralen Feldern Migration, Klima und Gesellschaftspolitik am weitesten voneinander weg sind und insofern nicht nur eine taktische auf die Wähler bezogene Ablehnung besteht, sondern eine tatsächliche bei den handelnden Personen.

4.6Die AfD in den Haushaltsberatungen 2017–2021

Das Haushaltsrecht ist das ›Königsrecht‹ des Parlaments. Hier zeigen die Fraktionen – ob sie in der Regierung sind oder aus der Opposition heraus wirken –, welche politischen Schwerpunkte sie im Generellen verfolgen und auf welche Weise sie auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen reagieren wollen. Die Debatte über den Haushaltsplan des Kanzleramts wird dann zur ›Generaldebatte‹ über die politische Ausrichtung für das Land. Hier schlägt regemäßig bei Einbringung des Haushalts und bei

dessen Verabschiedung die Stunde der Fraktionsvorsitzenden. Alexander Gauland und Alice Weidel haben in der Zeit seit 2017 diese Bühne und die besondere Rolle als Oppositionsführer, unmittelbar auf die Kanzlerin zu antworten, in ganz spezieller Weise genutzt. In den Haushaltsberatungen lässt sich die Professionalisierung der AfD in der Parlamentsarbeit nachvollziehen: Provokationen funktionierten unmittelbar mit dem Einzug ins Parlament, die Sacharbeit an den einzelnen Haushaltsplänen hat einen Vorlauf benötigt. So zeigt sich beim Blick in die zentrale zusammenfassende Unterlage jeder Haushaltsberatung,[60] dass sich die AfD thematisch immer breiter äußerte und dadurch im Zeitablauf ein genaues Bild ihrer ideologischen Rahmung entsteht.

4.6.1Inhaltliche Forderungen

Die inhaltliche Debatte über Veränderungen im Haushaltsplan führt der Bundestag im zuständigen Haushaltsausschuss, der vom AfD-Abgeordneten Peter Boehringer geleitet wird. Zum Haushaltsgesetz und den Einzelplänen der einzelnen Ministerien besteht die Möglichkeit, über die Form von Entschließungsanträgen eigene politische Schwerpunkte als Fraktion zu formulieren. Die AfD hat davon Gebrauch gemacht. Ihre nicht selbstständigen Entschließungsanträge wurden jeweils zur Abstimmung über Gesetz oder Einzelpläne mitberaten. Hier konnte sie ihre Sichtweise zu einem Gesetzesvorhaben »in einen größeren politischen Erfahrungs- und Handlungszusammenhang« einordnen (Ismayr 2006: 282).[61]

Die Fraktion der AfD forderte und beantragte in ihrem Markenkern die erwartbaren Streichungen im Bereich der Integrationsmaßnahmen und die Abschaffung der Förderung für ›Flüchtlinge mit unklarer Bleibeperspektive‹ oder der finanziellen Unterstützung bei freiwilliger Ausreise abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Gleichzeitig soll die Verwaltung in die Lage versetzt werden, schneller und entschiedener abzuschieben, und im Bereich der Inneren Sicherheit soll stärker investiert werden. Sie fordert deswegen, den Fokus auf die »Re-Migration« (BT-Drs. 19/3145: 3) zu legen. »Die AfD fordert daher die Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung sowie zur Reintegration von Flüchtlingen in ihre Heimatländer um

knapp 600 Millionen Euro aufzustocken« (BT-Drs. 19/3145: 3). Finanzpolitisch ist dabei die sogenannte Flüchtlingsrücklage[62] der Bundesregierung der zentrale Angriffspunkt.

In ihrem zweiten Themenfeld, der Euro-Rettung, hat sie sich in den ersten Jahren merklich zurückgehalten. Im Verlauf der Wahlperiode aber nimmt dieser Bereich ebenfalls eine große Rolle in ihren Forderungen ein. Auf den Feldern der Steuer- und Abgabenpolitik verfolgt die AfD-Bundestagsfraktion die Strategie, durch geschickte Querverbindungen unterschiedliche Strömungen in der Fraktion zusammenzuhalten. Sie fordert auf der einen Seite zwar Steuer- und Abgabensenkungen für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, gleichzeitig aber die Abschaffung des kompletten Solidaritätszuschlags. Zudem will sie an der schwarzen Null festhalten und »Rückstellungen für die in Zukunft haushaltswirksam werdenden Garantien« (BT-Drs. 19/3145: 6) bilden. Gleichzeitig strebt die AfD eine Intensivierung der öffentlichen Investitionen insbesondere in die Straßeninfrastruktur an.

Die AfD möchte jegliche Nebenhaushalte auflösen. Neben der Asylrücklage ist dies zum Beispiel im Bereich der Energiewende aus demokratischen Überzeugungen begründet, aber insbesondere eine ideologisch begründete Forderung nach einer Änderung der Politik der Bundesregierung.

Zentral in allen Haushaltsberatungen war der Kampf gegen den »links-grüne[n] Zeitgeist« (BT-Drs. 19/ 3145: 4). Dafür müsse der Staat die komplette Förderung für aus Sicht der AfD »gewaltverharmlosender und extremistischer Vereinigungen« (BT-Drs. 19/3145: 7) im Bereich der Zivilgesellschaft und im Kulturbereich einstellen. Hier dringt der thematische Schwerpunkt durch, im Bereich der Zivilgesellschaft unliebsame Initiativen finanziell nachhaltig zu schwächen und gleichzeitig andere Schwerpunkte der Förderung zu etablieren. Ihr erklärtes Ziel ist, den »ideologisch getriebenen Gesellschaftsumbau« (BT-Drs. 19/ 5920: 2) zu beenden. Besonders im Blick ist dabei das Programm ›Demokratie leben!‹ der Bundesregierung. Die Abgeordnete Harder-Kühnel sieht darin »eine politische Waffe gegen Andersdenkende« (PlPr. 19/112: 13792).

In diesen Bereich fällt auch der Einsatz der AfD-Fraktion für die Anerkennung der parteinahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES). Sie fordert die Berücksichtigung der DES bei der Förderung der

politischen Stiftungen und die Reduktion des Fördervolumens »in einem überschaubaren Zeitraum bezogen auf die derzeitigen Verhältnisse um ca. 450 Millionen Euro« (BT-Drs. 19/2674: 14). In diesem Bereich hat die AfD ebenfalls versucht, den Rechtsweg in Karlsruhe einzuschlagen. Damit flankierte sie die Forderungen aus dem Gesetzentwurf, den sie in diesem Bereich eingebracht hat (BT-Drs. 19/2674).

Die thematische Weiterentwicklung der AfD-Fraktion ist daran zu erkennen, dass sie von Anfang an auf dem Feld des Klimaschutzes die Energiewende stark angriff und immer konkretere Vorschläge formuliert. Dies ist in der Tabelle 8 am Ende dieses Kapitels im Zeitablauf abzulesen. Im Bereich der Verteidigungspolitik engagierte sie sich mit einem stark an den Interessen des Nationalstaats und weniger den internationalen Bündnisinteressen ausgerichteten Forderungskatalog.

Die AfD tritt in den Haushaltsberatungen der Einzelpläne durchaus differenziert auf: einerseits die hier betrachteten Grundsatzaussprachen, in denen die AfD-Fraktionsvorsitzenden die Redezeit nutzen, die Angriffe gegen die Bundesregierung zu formulieren, wie im Folgenden dargestellt wird. In den Einzelplanberatungen ist andererseits ein Unterschied zu bemerken. So werden im Agrarbereich beim Haushalt 2021 von Wilhelm von Gottberg vorgesehene Mittelsteigerungen begrüßt (PlPr. 19/178: 22497 ff.): »Ein flüchtiger Blick auf den Planentwurf gibt wenig Grund zur Kritik«. In der gleichen Haushaltsberatung nutzte der außenpolitische Sprecher der AfD die erste Beratung des Einzelplans des Auswärtigen Amts, Außenminister Heiko Maas direkt anzugreifen: »Der schlechteste Außenminister, den die Bundesrepublik je hatte, wirkt weder nach außen in die Weite – USA, Russland oder China – noch in das nähere Umfeld« (PlPr. 19/ 22563).

4.6.2 Die Fraktionsführung in den Generaldebatten der Haushaltsberatungen

Die Zusammenfassung der Anträge zu den Haushaltsberatungen zeigt ein klares Bild der thematischen Schwerpunkte der AfD-Fraktion, die sie stabil und stringent kommunizierend vertritt. Sie signalisiert für alle deutlich sichtbar, in welche Richtung sie die Gesellschaft verändern will. Die Haushaltsberatungen zeigen die

gleichen Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit der AfD-Fraktion wie in einem Brennglas. Die Abgeordneten der Fraktion erklären hier »deutlich und offen, dass sie vor dem Hintergrund ihrer fremdenfeindlichen und autoritären Orientierung sowie ihres völkischen Denkens die Förderung in Bereichen der Migration und Integration, von Emanzipation und Genderpolitik, der kritischen Bildung und des kulturellen Pluralismus« (Hafeneger/Jestädt 2020: 127 f.) ablehnen und langfristig die Gesellschaft in diesen Punkten verändern wollen.

Schon bei den Beiträgen der Redner zu den oben beschriebenen Initiativen wurden bestimmte Muster der AfD in ihrem Debattenverhalten deutlich. Nun gibt es im Arbeitsparlament Bundestag Formate, in denen die Debatte im Mittelpunkt steht. Zuvorderst ist dabei an die ›Generaldebatten‹ zu denken, die sich um die Einbringung des Haushaltsplans des Bundeskanzleramts entspinnen. Die Generalaussprachen sind die Bühnen im Parlament, die die Fraktionen nutzen, um ihre Position und ihre inhaltlichen Unterschiede zur Regierung deutlich zu machen. Ismayr (2012: 300) sieht dies aufgrund der medialen Beachtung dieser Debatten für die Opposition als zentral. »Die (breitere) öffentliche Wahrnehmung der Debatten wird besonders durch die Generaldebatten […] bestimmt und schon deutlich weniger durch die größeren Politikfeld- und Querschnittsdebatten […] “ (Ismayr 2012: 302).

Hier schlägt die Stunde der Oppositionsführer, und Alexander Gauland oder Alice Weidel antwortet unmittelbar auf die Kanzlerin. Aus Sicht der AfD-Fraktion lieferten beide stets medial gut verwertbare inhaltliche Reden in ihrer Rolle als Anti-System-Opposition. In der Aussprache zum ersten Haushaltsentwurf der schwarz-roten Bundesregierung im Mai 2018 setzte Weidel den Schwerpunkt ihrer Rede klar auf das Thema Migration und Zuwanderung, »teilweise aus frauenverachtenden Stammeskulturen« (PlPr. 19/32: 2973). Dafür spitzte sie entsprechend deutlich zu – mit der Folge, dass sie für ihre Provokation eine Rüge durch das Bundestagspräsidium erhielt. »Doch ich kann Ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern« (PlPr. 19/32: 2972). Die Kritik am gesamten Haushalt zeigt deutlich, mit welcher Haltung die AfD-

Fraktion auf die gesamte aktuelle Politik blickt. Sie positioniert sich – klar der rechtspopulistischen Ideologie folgend – als die einzige Fraktion im Parlament, die verantwortungsvoll mit dem Steuergeld der Menschen umgehen würde. Den anderen Fraktionen spricht sie dies generell ab: »Staatsaufgabe ist nämlich, das über Generationen aufgebaute Volksvermögen treuhänderisch zum Wohle des deutschen Volkes zu verwalten und es nicht mit vollen Händen zum Fenster rauszuschmeißen« (PlPr. 19/32: 2972).

Ihr Ko-Vorsitzender stieg in die zweite Runde der Debatte ein und unterstrich den von beiden gewählten Schwerpunkt des ersten zentralen verbalen Schlagabtauschs mit der Regierung Merkel und der »links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland« (Meuthen zitiert nach Hägler 2016) im Allgemeinen. Dabei nutzte Gauland die bekannte Methode der rechtspopulistischen Fraktionen in Parlamenten (Bergsdorf 2007: 68–78) und stellte die durch die Regierung präsentierten Fakten infrage. Hier wird deutlich, wie die AfD das Emotionalisierungspotenzial der Gesellschaft (s. Kapitel 2) für sich nutzbar macht. Er appelliert an die Gefühle, die von Argumenten nicht betrogen werden können. »Da wird uns allen Ernstes eine Statistik präsentiert, die sinkende Kriminalitätsraten beweisen soll. Glauben Sie wirklich, dass Sie damit dem Gefühl wachsender Unsicherheit begegnen können?« (PlPr. 19/32: 3000).

In der Generaldebatte im September 2018 durfte Gauland in der ersten Runde eine weitere Variante dieser Argumentationsfigur anbringen. Dabei verstärkte der Ko-Vorsitzende der AfD-Fraktion das Gefühl, dass der ›innere Frieden‹ der Gesellschaft durch die Flüchtlingspolitik der Regierung nachhaltig zerstört worden wäre (PlPr. 19/48: 5035 f.). Gauland nutzte in seiner Rede den Sachverhalt, dass durch die gerade von der CSU-geführte Debatte über die Obergrenze im Jahr 2018 einzelne Motive der AfD-Argumentation in die Mitte des Parlaments eingezogen sind. Seehofer sprach davor von der Migration als ›Mutter aller Probleme‹. Durch die zeitliche Nähe der Debatte zu den Vorkommnissen in Chemnitz bezog sich Gauland nicht nur auf Seehofer, sondern auf den damaligen Verfassungsschutzchef Maaßen. Die nachweislich vorhandenen Ausschreitungen schrieb Gauland »ein paar aggressive[n] Hohlköpfen« (PlPr. 19/48: 5036) zu. Dies sei »unappetitlich und strafbar« (PlPr. 19/48: 5036).

Bagatellisieren und distanzieren, so geht der Ko-Fraktionsvorsitzende regelmäßig mit rechter Gewalt um. Daher ist diese Passage repräsentativ für die zahlreichen Erklärungen, die die AfD in der Zeit von 2017 bis 2021 zu den verschiedenen und in ihrer Qualität durchaus unterschiedlichen rechten Gewalttaten bis hin zu Terrorverbrechen absetzt. Im Gegenzug griff Gauland die Kanzlerin stark an und verband dies mit der Konstruktion einer Nähe der Regierung Merkels an das DDR-Regime, das ab Chemnitz noch stärker in die AfD-Argumentation aufgenommen wurde als vorher. Da Merkel im Zusammenhang mit Chemnitz von ›Zusammenrottung‹ gesprochen hat, zog Gauland die Linie zum DDR-Strafgesetzbuch.

Während die vorherigen Aussprachen entweder zur Provokation genutzt wurden oder zur Rechtfertigung von Alice Weidel genutzt werden mussten, was sicherlich die Pläne der AfD-Fraktion noch einmal deutlich umgestoßen hatte, versuchte sich Alexander Gauland im September 2019 an einer Variante seines Populismus-Begriffs (Gauland 2018a und Gauland 2019a). Er grenzte sich dabei als Anti-System-Opposition von allen anderen ab und betonte stark die emotionale Komponente der AfD-Politik.

> »Wie Deutschland im Kleinen, so ist Europa im Großen gespalten, entlang derselben Bruchlinien zwischen Ost und West, zwischen Globalisten und Partikularisten. Zumindest für die europäische Politik ist die Migrationsfrage nach wie vor das entscheidende Thema. Es wird immer deutlicher, dass die Verfestigung der supranationalen EU-Strukturen und die Förderung der Migration nach Europa zusammengehören. Es ist die Zange, in welche die Nationen und Nationalstaaten so lange genommen werden sollen, bis von den europäischen Demokratien nur noch Potemkinsche Dörfer übrig sind. Deswegen wird jeder Migrationskritiker verteufelt, deswegen werden Schlepperhelfer zu Helden stilisiert, und deswegen wird der Öffentlichkeit suggeriert, man könnte die Migrationsrouten nicht schließen. Über die Verteilung der Migranten innerhalb der EU sollte sich nach dem Willen der Bundeskanzlerin jedes europäische Land der Massenzuwanderung öffnen. Ist erst einmal die relative Homogenität der europäischen Völker aufgelöst, löst sich allmählich auch der nationale Zusammenhalt auf und der Nationalstaat kann durch eine neue internationale,

> übernationale Struktur ersetzt werden. Das wird ohne eine Umerziehung der nach wie vor in ihren nationalen Klausuren lebenden, denkenden und fühlenden Völker nicht funktionieren. Diese Umerziehung erleben wir täglich. Sie beginnt in den Schulen, sie ergießt sich über die Werbung und endet abends in den ›Tagesthemen‹« (PlPr. 19/111: 13644).

Bei der Einbringung des Haushalts 2021 reagierte der haushaltspolitische Sprecher Peter Boehringer inhaltlich auf die Vorlage der Bundesregierung und deren Einbringung durch den Finanzminister. Er verwies auf juristische Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Haushalts und betonte, wie stark die Bundesregierung selbst durch ihre Corona-Politik die schwierige wirtschaftliche Lage verschuldet hat. Die AfD-Fraktion positionierte sich damit wie bei den hier nicht berücksichtigten Nachtragshaushaltsdebatten in den Jahren 2020 und 2021 (s. Kapitel 5) als einzige skeptische Fraktion hinsichtlich der Corona-Politik (vgl. zur Positionsbeschreibung der AfD zum zweiten Nachtragshaushalt 2020 BT-Drs. 19/20601: 10 f.). Dieses Alleinstellungsmerkmal ist der AfD so wichtig, dass sie sogar mit juristischen Mitteln darauf einwirkt, dass diese Position von ihr auch in Zeitungsartikeln deutlich herausgestellt wird (Brandner 2020b und Gaschke 2020).

Alice Weidels Rede in der ersten Generaldebatte zum Haushalt 2021 stellte auch die Position der AfD zur Corona-Politik der Bundesregierung dar. In ihrer drastischen Wortwahl schloss sie an die Linie in allen vorherigen Haushaltsberatungen an und definierte das ›Totalversagen‹ der Regierung Merkel:

> »Dank Ihrer Coronapolitik sind immer mehr Menschen und Wirtschaftszweige von staatlichen Zuwendungen abhängig. Und das ist der sichere Weg in den Sozialismus und in Not. Kommen Sie weg von diesem Irrweg! Hören Sie auf, Panik zu schüren und einen Wirtschaftszweig nach dem anderen mit willkürlichen und überzogenen Auflagen und Einschränkungen zu strangulieren! Behandeln Sie die Bürger dieses Landes nicht wie unmündige Kinder, bei denen Sie nach Belieben die Zügel anziehen oder brachial durchgreifen! Geben Sie Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger wieder erste Priorität!« (PlPr. 19/179: 22521).

Das Totalversagen bezieht sie aber auch auf die Themen des Markenkerns der AfD, die Migrationspolitik und das »dritte[n] Thema der AfD« (Wehner 2019b), die Klimaschutzpolitik, die nichts anderes ist als ein ›Krieg gegen die Autoindustrie‹. Diese Linie erweiterte Alice Weidel in ihrer Rede anlässlich der abschließenden Haushaltsberatungen im Dezember 2020 um die Corona-Dimension. Sie wiederholt dabei den Vorwurf der drei Rechtsbrüche der Regierung Merkel:

> »Die schwersten Grundrechtseingriffe seit Bestehen der deutschen Nachkriegsdemokratie, die Sie zu verantworten haben, reihen sich nahtlos an die drei fundamentalen Rechtsbrüche, die auf immer mit Ihren Regierungsjahren verbunden bleiben werden: Erstens: die Transformation der Währungsunion in eine Haftungs- und Schuldenunion. Zweitens: die Industrialisierungs- und Wohlstandsvernichtung durch Energiewende, Autowende, Kohle- und Atomausstieg. Drittens: die unkontrollierte Einwanderung unter Missbrauch des Asylrechts. Nach 15 Merkel-Jahren ist Deutschland ein Land, das seine Grenzen nicht gegen illegale Einwanderung schützen will, aber seine Bürger mit Ausgangssperren überzieht und Heerscharen von Polizisten zur Kontrolle der Maskenpflicht im Zugverkehr abkommandiert« (PlPr. 19/198: 24920 f.).

Hier zeigt sich die Bedeutung der Generaldebatten, um auch das eigene Narrativ der Politik der Bundesregierung entgegenzuhalten; im Fall der AfD-Fraktion gleich dem ganzen übrigen Parlament. Es gebe außer ihr keine oppositionelle Kraft oder wie Weidel es in ihrer Rede provokant formuliert: »In der Tat: Frau Merkel, Sie sind die beste Kanzlerin, die Grüne und Linke je hatten. Die Begeisterung, die man Ihnen von dort entgegenbringt, ist der beste Beleg« (PlPr. 19/198: 24921).

Politikbereich/ Forderung	2018	2019	2020	2021
Ausländerpolitik/ Zuwanderung				
[illegible] insgesamt drastisch senken und für »Flüchtlinge mit unklarer Bleibeperspektive« gänzlich streichen				
»Asylrücklage vollständig auflösen« und zur »Abfinanzierung des Investitions- und Tilgungsfonds« einsetzen				
Statt kostspieliger Versorgung [illegible] »auf verstärkte Abschiebung von nicht Bleibeberechtigten setzen«				
»Verwaltungsstellen kurzfristig in die Lage versetzen, die mit der Grenzöffnung 2015 entstandenen Probleme zu bewältigen«				
Europapolitik/ Europäische Union				
»Zahlungen an die Europäischen Union (EU) nicht als negative Einnahmen, sondern als allgemeine Bewilligung« ausweisen				
Den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 der Europäischen Union zu einem Euro-Rettungs- und Reformpaket nicht unterstützen				
»Aufwuchs der EU-Beiträge« stoppen und »Brexit ohne deutsche Beitragserhöhungen« vorantreiben				
Keine weiteren Hilfsgelder und Rückerstattungen an Griechenland zu zahlen				

Bereich	Forderung
Innere Sicherheit	»Innere Sicherheit kurzfristig« wiederherstellen (bessere sächliche und personelle Ausstattung Bundespolizei und Bundesverwaltungsgerichten)
	Unterfinanzierung der Bundeswehr beenden und den Fokus auf den »eigentlichen Verteidigungsauftrag« im Inland legen
	Sicherstellen, dass alle zukünftigen militärischen wie nicht-militärischen Auslandsprojekte einen strategischen Nutzen für Deutschland erfüllen
Innere Sicherheit (Extremismus)	[illegible] ressortfremde Projekte einstellen
	Indirekte Förderung gewaltverharmlosender und extremistischer Vereinigungen beenden
	Überparteilichkeit bei der »Finanzierung von Projekten und Organisationen«
Gesundheit (Corona-Pandemie)	[illegible] 115 Absatz 2 Satz 6 GG verzichten und »epidemische Notlage von nationaler Tragweite« sowie die Maßnahmen beenden
Umwelt und Energie	[illegible] »erheblichen Fehlallokationen« [...] beenden, vor allem das CO2-Gebäudesanierungsprogramm
	[illegible] auf moderne Kerntechnologie wie Flüssigkernreaktoren setzen und für deren Markteinführung angemessene Fördermittel bereitstellen
	Energie- und Klimafonds als Sondervermögen auflösen und die Titel auf die Einzelpläne aufteilen
	[illegible] »natürlichen Klimawandel« behalten
	EEG und KWK-Gesetz abschaffen
	[illegible] Flüssigkernreaktoren fördern
	ergebnisoffene Forschung in den Natur-, Klima- und Umweltwissenschaften stärker finanzieren
	CO2-Bepreisung stoppen
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben	[illegible] und mittleren Einkommen senken
	[illegible] bedarfsorientierten Planung und Steuerung
	Transparenz in allen Bereich herstellen, sowohl was den Planungsprozess als auch was die Verwendung von Finanzmitteln angeht
	Fortwährende Subventionen und Preisregulierungen zurückfahren
Medien, Kommunikation und Informationstechnik	
Wirtschaft	Investitionen stärken (insbesondere Bundesfernstraßen und Breitbandausbau)
	[illegible]
	Stromsteuer senken
	Keine Eigenkapitalerhöhungen bei der Bahn bevor diese »grundlegend reformiert und verschlankt« ist.

Tabelle 8: Die Forderungen der AfD-Fraktion in den Haushaltsberatungen 2017–2021

Eigene Darstellung der Forderungen der AfD-Fraktion laut den BT-Drs. 19/2426: 23 f.; 19/4626: 40 f.; 19/13926: 53 f.; 19/23326: 41; auch ohne Markierung teilweise wörtliche Übernahmen aus den genannten Drucksachen

4.7 Politische Kommunikation der AfD-Fraktion

4.7.1 Schwerpunkt Soziale Medien

Das primäre Ziel der politischen Kommunikation der AfD-Fraktion (und noch stärker der Partei, vgl. grundlegend Hillje 2016) umschreibt der AfD-Wahlkampfberater und Autor Thor Kunkel (2020: 348) drastisch als »Zerschlagung des ›Medienregimes‹«. In ihrer programmatischen Rede auf der Sommerakademie des rechten Instituts für Staatspolitik (IfS) hat die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel diesen Punkt als zentrale Strategie zur »Schaffung einer Gegenöffentlichkeit« (Weidel 2019b) erklärt. Auch hier wird die AfD-Fraktion zum Sprachrohr und Beschleuniger gesellschaftlicher Gefühlslagen. Die AfD hat wie kein anderer politischer Akteur die Wirkung des Netzes für ihre Positionierung nutzbar gemacht: »Gerade Mitgliedern sozialer Gruppen, die kollektive Ausgrenzung und Stigmatisierung erfahren, bietet das Netz einen effektiven Resonanzboden […] Damit wächst die Bedeutung, die diesen Erfahrungen zugeschrieben wird, und treibt die Sensibilisierung an. Das Gefühl wird dichter, intensiver und anschlussfähiger« (Frevert 2020: 67).

Der AfD-Fraktion ist es dadurch gelungen, stärkste Fraktion bei den sozialen Medien zu werden, wie ein Blick auf die Facebook-Statistiken der im Bundestag vertretenen Fraktionen deutlich zeigt. Sie führt bei den Abonnements deutlich und liegt bei den »Gefällt mir«-Angaben nahezu gleichauf mit der Linksfraktion (Stand: 26. Juni 2021). Die beiden Journalisten Stegemann/Musyal (2020: 229) beschreiben die AfD im Gesamten als »hyperaktiv« bei der Nutzung der Plattform ›Facebook‹. Sie verweisen auf die über 1600 Accounts, die im Namen der Partei betrieben werden. Hier reiht sich die Fraktion ein.

Von der Wirkungsweise sind die Bundestagsfraktion und auch die Accounts ihrer Mitglieder ein relevanter Baustein »eines ganzen rechten Agenda-Setting-Komplexes« (Stegemann/Musyal 2020: 228), der an zahlreichen Stellen bereits beschrieben wurde (Butterwegge et al. 2018: 203–211; Fielitz/Marcks 2020; Fuchs/Middelhoff 2019; Hillje 2016; Stegemann/Musyal 2020). Sie hat

einen – gemessen an den Wahlergebnissen und Umfragewerten – überproportionalen Anteil an der Kommunikation im Internet.

Fraktion	Abonnenten	»Gefällt mir«-Angaben
CDU/CSU	[illegible]	[illegible]
SPD	[illegible]	[illegible]
AfD	[illegible]	[illegible]
FDP	[illegible]	[illegible]
Linke	[illegible]	[illegible]
Bündnis 90 / Die Grünen	[illegible]	[illegible]

Tabelle 9: Die Facebook-Aktivitäten der im Bundestag vertretenen Fraktionen

Quelle: Eigene Darstellung. Stand der Angaben: 26.06.2021

Butterwegge et al. (2018: 204) sprechen daher von einer »virtuellen Raumnahme«. Der Erfolg – im Sinne hoher Reichweite und da insbesondere im Vergleich zu den anderen Fraktionen – dieser Kommunikation resultiert aus technisch hochwertigen Videoformaten und provozierenden Beiträgen. Seitdem der Newsroom seine Arbeit aufgenommen hat (Fiedler 2018), produziert die AfD in den Sitzungswochen täglich Erklärvideos zu ihren eigenen Initiativen und teilt die Redebeiträge. Hinzu kommt, dass sie ihre Fachabgeordneten zu Wort kommen lässt, die die Parlamentsdebatten und die Themen kommentieren. Die Pressemitteilungen werden ebenfalls über die sozialen Plattformen ausgespielt. Über das Angebot des ›Live-Bürgerdialogs‹ einmal in der Woche mit dem Führungspersonal der Fraktion erreicht diese regelmäßig Größenordnungen von 20.000 bis zu über 100.000 Aufrufen.[63]

Der Newsroom ist Bestandteil der Medienabteilung der AfD-Fraktion und besteht aus 16 Mitarbeitern (Preppner 2019: 51). Die strategische Ausrichtung der Fraktion in diesem Bereich verantworten der Leiter der Medienabteilung und die Abteilungsleiter Presse, Social Media und Recherche (Preppner 2019: 51). Bedient werden neben Facebook, Twitter und YouTube auch Instagram und der für die Kommunikation immer relevanter werdende Messenger-Dienst Telegram (Preppner 2019: 51).

Die AfD-Fraktion profitiert – wie die Rechtspopulisten insgesamt – von den Mechanismen der sozialen Medien in besonderer Weise. Sie reiht sich ein in das »Netzwerk der neuen Rechten« (Fuchs/ Middelhoff 2019) und kann aufgrund ihrer Strategie und ihrer speziellen Oppositionsfunktion (s. Kapitel 6) wirkungsvoll agieren. Dabei hält sie sich an die Prinzipien der Parlamentskommunikation

von »Selektion und Strukturierung« (Sarcinelli 2011: 256) der Themen, die ihr im Parlament wichtig sind. Sie kommt dabei den »Verpflichtungen zur Repräsentation und Responsivität« nach, die für die Kommunikation in der parlamentarischen Arena zentral sind (Sarcinelli 2011: 256). »Sie teilt die extreme Idee von Öffentlichkeit, die in klarer Opposition zur […] Mehrheitsgesellschaft steht. Entscheidender Teil dieser Strategie ist es, die eigene Community von anderen Medien zu entfremden« (Stegemann/Musyal 2020: 241).

Die restriktive Informationspolitik gegenüber den herkömmlichen Medien kann so beibehalten werden, und dennoch wird die ihr zugeneigte Öffentlichkeit ungefiltert erreicht. Vor dem Hintergrund der Feststellungen im sogenannten Murswiek-Gutachten (2018a: 44; vgl. auch Kapitel 5.2 dieser Arbeit) zur Frage der Beobachtung durch den Verfassungsschutz kann die AfD-Fraktion durch diese Art der Informationssteuerung zugleich verhindern, dass zumindest über den offiziellen Fraktionsaccount zufällig beziehungsweise ungesteuert ›Futter‹ für Skandalisierungen geliefert wird.[64]

Die Abgeordneten der AfD-Fraktion benutzen Twitter regelmäßig zur Zuspitzung oder zur Provokation. Petr Bystron beispielsweise twitterte eine Zeichnung des bayerischen Ministerpräsidenten, der einen als Hitler-Bärtchen stilisierten Mund-Nasen-Schutz trägt (t-online 2020).

Inhaltlich liegt der Schwerpunkt der Fraktionskommunikation in den sozialen Medien auf den Themen Migration und auf der Klimapolitik im weitesten Sinne. Ein wesentlicher Bereich ist dabei auch die Meinungsfreiheit im Netz. Bei der Klimapolitik hat die AfD im Oktober 2019 sogar einen aufwendig produzierten, als ›Dokumentation‹ angekündigten Film produziert. Unter dem Titel »Dieselmord im Ökowahn!« formuliert sie ihre Kritik an der Politik des aus ihrer Sicht regierenden grünen Mainstreams (Stegemann/Musyal 2020: 222). Von Bedeutung ist hierbei, dass die Themen Klima und Wirtschaftsstandort zusammengebracht werden. Die Online-Strategie folgt der entsprechenden Strategie im Parlament. Diese Filme sind mittlerweile in regelmäßigen Abständen auf AfD-TV zu finden. Es gibt einen kurzen Imagefilm mit dem Titel »AfD-Fraktion: Ein Blick hinter die Kulissen!«. Mittlerweile existiert zudem ein Film, der sich mit der aus Sicht der AfD verfehlten Corona-Politik der Bundesregierung und den Alternativen der

Fraktion befasst. Zur grundsätzlichen hinter den Filmen der AfD-Fraktion stehenden Strategie erläutert der Abgeordnete Peter Felser[65]: »Mit dem Format von knapp einstündigen Dokumentationen wollen wir eine Gegenöffentlichkeit zur einseitigen Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen schaffen« (zitiert nach dpa 2019c).

Ein medialer Aufreger war ein weiterer Film, den die AfD-Fraktion zu ihrer Verteidigungspolitik gedreht hat: »Die Bundeswehr-Misere – Warum Deutschland sich nicht mehr verteidigen kann« (AfD-Fraktion 2020h). Die Fraktion inszeniert sich hier als ›Soldaten‹-Fraktion und stellt ihre Fachpolitiker als profunde Kenner der Bundeswehr und der Verteidigungspolitik dar – so auch in der Broschüre über ihren »Weg zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands« (AfD-Fraktion 2019a). Sie transportiert auch hier die Botschaft, dass die Aufgabe der Armee zuallererst ist, deutsche Interessen zu sichern. Auslandseinsätze werden daher überwiegend abgelehnt. Da durch den Film der Eindruck entstehen könnte, dass die Bundeswehr die in dem Film geäußerten Inhalte unterstützen würde, wurde im Verteidigungsministerium ein Erlass erarbeitet, der »›Besuchsdokumentation von Politikern mittels Bild- und Tonaufnahmen […] künftig generell‹« untersagt (Jungholt 2020).

Auch auf dem YouTube-Kanal der AfD-Bundestagsfraktion gibt es Beiträge, die von der Fraktion selbst produziert und im Stil eines journalistischen Beitrags gehalten sind. Der überwiegende Teil der Medienstrategie in diesem Bereich bezieht sich aber auf die Bundestagsdebatten und die umfassende Darstellung der AfD-Politik. Dabei handelt es sich um eigene Streams von Veranstaltungen oder Pressekonferenzen, Kurzvideos von Phoenix oder dem Parlamentskanal oder eigene Formate wie dem Bürgerdialog. In der Wertschätzung der Nutzerinnen und Nutzer gibt es dabei eine klare Priorität. Der Kanal der Fraktion hat mit Stand Ende Juni 2021 über 90 Millionen Aufrufe.[66] Bei Betrachtung einer beliebigen Sitzungswoche wird deutlich, dass die Beiträge mit den Markenkernthemen oder gezielten Provokationen deutlich höhere Reichweiten erzielen als Berichte über Debatten in anderen Politikbereichen. So erreicht in der Sitzungswoche Anfang Oktober 2020 der Beitrag zur Rede von Wilhelm von Gottberg zum Haushalt des BMEL 2805 Aufrufe. Der Beitrag über die Rede von René Springer zum Haushaltsplan des

BMAS konnte 61 833 Aufrufe verzeichnen.[67] Eine statistische Auswertung der Beiträge, die über 400.000 Aufrufe auf sich vereinigen können, zeigt eine hohe Fokussierung auf den Markenkern und die Corona-Kritik.

Beiträge auf dem YouTube-Kanal der AfD-Bundestagsfraktion (über 400 000 Aufrufe)		
Titel	**Kategorie**	**Datum**
Über 700 000 Aufrufe:		
Aufruhr im Bundestag, als Alice Weidel mit Merkels Politik abrechnet!	Generaldebatte zum Haushalt 2021	09.12.2020
Über 600 000 Aufrufe:		
Mullah-Regime: Jürgen Braun entlarvt die Heuchelei von Claudia Roth!	Außenpolitik und Internationale Beziehungen	09.10.2020
AfD verursacht Sitzungsabbruch!	Hammelsprung zur Beschlussfähigkeit des Bundestags	19.01.2018
Über 500 000 Aufrufe:		
Schock-Migrationsbericht: Immer mehr Deutsche verlassen das Land!	Ausländerpolitik, Zuwanderung	15.01.2020
Wenn Blicke töten könnten! - Merkel im AfD-Kreuzverhör	Fragestunde im Bundestag, Zusammenfassung der AfD-Fragen	01.07.2020
Korruption im Bundestag: Hier rechnet AfD-Politikerin gnadenlos ab – Joana Cotar	Debatte zum „Maskenskandal“ durch CSU-Abgeordnete	06.03.2021

Beiträge auf dem YouTube-Kanal der AfD-Bundestagsfraktion (über 400 000 Aufrufe)

Titel	Kategorie	Datum
	Über 700 000 Aufrufe:	
Aufruhr im Bundestag, als Alice Weidel mit Merkels Politik abrechnet!	Generaldebatte zum Haushalt 2021	09.12.2020
	Über 600 000 Aufrufe:	
Mullah-Regime: Jürgen Braun entlarvt die Heuchelei von Claudia Roth!	Außenpolitik und Internationale Beziehungen	09.10.2020
AfD verursacht Sitzungsabbruch!	Hammelsprung zur Beschlussfähigkeit des Bundestags	19.01.2018
	Über 500 000 Aufrufe:	
Schock-Migrationsbericht: Immer mehr Deutsche verlassen das Land!	Ausländerpolitik, Zuwanderung	15.01.2020
Wenn Blicke töten könnten! - Merkel im AfD-Kreuzverhör	Fragestunde im Bundestag, Zusammenfassung der AfD-Fragen	01.07.2020
Korruption im Bundestag: Hier rechnet AfD-Politikerin gnadenlos ab – Joana Cotar	Debatte zum „Maskenskandal" durch CSU-Abgeordnete	06.03.2021
	Über 400 000 Aufrufe:	
Frau Merkel, Sie richten ein ganzes Land zugrunde! - Sebastian Münzenmaier	Generaldebatte zum Haushalt 2020	09.12.2020
Beatrix von Storch entlarvt die Heuchelei der Altparteien und wird abgemahnt! - AfD-Fraktion	Bundestag	10.09.2020
Sie machen mich wütend! - Corinna Miazga - AfD-Fraktion im Bundestag	Europapolitik und Europäische Union	19.09.2020
Totalversagen. Stephan Brandner rechnet mit Jens Spahn ab!	Gesundheit: Bewertung der Corona-Politik der Bundesregierung	04.03.2021
Grüne bezeichnen Deutsche als Köterrasse! - Rene Springer	Debatte: Übereinkommen zum Schutz der Rechte indigener Völker von 1989	19.04.2021
Volker Münz bringt SPD-Pöbler mit seiner Rede zum Schweigen!	Debatte zur Energiepolitik	12.12.2020
Sebastian Münzenmaier liest Merkel die Leviten wegen ihrer fatalen Corona-Lockdown-Politik!	Gesundheit	29.10.2020
Wir leben in Deutschland - und nicht im Orient! - Mariana Harder-Kühnel	Diskussion über Vielehen in Deutschland	29.01.2021

Abbildung 20: Beiträge auf dem YouTube-Kanal der AfD-Bundestagsfraktion (über 400.000 Aufrufe)

Eigene Darstellung auf Basis der Angaben zu den Aufrufen auf https://www.youtube.com/c/AfDFraktionimBundestag/videos?view=0&sort=dd&shelf_id=5 [Stand und letzter Zugriff: 27. Juni 2021]

Die Online-Kommunikation wird regelmäßig dazu genutzt, mit Stereotypen auf Vorfälle zu reagieren. Diffamierungen der Regierungen sind hier ebenfalls an der Tagesordnung (Butterwegge et al. 2018: 209). Wie bedeutungsvoll die emotionsgeladene Ansprache der AfD für ihre Unterstützerschaft ist, zeigt sich bei den ›Klickzahlen‹ der einzelnen Beiträge. Insbesondere ihre Fundamentalopposition gegen die Corona-Politik wird auf dem YouTube-Kanal der Fraktion angeschaut. Experte E4 verweist darauf, dass dieses Format eine zentrale Arbeitsweise der Abgeordneten darstellt, »die […] im Grunde zu ihren YouTube-Zuschauern« (IV E4) reden würden.

Regelmäßig wird zudem die Nichtwahl des jeweiligen Kandidaten zum Bundestagsvizepräsidenten thematisiert. Dies ist

ein Baustein, sich als Opfer des Systems zu stilisieren. In diese Kategorie fallen zudem die Reaktionen auf die Hinweise eines möglichen Zusammenhangs zwischen AfD-Politik und dem Mord an Walter Lübcke oder dem Terror in Halle. Des Weiteren hat die AfD-Bundestagsfraktion eine Reihe eigener Kampagnen produziert. Zu nennen sind beispielsweise ›Rettet den Diesel!‹, ›Stoppt den UN-Migrationpakt‹ und ›Grüne stoppen! Umwelt schützen‹. Im Wahljahr 2021 startete sie die Kampagnen ›Aufbruch für Deutschland‹ und ›Einfach frei leben‹.

Die Strategie, sich als Sprachrohr der ›Kleinen Leute‹ zu positionieren, findet sich ebenfalls bei der AfD-Fraktion auf ihrer Website. Mit einem ›Gehaltsrechner‹[68] lässt sich ausrechnen, wie stark die Entlastung wäre, wenn AfD-Initiativen umgesetzt würden. Dieses Tool hat sie massiv auf Facebook beworben. Darüber hinaus finden sich auf den Facebook- und YouTube-Accounts der AfD-Bundestagsfraktion mehrere Beiträge und Videos zu von ihr veröffentlichten Positionspapieren – zum Beispiel für die im Juni 2019 veröffentlichte Bundeswehr-Vision der AfD-Fraktion (2019a), das Landwirtschaftspolitische Leitbild (AfD-Fraktion 2020d) von Juni 2020 – oder zu den Vorstellungen der Corona-Positionspapiere der Fraktion (AfD-Fraktion 2020b und 2020c). Zahlreiche Arbeitskreise dürfen ihre Positionen in Papieren darstellen.[69] Die Beiträge sind durch ein abgestimmtes Design, gleichen Aufbau und einheitliche Bildsprache gekennzeichnet (Butterwegge et al. 2018: 207).

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt gezielt Umfragen auf Facebook zu aktuellen politischen Fragen ein. Dies hilft ihr, Diskussionen im Netz loszutreten und sich vor den Plenardebatten einen Überblick über die Stimmung in ihrer Community zu verschaffen. Auch auf Twitter spielt die Fraktion gezielt ihre Videos, die Beiträge in den Plenardebatten und die Pressemeldungen aus. Inhaltlich sind große Schnittmengen mit den Facebook-Inhalten zu erkennen (Butterwegge et al. 2018: 207). Auf Ebene der Fraktionen im Bund und in den Ländern gibt es seit Sommer 2019 den Versuch einer interfraktionellen Abstimmung der Social-Media-Abteilungen der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen (AfD-Fraktion 2019b). Ziel ist es, die parlamentarische Zusammenarbeit aller 16 Landtagsfraktionen sowie der Bundestagsfraktion im Bereich Social Media zu vernetzen und abzustimmen.

Die Medienstrategie der AfD-Fraktion umfasst den Umgang mit

den sogenannten Alternativen Medien, auch wenn Experte E5 explizit darauf hinweist, dass unzählige Bundestagsabgeordnete der AfD den Kontakt über exklusive Informationen auch und gerade zu etablierten Medien suchen. Er macht es an einem konkreten Beispiel fest und führt aus: »Der [besagte AfD-Bundestagsabgeordnete, FR] investiert viel in Anfragen, der macht eine professionelle Medienarbeit. Also die zum Beispiel beinhaltet, dass er ganz gezielt Informationen vorab an Medien durchbringt. Und zwar nicht an diese berühmten Alternativen […] Das sagt er auch selbst, er braucht eine große Reichweite« (IV E5).

Dass dieses Bedürfnis auch von der ›Szene‹, den sogenannten Alternativen Medien, gesehen wird, zeigen Kritiken von Teilnehmenden am zweiten Medienkongress der Fraktion, der Anfang Oktober 2020 stattgefunden hat. Gut ein Jahr vor der Bundestagswahl hatten sich die Vertreterinnen und Vertreter der, wie sie sich selbst bezeichnen, ›Freien Medien‹ scheinbar eine Verabredung über strategische Partnerschaften mit der AfD-Fraktion versprochen (zu einer Einschätzung vgl. Kubitschek 2019a). Der rechte Publizist Jonas Schick (2020) hält dazu fest: »Eine 2. Konferenz, als Medienstrategiekonferenz, die es sich zum Ziel macht, eben diesen Mißstand zu beseitigen, hätte daher einen erheblichen Mehrwehrt gehabt, insbesondere, wenn aus dem dort Besprochenen konkrete Taten folgen.« Er fährt dann fort mit der Skizze einer Agenda für die Kooperation zwischen Fraktion und freien Medien:

> »Wenn man Stück für Stück und von Grund auf damit beginnt, ein Netz aus Vertriebsmöglichkeiten, Ideenaustausch, Bereitstellung exklusiver Inhalte, Förderungen, Anwälten etc. zu weben. Das alles könnte der hauptsächliche Inhalt dieser Konferenz sein, die für ausgewählte Parameter Soll-Werte bestimmt, die bei ihrer jährlichen Zusammenkunft anhand von Ist-Werten überprüft werden, auf deren Basis man weitere Maßnahmen konzipiert und Anstrengungen unternimmt« (Schick 2020).

Da dies alles nicht geleistet wurde, stellt für ihn der zweite Kongress einen Rückschritt zu dessen Vorgänger dar. Hinzu kommt, dass in der Bundestagsfraktion neben der Kritik am Fehlen einer inhaltlichen Strategie auch die Kritik am Mangel an Personal

und Strategie im Bereich der Fraktionskommunikation laut geworden ist (Konietzny 2019). Aus dem Newsroom der Fraktion ist jedenfalls im Beobachtungszeitraum keine »richtige deutsche Nachrichtenagentur« geworden, wie ein AfD-Bundestagsabgeordneter feststellt (zitiert nach Konietzny 2019).

4.7.2 Klassische Fraktionskommunikation

Ulrich Sarcinelli (2011: 255) hat in seinem Standardwerk zur politischen Kommunikation mit Blick auf die Politikvermittlung durch das Parlament festgehalten, dass es dabei darum gehe, »Einsicht in und Verständnis für den oft notwendigerweise unspektakulären arbeitsparlamentarischen Alltag zu vermitteln.« Die AfD-Fraktion legt ihren Schwerpunkt auf die Vermittlung in den sozialen Medien. Sie weiß aber auch, dass sie klassische Formen bedienen muss. Deswegen verfolgt sie die Elemente klassischer Fraktionskommunikation. Sarcinelli (2011: 270) beschreibt diese als »Routinekanäle«. Sie bietet eine eigene Fraktionszeitung »Fraktion kompakt« (AfD-Fraktion 2019c; 2020 f; 2020j) an und bedient einen E-Mail-Newsletter, um ihre Plenarinitiativen vorzustellen. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion finden sich neben den sozialen Medien die Elemente, die Sarcinelli (2011: 270) aufführt: die AfD-Fraktion veröffentlicht Pressemitteilungen und hält Pressekonferenzen zu Positionspapieren oder Plenarinitiativen ab.

Zudem steht die Fraktionsführung für Interviews bereit. Interviewanfragen von klassischen Medien werden dabei ebenfalls wahrgenommen, auch wenn kritische Fragen zu erwarten sind. Für ein gezieltes Setzen von Botschaften nutzt die Fraktionsführung ›Alternativmedien‹ aus dem Umfeld oder Presseerzeugnisse wie die schweizerische ›Weltwoche‹. Hier kann sie sicher sein, dass die Hauptrezipienten vor allem aus der Wählerschaft oder aus der potenziellen Wählerschaft kommen. Zudem gibt die AfD-Fraktion wie andere Fraktionen auch die traditionellen Statements nach ihren Fraktionssitzungen ab und präsentiert zu Beginn der Sitzungswoche ihre parlamentarischen Initiativen. Daneben führt Sarcinelli noch die Kategorien »[m]ediatisierte Ereignisse« und »Pseudoereignisse« auf. Hierunter fallen Fraktionsveranstaltungen, die sie auch im Internet überträgt.

4.7.3Die GOBT als Instrument

Parlamentsdebatten werden durch die Regeln aus der Geschäftsordnung geprägt. Mit Zeitablauf hat die AfD die verschiedenen Möglichkeiten der GOBT für sich zu nutzen gelernt. Ein Beispiel ist die Möglichkeit, Reden von anderen Fraktionen mithilfe von Kurzinterventionen zu stören bzw. dadurch mehr Redezeit zu generieren. Durch Kurzinterventionen verlängert sich die Redezeit inoffiziell. Gleichzeitig ist das Instrument wie für eine rechtspopulistische Opposition geschaffen. Auch wenn es heißt, dass die Abgeordneten zur Sache reden und sich auf den Vorredner beziehen müssen, ist diese Feststellung ein schmaler Grat für die Sitzungsleitung. Oftmals wird nur kurz Bezug genommen oder es wird gezielt provoziert. In der Debatte um die EU-Ratspräsidentschaft greift Petr Bystron konkrete Aussagen des Außenministers aus seiner Rede auf und nutzt seine Zeit, um ihn zu kritisieren (PlPr. 19/169: 21053). Bei der Debatte um das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz zeigt der Abgeordnete Martin Sichert, dass die AfD Kurzinterventionen zur Verlängerung der Redezeit nutzt. Nachdem er kurz den Namen seines Vorredners genannt hatte, greift er gezielt ein Thema aus einer anderen Debatte auf:

> »Es steht in dieser Woche auch das Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz auf dem Programm. Da droht die Regierung Zehntausenden schwerbehinderten Menschen in diesem Land damit, dass diese Menschen künftig Tausende Euro Zuzahlungen extra leisten müssen, wenn sie weiter zu Hause gepflegt werden wollen. Das Seelenheil vieler dieser Menschen hängt daran, dass sie zu Hause, bei ihren Verwandten, bei ihrer Familie sein können. Sie wollen diese Menschen jetzt künftig ins Heim abschieben, um ein paar Euro einzusparen. Auf der anderen Seite geben Sie Hunderte Milliarden Euro aus. Wie passt das zusammen? Ist in diesem modernen Deutschland, von dem Sie reden, kein Platz mehr für die Schwächsten der Gesellschaft?« (PlPr. 19/168: 21002).

Da Albrecht Glaser als Hauptredner der AfD-Fraktion vor allem über die Gelder an die EU gesprochen hat – und sich damit strenggenommen auch nicht zum Gesetz geäußert hat – nutzt Sichert hier seine Kurzintervention, um die AfD-Fraktionsposition

um soziale Dimensionen zu ergänzen. Mit zunehmender Sicherheit im parlamentarischen Auftreten geht die AfD-Fraktion auch sicherer mit dem Instrumentarium der Zwischenfrage um, wenn es gegen sie gerichtet wird. Dem Abgeordneten Houber von der FDP ruft Sebastian Münzenmaier in der Debatte um die Tourismus-Initiativen der AfD nach dessen unverständlichem Zwischenruf vom Rednerpult aus zu: »Sie dürfen gerne eine Zwischenfrage stellen; dann verlängern Sie meine Redezeit« (PlPr. 19/169: 21075).

4.7.4 Juristische Auseinandersetzungen als politische Kommunikation

Die AfD-Fraktion erweitert die politische Bühne um das Feld der juristischen Auseinandersetzung. Hier ergänzt sie sich mit der Partei. Das legitime Recht der Opposition, insbesondere Gesetze und Entscheidungen zu überprüfen, bei denen es verfassungsrechtliche Bedenken gibt, wird nicht nur von der AfD-Fraktion in Anspruch genommen. Schon seit Bestehen des Bundesverfassungsgerichts wird dieses von der Opposition zum Ausgleich ihrer politischen Schwäche aufgrund des Minderheitenstatus genutzt (Stüwe 2006: 215–228). Die rechtspopulistische Opposition setzt die Auseinandersetzung in Karlsruhe allerdings in anderer Form ein als es in der Vergangenheit üblich war und es von den anderen Oppositionsfraktionen in der 19. Wahlperiode auch wahrgenommen wurde. Die AfD-Fraktion nutzt es als Kommunikationsmittel in eigener Sache. Dabei rief die AfD-Fraktion das Bundesverfassungsgericht in folgenden Fällen an, und es kam zu einer Entscheidung zunächst im Eil- dann im Hauptsacheverfahren:

- Im Jahr 2018 stellte die AfD-Fraktion den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Aussetzung des Vollzugs des Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze, das die Große Koalition auf den Weg gebracht hatte. Hier findet sie sich und die ihr nahestehende Stiftung DES benachteiligt.
- Im Jahr 2019 stellte sie den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Abwahl von Stephan

Brandner vom Amt des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz. Sie sieht sich in der Ausübung einer effektiven Oppositionsarbeit nachhaltig behindert.

- Im Jahr 2020 lehnte das Bundesverfassungsgericht einen Antrag der AfD-Bundestagsfraktion (genauer von 30 ihr angehörenden Abgeordneten) auf Beitritt und Anschluss an ein anhängiges Normenkontrollverfahren der anderen Oppositionsfraktionen gegen die Änderung des Parteiengesetzes ab.
- Im Bundestag scheiterte sie an den formalen Hürden bei jedem ihrer Anträge auf abstrakte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht gemäß Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2 des Grundgesetzes.
- Dies war bei ihrer Kritik am sogenannten Mietendeckel des Berliner Senats (BT-Drs. 19/17129), gegen die EU-Düngeverordnung (BT-Drs. 19/19159) genauso wie in der Corona-Pandemie mit ihren Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit des zweiten Nachtragshaushalts im Jahr 2020 (BT-Drs. 19/22926), des Haushalts 2021 (BT-Drs. 19/26549) und des Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (BT-Drs. 19/29309).
- Ihre Ablehnung der Europapolitik dokumentiert sie in einer Organklage gegen Bundestag und Bundesregierung (Boehringer/Glaser 2021)

Im Gegensatz zu den üblichen Oppositionsverfahren – dies signalisiert das letzte Beispiel in der obigen Aufzählung – stand hier fast ausschließlich das Eigeninteresse der AfD-Fraktion im Mittelpunkt. Es ging immer darum, dass sie, ein Abgeordneter ihrer Fraktion oder die parteinahe Stiftung diskriminiert und die Fraktion letztlich in ihrer parlamentarischen Arbeit behindert würde. Die Ausnahme waren drei Anträge im Organstreitverfahren, die die AfD-Fraktion im Jahr 2017 gegen die Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel im Jahr 2015 einreichte (Vosgerau 2018). Das Bundesverfassungsgericht verwarf diese.

Auch beim öffentlichkeitswirksamen Verfahren gegen die Veröffentlichung eines AfD-kritischen Interviews von Bundesinnenminister Horst Seehofer auf der Homepage seines Ministeriums war das Agieren der Bundestagsfraktion der Auslöser. In der Haushaltsdebatte 2019 im September 2018 hatte

die AfD beantragt, auch und gegen die parlamentarische Gepflogenheit den Etat des Bundespräsidenten zu beraten. Dabei treibt den 1. Parlamentarischen Geschäftsführer, Bernd Baumann, die ›brennende Sorge‹ um, »dass das Amt Schaden leidet durch einseitige Parteinahme des Amtsinhabers […] Denn solchen Schaden vermeidet man nicht, wenn das Parlament dazu schweigt. Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren: Wir müssen darüber reden« (PlPr. 19/47: 4944).

Auslöser war die Unterstützung des Präsidenten für eine Großveranstaltung in Chemnitz, die die AfD-Fraktion als ›linksradikale Großveranstaltung‹ einstufte. Der Bundesinnenminister bezeichnete die AfD daraufhin im Gesamten als ›staatszersetzend‹. Hier erreichte die AfD als Partei einen einfachen Erfolg, da Horst Seehofer das gleiche Vorgehen wählte wie schon 2015 die damalige Bildungsministerin Johanna Wanka. Auch hier stellte das Verfassungsgericht fest, dass die AfD nicht durch die Nutzung von Ressourcen der Regierung benachteiligt werden darf. Dieses Urteil war ein »Glücksmoment« (Ruhose 2020c: 25) für die AfD. Es zeigt sie als ›einzige‹ Opposition, die für die Prinzipien des Rechtsstaats kämpft. Auch die Verfahren, die die Fraktion anstrengte, waren, wenn auch das Anliegen jeweils abgelehnt wurde, eine gute Plattform, ihre Opferrolle darzustellen. Experte E4 hat für die AfD-Fraktion den »Gang nach Karlsruhe« (IV E4) als Strategie ausgemacht, die der Abgeordnete Brandner federführend verfolge.

Für inhaltliche Debatten im Plenum nutzte sie ihr Antragsrecht im Bundestag, eine abstrakte Normenkontrolle in Karlsruhe zu beantragen. Sie weiß, dass sie keine Mehrheit erhält, aber es die Themen sind, die auch innerhalb der Koalition umstritten sind. Dabei handelt es sich um das Gesetz zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mietenbegrenzung im Land Berlin (BT-Drs. 19/17129) und die Verordnung zur Änderung der Düngeverordnung und anderer Vorschriften (BT-Drs. 19/19158). Auch den zweiten Corona-Nachtragshaushalt und den Haushalt 2021 wollte die AfD-Fraktion überprüfen lassen (BT-Drs. 19/22926 und BT-Drs. 19/26549). Gegen die Zustimmung des Bundestags zum Corona-Hilfsfonds der EU ging sie – im Ergebnis erfolglos – mit einem Eilantrag direkt nach Karlsruhe. In der politischen Debatte hat das Bundesverfassungsgericht einiges auszuhalten, da es sich in die Reihe der Institutionen einreiht, die von der AfD-

Fraktion regelmäßig hart angegangen werden. So zweifelt der PGF der AfD, Bernd Baumann, in der oben zitierten Geschäftsordnungsdebatte die Urteilsfähigkeit des Präsidenten des BVerfG an. Der Fraktionsjustiziar Brandner (2020a) wirft dem neuen Präsidenten vor, »für diese Position vollkommen ungeeignet« zu sein.

5.Die AfD-Fraktion und ihre zentralen Probleme: Corona-Pandemie und Verfassungsschutz

5.1Die AfD-Fraktion in der Corona-Pandemie

5.1.1Positionsentwicklung zu Beginn und während der ersten Hochphase der Corona-Pandemie

Die AfD-Fraktion wurde von der Corona-Krise und ihrer Konsequenz für die Oppositionspolitik mit äußerster Heftigkeit getroffen. In den Umfragen entzogen die Wählerinnen und Wähler, die bis dato konsequente Unterstützung für die AfD leisteten, zunächst das Vertrauen, und in der Fraktion begann ein Suchprozess nach der richtigen Positionierung. Dieser Prozess, der zusätzlich von der schwierigen Machtbalance innerhalb der Fraktion geprägt war, setzte unmittelbar nach der Verhängung des Lockdowns im März 2020 ein. Die Fraktion befasste sich in der Corona-Krise intensiv damit, welchen Weg sie vorschlagen würde, um mit der Pandemie gesellschaftlich zurechtzukommen. Dabei kombinierte sie altbewährte Argumentationsmuster – etwa, wenn Alexander Gauland Frau Merkel an die Möglichkeit der Grenzschließung erinnert (PlPr. 19/154: 19121) – mit neueren Positionen im Bereich der Sozialpolitik – so zum Beispiel die Forderung nach Unterstützung für Obdachlose (BT-Drs. 19/18143 BT-Drs. 19/22267) oder für Menschen mit Behinderungen (BT-Drs. 19/18144).

Die AfD-Fraktion unterstützte die Politik der Bundesregierung zunächst aus echter Überzeugung. Sie folgte damit der Aufgabe ›herkömmlicher‹ Opposition in Krisenzeiten, die »das Gemeinwohl im Blick behalten« (Höreth 2021: 132) soll, selbst wenn dies ihre »Chance auf eigene baldige Regierungsübernahme« schmälert, weil »die angebotene Kooperation eine amtierende Regierung stabilisiert« (Höreth 2021: 132). Dieses Verhalten führte zur

Einschätzung, dass selbst die AfD dieser „ ›republikanischen‹ Logik in der Krise« (Höreth 2021: 132) gefolgt sei – zumindest zunächst (Ruhose 2020c: 19). Das ›5-Punkte-Programm zur Corona-Krisenbewältigung‹ von Parteichef Tino Chrupalla und der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel ähnelt den ergriffenen Politikmaßnahmen der Bundesregierung (Chrupalla/Weidel 2020). Für die Opposition ist es legitim – und mitunter geboten - auch in solchen Extremsituation der Regierung nicht in allen Bereichen zu folgen. Selbst der Vorsitzende der Unionsfraktion, Ralph Brinkhaus, macht in seiner Rede auf die hohe Unsicherheit hinsichtlich der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen aufmerksam. Darauf weist Tino Chrupalla (2020) in seiner entsprechenden Stellungnahme hin. Daher war es konsequent, dass die AfD-Fraktion von Beginn an auf Befristung der Maßnahmen setzte. Chrupalla rechtfertigte in einer persönlichen Stellungnahme sein damaliges Abstimmungsverhalten. »Ich habe nur zwei ›Corona-Gesetzen‹ zugestimmt: dem Sozialschutz-Paket und dem Gesetzesentwurf zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht. Diese beiden Gesetze sind zeitlich befristet. Bei der Abstimmung zu den anderen Gesetzentwürfen habe ich mich enthalten« (Chrupalla 2020).[70] Im Gesamten verfasste die AfD-Fraktion im Anschluss daran zwei umfangreiche Positionspapiere zu schnellen Lockerungen und umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen (AfD-Fraktion 2020b und AfD-Fraktion 2020c). Innerfraktionell war dem eine kontroverse Diskussion vorausgegangen. Es zeigt sich jedoch im Zeitablauf, dass die frühe Forderung nach Lockerungen der Corona-Bekämpfungsmaßnahmen auf immer breitere Zustimmung innerhalb der Fraktion stieß, zumal das Infektionsgeschehen deutlich zurückging. Dieser Positionswechsel lässt sich in drei Phasen beschreiben.

In der *ersten Phase* bis Anfang April 2020 positionierte sich die AfD zunächst als diejenige, die im Parlament früh vor den Risiken gewarnt hatte. Dabei konnte auf einen deutlichen Auftritt der Fraktionschefin Alice Weidel verwiesen werden, die Anfang März 2020 bereits im Bundestag der Bundesregierung einen mangelhaften Umgang mit der Krise vorwarf.

> »Nach allem, was wir wissen, gehen von dem Virus eine höhere Ansteckungsgefahr und ein größeres Mortalitätsrisiko aus als von der gewöhnlichen Grippe. Eine

> Erkenntnis, die Sie, Herr Minister Spahn, noch am 24. Januar geleugnet haben. Die Infektion verlaufe bei Corona milder, haben Sie gesagt. Das war nicht Ihre einzige Fehleinschätzung – leider. Am 27. Januar haben Sie behauptet: Wir sind gut vorbereitet. – Sie tun es noch heute« (PlPr. 19/148: 18440).

Diese gesamte Rede zeugt davon, dass die AfD-Fraktion zu diesem Zeitpunkt Positionen formulierte, die später die später die einzelnen Landesregierungen übernahmen. Es zeigt sich über die ersten Phasen der Corona-Pandemie hinweg bis in den Sommer 2020, dass dies auch in anderen Bereichen oft der Fall war. Diese erste Phase lässt sich mit einem Satz von Alexander Gauland in der Plenardebatte vom März 2020 zusammenfassen: »Zusammenstehen ist jetzt erste Bürgerpflicht« (BT-Drs. 19/154: 19121).

Daran schloss sich eine *zweite Phase* von Mitte April bis Mitte Mai 2020 an, die durch den Abschwung in den Umfragewerten und einen internen Streit angetrieben wurde. Der staatstragende Kurs zu Beginn wurde durch die Flügel-Kräfte innerhalb der Fraktion von Anfang an kritisch gesehen. Die sinkenden Umfragewerte taten ein Übriges. In den Beratungen im Vorfeld der ersten Corona-Debatte und dann in der von Hans-Jörg Müller und Dirk Spaniel durchgesetzten Präsenz-Sondersitzung um Ostern 2020 befasste sich die AfD-Fraktion sehr konträr mit den verschiedenen Optionen einer staatstragenden Opposition, wie sie Weidel und Gauland präferierten, und einer »wirksame[n] Opposition« (Müller 2020a) mit einer »konsequenten Ablehnung der Regierungsvorschläge«. Auf der Tagesordnung stand: »Weiteres Vorgehen in der Corona-Krise« und »Exit-Strategie« (Clasmann 2020a). Zunächst setzte sich die Führung durch, doch mit sinkenden Umfragewerten und einem Einbruch bei ihrer Kommunikationsstrategie trat die Ungeduld in der Fraktion deutlich in Erscheinung. Der ehemalige PGF der AfD-Fraktion, Hans-Jörg Müller stellt fest, »dass parlamentarische Aktivitäten allein zu wenig sind. Wenn wir unser Land retten wollen, müssen wir von der Gesellschaft als die kompetenteren Problemlöser wahrgenommen werden. Dazu müssen wir aus dem parlamentarischen Elfenbeinturm herauskommen und auf allen Feldern spielen, die bespielbar sind« (2020b). Diesem Ansatz sei die Führung bisher nicht gefolgt und nun habe sie in der Corona-

Krise »diese Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt«, womit er sich auf die zunehmende Ablehnung der staatlichen Maßnahmen innerhalb der AfD-Wählerschaft bezog. Neben inhaltlichen Punkten befeuern persönliche Abneigungen die Diskussionen in der Fraktion. Alice Weidel, die der Sondersitzung nur telefonisch folgte, durfte nicht einmal über das erste Corona-Papier mitstimmen. Im Rahmen der sechs Stunden dauernden Sonderfraktionssitzung fand sich der Kompromiss, Lockerungen zu fordern und dennoch keine Relativierung des Corona-Virus vorzunehmen. Es kam daher zu einer zunächst moderaten Neuausrichtung durch das erste Positionspapier (AfD-Fraktion 2020b) und erst im weiteren Zeitablauf zu einer weiteren Schärfung der kritischen Ausrichtung im Rahmen des zweiten Corona-Positionspapiers (AfD-Fraktion 2020c).

Im Ergebnis formulierte sie in ihrem ersten Positionspapier zur Corona-Krise (AfD-Fraktion 2020b) lediglich früher als die anderen Fraktionen eine schnellstmögliche Aufhebung des ›Lockdowns‹ des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die Fraktion formulierte dabei mehrheitlich auch entlang der zum damaligen Zeitpunkt gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse und forderte den gezielten Schutz der Risikogruppen. Mit einer Erhöhung der Testkapazitäten sowie der Produktion von Schutzmasken- und -kleidung umriss sie schon früh Positionen in zentralen Feldern der Corona-Bekämpfung. Die Gefährlichkeit des Virus stellt das Papier ebenfalls nicht infrage. In dieser Phase formulierte die AfD-Fraktion die Elemente einer »Normalisierungsstrategie«, bei der das »Social Distancing« flächendeckend durch »ein angemessenes Verhalten ersetzt werden« sollte (AfD-Fraktion 2020b; der entsprechende Antrag findet sich unter BT-Drs. 19/18738). Alice Weidel forderte daher »eine Exit-Strategie aus den Corona-Notmaßnahmen. Sie können nicht ewig bestehen. Aber auch der Osterhase hat keinen Impfstoff im Nest«(zitiert nach Krautkrämer 2020). In Abbildung 21 sind die Forderungen der Fraktion dargestellt.

„Normalisierungsstrategie" der AfD-Fraktion aus dem April 2020

1. Erhöhung der Testkapazitäten
2. Erhöhung der Produktionskapazitäten medizinischer Ressourcen
3. Angemessenes Verhalten
4. Risikogruppen schützen
5. Bundeseinheitliche Handlungsrichtlinien für Seniorenheime etc. erarbeiten
6. Strikte Grenzkontrollen
7. Priorisierung bei Impfungen
8. Wiederaufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten/Wiedereröffnung der Geschäfte
9. Christliches Osterfest
10. Durchsetzung und mindestens wöchentliche Überprüfung der Maßnahmen

Abbildung 21: »Normalisierungsstrategie« der AfD-Fraktion vom April 2020

Eigene Darstellung nach AfD-Fraktion 2020b

Da die Regierungen auf einen Kurs der Lockerungen einschwenkten, verwies die AfD immer wieder darauf, dass die Bundesregierung dem Kurs der AfD-Fraktion vollumfänglich gefolgt sei. Der AfD Fraktion lässt sich in dieser Phase attestieren, dass sie mit ihrem zweiten Positionspapier der Regierung erneut einen Schritt voraus gewesen ist. Dies hat damit zu tun, dass in der »größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg«, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (zitiert nach Lohse 2020a) die Corona-Krise bezeichnet hat, der Schnelligkeitsvorteil für die Opposition in der politischen Kommunikation wieder zurückkam. Im Gesundheitsbereich forderte die AfD schnell die Rückkehr zur Normalität vor der Pandemie. Dies beinhaltete

- die Rückkehr zum Regelbetrieb von Krankenhäusern (BT-Drs. 19/20117: 1). Begründet wird dies mit dem Fallgeschehen, das »nicht das Freihalten von Betten« erfordere. Zudem könnten beim »unwahrscheinlichen Fall eines schnellen Anstiegs der Zahl Covid-19-bedingter Krankenhaus- oder Intensivstationsaufenthalte« entsprechende Kapazitäten ohne Probleme »frei gemacht werden« (BT-Drs. 19/20117: 2),
- die Rückkehr von Rehakliniken und Kuren in den Regelbetrieb (BT-Drs. 19/20116:1) sowie
- die Sicherstellung von Bewegungsfreiheit für die Bewohnerinnen und Bewohner von Senioreneinrichtungen, damit diese »nicht schlechter gestellt werden als die übrigen Bürger« (BT-Drs. 19/20119: 1).

In der gemeinsamen Debatte dieser Anträge, die mit anderen Anträgen und vor allem dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz (BT-Drs. 19/19368) aufgerufen wurde, nutzt der Abgeordnete Uwe Witt die Redezeit für die AfD-Fraktion, um die vermeintliche Zwangspolitik der Bundesregierung zu geißeln:

> »Inzwischen ist es Tradition geworden, dass die Gesetzentwürfe aus dem Hause Jens Spahn nicht nur die Gemüter erhitzen, sondern auch unsere Bürger auf die Straße treiben, seien es die Proteste gegen das Gesetz zur Zwangsmasernimpfung, die Überlegungen zur Zwangscoronaimpfung oder nun das Intensivpflegegesetz mit der Zwangseinweisung in Heime« (PlPr. 19/170: 21264).

Mit dem Abflachen des Infektionsgeschehens und dem Aufkommen der Corona-Proteste während des Frühjahrs 2020 kehrte auch die kritische Diskussion der Maßnahmen wieder in die Öffentlichkeit zurück. So änderten sich die Schwerpunkte auch in der Strategie der AfD-Fraktion. Jürgen Braun formulierte es in einer Debatte im Mai 2020 folgendermaßen: »Niemand leugnet die Existenz des Coronavirus. Der Vorwurf, den wir der Bundesregierung machen, ist, dass sie mit völlig überzogenen Maßnahmen diese Pandemie zu eigenen Zwecken ausnutzt, um ihre katastrophale Politik der letzten Jahre zu verdecken« (PlPr. 19/159: 19748).

Diese weitere Veränderung der Positionierung wird anhand der inhaltlichen Forderungen aus dem zweiten Corona-Positionspapier von Anfang Mai 2020 dargestellt, dessen Titel lautete: »Shutdown sofort beenden – So viel Freiheit wie möglich, nicht mehr Einschränkungen als nötig!« (AfD-Fraktion 2020c)

„Normalisierungsstrategie" der AfD-Fraktion aus dem April 2020

1. Erhöhung der Testkapazitäten
2. Erhöhung der Produktionskapazitäten medizinischer Ressourcen
3. Angemessenes Verhalten
4. Risikogruppen schützen
5. Bundeseinheitliche Handlungsrichtlinien für Seniorenheime etc. erarbeiten
6. Strikte Grenzkontrollen
7. Priorisierung bei Impfungen
8. Wiederaufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten/Wiedereröffnung der Geschäfte
9. Christliches Osterfest
10. Durchsetzung und mindestens wöchentliche Überprüfung der Maßnahmen

Abbildung 22: Corona-Forderungen der AfD-Fraktion im Mai 2020

Eigene Darstellung nach AfD-Fraktion 2020c

In diesem Papier setzte sich die AfD-Fraktion mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise auseinander. Aus den Forderungen der beiden Papiere lässt sich erkennen, dass insbesondere diejenigen Kräfte, die die AfD und die AfD-Fraktion gern wirtschafts- und sozialpolitisch als ›sozial-patriotische‹ Kraft profilieren würden, im Laufe der Krise an Einfluss gewinnen konnten.[71] Die wirtschaftsliberalen Positionen deckte die Fraktion darüber ab, dass alle Maßnahmen zeitlich zu befristen und Perspektiven für die Bedienung der Schulden zu formulieren sind. Dazu führte der Sachverständige Max Otte in einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses im Bundestag zum ›Neustart‹ entsprechend aus, dass es offensichtlich sei, »dass die Staatsverschuldung von einem bereits nicht-nachhaltigen Niveau aus noch einmal sprunghaft ansteigen wird. Die Europäische Zentralbank will dem Markt 750 Milliarden Euro an Liquidität zuführen, die EU hat die Schuldenbremsen ausgesetzt, die Bundesregierung will 600 Milliarden Euro bereitstellen. Wenn es aber schon 2019 ausgeschlossen war, dass die Welt ohne besondere Maßnahmen von ihrem Schuldenberg herunterkommen würde, so ist es nach Corona mehr als offensichtlich« (Otte 2020: 16).

Diese Argumentation (vgl. auch Stelter 2020 und Sinn 2020) griff die AfD unmittelbar auf und schuf bei ihrer Corona-Politik an zahlreichen Stellen Bezüge zu ihrem Markenkern, wie es auch aus strategischer Sicht von den Skeptikern der Fraktionsführung gefordert worden war. Endprodukt dieser inhaltlichen Ausrichtung war dann die Kampagne »Aufbruch für Deutschland – Raus aus der

Wirtschafts- und Lockdown-Krise« (Gauland/Hollnagel 2021), die Alexander Gauland gemeinsam mit Bruno Hollnagel vorstellte und bei der ebenfalls mit der Abkürzung AfD gearbeitet wurde. Die Europäische Union wurde als Schuldige für steigende Schuldenberge in Deutschland adressiert. Die Grenzschließungen wurden als wirksames Mittel angesehen, eine zweite Welle zu unterbinden, und es wurde gefordert, diese dauerhaft aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig formulierte die AfD ein ›Moratorium‹ im Bereich der Entwicklungshilfe, damit die dringenden Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Risikogruppen finanziert werden können. Zu allen Positionen der beiden Papiere finden sich auch entsprechende Anträge der Fraktion, die in den Bundestag eingebracht wurden und die nicht noch einmal gesondert ausgewertet werden sollen. Auf ihrer Internet-Seite hatte die AfD zudem ein sogenanntes ›Corona-Dashboard‹ eingerichtet und zentrale Fragen-und-Antworten in einer Übersicht zusammengestellt. Hierbei und bei den Anträgen zeigt sich, dass die AfD-Fraktion in dieser zweiten Phase trotz der frühen Solidarisierungsversuche mit den Corona-Protesten im Gesamten keine Verschwörungstheorien formuliert.

Die aufkommenden Proteste und die Reaktionen der Mehrheit der Gesellschaft auf die Demonstrationen hatten eine einende Wirkung auf die AfD-Fraktion. Nach der ursprünglichen Entscheidung des Berliner Innensenators Andreas Geisel (SPD), eine große Demonstration Ende August (bei der es dann zu unmittelbaren Protesten auf der Treppe des Deutschen Bundestags kam) nicht zu genehmigen, war die Abgrenzung der AfD gegen alle auch bei den Bundestagsabgeordneten wiederhergestellt. »Indem Geisel am Mittwoch das von der Berliner Versammlungsbehörde verhängte Verbot der fürs Wochenende geplanten Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen verkündete und begrüßte, ließ er die verfeindeten Gruppen innerhalb der AfD so eng zusammenrücken, wie es kein Funktionär der Partei geschafft hätte. Noch bei den abseitigsten Vergleichen fanden AfD-Politiker zueinander, die bisher schwer zerstritten waren, etwa Weidel und der Bundestagsabgeordnete Kay Gottschalk« (Kamann 2020c: 4).

Die Linie der Arbeit der rechtspopulistischen Opposition im Bundestag seit der *dritten Phase* ab Sommer 2020 betont vor allem Fragen der politischen Emotionen, ruft bestehenden Unmut

auf (Patzelt 2020a) und arbeitet mit Querverbindungen, Provokationen und Zuspitzungen (Clasmann 2020b zu den strategischen Überlegungen). Diese Ansätze ließen sich auch in der Kampagne zur Bundestagswahlkampf 2021 beobachten (Ruhose 2020c). Inhaltlich skizzierte die AfD-Fraktion dabei Verbindungen zwischen der Corona-Krise und »den Leitthemen der AfD« (dpa 2020a). Für sie liegen die Lösungen in der Stärkung der Nation, der Rückkehr der Grenzsicherung und einer Re-Regionalisierung der Wirtschaft (Moldenhauer 2020). In ihrer Oppositionsarbeit fokussiert die AfD-Fraktion auf die Thematisierung von Regierungsversagen. Dabei verweist sie stets darauf, dass die Bundesregierung seit 2013 die Pandemie-Szenarien gekannt hat (Deutscher Bundestag 2013: 5 f.) und dennoch untätig geblieben ist. Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch verband die Kritik an der zögerlichen Handlung der Regierung unmittelbar mit den Flüchtlingsbewegungen. »Es ist wie 2015. Die Kanzlerin ist erst untätig. Dadurch vergrößert sich die Krise enorm. Und dann appelliert sie an die Opferbereitschaft der Bürger. Und für die Zeit danach hat sie keinen Plan« (Storch 2020a).

Über die Thematik Grenzschließungen zog die AfD-Fraktion somit seit Beginn der Corona-Krise »Querverbindungen« (AfD 2016: 8) zu ihren Leitthemen. Dabei verknüpft sie die Kritik an den offenen Grenzen und den Sachverhalt, dass selbst während der Corona-Bekämpfungsmaßnahmen eine Einreise für Asylbewerber möglich gewesen ist. Die Elemente dieser Erzählung finden sich auch in einem Film der AfD-Fraktion über die »Regierung im Coronawahn« (AfD-Fraktion 2020g): Während sich der gehorsame deutsche Bürger brav einsperre und massiv verschulde, kämen monatlich noch immer Tausende Asylbewerber über die Grenze oder würden aus Griechenland hierher verteilt. Die Ideologie des grenzenlosen Europas stünde für die Regierung über der Sicherheit und dem wirtschaftlichen Wohl unseres Landes. Die steigende Globalisierung habe zur rasenden Verbreitung des Erregers geführt. Aufgrund der Auslagerung der Produktionsstätten in der Pharmaindustrie nach Asien würde es nun zu Lieferengpässen bei lebenswichtigen Medikamenten kommen. Dies sei durch eine verfehlte Politik bereits vor der Corona-Krise Alltag gewesen und habe sich nun verschlimmert. Die Abhängigkeit von globalen Lieferketten gerade in den

Kernbereichen des Seuchenschutzes müsse beendet werden. Damit erfolgte die Übernahme der Positionierung der AfD-Fraktionen in den ersten beiden Phasen und ergänzte sie um die Formulierung der Sorgen und Nöte der Menschen. Durch das Handeln der Regierung würden unverhältnismäßig viele Existenzen gefährdet. Die AfD warnt davor, dass Europa in Zeiten von Corona zur Haftungsfalle für Deutschland werden könne. Schuldenvergemeinschaftung innerhalb Europas sei rechts- und verfassungswidrig und ökonomisch schädlich. Deutschland dürfe sich zulasten seiner Steuerzahler und Sparer nicht von anderen Staaten ›durch die Manege führen‹ lassen. Peter Boehringer fordert »EZB-Rettungsgelder nicht für Euro und EU-Banken, sondern für unsere Bürger und Unternehmen« (2020). Mit Verweis auf die Arbeiten des ifo-Instituts rückte die AfD zudem die generellen finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise für Deutschland in den Mittelpunkt ihrer Argumentation (AfD-Fraktion 2020c). Die Corona-Maßnahmen der Regierung, so stellte Alice Weidel zum Beispiel zugespitzt fest, würden die deutsche Wirtschaft ca. 30 Milliarden Euro pro Woche kosten.

Mit der Zeit des Rückgangs der Infektionszahlen über den Sommer stellte die AfD die Gefährlichkeit des Virus immer stärker infrage und sah die Bundesregierung als wahre Gefährderin. In der Debatte um die tourismuspolitischen Konsequenzen warf der AfD-Politiker Sebastian Münzenmaier der Bundesregierung vor, sie – und somit nicht das Virus – sei schuld an der derzeitigen Lage: »Dieser Shutdown wurde von der Regierung verschuldet, und viele eigentlich gesunde Unternehmen wurden dank Ihrer Maßnahme von der Regierungsbank in den Ruin getrieben« (PlPr. 19/169: 21075). Der AfD-Abgeordnete Dr. Robby Schlund wies in einer Debatte über einen FDP-Antrag zur Aufhebung der pandemischen Lage darauf hin, dass die AfD stets stringent gegen einen Lockdown und für »ein gestuftes pandemisches Rastermanagement« (PlPr. 19/166: 20659) eingestanden hat. Bei allen Versuchen, der AfD nicht stringentes Verhalten in der Corona-Pandemie vorzuwerfen, zeigt ein Blick in die Plenardebatte am 12. Februar, dass dies in der Tat seit Beginn die Position der AfD-Fraktion war. Allerdings offenbart er in der Folge seiner Rede das unterliegende Menschenbild und das Motiv der Relativierung der Gefahr durch das Corona-Virus:

»Wir alle hier werden einmal sterben. – Daher ist es

> wichtig, unser Leben mit Freude und Lebensenergie auszufüllen, egal in welchem Stadium wir uns auch immer befinden – ob als Kind, als Erwachsener oder als Angehöriger der sogenannten Risikogruppe. Diese Möglichkeit wurde uns in den letzten Wochen durch die Entscheidungsträger komplett genommen« (PlPr. 19/166: 20660).

Dieses Menschenbild ist eine Konstante in der dritten Phase der Positionsentwicklung der AfD in der es zu einer schrittweisen Radikalisierung kam.

5.1.2 Die AfD im Kampf gegen den ›Coronawahn‹

Die AfD-Fraktion formulierte in einer Vielzahl von Anträgen und immer heftiger ihre Kritik an der Politik der Bundesregierung. Sie spricht vom Coronawahn und tritt nach Klärung der internen Streitigkeiten über den Umgang mit dem Virus immer provokanter auf. Sie kehrt zurück zu bekannten Mustern. Diese Klärung hat auch mit Entwicklungen in der eigenen Klientel zu tun. Hinsichtlich des Umgangs mit dem Corona-Virus gab es zum Beispiel in der Szene der Verschwörungstheoretiker anfangs ebenfalls große Unsicherheiten. Da standen »viele unterschiedliche Versionen gleichberechtigt nebeneinander« (Butter 2020: 226).

Die AfD-Fraktion übernimmt ihre inhaltliche Kritik in die Verhaltensweise im Plenum während der Corona-Pandemie. »Das kann man auch schön beobachten […] am Verhalten der Fraktion im Plenarsaal« (IV P2). Regelmäßig, darauf weist Experte P2 hin, ermahnt das Präsidium Teile der AfD-Fraktion, nicht zusammenzustehen und die geltenden Regeln einzuhalten. Sie macht sich auch über die getroffenen Maßnahmen lustig, wenn Stephan Brandner beispielsweise seine Rede zur Hasskriminalität mit den Worten beginnt: »Das ist ja hier ein Duft am desinfizierten Rednerpult. Das ist fast ein Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Aber gut« (PlPr. 19/166: 20734).

Die Solidarisierung mit den Corona-Kritikern und teilweise das Bedienen vorhandener Verschwörungsmythen prägt diese dritte Phase.[72] Tino Chrupalla rief auf Twitter zur Teilnahme an der zentralen Kundgebung der Corona-Kritiker in Berlin Ende August 2020 auf (Sternberg 2020c). Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel

trat selbst als Demo-Organisatorin in Stuttgart auf. Hansjörg Müller nutzte eine Bühne der Demonstranten, um am 30. August 2020 eine Rede zu halten. Dies erfolgte somit einen Tag nach der zweiten großen Demonstration in Berlin, bei der es einer kleinen Gruppe von Demonstranten gelang, auf die Treppen des Reichstagsgebäudes vorzudringen. Die Linie der AfD-Fraktion folgt der Erkenntnis, dass hier für sie nach der Euro-Krise, den Flüchtlingsentwicklungen und der Kritik an der Klimapolitik mit der Kritik an der Pandemiepolitik ein neues Betätigungsfeld entsteht. Götz Kubitschek (2020b) fasst die Linie so zusammen, dass es darum gehe, die »Schnittmenge« zwischen der neuen Rechten und der sich als »Querdenker« bezeichnenden Bewegung »zu betonen und sich zu beteiligen«. Die Kritikpunkte der AfD-Fraktion sind nun:

1. Die Regierung stürze das Land durch die Bekämpfung eines bei Weitem nicht so gefährlichen Virus in die größte Wirtschaftskrise der Geschichte der Bundesrepublik.
2. Neben der Schädigung der deutschen Wirtschaft und der Gefährdung von Arbeitsplätzen würde diese Politik zudem mit der weitgehenden Einschränkung von Grundrechten einhergehen. Die Fraktion zieht damit regelmäßig Vergleiche zur DDR, wie zum Beispiel Detlev Spangenberg in seiner Rede anlässlich der Aktuellen Stunde der AfD zu einem ominösen Kritikpapier eines Beamten aus dem Bundesinnenministeriums:

> »Alle hier im Hause vertretenen Parteien außer der AfD scheinen Panik, Schikanen, Furcht und Abschottung förmlich zu genießen. Was anderes haben Sie doch nicht im Kopf. Eine Vorgehensweise, die bisher nur von drüben kam, haben Sie alle übernommen. Aber Sie könnten sogar in eine Einheitspartei gehen« (PlPr. 19/161: 20111).

Corona sei ein »Fehlalarm« (19/161: 20102), so fasst Armin-Paulus Hampel die Erkenntnisse aus diesem Papier für seine Fraktion zusammen. Dieser Auffassung schließen sich bis heute bei Weitem nicht alle AfD-Abgeordnete an. Fabian Jacobi zum Beispiel äußert sich in seiner Rede wie folgt: »Durch die heutigen Maßnahmen, so nötig sie sein mögen, werden die Staatsfinanzen für die absehbare Zukunft derart belastet, dass nicht unabdingbare Ausgaben schlicht unmöglich sein werden […] “ (PlPr. 19/154: 19155). Die

Maßnahmen werden also durchaus als ›nötig‹ wahrgenommen. Auch der Abgeordnete Martin Sichert zieht politische Schlussfolgerungen für die AfD-Fraktion aus der Pandemie:

> »Wenn uns die letzten Wochen eines gezeigt haben, dann, dass Deutschland eine Politik der Stärkung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft braucht. Je mehr Kinder von Familienangehörigen betreut werden und je mehr Pflegebedürftige im Kreis ihrer Lieben umsorgt werden, umso besser kommt eine Gesellschaft durch eine Pandemie« (PlPr. 19/159: 19764).

Allerdings können diese unterschiedlichen Bewertungen wieder durch Querverbindungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden – die Ablehnung der bisherigen Politik der Bundesregierung. Jacobi fährt nämlich fort, dass diese »nicht unabdingbaren Ausgaben« vor allem bei der Migrations- und Integrationspolitik eingespart werden können. Er spricht von den »vielen Millionen für dekadente Genderprofessuren« und den »vielen Milliarden für die Asylindustrie« (PlPr. 19/154: 19155). Jacobi selbst wird zu den Abgeordneten gehören, die in den infantilen Wettbewerb mit der Sitzungsleitung eintreten werden, ob sie ohne Maske zum Rednerpult gelangen können (PlPr. 19/183: 23082). Die Kritik an der Politik der Bundesregierung kulminiert in der Vorlage des Einsetzungsbeschlusses des schon lange geforderten Untersuchungsausschusses im Oktober. Schon vorher wurden die Drohungen, welche Konsequenzen aus der Corona-Pandemie zu ziehen sind, deutlicher formuliert. Stefan Keuter zum Beispiel erklärt vom Rednerpult im Bundestag:

> »Und ich sage Ihnen ganz klar, liebe Bundesregierung: Ich bin ziemlich sicher, dass wir uns vor einem Untersuchungsausschuss Corona wiedersehen werden. Wenn Sie mich fragen, gehören Sie nicht vor einen Untersuchungsausschuss, sondern vor ein Strafgericht. Ich sage […] Ihnen: Was Sie hier machen, ist, die deutsche Bevölkerung in bittere Armut zu stürzen, diesem Land irreparablen Schaden beizufügen. Wir als AfD stellen uns dagegen« (PlPr. 19/158: 19587).

Die Finanzpolitik der Bundesregierung kritisierte die AfD-Fraktion stark. Insbesondere wurde hier moniert, dass die Regierung über

das Instrument Sondervermögen bei den Nachtragshaushalten arbeitet – ein Vorgehen, bei dem es eine intensive Abstimmung bundesweit gab und sich die Fraktionen eng abstimmten und zum Teil gleichlautende Ablehnungen formulierten, wenn die Landesregierungen ebenfalls das Instrument des Sondervermögens bemühten. Als Blaupause der Kritik diente ihr dafür ein von Stephan Brandner beauftragtes Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags (WD 2020b). Bei der Einbringung des Haushalts 2021 betonte Peter Boehringer die juristischen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Haushalts, dessen Schulden durch die ausgerufene Notlage legitimiert werden, und betonte, wie stark die Bundesregierung aus Sicht seiner Fraktion selbst durch ihre Corona-Politik die schwierige wirtschaftliche Lage verschuldet hat.

> »Die Bundesregierung will über die willkürlich ausgerufene gesundheitliche Notlage hinaus auch die haushalterische ausrufen und als Rechtfertigung für nunmehr 315 Milliarden Euro Coronaneuverschuldung nutzen. Dies führt dazu, dass man in keiner Weise mehr kostenbewusst wirtschaften muss. Unter dem Vorwand von Corona kann man nun 2020 und 2021 die beiden größten Haushalte der deutschen Geschichte beschließen, und das ohne jede Einsparung. Es werden all die hochideologischen Projekte zugunsten linksgrüner Interessengruppen, die diese Bundesregierung ohnehin schon immer durchziehen wollte, nun auf Pump, auf Kosten zukünftiger Generationen, realisiert: für EU-ropa, Klima, Weltentwicklung und für mehr Immigration« (PlPr. 19/181: 22799).

Gleichzeitig formuliert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender, dass die AfD-Fraktion auf einem Parteitag ihre wirtschaftspolitische Position stärken soll. Dies bedeutet für ihn ein »weg von den marktliberalen Positionen der Anfangsjahre« und ein Bewusstsein dafür, dass »in der Rezession […] die Wirtschaft mehr Staat als in Boomzeiten [braucht]« (Chrupalla, zitiert nach Sternberg 2020b). Auch hier zeigt sich, dass die inhaltliche Klärung über Konzepte und Stoßrichtungen nach dem Sozialpolitikparteitag in Kalkar Ende 2020 noch vorgenommen werden muss.

Der Kern der AfD-Politik, hinter der sich alle in der Fraktion sammeln können, sind die Initiativen im Bereich des

Infektionsschutzgesetzes. So fordert die AfD-Fraktion, die epidemische Lage von nationaler Tragweite endlich zu beenden (BT-Drs. 19/18999 im Mai 2020 und BT-Drs. 19/22551 (neu) im September 2020). Dabei fordert sie auch, dass die parlamentarische Kontrolle im Pandemiefall verbessert werden muss. Alle Kriterien, die die Bundesregierung herangezogen hat, um die epidemische Lage zu rechtfertigen, wären erfüllt worden. Der Antrag der AfD verweist auf den »R-Wert unter 1« oder »ein[en] Übergang aus dem dynamischen in ein lineares Wachstum bei COVID-19-Neuinfizierten« (BT-Drs. 19/22551 (neu): 1). Dennoch hat die Erfüllung der Bedingung zu keiner Veränderung geführt.

Die Regelungen des Infektionsschutzgesetzes stellen für die AfD-Fraktion zudem keine ausreichende rechtliche Grundlage dar. Sie nimmt damit bereits im Mai 2020 eine Diskussion vorweg, die sich aufgrund der Gerichtsurteile im Herbst 2020 zu einzelnen Regierungsmaßnahmen wie dem Beherbergungsverbot oder der Kontaktnachverfolgung immer stärker entwickelt. Die AfD fordert daher eine rechtliche Regelung, mit der »anhand von wissenschaftlich begründeten Kriterien festgelegt« (BT-Drs. 19/22551 (neu): 2) werden kann, »welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, aufgrund derer der Deutsche Bundestag von einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite auszugehen hat« (BT-Drs. 19/22551 (neu): 2). Die bisherige Regelung – die AfD-Fraktion bezieht sich erneut auf eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags – erfolgt ohne Kriterien (WD 2020a). Zur Erarbeitung dieser Kriterien soll eine Ständige Epidemiekommission eingerichtet werden (BT-Drs. 19/22547). Sie soll plural aufgestellt sein, um »eindimensionale Beratung« zu verhindern (BT-Drs. 19/22547: 1). Daher schreibt der AfD-Antrag für die Zusammensetzung vor:

> »Aus folgenden Fachdisziplinen werden jeweils drei dienstlich und geschäftlich voneinander unabhängige Experten (auch emeritierte) aus verschiedenen voneinander unabhängigen Institutionen oder ohne institutionelle Zugehörigkeit berufen: 1. Virologie, 2. Bakteriologie, 3. Parasitologie, 4. Infektiologie, 5. Immunologie, 6. Epidemiologie, 7. Gesundheitswirtschaft, 8. Betriebswirtschaft, 9. Volkswirtschaft, 10. Finanzwirtschaft, 11. Rechtswissenschaft, 12. Psychologie.

> Von den Vertretern der erstgenannten sechs Disziplinen muss mindestens einer Mediziner sein« (BT-Drs. 19/22547: 2).

Die Debatte zu diesen relevanten juristischen Fragen nutzt der Abgeordnete Dieter Spangenberg jedoch dazu, sich an der FDP abzuarbeiten, die aus seiner Sicht nur Punkte aus einem früheren AfD-Antrag übernehmen würde, und gleichzeitig lange ausführt, dass die AfD-Fraktion die erste gewesen sei, die die Beendigung der epidemischen Lage nationalen Ausmaßes gefordert habe (PlPr. 19/176: 22174).

Der Haupttext für die AfD-Politik in dieser dritten Phase ist der Einsetzungsbeschluss für einen Untersuchungsausschuss zur »Sars-CoV-2-Pandemie« (BT-Drs. 19/22832). Hier »soll sich ein Gesamtbild der Handlungen und Unterlassungen der Bundesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden vor und während der Sars-CoV-2-Pandemie« (BT-Drs. 19/22832: 1) verschafft werden. »Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse sollen Handlungsempfehlungen für den Fall einer zukünftig auftretenden Pandemie erarbeitet werden« (BT-Drs. 19/22832: 2).

Wie stark die AfD-Fraktion Motive der Verschwörungsmythen über Corona nutzt und in die Debatte einbringt, lässt sich an zwei Fragen des detaillierten Untersuchungskatalogs für den Corona-Untersuchungsausschuss erkennen:

> »Welchen Inhalt hatten die Gespräche, die Mitglieder der Bundesregierung Merkel und Spahn im Untersuchungszeitraum mit Bill Gates geführt haben?« (BT-Drs. 19/22832: 8)
> »Auf welche Weise kann für die Zukunft sichergestellt werden, dass die Bundesregierung durch ihre Sars-CoV-2- und Covid-19-Bekämpfungsmaßnahmen sowie die daraus resultierenden ökonomischen, gesundheitlichen und sozialen Schäden keinen unabsichtlichen Prototyp für hocheffiziente Angriffe gegen unsere Gesellschaft und Realwirtschaft durch Terroristen oder böswillige Finanzakteure geschaffen hat?« (BT-Drs. 19/22832: 4)

Auch wenn sich die AfD-Fraktion provokativ gab und gezielte Verstöße gegen die Maskenpflicht im Plenarsaal festgestellt wurden, wird nicht von weiteren Vorfällen berichtet. Die AfD-

Fraktion und ihre Mitarbeiter gehen zwar juristisch gegen die Maskenpflicht vor, im Tagesgeschäft halten sie sich jedoch an die geltenden Regeln der Bundestagsverwaltung (Birnbaum 2020). An der juristischen Auseinandersetzung ist nichts Verwerfliches. Die rechtspopulistische Opposition nutzt am Rednerpult ihr Recht (und auch ihre Pflicht), gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zu opponieren. Der Justiziar Brandner führte dazu aus: »Auch wir als Rechtsstaatspartei befolgen unsinnige Regeln, werden jetzt aber rechtlich aktiv« (zitiert nach Boos 2020). In der Argumentation gegen das Hausrecht des Bundestagspräsidenten verfolgt die AfD-Fraktion die gleiche juristische Linie wie gegen die Einschränkungen des öffentlichen Lebens auf Basis des Infektionsschutzgesetzes. »Ausschließlich der Gesetzgeber wäre ermächtigt gewesen, das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung […] durch eine entsprechende Normierung verbindlich zu machen« (Brandner, zitiert nach Boos 2020). Nach der Rückweisung der Abmahnung – die neunzehn Abgeordnete und neun Mitarbeiter der Fraktion an den Bundestagspräsidenten gesendet hatten (dpa 2020 f) – durch die Bundestagsverwaltung entscheiden nun das Bundesverfassungsgericht und das Verwaltungsgericht für die Mitarbeiter.

Emotionalisierung und Provokation – so lässt sich die Zielrichtung der choreografisch wirkenden Störungen der Regierungserklärung von Angela Merkel zum ›Lockdown Light‹ Ende Oktober 2020 durch die AfD-Abgeordneten bezeichnen. Dieses Vorgehen wiederholte sich im April 2021, als Angela Merkel die bundeseinheitlichen Regelungen des Infektionsschutzgesetzes und die Einführung der so genannten »Bundes-Notbremse« bei verschiedenen Inzidenzwerten einbrachte (PlPr. 19/222: 28102).[73] Baumann betont, dass das einende Band in der Corona-Politik der Widerstand gegen die als maßlos empfundene Beschränkung von Freiheitsrechten und deren Folgen für das Individuum, die Gesellschaft und die Wirtschaft ist. Weidel/Gauland (2020a) fassen dies in unmittelbarer Reaktion auf die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz und des Bundeskabinetts zum Lockdown Light zusammen.

5.1.3 Fazit

Wie gezeigt werden konnte, lässt sich die Corona-Politik der AfD-

Fraktion in drei Phasen unterteilen:

- In der *ersten Phase* zeigt sich die AfD-Fraktion als staatspolitisch verantwortliche Opposition, die die notwendigen Maßnahmen unterstützt und legitimerweise deren zeitliche Befristungen einfordert.
- In der *zweiten Phase* wird die AfD-Fraktion zur »Anti-Shutdown-Fraktion« (in Anlehnung an Kamann 2020a) und fordert die schnelle Beendigung der Einschränkungen in der Wirtschaft und im Gesundheitswesen. Die stärker wahrgenommenen Zweifel und Leugnungen von Corona führen erneut zu einem Umbruch in der Position der rechtspopulistischen Opposition.
- In der *dritten Phase* ihrer Corona-Politik unterstützt die Fraktion die Demonstrationen gegen die Beschränkungen und stellt die Pandemielage grundsätzlich infrage.

In der folgenden Grafik wird diese Entwicklung noch einmal nachgezeichnet.

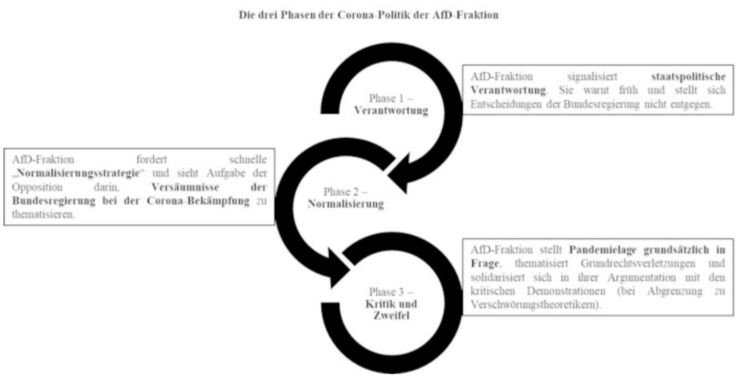


Abbildung 23: Die drei Phasen der Corona-Politik der AfD-Fraktion

Eigene Darstellung

Die AfD-Fraktion hat in Phase 3 nach anfänglicher Unsicherheit den Kurs in der Corona-Politik gefunden. Sie versucht, diese als eine neue ›Gelingensbedingung‹ für sich und den Rechtspopulismus zu nutzen. Die Corona-Pandemie mit ihren Protesten und Ängsten bietet eine weitere politische Gelegenheitsstruktur für die AfD-Fraktion (Ruhose 2020b: 24). Sie hat die »Strukturen und Narrative« (Quent 2020a), um die Corona-Proteste politisch »zu kanalisieren«. Kubitschek nimmt

dies in einem Ausblick für die weitere Entwicklung der Partei und ihre vorhandenen Potenziale vorweg.[74]

> »[E]s ist tatsächlich fast alles vorhanden für eine politische Wende in Deutschland: Wähler, Unmut, Konturen eines Programms, Mandatsträger auf allen Ebenen, eine ins Tausend gehende Mitarbeiterschaft, ein sich ausdifferenzierendes Vorfeld, Theorie, Bücher und Zeitschriften, Initiativen, Stiftungen, Begriffe, vorzeigbare Gesichter. Wenn der nächste gewaltige kalte Realitätsschock in die Deutschen fährt, wird es für den Unmut ein sehr viel besser und breiter angelegtes Auffangbecken geben als noch vor vier oder fünf Jahren« (Kubitschek 2019b).

Daraus konnte das Grundnarrativ der AfD-Fraktion zur Corona-Krise entstehen mit den Eckpunkten: Regierungsversagen thematisieren, Bedeutung der Grenzschließungen unterstreichen, eine an beide wirtschafts- und sozialpolitische Stränge adressierte Globalisierungskritik und die Betonung der europäischen Haftungsrisiken für Deutschland. Im Zeitablauf schuf die AfD-Fraktion Querverbindungen zu ihrem Markenkern. In ihrer Heftigkeit in der Kritik an der Regierung legte die AfD-Fraktion ebenfalls nach. Sie übernahm dabei Modelle aus ihren Angriffen gegen die Regierung im Bereich der Integrations- und Klimapolitik (Fiedler 2020b). Sie unterstellt der Regierung »diktatorisches Handeln« und präsentiert »sich selbst als die einzig wahre Opposition« (Fiedler 2020b). Gauland sprach im Bundestag davon, dass Merkels Politik zu einer »Coronadiktatur auf Widerruf« (PlPr. 19/186: 23358) führen könnte, und der Abgeordnete Hilse trat mit »Querdenken«-T-Shirt ans Rednerpult (PlPr. 19/188: 23701). Die AfD wird durch diese Übernahme von Sprache und Symbolen zum »parlamentarische[n] Arm der Coronaproteste« (Steffen 2021: 174) und baut gleichzeitig die Verbindungen in die rechte Szene aus.[75] »[A]n dieser Stelle, scheint es mir, versucht die AfD, wie bei den anderen Themen, an denen sie groß geworden ist, sich in Szene zu setzen als Sachwalterin des gesunden und deswegen von der Mehrheit der Bevölkerung geteilten Menschenverstandes gegenüber den man auf ›elitäres Expertenwissen‹ gegründeten Entscheidungen der Bundeskanzlerin, die man gerne auch als Ausdruck einer ›Merkel-Diktatur‹ ausgibt oder wirklich so

wahrnimmt« (IV E2).[76]

Wie sehr sich die AfD-Fraktion am Ende der dritten Phase in ihrer Positionsbeschreibung gefunden hat, lässt sich an den laufenden Kommentierungen der jeweils aktuellen Corona-Politik der Bundesregierung und der Landesregierungen ablesen. Sie kritisierte scharf die im Herbst 2020 aufgrund steigender Fallzahlen ergriffenen Politikmaßnahmen zur Eindämmung. In einer Pressemeldung zu einem der zahlreichen Versuche von Kanzlerin und Ministerpräsidentinnen sowie Ministerpräsidenten, einheitliche Lösungen für das Pandemiegeschehen zu finden, warnten Weidel/Gauland (2020a) vor einem erneuten »Lockdown auf Raten«. Steigende Infektionszahlen stellen für die AfD-Fraktion kein Problem dar, denn diese würden nicht gleichbedeutend mit Erkrankungen sein. Deswegen mahnt Chrupalla an, einen zweiten Lockdown unbedingt zu vermeiden. »Der Anstieg der Zahlen im Herbst sei erwartbar gewesen und er wünsche sich vom RKI eine deutlichere Unterscheidung zwischen Infizierten und Erkrankten« (ZDF 2020).

In ihrer Rhetorik nahm die AfD-Fraktion an Schärfe zu. Sie nutzte dabei die Parallelisierung von Diktaturen und der aktuellen Bundesregierung. Merkel ist für die AfD-Fraktion seit Langem die »›Kanzlerdiktatorin‹, die das ›Volk völlig umkrempelt‹« (Fiedler 2020b). Auch in der Corona-Krise unterstellt die AfD der Regierung autoritäres Handeln gegen die Interessen der Bevölkerung. Als Beleg wird herangezogen, dass Kanzlerin Merkel im April vor ›Öffnungsdiskussionsorgien‹ warnte. Die AfD warf der Kanzlerin ein »unterentwickeltes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit« vor (Holm 2020). Auf der zweiten Medienkonferenz der AfD-Fraktion im Oktober 2020 legte die Abgeordnete Nicole Höchst nach und verunglimpfte die Politik der Bundesländer mit einem NS-Vergleich. »Auf der einen Seite rekrutieren einzelne Bundesländer wohl demnächst Corona-Schutzstaffeln oder, in Anlehnung an die Deutsche Demokratische Republik, Corona-Sicherheit« (Höchst, zitiert nach Kamann 2020d).

Das ist eine neue Dimension des bereits durch Provokationen geprägten Auftretens der AfD-Fraktion. Sinnbildlich sollten dafür auch die Grundgesetz-Plakate mit Todesdatum der Verabschiedung der Novelle des Infektionsschutzgesetzes im Plenum stehen. Dieser Protest war sogar mit der Verwaltung des Bundestags

abgestimmt, wie Experte E4 ausführt. Die eingeschleusten Vertreterinnen und Vertreter der Alternativen Medien lösten negative Reaktionen aus, und die AfD musste sich und diese Aktion sogar in einer Parlamentsdebatte rechtfertigen. »Das empfinden die [AfD-Abgeordneten, FR] wirklich als Schwächung« (IV E4), wie es Experte E4 bezeichnet. Experte E2 schränkt daher auch ein, dass sich an dieser Zuspitzung und Radikalisierung erkennen lässt, »woran viele AfD-Selbstpositionierungen und AfD-Selbstinszenierungen scheitern. Das […] ist dieser demagogische Überschuss. Der einfach manches, was vom Ansatz her richtig und vernünftig ist, ins Lächerliche und ganz Inakzeptable hineinzieht« (IV E2).[77] Die getroffenen Sanktionen beurteilt Experte E5 als sehr weich, denn die drei Abgeordneten, die eine gewisse Zeit für die AfD im Parlament nicht mehr reden dürfen »gehören sowieso zu den selteneren Rednern« (IV E5). Den Hardlinern in der AfD-Fraktion ist damit gelungen, ihre Position als AfD-Position nach außen zu präsentieren. Sie nötigten ihre Fraktionsführung sogar zu einer Entschuldigung im Plenum. Gleichzeitig nutzten gemäßigte Kräfte wie Rüdiger Lucassen diesen Vorgang, um die Schwäche der aktuellen Fraktionsführung zu thematisieren (Schmidt/Kurz 2020). Der Vergleich des novellierten Infektionsschutzgesetzes (oder ›Bevölkerungsschutzgesetzes‹) mit dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten lässt sich mit Wiegel (2020c) als eine »Delegitimierung der parlamentarischen Demokratie« verstehen. Die AfD wird so zur einzigen oppositionellen Widerstandskraft gegen eine »nahende[n] smarte[n] Gesundheitsdiktatur«, wie es Alexander Gauland zuspitzte (PlPr. 19/191: 24051).

Hinsichtlich des Umgangs mit der rechtspopulistischen Opposition lässt sich aus der Corona-Krise ein erstes Zwischenfazit ziehen, das mit den Erfahrungen aus dem großen Streit über die Flüchtlingspolitik zwischen CDU und CSU im Jahre 2018 vergleichbar ist (Ruhose 2018, Ruhose 2020c: 29 f.). Hier ist die Schlussfolgerung von Butter (2020: 228) zur Wirkung von Verschwörungstheorien anwendbar. Er verweist auf deren gefährliche Wirkung, wenn die »Stigmatisierung« dieser Theorien durch Regierungskräfte »aufgeweicht« wird. Er zielt auf den damaligen US-Präsidenten Donald Trump und den brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. Hier ist der Anknüpfungspunkt, dass Regierende Argumentationen der Rechtspopulisten aufgreifen,

weil sie »entweder von ihrer Richtigkeit überzeugt sind oder sie strategisch einsetzen« (Butter 2020: 228).

Ihre Corona-Politik entwickelte die AfD-Fraktion in ihrer Phase 3 zu Beginn des Wahljahres 2021 weiter. Dies erfolgte im direkten Zusammenhang mit dem Beginn der Impfungen in Deutschland. Hier sollte hinsichtlich der Corona-Politik der AfD-Fraktion der Einschätzung von Mathias Kamann (2021a) gefolgt werden, dass die Linie »ihren Grund in einem durchgängigen Prinzip« hat, immer die »radikalst-mögliche Gegenposition« einzunehmen. Sie veröffentlichte dazu mit den Landtagsfraktionen gemeinsam ein Positionspapier »der AfD-Fraktionsspitzen«. Dort fasste sie ihre politischen Leitlinien unter vier Überschriften zusammen:

1. »Lockdown sofort beenden«
2. »Vulnerable Gruppen wirkungsvoll schützen«
3. »Demokratiedefizit beheben«
4. »Impfen muss freiwillig sein« (AfD-Fraktion 2021).

Sie hat im Zeitablauf also nach der Eskalation Ende des Jahres 2020 die Rhetorik angepasst und ist von der Übernahme des Jargons der Verschwörungsmythen wieder zu einer Position des zwar systemoppositionellen, aber dennoch berechtigte Fragen stellenden Kritisierens zurückgekehrt.

Gauland verbindet für die Bundestagsfraktion den Angriff gegen den Ausnahmezustand Lockdown als ›Dauerzustand‹ mit dem Motiv der Rechtsstaatlichkeit. Hier schafft die AfD-Fraktion strategisch neue Querverbindungen (zu diesem Ansatz in anderen Politikbereichen auch Ruhose 2020c: 18) zwischen ihrem Kernthema und Corona. In die gleiche Richtung argumentiert in der von der Linksfraktion beantragten Debatte über »Presseberichte über vermeintlich minderwertige Masken für benachteiligte Menschen und erneuten Maskenskandal um Gesundheitsminister Jens Spahn« Stefan Keuter. Er fordert für die AfD-Fraktion in der kommenden Wahlperiode einen Untersuchungsausschuss dazu (BT-Drs. 19/232: 29855). Mit gezielten steuerpolitischen Schwerpunkten im Bereich des Kurzarbeitergelds – und dieses von der Steuerprogression auszunehmen – spricht sie in den Haushaltsberatungen 2021 die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an (BT-Drs. 19/25282). Dies ist eine Zielgruppe, die die AfD-Fraktion ganz besonders im Blick hat. Der Abgeordnete Gottschalk (2020) fasst diese Linie der AfD-

Fraktion in einer Pressemeldung zusammen: »Das neue Rot ist das Blau der AfD, die sich für die Interessen der Arbeitnehmer einsetzt.«[78] Gleichzeitig nutzte die AfD-Fraktion die Diskussion über die Zukunft der Schuldenbremse, um sich als einzige Fraktion zu positionieren, die sich einer »Schuldenorgie« und der Instrumentalisierung des Grundgesetzes »zum uferlosen Schuldenmachen« (PlPr. 19/209: 26336) entgegenstellt, wie es Peter Boehringer in der Debatte über den Normenkontrollantrag seiner Fraktion zum Zweiten Nachtragshaushalt 2020 im Februar 2021 formuliert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bei dem Thema des Wahljahrs 2021 – der Umgang mit der Corona-Pandemie – die Fraktion gegen die Parteiführung positioniert war. Alice Weidel unterstützte ihren Co-Vorsitzenden in der Einschätzung der strategischen Aufstellung der AfD. »Abgeordnete sollten als Vertreter der Wähler auf solche Demonstrationen gehen, sich mit den Menschen unterhalten und sich über ihr Anliegen informieren. Dabei handle es sich um Menschen aus allen politischen Spektren, die gegen Einschränkungen der Freiheitsrechte demonstrierten. Das müsse man so hinnehmen, sagte Weidel. Die Freiheitsrechte in Deutschland erodierten immer weiter« (dpa 2021b).

Die AfD-Fraktion präsentierte sich in den Diskussionen um die richtige Strategie im Umfeld der Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin als die Anti-Lockdown-Fraktion, die eine verlässliche Exit-Strategie einfordert. »Die Regierenden haben sich im Ausnahmezustand eingerichtet und einige scheinen die erweiterten Befugnisse regelrecht zu genießen. […] In Ausnahmesituationen schlägt stets die Stunde der Exekutive, aber nun darf das Parlament seine Stunde nicht verschlafen. Der Ausnahmezustand muss ein Ende haben. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass er zum Dauerzustand wird« (Gauland 2021a). Sie kritisierte, dass die »Regierung Merkel« »die Wahl ungeeigneter Maßnahmen« getroffen habe (Seitz, zitiert nach Kamann 2021b: 6). In einem Interview zu seiner eigenen Corona-Erkrankung lehnte der Abgeordnete Seitz es weiterhin ab, von einer Pandemie zu sprechen: »Wir haben keine Pandemie, weil sich das Risiko nicht ungefähr gleichmäßig auf alle Menschen verteilt, sondern sich extrem stark auf die Gruppe der Hochbetagten und schwer oder chronisch Kranken konzentriert. Die Regierung schafft es bis heute nicht, diese Risikogruppen zu

schützen. Stattdessen belasten die Maßnahmen auf gravierendste Weise alle Bürger« (zitiert nach Kamann 2021b: 6). Die AfD-Fraktion setzt auf »individuelle Entscheidung« (Seitz, zitiert nach Kamann 2021b: 6) und einen wirksameren Schutz der besonders betroffenen Gruppen. Eine Impfpflicht, da sind sich alle Abgeordneten einig – und zwar über die gesamte Dauer der Pandemie, lehnt die AfD-Fraktion ab. Im Interview stellt der Abgeordnete für seine Fraktion »erhebliche Zweifel an der Sicherheit der Impfung« fest. Zudem ist die Wirksamkeit wie bei den Masken für die AfD-Fraktion »ungeklärt« (Seitz, zitiert nach Kamann 2021b: 6). Abgerundet wird die einende Klammer dieser Kritik an den bevormundenden Maßnahmen der Regierung durch eine Positionierung der AfD-Fraktion als die Kraft, die sich schützend vor unsere Demokratie stellt. »Erstens müssen die Runden der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten transparent sein. Zweitens muss auch der Bundestag als Volksvertretung endlich an diesen Gesprächen beteiligt werden. Es kann nicht sein, dass eine in der Verfassung nicht vorgesehene Kungelrunde Entscheidungen trifft und erst tags darauf gnädig den Bundestag darüber informiert« (Weidel/Gauland 2021a).

Im Laufe des Jahres 2021 formulierte die AfD-Fraktion ihre Kritik deutlich, in Art und Weise aber differenzierter als zu Beginn der dritten Phase ihrer Positionierung in der Corona-Pandemie. Sie schwenkte damit auf die Linie der FDP ein, die ebenfalls die Maßnahmen kritisierte und für gezielte Öffnungen statt eines Lockdowns warb. Dafür wurden die Liberalen in den Umfragen im, Jahr 2021 zunehmend stärker bewertet. Auch die AfD stabilisierte sich so in den Umfragen. In der Debatte zur Regierungserklärung, nachdem Angela Merkel aufgrund des Hin und Hers bei der Entscheidung über eine ›Osterruhe‹ um »Verzeihung« (Alexander 2021: 4) gebeten hatte, »überraschte Alexander Gauland« (Alexander 2021: 4). In seiner Rede konzentrierte er sich auf die Kritik an der Pandemiepolitik und an der fehlenden Einbindung des Parlaments. Er positionierte seine Fraktion als konstruktive Kritikerin und schloss mit einer Reihe von Anregungen.

> »Noch keine Studien gibt es über die Kollateralschäden der Coronamaßnahmen. Diese Schäden betreffen nicht allein die Wirtschaft. Isolation, Kontakt- und Bewegungsmangel, Aussichtslosigkeit, das ständige Aufeinanderhocken in den Familien – das alles schädigt die Gesundheit Abertausender

> Bürger. Die Auswirkungen auf die Psyche, die Bildung und die Intelligenz der Kin-der sind massiv. Der Bundestag sollte deshalb eine Enquete-Kommission einsetzen, die diese Schäden untersucht. Gerade im Hinblick auf die kommenden Pandemien sollten wir wissen, mit welchem Einsatz wir spielen. Denn auf Dauer, meine Damen und Herren, verzeihen die Bürger einer Regierung eben nicht, dass sie fast alles falsch gemacht hat. Wir könnten auch aus dem, was geschehen ist, lernen« (PlPr. 19/218: 27447).

So transformierte die AfD-Fraktion ihre Kritik zum Ende der Wahlperiode noch einmal und wendet legitime Kritik, die allerdings oftmals unsachlich vorgetragen wird, in Forderungen nach einem konstruktiven Lernen aus den Fehlern der Pandemie. In gewisser Weise schließt Gauland damit den Bogen zu den ersten Stellungnahmen von sich und seiner Fraktion aus dem Beginn der Pandemie. Er reagiert damit gleichzeitig darauf, dass die Fraktionsführung im Frühling 2021 zu dem Schluss gekommen ist, dass die reine Konfrontation in der Corona-Politik nicht zielführend gewesen ist. Gleichzeitig ist es auch ein Eingeständnis, dass sich die strategischen Überlegungen dahinter nicht als Erfolg erwiesen haben (Kamann 2021d: 5). Es ist der AfD in dieser Phase der Zuspitzung nicht gelungen, sich »als Problemlösungspartei [zu] positionieren« (Weidel zitiert nach Kamann 2021d: 5). Ihre Rolle als einzige Oppositionsfraktion, die in dem zentralen Feld komplett gegen die Regierung und ihr Handeln steht, behält sie aber bis zum Ende der Wahlperiode bei. Bei der zentralen Debatte über die Konkretisierung bundeseinheitlicher Regelungen im Infektionsschutzgesetzes im April 2021 wird die deutlich. Während Kritiker, wie der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner, die Stoßrichtung begrüßen und aber einzelne Regelungen als zu weitgehend kritisieren[79], vertritt Alice Weidel die generell ablehnende Haltung ihrer Fraktion. Die Regierung nutze die Corona-Krise für die Einführung einer »Notstandsgesetzgebung durch die Hintertüre« (PlPr. 19/222: 28105). Die AfD-Fraktion, so wird sie von ihrer Vorsitzenden präsentiert, ist und bleibt mit dieser Rhetorik die einzige politische Kraft im Bundestag, die sich gegen einen vermeintlich gewollten »endlosen Bundes-Lockdown« (PlPr. 19/222: 28104) und den »Kollateralschäden Ihrer [Kanzlerin Merkel ist gemeint, FR] Dauer-Lockdown-Politik« (PlPr. 19/22: 28104) wendet.

5.2 Die AfD-Fraktion in der Verfassungsschutzdebatte

Der AfD droht seit spätestens 2018 als Partei Gefahr vom Verfassungsschutz. Seitdem zu Beginn des Jahres 2019 die AfD im Gesamten als »Prüffall« (BfV 2019) deklariert wurde, hat sich die Situation für Partei und Fraktion zugespitzt. Dies gipfelte in der Entscheidung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), die AfD als gesamte Partei zum Verdachtsfall zu erklären (Kamann/Naumann 2021: 5). Auch wenn die Partei vor Gericht recht bekam und dem Verfassungsschutz verboten wurde, diese im Gesamten als einen Prüffall zu bezeichnen (VG Köln 2019), droht ihr eine umfassende Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Treiber des Vorgehens des BfV ist der mittlerweile aufgelöste ›Flügel‹, der bis zu seiner Auflösung als ›Verdachtsfall‹ geführt wurde und dessen Einfluss auch danach hoch geblieben ist (Fiedler/Jansen 2020). Mit einer Entscheidung über die Beobachtung wird im Wahljahr 2021 gerechnet.

Die AfD-Fraktion versuchte, sich auf drei Ebenen in der öffentlichen Debatte für die Partei und gegen eine Beobachtung einzusetzen. Dafür hatte der Bundesvorstand der AfD 2018 schon eine Kommission bis Ende 2020 unter Leitung von Roland Hartwig eingerichtet (Finthammer 2018). Er war demnach auch das Gesicht der Fraktion für diese Auseinandersetzung. Deren Schlussfolgerungen, basierend auf Gutachten von Dietrich Murswiek (2018a und 2018b; vgl. auch Murswiek 2020), finden in der Arbeit der AfD-Fraktion in unterschiedlicher Qualität Niederschlag. Die gutachterliche Ausarbeitung rät für politische Debatten, »anstößige Formulierungen« zu vermeiden und »gerichtlich offensiv […] falsche Bewertungen« durch die Behörden korrigieren zu lassen (Stein/Vollradt 2020: 4). Hinsichtlich der anstößigen Formulierungen gibt es unterschiedliche Auffassungen in der Fraktion: ob sich daran zu halten ist und ob es sich auch noch lohnen würde, da eine Beobachtung sowieso erfolgen würde (Stein/Vollradt 2020: 4). Diese Positionierungen halten auch nach der Wahl 2021 und der gerichtlichen Entscheidung 2022 an (Frigelj/Schindler 2022: 6).

Entscheidend ist, dass die AfD-Fraktion in dieser Auseinandersetzung nicht gleichzusetzen ist mit der Partei. Abgeordnete genießen einen besonderen Schutz – auch vor dem

Verfassungsschutz. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum es bislang in der AfD-Fraktion nicht zu einer noch stärkeren Befassung mit der Thematik gekommen ist. Die Fraktion hält sich bis zur Entscheidung des BfV Anfang 2021 in ihren Initiativen auf dem Gebiet eher zurück. Sie thematisiert in unregelmäßigen Abständen aus ihrer Sicht die Schwächen der Institution Verfassungsschutz. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem BfV führt die AfD-Fraktion vor allem durch die Kontrollinstrumente der Kleinen Anfrage. So thematisiert sie die aus ihrer Sicht fehlende Beobachtung des Linksextremismus in Deutschland in ihrer Anfrage oder die Hinweistelefone beim BfV. Nach der Ablösung des für die AfD-Fraktion bedeutsamen BfV-Chefs Hans-Georg Maaßen sieht diese eine »politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes« (Hartwig 2020b) aufgrund der Politiknähe des Nachfolgers Thomas Haldenwang und dessen Schwerpunktsetzung im Kampf gegen rechts. Die AfD-Fraktion kritisiert »die ›Beobachtungs-Keule‹ als Totschlag-Argument« (Curio 2020). Nur die AfD-Fraktion sei die politische Kraft, die sich für die Geltung des Grundgesetzes einsetzen würde.

> »Dass der Verfassungsschutz kein Hort der Neutralität und Überparteilichkeit ist, beweist schon, dass er nicht etwa von unabhängigen Juristen geleitet wird, sondern von Personen mit Parteibuch: Haldenwang ist CDU-Mitglied. Die Regierung verleumdet Kritik an ihrer Politik gerne als Kritik am Staat und seiner Ordnung. Dabei ist die Tatsache, dass man ausgerechnet der AfD Extremismus vorwirft, wahrlich paradox. Die AfD ist geradezu Hüter bedrohter Rechtsstaatlichkeit: sei es beim Einwanderungsrecht, EU-Kompetenzüberschreitungen oder Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber linker Polizei-Feindschaft und aggressiver Migrantengewalt« (Curio 2020).

In der AfD-Fraktion wuchs mit dem Zeitablauf der Unmut über die Arbeit der sogenannten Hartwig-Kommission, die nichts Zählbares erreicht habe. Zunächst ließen sich Bemühungen der Fraktions- und Parteiführung erkennen, die in strategischen Überlegungen auf drei Ebenen – Hartwig (zitiert nach Stein/Vollradt 2020: 4) spricht von »drei Säulen« – münden:

1. Auf der organisatorischen Ebene erfolgt eine schnelle

Distanzierung von Personen oder Gliederungen. Diese Linie verfolgen Fraktion und Partei von Ende 2018 bis Mitte 2020. Danach wird diese Linie brüchig, und nach dem Streit um Andreas Kalbitz kommt es im Falle des Abgeordneten Frank Pasemann zu einer Solidarisierung auch innerhalb der Fraktion. Auch wenn es darüber Unmut gibt, darf er dennoch für die Fraktion im Bundestag sprechen, obwohl zeitgleich über seinen Parteiausschluss entschieden wird.

2. Auf der juristischen Ebene agiert vor allem die Partei gegen den Verfassungsschutz. So erklärte der Bundestagsabgeordnete Jens Maier (zitiert nach BILD 2020) anlässlich der Entscheidung des sächsischen Landesverfassungsschutzes, ihn als Rechtsextremisten einzustufen: »Natürlich behalten wir uns vor, dagegen juristisch vorzugehen. Im Übrigen halte ich den Vorgang für die übliche Diffamierungskampagne gegen mich und andere AfD-Politiker.«
3. Auch in die ostdeutschen Teile der AfD ist im Herbst 2020 Bewegung geraten. Die Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen der AfD erklärten nach einer Strategiesitzung mit einem umstrittenen rechten Anti-Verfassungsschutz-Aktivisten[80], dass sie sich »parlamentarisch und mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gegen die unterschiedlichen Grade der Einstufung unserer Parteifreunde [wehren]« (zitiert nach dpa 2020e).
4. In der politischen Kommunikation agiert sie mit einer Veränderung der eigenen Kommunikation. So formuliert der sonst sehr zuspitzende Abgeordnete und das Gründungsmitglied der AfD, Martin Renner, in einem Interview mit der rechten Plattform PI-News sehr verklausuliert, dass die AfD davon profitieren würde, wenn zum Beispiel »inkompatibles Sozialverhalten von ›Länger-schon-hier-Lebenden‹ und ›Neu-Hinzugekommenen‹ […] viele und auch die entscheidenden Parameter des Wahlverhaltens nachhaltig beeinflussen« (Renner 2020b) werde. Gleichzeitig wiederholt sie ein Motiv aus dem Murswiek-Gutachten. Dabei geht es um die Thematisierung legitimer politischer Positionen und Kritik an der Politik der Bundesregierung. Der Verfassungsschutz rücke dies in die Nähe einer Verletzung der Menschenwürde nach Artikel 1 GG. »Wenn es nach Herrn Haldenwang und

seinen Verfassungsschützern geht, gerät man offenbar schon in den Verdacht der Missachtung der Würde des Menschen und damit der Verfassungsfeindlichkeit, wenn man Zweifel am Multikulturalismus hat oder überhaupt zwischen deutschen Staatsbürgern und dem Rest der Welt unterscheidet« (Weidel 2019a).

Generell nutzt die AfD-Fraktion dieses Argument auch, um sich als wahre Verteidigerin des Grundgesetzes zu präsentieren (Ruhose 2020c: 23–25).

Abbildung 24 fasst noch einmal die unterschiedlichen Ebenen der Verfassungsschutzstrategie der AfD zusammen.



Abbildung 24: Die Strategie der AfD-Fraktion im Umgang mit dem BfV

Eigene Darstellung

Dem Verfassungsschutz wird »Verfassungs-Demontage« (Weidel 2019a) vorgeworfen. Er würde »die Axt an die Grundlagen unserer Demokratie« (Hartwig 2020b) legen. Gauland (zitiert nach Wehner 2019a) stellt im Umfeld zur Veröffentlichung des BfV-Gutachtens über die AfD fest, dass er »die Abschaffung nicht mehr für falsch« halte. Die zunehmende Einvernahme durch die etablierte Politik zeigt sich nach Auffassung der AfD-Fraktion auch in der Einstellungspolitik der Bundesbehörde. So veröffentlicht der Abgeordnete Keuter die Antwort der Bundesregierung auf seine Kleine Anfrage hinsichtlich der Erfassung von Parteimitgliedschaften von Mitarbeitern beim BfV. Am Beispiel des Verfassungsschutzes zeigt die AfD-Fraktion auf, dass aus ihrer

Sicht AfD-Mitglieder und -Sympathisanten stigmatisiert und nachhaltig diskriminiert würden. Ein Zugang zu Sicherheitsbehörden sei für sie nahezu unmöglich (Keuter 2018). Durch sein Verhalten würde sich der Verfassungsschutz »zum Büttel der anderen Parteien« (Weidel/Gauland 2021b) machen. Die AfD-Fraktion steht am Ende ihrer ersten Wahlperiode im Bundestag somit der ernsten Gefahr gegenüber, dass sie die erste Fraktion im Bundestag wird, die eine Partei repräsentiert, die im Gesamten beobachtet wird. Experte E2 stellt fest, dass die AfD-Funktionäre »voll und ganz unterschätzt haben«, was »das Risiko einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz« bedeute (IV E2).

> »Dass diejenigen Leistungsträger der AfD, die aus der CDU oder aus de[m] nicht politischen, oder früher nicht politischen Bereich zu ihr gestoßen sind – aus Polizistenkreisen, sonstige öffentlich Bedienstete, auch Beamte oder Ex-Beamten – dass also die, sobald der Verfassungsschutz beobachtend im Spiel ist, in einer ganz anderen Weise betroffen sind und sich dann nicht nur [um] ihr öffentliches Ansehen, das durch die Mitgliedschaft bei der AfD ohnehin ruiniert ist, sorgen müssen, sondern auch um ihre beruflichen Perspektiven. Und das ist sehr stark unterschätzt worden. Darum ist in der Partei nicht rechtzeitig den Rechten entgegengetreten worden« (IV E2).[81]

Dagegen wehren sich die AfD-Fraktion und die Partei mit dem Hinweis, dass sich die AfD mit ihren Positionen vollkommen auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt. Intern herrscht große Unsicherheit. Auch mit Blick auf die Bundestagsfraktion hält Stein fest:

> »Auf allen Ebenen sind Funktionäre desorientiert, wie die Strategie gegen den Verfassungsschutz aussieht. […] Statt dessen breitet sich in der AfD wie ein schleichendes Gift ein Klima des Fatalismus und Defätismus aus. Führende Köpfe von Fraktion und Partei lassen im Hintergrund achselzuckend erkennen, die Beobachtung der Gesamtpartei durch den Verfassungsschutz sei sowieso nicht mehr abzuwenden« (Stein (2020b: 1)

Die AfD-Fraktion wirft dem Establishment vor, dass sie sich mithilfe des Verfassungsschutzes der unliebsamen politischen

Kraft entledigen will, da ihre bisherigen Strategien der Ausgrenzungen gescheitert wären. »Dass der Verfassungsschutz parteipolitisch instrumentalisiert werde, ist in der AfD Konsens« (Stein/Vollradt 2020: 4). Das Problem der Beobachtung durch den Verfassungsschutz stellt sich vor allem für Mitglieder der Partei, die im öffentlichen Dienst tätig sind (Ruhose 2020c: 8) – und damit auch für die Beamtinnen und Beamten, die in der Bundestagsfraktion aktiv sind. Die Wählerschaft der AfD lässt sich bislang von dieser Debatte nicht beeinflussen (Ruhose 2020c: 8). Allerdings wird die Beobachtung der AfD, über die im Jahr 2021 entschieden wird (Bender 2020c: 5), eine erneute Veränderung im politischen System nach sich ziehen. Damit haben auch die wenigen Kräfte in der CDU ein Vermittlungsproblem, die auf eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD setzen oder eine thematische Nähe betonen. Die Abgrenzung gegen die AfD auch im Bundestag ist nun zementiert.

Als der Präsident des Verfassungsschutzes Haldenwang im Herbst 2020 darauf hinwies, dass sich die AfD nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden im Nachgang zur Auflösung des Flügels weiter radikalisiert habe (Ismar et al. 2020), gab die Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alice Weidel daher in Bezug auf die Aussagen des Verfassungsschutzes zum Brandenburger Landesverband die Linie vor. »Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel schrieb bei Twitter von einem ›Schlag gegen die AfD als größte Oppositionspartei‹ in Brandenburg. ›Völlig durchschaubares Manöver, gegen das wir uns rechtlich zur Wehr setzen!‹, erklärte sie« (Neuerer 2020).

Im Bundestag lässt sich die AfD-Fraktion durch den rechtspopulistischen Anti-Verfassungsschutz-Aktivisten Joseph Schüßlburner beraten. Dieser hat im Jahr 2019 auf Einladung der Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland seine Überlegungen zum Umgang mit dem Verfassungsschutz vorgestellt.[82] Ihre eigenen Pläne zur Veränderung der gesetzlichen Grundlage für den Verfassungsschutz (BT-Drs. 19/30406), die sich auf die Stärkung der Unabhängigkeit der Behörde beziehen, hat sie spät in der Wahlperiode in den Bundestag eingebracht. Roland Hartwig hat sie in seiner Rede wie folgt begründet:

> »Erstens. Betroffene sollen ein wesentlich verbessertes Auskunftsrecht erhalten, um in Erfahrung zu bringen, welche Informationen über sie vom Geheimdienst

> gesammelt wurden. Zweitens. Im Dienst begangene Straftaten sogenannter verdeckter Ermittler sollen in Zukunft immer, von ganz eng begrenzten Ausnahmen abgesehen, bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und von dieser auch verfolgt werden. […]
> Grundlegender Reformbedarf besteht aber auch auf einer zweiten, der politischen Ebene. Der Verfassungsschutz heute ist keine neutrale Einrichtung wie etwa der Bundesrechnungshof, sondern untersteht den Innenministern und damit Parteipolitikern. Dies ist ein grundlegender Webfehler, der entflochten werden muss; denn es steht zu befürchten, dass nicht jeder der zunehmend links orientierten Politiker der Versuchung widerstehen kann, diesen Geheimdienst in einem ja permanent ausgerufenen Kampf gegen rechts auch als politische Waffe einzusetzen.« (PlPr. 19/233: 29977).

Damit setzte sie am Ende der Wahlperiode doch noch eine politische Initiative in diesem Feld. Politisch sieht sie sich durch die »politische Waffe« (PlPr. 19/233: 29977) bedroht und formuliert ihre Gegenposition (Weidel/Gauland 2021b). Am Ende des Beobachtungszeitraums stand noch nicht fest, wie die juristische Auseinandersetzung um die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ausgeht. Mittlerweile ist klar, dass die 13. Kammer des Kölner Verwaltungsgerichts die Beobachtung als zulässig erklärt (Frigelj/Schindler 2022: 6).

6.Rechtspopulistische Opposition: Begriff, Funktion, Strategie

6.1Die Erweiterung des Oppositionsbegriffs

6.1.1Rahmenbedingungen in der 19. Wahlperiode

Die Situation des deutschen Parteiensystems am Ende der 19. Wahlperiode hat sich für die etablierten Parteien dramatisch zugespitzt. Dies hat damit zu tun, wie die ›Parteien im Parlament‹ – die Fraktionen – miteinander umgegangen sind. Die verheerenden Wirkungen längerer Zeiten von Großen Koalitionen zwischen SPD und Unionsparteien zeigen sich in ihrer ganzen Dramatik (Schmitt/Franzmann 2017). Patzelt (2018c: 286) spricht sogar von »Parlamentsversagen«. An anderer Stelle stellt er mit Blick auf die 18. Wahlperiode fest, dass im Deutschen Bundestag kaum kontroverse Themen diskutiert worden sind (Patzelt 2017b). Die Themen Europapolitik und Zuwanderung als diejenigen, die die Emotionen der Menschen am stärksten aktiviert haben, wurden im Parlament nicht ausreichend thematisiert, und es kam zu einem Mangel an Repräsentativität und Responsivität (Patzelt 2018a). Patzelt (2018b) spricht daher von »oppositionsgefällige[m] Durchregieren« der Regierung Merkel in der Zeit von 2013 bis 2017.

Das Parteiensystem verschiebt sich derzeit vom »moderaten zum polarisierten Pluralismus« (Decker/Ruhose 2019: 34) und wird sich durch die Corona-Krise gegebenenfalls sogar noch weiter verändern (Mielke/Ruhose 2020). Decker (2019: 202) spricht von der Bundestagswahl 2017 als »Einschnitt in der Geschichte der deutschen Nachkriegsdemokratie«. Parallel vollzieht die Gesellschaft im Gesamten einen »ambivalenten Liberalisierungsprozess« (Biskamp 2019a). Davon profitiert die Alternative für Deutschland, die sich so, trotz ihrer internen Spannungen (s. Kapitel 3), in dieser Wahlperiode weiter etablieren konnte (Biskamp 2019b).[83]

Für die AfD können über die Veränderung des Parteiensystems zwei weitere strategisch günstige Faktoren in der Zeit ab 2017 festgehalten werden:

- die relevanten politischen Themen ›Migration, Integration‹ und ›Klimawandel‹ können beide durch die AfD gegen einen gesellschaftlichen Mehrheitskonsens besetzt werden und
- die Person Angela Merkel mit ihrer hohen gesellschaftlichen Reputation ist für eine nennenswerte Minderheit der personifizierte Verlust alter lieb gewonnener Traditionen und Gewissheiten, die stark bedauert werden und zu emotionalen Gegenreaktionen führen.[84]

Diese Entwicklung beschleunigt den Verlust der Integrationskraft der Parteien der Großen Koalition. Auch wenn in den Medien der Eindruck entstanden ist, dass die Existenz der AfD ein großes Problem für die SPD darstellt (zu einer Kritik vgl. Faus/Ruhose 2020: 6), zeigen insbesondere die Entwicklungen innerhalb der CDU nach der Wahl eines FDP-Kandidaten mit Stimmen von AfD, CDU und FDP zum Thüringischen Ministerpräsidenten im Frühjahr 2020, wie stark die AfD in die Union hineinwirkt. Das erratische Verhalten der Union seit der Bundestagswahl 2017 und im Jahr 2018 insbesondere durch die im bayerischen Landtagswahlkampf befindliche CSU hängt mit ihrem Dogma zusammen, keine legitim existierende Parteiformation rechts von ihr zuzulassen.

Die parlamentarische Etablierung der AfD trifft die Union wesentlich härter, als zum Beispiel Matthias Jung (2016) für die CDU-Positionierung unter Angela Merkel prognostiziert hat. Die unmittelbare Gegenstrategie hingegen, Rhetorik und Themensetting der AfD zu übernehmen, hat dazu geführt, dass sich das rechte Wählerpotenzial weiter stabilisieren konnte (Lau 2020a: 3).

Der Wandel des Oppositionssystems unter der Kanzlerschaft Angela Merkels und dort insbesondere seit 2017 zeigt, dass die aktuelle Politikergeneration vor neuen Fragen steht. Was früher noch funktionierte – wie z. B. die CDU-Strategie der gezielten Übernahme der Themenagenda dazu führte, dass die Republikaner Anfang der 1990er Jahre wieder von der Bildfläche verschwanden – wirkt aktuell gegenteilig. Die CDU-Politikerinnen Merkel und Kramp-Karrenbauer haben diese Wirkung verinnerlicht, und auch

die CSU verfolgt nun eine Strategie der harten Abgrenzung gegen die Rhetorik des Rechtspopulismus.

Durch die gesellschaftlichen Debatten, die die AfD seit 2017 wesentlich mitgeprägt hat (Butterwegge 2018), hat sich das Oppositionssystem verändert. Veen (1979b: 417) hat diese Dimension für die Opposition schon früh thematisiert. Die Voraussetzungen der Opposition »lassen sich nicht auf die Ebene der Politik und der Parteien beschränken, sondern reichen bis in soziale und ökonomische Entwicklungen hinein« (Veen 1979b: 417).

Durch die Wirkung des ›oppositionsgefälligen Durchregierens‹ erreichte die Regierung Merkel eine kaum emotional aufgeladene Wahlperiode bis 2017. So wurde der zentrale Ort der politischen Auseinandersetzung – das Parlament – als einziger medialer Ort von einer Entwicklung der Mediengesellschaft ausgeschlossen, die die vergangenen Jahre prägte. »Das Eindringen von gefühlsbetonenden Integrationsvorstellungen in den öffentlichen Raum« (Pöttker 2019: 235) führte zu einem »Wirksamkeitsschwund des Trennungsideals« (Pöttker 2019: 235) von Rationalität und Emotionalität (s. *Kapitel 2*). Dies bewirkte, dass in den Debatten im Parlament für die aktuellen und emotional aufgeladenen Themen kaum Raum gelassen wurde. Gleichzeitig wurde »die Übertragung emotionaler Bindungsfaktoren in die Sphäre der Politik« (Pöttker 2019: 234) durch die Massenmedien und die sozialen Medien weiter gefördert. Zugespitzt verkümmerte die parlamentarische Arena so zu einer nur noch graduellen Unterscheidung zwischen Regierung und Opposition. Rüb (2020: 29) beschreibt, dass parallel zu dieser Entwicklung auch das wissenschaftliche Konzept der Opposition »fast völlig verloren [geht]«. Man könnte sogar von ihrem Verschwinden sprechen, »weil sie als strukturelles Element […] nicht mehr auftaucht.«

Alexander Gauland greift diesen Sachverhalt für die AfD-Fraktion in der Generalaussprache zum Haushalt des Bundeskanzleramts im November 2019 am Beispiel der Energiewende ideologiegeladen auf:

> »Meine Damen und Herren, wenn die viertgrößte Wirtschaftsnation der Erde sich entschließt, das Energiefundament ihrer Wirtschaft zu beseitigen und durch eine Alternative zu ersetzen, die, vorsichtig formuliert, nicht besonders stabil ist, dann erwarte ich darüber

> erbitterte öffentliche Debatten, dann erwarte ich Redeschlachten um das Für und Wider im Parlament, dann erwarte ich, dass die These vom menschlichen Anteil am Klimawandel unter den größtmöglichen Falsifikationsdruck gesetzt wird; denn wir tun wahrscheinlich etwas Unumkehrbares. Aber das Thema ist dermaßen ersatzreligiös aufgeladen, dass die Frage ›Richtig oder falsch?‹ keine Rolle mehr spielt. Sie ist vollkommen verschüttet unter den Kriterien Gut und Böse« (PlPr. 19/130: 16268).

Maaz beschreibt die gesellschaftliche Situation, wenn Gegenpositionen in der Demokratie nicht mehr im Gleichgewicht sind. »Das Zusammenspiel von Pro und Contra fördert bei relativer Gleichrangigkeit beide Seiten und provoziert eine Krise, wenn eine Seite dominiert« (2020: 165).

Besonders ist dabei, dass durch das Auftreten der AfD der zentrale gesellschaftliche Diskurs zwischen zwei Oppositionsfraktionen geführt wird: Grüne und AfD haben den größtmöglichen inhaltlichen Abstand zueinander und verfolgen unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe. Beide bedienen auf unterschiedliche Weise das gestiegene Bedürfnis nach politischer Auseinandersetzung entlang der Achse Rationalität und Emotionalität, die durch den Verlust des relativen Gleichgewichts, von dem Maaz (2020: 165) spricht, aufgebrochen ist. Dies hat zu einer weiteren Schmälerung der Integrationskraft der Regierungsfraktionen geführt. »Die unerschütterliche Konzentration auf das Wissen rückt aus dem Blick, was politische Probleme eigentlich ausmacht und gesellschaftliche Konflikte anheizt: divergierende Werte, Interessen und Weltbilder« (Bogner 2021: 17).

Dass der Rechtspopulismus auf eine Verankerung in der Gesellschaft zurückgreifen kann, zeigen die schon zitierten Untersuchungen der Bielefelder Forscher (Heitmeyer 2011; Heitmeyer et al. 2020: 91–99; Zick et al. 2019). Es ist zudem so, dass die Wahlerfolge und die damit einhergehenden positiven Folgen für die AfD hinsichtlich des Organisationsgrads, der Präsenz vor Ort und in den Medien für eine Verstärkung des Rückhalts in der Bevölkerung sorgen.

Gleichzeitig haben sich die Funktionsweisen des deutschen Parlamentswesens diesen neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten

nur geringfügig angepasst. Die zentrale Neuerung der zurückliegenden Wahlperiode war die Einführung einer direkten Befragung der Kanzlerin durch die Abgeordneten. Dieser medial aufgeladene Event findet in regelmäßigen Abständen statt. Doch anstatt zu einem Instrument der Opposition zu werden, hat das Verfahren vor allem den Blickwinkel auf die Kanzlerin gelegt. Sie hat nun – ganz im Sinne der »Kanzlerdemokratie« (Niclauß 2015) – eine weitere Bühne, die stark exekutivzentriert wirkt.

Andere Elemente, die von der Opposition bisher zur Verbesserung der Kontrollfunktion gefordert wurden (Ismayr 2016: 59), sind in der 19. Wahlperiode nicht weiterverfolgt worden, unter anderem auch, weil der AfD-Fraktion kein weiterer Zugang zu sensiblen Informationen gewährt werden sollte. Sie ist zwar im Parlamentarischen Kontrollgremium vertreten, da der ehemalige Staatsanwalt Roman Reusch im zweiten Versuch von genügend Bundestagsabgeordneten gewählt wurde, eine Stärkung des Gremiums ist allerdings unterblieben.

Durch die in *Kapitel 2* beschriebene Wirkung von Emotionen in der Politik und der hier beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklung entsteht ein Bedürfnis danach, dass die Opposition diesen Emotionen in einem an verkürzter Rationalität orientierten Politiksystem einen Raum gibt. Hier liegt auch der Schlüssel, weswegen die AfD-Fraktion so stabile Zustimmungswerte über die Wahlperiode hinweg verzeichnen konnte. Die Wählerkoalition hält, weil sich in diesem Bedürfnis Menschen mit politischen Einstellungen rechts von der Mitte, aus der Mitte und Menschen mit klar rechtsextremen Einstellungen gefunden haben.

6.1.2 Ein erweiterter Oppositionsbegriff

Die bisherige Oppositionsforschung, wie sie in *Kapitel 2* dargestellt wird, stößt aufgrund dieser bislang nicht berücksichtigten Rolle der Emotionen bei der Analyse des Oppositionsverhaltens der AfD im Bundestag an ihre Grenzen. »Personalalternativen kann die AfD schlecht anbieten, weil sie für Regierungsämter keine qualifizierten Personen hat. Und dort, wo sie Personen angeboten hat, im innerparlamentarischen Betrieb, was ja auch ihr gutes Recht als Oppositionspartei ist, da ist das […] was sie angeboten hat, nicht auf viel Gegenliebe gestoßen. Und der eine oder andere Ausschussvorsitzende, den sie dann

durchgesetzt hat, der hat sich dann auch nicht sonderlich gut verhalten, und einer im Bundestag wurde ja sogar wieder abgewählt. Und was die Sachalternativen betrifft, lebt ja die AfD ganz wesentlich aus der Negation geführter Politik, insbesondere der von der Bundeskanzlerin Merkel geführten Politik. Und auch da fokussiert sich die AfD eigentlich nur auf bestimmte Bereiche, wie insbesondere die Migrations- und Integrationspolitik, auch die Europolitik. Abgesehen von diesen Bereichen, wo sozusagen die Negation zum Etablierten das eigene Programm ist, ist ja kaum etwas inhaltlich da – außer jenen allgemeinen Ansichten« (IV E2).[85]

Generell wird wissenschaftlich gerade eine Erweiterung des Oppositionsbegriffs im parlamentarischen System diskutiert (Franzmann 2016 und Franzmann 2017). So kritisieren Brack/Weinblum (2011: 71), dass die in *Kapitel 2* skizzierten Oppositionsbegriffe und Oppositionssystematiken systematisch Akteure von den Forschungsbetrachtungen ausschließen. Die beiden Autoren kritisieren, dass die herkömmliche Oppositionsbegrifflichkeit fast ausschließlich als ›Minderheiten-Mehrheiten‹-Verbindung verstanden wird. Sie verweisen in diesem Punkt auf Norton (2008: 244–246). Dieser hat unter anderem diejenigen Fälle in Betracht gezogen, in denen sich ein Regierungspartner zumindest in Teilen der politischen Debatte in Opposition zum Regierungshandeln sieht.

Entscheidender für den hier vorgenommenen Untersuchungsgang ist der weitere Fall, den Brack/Weinblum (2011: 71) bei ihrer Analyse in den Blick nehmen. So verengt die Sichtweise, dass die Gruppierungen in der Opposition immer und fast ausschließlich die Regierung als Hauptakteur der politischen Auseinandersetzung begreifen, den Blickwinkel auf parlamentarisches Oppositionsverhalten enorm. Mit Blick auf die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags wird dies insbesondere am Verhältnis von Bündnis90/Die Grünen und der AfD deutlich. Beide begreifen sich als die unmittelbaren Gegenspieler, die im jeweils entgegengesetzten politischen Spektrum hinsichtlich kultureller politischer Fragestellungen verortet sind. In der herkömmlichen Oppositionsforschung spielt die inneroppositionelle Oppositionsstellung qua Definition nur eine nachgeordnete Rolle. Zudem verstellt die Betonung der Opposition als ›Regierung in Wartestellung‹ die Möglichkeit, sich mit

Oppositionsfraktionen zu befassen, denen es unmöglich ist oder die nicht anstreben, Regierungsverantwortung zu übernehmen – ein Punkt, den Mair (2007) mit Blick auf die EU und deren parlamentarische Verfasstheit herausarbeitet. In seiner Arbeit über die Oppositionsmöglichkeiten in der EU stellt er fest, dass die Bevölkerung in den EU-Gremien zwar repräsentiert ist, aber nur indirekte Wirkkanäle zur Änderung der Politik zum Beispiel der Kommission bestehen würden. Franzmann weist mit Hinblick auf Mairs Arbeiten darauf hin, dass »der letzte Schritt innerhalb der EU-Institutionen nicht möglich [ist], nämlich die Ausbildung einer organisierten Opposition mit dem Ziel der Regierungsübernahme innerhalb der EU« (2019: 367).

Seine Feststellung, dass innerhalb des bestehenden Institutionengefüges keine effektive Kritik gegen die Politik geäußert werden kann, ist mit wenigen Modifikationen für die politische Situation in Deutschland der letzten Zeit und spätestens seit den Regierungen von Angela Merkel nachzuvollziehen. Gerade aufgrund der inhaltlichen Annäherung der bisher etablierten politischen Kräfte führt der oben skizzierte Wandel des politischen Systems zu einer Verdrängung stark oppositionell agierender Kräfte aus der öffentlichen Diskussion – eine Entwicklung, die spätestens mit dem knappen Scheitern der FDP und der AfD an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 2013 noch einmal verstärkt wurde (Franzmann 2018).

Seit der Katastrophe in Fukushima und der Annäherung an die Grünen durch die CDU (Mielke 2016: 10), der Angleichung von SPD und CDU in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen sowie der nahezu ähnlichen Positionen in der Frage von Integration und Migration entstand in zahlreichen Politikfeldern die Situation, dass konkrete Kritik gegen Regierungsmaßnahmen und die Artikulation wirklicher Alternativen im Grundsätzlichen statt nur im Detail marginalisiert wurden. Durch diesen Freiraum entstand ein Gefühl bei unzähligen Menschen, dass sie und ihre Anliegen keinen Raum mehr haben. Mair (2007) folgert, dass sich in einer solchen Situation – die er entlang der EU-Politik entwickelt – die Opposition von inhaltlichen Punkten auf Kritik am bestehenden System verändert. Diese nimmt die emotionale Verunsicherung und Erregung auf und gibt ihnen zunächst eine außerparlamentarische Stimme (Franzmann 2019: 163; s. *Kapitel 2* dieser Arbeit).

Es gibt noch weitere Ansatzpunkte, dass die bisherigen Oppositionskonzeptionen erweitert werden müssen, um die aktuelle parlamentarische Situation begreifbar zu machen. In einer verkürzten Rezeption von Sartoris (1976) Parteientypologie wird in der Forschung in den etablierten Oppositionsmodellen die Frage nach Anti-System-Parteien regelmäßig nicht gestellt. Zulianello (2019: 192) stellt fest, dass der Begriff der Anti-System-Partei mit ›antidemokratisch‹ gleichgesetzt wird. Dies treffe aber nicht den Kern der Typologisierung einer Partei nach Sartori als antisystemisch, denn es gebe sehr wohl demokratische, aber systemablehnende Parteien.

Mudde (2014: 219) ist sich dieser Problematik bewusst, wenn er betont, dass rechtspopulistische Parteien nicht die Demokratie per se ablehnen. Es gibt politische Kräfte, die sich innerhalb des demokratischen Rahmens als Kraft verstehen, die zentralen Bestandteile der liberalen Demokratie in Zweifel ziehen, ablehnen oder bekämpfen. Dabei geht es vor allem um Pluralismus und Minderheitenrechte. Alexander Gauland (2017: 138) formuliert daher für seine Partei den Weg der Parlamentarisierung, wenn er schreibt, dass »[d]er Widerstand […] die parlamentarischen Möglichkeiten« nutze. Andere Elemente der demokratischen Entscheidungsfindung werden dabei betont, insbesondere die Elemente der direkten Demokratie und der Mehrheitsentscheidung (Best 2020) – letzteres in der Annahme, dass die AfD in der Gesellschaft die Repräsentation ›des wahren Volks‹ und seiner Meinung ist (Müller 2016: 130). Weil sie dieses Verhalten nicht umfassend abbilden kann, muss die herkömmliche Literatur zur Opposition dahingehend erweitert werden, die Verhaltensweisen und Strategien rechtspopulistischer Oppositionsparteien ausführlich zu analysieren. Dies soll hier im Anschluss an die Beschreibung der Arbeit der AfD im Bundestag in den *Kapiteln 3 und 4* vorgenommen werden.

Die Etablierung der AfD im Bundestag kann nicht einfach auf die fehlende Stelle der Anti-System-Kraft reduziert werden. Opposition muss »keineswegs politisch kontur- und alternativlos sein« (Veen 1979b: 420), nur weil sie sich systemkonform verhält. Es müssen demnach noch weitere Wirkkanäle für die rechtspopulistische Opposition entstanden sein.

Hinzu kommt, dass die zentrale Kontrollfunktion des Parlaments – und dadurch die Einbeziehung der regierungstragenden

Fraktionen in die Regierungsarbeit vor allem als Oppositionsfunktion – durch eine Reihe weiterer außerparlamentarischer Akteure ergänzt wird. »Heute […] konkurriert das Parlament als Kontrollinstanz mit anderen Akteuren und macht dabei in der Regel keine gute Figur. Rechnungshöfe, Medien, NGOs – sie alle sind in ihrem Tätigkeitsbereich dem Parlament an Schnelligkeit und Fachwissen überlegen« (Meinel 2019: 166). Zugleich ist die Regierungskontrolle durch das Informationsfreiheitsgesetz zu einem »Jedermannsrecht« (Meinel 2019: 167) geworden. Denn nun »hat jeder ein Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen aller Art auch ohne besondere Interessen.« (Meinel 2019: 167)

Dass für die AfD-Fraktion in ihrer ersten Wahlperiode im Bundestag eine besondere Funktion als Oppositionsfraktion gefunden werden muss, erschließt sich daraus, dass die typischen Oppositionsfunktionen auch eine »systemstabilisierende Funktion« (Meinel 2019: 169) wahrnehmen und so nicht abschließend für die Erklärung einer systemkritischen bis systemablehnenden Kraft herangezogen werden können. Hinzu kommt des Weiteren, dass aufgrund des geänderten Medienverhaltens der Menschen die politischen Arenen nicht mehr in sich geschlossen sind. Fraktionen haben heute ein ganz anderes Interaktionsverhalten mit außerparlamentarischen Kräften als dies noch zu Beginn der 90er Jahre der Fall war. (Habermas (2020b: 107 f.). Für die Alternative für Deutschland gilt in besonderem Maße (Holtz-Bacha 2019: 12 f.), dass sie sich mit außerparlamentarischen Kräften vernetzt. »Die Partei muss als ein relativ geeinter und kompakter Spieler in der parlamentarischen Arena auftreten, um dort eine Überlebenschance zu besitzen. Damit wird es unmöglich, die Interessen des sehr heterogenen rechten Lagers dauerhaft in einer Partei zu bündeln und zu repräsentieren« Rucht (2017: 6).

Im Laufe der 19. Wahlperiode kam es zu einer immer stärkeren Vernetzung der AfD-Fraktion mit ihren (neu-)rechten Bündnispartnern (Gürgen et al. 2018). Für den Fall einer parlamentsinternen Anti-System-Opposition muss daher eine erweiterte Definition von Opposition vorgenommen werden. Da aufgrund der aufgezeigten Entwicklungen hinsichtlich des Parteiensystems davon auszugehen ist, dass rechtspopulistische Kräfte in Deutschland ihren Platz im Parlament haben, muss die Oppositionsforschung in die Lage versetzt werden, deren

Verhalten zu analysieren. Dafür bedarf es einer Loslösung des Oppositionsbegriffs im Parlament vom Gegensatz Regierung gegen Opposition, wie ihn Dahl (1966b und 1966c) und Ionescu/Madariaga (1971) in ihren klassischen Arbeiten verfolgen.

Die *Definition von Opposition*, der hier in Erweiterung zu den bisherigen Überlegungen gefolgt werden soll, formulieren Brack/Weinblum (2011: 74) als »a disagreement with the government or its policies, the political elite, or the political regime as a whole, expressed in public sphere, by an organized actor through different modes of action.« Eine solche Definition von Opposition folgt den Ansätzen neuerer Parlamentarismusforschung, die auch »jene Akteure und […] deren Handeln« in den Blick nimmt, »mit denen Parlamente« – und somit eben auch Fraktionen – »in Wechselwirkungen stehen« (Patzelt 2020: 20). Damit wird ermöglicht, die Positionierung der AfD-Fraktion im parlamentarischen Raum besser nachzuvollziehen und die oben skizzierten Entwicklungen in der Oppositionsforschung abzubilden. Denn sie richtet sich nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen den vermeintlich »linken Zeitgeist« (Gauland 2017: 135) und die unsere Gesellschaft tragenden Eliten und Institutionen. Letztere müssten im Rahmen einer »friedlichen Revolution« ersetzt werden (Gauland, zitiert nach Bender 2018). Gleichzeitig verbindet die AfD, wie gesehen, verschiedene Elemente etablierter oppositioneller Arbeit und nutzt dabei alle drei Arenen der politischen Auseinandersetzung. Die Beobachtungen der Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion lassen zudem den Schluss zu, dass sie dabei strategischen Überlegungen folgt. Schon früher hat Hättich für einen solchen Oppositionsbegriff im Hinblick auf die parlamentarische Opposition plädiert, da ihr »Schicksal«, wie er es nennt, »nicht nur durch ihr Parlamentshandeln, sondern vor allem auch durch ihre Selbstdarstellung in der Gesellschaft entschieden« wird (1970: 100).

Franzmann (2017: 5) knüpft an die oben vorgenommene Kritik an der bisherigen Oppositionsforschung an und zielt darauf ab, dass das ›Verständnis‹ von Opposition erweitert wird. Er löst die Frage nach dem Ort oder dem Akteurstyp von Opposition auf und fasst Opposition als »Gegenüberstellung zur aktuellen Politik*agenda*« (Franzmann 2017: 5; Hervorhebung im Original) auf. Zugespitzt kann aus der hier vorgenommenen Analyse der

fehlenden Berücksichtigung von Emotionen im parlamentarischen Diskurs und der herrschenden Alternativlosigkeit bei der politischen Agenda festgehalten werden, dass vor dem Auftreten der AfD Opposition fehlte, da»[…] die innerhalb des politischen Prozesses aktuelle Politik-Agenda von allen am Entscheidungsprozess beteiligten Akteuren unterstützt oder zumindest toleriert wird« (Franzmann 2017: 5). In den wesentlichen Konfliktfeldern unter der Regierung Merkel – und davor der Regierung Schröder – wurden die meisten Agenda-Themen im größeren Konsens umgesetzt. Um die Reformpolitik von Schröder konnte sich zwar die Linke als Oppositionskraft etablieren, in den dann prägenden gesellschaftlichen Themen spielte sie zunehmend jedoch keine nennenswerte Rolle. In der gegenwärtigen Zeit von Migration und Klimawandel geht es in der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition um Nuancen, nicht aber um die grundsätzliche Diskussion über die Politik-Agenda.

Der Grad der Opposition kann somit im Abstand zur aktuellen Politikagenda definiert werden. In Deutschland herrscht grundsätzlich eine »thematische Opposition« (Franzmann 2017: 5) und in Maßen eine »Anti-Regierungsopposition« (Franzmann 2017: 5).[86] In beiden Formen finden sich die grundsätzliche Orientierung am rationalen Politdiskurs wieder und eine Fokussierung auf die klassische Parlamentsdebatte und -arbeit als zentralen Raum der Opposition. Die Fraktionen changieren mit Ausnahme der AfD zwischen den beiden Bereichen. In einer Großen Koalition können die jeweiligen Regierungspartner themenbezogen ebenfalls in Oppositionsstellungen zueinander geraten. Zu einer Anti-Regierungsopposition werden alle Oppositionsfraktionen spätestens vor Wahlen oder in Untersuchungsausschüssen. So funktioniert Opposition normalerweise in einer parlamentarischen Demokratie (prägnant dazu Raschke 2020: 197 f.).

Die AfD-Fraktion – dies hat auch ihr Agieren in der Corona-Krise (*Kapitel 5*) gezeigt – weicht von dem ›herkömmlichen‹ Opponieren in parlamentarischen Systemen ab (Höreth 2021: 125-127). Der Abstand von Fraktionen, die sich gegen ›die da oben‹ positionieren oder generell dem System kritisch gegenüberstehen, ist deutlich weiter entfernt von der mehrheitlichen Politik-Agenda. Die AfD changiert zwischen den Bereichen der »Anti-Establishment-Opposition« und der »Anti-System-

Opposition« (Franzmann 2017: 5). Hier steht die Emotionalisierung im Mittelpunkt und nicht mehr der allein auf den rationalen Austausch von Argumenten fixierte Positionsaustausch.[87] Diese beiden Formen der Opposition zeichnen sich durch Kompromisslosigkeit und fehlende Verständigungsbereitschaft aus.

Es muss hierbei betont werden, dass wenn die AfD als Anti-System-Opposition verstanden wird, nicht sofort die Verfassungsmäßigkeit der Partei oder Fraktion im Gesamten infrage gestellt werden muss (Murswiek 2020: 177 f.). Dies gilt nur für Teile der AfD (BfV 2020a; s. *Kapitel 5.2* dieser Arbeit). Es wird daher davon ausgegangen, dass die AfD zwar die aktuelle Form der parlamentarischen Demokratie infrage stellt, sie verfolgt dabei allerdings mehrheitlich einen anderen Begriff von Demokratie und deren parlamentarischer Ausgestaltung. Die AfD setzt inhaltlich andere Schwerpunkte als die gesellschaftlichen Eliten und die anderen Fraktionen des Bundestags (Gauland 2018a: 10). Auch das ist eine Form der Anti-System-Opposition.

Aufgrund der Ausgestaltung der Politik-Agenda in Deutschland und der emotionalen Reaktion ihrer Wählerschaft darauf, ist rechtspopulistische Opposition nur als »Opposition aus Prinzip« (Mair 2007: 15; eigene Übersetzung) möglich. Sie ist, wie gezeigt, demnach keine Opposition in der Tradition des britischen Vorbilds einer *»Her Majesty's most loyal opposition«* (Veen 1979b: 418; Hervorhebung im Original). Die AfD-Fraktion profitiert wie beschrieben von der Situation, dass nur eine schwache Opposition bestanden hat. Dies ermöglicht ihr, sich nahezu ohne Probleme als Anti-System-Kraft zu positionieren. Doch es gibt Entwicklungen, die dazu führen können, dass in einem so weit gefassten Oppositionsverständnis die Opposition selbst in Bedrängnis geraten kann – ein Aspekt, der ebenfalls in der Oppositionsforschung nicht umfassend gewürdigt wird. Oppositionsverhalten ist aber »auch daraufhin zu untersuchen, inwieweit es offensiv und inwieweit es defensiv ist« (Hättich 1970: 105).

6.2 Die Emotionalisierungsfunktion der rechtspopulistischen Opposition

Die AfD-Fraktion im Bundestag folgt, wie oben dargestellt, als rechtspopulistischer Opposition einem erweiterten Oppositionsbegriff. Sie vernetzt sich umfassend mit der sie tragenden rechten Bewegung. Dabei setzt sie sich nicht nur in Opposition zur Regierung, sondern ganz bewusst in den Gegensatz zu den anderen Oppositionsparteien und dort insbesondere gegen die Grünen, die hinsichtlich der Themenagenda in Deutschland die inhaltliche Gegenposition zur AfD formulieren (Kleiner 2021: 44). Experte E2 verweist darauf, dass sie so eine »ökologische Nische gefunden [hat], in der sie sich entfalten kann« (IV E2).

Die AfD-Fraktion sorgt dafür, dass ihre Wählerinnen und Wähler und ihre emotionalen und Erregungsbedürfnisse in der politischen Debatte repräsentiert werden. Dieser trivial anmutende Satz bedeutet, dass die AfD-Fraktion eine besondere Funktion im Oppositionssystem einnimmt. Sie folgt einer *Emotionalisierungsfunktion*: Die AfD-Fraktion sorgt dafür, dass die Emotionen, die in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion bislang keine Berücksichtigung gefunden haben, eine Ausdrucksform im Parlament erhalten. Sie ist damit Teil dessen, was Biess (2020: 36) als »Gefühls- und Angstkultur der Bundesrepublik« bezeichnet. Sie löst die »emotionalen Distanzlasten« (Manow 2007: 136) auf, die durch dieses Fehlen entstanden sind.

Emotionalisierung kann dabei über verschiedene Kanäle erfolgen (Helfritzsch/Hipper 2021b: 15; dazu auch Butler 2018: 25). Sie kann zudem aus unterschiedlichen Gründen erfolgen (Helfritzsch/Hipper 2021b: 15). Eine besondere Wirksamkeit entfaltet sie, wenn durch sie Menschen »gestalterisch an politischen Praxen und der Öffentlichkeit teilhaben […] wollen; sich so den Weg […] erkämpfen, selbst oder durch Andere öffentlich und wirksam in Erscheinung zu treten« (Helfritzsch/Hipper 2021b: 15). Dubiel (1986: 48) folgend gibt ein politischer Akteur, der die Emotionalisierungsfunktion in diesem Sinne wahrnimmt Teilen der Gesellschaft deren »ökonomische, politische und kulturelle Heimstatt« zurück. Schroeder/Weßels (2019b: 258) sprechen von »der veränderten Rolle von Emotionen im politischen Prozess«, die sich in der Unterstützung für die AfD ausdrückt. »[D]ie AfD hat dieses diffuse Gefühl, dass wichtige bislang erfolgreiche Politiken in ihren Grenznutzenbereich geführt haben und dass die etablierten politischen Parteien keine tollen

Ideen haben, wie man denn nun die Sache anders oder besser anpacken könnte. Dem hat die AfD Ausdruck gegeben« (IV E2).[88]

Warum sie diese Funktion übernimmt, soll im Folgenden in Weiterentwicklung des Modells von Haller (2019: 84 ff.) zum Umgang mit Kränkungen gezeigt werden.[89] Für ihn ist diese Emotion zentral, da sie eine »Interaktion zwischen kränkender und gekränkter Person und dem Kränkungsinhalt« (Haller 2017: 10) herstellt. Sie ist »eine psychologische Supermacht und Ursache von vielen […] Konflikten« (Haller 2019: 85).

Die Alternative für Deutschland, dies hat sich bei der Analyse der Einstellungen der AfD-Wählerschaft gezeigt (s. Kapitel 2), macht tiefverwurzelte Kränkungen der Menschen sichtbar und führt zur politischen Rückkehr von konfliktiven Themen, die aufgrund der Annäherung aller etablierten Kräfte nicht mehr kontrovers aufgerufen werden. Gerd Mielke hält fest, dass sie »bei Teilen der Wählerschaft das Gefühl wecken, sie gehörten nicht mehr dazu. Sie haben den Eindruck, ihre Interessen und Sichtweisen fänden kein oder nur geringes öffentliches Gehör, würden stattdessen systematisch von anderen Interessen übertönt und spielten folglich bei den politischen Entscheidungen keine Rolle« (2016: 12). Ob diese politische Positionierung der AfD nachvollziehbar ist oder nicht, ist dabei genauso unwichtig wie die Frage, ob dies gut oder schlecht für die Gesellschaft ist. Sie reagiert auf »eine emotionale Krise, nämlich die Frustration, die aus der nachhaltigen Enttäuschung sozialer Anwartschaften resultiert« (Koppetsch 2020: 8). Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass dies so ist. Hierin liegt die Hauptfunktion der AfD als rechtspopulistische Opposition im Parlament. In diesen Bereichen liegt zudem die Funktionsbeschreibung, die ihr ihre Wählerinnen und Wähler zuordnen. Eine klassische Lösungskompetenz wird der Partei trotz ihrer – wie gezeigt durchaus sachbezogenen – Oppositionsarbeit im Bundestag in keinem Politikfeld zugeschrieben. »Viele Wähler stimmen nicht unbedingt mit allen Inhalten der AfD [über]ein. Sie trauen der AfD aber am ehesten zu, die jetzige Politik zu kritisieren« Volker Kronenberg (zitiert bei Arab 2017).

Mit Mair und Franzmann lässt sich festhalten, dass die AfD im Bundestag eine »*polity*-orientierte Form der Opposition« (Franzmann 2018: 369; Hervorhebung im Original) darstellt und generell als »Anti-System-Opposition« (zu solchen Parteien bzw.

Fraktionen vgl. Capoccia 2002 und Schedler 1996) bezeichnet werden kann. Die AfD führt zu einer Rückkehr der »gesamtpolitische[n] Opposition« (Rüb 2020: 41), die in der Politikwissenschaft nicht mehr berücksichtigt wurde. Auch weil davon ausgegangen wurde, dass diese Form nicht mehr verfolgt wird, da sich »Systemwechsel […] grundsätzlich nicht mehr realisieren lassen« (Rüb 2020: 40). Die AfD hingegen bedient die formulierten Erwartungen ihrer Wählerschaft, die im Bereich der Emotionalisierung von Politik angesiedelt sind und auch andere Erwartungen an den Erfolg der AfD haben. Experte E5 spricht daher von der starken Rolle der »Stichwort- oder Hinweispartei« (IV E5), deren Stärke davon abhängt, ob die etablierten Parteien diese Hinweise wahrnehmen. Experte E2 verweist darauf, dass diese gesellschaftlichen Konflikte im Parlament nicht abgebildet wurden. »Das hatte seinen Grund darin, dass das ja keine politisch fassbare oder fraktionsmäßig […] fassbare Opposition gegen den Regierungskurs der Migrationspolitik gab. Dieser Kurs ist ohnehin genau der gewesen, den die Grünen, den die Linken, also die Oppositionsparteien gewollt haben. Die SPD wollte genau diesen Kurs, der größte Teil der CDU auch und die CSU war ohnehin in der damaligen Großen Koalition für die Mehrheitssicherung überflüssig« (IV E2).[90]

Die Emotionalisierungsfunktion der AfD-Fraktion führt dazu, dass Protest sichtbar gemacht wird und Themen angesprochen werden, die vermeintlich zu kurz kommen. Sie fokussiert sich »auf Aktivitäten der Reintegration, der Wiedereingliederung vagabundierender politischer Subjektivitätspotentiale in neue Formen kultureller Legitimität« (Dubiel 1986: 48). Sie kann dabei auf deren populistische Einstellungsmerkmale zurückgreifen (Ruhose 2020c: 11–13). Dadurch zeigt sich, dass die Emotionalisierungsfunktion keine reine Erregung und Protesthaltung zum Ausdruck bringt, sondern stabile (populistische Einstellungen) (Loew/Faas 2019: 504), längerfristige Verletzungen und Vorurteile sichtbar ins Parlament trägt und den »Charakter der öffentlichen Politik« (Dubiel 1986: 48) verändert. Marc Jongen formuliert dies in einer äußerst prägnanten Art im Bundestag in einer Debatte über die Veränderung des politischen Diskurses durch die AfD, dass sie »dem gerechten Zorn im Land einen zivilen, einen parlamentarischen Ausdruck« (PlPr. 19/124: 15351) geben würde.

Weber zeigt auf, das Empörung »in Situationen (entsteht), in denen wir uns mit Ungerechtigkeiten konfrontiert sehen bzw. Handlungen oder Maßnahmen als ungerecht interpretieren« (Weber 2016: 177). Gesellschaftlich folgt eine »soziale Situations-Wahrnehmung« (Weber 2016: 177), die sich dann in einer (teil-)kollektiven Handlung niederschlagen kann. Wird Haller (2017 und 2019) und seinen psychologischen Schlussfolgerungen gefolgt, wie mit negativen Emotionen umgegangen werden soll, ergeben sich fünf Elemente der Emotionsfunktion der rechtspopulistischen Opposition. Denn der Erfolg der AfD – trotz der rechtsextremen Strömungen und Aussagen von führenden Politikern – lässt sich zu einem Großteil auf Entwertungserfahrungen zurückführen (Koppetsch 2019a: 155, die sich auf Cramer 2016 und Hochschild 2017 bezieht). An anderer Stelle wurde herausgearbeitet, dass die AfD-Wählerkoalition vielschichtig ist und das einigende Band genau dieser Entwertungs- und Verlusterfahrungen oder Erwartung derselben darstellt (Ruhose 2019: 1–3). Dubiel (1986: 47) sieht »Ressentiments, Vorurteilsstrukturen und Angstaffekte« als zentrale Ursachen der rechtspopulistischen »politischen Mobilisierung« an. In der gesellschaftlichen Verankerung der AfD und dem einsetzenden Erfolg bei Wahlen zeigt sich, dass es eben doch mehr als Rechtsextreme sind, die diese Partei unterstützen.

Reinhard Haller (2019: 84 ff.) entwickelt für den Umgang mit Kränkungen auf der individuellen Ebene und explizit »in einer Gesellschaft« (Haller 2019: 85) Impulse für »Bewältigungsreaktionen«. Die Bewertung des Politikangebots – und der unten dargestellten Strategie der AfD – wird bei den Unterstützerinnen und Unterstützen vor dem Hintergrund ihrer emotionalen Situation vorgenommen. Weber (2016: 180) hält vor dem Hintergrund der aktuellen Forschungsergebnisse dazu fest, dass diese Abwägung davon abhängt, »ob ein Klima der Furcht oder des Vertrauens vorherrscht«.

Bei den AfD-Unterstützern herrscht bei aller ideologischen Einstellung demnach ein Klima der Furcht und der Kränkungen, der generellen Ablehnung des ›Mainstreams‹ und der Empörung. Haller selbst schreibt, dass es nur gelingen kann, diesen Verletzungen – und auf die politische Ebene bezogen, einer diese Emotion artikulierenden rechtspopulistischen Opposition – entgegenzutreten, wenn eine »Enttabuisierung« erfolgt (Haller

2019: 85).[91] Die Schritte dazu nennt Haller (2019: 86 f.; Haller 2017: 229–242) »Impulse«. Auf der Basis dieser sozialpsychologischen Erkenntnisse lassen sich fünf Elemente für die Beschreibung der Funktion der rechtspopulistischen Opposition ableiten, die in der folgenden Grafik dargestellt werden.

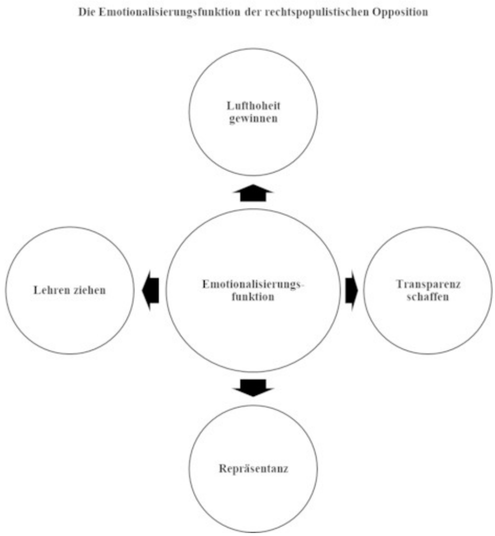


Abbildung 25: Die Emotionalisierungsfunktion der rechtspopulistischen Opposition

Eigene Darstellung aufbauend auf Haller 2019: 86 f. und Haller 2017: 229–242

Zunächst schafft die AfD im Parlament ein Forum für enttäuschte Emotionen und gefühlte oder reale Verletzungen, Durch das starke Element der Elitenkritik stellt die AfD eine Vertrauenssituation bei ihren Anhängerinnen und Anhängern her. Sie reagiert auf die Assonanz, die bei diesen Menschen vorhanden ist. Das bedeutet, sie nimmt die »Entkopplung, bei der die Ängste der Mittelschichten […] von politischen Eliten nicht angemessen beantwortet werden (können?)« (Heidenreich 2019: 38) auf. Die AfD-Wählerschaft wird bestärkt, dass sie durch eine Stimmabgabe für diese Partei die »Lufthoheit über das Kränkungsgeschehen« (Haller 2019: 86) wiedererlangt. Dies übernimmt in der »Erregungsgesellschaft« (Han 2013; Pörksen 2018) die rechtspopulistische Opposition mit einfachen und vereinfachenden

Politikansätzen. Sie schafft dabei eine Konsonanz, da sie verspricht, »den Gefühlen der Bürgerinnen und Bürger bzw. ›des Volkes‹ vollends zu entsprechen« (Heidenreich 2019: 39). Aus Sicht der politikwissenschaftlichen Emotionsforschung führt dieser Prozess dazu, »von der Betroffenheit zur Bedeutsamkeit« (Weber 2016: 168) zu gelangen – eine starke Triebfeder für Protestwahl, insbesondere solange sie tatsächlich in der Opposition bleibt und nicht Enttäuschungen durch Kompromisse in der Regierung erzeugt.

Das zweite Element der Emotionalisierungsfunktion, das die AfD in ihrer Parlamentsarbeit berücksichtigt, ist die Transparenz, die sie durch das Ansprechen der Problemlagen der Menschen erzeugt. Dies erfolgt oftmals verbrämt und mit Vorurteilen, Elementen der Hetze oder Provokationen angereichert. Doch zunächst nimmt die AfD im Sinne ihrer Wählerschaft eine Verschiebung der Themenagenda vor und bringt die Verletzungen – auch hier ist wieder wichtig zu betonen, dass diese gefühlt oder real sein können – zur Sprache. Sie folgt damit in ihrem Oppositionsverhalten Mairs Argument, dass aufgrund unterlassener Debatten und Kritikmöglichkeiten innerhalb des Systems dieses als solches infrage gestellt wird. Durch das Zur-Sprache-Bringen »des Problems verliert dieses an Schärfe« (Haller 2019: 86). Die Problemlagen wechseln zudem von der individuellen Ebene in eine »soziale Textur« (Weber 2016: 173).

Mit Kriesi et al. (2006) kann gezeigt werden, dass die Prozesse der ökonomischen und kulturellen Globalisierung zu einer Verlusterfahrung in bestimmten Gruppen führen, die eine Emotionalisierung bewirkt. In ihrer politischen Reaktion unterscheiden die Verlierer »nun aber gar nicht zwischen ökonomischen und kulturellen Herausforderungen« (Franzmann 2016: 370). Daher zeigen Decker/Ruhose (2019) auf, dass die neue Konfliktachse Kommunitarismus gegen Kosmopolitismus nicht erschöpfend das Auftreten der rechtspopulistischen Opposition erklären kann. Rechtspopulisten nutzen dabei, dass »kulturell oder ökonomisch herausgeforderte[n] Gruppen […] ein gemeinsames Potential« für sie darstellen (Franzmann 2016: 370) und überführen dieses in die »soziale Textur«, um noch einmal den Begriff von Weber (2016: 173) aufzugreifen.

Durch das Aufkommen der rechtspopulistischen Opposition verlagert sich die Schärfe vom Einzelnen weg in die allgemeine

politische Arena und nimmt dort in Form von Provokation und Spektakel wieder an Fahrt auf. Im Übrigen zeigt sich bei den Beobachtungen in den Kapiteln 3 und 4, dass diese Form der politischen Auseinandersetzung auch von denjenigen Kräften genutzt werden, die Schroeder/Weßels (2019a: 21) als »parlamentsorientiert« bezeichnen. Wehner (2020a) zweifelt daher, ob die Unterscheidung zwischen parlaments- und bewegungsorientiert für die AfD noch gelten kann. Sie wird zumindest mittelfristig nicht zu einer Spaltung der Partei oder der Fraktion führen (Ruhose 2020c: 8).

Alle Kräfte der AfD-Fraktion sorgen dafür, dass die gefühlten und tatsächlichen Problemlagen, die nur unzureichend durch andere Fraktionen im Parlament adressiert wurden, in den parlamentarischen Raum zurückkehren. Ihr ›zornpolitischer‹ Vordenker Marc Jongen wiederholt seine Auffassung, dass die AfD »dem gerechten Zorn im Land einen zivilen, einen parlamentarischen Ausdruck« (PlPr. 19/124: 15351) geben würde. Die Ursachen für den Zorn müssten bekämpft werden, dabei würde die AfD auch konstruktiv teilnehmen. »Dann brauchen Sie auch keine Programme gegen Hassrede mehr. Dann haben Sie uns auf Ihrer Seite« (PlPr. 19/124: 15351).

Das nächste Element der Emotionalisierungsfunktion betrifft einen heiklen Punkt, bei dessen Formulierung man in der Öffentlichkeit schnell abwertend als ›AfD-Sympathisant‹ bezeichnet wird. Hier geht es aber um das Verstehen von Wirkkanälen der rechtspopulistischen Opposition. Für die AfD-Wählerschaft gibt die rechtspopulistische parlamentarische Vertretung nämlich auch die Möglichkeit, ihre Verlustängste und erlittenen Kränkungen als »Lehre [zu] nutzen« (Haller 2019: 86). Reinhard Haller (2019: 86) schreibt, dass es in diesem Bereich darum geht, zu identifizieren, welche Schwachstellen bei den Menschen infolge der Kränkung durch die anderen getroffen wurden. Die Qualität der Schlussfolgerungen, die Ursache stets bei dem »Fremden« zu suchen, wie es Zygmunt Bauman (2016) in einem seiner letzten großen Essays formuliert hat, birgt eine große gesellschaftliche Problematik. Dadurch entsteht Wut, Verachtung und Abwertung gegen Gruppen von außen (Zick/Küpper 2015: 11). Für die AfD-Wählerschaft aber wird durch die Artikulation und das Ernstnehmen und Verstärken ihrer Ängste und Vorurteile politisch sichtbar, dass zunächst ›jemand‹ – in

diesem Falle die AfD im Parlament – eine Lehre daraus zieht. »Der Ausdruck persönlicher ›Betroffenheit‹ steigerte die Widerstandskraft und wirkte als emotionale Brücke, die die politisch heterogene Bewegung zusammenführte«, hält Frevert am Beispiel der Friedenbewegung fest (2020: 45).

Die bislang nicht berücksichtigten und repräsentierten Emotionen finden somit einen Ort und werden kanalisiert. Insofern lässt sich sogar formulieren, dass sie ›versachlicht‹ werden, dies vor allem aus der Perspektive der Gekränkten oder Zurückgewiesenen. Die AfD sorgt somit »als emotionale Brücke« (Frevert 2020: 45) für die Repräsentanz im Übrigen auch für andere Oppositionsparteien. Denn auch wenn der damalige stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel für seine Aussage kritisiert wurde, dass sowohl Grüne als auch die AfD Politik »in grotesker Weise« (zitiert nach Eubel/Ismar 2019) verkürzen würden, ist zu beobachten, dass die Grünen von der Emotionalisierung insbesondere der Gesellschafts- und Migrationspolitik als Gegenpol profitieren. Einige Reaktionen im Parlament zeigen, dass diese gegenseitige Opposition auch durchaus bewusst – und auf beiden Seiten aus tiefer inhaltlicher Überzeugung – eingesetzt und betont wird. Experte P5 verweist auf die Zwangsläufigkeit dieser Gegensätzlichkeit, »weil klar ist, dass unser Menschenbild, […] unsere Grundeinstellungen, politischen Überzeugungen, einer weltoffenen toleranten Gesellschaft, denen [der AfD-Abgeordneten, FR] ja zutiefst zuwider sind« (IV P5).[92]

Zürn (2018: 14) schreibt dazu in einer Veröffentlichung für die Heinrich-Böll-Stiftung, dass der Rechtspopulismus »auf der kosmopolitischen Seite einen Gegenpol« erfordere. »Die grüne Strömung scheint für diese Rolle prädestiniert. Während der Anschluss an die sogenannte Mitte nicht verloren werden darf, kann gleichzeitig eine Akzentuierung der kosmopolitischen Positionen nur profilbildend wirken« (Zürn 2018: 14).

Blondel (1997: 478–483) erörtert die Möglichkeit, dass in einer Analyse mit dem hier entwickelten breiten Oppositionsbegriff auch andere Gruppen Opposition sein könnte. Er nennt Verbände und Interessensgruppen neben den Parteien, wenn eine Gesellschaft durch mehrere Entscheidungszentren geprägt wird, wie dies in Deutschland eigentlich der Fall ist. Doch auch hier scheint sich eine Verengung der Opposition entwickelt zu haben, denn in dieser

Gruppe verfolgt keine ernst zu nehmende Kraft in Deutschland – die Erasmus-Stiftung ist noch am Anfang und bisherige rechtspopulistische Gewerkschaftsbildungen sind noch nicht erfolgreich gewesen – eine system-konträre Politikagenda wie die AfD.

Bei Haller folgt auf die Artikulation die Fähigkeit, seine eigenen Kränkungsmuster zu reflektieren und zu durchbrechen. Hier stockt allerdings die Bewältigung von emotionalen Verletzungen durch eine rechtspopulistische Opposition. Denn Kränkungsmuster zu durchbrechen, müsste letztendlich auch zu Perspektivwechseln führen, die für Haller (2019: 87) in der Kränkungsbewältigung zentral sind. Dies ist aber politisch nicht gewollt und daher funktioniert der Rechtspopulismus an dieser Stelle wie die »umgekehrte Psychoanalyse« (Löwenthal 1990: 61; grundlegend dazu Löwenthal 2021). »Ein guter Psychoanalytiker macht sich selbst überflüssig, indem er seine Patienten lehrt, sich aus neurotischen Verstrickungen und Ängsten zu lösen und somit Autonomie zu gewinnen. Der Populist macht das Gegenteil. Er verstärkt die unbewussten Ängste und neurotischen Zwänge seines Publikums, um es so an sich zu binden« (Dubiel 2002).

Die Emotionalisierungsfunktion dient zunächst vor allem der Sichtbarkeit verborgener und unterdrückter kollektiver und individueller Gefühle. Gleichzeitig trägt »die Verarbeitung unerfüllter Bedürfnisse nach Zuwendung und Beachtung aggressive Züge« in sich (Haller 2019: 127). Durch die Artikulation durch die AfD im Parlament folgt diese Verarbeitung nach Haller (2019: 127) einer »aktiven« Verhaltensweise. Dieser Funktion sind sich die Abgeordneten der AfD-Fraktion bewusst, wie die folgende Aussage des Justiziars Stephan Brandner belegt. Er betont die Emotionalisierungsfunktion seiner Fraktion, wenn er in der Debatte um das Gesetz der Bundesregierung zur Hasskriminalität warnt:

> »Meine Damen und Herren, es ist für die Demokratie lebensnotwendig, die Meinungsfreiheit zu schützen. Dafür steht die AfD. Durch Begriffe wie ›Hasskriminalität‹ oder ›Hassrede‹ wird die Grenze der Meinungsfreiheit bewusst verwischt, und der Bürger bekommt Angst, sich noch zu äußern, weil er meint, jede Emotion, die er ausleben würde, wäre gleich eine Straftat. Damit schaden Sie unserer Demokratie; Sie schaden der Debatte in unserer

> Demokratie« (PlPr. 19/166: 20734).

Der Abgeordnete Professor Harald Weyel formuliert die inhaltliche Grundlage, die die AfD im Bundestag repräsentiert:

> »Mit Panik und Hysteriestrategie haben Sie das Land nacheinander getrieben vom Euro-Politikwahn, der die Finanzen ruiniert, in den Klimapolitikwahn, der die Umwelt schädigt, in den Coronapolitikwahn, der auf die Wirtschaft wirkt wie eine Neutronenbombe. Kein neuer Spuk hat je den alten aufgelöst, wie manche hoffen. Nein, drei apokalyptische Reiter sitzen uns zugleich im Nacken, und der vierte ist auch schon eingetroffen: eine völlig überkandidelte Antidiskriminierungspolitik, die die Bevölkerungsmehrheit diskriminiert und Polizei und Justiz genauso durchdysfunktionalisiert, wie es beim Militär schon gelungen ist« (PlPr. 19/166: 20651).

Die Emotionalisierungsfunktion der rechtspopulistischen Opposition in den Parlamenten muss ambivalent bewertet werden, wie dieses Zitat deutlich macht. Sie ist das Ventil, aber sie führt nicht zu mehr Wertschätzung oder Anerkennung in der Gesellschaft. Vielmehr ist die sichtbare Stimme im Parlament weiterhin als rechtspopulistisch bis völkisch-national stigmatisiert.

Gauland thematisierte die Funktion der AfD-Fraktion auch in der Auseinandersetzung um das Bevölkerungsschutzgesetz im Herbst 2020. »Das Infektionsschutzgesetz der Bundesregierung ist die größte Grundrechtseinschränkung in der Geschichte der Bundesrepublik […] Das Misstrauen, meine Damen und Herren, wird explodieren. Das sehen sie auf den Straßen, das sehen sie an der Aggression, die sie überall spüren« (PlPr. 19/191: 24051).

Er stellt dann eine Reihe von inhaltlichen Fragen, die man stellen müsse, ohne vom Verfassungsschutz bedroht zu sein. Und diese Rolle sieht er für die AfD. Sie ist diejenige Fraktion, die die Emotionen und Sorgen aufnimmt. Sie ist für ihn daher »offensichtlich in diesem Lande die einzige demokratische Fraktion [[…]]« (PlPr. 19/191: 24052).

Diese Einstellung bewirkt einerseits eine Solidarisierung in der Gruppe der AfD-Unterstützer und auf der anderen Seite – darauf weisen die Experten P1 und P3 hin – eine Solidarisierung der anderen Fraktionen gegen die AfD-Fraktion. Experte E4 stellt dazu fest, dass die AfD dazu geführt habe, »dass die anderen Fraktionen

tendenziell netter miteinander umgehen als früher, weil sich die anderen Fraktionen immer eben auch von diesem Rechtsaußen-Feind abgrenzen. Und das wiederum spielt der AfD in die Hände, weil sie dann gegebenenfalls leichter sagen kann, das seien eben alles die Altparteien [[…]]« (IV E4).

Es besteht eine sich verstärkende Wechselbeziehung zwischen den Fraktionen und der AfD-Fraktion. Prägnant dazu Experte P3: »Das liegt aber auch wirklich an uns. […] Man will mit denen nichts zu tun haben« (IV P3). Für die AfD beschreibt Experte E4 die Wirkung: »[D]a ist doch in vielerlei Bereichen immer wieder festzustellen, es werden Projekte aufgestellt, die ganz offensichtlich an den anderen Fraktionen des Parlaments direkt vorbei zielen, die Fragen gar nicht erst danach, hätten wir da eventuell eine Möglichkeit andere zu überzeugen« (IV E4).

Patzelt verweist auf den »Empörungskern«, der »jeweils die mit vielen anderen geteilte Empfindung zu sein (scheint), eine politisch gewollte – oder immerhin politisch ermöglichte – Entwicklung werde große Gefahren für das gesellschaftlich oder kulturell Erreichte mit sich bringen« (2020a). Für ihn gibt es eine Verbindung zwischen den zahlreichen sozialen Bewegungen und den »inhaltlich mannigfachen Populismen« (ebd.). Auch mit Blick auf die Entwicklungen der Corona-Pandemie muss darauf hingewiesen werden, dass es für die politische Debatte keinen Unterschied macht, ob die Empörungsgrundlage real ist oder einen imaginären Hintergrund besitzt, den Patzelt als »phantasmatischen Kern« bezeichnen würde (ebd.). Aus dieser Analyse folgt die Schlussfolgerung, dass im Endeffekt ein Nebeneinander von Diskussion und Repression (ebd.) benötigt wird; darauf wird in Kapitel 7.3 eingegangen. Dabei ist besonders relevant, die hier dargestellten Wirkungsweisen des Rechtspopulismus und seine Emotionalisierungsfunktion adäquat zu analysieren. Es geht um »eine sich von politischen Vorurteilen möglichst fernhaltende, empirisch gestützte Klärung der realen Ursachen unserer Populismen« (ebd.).

Wird Mairs oben skizzierte Kritik an der EU-Politik und der Unmöglichkeit einer konstruktiven Opposition auf die deutsche Situation in der 19. Wahlperiode übertragen, so wird deutlich, dass aufgrund der negativen exponierten Stellung der AfD, die durch sie sichtbar gemachten Kritikpunkte am politischen System und der deutschen Gesellschaft dennoch unberücksichtigt bleiben.

Offensichtlich wurde dies bei der Fragestunde mit der Bundeskanzlerin am 13. Mai 2020 zur Corona-Krise (Alexander 2020: 4). Die breite Zustimmung des Parlaments zu den dort getroffenen Aussagen der Kanzlerin führte zu einer starken Solidarisierung und zu einer Abgrenzung gegenüber kritischen Positionen.

Im Zeitverlauf wird daher die Kritik immer unsachlicher und immer systemkritischer. Dadurch eint sich die AfD, denn die zentralen Argumentationsmuster werden in den Bundestagsdebatten von allen Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichen Parteiströmungen genutzt und vertreten. Bernd Lucke (2019: 161) folgert für die AfD, dass sich aufgrund der emotionalen Enttäuschungen ein »Milieu der Verbitterten« gebildet hat. Die rechtspopulistische Opposition hat in dieser Lesart die Funktion übernommen für dieses Milieu »einen Projektionspunkt für ihr tief verwurzeltes Misstrauen« zu bieten (Lucke 2019: 160).[93]

Die AfD-Fraktion ist genau aufgrund dieser Funktion im Zeitablauf – trotz der immer wieder aufkommenden Streitigkeiten – homogener geworden, und insbesondere diejenigen Vertreter, die von Beginn an einen extremen Kurs propagierten, konnten durch die Wirkkanäle integrativ in der Fraktion wirken. »Die Debatten, die jetzt innerhalb der Partei geführt werden, inhaltlich irgendwie zwischen Flügel und Nicht-Flügel, die spielen da [in der Bundestagsfraktion, FR] eigentlich auch nicht so eine große Rolle« (IV E1). Dies ist seit der Auseinandersetzung um Andreas Kalbitz, dem Parteitag von Kalkar (Vollradt 2020c: 4) und mit näher rückendem Bundestagswahltermin anders. Schon die Debatte um Kalbitz »spielt natürlich in der Fraktion eine Rolle und führt da auch zu Missstimmungen« (IV E1).

6.3 Die Strategie der rechtspopulistischen Opposition

Es stellt sich die Frage, wie die AfD mit dieser Aufgabe umgeht, die gesellschaftliche emotionale Lage im Parlament abzubilden. Sie hat dafür fünf strategische Elemente entwickelt, die es ihr ermöglichen, die an sie formulierte Anforderung der Wählerinnen und Wähler zum einen abzubilden und zum anderen auch

entsprechend selbst zu aktivieren. Sie greift die Bedürfnisse der Erregungsgesellschaft auf und verstärkt diese. Dafür hat sie in ihrem Strategiepapier zur Bundestagswahl 2017 das Erregungspotenzial in der deutschen Gesellschaft identifiziert und ihre Themenschwerpunkte formuliert (AfD 2016). Die AfD reagiert auf dieses Potenzial, indem sie die bestehende Assonanz zwischen ›den‹ Eliten und einem nennenswerten Teil der Bevölkerung verstärkt (Heidenreich 2019: 39).[94] Die Beobachtungen ihrer Arbeit im Bundestag zeigen deutlich, dass die Fraktion dabei von den und mit den Reaktionen der anderen auf ihre Strategie lebt und arbeitet. Es entsteht dadurch eine Art Erregungskreislauf, dessen Verlauf in Abbildung 26 dargestellt wird.

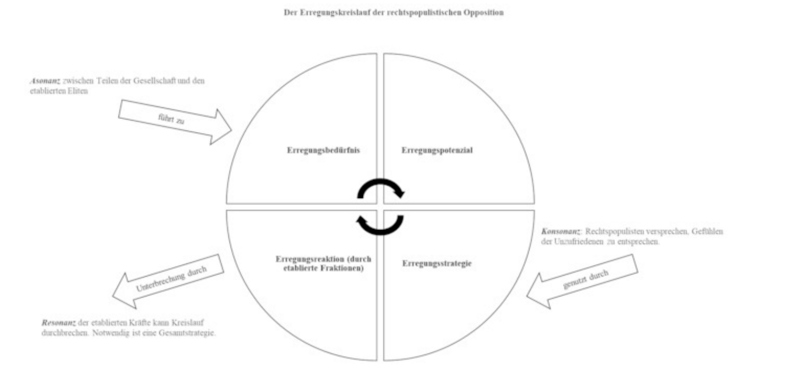


Abbildung 26: Der Erregungskreislauf der rechtspopulistischen Opposition

Eigene Darstellung

Aufgrund des gesellschaftlichen Wandels werden Emotionen in der Gesellschaft sichtbar, die bislang nicht aktiviert wurden. Diese sind vor allem negativ konnotierte Gefühle, die – weil sie von unzähligen Menschen in ähnlicher Form erlebt werden – ein Erregungspotenzial auslösen, das sich seine politische Ausdrucksform sucht. Die rechtspopulistische Opposition kann dies gut aktivieren, weil sie mit ihren Strategieelementen diesem Potenzial entweder Ausdruck verleiht oder es erst zusammenführt. Da der Rechtspopulismus mit Gegensätzen arbeitet, ist ihm eine erregte Resonanz sicher. Rosa (2016) formuliert das Bedürfnis des Menschen nach Resonanz in einer positiven Sichtweise. Dass eine Art Nicht-Gesehen-Werden zu negativen Emotionen führt, hat die

Soziologin Hochschild (2017) für die amerikanischen ›Rust-Belt-Arbeiter‹ herausgearbeitet. Sie spricht von einer »deep story«, die der Unterstützung für Trump unterlegt ist. Eine solche ›deep story‹ macht auch das gesellschaftliche Erregungspotenzial für die AfD abrufbar, sie kann eine »unmittelbare Identitätsrepräsentation« (Heidenreich 2019: 39) der unberücksichtigten Emotionen anbieten (vgl. Dörre 2020 für die Anwendung dieser Methode auf Deutschland). Diese Erregung ist in unserer Gesellschaft breit vertreten, sodass sich in der AfD-Unterstützung zahlreiche Schichten finden und zusammenhalten, auch bei wesentlichen Interessenskollisionen (Loew 2019 und Loew/Faas 2019).

Die AfD-Strategie zur Aktivierung dieses Erregungspotenzials kann daher als Erregungsstrategie bezeichnet werden. Bei der Arbeit der AfD-Fraktion im Bundestag können dabei fünf zentrale Elemente erkannt werden, die sich ergänzen, teilweise scheinbar widersprechen und die von allen Protagonisten, unabhängig von ihrer innerparteilichen Verortung, verfolgt werden. Dieser Ansatz sieht vor, »Gefühle gerade nicht zu hinterfragen, sondern diese zu verstärken oder zu instrumentalisieren« (Heidenreich 2019: 39).

Die in Kapitel 3 dokumentierten internen Spannungen und die zum Ende der Wahlperiode hin lauter werdende Kritik an der Fraktionsführung ist hier vor allem inhaltlich zu sehen. Der Vorwurf der AfD-Abgeordneten ist, dass es hinsichtlich des Themenmanagements keine rote Linie geben würde. Das Verhalten und das Agieren während der Bundestagssitzungen werden allerdings nicht kritisiert; hier zeigt sich das homogene Verständnis der AfD-Abgeordneten hinsichtlich ihrer Funktion und ihrer strategischen Ansätze im Parlament. Die nachfolgende Grafik führt die einzelnen Elemente dieser Ansätze auf, die im Folgenden inhaltlich ausgeführt werden. Im Anschluss daran werden diese Strategieelemente in der AfD-Fraktionsarbeit dargestellt.

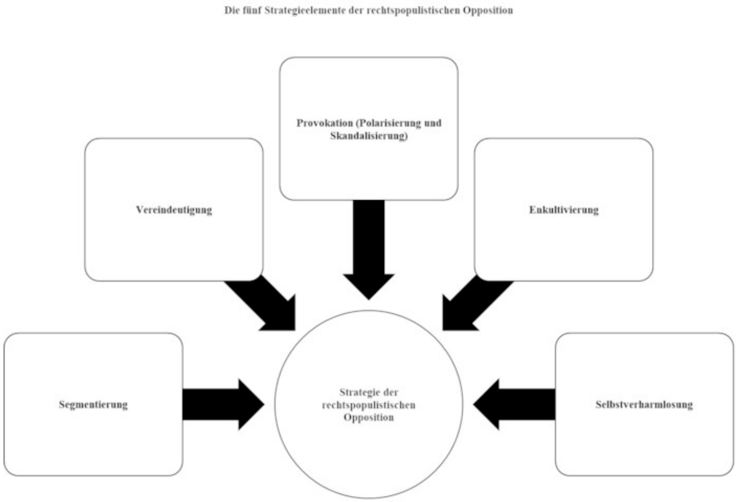


Abbildung 27: Die fünf Strategieelemente der rechtspopulistischen Opposition

Eigene Darstellung

6.3.1Provokation

Das Hauptaugenmerk der AfD-Fraktion liegt auf der Provokation im Parlament (Kleinert 2021: 41). Für Experte E4 zeigt sich das deutlich bei den Redebeiträgen. »[D]ann reden die [AfD-Abgeordneten, FR] eigentlich nicht zu den anderen Fraktionen, sondern die reden im Grunde zu ihren YouTube-Zuschauern« (IV E4). »Krawall, wirklich großer Krawall« (IV P3), so beschreibt Experte P3 seinen Eindruck in der Auseinandersetzung mit der AfD-Fraktion. Das Prinzip wurde an anderer Stelle schon eingehend beschrieben (Ruhose 2019: 11), es steht im Mittelpunkt der politischen Arbeit der AfD (2016: 10 f.). Der rechte Publizist Götz Kubitschek (2006: 22–24) hat dies in einer programmatischen Schrift festgehalten, die im Zusammenhang mit der AfD-Strategie beachtet werden muss.[95] Er fordert dazu auf, den gezielten Bruch mit Konventionen und Tabus zu wagen, »weil wir also einen Gegner haben, ist es an uns, die Krise als Chance zu nutzen, die Begriffe zuzuspitzen und den Gegner zu kennzeichnen. Provokation ist dafür das geeignete Mittel« (Kubitschek 2006: 23). Auch er stellt die Kränkung in den Mittelpunkt seiner Überlegung. Durch die Nichtberücksichtigung

aus seiner Sicht legitimer Einstellungen wäre das Land in einer schlechten Verfassung. Daher »ist praktisch jedes Mittel legitim, das zu Veränderungen führt. Provokation muß, wenn sie der Auftakt zu Umwälzungen sein will, als Baustein innerhalb einer Strategie ihren Platz haben. Sie ist oft das einzige Mittel der Schwachen: Wer über Machtmittel verfügt, drückt, was er möchte, einfach durch, erzählt, was er möchte, einfach auf allen Kanälen. Wer keine Macht hat, bereitet sich lange und gründlich vor, studiert die Reflexschemata des Medienzeitalters und erzwingt durch einen Coup öffentliche Wahrnehmung. Denn daran muß sich der Provokateur messen lassen: Was nicht in den Medien war, war nicht« (Kubitschek 2006: 23 f.). Wer provoziert, möchte eine Reaktion hervorrufen und hofft auf Resonanz. Wie bei der Partei steht auch bei der Fraktion »die aggressive Ablehnung der bisherigen Politik, insbesondere symbolisiert durch die Person und die Agenda Angela Merkels, im Mittelpunkt« (Ruhose 2019: 12).

Kubitscheks Ausführungen lesen sich wie die Vorarbeiten zu den bereits zitierten zwei größeren AfD-Strategiepapieren (AfD 2016 und AfD 2019). »Wahrgenommen wird das Unerwartete, wahrgenommen wird der gezielte Regelverstoß, wahrgenommen, zwingend wahrgenommen wird die bewußte oder unbewußte Verletzung der Tabus. “ (Kubitschek 2006: 24).

Die rechtspopulistische Opposition bringt zum einen die Themen auf die Bühne, die bislang aus welchen Gründen auch immer zu wenig berücksichtigt wurden. Zum anderen sorgt sie aber dafür, dass durch den Akt der politischen Provokation der Weg ihrer Themen nicht zurück in die politische Hoheit der ›Mainstream-Kräfte‹ führt. Dafür zieht die AfD-Fraktion bei parlamentarischen Initiativen regelmäßig Verbindungen zu ihrem Markenkern: die Zuwanderungs- und Asylpolitik. Wenn Abgeordnete Initiativen auf anderen Politikfeldern verfassen, werden diese mit Fragen der Einwanderung und Asylpolitik verbunden.[96] Deswegen ist die AfD-Fraktion auch entgegen der Einschätzung des Herausgebers der rechten Jungen Freiheit, Dieter Stein, mit diesem Ansatz politisch erfolgreich. Er hatte für die Wirkung dieser von Kubitschek vorgedachten Konzeption eine negative Wirkung auf die bürgerliche Ausrichtung der AfD im Gesamten festgestellt. »Das Konzept von Provokation und Regelverletzung wirkte letztlich destruktiv und scheitert an den politischen Realitäten" (Stein 2020a: 2).

Das »Prinzip des politisch inkorrekten Auftritts« (Ruhose 2019: 11) – also von »Provokation und Regelverletzung« (Stein 2020a: 2) – wird deshalb auch im Strategiepapier der AfD zum Bundestagswahlkampf 2017 als Ausgangspunkt bei politischen Initiativen genannt (AfD 2016: 10 f.) und kalkuliert damit die Antwort der Gegenseite mit ein (Ruhose 2019: 11). »Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren desto besser. Je mehr sie versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD. Niemand gibt der AfD mehr Glaubwürdigkeit als ihre politischen Gegner. Deren negative Reaktion muss daher ganz bewusst von der AfD einkalkuliert werden« (AfD 2016: 11; Hervorhebung im Original).

Dazu gehört auch, dass die AfD im Bundestag die politischen Institutionen der Bundesrepublik regelmäßig versucht, verächtlich zu machen, wie Experten P1 und P2 dies beschreiben. Sie versuche »das bestehende System in Frage […] [zu stellen, FR], die man nicht einfach so hinnehmen kann« (IV P2). Dies ist ein genereller Vorwurf, der gegen die AfD im Gesamten insbesondere im Umfeld um die Wahl des FDP-Abgeordneten Kemmerich zum Thüringischen Ministerpräsidenten zu Beginn des Jahres 2020 aufkam (Heitmeyer 2020: 136–139). Die AfD weiß aber auch, wie gefährlich eine Parlamentsstrategie für sie sein kann, die nur auf dieses Instrument setzen würde. Deswegen war die interne Entrüstung über die Vorkommnisse rund um die Debatte der Änderung des Infektionsschutzgesetzes im November 2020 echt, als Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten Alternativen Medien auf Einladung von drei AfD-Bundestagsabgeordneten Abgeordnete anderer Fraktionen und Mitglieder der Bundesregierung bedrängten (Breyton/Hock 2020: 4).[97] Experte E4 verweist darauf, dass die AfD hier durch die Provokation die interessierte Öffentlichkeit von ihren eigentlichen Botschaften stark abgelenkt hat. Wie entscheidend diese Funktion der Provokation für interne Unterstützungen ist, zeigt sich an den Klickzahlen zum Beispiel für die Rede von Gauland, in der er vor der »Coronadiktatur auf Widerruf« (PlPr. 19/186: 23358) warnt und so die Verbindung zur Querdenken-Bewegung zieht. Dennoch können in der Arbeit der Bundestagsfraktion auch andere strategische Überlegungen analysiert werden, die an der Seite dieser Provokation und mitunter im Widerspruch dazu stehen.

6.3.2 Vereindeutigung

Was sich hinter dem Strategieelement der ›Vereindeutigung‹ verbirgt, hat Bauer (2018) in seiner relevanten Studie zur »Vereindeutigung der Welt« umfassend für unsere Gesellschaft entwickelt. Er arbeitet detailliert heraus, dass in unserer Gesellschaft, die sich stetig ausdifferenziert, etwas von den Menschen gefordert wird, was er »Ambiguitätstoleranz« nennt. Ambiguität bezeichnet »alle Phänomene der Mehrdeutigkeit, der Unentscheidbarkeit und Vagheit« (Bauer 2018: 13). Menschen können jedoch mit dem Zustand der Ambiguität nur begrenzt gut leben. Sie streben »eher danach […], einen Zustand der Eindeutigkeit herzustellen« (Bauer 2018: 16). Die AfD-Fraktion bietet mit ihren klaren Unterscheidungen zwischen ›Wir‹ und ›Die‹ sowie ihren verkürzten politischen Botschaften genau diese ›Eindeutigkeit‹ an. Sie bedient damit die im gesellschaftlichen Erregungspotenzial weitverbreitete »Ambiguitätsintoleranz« (Bauer 2018: 29).[98]

Die AfD-Fraktion offeriert diesen Menschen eine Vereinfachung der Welt – mit ihren Botschaften formuliert sie regelmäßig Möglichkeiten, sich von »Vielfalt, Komplexität und Pluralität« (Bauer 2018: 30) zu verabschieden. Dabei kann mit Bauer (2018: 29) davon ausgegangen werden, dass diese Angebote für immer mehr Menschen attraktiver werden. Deshalb besteht hier ein unmittelbarer Anknüpfungspunkt für die strategische Arbeit in der AfD-Fraktion, um diese emotionalen Bedürfnisse ihrer Wählerschaft zu bedienen. Ziel ist es, »ein Weniger an Bedeutungen, an Ambiguität und an Vielfalt in allen Lebensbereichen« (Bauer 2018: 30) zu erreichen. Hier kommen die Interessenslagen der Medien, die Konsumbedürfnisse zahlreicher Menschen und die Auseinandersetzung der AfD-Fraktion mit politischen Inhalten zusammen. »Eine komplexe Kontextualisierung der Sachverhalte […] würde den Spaß nur verderben«, hält Bauer (2018: 91) fest. Mit der Übernahme dieses Konzepts gelingt es der AfD, Themen auszuklammern, die ihr wegen unterschiedlicher Ansichten der eigenen Wählerschaft gefährlich werden könnten (Leif 2017: 27 f.). »Es kommt […] vorrangig darauf an, […] etwaige Differenzen möglichst im Hintergrund zu lassen und das Gemeinsame der AfD-Wählerschaft zu betonen. Wo dies nicht einfach ist, müssen Querverbindungen

zwischen den Kernthemen und den möglicherweise spalterisch wirkenden Themen gezogen werden« (AfD 2016: 8; Hervorhebung im Original). Die AfD-Fraktion versucht, auch dafür in ihrer Arbeit »Eindeutigkeit nach außen durchzusetzen« (Bauer 2018: 91). Dabei präsentiert sie sich als aufklärende Kraft und deckt (angebliches oder tatsächliches) Fehlverhalten der etablierten Politik auf (Ruhose 2019: 12).

6.3.3 Entkultivierung

Die Mehrdeutigkeiten komplexer politischer Inhalte lassen sich »nie völlig beseitigen« (Bauer 2018: 91). Bauer folgert daraus, dass für ein vollständiges Verschwinden von Uneindeutigkeiten und von gesellschaftlicher Vielfalt ein Enthumanisierungsprozess notwendig sei. Während er darauf abzielt, dass Maschinen dabei helfen könnten, Entscheidungen zu treffen und er daher über die »Utopie des ambiguitätsfreien Maschinenmenschen« (Bauer 2018: 94) schreibt, geht es bei dem hier für die AfD so entscheidenden Prozess darum, gewisse ›Entkultivierungen‹ ihrer Wählerschaft und von Teilen der bürgerlichen Schichten zu unterstützen.

Im Zusammenhang mit den Begründungen für den Austritt der bisher fünf Abgeordneten aus der AfD-Fraktion wird immer wieder das Motiv wiederholt, dass großer Druck auf Personen ausgeübt wurde, die nicht der herrschenden politischen Meinung in der Fraktion folgen wollten. Es ist wahrscheinlich, dass dabei nicht nur der Widerspruch zwischen dem ›Flügel‹ und den sich als bürgerlich-konservativ bezeichnenden Kräften ausschlaggebend war, da dieser nicht treibend für die Konflikte innerhalb der Fraktion zu sein scheint, wie es Experte E1 im Interview dargestellt hat.[99] Vielmehr – so schätzt es Experte E3 ein – gibt es im Gesamten der Fraktion inhaltlich keine größeren Unterschiede zwischen »Flügelpositionen« und dem »AfD Mainstream« (IV E3). Dessen »Haltungen, Rhetoriken« sind »in weiten Teilen der AfD-Bundestagsfraktion verbreitet« (IV E4), wie Experte E4 ebenfalls feststellt. Hier zeigt sich, dass auch intern über den Beobachtungszeitraum hinweg ein Entkultivierungsprozess läuft.

Die AfD-Fraktion habe »sich wirklich bemüht […] es anders zu machen als in der Partei. Sie haben versucht, nicht so sehr danach zu gucken, wer Flügel ist und wer nicht, sondern zusammen zu arbeiten. Aber das hat eben auch nur eine Weile geklappt. In den

letzten Monaten oder vielleicht auch schon im letzten Jahr funktioniert das aber gar nicht mehr.« (IV E3).[100]

Auf der strategischen Ebene soll durch Initiativen in diesem Bereich erreicht werden, dass auch in der Mitte rohe Einstellungen durch das Zusammenwirken von politischen Eliten und dem »Milieu der rohen Bürgerlichkeit« (Heitmeyer 2018: 293) aktiviert werden und es so zu einer »Verschiebung von Normalitätsstandards« (Heitmeyer 2018: 293) kommen kann. Speit (2019: 26) weist auf die besondere Funktion dieser gesellschaftlichen Teile hin. Diese haben »›normalerweise‹ die Funktion, gesellschaftliche Konflikte auszutragen und einzugehen.«

Mit Gauland und Weidel, oder auch schon mit Lucke oder Petry, sind es Personen, die »ihren Einfluss in verschiedene Richtungen geltend machen [können]« (Heitmeyer 2018: 293). Sie werden »Akteure der Entkultivierung des Bürgertums« (Speit 2019: 93). Als Symbol dafür ist Gaulands Parlamentsaktivität heranzuziehen. Hier fungiert er als Antreiber, der durch eine hohe Zwischenrufdichte unmittelbar und aggressiv in den parlamentarischen Diskurs eingreift. Er setzt die Tonlage für seine Fraktion in den Parlamentsdebatten und führt seine Fraktion oftmals an den Rand dessen, was sich als »bürgerliches Verhalten« bezeichnen lässt (Brunner et al. 2018).

Mit der ›Entkultivierung‹ stellt die AfD-Fraktion bestehende Konventionen kontinuierlich infrage und ermöglicht es, über die Kritik an Denkverboten den Raum des Sagbaren zu erweitern. Dabei kann sie auf eine gesellschaftliche Entwicklung in bürgerlichen Kreisen aufbauen, die sich spätestens seit der Protestwelle gegen Stuttgart 21 beobachten lässt. Es ist eine Art Wutbürgertum entstanden, dessen Empörung in einer Vielzahl von Bereichen latent vorhanden und abrufbar ist (Frevert 2020: 413–417). Diese besondere Konstitution verschiedener bürgerlicher Schichten ermöglicht es der AfD-Fraktion, obwohl Wut an sich keine bürgerliche Kategorie sein sollte – Frevert (2020: 18) verweist darauf, dass dieses Gefühl nichts Bürgerliches auszeichnet –, hier eine Anschlussfähigkeit herzustellen.

Die AfD-Fraktion unternimmt mit einer Vielzahl von Initiativen Versuche, gesellschaftliche »Standards« bei »basale[n] Grundwerte[n]«, wie Heitmeyer (2019: 294) es nennt und als Beispiel die »Gleichwertigkeit der Menschen« aufführt, zu lockern

oder umzudeuten. Ein weiteres Beispiel dafür ist das Bild des ›Großen Austauschs‹, welches in den Reden der AfD-Bundestagsfraktion immer wieder eine zentrale Rolle einnimmt, wie beispielsweise beim Abgeordneten Curio: »Keine Beschränkung auf Mangelberufe – also egal, ob wir die Leute überhaupt brauchen, Hauptsache mehr fremdkulturelle Zuwanderung« (PlPr. 19/98: 11714).

In dieses Strategieelement fügt sich auch der Geschichtsbegriff der AfD-Fraktion ein, den ihr Fraktionsvorsitzender Gauland immer wieder formuliert. Dieser äußerte zum Beispiel, dass »er das Recht« habe, »stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen« (Gauland, zitiert nach Bender 2020b: 2; vgl. auch Fiedler 2019c: 275 f.).

Auch in ihrer Positionierung als politische Kraft gegen antisemitische Bestrebungen folgt sie einer Entkultivierung. Steinke weist darauf hin, dass sich die AfD zwar offensiv als an der Seite jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Israels stehend positioniert, diese öffentliche Positionierung wird allerdings eingesetzt, um unmittelbar »gegen andere marginalisierte Gruppen der Gesellschaft agitieren zu können, denen man eine illegitime, heimliche Macht über die Mehrheit unterstellt« (Steinke 2020:4).

In diese Reihe ist – in Kombination mit der Provokation – die Kommunikation der Fraktion in den sozialen Medien einzuordnen. Kunkel schreibt in seinem Buch über die Nutzung der Sprache, worum es im Bereich der Entkultivierung geht. »Der Kampf um die Sprache wird mit immer härteren Bandagen geführt. Wir haben uns erlaubt, […] die Outline einer ›gepfefferten Sprache […] vorzuschlagen« (2020: 322) .Dann nennt er auf neun Buchseiten Beispiele, die »nicht justiziabel« (Kunkel 2020: 322) seien. Man brauche eine solche »gepfefferte Sprache«[101] um »konkret aussprechen« zu können, »dass die allgemein propagierten Werte zu einer enormen Belastung der Gesellschaft geworden sind« (Kunkel 2020: 341).

So werden vorhandene Emotionen miteinander verkoppelt, was bei »Wut, Hass und Angst« (Frevert 2020: 25) gut gelingen kann. Damit baut sie auf vorhandene milieuübergreifende »Entwertungs- und Deklassierungsgefühle sowie Ressentiments« (Reckwitz 2020: 248) auf. Der auch als Wahlkampfstratege für die AfD tätige Autor Kunkel (2020: 341) ist dabei der Überzeugung, dass nur durch

eine so deutliche Thematisierung wieder »eine Annäherung zwischen den verfeindeten Lagern« erfolgen könne. Bei der Entkultivierung geht es somit darum, die eigene Wählerklientel anzusprechen und auch brüchige Verbindungslinien in Teile der potenziellen, konservativen Unterstützerkreise zu ziehen. Wenn die konservative Seite darauf positiv reagiert, indem sie aufgrund der Sorge vor Stimmverlusten versucht, ähnliche Debatten zu führen wie die rechtspopulistische Opposition, wirkt die Entkultivierung. Deininger/Ritzer (2020: 14) sprechen dabei mit Blick auf die CSU-Strategie bei der Landtagswahl 2018 von einer Erkundung »moralische[r] Grenzregionen«.

Es wurde bereits gezeigt, dass die AfD-Fraktion »zahlreiche Kommunikationskanäle jenseits der traditionellen Medien bedient« (Ruhose 2019: 15). Zudem hat sie durch ihren ›Newsroom‹ versucht, eigene Formate zu etablieren. Am Ende der Wahlperiode gilt aber die Einschätzung des Experten E1, dass sich ein Großteil der Kritik an Alice Weidel auch daraus speist, dass hier nicht die erhofften Erfolge eingetreten sind (s. auch Kapitel 3). Experte E1 spricht von einer »allgemeine[n] Unzufriedenheit eigentlich darüber, dass man […] keine richtige Strategie hat, irgendwie keine richtigen Kampagnen fahren kann« (IV E1).

Mit ihren ›Gegenmedien‹ kann sie unmittelbar mit ihren sie unterstützende Gruppen kommunizieren und die übliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Fraktionen rückt in den Hintergrund (Ruhose 2019: 15). Dieser unmittelbare Wirkkanal befeuert dabei aber auch die Radikalisierung ihrer Äußerungen. Das folgt daraus, dass die AfD-Fraktion »auf diese Weise nicht nur ihre Botschaften kommuniziert, sondern unmittelbar Rückmeldung aus der AfD-Community erhält« (Ruhose 2019: 15). Gleichzeitig reagieren die etablierten Medien darauf und stellen »die Themen der AfD und ihre Protagonisten sehr häufig in den Mittelpunkt der Berichterstattung« (Ruhose 2019: 15). Die AfD-Fraktion besitzt ein doppeltes Selbstverständnis hinsichtlich ihrer eigenen Positionierung. »Sie vertritt eindeutig national-chauvinistische Inhalte und ist gleichzeitig auf den Ruf der Vertreterin einer bürgerlich-konservativen, aber ungehörten ›Mitte‹ bedacht« (Finkbeiner 2020). Sie verbindet das vorhandene, »nicht zu unterschätzende […] gesellschaftliche […] Bedürfnis nach Konservativem« (Finkbeiner 2020) und lädt es mit Programmelementen der Neuen Rechten so auf, dass sie eine

breite Allianz von Wählern ansprechen kann. Sie profitiert von Leerstellen konservativer Programmatik. »Während die Suche nach ›dem Konservativen‹ läuft, kann jeder für sich beanspruchen, konservativ zu sein. Das erleichtert der AfD das Manöver der konservativen Selbstlegitimation. Die Partei kann das Konservative usurpieren – denn es weiß ohnehin gerade niemand so genau, was das eigentlich ist« (Finkbeiner 2020).

6.3.4 Selbstverharmlosung

Die Strategie der AfD-Fraktion im Bundestag kann auf den Nenner gebracht werden, Original zu sein und gleichzeitig Anschlussfähigkeit als ›bürgerliche Partei‹ herzustellen. Die »konservative Selbstlegitimierung« (Finkbeiner 2020) verfolgen von Weidel bis Höcke alle zentralen Akteure. Während Weidel die Nähe zu den rechten Vordenkern der »Höcke-AfD« (Funke 2020) sucht und beispielsweise beim IfS in Schnellroda über die Arbeit der AfD-Fraktion referiert (Weidel 2019b), inszeniert sich Björn Höcke in Thüringen als bürgerlicher Mehrheitsbeschaffer für CDU und FDP. Im Bundestag bietet sich die Fraktion immer als Mitgestalter einer ›bürgerlichen‹ Politik an, wenn sich CDU/CSU und FDP wieder zu einer ›bürgerlichen‹ Politik im Sinne der AfD öffnen würden.

Einer der Vordenker der AfD, Götz Kubitschek (2017: 28), fasst diese Taktik unter dem Begriff der »Verzahnung« zusammen. Ein Begriff, den er, wie er schreibt, aus dem Militärischen übernimmt. Hierbei geht es um taktische Manöver, die den Gegner verwirren und durch ›Verzahnung‹ mit den gegnerischen Truppen ein ›unklares Lagebild‹ erzeugen. In der Politik heißt dies zum Beispiel, Themen und Stichwortgeber der etablierten Kräfte für sich selbst einzunehmen. Deswegen war die Sarrazin-Debatte auch so wertvoll für die Rechten und sorgte mit für die »Gelegenheitsfenster« für die AfD (Decker 2015: 110). Die Scharnierfunktion gewisser Teile der politischen Elite erweist sich auch hier als nützlich. Ein Blick auf die Expertinnen und Experten, die die AfD-Fraktion in den Ausschüssen zu Anhörungen einlädt, bestätigt diese Funktion.[102]

Verzahnung gelingt aber nur, wenn es die Rechtspopulisten schaffen, auch hier die Emotionen der Menschen einzubeziehen. Kubitschek geht darauf ein, wenn er schreibt, dass der

Rechtspopulismus damit zu kämpfen habe, dass »noch in der Wahlkabine der kleine Kobold auf der Schulter des Wählers, der sein Kreuzchen bei der AfD setzen will«, sitzen würde (Kubitschek 2017: 28). Es gebe eine »emotionale Barriere«, die es verhindern würde, dass sich mehr Menschen vorurteilsfrei »mit den Themen, dem Personal, den Auftritten der Alternative für Deutschland« beschäftigen würden (Kubitschek 2017: 28).

Hier setzt die »Selbstverharmlosung« (Kubitschek 2017: 28) an, die neben der Polarisierung dann das entscheidendste Element der AfD-Strategie ist. Hafeneger/Schönfelder (2007: 13) sprechen auch von einer »Selbst-Normalisierungsstrategie«, die in einem solchen Fall zu beobachten ist. »Es ist der Versuch, die Vorwürfe des Gegners durch die Zurschaustellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren und zu betonen, daß nichts von dem, was man fordere, hinter die zivilgesellschaftlichen Standards zurückfalle« (Kubitschek 2017: 28)

Die Selbstbeschreibung als ›bürgerliche‹ Kraft, die die AfD-Fraktion seit 2019 intensiv und abgestimmt für sich in Anspruch nimmt, ist Ausdruck davon. Georg Pazderski hat dies für die Berliner AfD sehr transparent in einem Interview dargelegt: »Wenn ich in Berlin eine zu harte Sprache wähle, sind viele Berliner eher verstört als begeistert. Und wir wollen für unsere Politik ja werben, wir wollen erfolgreich sein. Und dafür müssen wir sie dem Wähler so erklären, dass er die Botschaft versteht und annimmt – da spielen Sprache, Begriffe und persönliches Auftreten eine wichtige Rolle. Wir wollen mehr Wähler überzeugen, nicht Wähler abschrecken« (Fiedler/Ringelstein 2018).

Hier ist ersichtlich, dass nach einer Phase der reinen Provokation, mit der die AfD den Weg in die Medien und ihre Festigung im Parteiensystem geschafft hat, eine Erweiterung der strategischen Optionen für die AfD erfolgen soll. Die AfD-Fraktion greift dabei auch gezielt von den anderen Fraktionen angeblich vernachlässigte Alltagsthemen der Menschen oder Sachthemen wie die Binnenschifffahrt auf.

Auch wenn sich die Fraktionen von CDU/CSU und FDP mit entsprechenden Beschlüssen oder Äußerungen gebunden haben, keine Zusammenarbeit mit der AfD einzugehen, hat die AfD mit dieser Strategie erste Erfolge erzielen können. Insbesondere unter den Ost-Bundestagsabgeordneten der CDU gibt es Diskussionen hinsichtlich des Umgangs mit der AfD. So führten unter anderem

die Äußerungen des damaligen Ost-Beauftragten der Bundesregierung, Christian Hirte (CDU), im Umfeld der Wahl von Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten zu dessen Demission von diesem Posten. Es müsse darum gehen, »das Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen«, schreiben darüber hinaus zum Beispiel zwei CDU-Landespolitiker aus Sachsen-Anhalt nach den Wahlen im Jahr 2019 (Thomas/Zimmer 2019: 8). Zur Selbstverharmlosung gehört auch, dass die AfD neben ihren klassischen Provokationsfeldern der Migrations- und EU-Politik ebenfalls andere Themen betont und Positionen einnimmt, die sowohl CDU, SPD, FDP als auch Die Linke einnehmen könnte.[103] Damit reagiert die AfD-Fraktion auf einen bisher als allgemeingültig angesehenen Mechanismus der deutschen Politik: Reine Polarisierung stieß immer dann an die Grenzen, sobald eine Abgrenzung nach rechts außen nicht mehr gegeben war. Die AfD-Fraktion hat daher einen Weg des ›Sowohl-als-auch‹ beschritten: »Es kommen bei dieser Auseinandersetzung auf unserer Seite drei ineinander verschränkte Methoden zur Anwendung: Die eine besteht darin, in Grenzbereichen des gerade noch Sagbaren und Machbaren provozierend vorzustoßen und sprachliche oder organisatorische Brückenköpfe zu bilden, zu halten, zu erweitern und auf Dauer zum eigenen Hinterland zu machen« (Kubitschek 2017: 27 f.).

Hier scheint Kubitschek Anleihen bei Taggart (2004) zu nehmen. Dieser hat über das *heartland* der Populisten geschrieben. Durch dieses Vorgehen sollen neue Begriffe in die Debatte eingeführt werden – eine erfolgreiche Methode bei Betrachtung der Begriffsarbeit der AfD-Fraktion (s. Kapitel 3 und 4). Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Co-Parteivorsitzende Tino Chrupalla formuliert unmittelbar eine Gesprächsbereitschaft der AfD, die gesellschaftliche Spaltung, an der diese nicht schuld sei, zu überwinden (Kamann/Naumann 2020a). Damit folgt die AfD-Fraktion einer bereits für den Wahlkampf 2017 formulierten Maxime der Rechtspopulisten: »Nicht die AfD darf das Gespräch verweigern, die Altparteien müssen es ablehnen« (AfD 2016: 10).

Ein wesentlicher Baustein der Selbstverharmlosung ist auch die Selbtsviktimisierung, mit der sich die AfD regelmäßig als Opfer des politischen Mainstreams inszeniert. Mittlerweile versucht sie, mit solchen Elementen ihre Mitverantwortung für die Zunahme rechter Gewalt und der Verrohung des politischen Diskurses zu

negieren (dpa 2020b).

6.3.5Segmentierung

Für den Erfolg dieser Doppelstrategie von Provokation und Selbstverharmlosung gibt es eine notwendige Bedingung, die die AfD mit ihrer Bundestagsarbeit ebenfalls verfolgt. Sie wirkt in die breite Bevölkerung über die klassischen Medien und deren Berichterstattung über die Empörung oder die durch die parlamentarischen Abläufe garantierte Wahrnehmung der Oppositionsführerin AfD. Gleichzeitig betreibt sie eine klassische Segmentierung ihrer Wählerschaft. Während die althergebrachten *Catch-all parties*« die breite Vertretung zahlreicher Bevölkerungsschichten als ihre Aufgabe ansehen, fokussiert sich die AfD. Wie die Kanzlerin, die eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2006 über die verschiedenen Milieus intensiv ausgewertet zu haben scheint (Detjen 2103), um dann ihre Strategie der ›asymmetrischen Demobilisierung‹ zu entwickeln, lässt sich der AfD mit Blick auf ihre Strategieansätze ein ähnliches Vorgehen unterstellen, auch wenn sie dies in den lancierten Wahlkampfstrategiepapieren anders formuliert und es daher medial anders rezipiert wird. Die AfD hat durchaus für die Zeit bis zur Bundestagswahl 2021 explizit eine milieuorientierte Politik formuliert (AfD 2019: 20; Ruhose 2020c: 21). Dadurch kann sie die Wählerschaft noch besser in ›Die‹ und ›Wir‹ segmentieren und für sich einnehmen; ein erfolgreicher Ansatzpunkt, den die AfD-Fraktion im Bundestag mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten verfolgt. Experte E4 drückt es so aus, dass sie sich »durch ihre Position zu einem großen Teil auch aus parlamentarischen Zusammenhängen zurückgezogen« habe (IV E4). Die AfD-Fraktion ist äußerst bemüht, eine Grenze zwischen sich und die anderen Fraktionen zu ziehen und sich als »vermeintlich einzige ›Stimme der Bürger‹« zu positionieren (Ruhose 2019: 14).

Hier kann Bezug genommen werden auf Studien zur Segmentierung unserer Gesellschaft (bspw. Faus et al. 2016). Während die anderen Parteien sich vor allem auf dem gesellschaftlichen Wandel aufgeschlossen gegenüber stehenden Segmente konzentrieren und es in diesem Feld einen Wettbewerb gibt, kann die AfD in ihrer Fraktionsarbeit passgenau Politikangebote für enttäuschte oder resignierte gesellschaftliche

Segmente formulieren. Somit verfolgt die AfD im Zeitalter der »Singularitäten« (Reckwitz 2017; vgl. auch Oberreuter 2019) eine Strategie der Segmentierung, die diesen gesellschaftlichen Wandel zwar im Sinne des Verlusts von Gemeinschaft kritisiert – gleichzeitig ist sie die versierte Profiteurin davon. Ein Ansatzpunkt, der sich auch in den politikwissenschaftlichen Analysen des Verhaltens neuer Parteien im Wettbewerb wiederfindet. Merkel/Petring führen dazu aus, dass »die neuen Parteien […] ein erhebliches Wahlinteresse daran [haben], dass sich ihre Klientelen separieren und separat mobilisiert werden können« (2012: 106). Durch ihre Medienstrategie kann sie gezielt die enttäuschten Bereiche der Gesellschaft ansprechen und für sich aktivieren. Lewandowsky (2020) sowie Loew/Faas (2019) weisen darauf hin, dass die Wählerschaft der AfD und diejenigen, die für sie erreichbar sind, überwiegend populistische Einstellungen vorweist. Diese sind in der Gesellschaft weiter verbreitet als sichtbar ist und können »aktiviert« (Hawkins et al. 2020) werden.

6.4Die AfD als rechtspopulistische Opposition

Die Beschreibung und Klassifizierung der AfD-Fraktion als rechtspopulistische Opposition folgt nun aus den Beobachtungen der Arbeit und den theoretischen Herleitungen der politischen Strategie. Im Folgenden sollen aus den in den Kapiteln 3 und 4 gewonnenen Erkenntnissen und den aus dieser »dichten Beschreibung« (Geertz 1987: 39) entwickelten theoretischen Ableitungen in diesem Kapitel die inhaltliche Funktion, Strategie und Arbeitsweise der rechtspopulistischen Opposition zusammengefasst werden.

6.4.1Das Selbstbild der ›bürgerlichen‹ Fraktion, die das Grundgesetz schützt

Die AfD-Bundestagsfraktion betont vehement ihren ›bürgerlichen‹ Charakter und versucht, sich als einzige konservative Alternative zum ›sozialistischen‹ Politikstil der etablierten Parteien zu positionieren. Stephan Brandner reklamiert für die AfD, dass sie »die einzige bürgerliche Partei in diesem Bundestag ist. Alles

andere was hier sitzt […] ist Sozialismus und Gleichmacherei im weitesten Sinne« (PlPr. 19/77: 8942). An diesem Beispiel zeigt sich die Verbindung zwischen der Selbstverharmlosungs- und der Entkultivierungsstrategie. Während andere diffamiert werden, bezeichnet man sich selbst als konservativ.

Dieses Spektrum anzusprechen und sanfte Bande mit zukünftigen Koalitionspartnern zu knüpfen, ist insbesondere seit dem Jahr 2019 Ziel unzähliger Beiträge der AfD-Bundestagsfraktion. Durch die Selbstbeschreibung als ›bürgerliche‹ Fraktion sieht die AfD in CDU/CSU und FDP ihre ›natürlichen‹ Ansprechpartner. Uwe Witt formuliert für seine Fraktion das Angebot einer Zusammenarbeit und denkt über in der Zukunft anstehende Wahlen nach: »Vielleicht denken die Wähler bei den nächsten Wahlen mal über konservativ-liberale Allianzen zwischen CDU, FDP und AfD nach, die für Deutschland wahrlich die bessere Alternative wären« (PlPr. 19/81: 9542).

Damit die bürgerliche Politik ihr Recht bekommt, stellt die AfD-Fraktion in regelmäßigen Abständen Eilanträge vor dem BVerfG. Durch dieses Vorgehen signalisiert sie ihre rechtsstaatliche Tadellosigkeit im Hinblick auf die drohende Beobachtung durch den Verfassungsschutz (Ruhose 2020c: 25). Tino Chrupalla formuliert die Botschaft entsprechend: »Die etablierten Parteien mögen mit der Moral spielen, wir haben das Recht auf unserer Seite« (Chrupalla, zitiert nach Drebes/Rasche 2020: 2). Die Partei und mit ihr die Fraktion schützt dabei nach Selbstauskunft »AfD-Wähler und Parteimitglieder […] vor Diffamierungen«, wie es Tino Chrupalla angesichts einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts formulierte (zitiert nach RND 2020).

Hierunter fällt auch die Strategie der ›Grundgesetz-Fraktion‹, durch die sie sich »als (einzige wirkliche) »Hüterin« des Grundgesetzes« (Ruhose 2020c: 24) präsentiert. Das Grundgesetz – so formuliert sie es in ihrer Kampagne - dürfe »nie zu einer Risiko-Gruppe« gehören (zitiert nach Ruhose 2020c: 24). »Nur die AfD, so die Folgerung, kann die Errungenschaften unserer Demokratie verteidigen und gleichzeitig deren Krisentendenzen entschieden und schonungslos benennen« (Ruhose 2020c: 24). Eine parlamentarische Initiative ist daher der Einsetzungsantrag für einen Untersuchungsausschuss über die Maßnahmen zur Verlangsamung und Eindämmung der Corona-Pandemie (BT-Drs. 19/22832). Ergänzt wird dies durch die Warnung vor dem

Überwachungsstaat bei der Ablehnung des NetzDG (BT-Drs. 19/81) oder der Corona-App (BT-Drs. 19/18976). Die Fraktion formuliert dabei, dass »[u]nter keinen Umständen [...] Grund- und Freiheitsrechte an die Nutzung einer App gekoppelt werden [dürfen]«, und eine »explizite oder implizite Impfpflicht« lehnt die AfD ebenfalls ab (AfD-Fraktion 2020c).[104]

Auch in der Diskussion über die Rettung des Bargelds positioniert sich die AfD-Fraktion als Interessenvertreterin der Grundrechte, denn Bargeld sei »gedruckte Freiheit« (BT-Drs. 19/26904: 1). Deswegen fordert sie verschiedene Initiativen, die »über Möglichkeiten und Gefahren neuer und traditioneller Bezahlvarianten« aufklären sollen und in den Schulen im Unterricht vermittelt werden, um »somit die Wissenslücken bei jungen Menschen« zu schließen (BT-Drs. 19/26904: 2). Im Grundgesetz will sie den Schutz des Bargelds verankert sehen (BT-Drs. 19/14761).

Unter das Selbstbildnis als bürgerliche Fraktion fallen auch die erinnerungspolitischen Initiativen der AfD-Fraktion, die sich gegen das herrschende Narrativ wendet, dass »die ganze deutsche Geschichte geradlinig auf Hitler und Auschwitz zulaufen lässt«, wie Assmann (2020: 220) unter Bezug auf Gaulands Buch über die Geschichte der Deutschen festhält. Die AfD-Fraktion rückt aufgrund dieses anderen historischen Verständnisses mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten (Assmann 2020: 219–225) immer wieder den Fokus dahin, dass es in Deutschland einen ›Deutschenhass‹ geben würde und befeuert das Narrativ von Sarrazin, »dass sich Deutschland in Zeiten der Globalisierung abschafft und sich die Nation in einem hedonistischen Individualismus auflöst« (Assmann 2020: 224). Hier verbindet sie bürgerlich-konservative Debatten mit der Agenda der ›Neuen Rechten‹.

6.4.2Einzige Gegnerin der Migrationspolitik der ›links-grünen Mehrheit‹

Noch immer liegt der Schwerpunkt der AfD auf ihrem Versprechen, die hiesige Bevölkerung vor den finanziellen und kulturellen Folgen der Migrationspolitik zu schützen. In diesem Sinne agiert sie im Parlament auch gegen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Die wahre Ursache für die

zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft sieht die AfD in der Migrationspolitik der Bundesregierung. Mit eigenen Anträgen zur Bekämpfung von Clankriminalität oder für ein Verbot der Hisbollah versucht die AfD-Fraktion die permanente Verknüpfung der Themen Einwanderung und Sicherheit, die sie noch immer als Schwerpunkt in ihren Social-Media-Kampagnen setzt. Darüber hinaus nutzt sie parlamentarische Debatten wie über den UN-Migrationspakt und ihre erfolgreiche Kampagne dazu für eine zunehmende Polarisierung zwischen ihr und dem übrigen Parlament. »Die AfD-Fraktion hat zusammen mit Fachleuten, ausländischen Politikern und deutschen Ministerien die möglichen Auswirkungen dieses Paktes analysiert. Sie ist mit diesem Wissen an die Öffentlichkeit getreten und hat damit eine öffentliche Debatte angestoßen, der sich die Altparteien nicht mehr verweigern konnten« (Gauland 2019b). Die AfD-Fraktion griff unmittelbar auf, dass die damals neu gewählte CDU-Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer ein sogenanntes Werkstattgespräch zur Migrationspolitik durchgeführt hatte, auf dem durchaus AfD-nahe Politikansätze diskutiert wurden. In einer Aktuellen Stunde, die die AfD zu diesem Gespräch beantragte, formulierte die Abgeordnete Beatrix von Storch ein sehr direktes Koalitionsangebot. »Die asylpolitische Wende und damit die Lösung der Schicksalsfrage für unsere Nation, für unsere Kultur und für ganz Europa gibt es nur mit Mehrheiten rechts von der Mitte […]. Und eine Mehrheit rechts von der Mitte, die gibt es in Deutschland nur mit der AfD« (PlPr. 19/80: 9353).

Unmittelbar vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war die AfD-Fraktion vor allem darum bemüht, ihren Markenkern angesichts der Situation an der türkisch-griechischen Grenze wieder ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu stellen. Dazu hatte sie Anfang März 2020 den Antrag »Grenzen sichern« (BT-Drs. 19/17780) eingebracht, in dem sie unter anderem davon spricht, man müsse die EU-Außengrenze »gegen den Ansturm illegaler zum Teil gewalttätiger und potenziell gefährlicher Migrantengruppen sichern« (BT-Drs. 19/17780: 2).

Die AfD-Fraktion sieht »Kämpfer islamistischer Terrororganisationen« an den EU-Grenzen, die eine Gefahr aufgrund drohender »terroristischer Anschläge, anderer Gewalttaten und sonstiger Straftaten in unserem Land« (BT-Drs. 19/17780: 2) darstellen würden. Gottfried Curio nutzte seine

Rede, um entsprechend der bekannten Provokationsmuster die AfD-Position deutlich festzuhalten und kampagnentauglich aufzuladen:

> »Jetzt sammeln sie sich aus Idlib, dem letzten Widerstandsnest der islamistischen Aggression, und es sammeln sich Migranten, die schon lange in der Türkei leben und sich dort versorgen. Alle wollen sich absetzen ins gelobte Land, ins Sozialparadies Europa, ins Schlaraffenland Deutschland […] Die Fluchtursache heißt Deutschland: opulentes Sozialsystem bei laxen Asylbedingungen« (PlPr. 19/152: 18940).

In ihrer programmatischen Rede zur Fraktionsarbeit vor dem IfS führt die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel aus, dass die AfD-Fraktion mit der migrationspolitischen Positionierung die einzige »echte« Opposition im Bundestag ist. Ihre Fraktion sei damit für die Wiederherstellung der »demokratischen […] Normalität« (Weidel 2019b) zuständig. Beatrix von Storch formuliert, dass »Deutschland und Sachsen […] einen Politikwechsel (brauchen) […]. Wenn die AfD in Sachsen an die Regierung kommt, werden wir den linksextremen Sumpf trockenlegen. Das machen wir in den ersten 100 Tagen« (PlPr. 19/173: 21696).

Damit Deutschland wieder sicher werde, fordert die AfD regelmäßig die Stärkung der Sicherheitsarchitektur Deutschlands von der Polizei bis zur Bundeswehr. Sie formuliert auch regelmäßig die Nähe ihrer Politik zu diesen Institutionen und positioniert sich als Fraktion an der Seite der Beschäftigten und als »die neue Heimat für Law & Order« (Hock/Naumann 2019: 49) oder als »Soldatenpartei« (Fiedler 2019c: 273). Akteure wie Martin Hess stehen dafür. Gleichzeitig ist für die AfD-Fraktion klar, während nur die Alternative als »einzige Partei« (Hess, zitiert nach Ismar 2020) an der Seite der Polizei steht, sind »[d]ie Grünen und Linke […] die politischen Feinde unserer Polizei« (PlPr. 19/90: 10773), wie Martin Hess im Bundestag zur Debatte des Vorschlags der Fraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN zur Schaffung eines unabhängigen Polizeibeauftragten festhält. Dann werden Mängel bei der Ausrüstung von Polizei und Bundeswehr, die Aufarbeitung des Untersuchungsausschusses zu den Vergabeskandalen im Verteidigungsministerium (AfD-Fraktion 2020a) und die ausufernde Bürokratie thematisiert.

Ein Problem bekam die AfD-Fraktion allerdings beim Umgang mit den Polizisten, die bei der ›Freiheits-Demonstration‹ gegen die Corona-Politik im August 2020 in Berlin den Reichstag vor der Gruppe Demonstranten geschützt haben. Diese wurden zur nächsten Sitzung nach der Demonstration in den Bundestag eingeladen und verfolgten die Debatte über die Schlussfolgerungen aus den Vorkommnissen rund um den Bundestag. Normalerweise präsentiert sich die AfD-Fraktion als Sicherheitsfraktion (Fiedler 2019c; Hock/Naumann 2019). Doch in dieser Sitzung war es anders. Nach einem Dank von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble an die geladenen Beamten erhoben sich die Fraktionen des Bundestags. Die AfD-Fraktion blieb sitzen (PlPr. 19/172: 21514). Hess rechtfertigte die Handlung seiner Fraktion im Nachgang mit dem Hinweis auf den vermeintlichen Showcharakter der Veranstaltung. Das Protokoll vermerkt ebenfalls, dass die AfD-Fraktion Beifall klatscht (PlPr. 19/172: 21514). Der AfD-Abgeordnete verband dieses Verhalten mit der Kritik der AfD an der Corona-Politik im Gesamten. Hier wäre das einzige Ziel »Gegner der überzogenen Corona-Maßnahmen mit Extremisten in einen Topf zu werden und von der fatalen Polizeipolitik der Bundesregierung abzulenken« (Hess, zitiert nach Ismar 2020). Die AfD-Fraktion distanzierte sich von der »respektlosen Symbolpolitik der Regierungsparteien« (Hess, zitiert nach Ismar 2020). Bei der Polizei stieß das Verhalten der AfD-Fraktion allerdings auf wenig Verständnis. Dabei gibt es bei den Sicherheitsbehörden eigentlich einen starken Rückhalt für die AfD.

6.4.3Die AfD als breit aufgestellte ›einzig echte‹ Oppositionsfraktion

Durch ihre inhaltlichen Anträge signalisiert die AfD-Fraktion, dass sie mittlerweile wesentlich mehr Themen bearbeitet als nur ihre Markenkern-Bereiche. Alice Weidel stellt in ihren Ausführungen über die eigene Fraktionsarbeit die Funktion der breit aufgestellten Anträge in den Mittelpunkt ihrer Ausführung. Diese dienten dazu, die Fehler der Politik aller etablierten Parteien (Weidel 2019b) aufzuzeigen. Gleichzeitig entwickle die AfD-Fraktion in allen Politikbereichen mittlerweile Positionen, weshalb sie den Vorwurf an die AfD von sich weist, diese sei eine Ein-

Themen-Partei. Alexander Gauland macht dies in einem Interview zum Jahresausklang 2018 deutlich. Hier formulierte er die ›Richtschnur‹ der Oppositionsarbeit und umreißt die Themenkomplexe, mit denen sich die Fraktion befassen will. »Wir kümmern uns um Fragen, die für die Bürger relevant sind: Wie geht es mit der inneren Sicherheit weiter? Was ist mit der Asylpolitik und Migration? Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz? Wie wollen wir dem Islamismus und seinem weltweiten Terror Herr werden? Wie geht es mit der EU weiter? Wie soll unser Verhältnis zu Russland, zu China künftig aussehen? Was ist mit dem Betrug an den Bürgern durch den sogenannten menschengemachten Klimawandel und seinen horrenden Kosten? Wie geht es mit der Rente weiter und wie bekämpfen wir die Altersarmut? Und nicht zuletzt: Was ist unsere, eine deutsche Identität?« (Gauland 2018b). Die Auswertung der inhaltlichen Schwerpunkte der Initiativen zeigt diese Richtschnur ebenfalls deutlich.

In einer Reihe von Broschüren – den sogenannten ›Leitlinien‹ – durften die Arbeitskreise ihre politischen Leitplanken zusammenfassen. Durch diese umfassenden Papiere sollte die Eigeneinschätzung als breit aufgestellte Papiere schnell sichtbar sein, auch für diejenigen, die sich nicht durch die umfassenden Anträge der AfD-Fraktion arbeiten möchten. Zum anderen zeigt sich in der Entwicklung ihrer Anträge, dass die AfD-Fraktion im Zeitverlauf eine Professionalisierung durchlaufen hat. Auch wenn weiterhin Kritik von Expertinnen und Experten in Ausschussanhörungen aufgrund mangelnder Sachkenntnis erfolgt, müssen sich die Abgeordneten der anderen Fraktionen mit den inhaltlichen Positionen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag befassen, wie zum Beispiel die Anträge im Bereich der Schifffahrt (bspw. BT-Drs. 19/7431 und BT-Drs. 19/27870) und die dazugehörigen Debatten im Ausschuss zeigen, auf die Experte P2 verweist (IV P2). Experte P3 stellt fest, dass sie dafür Anträge stellen, »die Resonanz auch über das klassische AfD-Milieu hinaus haben« (IV P3).

Eine Beobachtung zieht sich jedoch durch zahlreiche Debatten zu AfD-Anträgen: Oftmals ist der Antrag lediglich das Vehikel, bestimmte Provokationen oder rechtspopulistische Motive durch die in den Redebeiträgen verfolgten Argumentationen zu ermöglichen. Dann wird ein durchaus tiefgründiger inhaltlicher

Antrag auf der parlamentarischen Bühne dennoch zur Provokation genutzt. Alice Weidel (2019b) scheint dieses Vorgehen als problematisch erkannt zu haben. Sie führt in der Rede vor dem IfS aus, dass ihre Fraktion die Provokationen eigentlich zurückfahren möchte, um den etablierten Kräften keinen Anlass zu geben, sich nicht mit ihren Initiativen auseinandersetzen zu müssen.

6.4.4 Die AfD-Fraktion als Vertreterin eines Europas des Nationalen

Nachdem die AfD-Fraktion im Zuge der Diskussion über den Brexit von ihrem harten Dexit-Kurs abgewichen ist, forderte sie jedoch konsequent ein Zurück zu einem Europa als »Zusammenarbeit souveräner Nationen« (BT-Drs. 19/2534: 1). Die EU-Mittel müssten massiv gekürzt und stattdessen in Deutschland für Steuersenkungen und zur Entlastung von Geringverdienern eingesetzt werden. Ihr alter Markenkern, der die AfD erst möglich gemacht hat, wird weiterhin mit unzähligen politischen Initiativen in der politischen Debatte hochgehalten, wie die Beobachtungen in Kapitel 4 zeigen.

Zwei Ereignisse führten in der 19. Wahlperiode zu einer neuen Betonung dieses ›alten‹ Markenkerns der AfD: Zum einen kam es während der Corona-Krise zu einer Diskussion über die Rückkehr des Nationalstaats (Krastev 2020a und 2020b). »Das Coronavirus bringt einmal mehr den Nimbus der Grenzen zum Vorschein und wird dazu beitragen, die Rolle der Nationen innerhalb der Europäischen Union zu stärken. Das lässt sich jetzt schon an der Schließung der Grenzen zwischen den Ländern beobachten – und daran, dass sich jetzt jede Regierung in Europa auf ihre eigenen Bürger konzentriert« (Krastev 2020a).

Eine Argumentation, die Alexander Gauland und Alice Weidel in ihren Reden im Bundestag zur Corona-Krise ebenfalls immer wiederholten. Grenzschließungen seien jetzt schnell möglich gewesen, anders als in der Zeit der Flüchtlingsbewegungen. Auch in ihrem Wandel, was die Lockerungen der Auflagen anging, hielt die AfD-Fraktion an der Grenzschließung fest und kritisierte die Bundesregierung dafür, die Grenzen wieder zu öffnen. Ein ideologisch motivierter Bruch in der Argumentationsweise, den die AfD-Fraktion zur Stärkung des nationalen Gedankens und der Wiedererlangung von ›Souveränität‹ in Kauf nimmt. Gauland

(2019b) fordert in deutlichen Worten: »Wir müssen endlich Europa zur Festung ausbauen.«

Zum anderen entschied das Bundesverfassungsgericht in einem kontrovers diskutierten Urteil über die Rettungspolitik der EZB. Hier führte die Diskussion weg von den eigentlichen Fragen hinsichtlich der Geldpolitik der EZB, die die AfD auch im Bundestag diskutieren ließ. Die Debatte führte weit darüber hinaus zu der Frage, welches Gericht in Europa eigentlich so weitreichende Entscheidungen treffen dürfe (Thiele 2020 und Winkler 2020: 229 f.). In Deutschland stärkte dies die Argumentation der AfD, dass Deutschland seine Souveränität schon verloren habe und lediglich zu einem ›Zahlmeister‹ nach der Corona-Krise werde. Peter Boehringer brachte aus diesen Gründen auch in der Debatte um den Nachtragshaushalt im Juni 2020 die ablehnende Haltung seiner Fraktion zum Ausdruck (Ruhose 2020b).

Dem setzte die AfD-Fraktion von Beginn der Wahlperiode an ein Bild eines ›Europas der Vaterländer‹ entgegen. So überschrieb die Partei ihr Europawahlprogramm. Dabei wurden – ähnlich wie bei der ›Umvolkung‹ – Anknüpfungspunkte an neurechte Diskurse möglich. Tino Chrupalla fasst in der kontroversen Debatte um 30 Jahre Deutsche Einheit diese Position der AfD für seine Fraktion zusammen:

> »In meinem Traum existiert wieder ein geeintes deutsches Volk im Herzen Europas, das zu seinen guten Traditionen und Werten steht, ein deutsches Volk, dem der Frieden in der Welt und in Europa am Herzen liegt und das sich dabei trotzdem nicht selbst verleugnet, ein Land, das gelernt hat, dass es ruhig, aber bestimmt Nein sagen darf und sich nicht ausbeuten und zerstören lassen muss, ein Land mit gesunden Grenzen, in denen man sich auch als Deutscher geborgen und wertgeschätzt fühlt, mit Grenzen, die uns schützen, anstatt uns zu entzweien« (BT-Drs. 19/125: 15566).

6.4.5 Anwältin der ostdeutschen Interessen

Die AfD-Fraktion inszeniert sich 2019 in beinahe allen Debattenbeiträgen als einzig verbliebene Interessenvertreterin Ostdeutschlands. Sie fordert – in Einvernehmen mit der

Linksfraktion – einen Untersuchungsausschuss ›Treuhand‹, warnt vor Arbeitsplatzverlusten in der Lausitz durch den Kohleausstieg und unterstellt der Regierung, mit ihren Äußerungen zu Chemnitz das Ansehen des gesamten Ostens beschädigt zu haben. Auch in Bezug auf die Rente inszeniert sich die AfD immer wieder als Vertreterin ostdeutscher Interessen. Dreißig Jahre nach dem Mauerfall sei die AfD die einzige Fraktion, die im Bundestag die Sorgen und Nöte der Menschen aufgreife, während die anderen Parteien weltfremde Einwanderungs-, Klima- und Genderpolitik auf Kosten der Steuerzahler betrieben. Dieses Narrativ deckt sich auch mit den Eindrücken aus den Wahlkämpfen in Ostdeutschland (Fiedler/Funk 2019). Diese wurden einheitlich als ›Wende 2.0‹-Wahlkämpfe angelegt und mit Slogans wie *›Vollende die Wende‹, ›Schreib Geschichte!‹, ›Damals wie heute: Freiheit statt Sozialismus‹* geführt. Seit 2019 verknüpft die Bundestagsfraktion ihre Initiativen mit den Aktivitäten der Ost-Landesverbände und der Bundespartei. Ziel ist es, zu »suggerieren, die Wende 89 sei nicht geglückt, es brauche wieder eine Revolution – und die Verhältnisse in Deutschland seien heute vergleichbar mit denen in der DDR« (Fiedler/Funk 2019).

Dabei kann sie auf Erwartungshaltungen in der ostdeutschen Bevölkerung aufbauen, die »große Hoffnungen in die AfD [setzen]« (Frevert 2020: 195), da sie mit ihren Debattenbeiträgen im Parlament und ihren Anträgen wie zur 30jährigen Einheitsfeier im Jahr 2020 die Anliegen der Ostdeutschen unmittelbar adressiert und für sich in Anspruch nimmt, die bei der Einheit »gehegten Hoffnungen erfüllen zu können« (Frevert 2020: 195).

6.4.6 Bollwerk gegen das ›Meinungsdiktat‹ und ›Genderdogma‹

Die Redner der AfD-Bundestagsfraktion warfen den anderen Parteien immer wieder vor, sie würden alle, die sich kritisch gegenüber der *›links-grünen Mainstream-Politik‹* oder Einwanderung positionieren, unmittelbar als rechtsradikal bewerten. Seit Beginn der Wahlperiode sieht sich die Fraktion daher als Systemopposition, die sich mit den anderen Fraktionen nicht einmal darauf einigen konnte, die bestehende Geschäftsordnung des Bundestags zu Beginn der Konstituierung des Parlaments weiter gelten zu lassen. Den entsprechenden

Antrag der CDU/CSU-Fraktion (BT-Drs. 19/1) lehnte die AfD-Fraktion geschlossen ab.

Die AfD-Fraktion unterstellt den Mitgliedern der anderen Fraktionen, durch ihre dauernden Aussagen zur angeblichen Mitschuld der AfD an der zunehmenden rechten Gewalt in Deutschland die AfD und ihre Anhänger gezielt zu diskreditieren (dpa 2020b). Die AfD zeichnete in ihren Debattenbeiträgen mit zunehmender Dauer der Wahlperiode das Bild eines Landes, in dem unter dem ›Mantel des Kampfes gegen rechts‹ immer mehr Freiheiten eingeschränkt werden. Insbesondere im Internet beabsichtige die Regierung, unbequeme Wahrheiten zu zensieren. Kritische Stimmen würden moralisch diskreditiert und als »zu den Bösen« gehörend »ausgegrenzt«, wie es Roland Hartwig in eine Rede im März 2020 im Bundestag anlässlich des Attentats in Chemnitz formuliert. »Wenn Sie all den Menschen, die Ihre Meinung nicht teilen, ständig den Mund verbieten, wenn Sie diese Leute stigmatisieren und gesellschaftlich isolieren, dann schaffen Sie selbst die Räume der Radikalisierung« (PlPr. 19/149: 18553).

Als systemkritische Opposition halte die AfD den anderen politischen Kräften »den Spiegel vor«, wie es ihr PGF Roland Hartwig formuliert (PlPr. 19/149: 18533). Denn diese hätten »die Axt an die Meinungsfreiheit und damit an die Lebensader der Demokratie gesetzt« (PlPr. 19/149: 18553). Die AfD trete ein gegen eine zunehmende Moralisierung des Diskurses – ein immer wieder prominent in den Beiträgen der Fraktionsvorsitzenden auftauchendes Motiv in den Generaldebatten zum Haushalt. Alice Weidel warnte in ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts 2021 zum Beispiel vor der »hypermoralischen Selbstgerechtigkeit«, mit der die Regierung die Fehler von 2015 in der Flüchtlingspolitik wiederholen würde (PlPr. 19/179: 22520).

Die AfD setzt diese Linie fort und kritisiert die Zustimmung der Bundesregierung zur europäischen Urheberrechtsnovelle (und damit zu potenziellen Upload-Filtern) und fordert mit einem umfassenden Katalog (u. a. Abschaffung des NetzDG, Reform der EU-Datenschutzgrundverordnung) den Erhalt des freien Internets. Im Kampf gegen die Corona-App findet diese Haltung eine inhaltliche Erneuerung und wird im Rahmen der sich als Grundrechte schützende Fraktion profilierende Kraft kommuniziert. Zur Sicherung der Meinungsfreiheit in Deutschland dient ihr auch das »Gesetz zur Sicherstellung der Meinungsfreiheit

in sozialen Medien« (BT-Drs. 19/27772).

Die AfD sieht sich auf dem Feld der gesellschaftlichen Entwicklung als einzige Kraft, die sich gegen vermeintlich falsche Modernisierung richtet. Die Fraktion bedient dies umfänglich mit ihrer Initiative zur »Ablehnung des Gender Mainstreamings, der Abtreibung, der ›Ehe für alle‹ und [mit] dem Kampf gegen die angebliche ›Islamisierung‹«, wie Liane Bednarz (2018: 218) die Agenda der AfD in diesem Feld zusammenfasst. Sie fungiert in diesem Bereich als Artikulation einer breiten Ablehnung in allen Bereichen der gesellschaftlichen Debatten. Marc Jongen, der Experte der Fraktion auf diesem Feld, fasst dies prägnant in der Debatte über den zentralen Antrag der AfD-Fraktion zur Ablehnung der gesamten Gender-Themen – er spricht vom »Genderdogma« (PlPr. 19/177: 22335) – zusammen. Die AfD-Fraktion begreift sich als einzige verbleibende Gegnerin »jahrzehntelanger Lobbyarbeit des Radikalfeminismus und der Genderideologen« (PlPr. 19/177: 22334). Die »etwa 150 Genderlehrstühle […] , die die Gleichstellungspolitik ideologisch begleiten und pseudowissenschaftlich legitimieren« (PlPr. 19/177: 22334), werden regelmäßig von der AfD herangezogen, versucht, ins Lächerliche zu ziehen oder dienen als Einsparpotenziale. Sie sind für die AfD Sinnbild einer falschen Schwerpunktsetzung und werden daher in Gegensatz zu fehlenden Forschungsbereichen in den Naturwissenschaften gesetzt.

Dabei zeichnet sich die AfD-Fraktion auch durch Frauenfeindlichkeit aus. Neben der eigenen politischen Einstellung – auf die Experte P5 hinweist – ist dies ein »Grundphänomen« (IV P5), das einen größeren Raum im Auftritt und in den strategischen Anlagen einnimmt. Es kann hier eingeordnet werden, da die Repräsentation »Politischer Männlichkeit« (Kaiser 2020) über die Themen Gender, LGBTTIQ-Rechte und Geschlechterrollen funktioniert. So erhält »der Antifeminismus und zum Teil Sexismus« (IV P5) politisch durch die AfD-Fraktion eine Bühne im Parlament. Ein zentrales Beispiel ist der Beginn der Rede von Martin Renner in den Haushaltsberatungen Ende 2019 (PlPr. 19/130: 16300 f.).

> »Martin Erwin Renner (AfD): Grüß Gott, Frau Präsident!
> Vizepräsidentin Claudia Roth: -in!
> Martin Erwin Renner (AfD): Präsident!
> (Nadine Schön [CDU/CSU]: Unglaublich! Kein Anstand! –

> Jan Korte [DIE LINKE]: »Präsident« ist nicht in Ordnung! Das ist nicht normal!)
> Vizepräsidentin Claudia Roth: Präsidentin!
> Martin Erwin Renner (AfD):
> Sehr verehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Liebe Zuschauer! […] “

Diese Methode wiederholte der Abgeordnete Braun im März 2021 und erhielt für die provokante Nutzung des generischen Maskulinums einen Ordnungsruf.

> Jürgen Braun (AfD): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
> Vizepräsidentin Claudia Roth: Frau Präsidentin! Auch für Sie gilt das.
> Jürgen Braun (AfD): Das generische Maskulinum – das gilt –
> (Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind einfach ein oller Flegel und sonst nichts!)
> ist die deutsche richtige Anrede, die ist bis heute gültig.
> Vizepräsidentin Claudia Roth: So, dann bekommen Sie einen Ordnungsruf von mir; denn es gibt einen Beschluss, dass Sie die Präsidentinnen als Präsidentin bezeichnen.
> (PlPr. 19/217: 27374).

Die AfD zielt dabei immer auch ganz bewusst auf die Person von Claudia Roth, die Jürgen Braun auch in seiner Rede zur Aktuellen Stunde von Bündnis90/Die Grünen zum Thema »Angriff auf die Menschenrechte in der Türkei – Konsequenzen für die deutsche und europäische Türkei-Politik« hart attackierte und dafür einen zweiten Ordnungsruf erhielt. »Die Frauenrechte in der Türkei waren ihnen lange Zeit völlig egal allzu oft völlig blind gegenüber der Gefahr aus dem legalistischen Islam, allen voran Claudia Roth: Sie umarmt ja auch Massenmörder aus dem Iran gerne mal und grüßt sie mit einem kumpelhaften High five« (PlPr. 19/217: 27375).

Die AfD mobilisiert mit Männlichkeit (Kaiser 2020: 13) und formuliert deren politische Agenda in ihren Anträgen. Dabei geht es ihr um die Ablehnung eines »Gleichstellungstotalitarismus«, wie es Nicole Höchst (PlPr. 19/17: 1386) formuliert. Frauenpolitik wird dann vor allem im Zusammenhang mit Möglichkeiten der »Steigerung der Geburtenrate in Deutschland mithilfe von familienpolitischen Maßnahmen« (BT-Drs. 19/2584) erwähnt oder

der Kritik an den »Langzeitauswirkungen und Folgen der frühen Fremdbetreuung von Kindern« (BT-Drs. 19/2239). In der letztgenannten Kleinen Anfrage geht es auch um die Rolle der »mütterliche[n] Empfindsamkeit«.

Dem folgt die Formulierung von »Forderungen nach einer Restauration ›echter Männlichkeit‹ und des Patriarchats« (Kaiser 2020: 13). Ein chauvinistisches Gesellschaftsbild äußert sich auch in der oben angeführten Rede des AfD-Mitbegründers Martin Renner. Dort heißt es: »Sie schaffen Deutschland ab und träumen höschenfeucht Ihr One-World-Fantasma« (PlPr. 19/130: 16301).

Die AfD lehnt alles ab, was mit Gleichberechtigung oder Minderheitenschutz zu tun hat, da sie es der Gleichstellung entgegensetzt. Gleichberechtigung würde »ein Grundprinzip unserer aufgeklärten modernen Rechtsordnung« aushöhlen, »dass Individualrechte über Gruppenrechten stehen und durch solche niemals verletzt werden dürfen« (PlPr. 19/177: 22334).

Die AfD-Fraktion kämpfe daher dafür, dass die »Verdrehung zur Gleichstellung« zurückgesetzt wird und stellt sich einem Staat entgegen, der »die Gesellschaft gemäß seinen Vorstellungen aktiv zu formen und umzuformen« gedenkt (PlPr. 19/177: 22334). Dieses Thema bearbeitet sie im Übrigen in zahlreichen Anfragen. Dabei zeigt sie, dass sich die AfD-Fraktion mit der vielfältigen Trägerlandschaft von Projekten im Bereich Frauenförderung, Minderheitenschutz oder Demokratieförderung gut auskennt und weiß, welche Fördermittel in diesem Bereich zur Verfügung stehen. Sie stellt diese regelmäßig infrage und kürzt in ihrer Haushaltspolitik ganz gezielt diese Ansätze (Audretsch 2020: 36 f.). Der Antifeminismus äußert sich in Anträgen wie »Wissenschaft von Ideologie befreien - Förderung der Gender-Forschung beenden" (BT-Drs. 19/25312: 2) mit Bezug auf wissenschaftliche Quellen, wie die folgende Passage zeigt:

> »Das begünstigt eine ›politisch selektive Themenwahl‹ bzw. Wahrnehmungsverzerrungen, wie z. B. die ›systematische[n] Überschätzung der Relevanz, die die Geschlechterunterscheidung für moderne Gesellschaften hat‹ (Hirschhauer, Stefan: Wozu Gender Studies? Ein Forschungsfeld zwischen Feminismus und Kulturwissenschaft, S. 881), oder die bewusste Ignoranz gegenüber biologischen Evidenzen (s. o.).«

Diese Art der Politikformulierung führt auch hier dazu, dass die AfD-Fraktion verschiedene Politikbereiche miteinander in Beziehung setzt und diese ein einendes Band zwischen den Abgeordneten und ihrer Wählerschaft darstellen. Jasmin Siri (2020; vgl. dazu im Gesamten Siri 2018) verweist dabei auf die besondere Bedeutung der Genderthemen, da diese »dabei mit weiteren Themen wie zum Beispiel Migration, Erziehung und Religion verquickt« werden. Die AfD-Fraktion fasst dies unter einem Kampf gegen den »Werteimperialismus« zusammen (BT-Drs. 19/23710: 1). Ihre Initiativen dagegen weitet sie bis auf die Außenpolitik aus in einem Antrag mit dem Titel »Deutsche Außenpolitik unabhängig von Geschlechtszugehörigkeit betreiben – Werteimperialismus beenden« (BT-Drs. 19/23710). Sie möchte sich »auf allen Ebenen für das Leistungsprinzip, die Gleichberechtigung und die Gleichwertigkeit [einsetzen] – und nicht für die Gleichstellung« (BT-Drs. 19/23710: 3).

6.4.7Das ›dritte Thema‹ oder die AfD als Anti-Klima-Fraktion

Angesichts des zunehmenden Umfrage-Aufwinds der Grünen im Verlauf der 19. Wahlperiode hat die AfD-Fraktion auch ihre Anti-Klima-Kampagne ausgebaut. Die Argumentation lautete dabei, dass die Energiewende Mobilität, Energieversorgung und Arbeitsplätze, insbesondere im Osten, gefährde, ohne dass sie nachweislich zu einer Verbesserung des Klimas beitragen würde. Den Missbrauch von Steuergeldern unterstellte die AfD der Bundesregierung nicht nur in Bezug auf ihre Migrationspolitik, sondern auch mit Blick auf die Energiewende. Diese sei sinnlos (da Deutschlands CO_2-Emmissionen nur einen minimalen Beitrag zur weltweiten Klimaerwärmung beitrügen), unsicher, kostspielig und umweltgefährdend (da Vögel durch Windkraftanlagen geschreddert und die Böden durch den Anbau von Monokulturen für die Biogasproduktion zerstört würden). Gerade den Aspekt des Umweltschutzes scheint die AfD-Fraktion seit den Erfolgen der Grünen bei der Europawahl und dem Hinweis der eigenen Jugendorganisation, man müsse nun im Bereich Klima- und Umweltschutz nachlegen, stärker zu betonen (Fiedler 2019b). Gauland selbst bezeichnet die überaus skeptische Herangehensweise an die Klimaschutzpolitik als »das dritte Thema für die AfD« (zitiert nach Wehner 2019b). Die AfD-Fraktion

verurteilt in ihren Beiträgen schwerpunktmäßig die ›Klimahysterie‹ der anderen Parteien oder wie es der Abgeordnete Jürgen Braun ausdrückt: »Der Klimawandel: das große grün-linke Ablenkungsmanöver unserer Zeit« (PlPr. 19/95: 11409).

Dabei versteht sie sich nicht mehr länger nur als ideelle Gegenbewegung zu den Grünen. Vielmehr stellt die AfD die Energiewende als gigantisches Umverteilungsprojekt von unten nach oben dar, unter dem insbesondere die Geringverdiener durch hohe Strom-, Mobilitäts- und Heizkosten zu leiden hätten. Außerdem würden die Klimaschutzmaßnahmen Deutschland in die Rezession führen durch die Zerstörung der Automobilindustrie, der Kohleindustrie und damit zigtausender Arbeitsplätze – und dies alles, obwohl die deutschen CO_2-Einsparungen keine spürbaren Auswirkungen auf das Weltklima hätten. Die Grünen sind in den Augen des AfD-Abgeordneten Martin Sichert eine »Sekte, in der gewissenlose Gurus wie Herr Habeck, Frau Baerbock oder auch Frau Roth unsere Jugend mit irrationalen Klimaängsten für linksextreme Gesellschaftsmodelle gefügig machen wollen« (PlPr. 19/86: 10081).

Die AfD-Fraktion setzt dabei die aus ihrer Sicht zerstörerische Wirkung der Umweltpolitik mit der der Migrationspolitik gleich. Am Beispiel der Wolfspolitik der Bundes- und Landesregierungen verdeutlicht Karsten Hillse diesen Versuch, in dem er direkten Bezug zum rechtsextremen Diskurs über den großen Austausch (wie ihn grundlegend Camus 2016 entwickelt hat) nimmt.

> »Das größte Problem aber ist, dass es sich um ein unverantwortliches und folgenschweres Experiment handelt, ein vorrangig in sehr dünn oder gar nicht besiedelten Gebieten lebendes großes Raubtier in ein dicht besiedeltes Gebiet zu bringen – wohl wissend um die möglichen Folgen. Niemand hat Ihnen das Recht gegeben, dieses Experiment durchzuführen. Die Folgen laufen genau wie bei der großen Transformation aus dem Ruder. Während die große Transformation Mord, Totschlag und Vergewaltigung in nie dagewesenem Ausmaß und eine Verrohung der Gesellschaft bringt, verursacht das Wolfsexperiment Schäden in Höhe von Hunderttausenden von Euro« (PlPr. 19/83: 9727).

6.4.8 Die AfD als Widerstandskraft gegen den ›Lockdown-

Fetischismus‹

Die AfD positioniert sich als die große Kritikerin der Corona-Bekämpfungsmaßnahmen in Deutschland. Sebastian Münzenmaier formuliert das Anliegen seiner Fraktion in einer scharfen Gegenrede zu einer Corona-Regierungserklärung von Angela Merkel:

> »Diese Bundesregierung versetzt vorsätzlich ein ganzes Volk in Angst. Meinungsvielfalt ist im Umfeld der Kanzlerin nicht erwünscht, stattdessen sollen Merkels Haus- und Hofwissenschaftler wie Drosten, Wieler oder Brinkmann politisch gewollte Panikmache möglichst wissenschaftlich anhauchen. Der Inzidenzwert von 50 war noch nie wirklich wissenschaftlich begründet und wurde jetzt über Nacht einfach mal so auf 35 gesenkt. Was machen wir denn eigentlich im März, liebe Frau Bundeskanzlerin, wenn wir uns Ihrem geliebten Inzidenzwert dann wieder angenähert haben? Wird dann eine neue Zahl gewürfelt, oder entdecken Sie irgendeine neue, noch schlimmere, noch tödlichere, noch aggressivere Mutation aus Papua-Neuguinea oder sonst wo auf der Welt? Ich bin mir sicher: In Ihrem Lockdown-Fetischismus fällt Ihnen irgendetwas ein« (PlPr. 19/209: 26327 f.).

Diese vermeintliche Willkür der Regierung will die AfD-Fraktion in einem Untersuchungsausschuss dokumentiert sehen und sie kämpft als selbst ernannte Widerstandskraft gegen den ›Lockdown- Fetischismus‹ der Regierung von Angela Merkel für die Aufhebung der Pandemielage in Deutschland. Seit April 2020 stellt die AfD die Wirkung der Maßnahmen infrage und der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus. Alexander Gauland hat in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung der Kanzlerin Ende Oktober 2020 darauf hingewiesen, dass die AfD sehr wohl anerkenne, dass das Infektionsgeschehen in der aktuellen Phase nicht im Griff sei. Er verwies aber auf die geringe Sterberate. Deswegen müsste man jetzt besser ein Regelwerk analog der Straßenverkehrsordnung für den Umgang mit dem Virus erarbeiten, statt in einen Lockdown zu gehen. In einem Positionspapier hat die AfD-Fraktion (2020i: 15) daher Grundsätze gegen den »Verbots-Populismus […] (der Merkel-Regierung, der Alt-Parteien)« formuliert. In diesem Sinne wurde die Rhetorik im

bekannten Angriffsmodus immer schärfer. Gauland bezeichnete das Corona-Kabinett der Regierung Merkel als eine »Art Kriegskabinett« (PlPr. 19/186: 23357). Alice Weidel sprach in der Generaldebatte zum Haushaltsbeschluss 2021 davon, dass es in der Pandemie nun darum gehe, zu verhindern, dass Merkel noch weiteren Schaden zufüge »Dieses Land kann Sie und Ihre Politik nicht mehr lange aushalten« (PlPr. 19/ 198: 24921).

Diese Zuspitzungen reihen sich ein in eine fast schon choreografisch wirkende Provokationskaskade, mit der die AfD-Fraktion ihre ›Anti-Lockdown‹-Profile schärft.

- Die ersten Minuten konnte die Bundeskanzlerin bei ihrer Rede im Oktober kaum einen Satz zu Ende sprechen, ohne von AfD-Bundestagsabgeordneten unterbrochen zu werden (PlPr. 19/186: 23352 f.).
- Der Abgeordnete Karsten Hilse trat mit Querdenken-T-Shirt ans Rednerpult und wurde von der Sitzungsleitung dann aufgefordert, sein Sakko zu schließen (PlPr. 19/188: 23701).
- Bei der Verabschiedung des novellierten Infektionsschutzgesetzes hat die AfD das Grundgesetz symbolisch sterben lassen (PlPr. 19/191: 24057). Diese Aktion wurde nur deswegen nicht breit medial wahrgenommen, da die AfD-Abgeordneten Bystron, Hemmelgarn und Müller Vertreterinnen und Vertreter der alternativen Medien in den Bundestag gebracht hatten.

Inhaltlich warnt die AfD-Fraktion davor, dass durch die Einschränkungen der Freiheitsrechte eine »Coronadiktatur auf Widerruf« (PlPr. 19/186: 23358) etabliert würde. Deswegen forderte Stephan Brandner im Bundestag, Kanzlerin Merkel »einzusperren«. Die AfD-Fraktion formulierte ihre Positionen prägnant und dezidiert auch noch einmal in den Debatten des Haushaltsausschusses über den Zweiten Nachtragshaushalt (BT-Drs. 19/20601: 11 f.; zum ersten Nachtragshaushalt vgl. BT-Drs. 19/18132: 4). Sie verweist dort darauf, dass »eine epidemische Notlage von nationaler Tragweite, welche die empfindlichen Einschränkungen von Grundrechten sowie des wirtschaftlichen Lebens gerechtfertigt hätte«, nicht bestehen würde. Gleichzeitig erhob sie den Vorwurf, dass die Regierung »der Öffentlichkeit und dem Deutschen Bundestag« Informationen vorenthalte (BT-Drs. 19/ 20601: 11 f.). Deswegen sind die

Nachtragshaushalte »staatliche Überreaktion« (BT-Drs. 19/ 20601: 11 f.) und verfassungswidrig, da keine Notlage vorliegt, die die Aufhebung der Schuldenbremse rechtfertigt. Im Umkehrschluss fordert sie deswegen »die sofortige Beendigung des Lockdowns sowie aller im Zuge der Corona-Krise verordneten Beschränkungen des wirtschaftlichen Lebens« (BT-Drs. 19/ 20601: 11 f.). Zudem folgt die AfD-Fraktion hier schon sehr früh dem Narrativ, dass die Corona-Pandemie-Bekämpfung dafür genutzt werde, »eine groß angelegte ›Transformation‹« zu verfolgen. Damit entsteht nach der ›Umvolkung‹ ein neues Narrativ, das mit der Sprache von der ›Coronadiktatur‹ insbesondere neurechter Kreise arbeitet. Dort wird der Begriff des »Great Resets« des Gründers des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab (Schwab/ Malleret 2020) aufgenommen und die oben beschriebene Positionierung stark mit Unterstellungen aufgeladen. Sie sieht die Corona-Pandemie »als willkommener Vorwand, um die Gangart der ideologiebeladenen Koalitionspolitik auf Kosten zukünftiger Generationen zu verschärfen« (BT-Drs. 19/20601: 11 f.).

Sebastian Münzenmaier vergleicht das Handeln der Bundesregierung in der Corona-Pandemie mit einer »dumpfe[n] Kriegsrhetorik« aus »dunkle[n] Zeiten« (PlPr. 19/209: 26328). Im Bundestag und bei Frank Magnitz hört sich das in seiner Rede zum AfD-Antrag »Innenstädte erhalten, Umnutzung von Gewerbeimmobilien erleichtern« (BT-Drs. 19/24661) so an:

> »Selbst die Kanzlerin, ihr Kabinett und die Ministerpräsidenten der Länder müssen doch erkennen, was ihr Handeln bewirkt: fundamentale Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger, Zerstörung unserer wirtschaftlichen und mentalen Lebensgrundlagen, Hass und Hetze gegen Andersdenkende und schließlich komplette Überwachung der Menschen. Wird das RKI etwa zur Stasizentrale?
> Die internationale Grundlage ist der große Neustart. Wenn der gelingen soll, müssen vertraute Werte wie Familie, Nation, Bargeld und Eigentum ganz offensichtlich abgeschafft werden. The Great Reset ist eine real existierende Theorie. Das gleichnamige Buch des Herrn Schwab vom Weltwirtschaftsforum ist bereits auf dem Markt. Es geht nicht mehr um die Innenstädte; es geht um unser ganzes Land« (PlPr. 19/196: 24788).

Hier zeigt die AfD-Fraktion auch, dass sie konkret andere Vorschläge anbietet, um die Folgen der aus ihrer Sicht verfehlten Corona-Bekämpfungspolitik abzumildern. Im Konjunktiv der Drucksache des Berichts des Haushaltsausschusses lassen sich diese folgendermaßen zusammenfassen:

> »Die im Zuge der Krise unabweisbar entstehenden Mehrausgaben, wie sie sich beispielsweise aus Zahlungsverpflichtungen des Bundes ergäben, könnten ohne weiteres und in verfassungskonformer Weise aus Mitteln der Asylrücklage bestritten werden. Um die Wirtschaft nachhaltig anzukurbeln, wären anhaltende steuerliche Erleichterungen der beste Weg. […] Nur durch eine spürbare Entlastung der steuerzahlenden Bevölkerung, insbesondere der Mittelschicht, könne nachhaltiges Wachstum im eigentlichen, marktwirtschaftlichen Sinne gelingen« (BT-Drs. 19/20601: 11 f.).

Die AfD-Fraktion übernimmt dabei zunehmend den drastischen Jargon der Corona-Zweifler, die unter der Selbstbezeichnung ›Querdenker‹ lautstark Widerstand leisten. Durch die rhetorischen Anleihen bei den zunehmend aggressiv auftretenden Zweifler-Demonstrationen verfolgt sie erneut eine Strategie der Querverbindungen. Diesmal sind es nicht thematische Querverbindungen, mit denen die AfD-Fraktion regelmäßig andere politische Felder mit ihren einwanderungskritischen Positionen verbindet. Es ist eine neue Art der Querverbindungsstrategie, die die AfD hier verfolgt. Sie schafft diesmal Querverbindungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, die unterschiedlich stark an den Corona-Maßnahmen zweifeln oder aufgrund eigener Betroffenheit daran verzweifeln. Dabei soll der Diktatur-Vergleich, der oft von der AfD-Fraktion benutzt wird und den der Parteivorsitzende Jörg Meuthen stark kritisierte (Vollradt 2020c: 4), als eine Klammer fungieren. Experte E5 glaubt, »das soll so eine Klammer« (IV E5) sein. »Es soll signalisieren, damit nimmt man die mit, die alles leugnen sozusagen, aber auch diejenigen die sagen, ja, ist schlimm, aber man sollte es beim Schutz der Altenheime belassen und nicht die Pizzeria schließen oder sowas. […] [D]as ist […] der Sound, der dann verfängt. Er kommt nicht an bei Leuten, die vielleicht sonst eher aus dem Wechselwählermilieu stammen« (IV E5).

In der Auseinandersetzung um die Impfpolitik und die Tracing-App der Bundesregierung positionierte sie sich als starke ›Grundgesetz‹-Fraktion und argumentiert mit dem Grundgesetz gegen die aktuelle Politik. Hier kann sie Verbindungen zu ihrer Kritik am NetzDG ziehen und glaubwürdig gegen die Planungen einer »Corona-App« (BT-Drs. 19/18976) argumentieren. Dieses Motiv ›AfD als Garant gegen den übergriffigen Staat‹ hat Alice Weidel auch in ihrer Rede über die Fraktionsarbeit aufgegriffen. Die AfD-Fraktion möchte kein Teil des »Establishments« sein, sondern strebt vielmehr an, die »ursprüngliche verfassungsmäßige Ordnung« (Weidel 2018b) wiederherzustellen. Der AfD-Fraktion geht es in der Corona-Pandemie besonders darum, ihre populistischen Demokratiekonzepte zu betonen. Ihr geht es dabei »nicht um die Abschaffung der Demokratie, sondern darum, die Eliten pauschal zu Schuldigen politischer Probleme zu erklären« (Franzmann/Lewandowsky 2020).

In einem Positionspapier hat die AfD-Fraktion (2020i) ihre Position mit den Einstellungen der AfD-Wählerschaft abgeglichen. Die große Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung und die geringe Sorge in ihrer Wählerschaft gegenüber der Ansteckungsgefahr zeigten »die auch in anderen Fällen sichtbaren Einstellungsunterschiede von AfD-Anhängern und der Mehrheitsgesellschaft deutlich« (AfD-Fraktion 2020i: 7). Ziel des Papiers war es, aus diesem Sachverhalt eine gemeinsame Kommunikationsstrategie entlang bestimmter Schwerpunkte zu entwickeln. Denjenigen, die sich wirtschaftlichen Nöten gegenübersehen, die die Lockdown-Politik auslöst, will die AfD eine Stimme geben. Auch hier spielt die Emotionsverarbeitung eine große Rolle bei der Entwicklung der politischen Botschaften. Dies kann für die AfD-Fraktion ein erfolgreicher Weg sein, wenn die etablierten politischen Kräfte nicht aufpassen. Sie kann dabei auf ein größeres Reservoir an zweifelnden Einstellungen aufbauen und in einer Art und Weise als »Hinweispartei« (IV E5) fungieren, wie es Experte E5 formuliert. Daher hat die AfD-Fraktion zu Beginn des Jahres 2021 ihre Kampagne »Aufbruch für Deutschland – Raus aus der Wirtschafts- und Lockdown-Krise« (BT-Drs. 19/26895) gestartet. Die Nutzung der Corona-Pandemie als eine neue politische Gelegenheitsstruktur bietet sich für die Rechtspopulisten in dem Moment, indem das Vertrauen in die etablierte Politik erodiert. »Angst ist ein schlechter Ratgeber« hat

Gauland zu den Beschlüssen gesagt. Für die AfD scheint die Angst weiterhin der beste Ratgeber zu sein. Sie gibt damit denjenigen eine Stimme, die kein Verständnis für die Maßnahmen aufbringen oder Existenzängste haben. Das ist schwierig in einer Pandemie – aber zunächst vor allem Demokratie. Sebastian Münzenmaier verwandelt seine Rede gegen die Corona-Politik in eine Wahlkampfrede. Die AfD-Fraktion verfolge eine »Politik der Vernunft« gegen den »Wahnsinn« aller anderen Fraktionen (PlPr. 19/209: 26328).

> »Unsere AfD-Fraktion kämpft mittlerweile seit Monaten mithilfe von klugen Ideen, Anträgen und Vorschlägen für eine Politik der Vernunft und vor allem der Verhältnismäßigkeit. Wir wehren uns gegen Ihren Wahnsinn. Wir werden auch weiterhin hier im Bundestag alles dafür tun, unsere Leute und unser Land vor Ihren irren Ideen zu schützen. Aber leider sind uns teilweise die Hände gebunden, weil die vereinte Altparteienfront von den tiefroten SED-Erben bis hin zu den gelben Wendehälsen diese Kanzlerin stützt und dieses Land immer weiter Richtung Abgrund führt. Deshalb möchte ich Sie, meine Damen und Herren an den Bildschirmen da draußen, direkt ansprechen: Wir brauchen Ihre Unterstützung. Wenn Sie in diesem Land wirklich etwas ändern wollen, dann wählen Sie die einzige echte Oppositionspartei!« (PlPr. 19/209: 26328).

In der Debatte um die Einführung bundeseinheitlicher Regelungen unter dem Stichwort »Bundes-Notbremse« stellte sich die AfD-Fraktion deshalb dar als einzige Opposition gegen den »massiven Angriff auf den Föderalismus […] und inakzeptable Grundrechtseingriffe« (Brandner 2021).

Die AfD-Fraktion verbindet ihre Kritik an der Corona-Politik auch mit der Kritik an der Klimaschutzpolitik und den Grünen als Hauptgegner in der Politik (Ruhose 2021:16-23). Alexander Gauland führte dazu in der zweiten und dritten Beratung der Änderung des Infektionsschutzgesetzes im Mai 2021 aus:

> »Wenn die Bundeskanzlerin davon spricht, dass mit dem Virus nicht zu verhandeln ist, so werden wir bald hören, dass auch mit dem Klima nicht zu verhandeln ist und die Einschränkungen von heute auch für die schöne neue Welt

> von morgen taugen.
> Meine Damen und Herren, der Publizist Heribert Prantl – weiß Gott kein Freund der AfD – sagt, er fürchte, dass die aktuellen Grundrechtseinschränkungen als Blaupause für das nächste Virus, für den nächsten Katastrophenfall verwendet werden. Denn wo man nicht verhandeln kann, gibt es nur eine einzige Sprache der Entschlossenheit. Schließlich geht es immer ums Ganze: um die Weltgesundheit, das Weltklima, eben das Überleben der Menschheit. Dann kann man endlich aufhören, gesellschaftliche Ziele und die politischen Wege dorthin in den Parlamenten, in der Öffentlichkeit zu diskutieren, und stattdessen gleich zur Tat schreiten, was Sie mit dem Gesetz ja auch tun.
> Im Grunde lassen sich für fast jeden Bereich der Politik Inzidenzen, Quoten oder Zielwerte festlegen, deren Erreichen entschlossene und vor allem unverhandelbare Maßnahmen erforderlich machen. Wir werden uns bei der Klimapolitik wiedersehen« (PlPr. 19/223: 28212)

Der Fraktionsvorsitzende legt damit auch die Begründung für die Kampagne ›Einfach frei leben‹, die die AfD-Bundestagsfraktion gegen die Politik des Mainstreams (BT-Drs. 19/29696), den europäischen Green New Deal und gegen ein »deutsches Engagement für den Großen Umbruch beziehungsweise Great Reset des Weltwirtschaftsforums« (BT-Drs. 19/29697) im Frühjahr 2021 zur Flankierung des Bundestagswahlmotto der AfD »Deutschland, einfach normal« gestartet hat.

6.4.9Die AfD als ›Demokratie‹-Fraktion

Die pauschale Verurteilung der Eliten verfolgt die AfD mit einer umfassenden Positionierung als Kämpferin für mehr unmittelbare Demokratie. Diese sieht anders aus als die bisherige parlamentarische Demokratie. Fraktionschef Gauland formuliert im Interview mit Bender (2018), dass es das Ziel der AfD sei, eine »friedliche Revolution« gegen »das politische System« zu erreichen. Das von Best (2020) identifizierte Demokratieverständnis der Rechtspopulisten bestimmt die Initiativen der AfD-Fraktion in diesem Bereich. Sie kann damit unmittelbar Einstellungsmerkmale ihrer Wählerschaft ›aktivieren‹.

Zugleich ist dieses Vorgehen ein Baustein in der Abwehrstrategie gegen den Verfassungsschutz und die Beobachtung der AfD als Gesamtpartei. Hartwig schreibt dazu in seiner Zusammenfassung der Arbeit der AG Verfassungsschutz der AfD-Bundespartei: »Forderungen nach einem weiteren Ausbau demokratischer Elemente stehen in vollem Einklang mit der FDGO« (2018: 10).

Mit Gesetzesinitiativen wie der Abschaffung der Parlamentarischen Staatssekretäre (BT-Drs. 19/9250), der Einschränkung der parlamentarischen Immunität (BT-Drs. 19/9967)[105] oder zur Begrenzung der Amtszeit im Amt der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers verfolgt die AfD-Fraktion die Einschränkung von Privilegien für die politische Elite. Ihre Initiativen zu Änderungen von Abläufen im Bundestag sind stets mit Forderungen nach mehr Transparenz verbunden. In den von ihr angestrengten Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht geht es um gleichwertige Teilhabe und Stärkung von Kontrollkompetenzen für die Opposition. Die Stärkung der Direkten Demokratie und Reformen für ›mehr‹ Demokratie hat sie in ihrem entsprechenden Gesetzentwurf (BT-Drs. 19/12371) eingebracht. Hier steht zudem der Abbau des ›Parteienstaats‹ im Mittelpunkt. Deswegen strebt sie auch eine Reform des Wahlrechts zur Verkleinerung des Bundestags an (BT-Drs. 19/15074)). Zur Stärkung des Parlaments fordert sie eine Befragung der Kanzlerin oder des Kanzlers nach englischem Vorbild (BT-Drs. 19/7862). In ihrer Kampagne ›Einfach frei leben‹ hat sie zum Ende der Wahlperiode zudem gefordert, dass der Bundestag eine Bürgersprechstunde einrichten soll (BT-Drs. 19/29781).

Im Nachgang zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Geldpolitik der EZB hat sie umgehend (BT-Drs. 19/19516) das Primat der nationalen Souveränität Deutschlands vertreten. Diese Agenda unterstreicht im Gesamten die klare rechtspopulistische Demokratiekonzeption, die die AfD-Fraktion verfolgt.

Problematisch wird es bei ihrer Wählerschaft für die AfD immer dann, wenn sie selbst den Eindruck erweckt, Verhaltensweisen zu folgen, die sie den Altparteien vorwirft. So ist neben den Affären, um problematische Spender bei Fraktionschefin Weidel und Parteichef Meuthen auch das Beispiel über die Fraktionsentscheidung zum Ausschluss von Frank Pasemann zu nennen. Dies wurde der Bundestagsverwaltung mit Verweis auf

zeitintensive, juristische Prüfungen so angezeigt, dass die Fraktion Mittel und Einfluss über einen Zeitraum von einen Monat erhalten hatte, die ihr nicht mehr zustanden – und dies, obwohl ihre Arbeitsordnung für den Fall des Ausschusses klar regelt: »Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Fraktion. Der Beschluss ist mit Verkündung des Ergebnisses in der Fraktionssitzung wirksam« (AfD-Fraktion 2017: § 9).

Die AfD-Fraktion besetzt oftmals traditionelle Symbole der demokratischen Geschichte Deutschlands und versteht dies offensiv als Teil ihrer eigenen Identität (Lohse/Wehner 2020a: 3). Am Beispiel der Paulskirche entzündete sich dabei die Auseinandersetzung mit den übrigen Fraktionen. Als die Fraktion ihren Fraktionssaal ›Saal Paulskirche‹ benennen wollte, untersagte dies der Bundestagspräsident. »Schäuble entschied als Hausherr schließlich, dass der Saal nicht offiziell nach der Paulskirche benannt werden könne. Das Symbol der Demokratie könne nicht von einer Fraktion vereinnahmt werden« (Lohse/Wehner 2020a: 3).In der Fraktion hatte bei einer Abstimmung im November 2018, die auf Arbeiten der AG Geschichte basierte, die Paulskirche Bismarck knapp geschlagen (Lohse/Wehner 2020a: 3). Auch wenn es aufgrund der negativen Entscheidung kein Saalschild gibt, wurde der Raum dennoch entsprechend gestaltet. »Sie setzte die Paulskirche in die Mitte eines geschichtlichen Reigens der deutschen Einheit in Schwarz-Rot-Gold. Dafür stattete sie die Wände des Fraktionssaals mit sieben großformatigen Bildern aus, die Schlüsselereignisse dieser Historie darstellen […] “ (Lohse/ Wehner 2020a: 3).

6.4.10Die AfD-Fraktion als Partnerin von Putins Russland und Trumps Amerika

Auf die mangelnde Positionierung der AfD-Fraktion in der Außenpolitik weist Wiegel (2020b) hin. Auf dem klassischen Feld der internationalen Beziehungen ist der Rechtspopulismus nicht zu Hause. Dennoch gibt es Linien, die sich durch die Positionierungen ziehen. So steht die AfD-Fraktion Russland sehr zugewandt gegenüber, sieht China kritisch und sympathisiert mit Donald Trump.

Der außenwirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Hansjörg Müller, stellt die Rolle der russischen Regierung bei dem

Anschlag auf Alexej Nawalny in Frage und stellte unmittelbare Bezüge zur kritischen Position der Amerikaner gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 her (Bender 2020b: 2). Die AfD-Fraktion hält sich in der Bewertung der Krim-Annektierung stark zurück. Ein Abgeordneter ist sogar auf Kosten des Kremls auf die Halbinsel gereist. Auch wenn eine Reise von Bundes- und Landtagsabgeordneten von der Fraktionsführung im Jahr 2018 kritisch kommentiert wurde (Bender/Schmidt 2018), findet sich in den Verlautbarungen der Fraktion kein kritischer Satz.

Die AfD-Fraktion machte durch weitere umstrittene Auslandsreisen auf sich aufmerksam und setzte im Ausland deutlich andere Schwerpunkte als die offizielle Linie der Bundesregierung. Sie ist für ihre Remigrationspolitik zu Gesprächen in Syrien, unterstützt die russische Krim-Politik, steht an der Seite christlicher Minderheiten im Konflikt im Kaukasus (Sternberg 2020d: 5) oder ist im Namen alternativer Gesundheitsmethoden auf ›Ayurveda-Dienstreise‹ in Indien unterwegs (Becker 2020).

Die Sanktionen gegen Russland müssen nach Auffassung der AfD-Fraktion sofort zurückgenommen werden (BT-Drs. 19/7427: 2). Für Alexander Gauland ist die Nähe zu Putins Russland im ureigenen Interesse Deutschlands: »Es ist Deutschland in der Geschichte immer gut bekommen, wenn es eine gute Partnerschaft zu Russland hatte und sich nicht in russische Angelegenheiten einmischte. Von daher bin ich immer aus geostrategischen und diplomatischen Erwägungen für ein gutes Verhältnis zu Russland gewesen« (zitiert nach Bender 2020b: 2). Für Trump und Putin gleichzeitig zu sein, stellt für die rechtspopulistische Opposition kein Problem dar, da beide Präsidenten eine große Ablehnung gegenüber der Zusammenarbeit in supranationalen Organisationen haben. Deutlich formuliert Alice Weidel in ihrer Pressemitteilung zum Abkommen zwischen Trump und dem nordkoreanischen Präsidenten: »Das konsequente Vorgehen des US-Präsidenten rückt wieder ins Bewusstsein, dass internationale Politik nach wie vor in erster Linie Staatenpolitik ist« (2018). Zudem verfolgt Trump mit seinem Kampf gegen die Antifa eine Politik, die die AfD ebenfalls in den Deutschen Bundestag getragen hat.

6.5 Fazit

Als Fazit der Oppositionsstrategie der AfD lässt sich festhalten, dass sie eine besondere Form der Innovation des Parlamentsbetriebs durch Opposition (Franzmann 2017: 1) darstellt. Es ist eine destruktive Innovation, die eine rechtspopulistische Opposition aufgrund der beschriebenen Emotionalisierungsfunktion zum Ausdruck bringt. Kubitschek (2020a) spricht von einem »konstruktiv-destruktiv[en]« Verhalten der AfD. Im Ergebnis bringt sie die anderen Fraktionen im Parlament zum Nachdenken über eigene eingefahrene Wege. »Erst die Konfrontation und Herausforderung durch eine Opposition setzt für eine Regierung hinreichende Handlungsanreize« (Franzmann 2017: 1).

Im hier entwickelten Konzept sorgt eine Systemopposition für Handlungsanreize im Sinne Franzmanns für Regierung und Parlament. Allerdings hat in der 19. Wahlperiode die Große Koalition seit Beginn ihrer Tätigkeit selbst kein positives Selbstbild von sich und ihrer Regierungsarbeit entwickeln können. Die AfD-Fraktion fungiert dadurch nicht als (positiver) Innovationstreiber einer Regierung, sondern als Angsttreiber. Im beobachteten Zeitraum hat sich dies auch in der Corona-Krise nicht geändert. Mit ihrer Position in den Corona-Debatten ist die AfD-Fraktion auch hier ihrer Emotionalisierungsfunktion gefolgt und warnt vor der angeblichen Wirkung der Politik der Bundesregierung. Der Abgeordnete Dr. Robby Schlundt spitzt zu: »Sie erzeugen Angst, Hysterie und Depression, die in einer eskalierenden Lebensmüdigkeit enden werden« (PlPr. 19/160: 19798).

Auch hier finden sich die Wirkungsweisen der rechtspopulistischen Opposition, wie sie oben beschrieben wurden. In der Gesellschaft verbreitete Emotionen werden aufgenommen und politisch verarbeitet. Sie werden allerdings nicht eingeordnet oder beruhigt, sondern ganz im Gegenteil entsprechend populistischer Politikkonzepte verstärkt. So schafft es die AfD-Fraktion, durch ihre Art und Weise der Politikverarbeitung populistische Einstellungen in der Wählerschaft zu aktivieren.

Die AfD-Fraktion hätte eine positive Innovationsfunktion einnehmen können, wenn die Reaktionsmuster der anderen politischen Kräfte in der ersten Zeit der Wahlperiode entsprechend

vorhanden gewesen wären. Insbesondere die Konservativen waren aber zunächst verunsichert und auf der Suche nach einer stringenten Haltung gegenüber der AfD-Fraktion im Bundestag. In den Ländern hält diese Suche insbesondere in den ostdeutschen Landesverbänden der CDU noch an. Am strukturiertesten setzt sich mittlerweile die CSU in Bayern mit der AfD auseinander (Deininger 2020: 306–310 und Lau 2020b: 6).

Die Auseinandersetzung innerhalb der Regierung über die Migrations- und Sicherheitspolitik während des gesamten Jahres 2018 – aus der die CSU für ihr Bundesland intensiv gelernt zu haben scheint – führt vor Augen, dass ein stringenter Umgang mit der AfD-Fraktion fehlt. Gleichzeitig ist die Abstinenz einer anderen Oppositionskraft jenseits der AfD zu beobachten, da die Grünen durch ihre Haltung der Bundeskanzlerin gegenüber seit den gescheiterten ›Jamaika‹-Koalitionsverhandlungen und der Flüchtlingskrise 2015 hier ausfallen. Robin Alexander (2020: 4) beobachtet dieses Verhalten auch in der Corona-Krise, wenn er über die Befragung der Bundeskanzlerin im Mai 2020 in der »Welt« schreibt, dass während des Statements von Angela Merkel »in den Oppositionsreihen […] der Grüne Jürgen Trittin gar nicht mehr auf[hört], staatstragend zu nicken«. FDP und Linke scheinen aufgrund einer Selbstfindungsphase zu stagnieren (Mielke/Ruhose 2020: 8).

Als größte Oppositionsfraktion hat sie einen besonderen Status und die entsprechenden parlamentarischen Mittel und setzt diese ein (Ruhose 2019: 16; s. dazu auch Kapitel 3 und 4):

1. Die AfD-Fraktion zielt mit ihren parlamentarischen Initiativen darauf ab, provozierend wahrgenommen zu werden. In den Debatten nutzt sie dafür ebenfalls provokante Formulierungen und rhetorische Zuspitzungen.
2. Durch die Nutzung ihrer verschiedenen Wirkräume ihrer umfassenden Oppositionsarbeit schafft es die AfD, ihre Agenda auch den anderen Fraktionen aufzudrängen. Die Migrationspolitik der Großen Koalition ist eine unmittelbare Reaktion auf die AfD. Ein Wirkkanal, auf den Christoph Butterwegge (2018) schon früh in der Wahlperiode hingewiesen hat. Hafeneger/Jestädt (2020: 153) beobachten Ähnliches und weisen auf den Drang der AfD hin, »externen Einfluss« auszuüben. Am Beispiel des Antrags zum Verbot der Hisbollah beschreibt Gauland, wie seine Fraktion auf die

> anderen Fraktionen wirke: »Die AfD-Mitglieder im Innenausschuss bereiteten einen Antrag zum Verbot dieser Terrororganisation in Deutschland vor und brachten diesen in den Bundestag ein. Von dort wurde er zurück in die zuständigen Ausschüsse verwiesen, wo er monatelang durch Nichtberatung verschleppt wurde. So lange bis die Regierungskoalition einen eigenen Antrag, der mit unserem fast identisch war, fertigstellen konnte. Dieser Vorgang zeigt sehr schön, dass vernünftige Anträge von den anderen Fraktionen einzig und allein deswegen abgelehnt werden, weil sie von der AfD kommen. Es zeigt aber vor allen Dingen auch, dass unsere parlamentarische Arbeit Wirkung erzielt – auch wenn unsere Anträge aus Prinzip rigoros und konstant von den anderen Fraktionen abgelehnt werden.« (Gauland 2019b).

In den politischen Debatten kommt die AfD ihrer Emotionalisierungsfunktion nach. Es werden »vor allem soziale und kulturelle Themen und damit politisch-kulturelle Ängste (Migration, Überfremdung, sozialer Abstieg) in Teilen der Bevölkerung« (Hafeneger/Jestädt 2020: 153) in die Debatte eingebracht und anders als in vorherigen Wahlperioden so in der politischen Auseinandersetzung sichtbar gemacht. Die AfD bedient dadurch stringent ihren Markenkern. Dabei zieht sie Verbindungen zu ihren vernetzten Vorfeldorganisationen und positioniert auch deren Themen wie die Infragestellung des menschengemachten Klimawandels, die Kritik am Feminismus und die Ablehnung der Genderforschung in der politischen Arena (Hartleb 2018: 109).

Durch das Aufgreifen von Problemen und Themen, die die Menschen im Alltag bewegen, präsentiert man sich als ›Anwalt der Bürger‹, der die wirklich entscheidenden Themen in die politische Diskussion zurückholt. Aber auch hier zeigt sich die an den Strategieelementen der rechtspopulistischen Opposition orientierte Themenagenda. Hafeneger/Jestädt (2020: 153 f.) formulieren hierzu treffend, dass auch in diesen Bereichen »sukzessive Förderpolitik, Programme, Einrichtungen und Maßnahmen infrage gestellt, angegriffen, denunziert und […] für überflüssig erklärt« werden. Durch die Professionalisierung aufgrund der Parlamentarisierung der AfD und durch die Medienkompetenz von Fraktion und Partei gelingt es der Fraktion, in regelmäßigen Abständen in den etablierten Medien präsent zu

sein und bei den sozialen Netzwerken gezielt ihre alternativen Kommunikationswege zu nutzen.

Wie es für die AfD-Opposition im Bundestag weitergeht, hängt neben den gesellschaftlichen Entwicklungen auch davon ab, wie die anderen Fraktionen mit ihr und vor allem ihrer Emotionalisierungsfunktion umgehen und wie sie auf die hier hergeleiteten Strategieelemente der rechtspopulistischen Opposition reagieren. Schon seit Ende des Jahres 2020 lässt sich beobachten, dass die AfD-Fraktion sich wieder auf wenige, emotionale Themen konzentriert. So steht bei ihrer Corona-Politik die »Beendigung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite« (BT-Drs. 19/26903: 1) und ihre »Strategie […] zur Bekämpfung des Coronavirus« für einen Schutz der Risikogruppen (BT-Drs. 19/26223: 1) im Mittelpunkt der parlamentarischen Debatte, um den »Endlos-Lockdown« zu beenden (BT-Drs. 19/26903: 1). Zum Ende der Wahlperiode formulierte die AfD-Fraktion noch einmal ihre wirtschaftspolitischen Positionen in einem umfassenden Antrag. Hier zeigt sich, dass sie mit Blick auf die Bundestagswahl und ihre Wählerschaft die Strategie der Querverbindungen wieder stärker in den Mittelpunkt stellt. Um »Verlustquellen zu schließen« (BT-Drs. 19/26895: 2) sollen Zahlungen an die EU gekürzt, »alle Maßnahmen zur sogenannten Energiewende und ›Klimarettung‹« ausgesetzt und eine restriktive Einwanderungspolitik betrieben werden (BT-Drs. 19/26895: 3). Neben den Forderungen nach Beendigung des ›Endlos-Lockdowns‹ in einem parallel mitberatenen Antrag umfasst ihr wirtschaftspolitisches Programm folgende Punkte, um »die bundesdeutsche Wirtschaftskraft zu stärken« (BT-Drs. 19/26895: 4; auch für alle Zitate in den folgenden Aufzählungspunkten):

- »die Fachkräfteabwanderung« stoppen und umkehren,
- »die Steuern nachhaltig« zu senken, »damit sich Leistung wieder lohnt: hierzu gehören, dass die CO2-Steuer abgeschafft, die Förderzusagen entsprechend dem EEG per sofort eingestellt und die Umsatzsteuer dauerhaft von 19 % auf 15 % bzw. von 7 % auf 5 % gesenkt wird«. Letzteren Punkt hebt sie als eigenständigen Antrag (BT-Drs. 19/27204) noch einmal gesondert hervor,
- »die Deindustrialisierung durch attraktive Rahmenbedingungen« stoppen,
- »das Zinsdiktat der EZB […] und die Anleihekaufprogramme

PSPP und PEPP« beenden,

- »eine umfangreiche Entbürokratisierung« starten. »Hierzu gehört u. a. die Streichung von Quotenregelungen jeglicher Art und überzogenen Datenschutzvorschriften« und schließlich
- »das geplante Lieferkettengesetzes [sic!]« verhindern, »um die deutsche Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, nicht unabsehbaren Risiken auszusetzen«.

In der Debatte lag der Fokus allerdings auf der Kritik an der Corona-Politik, der Charakterisierung der EU als Problemfall und die Ablehnung der Energiewende. Es zeigt sich, dass die AfD-Fraktion ganz bewusst zu ihrem Markenkern zurückgekehrt ist und diesen mit der Kritik an der Corona-Politik verbindet. Schon zu Beginn des Jahres 2021 hatte sie eine Reihe von migrations- und integrationskritischen Anträgen eingebracht und im Bundestag beraten lassen. Dabei ging es unter anderem um die Beendigung der Westbalkanregelung (BT-Drs. 19/26543) und um »Klare Grenzen der Einbürgerung« (BT-Drs. 19/26547; vgl. auch BT-Drs. 19/26546) durch eine Veränderung des Staatsbürgerschaftsrechts. Mit Initiativen gegen Kinder- (BT-Drs. 19/22706 und Vielehen (BT-Drs. 19/22705) und weibliche Genitalverstümmlung (BT-Drs. 19/22704) formulierte sie erneut ihre Warnungen vor einer Islamisierung Deutschlands, die die Abgeordnete Harder-Kühnel in ihrer Rede beschreibt (PlPr. 19/206: 25976). Für diese Strategie spricht auch, dass die AfD-Fraktion ihren »Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der direkten Demokratie auf Bundesebene« (BT-Drs. 19/26906) einbrachte – und so einen Gesetzentwurf von ihr (BT-Drs. 19/16) aus dem Jahr 2017 zum Ende der Wahlperiode in ähnlicher Fassung beraten ließ.

7. Der Umgang mit der rechtspopulistischen Opposition

Es gibt nicht den einen Königsweg im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien wie der AfD. Auf die Suche danach haben sich schon zahlreiche Forscher begeben, z. B. Lochocki (2018) mit dem Versuch, eine ›Vertrauensformel‹ zu entwickeln. Bislang sind alle Versuche, den Rechtspopulismus zu schwächen oder zurückzudrängen, tendenziell gescheitert. Weder die offensive Auseinandersetzung noch die stilistische oder argumentative Nachahmung oder gar die Koalition mit diesen Parteien haben sich als zielführend bei diesem Unterfangen erwiesen (grundlegend Bachmann 2005 und Downs 2012). »Hat man populistische Parteien einmal im Haus, gibt es kaum ein Mittel, sie wieder los zu werden. Am besten ist es – und das gilt für alle populistischen Parteien – egal ob rechts oder links – ihren Aufstieg von vornherein zu verhindern. Aber dafür ist es in etlichen europäischen Ländern bereits zu spät« (Grabow/Hartleb 2013: 41 f.). Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag 2017 ist dies somit auch für Deutschland ›zu spät‹. Ein politisches Leben im Deutschen Bundestag ohne die AfD-Fraktion wird es in absehbarer Zukunft voraussichtlich nicht mehr geben.

Strategien zum Umgang mit der AfD im Parlament müssen immer die Wählerkoalition der ›Alternative für Deutschland‹ im Auge behalten. Soll die Auseinandersetzung im Parlament dafür sorgen, den Einfluss der AfD im Gesamten zurückzudrängen, muss es gelingen, den »Klebstoff der Angst« (Ruhose 2019: 19) zu lösen, der dafür sorgt, dass die Wählerkoalition zusammengehalten wird. Ein solcher Ansatz muss alle drei Arenen der politischen Auseinandersetzung berücksichtigen und Parlament, Parteienwettbewerb sowie Medien und Zivilgesellschaft umfassen (ebd.).

Will man dabei erfolgreich sein, das populistische Potenzial der AfD zurückzudrängen, müssen Angebote in allen »drei Arenen der politischen Auseinandersetzung« (ebd.; einen ähnlichen Ansatz verfolgen Heinze/Lewandowsky 2022) formuliert werden. Diese

sind »miteinander verwoben und es bestehen Rückkopplungsbeziehungen« (ebd.,), die auch die AfD-Fraktion für sich nutzbar macht, wie gezeigt wurde (s. Kapitel 3 und 4). Der Umgang mit den Populisten kann sie schwächen – aber auch stärken. Dies ist abhängig davon, ob die Gegenstrategien der zwei oben beschriebenen Dimensionen in die Arenen übersetzt werden können (ebd.).

In der an Bedeutung wiedergewonnenen parlamentarischen Auseinandersetzung (Hierlemann/Sieberer 2014) geht es um die Ansprache der unentschlossenen Wählerinnen und Wähler und dem Teil der AfD-Sympathisanten, »die durch eine andere Politik und andere Ansprache herausgelöst werden können« (Ruhose 2019: 19). Dafür muss ein schmaler Pfad verfolgt werden, denn die Kombination aus Anliegen der Menschen ernst zu nehmen und gleichzeitig deutlich auf der Werteebene zu argumentieren, kann schnell als moralische Überlegenheit aufgenommen werden.

Die Auseinandersetzung mit der AfD-Fraktion kann als ›Neuland‹ für die anderen Fraktionen bezeichnet werden. Weder die Fraktionen noch die Öffentlichkeit hatten ein Gefühl dafür, welche Veränderungen in der politischen Auseinandersetzung eintreten würden, wenn die Oppositionsführerschaft bei einer rechtspopulistischen Fraktion liegen würde. Noch in der Woche nach der Bundestagswahl 2017 schrieb zum Beispiel Patzelt über die Herausforderungen aus Sicht der AfD im Bundestag: »Nur widerzuspiegeln, was in ihren Wählerkreisen da an bislang parlamentarisch unartikulierter Politikkritik und Politikerverachtung wabert, wird nicht genügen, um die neue Regierungskoalition ›zu jagen‹. Es muss schon mit Sachkunde und stimmigen Argumenten aufgebessert werden, was da politisch konkurrenzfähig werden will« (2017b). Daher befasste man sich zu Beginn der Wahlperiode viel mit den möglichen Strategien (Schneider 2018) und übersah die eigenen Dilemma-Situationen, in denen fast alle Fraktionen im Umgang mit einer Art 360-Grad-Opposition gefangen waren. Mit dem heutigen Blick auf die Dinge lässt sich daher feststellen, dass Patzelt (2017b und auch 2017a) mit seiner oben zitierten Einschätzung nur teilweise recht behalten hat.

7.1 Strategien zum Umgang mit dem Populismus

Auf Basis der Forschungsliteratur zu den Ansätzen und Strategien gegen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus im deutschen Parlamentarismus (jüngst Heinze 2020a und Heinze 2020b) lassen sich grundsätzlich zwei Dimensionen voneinander unterscheiden:

1. Bei der *organisatorisch-institutionellen Dimension* spielen strategische, taktische und formale Fragen eine zentrale Rolle (Henßler/Overdieck 2014: 61 f.).
2. Bei der *inhaltlich-normativen Dimension* geht es um argumentative, sach- und fachbezogene Fragen der Auseinandersetzung (Hafeneger 2005: 37).

Mit Hafeneger (2005: 37) lassen sich vier Reaktionsmuster in den empirischen Studien über den Umgang mit rechtsextremen Fraktionen im Parlament zusammenfassen: »Im parlamentarischen Umgang pendelt die Suche […] zwischen schweigend verachten und ignorieren, gelassen bleiben, Entlarvung (die ideologische Maske vom Gesicht reißen) und sicherer, selbstbewusst-dechiffrierender Auseinandersetzung mit deren Themen und Logiken (ohne sich freilich die Agenda vorgeben zu lassen)« (ebd.). Wird nach den oben genannten Dimensionen unterteilt, lassen sich weitere Reaktionsstrategien differenzieren, die im Folgenden ausführlicher dargelegt werden. Dabei soll auch ein kurzes ›Für und Wider‹ bei den einzelnen Herangehensweisen vorgenommen werden, und es sollen Beispiele aus der Beobachtung der AfD-Bundestagsfraktion sowie der Reaktionen der anderen Fraktionen angeführt werden. Auf der organisatorisch-institutionellen Ebene gab es zu Beginn der 19. Wahlperiode theoretisch vier Herangehensweisen für den Umgang mit der AfD-Fraktion.

7.1.1 Strategie des Ignorierens

Die Strategie des Ignorierens setzt auf ein bewusstes Nichtwahrnehmen der parlamentarischen Aktivitäten der Rechtspopulisten. Den Anträgen und Redebeiträgen wird keine Aufmerksamkeit geschenkt. Bei Geschäftsordnungsdebatten, die regelmäßig donnerstagmorgens in den Sitzungswochen über die Festlegung der Tagesordnung geführt werden, antwortet in der Regel einer auf die Ausführungen des 1. PGF der AfD-Fraktion, Bernd Baumann. Die AfD-Fraktion ist regelmäßig der Auffassung,

dass ihr mehr Zeit zustehen würde oder die Gestaltung der Tagesordnung sie benachteiligen würde, wie Experten P2 und P3 ausführen (vgl. auch Pergande 2020: 4). Diese Strategie wird zwischen den demokratischen Fraktionen informell abgesprochen (Lau 2020a: 3). Experte P3 verweist auf Verabredungen, »dass nur einer redet, wenn die [AfD; FR] einen Antrag stellen« (IV P3). Damit soll erreicht werden, dass man der AfD-Fraktion »nicht so viel Aufmerksamkeit schenken« soll (IV P3). Ein solches Vorgehen birgt allerdings die Gefahr, dass es zur Normalisierung kommt, da rechtspopulistischen Initiativen nicht öffentlich widersprochen werden, sondern diese unkommentiert im Parlament stehen bleiben.

7.1.2 Strategie der Auseinandersetzung und Erwiderung

Bei einer Strategie der Auseinandersetzung und Erwiderung wird »auf die politische Thematisierung und offene Konfrontation mit den Positionen der Rechtspopulisten« gesetzt (Ruhose 2019: 18). Hierbei werden zwei Herangehensweisen unterschieden, die in der Praxis gleichzeitig vorkommen:

1. die sachbezogen-diskutierende Herangehensweise. Bei dieser wird auf die fachliche Überlegenheit der demokratischen Fraktionen gesetzt und den parlamentarischen Aktivitäten der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen Sach- und Fachkenntnis entgegengehalten;
2. die »selbstbewusst-dechiffrierende« (Hafeneger 2005: 37) Herangehensweise. Hier soll der normative Gehalt der Aktivitäten und Positionen der Rechtspopulisten offengelegt werden. Dies geschieht, indem historische, politische und moralische Vorstellungen, die sich hinter vermeintlich konsensualen oder harmlosen Aktivitäten der Rechtspopulisten verbergen, deutlich als außerhalb des demokratischen Grundkonsenses liegend benannt werden.

Die Strategie der Auseinandersetzung kann auch die Einbeziehung externer Akteure und der politischen Öffentlichkeit beinhalten. Die Strategie der Auseinandersetzung ist dann besonders geeignet, wenn sie beide Herangehensweisen situativ berücksichtigt, wie die Wirkkanäle des Rechtspopulismus funktionieren. Andernfalls birgt

sie die Gefahr, dass es zu einer Überrepräsentation rechtspopulistischer Positionen in der parlamentarischen Auseinandersetzung und öffentlichen Berichterstattung kommt, vor allem wenn sich die demokratischen Fraktionen permanent in sachliche und moralische Debatten begeben. Diese Wirkungsweise wird unter Kapitel 7.2 genauer beschrieben.

7.1.3Strategie der Ausgrenzung

Bei der Strategie der Ausgrenzung wird eine rote Linie zu Personen und Positionen der Rechtspopulisten gezogen, die dann bis hin zum Verlassen des Plenums bei Provokationen reicht (Ruhose 2019: 17). Diese Strategie ist jedoch für rechtspopulistische Parteien wie die AfD nur eingeschränkt wirksam, weil sie den Opfermythos noch verstärken kann, der einen wesentlichen Teil der Eigenwahrnehmung und medialer Eigendarstellung der Fraktion ausmacht (s. Kapitel 4). Zudem ist seitens einer sensibilisierten demokratischen Öffentlichkeit die Strategie umstritten, ob eine Partei, die nicht verboten ist, durch Ausgrenzungsstrategien seitens ihrer politischen Wettbewerber außerhalb des demokratischen Spektrums positioniert werden darf. Ziel einer vollkommenen Stigmatisierung als zunehmend rechtsextreme Fraktion ist es, von außen auf diejenigen Kräfte innerhalb der AfD-Fraktion einzuwirken, die dort für eine andere Haltung eintreten. Sogleich wird der politisch-moralische Druck auf die sich als bürgerlich bezeichnenden Teile der Anhängerschaft erhöht. Im Bundestag äußert sich diese Ausgrenzung öffentlichkeitswirksam natürlich bei den reihenweisen Nichtwahlen von AfD-Abgeordneten in unterschiedliche Positionen.

Prominent sticht die Änderung der Praxis bei der Konstituierung des Bundestags noch in der vorhergehenden Wahlperiode hervor. Anstatt des ältesten Abgeordneten ist nun die oder der am längsten dem Bundestag angehörende Abgeordnete Versammlungsleiter vor der Wahl der Bundestagspräsidentin oder des Bundestagspräsidenten. Dies versuchte die AfD-Fraktion mit einem ihrer ersten Anträge (BT-Drs. 19/2) so zu verändern, dass zunächst ein Versammlungsleiter gewählt wird, der ausschließlich die Abstimmung über die GOBT herbeiführt. Danach solle die Sitzung von der Alterspräsidentin oder dem Alterspräsidenten

geleitet werden. Zu nennen sind hier zudem der prestigeträchtige Vizepräsidentenposten oder das gerade symbolisch bedeutsame Kuratorium der ›Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas‹. Es ging aber auch um weitere Gremien im Bereich der Gedenkkultur, wie die Wahl von Kuratoriumsmitgliedern für die ›Bundesstiftung Magnus Hirschfeld‹ und für das Kuratorium der Stiftung ›Deutsches Historisches Museum‹. Auch bei diesen Wahlergebnissen war sichtbar, dass die übrigen Fraktionen unterschiedliche Strategien verfolgten. Erzielten die Kandidaten für die Gremien im Bereich der Haushalts- und Europapolitik deutlich mehr Stimmen als die AfD-Fraktion Abgeordnete hatte, erzielte die Kandidatin für das Kuratorium der ›Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas‹, Nicole Höchst, nur die Ja-Stimmen der AfD-Fraktion. Aus dem Kreis der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion erreichte sie immerhin eine Reihe von Enthaltungen. Ein ähnliches Stimmungsbild wie bei den Haushaltsgremien ergab sich bei der Wahl der anderen Kuratorien, hier konnten die Kandidaten der AfD auch jeweils über 160 Ja-Stimmen erzielen. Über die Dauer der Wahlperiode wurden die Kandidatinnen und Kandidaten der AfD-Fraktion für das ihr rechtmäßig zustehende Amt des Bundestagsvizepräsidenten jeweils nicht gewählt. Bei dessen Wahl sind die AfD-Kandidaten Albrecht Glaser, Mariana Harder-Kühnel, Gerold Otten, Paul Viktor Podolay und Harald Weyel in jeweils drei Wahlgängen gescheitert.[106]

In diesem Strategiefeld soll exemplarisch erläutert werden, dass Strategien im Umgang auch deswegen regelmäßig überprüft werden müssen, weil sie Gegenstrategien bei der Gegenseite auslöst. Alexander Gauland kündigte in diesem Feld sehr entschieden an, dass die AfD bis zum Ende der Wahlperiode jeweils Kandidaten für das Vize-Amt aufstellen würde. Die Fraktion änderte auch ihr Vorgehen, vor allem als ›gemäßigt‹ geltende Kandidaten zu berufen. So begann die AfD-Fraktion den Nichtwahl-Marathon im Jahr 2020 mit dem Abgeordneten Karsten Hilse, der aufgrund seiner Beiträge im Plenum und der von ihm verantworteten parlamentarischen Initiativen als einer der schärfsten Redner der AfD-Fraktion anzusehen ist. Dennoch zeigt sich in seinem Wahlergebnis, dass es unterschiedliche Bewertungen im Umgang mit diesem Posten gibt. Hillse erzielte mit 473 Nein- gegenüber 154 Ja-Stimmen bei 30 Enthaltungen (BT-

Drs. 19/16161) ein ähnliches Ergebnis wie einige seiner vorherigen Kandidaten. Als letzter Kandidat scheiterte dann im Juni 2021 in der vorletzten Sitzungswoche der Wahlperiode Harald Weyel endgültig in seinem dritten Wahlgang.

1. Wahlgang					
Kandidat/in [illegible]	**Vizepräsident/in** [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Albrecht Glaser [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mariana Harder-Kühnel [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Gerold Otten [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Paul Viktor Podolay [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Karsten Hilse [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Harald Weyel [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
2. Wahlgang					
Kandidat/in [illegible]	**Vizepräsident/in** [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Albrecht Glaser [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mariana Harder-Kühnel [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Gerold Otten [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Paul Viktor Podolay [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Karsten Hilse [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Harald Weyel [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3. Wahlgang					
Kandidat/in [illegible]	**Vizepräsident/in** [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Albrecht Glaser [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mariana Harder-Kühnel [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Gerold Otten [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Paul Viktor Podolay [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Karsten Hilse [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Harald Weyel [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Tabelle 10: Wahlergebnisse der Kandidatinnen und Kandidaten der AfD-Fraktion für die Position der/des Bundestagsvizepräsidentin/-präsidenten

Eigene Darstellung

Generell wird die Ausgrenzung im Laufe der 19. Wahlperiode nicht durchgehalten. Im Februar 2020 wurden Rainer Kraft als stellvertretendes Mitglied im Kuratorium der Stiftung ›Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung‹ und Kay Gottschalk zum Mitglied im Gremium gemäß § 23c Absatz 8 des Zollfahndungsdienstgesetzes gewählt (PlPr. 19/146: 18205). Hier zeigt sich eine Variante der Strategie der Ausgrenzung. Die AfD-Fraktion wird in ausgewählte Gremien gewählt, in entscheidende oder symbolträchtige allerdings nicht. Dies führt dazu, dass AfD-Kandidaten mitunter in 17 Wahlgängen für ein und dasselbe Gremium bis zum Ende der Wahlperiode abgelehnt wurden.[107] Bei der Wahl von Mitgliedern des Stiftungsrats der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte die AfD versucht, über die Benennung von früheren Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern aus der DDR andere Fraktionen zur Zustimmung zu bewegen. Sowohl die frühere Bundestagsabgeordnete für Bündnis 90/DIE GRÜNEN und später für die CDU, Vera Lengsfeld (BT-Drs. 19/1117 neu), als auch Angelika Barbe (BT-Drs. 19/20607)

wurden abgelehnt. Nur bei Angelika Barbe enthielt sich die CDU/CSU-Fraktion. Die Abstimmung der Oppositionsfraktionen FDP, Grüne und Linkspartei über die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu den Vorgängen um den Finanzdienstleister Wirecard dauerte auch deshalb so lange, weil der AfD-Fraktion der Vorsitz für dieses Gremium zusteht. Der erste Vorschlag, den Finanzpolitiker Kay Gottschalk zu wählen, wurde seitens der Linken und der Grünen zunächst abgelehnt (Neuerer 2020). Gottschalk gehört im Bundestag allerdings zu den stärker akzeptierten AfD-Abgeordneten und so wurde er letztlich doch mit vier zu drei Stimmen in geheimer Wahl zum Vorsitzenden des Wirecard-Untersuchungsausschusses gewählt. Die geheime Wahl hatten LINKE und GRÜNE gemeinsam beantragt (FAZ 2020).

Bei den inhaltlichen Initiativen der AfD-Fraktion gibt es eine breite Koalition zwischen Regierungsfraktionen und anderen Fraktionen. Keine AfD-Initiative hat in der 19. Wahlperiode eine Mehrheit erzielt.

Eine Besonderheit stellten die Vorgänge um die Wahl zum Ethikrat dar. Die AfD-Fraktion hat nicht nur erreicht, dass der Ethikrat aufgrund der Nichtwahl der von ihr vorgeschlagenen Mitglieder nicht voll besetzt ist. Sie hat zudem auch einen Kandidaten aufgestellt, der später erklärte, dass er nicht gefragt wurde und sich von der AfD distanzierte (Ärztezeitung 2020). Es zeigte sich hier zudem, dass der Bundestag aufgrund der Strategie der Ausgrenzung der AfD-Fraktion auch von bisher eingeübten Wahlverfahren abweicht. Bislang konnte im Vorfeld stets eine gemeinsame Drucksache auf den Weg gebracht werden. Nun wies die Tagesordnung bei der Wahl der Mitglieder getrennte Drucksachen aus (Rehder 2020), und die AfD-Vorschläge wurden abgelehnt.

Wie stark sich dieser Ausgrenzungsansatz in der deutschen Politik durchgesetzt hat, zeigt sich an der intensiven Reaktion, die ein Brief von Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner ausgelöst hat. Sie hat die Fraktionsvorsitzenden und die zuständigen Sprecherinnen und Sprecher aller im Bundestag vertretenen Parteien zu einem Austausch über das Tierwohl eingeladen, also auch die Vorsitzenden und den Sprecher der AfD-Fraktion. Sie musste zügig zurückrudern. »›Die AfD einzuladen ist ein absolutes No-Go‹, hieß es in der Unionsfraktion« (Delhaes/Neuerer 2020).

7.1.4Strategie der formaljuristischen Auseinandersetzung

Bei diesen Strategieansätzen wird jede legale Möglichkeit genutzt, die Handlungsspielräume der parlamentarischen Fraktion der Rechtspopulisten einzuschränken. Dies bezieht sich auf den Zugang zu Räumen, zu Positionen innerhalb des Parlaments und weitere Aspekte der parlamentarischen Arbeit. Bei dieser Strategie kommt auch dem Parlamentspräsidium eine besondere Rolle zu, da es für die Einhaltung der Parlamentsregeln zuständig ist. Dieses musste auf die im Vergleich zu den vorherigen Wahlperioden ruppige Art des gegenseitigen Umgangs reagieren (s. Kapitel 3). Hier nutzte die AfD-Fraktion in der Tat ihr Recht, im Parlament gegen die Maßnahmen zu protestieren und stellte das Verhalten der Sitzungsleitung zur Abstimmung. Dieses wurde dann mit breiter Mehrheit des Parlaments bestätigt, wie bei der Rüge gegen Alice Weidel sogar in namentlicher Abstimmung mit 549 Stimmen gegen 85 Stimmen bei zwei Enthaltungen (PlPr. 19/33: 3125 und 19/33: 3127). »Für die Wahrnehmbarkeit der Debatten im Bundestag und ihre Spiegelung in den Medien ist der Zeitpunkt der Debatte zentral. Für Regierung bzw. Opposition wichtige Themen werden deshalb in die Kernzeiten (Donnerstag- und Freitagvormittag) gelegt« (Wiegel 2018), bei der die Redezeiten nach einem Schlüssel auf die Fraktionen verteilt werden.[108] Bei einer Neuaufteilung der Zeiten entlang der Kräfteverhältnisse musste die AfD-Fraktion dabei Debattenzeit an die anderen Oppositionsfraktionen abgeben. Dieser Umstand führt zu regelmäßigen Geschäftsordnungsdebatten, in denen die Fraktion auf die alten Regelungen und ihre Benachteiligung hinweist (Pergande 2020: 5). Das Recht, dass die AfD-Fraktion als stärkste Oppositionsfraktion auf die Bundesregierung als erste antwortet, wird davon nicht berührt.

Eine weitere Strategie in diesem Bereich ist, die von der AfD beantragte Ausschussüberweisung mit Mehrheit der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zu ändern und die jeweiligen Vorlagen der AfD zur federführenden Beratung an einen anderen Ausschuss zu überweisen. So wurde der umstrittene Antrag zu Finanzierungskosten der Asylpolitik (BT-Drs. 19/16488) in den Haushaltsausschuss überwiesen, obwohl die AfD-Fraktion die federführende Beratung im Innenausschuss beantragt hatte (PlPr. 19/140: 17481). Auch das Recht auf

Sitzungsunterbrechung verweigern die übrigen Fraktionen der AfD: Eine solche beantragte die rechtspopulistische Opposition nach der negativen Abstimmung über die Position des Vizepräsidenten im April 2020. Nach der Abstimmungsniederlage verließ die AfD-Fraktion den Plenarsaal.

7.1.5Strategieansätze über das Parlament hinaus

Die vier bisher dargestellten Strategien beziehen sich vor allem auf die organisatorisch-institutionelle Ebene des Parlaments. Hinsichtlich der inhaltlich-normativen Dimension lassen sich drei zentrale Strategien des Umgangs mit Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus skizzieren, die über das Parlament hinausreichen.

1. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den sozialen Problemlagen der Wählerschaft der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen gehört zur Ursachenbekämpfung ihrer (Wahl-)Erfolge. Dies umfasst beispielsweise den Bereich der Sozialpolitik (Prekarisierung, fehlende Aufstiegsperspektiven, Auseinanderdriften von Arm und Reich u. Ä.) oder der Integrations- und Flüchtlingspolitik (Überfremdungs- und Verdrängungsängste, Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Institutionen zur Aufnahme und Integration u. Ä.). Hier liegen allerdings auch Gefahren (Kraske 2020: 306). Es muss vermieden werden, die Wählerschaft durch eine »Stigmatisierung der Positionen der Partei als Rechts noch weiter von den etablierten Parteien« zu entfernen (Ruhose 2019: 18). Gleichzeitig bedarf es einer Thematisierung der Motivationslage der rechtspopulistischen Opposition mit der Frage, ob sich die Wählerschaft trotz problematischer Positionen weiterhin hier durch diese vertreten sehen möchte. Eine solche Strategie setzt an der sozialen Wirklichkeit der Wählerschaft an und versucht, sie für demokratische Positionen zurückzugewinnen.
2. Die Strategie der Auseinandersetzung mit den Argumentationsmustern der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen umfasst insbesondere eine kommunikationssensible Herangehensweise. Heinze hat in diesem Bereich für Deutschland seit dem Einzug der AfD in den

Bundestag festgestellt, dass hier »verstärkt Dialogformate […] durchgeführt wurden, bei denen (Spitzen-)Politiker mit Bürgern ins Gespräch kommen können (s. Bürgergespräche aller politischer Parteien). Zudem wird spürbar mehr Wert auf die Online-Kommunikation zwischen Parteien und Wählern gelegt »(2019: 131). Diese Strategie durchbricht, die von den rechtspopulistischen und rechtsradikalen Akteuren versuchte Repräsentation ›des Volkes‹ und macht deutlich, dass die AfD nur für einen kleinen Bevölkerungsteil sprechen kann. Unter dieser Strategie wird auch die Herangehensweise subsumiert, die Positionen der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen zu entkräften, indem ihre Argumentationsstrukturen offengelegt und als häufig irrational sowie historisch belastet dargestellt werden. Dabei besteht die Gefahr, dass den unterliegenden Emotionen keine Beachtung geschenkt wird.

3. Ergänzt werden solche Ansätze um »eine langfristige Förderung der demokratischen Akteure und einer toleranten politischen Kultur« (Ruhose 2019: 18). Dabei werden Kooperationen zwischen parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren unterstützt. Die Verbindung von Parlament und Zivilgesellschaft für einen breiten Konsens ist dabei wichtig.[109] Auf der inhaltlichen Ebene geht es nicht nur um Widerspruch gegen Formen und Erscheinungen des Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus, sondern auch um den Einsatz für eine weltoffene, demokratische und tolerante Gesellschaft. Dabei wurde in der 19. Wahlperiode intensiv diskutiert, wie Kräfte gestärkt werden können, die ein solches Gesellschaftsbild in die Bürgerschaft hineinzutragen vermögen (Giffey 2019).

7.2Das Strategiedilemma im 19. Deutschen Bundestag und die Besonderheit des Jahres 2018

Die öffentliche Diskussion über die beste Strategie im Umgang mit der AfD ist seit 2017 voll entbrannt. Zahlreiche Institutionen haben dazu Hinweise und Handlungsunterstützungen im Angebot (für viele: Amadeu Antonio Stiftung 2019). Auch die Bundestagsfraktionen haben sich teilweise strukturiert mit der AfD-Fraktion auseinandergesetzt (Schneider 2018; Fiedler 2019a

und Fiedler/Starzmann 2020). In der Beschreibung des aktuellen Stands äußert Experte P3, dass dieser Prozess nicht abgeschlossen sein kann. »Richtige Antworten haben wir darauf auch noch nicht gefunden« (IV P3).

Am Anfang unterschieden sich die Hinweise kaum von denjenigen, die für klar rechtsextremistische Nischenparteien entwickelt wurden (Hufer 2018). Danach schloss sich eine Phase an, in der es zwei widerstreitende Philosophien gab: auf der einen Seite die absolute Stigmatisierung der AfD und auf der anderen Seite eine »erweiterte Toleranz« (Gauck, zitiert nach dpa 2020a), die der Altbundespräsident Joachim Gauck pointiert auf den Punkt bringt: »Aber ich kann es auch nicht ab, wenn man alle Wähler der AfD als Faschisten bezeichnet« (ebd.)

Eine wirksame Umgangsform mit dem Rechtspopulismus einer *»radikal rechte[n] populistische[n] Partei«* (Mudde/Rovira Kaltwasser 2019: 13 f.; Hervorhebung des Verfassers, FR) wie der AfD im Parlament gibt es bislang nicht. Es gibt aber auch nicht *die eine* wirksame Umgangsform, wie in der Darstellung der Möglichkeiten von Gegenstrategien verdeutlicht wurde. Reaktionen müssen immer situationsbedingt erfolgen. Lütjen hält fest, dass die richtige Methodenwahl gegen den Rechtspopulismus unklar ist. Dies hänge damit zusammen, dass er »in strukturell angelegten Widersprüchen unserer gegenwärtigen Gesellschaften« (Lütjen 2019) gründe. Auch wenn die AfD als Partei in vielfältigen Entwicklungen eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz rechtfertigt, sollte in der Beschäftigung mit ihrer Parlamentsarbeit dem Diktum des Verfassungsrechtlers Dietrich Murswiek (2020: 23) gefolgt werden: »Politische Opposition mit einer Herrschaft des Verdachts niederzuhalten, ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.« Dann werden für den Umgang nämlich Fragen hinsichtlich der Gründe des Erfolgs der AfD gestellt, und es offenbart sich schnell, dass deren Beantwortung für die etablierten Parteien und deren Fraktionen nicht einfach ist. Die AfD-Fraktion hat im Parlament eine unbesetzte Funktion übernommen und ist dabei als politische Kraft, bei allen Höhen und Tiefen, über die Jahre der 19. Wahlperiode hinweg stabil geblieben.

Auch wenn sich für die Zeit der Etablierung der AfD im Bundestag mit Biskamp (2019a) festhalten lässt, dass der Rechtsruck »bis jetzt nicht darauf [beruht], dass eine

gesellschaftliche Mehrheit sich den Positionen der radikalen Rechten immer weiter annähern würde«, so zeigt sich dennoch die Übernahme der Sprachbilder durch die Konservativen. Dies hat zwei Gründe: Zum einen, weil sie sich in der Historie der CDU selbst finden und zum anderen aus der Sorge vor dem Fall, dass das Strauß-Diktum seine Gültigkeit verlieren könnte und eine Partei rechts der Mitte Raum ergreift.

An anderer Stelle wurde auf die Bedeutung des Jahres 2018 hingewiesen (Ruhose 2019: 20). Dieses Jahr zeigt deutlich, dass Erfolg für (rechts-)populistische Parteien nicht nur an Wahlergebnissen gemessen werden kann. »Vielmehr lässt sich mit Geden (2007: 12) feststellen, dass durch die Existenz dieser Kräfte die Gefahr steigt, dass der politische Diskurs systematisch nach rechts außen verschoben wird« (Ruhose 2019: 20). Bei vielen Gelegenheiten unterstreicht Alexander Gauland dies als Ziel seiner Fraktion (ebd.). Auf einer Pressekonferenz des Vereins der Ausländischen Presse stellte der AfD-Fraktionschef und damalige AfD-Parteivorsitzende zufrieden fest, dass seine Fraktion wieder für spannende Parlamentsdebatten sorge und führte es auf die erfolgreiche Diskursverschiebung durch seine Fraktion zurück. »Das heißt, das, was gesagt werden kann und manchmal auch muss, hat sich verbreitert. Der Korridor des Sagbaren, den haben wir ausgeweitet« (Epoch Times 2018).[110]

Diese Verschiebung sorgt für ein misstrauisches und vergiftetes gesellschaftliches Klima und führt dazu, dass auf diskursiver Ebene demokratische Politikvorschläge deutlich schwieriger durchzusetzen sind. Die ›Entkultivierung‹ führt dazu, dass es insbesondere auch Unterstützung aus dem konservativen Lager für Positionen der AfD gibt. »Dinge, die vorher eindeutig rechtsradikalen Akteuren […] zuzuordnen waren und eher im Verborgenen passiert sind, sind heute viel stärker mit einer rechtskonservativen Öffentlichkeit verzahnt. Es gibt die Tendenz, dass jemand, der öffentlich renommiert ist, vorangeht, unerwünschte Personen im Grunde markiert und zum Abschuss freigibt, und sich dann Rechtsradikale darauf stürzen« (Quent zitiert nach Eisele 2019).

Durch die hier dargestellten Strategieelemente rechtspopulistischer Opposition geraten die konservativen Parteien von rechts unter Druck, weil sie programmatisch unscharf geworden sind. Diese frühere Stärke des Konservatismus,

darauf weist Nida-Rümelin hin, verkehrt sich in dieser Situation und aufgrund der Entkultivierung durch die Rechtspopulisten »in ihr Gegenteil: Die Konservativen können dem doppelten Druck von Rechts, dem neuen Populismus, aber auch den alt-rechten Ideologien programmatisch nichts entgegenstellen« (2020a).

Dies hat die CSU insbesondere erst spät erkannt, und sie hat seit der bayerischen Landtagswahl 2018 einen neuen Kurs beschritten. Anstatt die AfD inhaltlich zu kopieren, wird sie nun als »unbayerisch« bezeichnet (Deininger 2020: 306). Der Generalsekretär der CSU, Markus Blume, hat in einem bemerkenswerten Interview die Bewertungsfehler analysiert (Lau 2020b: 6). Prägnant formuliert er, warum die Brandmauer der Konservativen gegenüber rechtspopulistischen Kräften hochgezogen werden muss: »Du kannst ein Stinktier nicht überstinken«. Markus Söder (zitiert nach Deininger/Ritzer 2020: 308) führt selbstkritisch mit Blick auf das Jahr 2018 aus: »Wir alle haben zur Verschärfung des Asylstreits beigetragen, auch ich. […] Durch den Streit in Berlin entstand der Eindruck, wir stünden mehr auf der ›dunklen Seite der Macht‹. Das hat sich einfach nicht gut angefühlt«.

Seitdem stehen die CDU und die CSU geschlossen gegen die AfD. Die Erkenntnis dringt bei den früheren Volksparteien durch, dass es nicht darum geht, durch das Kopieren oder Nachahmen mögliche Teile der AfD-Wählerschaft zu gewinnen. Doch durch die Entwicklungen im Jahr 2018 konnte sich die AfD im gesellschaftlichen Diskurs erfolgreich festsetzen (Ruhose 2020c: 29). Als Wendepunkt kann die Diskussion über das Infektionsschutzgesetz Ende des Jahres 2020 gesehen werden. Der dortige Vorfall mit den Störern im Bundestag ist »ein Tabubruch«, wie es die PGF von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Britta Haßelmann, bezeichnet (PlPr. 19/193: 24373), und führt im Rahmen der von CDU/CSU und SPD beantragten Aktuellen Stunde zu einer »Generalabrechnung der anderen Fraktionen mit der AfD. Es scheint, als breche sich der Ärger Bahn über all die Provokationen, Tabubrüche und Störungen der vergangenen Jahre« (Fiedler 2020c).

Für Experte P5 hat diese Debatte ebenfalls diese Dimension, was er an der Debattenstrategie der Union festmacht. »Also man nimmt den Bundestag […] oder das Plenum des Bundestages, die 100 Prozent sind eigentlich alle minus AfD. Also man nimmt die

eigentlich schon nicht mehr so richtig als dazugehörig wahr. […] Und ich glaube, dass sich auch das stark bei der Union geändert hat, so auf diese Linie zu gehen. Ich habe das schon als deutlich empfunden, als Signal als jetzt diese Aktuelle Stunde ablief. Das also harte Angriffe ausgerechnet von der Union kamen« (IV P 5).

Der PGF der CDU/CSU-Fraktion, Michael Grosse-Bröhmer, bezeichnete diese Vorkommnisse als den bisherigen »Tiefpunkt einer dauerhaften Strategie der AfD in diesem Hause« (PlPr. 19/193: 24368). Marco Buschmann von der FDP-Fraktion hält mit Bezug auf ein Konzept des Staatsrechtlers Hans Kelsen fest, dass das Instrumentarium der »technischen Obstruktion« der AfD (PlPr. 19/193: 24371) durch jenes der »physischen Obstruktion« (PlPr. 19/193: 24371), also Bedrohung und Bedrängen, ergänzt würde. Mit Fiedler (2020d) kann festgehalten werden, dass »[d]ie Störungen durch ihre Besucher […] der AfD wohl noch lange nachhängen [werden]«.

Dieses Vorkommnis wird die Zusammenarbeit der anderen Fraktionen bis weit in die kommende Wahlperiode prägen und nahezu zwangsweise zur weiteren Ausgrenzung führen müssen. Die inhaltliche Empörung kommt zusammen mit der scharfen Kritik am Umgang der AfD-Fraktion, nachdem dort eine Reihe von Corona-Erkrankungen[111] zum Ende des Jahres 2020 bekannt wurden.

In Betrachtung der gesamten Wahlperiode muss aber dennoch ein Strategiedilemma im Umgang mit dem Rechtspopulismus beschrieben werden, das unmittelbar auf all diese hier skizzierten Fallen folgt. Es bleibt bei aller Einigkeit der Ausgrenzung für die anderen politischen Kräfte bestehen – gerade auch in Wahlkampfzeiten. Eine offensive Auseinandersetzung nutzt durch die Aufmerksamkeitssteigerung zumindest kurzfristig der rechtspopulistischen Strategie. Umgekehrt dient die Verweigerung der Debatte als Beleg, die ›politische und mediale Klasse‹ unterdrücke berechtigte Forderungen. »Der Erfolg rechtspopulistischer Akteure beruht unter anderem darauf, dass es ihnen häufig gelingt, die gegen sie gerichtete Kritik und die gegen sie ergriffenen Maßnahmen bruchlos in die rechtspopulistische Weltdeutung zu integrieren und damit in ihrem Sinne zu nutzen« (Geden 2007: 6).

Dabei verfolgt die AfD das Ziel, »im Gespräch zu bleiben und als normale, wählbare Partei zu gelten« (El Ouassil 2019). Sie hat die

tiefe Verunsicherung und den emotionalen Aufruhr in der Gesellschaft richtig eingeschätzt. Dies erleichterte ihr auch die fehlende Abgrenzung nach rechts aufrechtzuhalten. Es ist ›normal‹, dass die AfD-Fraktion offen mit rechten Aussagen agiert und mit rechten Vereinigungen kooperiert. Sie wird sogar durch Teile der konservativen Öffentlichkeit und nach rechts integrativ wirkenden Schlüsselfiguren wie Thilo Sarrazin oder Hans-Georg Maaßen in der Öffentlichkeit in ihren Positionen gestützt. Dadurch kann die AfD auch und gerade im Parlament offener nach rechts agieren und ihr heutiges Potenzial stärker an sich binden. Die große Gefahr für das Halten dieses Wählerpotenzials liegt genau darin, dass die AfD als ›normale‹ Fraktion wahrgenommen wird.[112]

Gleichzeitig gelingt es rechtspopulistischen Akteuren immer wieder, Themen auf die öffentliche Agenda zu setzen, auf die etablierte Parteien nur unzureichend vorbereitet sind. Natürlich ist es Aufgabe im demokratischen Prozess, auch solche Themen anzusprechen. Nur führt es zu gesellschaftlicher Spaltung, wenn es nicht von denjenigen Kräften thematisiert wird, die eigentlich den gesellschaftlichen Konsens suchen. Die Trennlinie darf nicht zwischen den demokratisch orientierten Kräften verlaufen, sondern »zwischen Demokraten und Nichtdemokraten« (Mansour 2020: 117).[113] Damit ist das *allgemeine Strategiedilemma für den Umgang mit der AfD* beschrieben.[114] Zum einen nutzt die offensive Auseinandersetzung durch die steigende Aufmerksamkeit der Partei und ihren Anliegen. Wenn aber deutliche ›rote Linien‹ gezogen werden und der Diskurs verweigert wird, so wird dies von den Akteuren der rechtspopulistischen Opposition als Beleg genutzt, gegen ›die‹ politische Klasse oder gegen die ›Lügenpresse‹ vorzugehen und ihnen Unterdrückung und Verletzung der Meinungsfreiheit vorzuwerfen.[115]

> »Man redet da ja nicht zu den andern Parlamentarierinnen und Parlamentariern, man redet da sozusagen für deren News Kanal in den Sozialen Medien. Weil jede Rede aufgezeichnet wird und eingestellt wird und verbreitet wird. Und deshalb ist es ganz wichtig, dass man sich vergegenwärtigt: Ist es jetzt notwendig, hier einzugreifen, laut seine Stimme dagegen zu erheben, hier den Widerspruch anzumelden oder sich schützend vor Dritte zu stellen? Oder ist es so abwegig, dass man dem jetzt nicht

> mehr Aufmerksamkeit schenken will und es laufen lässt« (IV P5).[116]

Die Generaldebatte im Bundestag zum Haushalt der Bundeskanzlerin zeigt dieses Dilemma 2018 plakativ: Die SPD-Abgeordneten Martin Schulz und Johannes Kahrs haben mit ihren unterschiedlichen, aber doch pointierten Angriffen gegen die AfD die Berichterstattung geprägt. Ohne diese Reaktionen wäre die Berichterstattung vermutlich eine andere gewesen.[117] Durch diese offensive Reaktion prägt die Aufregungsspirale der anderen Fraktionen die mediale Berichterstattung. Im benannten Fall gingen im unmittelbaren Anschluss kurze Videos mit der Intervention des ehemaligen SPD-Kanzlerkandidaten sowie des emotionalen Auftritts des Hamburger SPD-Abgeordneten ›viral‹: Sie erreichen hohe Klick-Zahlen, werden geteilt und weiterverbreitet. »Ich glaube es gibt auch in den anderen Fraktionen immer Extrapunkte, wenn man es schafft, öffentlich die [AfD; FR] überzeugend zurückzuweisen […] aber ich glaube gegenüber der AfD, die wirklich stark zurückweisend zu argumentieren ist, glaube ich, in allen Fraktionen sehr hoch angesehen, dafür wird man gelobt, ist ja auch schwierig das hinzukriegen« (IV E4).

So lässt sich im Erfolgsfall deutlich machen, dass man sich der radikaler werdenden AfD stark in den Weg stellt. Ein solcher Erfolg ist relevant für das eigene Empfinden und für das Signal, dass man den Rechtspopulisten den sprichwörtlichen Marktplatz nicht kampflos überlässt. Vor dem Hintergrund der seitdem zunehmenden Verrohung der Debatte im Parlament kann dies für die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft zentral sein. »Es ist ein unauflösliches Aufmerksamkeitsdilemma unserer freiheitlichen Gesellschaft: Man kann in einer Demokratie zum Schutz der Demokratie nicht unwidersprochen lassen, was antidemokratisch ist« (El Ouassil 2019). Allerdings führt diese Aufregungsspirale bei den anderen Fraktionen direkt dazu, dass die AfD ihrer Emotionalisierungsfunktion durch ihre Provokationsstrategie gerecht wird. Provokation wird mit Gegenprovokation bekämpft. Das eigene Lager bekommt mit, dass der AfD-Fraktion Grenzen aufgezeigt wurden. Die AfD-Fraktion kann in ihren Kanälen ihre ›Wirkung‹ vermitteln und aufzeigen, dass die anderen Kräfte kein anderes Mittel als die Diffamierung besitzen. Durch die steigende Aufmerksamkeit auf die parlamentarische Auseinandersetzung

werden zudem ihre Anliegen prominent auch in den herkömmlichen Medien verstärkt. Die anderen Fraktionen im Bundestag sind deswegen permanent in der Zwickmühle. Diese Aussage gilt auch nach der zunehmenden Selbstradikalisierung einzelner einflussreicher Kräfte der AfD.

Zugleich hat der Kurs, Verständnis für ›besorgte Bürger‹ zu zeigen, nicht dafür gesorgt, dass die AfD kleiner geworden ist – ganz im Gegenteil. Wahrscheinlich wurde mit diesem Kurs die Allianz zwischen den Rechten und den wirklich von Sorgen getragenen Bürgerinnen und Bürgern verstärkt. Die Umfragen zeigen, dass die AfD-Wählerkoalition auch über die Zeit hinweg zusammengehalten hat: Chemnitz, Halle, Hanau – und aller weiteren Radikalisierungsschritte im beobachteten Zeitraum zum Trotz. Diese Mechanismen sind im Parlament bekannt und werden in die Bewertung des Umgangs mit dem Strategiedilemma berücksichtigt. »Klug, politisch klug ist es in den seltensten Fällen. Manchmal muss es sein, der Debatte wegen und auch um überhaupt einen Gegenpol zu setzen. Aber die reine Empörung geht aus meiner Sicht fehl. Aber es ist auch nicht einfach, da eine Strategie für alle zu verabreden, weil viele Kollegen, Kolleginnen sich persönlich angegriffen und persönlich irritiert fühlen und wollen eben was sagen« (IV P3).

Es gab erst mit der Aussage von Alexander Gauland auf einem Treffen der Jungen Alternative über die NS-Zeit als »Vogelschiss« einen breiten Wandel in der Wahrnehmung dieser Mechanismen. So kam es zu einer Art »›Erweckungserlebnis‹ von Medien, Politik und Zivilgesellschaft« (Ruhose 2019: 20), »denn seitdem wird viel über die Fehler des ersten Jahres im Umgang mit der AfD diskutiert« (ebd.). Noch einmal beschleunigt wurde dieser Haltungswechsel durch die Morde in Hanau und die ›Falle‹, die die AfD in Thüringen für CDU und FDP bei der Ministerpräsidenten-Wahl Anfang 2020 gestellt hatte.

> »Es ist natürlich richtig und wichtig, […] dass wir da auch eine deutlich wahrnehmbare Stimme sind, die dem entgegentritt, wenn Hass, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, homophobe Äußerungen, Angriffe auf Religionsgemeinschaften und andere erfolgen. Dann haben wir klar den Anspruch, eine starke Stimme dagegen und Widerspruch zu erheben. Das ist der eine Punkt, der ist glaube ich wichtig und den sehen wir als notwendig an. Der

andere ist aber der, der ist ebenfalls sehr zentral, dass man sich durch die AfD nicht die Agenda bestimmen lassen darf. Es gibt sehr viele, sehr wichtige und relevante Themen, die brauchen ihren Platz, die haben ihren Ort im Parlament. Bei vielen Themenbereichen sind die Abgeordneten der AfD inhaltlich gar nicht in der Lage, ihre Themen zu setzen und Agenda Setting zu betreiben, weil sie nur sehr eingegrenzt Themen bearbeiten. Man darf sich dann nicht so auf deren Agenda Setting fokussieren und einlassen, und sich dadurch nicht beeinflussen lassen in seiner eigenen, für notwendig erachteten, Themensetzung« (IV P5).[118]

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Marco Buschmman, formuliert am Ende der Wahlperiode, dass die anderen Fraktionen »ein Stück handwerkliche Souveränität im Umgang […] gefunden [haben] […] statt nur den Krawall der AfD zu kommentieren.« (Buschmann zitiert nach Bauer/Fiedler 2021: 164).

Wie brüchig dieser Konsens aber immer noch ist, zeigt sich exemplarisch an einem Vorfall zu Beginn des Jahres 2021.[119] In einer Diskussion eines Antrags von Bündnis90/Die Grünen meldete sich zu Beginn deren Parlamentarische Geschäftsführerin, Britta Haßelmann, mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort: »Ich möchte für meine Fraktion den Minister für Finanzen, Olaf Scholz, herbeizitieren; denn ich finde, dass in der Aussprache zur Lage in Russland und zu der Frage der Positionierung der Bundesregierung im Hinblick auf Nord Stream 2 und möglicher Angebote an die USA Herr Scholz als Finanzminister anwesend sein soll« (PlPr. 19/208: 26239). Scholz nahm an der Tagung der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten zur Corona-Politik teil, was den GRÜNEN aber nicht bekannt war (PlPr. 19/208: 26239), und er war auch nicht entschuldigt (PlPr. 19/208: 26240). Das Ergebnis der Abstimmung: Die Opposition erreichte ein Herbeizitieren, da CDU und SPD auf eine Bestätigung mit Blick auf die Corona-Beschränkungen verzichteten und nicht genügend Abgeordnete im Raum waren (Pergande/Schuller 2021: 1). Petra Pau fasste das Ergebnis der Abstimmung zusammen: »Wer stimmt für die Herbeizitierung des Herrn Bundesfinanzministers? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen« (PlPr. 19/208: 262410). Es entbrannte

daraufhin ein Streit, ob die Opposition so eine Abstimmung anstreben darf, wenn sie nur Erfolg haben kann, wenn sich die AfD anschließt. Denn im Umfeld der Wahl von Kemmerich wurde eine Unterscheidung populär, wann man mit der AfD stimmen könne und wann nicht – immer dann, wenn es eine eigene Mehrheit gibt und man nicht abhängig ist. Dies war aber hier ebenso der Fall – wenn auch in einer anderen Dimension. Auf einmal standen dann doch die Oppositionsfraktionen gegen die Regierungsfraktionen. Unabhängig davon, wie der Sachverhalt bewertet wird, zeigt er wie unter einem Brennglas, wie schwer am Ende der Wahlperiode ein konsistenter Umgang ist. Der Vorfall demonstriert auch, dass es keine umfassende Abstimmung geben kann und dies wahrscheinlich auch wegen unterschiedlicher Sichtweisen auf Sachverhalte nicht geben wird. Daher lässt sich weiterhin schlussfolgern, dass der »Umgang mit einer populistischen Kraft immer im Kontext der politischen Situationen, der handelnden Personen und der Strategie des Gegenübers (also der AfD) entwickelt werden muss« (Ruhose 2019: 20).

7.3Über den zukünftigen Umgang mit der rechtspopulistischen Opposition

Die Frage, welche der hier vorgestellten Strategieoptionen für den Umgang mit der AfD am ehesten ›passt‹, wird aktuell an zahlreichen Stellen untersucht (Heinze 2019; Heinze 2020a; Heinze/Lewandowsky 2022; Hafeneger/Jestädt 2020; Ruhose 2019). Daraus resultieren mitunter konkrete Handlungshinweise für den Umgang im Parlament (Ruhose 2019). »Eine generelle Antwort darauf mag in normativer Hinsicht wünschenswert sein; sie verbietet sich aber deshalb, weil die einzelnen Fälle je nach politischer Ausgangslage (Gelegenheitsstruktur) und Charakter der Rechtsparteien unterschiedliche gelagert sind« (Decker 2006: 21). Es gibt keine »One-Size-fits-all«-Strategie (Ruhose 2017: 4). Die AfD ist *ein* Symptom und nicht *die* Ursache. Im parlamentarischen Diskurs sollte ihre Fraktion nicht durch Veränderungen von Geschäftsordnungen geschwächt werden, darüber waren sich im beobachteten Zeitraum alle Experten einig. Dennoch wurde es nicht praktiziert. Es geht bei Gegenstrategien immer darum, der AfD zu begegnen, ohne unfreiwillig ihre

Strategie zu stärken oder sie nachzuahmen.[120] »Es geht um die Verführbaren, die Modernisierungs- und Vernetzungsverlierer, ihre Wut und ihre Angst. An die Stelle von Ersatzhandlungen muss eine Gesamtstrategie treten« (Peter Glotz 2001: 13).

Für eine solche Gesamtstrategie bedarf es Reaktionsmodelle in den parlamentarischen Debatten und bezüglich der ›Fallen‹, die die AfD bewusst aufstellt. Es bedarf darüber hinaus Überlegungen, inwiefern das Parlament auf das ›Parlamentsversagen‹ und das gezielte Aussparen der Emotionalität im Gegensatz Regierung zu Opposition insgesamt reagieren sollte. Wie gezeigt, ist sie Ausdruck der in der Gesellschaft verbreiteten »phobischen Gefühlslagen« (Habermas 2020a: 8). Krastev (2020b: 52) schreibt, dass es vor allem Sorgen sind, die zur Wut führen, von denen die Populisten profitieren. Diese Besonderheit bewirkt, dass sich die etablierten Kräfte stärker als bisher mit der Frage der Integration affektiver Dimensionen in die politische Auseinandersetzung einbeziehen. »Enragement (In-Wut-sein) transformiert sich nicht zu Engagement (Sich-Einbringen), die kollektive Aktion bleibt destruktiv, ihre ›schöpferische Tat‹ ist Nietzsches blankes Nein« (Leggewie 2015: 150). Ein Ansatz, darauf zu reagieren und im Sinne der Aufforderung von Peter Glotz zu agieren, bedarf in sich greifender Strategieansätze für die unterschiedlichen Arenen der politischen Auseinandersetzung. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich die AfD an das hier vorgestellte weiter gefasste Oppositionsverständnis hält. Hierfür soll dem Ansatz von Ruhose (2019b: 19) und Heinze/Lewandowsky (2022) gefolgt werden, der die »in der Forschung bereits etablierte horizontale Unterscheidung zwischen formalen und inhaltlichen Reaktionen durch eine vertikale Ebene ergänzt, indem […] das Parlament, die mediale Öffentlichkeit und de[r] Parteienwettbewerb als Arenen« identifiziert werden.

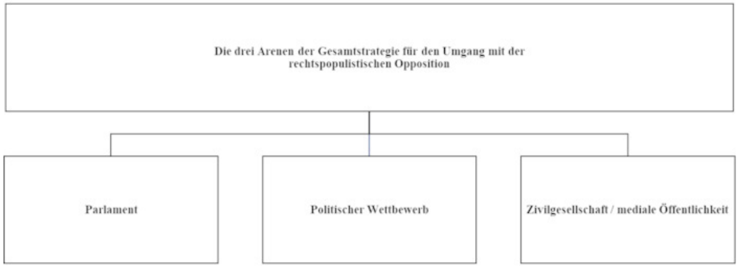


Abbildung 28: Die drei Arenen der Gesamtstrategie für den Umgang mit der rechtspopulistischen Opposition

Eigene Darstellung nach Ruhose 2019: 19 und Heinze/Lewandowsky 2022: XX

Wie in Kapitel 6 dieser Arbeit entwickelt wurde, gibt es aber sehr wohl ein »Sich-Einbringen« (Leggewie 2015: 150) durch die AfD-Fraktion, das Leggewie für den Populismus generell negiert. Die AfD-Fraktion im Bundestag hat dazu geführt, dass die bislang nicht berücksichtigten politischen Emotionen einen Ausdruck und ein politisches Programm erhalten. Hirschmann (1988: 29) hält »Enttäuschung als treibende Kraft« für das politische Engagement. Zum politischen Konflikt gehören »nicht nur Meinungen, sondern auch Leidenschaften« (Hetzel 2010: 240). Bevor die Überlegungen zum Umgang mit der AfD im Parlament entwickelt werden, muss festgehalten werden, dass es sich nicht einfach um das sogenannte ›Ernstnehmen‹ der Anliegen der Rechtspopulisten handelt (Ruhose 2020c: 30). Es geht darum, für sich anzunehmen, dass der »vorherrschende Politikstil auf ein Management vermeintlich alternativloser Handlungszwänge geschrumpft ist« (Leggewie 2015: 153). Dies scheint eine unmittelbare Folge der Tatsache zu sein, dass Politik bisher in eher »liberaler ›Grammatik‹« (Heidenreich 2015: 50) beschrieben und betrieben wird, die eine »Strategie der Entemotionalisierung« (Schaal/Fleiner 2015: 75) aller politischen Arenen mit dem Ziel eines rein rationalen Diskurses verfolgt (vgl. auch Schaal/Heidrich 2013 und zu den negativen Implikationen Llanque 2012: 130). Die Abwendung der Menschen von diesem Politikstil ist mit Händen zu greifen. Eine Mehrheit spricht den etablierten Parteien die Lösungskompetenz ab und setzt auf neue Kräfte (Infratest dimap 2019). Das hat damit zu tun, dass sich die etablierte Politik in den vergangenen Jahren »auf das Klein-Klein der additiven

Befriedigung von Gruppeninteressen [beschränkt] und […] auf eine *Gestaltungsperspektive* [verzichtet], die die wachsende Konkurrenz der Einzelinteressen einer immer weiter ausdifferenzierten Gesellschaft *übergreift*. Zulauf haben im Augenblick die beiden Parteien, die den globalen Kampf gegen den Klimawandel beziehungsweise die regressive Beschwörung der nationalen Identität als ein alles andere überragendes politisches Ziel propagieren« (Habermas 2020a: 9; Hervorhebung im Original).

Um rechtspopulistische Politikansätze und die Einstellungen der Wählerschaft zu ›verstehen‹, müssen Gegenstrategien somit stärker auf politische Emotionen eingehen. Hier soll mit Rückgriff auf die Arbeit von Schaal/Heidrich (2013) sowie Llanque (2012) dafür das Konzept eines ›dynamischen Republikanismus‹ als Grundlage beschrieben werden. Dieser denkt »die *res publica* […] als eine von Spannungen, Prozessen und Widersprüchen durchzogene Entität« (Heidenreich 2015: 52; Hervorhebung im Original). Politik wird damit als ein »dynamische[s] Zusammenspiel der Vielheit« verstanden (Llanque 2012: 117), das »politische […] Gefühle in den demokratischen Willensbildungsprozess« integrieren muss (Heidenreich 2015: 52). Hier werden Antworten gesucht auf die Frage, die der damalige Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, im Gespräch mit Tobias Dürr und Michael Miebach so formulierte: »Wie lässt sich individuelle Freiheit mit dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit verbinden?« (Dürr et al. 2017). Durch die AfD kämpft sich die Emotion als politische Kategorie zurück in ihre berechtigte Funktion in unserer parlamentarischen Demokratie. Doch die einseitige rechtspopulistische Aufladung, das allgemeine Strategiedilemma und das Suchen nach einem Umgang mit der AfD führt in der 19. Wahlperiode lediglich zu einer »postdemokratischen Emotionalisierung« (Heidenreich 2015: 51), die lediglich einen Schwerpunkt auf die politische Kommunikation, aber nicht auf die Einbeziehung von Emotionen legt. Letzteres nehmen aktuell nur die Rechtspopulisten vor – Hirschmann (2017: 173) bezeichnet sie daher als »Identitätsunternehmer« – und sprechen damit eine substanzielle Minderheit von Menschen an. Dafür ist allerdings aufgrund ihrer populistischen Einstellungen eine nennenswerte Anzahl darüber hinaus ansprechbar. Vehrkamp/Wratil (2017: 13) beziffern diesen Anteil auf knapp ein Drittel der

Wahlberechtigten. Emotionen zählen also und »der demokratische Prozess […] kann beträchtlich vertieft und ausgeweitet werden für die Forderung breiter Bevölkerungsteile […] die […] von ihm ausgeschlossen wurden« (Laclau 2002: 62, zitiert nach Hetzel 2010: 239). Darauf sollte in den Reaktionen und eigenen Politikstrategien von den etablierten Kräften stärker eingegangen werden. Damit stellen sich Fragen, was die Lehren sind, die aus der Existenz der rechtspopulistischen Opposition im 19. Deutschen Bundestag gezogen werden müssen.

7.3.1›Emotional Mainstreaming‹ in der politischen Debatte

Es bedarf einer Berücksichtigung von Emotionen in allen oben aufgeführten Arenen der politischen Auseinandersetzung. Es gibt »keine neutrale, sachorientierte Politik«, überall wirken »emotionale Korrelate« (Schaal/Fleiner 2015: 87). Die deutsche Gesellschaft und mit ihr ihr Parlament ist einer Spaltung unterworfen, die dazu geführt hat, dass der Dialog abgebrochen ist. Dies wird von jeder Seite bedauert (Hartl/Faus 2020: 26), aber es wird dafür die jeweils andere Seite verantwortlich gemacht (Hartl/Faus 2020: 25). Bei der Berücksichtigung aller »Gefühlswelten« in der Politik gilt zu beachten, dass »reale und gefühlte Gefahren oft weit auseinander[liegen]« (Frevert 2020: 31). Auf den Aufstieg des Rechtspopulismus muss in geeigneter Weise reagiert werden. Dafür bedarf es einer Wiederbelebung der Konfliktfähigkeit unserer Gesellschaft (Ruhose 2020c: 32 f.). Wahlkämpfe, die mit einer eigenen ›positiven‹ Polarisierung geführt werden, sind ein guter Ausgangspunkt. Es bedarf einer Verständigung in und zwischen allen drei politischen Arenen darüber, wie an »einer neuen Form von Bekenntniskultur […] , die sich der politischen Auseinandersetzung über das gemeinsame Gut stellt« gearbeitet werden kann (Strauß 2019: 7). Mouffe (2007: 29) spricht davon, dass »zwischen den miteinander im Konflikt liegenden Parteien eine Art gemeinsamen Bandes bestehen [muss]«, das verhindert, die Forderungen des anderen als »illegitim« (Mouffe 2007: 29) zu betrachten (vgl. auch Hetzel 2010: 241). Deswegen muss im Parlament eine Diskussion über ein ›neues Leitbild‹ der pluralen Demokratie geführt werden. Dabei ist entscheidend, dass die Positionen der AfD gehört und berücksichtigt werden. Das hat auch damit zu tun, dass die AfD die

»Bedrohungsgefühle« (Frevert 2020: 163) zwar thematisiert, aber nicht auflösen muss. Frevert (2020: 165) weist am Beispiel des »Gefühl[s] des Heimatverlustes« auf die historische Situation hin, in der politische Kräfte diese Emotionalisierungsfunktion wahrnehmen können. Emotionen werden immer dann politisch virulent, »wenn Menschen sich von den Zumutungen der Gegenwart und Zukunft verunsichert und bedroht fühlen« (Frevert 2020: 165).

Eine weitere Lehre aus der Existenz der rechtspopulistischen Opposition seit 2017 ist, dass die Entpolitisierung des politischen Diskurses scheinbar mit einer moralischen Disqualifizierung einer der Seiten erfolgt (Hetzel 2010: 239). Liberale Gesellschaften zeichnet gerade aus, dass sie keine Vorgaben für den Diskurs machen. »Selbst, wenn sie Leitplanken setzen und Wegweiser aufstellen, bleibt ihren Mitgliedern die Freiheit, sich für oder gegen eine Richtung zu entscheiden« (Frevert 2020: 24). Die Schwerpunkte, die die rechtspopulistische Opposition einbringen wird – vielleicht sogar in absoluter Opposition zu einem solchen Prozess – sollten allerdings gehört, bewertet und berücksichtigt werden. In der politischen Debatte gilt es, die vorherrschende »Emotionsaversion« (Schaal/Fleiner 2015: 76) zu überwinden. Dafür bedarf es der Etablierung eines »Emotional Mainstreaming« (Schaal/Fleiner 2015: 85 f.), das sich mit der emotionalen Wirkung von konkreten politischen Maßnahmen ebenso befasst wie mit der Frage, wie Menschen für Beteiligung aktiviert werden können. Nur so kann versucht werden, das notwendige »gemeinsame Band«, von dem Mouffe (2007: 29) spricht, zu erzeugen. Mögliche Orte eines solchen Prozesses sind dann aber keine Regierungsveranstaltungen, wie es sie im Rahmen des von ihr durchgeführten Zukunftsdialogs in den Jahren 2013 bis 2017 gab und die aufgrund ihrer Einseitigkeit im Sande verlaufen sind. Vielmehr muss das Parlament Ort und Organisator sein. Dabei sollten Elemente der parlamentarischen Debatte, wie es sie durch Orientierungsdebatten in der Geschäftsordnung des Bundestags gibt, mit dem Instrumentarium einer Enquete-Kommission verbunden werden (Ruhose/Schmedes 2019). So kann ein Leitbildprozess aufgesetzt, und gleichzeitig der Parlamentarismus gestärkt werden. In einem solchen Format würde das »große Gespräch« (Frevert 2020: 166) abgebildet werden müssen, »was es heißt ›deutsch‹ zu sein, welche Vorstellungen guten

Zusammenlebens es gibt und welche Verbindlichkeit sie beanspruchen dürfen, was von Zuwanderern erwartet wird, und was man ihnen schuldet […] “.

Durch eine solche Debatte würde die Politik sich zudem der Aufgabe stellen, ein gesellschaftliches »Angstmanagement« (Frevert 2020: 39) offensiv zu entwickeln und gleichzeitig zu verhindern, dass sie so lediglich als Ziel formuliert, »einen negativen Zustand zu verhindern oder zumindest abzumildern« (Reckwitz 2020: 242). Rosanvallon (2020: 230; Hervorhebung im Original) regt eine Stärkung der *»interaktive[n] Demokratie«* an. Hier geht es darum, auf Dauer angelegte »Konsultations-, Informations- und Rechenschaftsmethoden« zu etablieren (Rosanvallon 2020: 230). Vorschläge wie Bürgerräte (Schäuble nach dpa 2020c), Bürgergutachten (Bayerische Staatsregierung 2018) oder breiter angelegte Enquete-Kommissionen (Ruhose/ Schmedes 2019) liegen auf dem Tisch. Darüber hinaus braucht eine Alternative zur populistischen Demokratie aber auch das, was Rosanvallon (2020: 230; Hervorhebung im Original) unter dem Begriff einer *»narrativen Repräsentation«* fasst, die neben die klassischen Repräsentationsformen tritt und zu einer Veränderung der Debattenkultur führt.

7.3.2Veränderung der Debattenkultur

Autoren wie Richter (2018), Maxwill (2019) oder Koppetsch (2019b), die wie in dieser Arbeit vorgenommen, die fehlende Berücksichtigung von Emotionen in den Mittelpunkt der Analyse des Rechtspopulismus stellen, richten ebenfalls den Fokus auf die Notwendigkeit eines die Notwendigkeit eines neuen gesellschaftlichen Diskurses in den Mittelpunkt. Richter (2018: 72) hält ein »gesellschaftliches Brainstorming« für notwendig. Politik muss sich dafür stärker erklären und »offensiver und transparenter für Verständnis« werben (Korte 2020b: 127). Richter (2018: 68) betont das auch hier bereits beschriebene Fehlen einer Erklärung der Migrationspolitik als ein mitauslösendes Moment für die Verunsicherung, die unsere Gesellschaft seitdem ergriffen hat. Maxwell (2019: 258) spricht davon, dass die Migrationspolitik »Auslöser der gesellschaftlichen Spaltung [war], nicht aber ihre Ursache.«

»Opposition wird oft ausschließlich als Angriff wahrgenommen

und betrieben.« Treffender als Richter (2018: 27; Hervorhebung im Original) können die Bedingungen und die Wirkungen einer erfolgreichen rechtspopulistischen Opposition nicht beschrieben werden. Konstruktive Opposition, sei sie nun von links oder rechts formuliert, »*wird von vielen nicht verstanden oder übersehen, nicht ausgehalten, nicht gewollt und nicht angenommen*« (Richter 2018: 27; Hervorhebung im Original). Dabei wird der AfD sogar vorgeworfen, »keine neutralen Begriffe zu nutzen, die dem Publikum erlauben, sich selbst eine Meinung zu bilden.« (Flügge, zitiert nach Laschyk 2020). Politik ist auch der wertende Gebrauch von Sprache. Nicht nur, aber auch wegen der Auftritte der AfD im Parlament wurden als Gegenreaktion zur Sprache der AfD die Sensoren auf der Gegenseite immer empfindsamer. »Und da ist eben jahrelang die Reaktion eine falsche gewesen. ›Das, was die Falschen sagen, das muss in sich falsch sein‹. Kritisiert Pegida, kritisiert die AfD die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, dann gilt das gleichsam als ein Hinweis darauf, dass diese Politik richtig ist« (IV E2).[121] Gleichzeitig kann eine Zunahme rechter Gewalt attestiert werden (BfV 2020b). »Diesen Milieus in ihren kommunikativen Nischen der Verbitterung müssen die Grenzen des Rechtsstaatlichen früher aufgezeigt werden. Und zwar links wie rechts. Wer von Hass beseelt ist, dient nie einer politischen Agenda, sondern nur seinem antihumanistischen Nihilismus, der Ausdruck bequemer Verzweiflung ist« (Poschardt 2020a: 3). Um diese Situation zu verändern und nicht den Weg der amerikanischen Polarisierung zu beschreiten, den Lütjen (2020) und Klein (2020) darstellen, steht die Politik vor einer Aufgabe in der zweiten Wahlperiode mit einer wie stark auch immer vorhandenen parlamentarischen rechtspopulistischen Opposition: »Aufgabe der Politik ist es im Zweifel, auch strittige Entscheidungen so populär zu machen, dass es eine freie Gesellschaft nicht auseinandertreibt. Ist sie auseinandergetrieben, müssen Recht und Ordnung alle engagierten Akteure von Politik und Zivilgesellschaft möglichst umfassend schützen« (Poschardt 2020a: 4).

Kluge Forderungen nach einer neuen »Debating Culture« (Tibi 2016: 69) werden durch Beschimpfungen der vermeintlich ignoranten Gegenseite wieder zunichtegemacht. So spricht Tibi (2016: 72), während er eine neue Kultur anregt, von der »politischen Kultur der Bundesrepublik unter Merkels

Herrschaft«, die seine Positionen einer Tyrannei gleich unterdrücken würde.[122] Die Spaltung der Gesellschaft nach amerikanischem ›Vorbild‹ führt zu einer Vertiefung der weltanschaulichen Perspektiven, dass es auf beiden Seiten zu einer Cancel Culture kommen kann.[123] Dennoch: »Cancel Culture ist lediglich ein Oberflächenphänomen der aktuellen Erosion der zivilkulturellen Grundlagen der Demokratie« (Nida-Rümelin 2020c: 2). Die Corona-Pandemie stellt für unsere Gesellschaft eine zusätzliche Herausforderung dar. Damit zum Beispiel durch die langfristigen Auswirkungen der Pandemie nicht eine erneute Chance für den Rechtspopulismus entsteht, müssen in Deutschland Debatten anders geführt werden. Dabei geht es nicht um das ›Ernstnehmen‹ rechtsextremer Personen und Positionen. Es geht darum, zu verhindern, dass die Corona-Pandemie zu einer Vereindeutigung im Politischen wird und damit die Demokratieverdrossenheit fördert. »Alle, die nicht in den Kontroll- und Überwachungsfetisch einwilligen, gelten als ›Covidioten‹, auch dann, wenn sie mündig Einschränkungen mittragen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse explizit nicht in Abrede stellen – aber sich wünschen, dass über die Konsequenzen diskutiert wird« (Poschardt 2020b: 1).

Die Emotionalisierungsfunktion der AfD-Opposition kann reduziert oder sogar (temporär) ausgeschaltet werden, wenn es zu einem intensiven Dialog über die unterschiedlichen Positionen unter Akzeptanz des Vorhandenseins von Emotionen kommt (Haidt 2016). Die sinnvollen Strukturierungsvorschläge für diese neue Debattenkultur von Kostner (2019: 67) wären ebenfalls wirkungsvoller gewesen, wenn sie sich nicht an einer vermeintlichen ›Identitätslinken‹[124] und deren ›Läuterungsagenda‹ abarbeiten würden. Sie schlägt vor, dass reflektiert werden muss, warum »aus kulturell-religiösen Praktiken resultierende Wertekonflikte« wegerklärt würden. Zudem sollten die »Verabsolutierungen einer Position oder eines Rechtsgutes« unterbleiben. Vielmehr sollten Wege gefunden werden, wie in der Debatte gewährleistet werden kann, »dass […] andere legitime Positionen und Rechtsgüter« anerkannt werden (Kostner 2019: 67). Mit Mansour (2020: 119) soll dies noch konkretisiert werden. In der Debattenkultur des Landes muss wieder verankert werden, dass die Argumente entscheiden »und nicht die Tatsache, zu welcher Partei oder Gruppe sich jemand bekennt«. Wohin dies

langfristig führt, zeigt Klein (2020) am Beispiel der USA. »In Demokratien streitet man, anhaltend und heftig, polemisch und zugespitzt. Aber man hasst nicht« (Frevert 2020: 183). Sonst wird die Unterteilung in Gut und Böse immer stärker zunehmen. Richter (2018: 28; Hervorhebung im Original) fordert daher, dass wir zu einem *»offenen politischen Diskurs über den ausgebrochenen Problem- und Gefühlsstau«* kommen müssen. Doch dafür ist eine Tugend notwendig, die derzeit abhandengekommen ist und die dazu führt, dass der gesellschaftliche Austausch zwischen den politischen Gegensätzen zum Erliegen gekommen ist. Derzeit fehlt die Reflexionsebene, und es ist unmöglich, »[v]on Empfindlichkeiten absehen [zu] können, ohne seine Empfindlichkeit zu leugnen« (Riechelmann 2020: 35). Davon profitiert die AfD-Fraktion in zunehmendem Maße, denn der politische Streit scheint zunehmend tabuisiert zu sein. Es kann sein, dass Neff (2020: 7) in seiner Beschreibung über »[d]ie deutsche Erregungsgesellschaft« richtigliegt, wenn er feststellt, dass die Demokratie bei einem falschen Umgang mit der AfD und vor allem den Themen Schaden nehmen kann. »Die AfD ist nicht stärker geworden, weil man sie in Deutschland zu wenig bekämpft hätte. Eher hat man sie zu stark ausgegrenzt, zu einem Zeitpunkt, als sie noch einigermaßen gemäßigt war« (Neff 2020: 7)

Cas Mudde (2020: 207 ff.) hat in seinem Buch über ›Rechtsaußen‹ den bestehenden Konsens über wirksame Reaktionen zusammengefasst (vgl. dazu auch Ruhose 2019: 23–33). Doch zeigt die Aussage von Neff, dass zukünftige Strategien weitere Elemente aufnehmen müssen und hier weitere Forschung betrieben wird. Wenn man die AfD aus dem politischen Diskurs ausschließt, weil sie in großen Teilen nicht auf dem Boden der Verfassung steht, wie der Verfassungsschutz annimmt, dann darf man nicht ihre Themen aussparen. Der PGF der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Patrick Schnieder, hat in der Bundestagsdebatte zum Antrag der AfD-Fraktion, Sachverständige im Bundestag vor Hass zu schützen, dies prägnant ausformuliert, warum ein solcher Ausschluss legitim ist: »Es gibt ein ganz einfaches Rezept: Wenn Sie mal aufhören würden, zu hetzen, Hass zu schüren, dann würden wir nicht nur Sachverständige vor Hass schützen, sondern hätten in der Gesellschaft insgesamt ein anderes Klima in der politischen Auseinandersetzung« (PlPr. 19/171: 21463).

In der Gesamtbewertung der AfD-Fraktion muss auch die gefühlte und tatsächliche Bedrohungslage in der deutschen Politik Erwähnung finden. Und wie meistens ist das Bild umfassender zu zeichnen, als es sowohl durch AfD als auch durch die anderen Fraktionen gezeichnet wird. »Waren AfD-Angestellte den anderen Fraktionen schon bis dahin nicht geheuer, hat die Störaktion vom 18. November endgültig gezeigt, wozu die Partei in der Lage ist – nämlich dazu, zusätzlich Leute ins Haus zu schleusen, die andere gewählte Abgeordnete bedrängen sollen. Niemand kann garantieren, dass bei der nächsten Gelegenheit nicht auch unmittelbare physische Gewalt angewandt wird« (Decker 2021b).

Zum Gesamtbild gehört auch, dass die AfD-Fraktion in ihren regelmäßigen Kleinen Anfragen darauf hinweisen muss, dass sich die Gewalt gegen Einrichtungen ihrer Politikerinnen und Politiker häuft. Im Ausblick auf die kommenden Jahre wird dieser Punkt – und die Zurwehrsetzung gegen solche Angriffe – wichtiger werden. So wird im Umfeld der AfD die Forderung nach einer »nationale[n] Sicherheitskonferenz« (Sellner 2021: 82) laut. Zudem schlägt der führende Kopf der Identitären Bewegung, Martin Sellner vor, im Kampf der AfD gegen die Antifa »völlig im Rahmen der Gesetze und keinesfalls klandestin – eine private Sicherheitsfirma […] [zu gründen; FR], die exklusiv für die Partei arbeitet und ihre Mitglieder gezielt für die Möglichkeit legaler Notwehr und Nothilfe schult. Regelmäßige Sicherheitsstreifen müssen AfD-Gebäude schützen. Kein Infostand darf mehr ohne Security-Einheit stattfinden« (Sellner 2021: 82).[125]

Die Themen, zu denen die AfD herausfordernde Fragen stellt, müssen in den politischen Diskurs überführt werden. In einer republikanischen Debattenkultur wäre für sie und eine emotionale Ansprache Platz (Ruhose 2020c: 32). Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass offen über »Angstkonkurrenzen« (Frevert 2020: 50) verhandelt werden muss. Frevert (2020: 50 f.) weist auf die Wirkung der Corona-Pandemie auf das Gefühlsleben hin und beschreibt, wie es der AfD 2015 gelungen war, diese Wirkung in der Flüchtlingskrise zu adressieren. Daraus sollte die Lehre gezogen werden, dass Politik anders als 2015 im Verlauf der Corona-Pandemie und in deren Folge wesentlich offener und transparenter sein muss, soll der rechtspopulistischen Opposition die Möglichkeit genommen werden, ihre Emotionalisierungsfunktion erneuern zu können. In der Reaktion

auf die Positionen der AfD wird deutlich, dass für diese Veränderung notwendig ist, in der Öffentlichkeit nicht mit zweierlei Maß zu messen. Als Wolfgang Schäuble (zitiert nach Birnbaum/Ismar 2020) im April 2020 die ethische Frage aufwarf, ob man alles andere »dem Schutz von Leben« unterordnen dürfe, wurde darüber diskutiert und ihm aus der Politik recht gegeben (Bubrowski et al. 2020). In der Bundestagsdebatte führte eine inhaltlich ähnliche Aussage von Alexander Gauland – vorgetragen in einem provokanten Ton – zu enormem Widerspruch. Auch wird ihre legitime Kritik an dem Zustandekommen der Maßnahmen als unverantwortlich abgewiesen, obwohl gleichzeitig »Abgeordnete aller Fraktionen« (Niederndorfer 2020) darauf drängen, die Parlamente stärker einzubeziehen. Dieses Phänomen kann in der Corona-Politik auch an anderer Stelle beobachtet werden. So erhält beispielsweise mit der Forderung der SPD-Fraktion, einen Corona-Beirat an die Seite der Politik der Bundesregierung zu stellen, Ende des Jahres 2020 eine Forderung der AfD-Fraktion Einzug in die Mainstream-Diskussion. Im April 2021 erfährt die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel viel Kritik für ein Interview, in dem sie die Kritik ihrer Fraktion am Inzidenzwert als Leitorientierung in der Corona-Pandemie vertritt (O. V. 2021). Vorher hatte sie in einer Bundestagsdebatte ausgeführt: »Willkürlich festgesetzte Inzidenzzahlen als ausschlaggebendes Kriterium sind ebenfalls absurd. Sie hängen von der Zahl der durchgeführten Tests ab und lassen sich nach Belieben hochtreiben. Ohne Rückkopplung an die Testquote, den Anteil tatsächlich Erkrankter und die Alterskohorten der Betroffenen sind sie auch nicht aussagekräftig« (PlPr. 19/222: 28104). Nahezu gleichzeitig verfasst die SPD-Fraktion im Bundestag ein Positionspapier, in dem sie festhält, dass der Inzidenzwert zwar »ein wichtiger Faktor für die Bemessung des Infektionsgeschehens« (SPD-Fraktion 2021: 3) sei, er »aber nicht als alleiniges Kriterium für die Notwendigkeit von oft erheblich in Grundrechte eingreifenden Maßnahmen herangezogen werden [kann]« (SPD-Fraktion 2021: 3).

Der Umgang mit medienpolitischen Vorschlägen der AfD zeigt ein ähnliches Verhaltensmuster auf. So forderte die Enquete-Kommission ›Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft zur Zukunft der Medien‹ in ihrem Schlussbericht »zum Thema Deutschlands Weg

in die Informationsgesellschaft« (BT-Drs. 13/11004) aus dem Jahr 1998 einvernehmlich die Einrichtung einer ›Stiftung Medientest‹, »damit systematische Analyse von Angeboten herkömmlicher Medien wie auch im Netz und im Gefolge eine fundierte Auseinandersetzung mit ihnen möglich ist« (BT-Drs. 13/11004: 162). Wenn der provokant auftretende Medienpolitiker der AfD-Fraktion, Martin Renner, so etwas fordert, wird daraus schnell und einvernehmlich, dass die Fraktion »deutsche Medien kontrollieren« will (Rainer 2020).

Die Auseinandersetzung mit der AfD darf nicht dazu führen, dass eigene politische Positionen aufgegeben werden. Vorschläge von ihr sollten auch nicht diffamiert werden, sondern auf ihren Sachgehalt geprüft werden. Wolfgang Schäuble (2020: 3) hat darauf hingewiesen, sich zu stark auf die AfD zu konzentrieren. »Jedenfalls ist das, was die AfD im Bundestag macht, nicht meine größte Sorge. Ich finde, unsere Demokratie richtet sich viel zu sehr um diese Partei.« Hinzu müssen neue Formen des Dialogs mit der Zivilgesellschaft treten. Das Parlament ist der richtige Ort für das, was Mansour (2020: 117) als Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen »Versöhnungsplan[s]« einfordert. »Entweder wir lernen zu debattieren, andere Meinungen auszuhalten, Argumente auszutauschen, oder die Spaltung bleibt (Mansour 2020: 117; vgl. auch Gauck 2019).

Natürlich ist so eine Agenda kein Garant, dass rechtspopulistische System-Opposition zurückgedrängt wird. Es gilt der Grundsatz, dass »parlamentarisch[e] Umgangsweisen an ihre Grenzen [stoßen], wenn es darum geht, Wähler von der neuen Herausfordererpartei zurückzugewinnen« (Heinze 2019: 131). Das wirksamste Mittel gegen ein Erstarken rechtspopulistischer Opposition ist es, in unserer Gesellschaft wieder gezielt »unter Anerkennung von Unterschieden das Gemeinsame zu suchen« (Strauß 2019: 7). Experte E2 ergänzt zum Ort, an dem dieser Suchprozess richtig verortet ist: »[D]as Parlament ist genau jene Stätte in einer parlamentarischen Demokratie, wo die Auseinandersetzung mit politischen Gegnern vor aller Augen stattzufinden hat. Sodass die Bevölkerung weiß: Das, was die Andersdenkenden sagen, zu denen sich 20 Prozent der Bevölkerung offensichtlich selbst zählen, […] das wird an der angemessenen Stelle auch gesagt – und es wird angemessen, nämlich gemäß den Höflichkeitsregeln, im Ton und in der Sache so

klar und scharf wie nur möglich damit umgegangen« (IV E2).[126]

Dass ein solcher Ansatz von unterschiedlichen Seiten als zielführend angesehen wird, mag vielleicht die Tatsache unterstreichen, dass sich der konservative Schriftsteller Simon Strauß an der Stelle über seinen Vorschlag zum ›republikanischen Wir‹ positiv auf die liberale Publizistin Carolin Emcke (2017) bezieht. Im politischen Wettbewerb sollte sich am Prinzip des »dynamischen Republikanismus« (Heidenreich 2015: 63) orientiert werden, was bedeutet Inhalte und Personen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen.[127] (Rechts-)Populistische Fraktionen »werfen oft die durchaus richtigen gesellschaftlichen Fragen auf, wollen die Antworten selbst aber oftmals gar nicht geben« (Ruhose 2019: 29). Die AfD formuliert dies deutlich für sich selbst: »Es geht […] nicht darum, zu den zentralen Themen differenzierte Ausarbeitungen und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle vorzulegen und zu verbreiten, die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber überfordern« (AfD 2016: 9).

7.3.3 Formale Änderungen der GOBT

Neue Formen des politischen Diskurses setzen aber voraus, dass trotz der »steten Radikalisierung« der AfD (Funke 2020: 12) ihr dem Gleichheitsgrundsatz folgend entsprechend Zugänge nicht verwehrt werden und zudem darauf geachtet wird, dass sie ihre demokratischen und rechtsstaatlichen Rechte ausüben kann. Eine Stigmatisierung und die Möglichkeit für die rechtspopulistische Opposition, sich als Opfer zu inszenieren, sollte vermieden werden. Im Parlament sollte es allerdings in der zweiten Wahlperiode mit der AfD zu einer Verabredung der anderen Fraktionen kommen, dafür zu sorgen, dass es für die AfD-Fraktion schwer wird, entlang ihrer strategischen Herangehensweise agieren zu können. Die hier untersuchten Elemente zeigen, in welchen Bereichen diese Verabredung getroffen werden muss. Es geht um den Umgang mit den Personen und mit Initiativen und Redebeiträgen der AfD, aber auch Modalitäten der GOBT sollten überprüft werden. Der FDP-Politiker Benjamin Strasser weist zu Recht auf die Ausrichtung der Geschäftsordnung auf die konstruktive Zusammenarbeit der Fraktionen hin: »Umso schwerer macht es da eine Fraktion, die destruktiv die Regeln

missbraucht, um eine politische Agenda zu setzen« (zitiert nach Fiedler/Starzmann 2020).

Das Feld der Geschäftsordnung ist relevant für die Gewährleistung der parlamentarischen Abläufe. Als Grundsatz sollte dabei gelten, dass die bewährten Regelungen der GOBT nicht verändert werden sollten. Dies hat mit der Selbstachtung des Parlaments zu tun, aber auch mit der gelebten Praxis, dass diese Regelungen die Auseinandersetzung um unterschiedliche politische Ansichten strukturiert, diese aber nicht maßgeblich bestimmt. Volker Best (zitiert nach Fiedler/Starzmann 2020) sieht daher auch die anderen Felder einer Gesamtstrategie als wesentlicher an: »Die Fragen nach den parlamentarische[n] Abläufen sind eindeutig von nachrangiger Bedeutung, wenn es um die Abgrenzung gegenüber der AfD geht.«

Eine Überprüfung der GOBT kann sinnvoll sein, um neue Formate der parlamentarischen Debatte zu entwickeln. Im Mittelpunkt der Gesamtstrategie sollte eine offensive Beschäftigung mit inhaltlichen Positionen gesucht werden, wenn die AfD ihrer Emotionalisierungsfunktion folgend Themen anspricht, die bislang aus dem Diskurs ausgeklammert wurden; dies formuliert auch Experte P1 eindringlich. »Also zum einen ist nicht unsere Hauptbeschäftigung, uns an der AfD abzuarbeiten, sondern die Wähler wollen hören, was wir ihnen anbieten, damit sie uns wählen, das ist ganz wichtig […]. Es ist wichtig, dass wir sagen, was wir wollen, dass wir unsere Botschaft in den Mittelpunkt einer Plenardebatte stellen. […] Aber uns im Übrigen vor allem mit den Themen auseinandersetzen, die aus unserer Sicht entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind.« (IV P1).[128]

Im Bereich der Geschäftsordnung bzw. der formalen Auseinandersetzung sollte aus den hier dargestellten Beobachtungen Schlussfolgerungen in drei Bereichen gezogen werden. In der folgenden Darstellung werden diese dargestellt und im Weiteren die Anregungen ausformuliert.

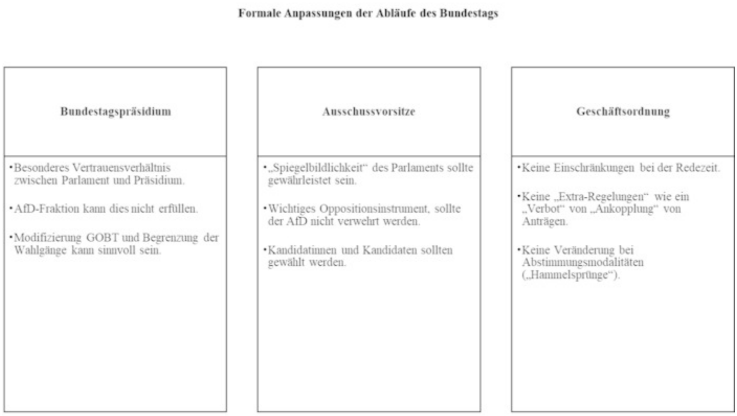


Abbildung 29: Formale Anpassungen der Abläufe des Bundestags

Eigene Darstellung

1. Bei der Position der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten sollte aus der Erfahrung gelernt werden, dass mit der AfD eine Fraktion im Parlament ist, die kein Vertrauensverhältnis zu den anderen entwickelt hat. Die Abgeordneten müssen sich darauf verlassen, dass die Leitung der Sitzung überparteilich erfolgt und ein strenges Einhalten der Regularien stattfindet, die die AfD-Fraktion im Übrigen mitbeschlossen hat. Da sie allerdings in den vergangenen vier Jahren häufig Instrumente der GOBT eingesetzt hat, um andere vorzuführen oder sich in einer Opferrolle zu inszenieren, zeigt sich auch in den Gesprächen mit den Experten der Gruppe P, dass nicht genügend Vertrauen besteht, dass ein AfD-Abgeordneter dieses Amt in der notwendigen Weise ausüben kann. Experte P2 bezeichnet den Wandel. »Mittlerweile hat die AfD das Verfahren selbst wieder instrumentalisiert. Und verhält sich uns gegenüber genau in der Weise, die sie selbst ablehnt« (IV P2). Das abschreckende Beispiel aus dem Landtag in Brandenburg, bei dem der AfD-Vizepräsident eine unliebsame Debatte verhindern wollte (RBB 2020) zeugt davon, dass hier Bedenken hinsichtlich der Rolle der Rechtspopulisten angebracht sind. Die GOBT formuliert dafür in § 2 Abs. 1 Satz 2, dass »jede Fraktion […] durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten« wird. Ein Vorschlag

könnte hier sein, die Wahlgänge zu begrenzen, um das Instrument der Wahlgänge nicht instrumentalisieren zu können.[129] Da das Gremium signifikante Arbeit für die Parlamentsarbeit leistet, ist hier wie beschrieben eine besondere Vertrauensbasis notwendig. Dieses hat die AfD in der 19. Wahlperiode nicht aufbauen können. Durch eine Beschränkung der Wahlgänge wird das Recht der AfD auf eine Position nicht eingeschränkt, und der Prozess der Vertrauensbildung zu den anderen Fraktionen durch eine vertrauenswürdige Person bleibt gewährleistet.

2. Nach den Vorkommnissen um die erstmalige Abwahl eines Ausschussvorsitzenden (Fiedler 2019d) gilt es auch hier, zu einem abgestimmten Verfahren zu kommen. Auf jeden Fall sollte im Vorfeld eine Vorstellung in den anderen Fraktionen erfolgen, und die Pläne der von der AfD vorgesehenen Abgeordneten zur Ausübung des Amtes des Vorsitzenden sollten angehört werden. Eine Ablehnung sollte in diesem Bereich unterbleiben. Dies hat zum einen ihren Grund in der ›Spiegelbildlichkeit‹ der Ausschüsse und der jeweiligen Stärke der Fraktionen im Bundestag. Zum anderen sind bestimmte Vorsitze wie der des Haushaltsausschusses das Vorrecht der Opposition. Hier sollte es nicht zu Ablehnungen kommen, da die Vorsitze im Rahmen der formalen Grenzen und unter Mithilfe der Verwaltung ihrer Arbeit nachkommen. Die FDP-Fraktion hat in einer Arbeitsgruppe den Vorschlag erarbeitet, dass sich die Fraktion bei der Wahl von Abgeordneten der AfD an die Spitze von Fachausschüssen künftig generell enthalten soll. »Eine explizite Zustimmung solle nur nach Rücksprache mit dem Fraktionsvorstand erfolgen« (Bauer/Fiedler 2021: 164).
3. Im Bereich der Abstimmungen und der Gestaltung der Tagesordnung sollten keine Veränderungen wahrgenommen werden. Die Konsens-Orientierung der GOBT bleibt auch im Falle einer rechtspopulistischen Opposition durch das Bundestagspräsidium und die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Sanktionierungen durchsetzbar. Die Form des Hammelsprungs muss – trotz der gezielten Instrumentalisierung durch die AfD-Fraktion – für die Oppositionsfraktionen erhalten werden.[130] Das ›Andocken‹ von Initiativen anderer Fraktionen an gleiche Tagesordnungspunkte

muss ebenfalls erhalten bleiben. Dies dient nicht nur der Ablaufökonomie der Bundestagssitzungen, sondern ermöglicht auch den interessierten Bürgerinnen und Bürgern, entlang der Tagesordnung die unterschiedlichen Positionen der Fraktionen in den Anträgen nachvollziehen zu können.

8. Unsichere Zukunft für eine ›erfolgreiche‹ rechtspopulistische Opposition

Rechtspopulistische Parteien leben von politischen Gelegenheitsstrukturen, wie es in der politikwissenschaftlichen Analyse des Populismus immer wieder heißt. Damit gemeint sind Ereignisse wie die Eurokrise oder die Zunahme der Fluchtbewegungen im Jahr 2015. Profitieren von diesen Gelegenheitsstrukturen konnte mit der AfD eine Kraft, die für eine rechtspopulistische Opposition eintritt. Auch die Kreise, die eine Regierungsbeteiligung der AfD unter bestimmten Voraussetzungen nicht ausschließen, legten Wert darauf, dass zunächst eine kraftvolle Systemopposition ins Parlament einziehen konnte. Am Ende der ersten Wahlperiode im Bundestag, ist immer noch nicht klar, welchen Weg die ›Alternative für Deutschland‹ einschlägt. Entwicklungen wie die hier beschriebene Professionalisierung, die anstehende finanzielle Förderung ihrer Stiftung und das seit ihrer Gründung 2013 eng geknüpfte Band mit der rechten Szene führen dazu, dass die AfD eine Kraft wird, »bei der man Karriere machen kann« (Amann 2018b: 321). Mit 10,3 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 hat sich die AfD auf einem etwas schlechteren Niveau als 2017 etabliert und der neuen Fraktion gehören in der 20. Wahlperiode 82 Abgeordnete an.

In diesem Schlusskapitel sollen sowohl eine Zusammenfassung in zwölf Thesen vorgenommen als auch ein Ausblick gewagt werden auf Erfolgsfaktoren für die rechtspopulistische Opposition und auf Risikofaktoren, die die langfristige Etablierung der AfD als Parlamentskraft behindern können. In ihren eigenen Strategiepapieren führt die AfD regelmäßig eine Stärken- und Schwächenanalyse durch. Dabei spielt die hier beschriebene Emotionalisierungsfunktion eine wesentliche Rolle. Melanie Amann (2018b: 289), eine AfD-Beobachterin der ersten Stunde, schreibt zu Recht, dass die AfD-Fraktion und ihre Parlamentsfraktion »ein Resonanzraum für Gefühle und eine

Projektionsfläche für Hoffnungen« sind. Solange es einen Bedarf gibt, dieser Emotionalisierung der Gesellschaft Ausdruck zu verleihen, so lange wird die AfD erfolgreich in Parlamente einziehen und dort ihre Wählerschaft und deren Anliegen deutlich vertreten.

8.1Ein zusammenfassender Blick auf die AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion hat den Parlamentarismus in Deutschland verändert. In ihrer ersten Wahlperiode ist sie von der außerparlamentarischen Opposition unmittelbar in die Rolle der Oppositionsführerin gewählt worden. Sie hat die dadurch gewonnenen Einflussmöglichkeiten – wie zum Beispiel den Vorsitz im Haushaltsausschuss oder die unmittelbare Antwort auf die Kanzlerin bei entscheidenden Plenardebatten – für ihre Interessen einsetzen können.

Alexander Gauland hat in der Wahlnacht 2017 Ansprüche an die AfD-Fraktion gestellt, die sie im Bundestag umsetzen sollte. Wörtlich sagte er: »Die Partei wolle sich ›unser Land und unser Volk zurückholen‹. ›Wir werden die Regierung vor uns hertreiben‹, fügte Gauland unter dem Jubel der versammelten Parteianhänger hinzu. […] ›Wir werden dieses Land verändern‹, sagte der stellvertretende Parteivorsitzende. Die AfD wolle sich dafür einsetzen, ›dass das, was die Menschen auf der Straße denken, im Bundestag wieder eine Rolle spielt‹« (Gauland zitiert nach AFP 2017).

In dieser Arbeit wurde die Bilanz der Arbeit der AfD-Fraktion im Bundestag gezogen. Dabei hat sie im Sinne des obigen Zitats von Alexander Gauland agiert. Sie hat wesentlich zu gesellschaftlichen Debatten beigetragen und zumindest phasenweise dafür gesorgt, dass sich die Bundesregierung von ihr getrieben gefühlt hat. Gauland zieht deshalb auch ein positives Zwischenfazit hinsichtlich der Arbeit seiner Fraktion am Ende des Jahres 2019. In einem Interview hält er dazu fest, dass »(d)ie Fraktion durch ihre gute und intensive parlamentarische Arbeit meine Ankündigung beim Einzug in den Deutschen Bundestag ›Wir werden sie jagen!‹ nahezu perfekt umgesetzt« (Gauland 2019b) habe.

Im Wahljahr 2021 standen sich Partei- und Fraktionsführung schon im hier untersuchten Beobachtungszeitraum unversöhnlich gegenüber. In einem deutlichen Interview setzt sich Alexander Gauland mit dem Auftritt von Jörg Meuthen auf dem Bundesparteitag Ende 2020 auseinander. Der Parteitag in Kalkar zeigte aber auch, dass die Kräfte um Gauland und Weidel den offenen Disput mit Meuthen scheuen.[131] Es stehen sich – auch nach dem Rückzug Meuthens zu Beginn 2022 und mit ungleicher Stärke – unterschiedliche Sichtweisen über die Zukunft der AfD gegenüber. In der Bundestagsfraktion überwiegen im Beobachtungszeitraum dieser Arbeit die Anhänger von Gaulands Ansatz. Experte E3 hält der Fraktion zugute, »dass die sich wirklich bemüht haben, in der Fraktion es anders zu machen als in der Partei« (IV E3) mit Blick auf die Konflikte um den Flügel. »[D]ass sie nicht so sehr geguckt haben nach, wer ist Flügel, wer ist nicht Flügel. Sie haben versucht, nicht so sehr danach zu gucken, wer Flügel ist und wer nicht, sondern zusammen zu arbeiten. Aber das hat eben auch nur eine Weile geklappt« (IV E3).[132]

Gauland formuliert, dass Meuthen mit seiner Kritik an der Linie der AfD-Fraktion im Hinblick auf Corona, »die Hälfte der Partei beschädigt hat« (Gauland, zitiert nach dpa 2020h). In diesem Interview wird die politische Linie skizziert, mit der die Fraktionsführung in den Wahlkampf 2021 ziehen will. Mit Bezug auf die drohende Verfassungsschutzbeobachtung formuliert der Vorsitzende der Fraktion, dass nicht die Äußerungen der Behörde und ihres Präsidenten »zum Maßstab unseres Handelns« gemacht werden sollten (Gauland, zitiert nach dpa 2020h). Die AfD könne »einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowieso nicht entgehen« (Gauland, zitiert nach dpa 2020h). Der Verfassungsschutz sei politisch motiviert. Daher solle sich die Strategie darauf konzentrieren, sich entschlossen »juristisch zur Wehr [zu] setzen und damit dann auch Erfolg [zu] haben« (Gauland, zitiert nach dpa 2020h). Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt der AfD-Berater Schüßlburner (2020). Kubitschek (2020c) formuliert in seiner Analyse dieser Auseinandersetzung, dass die AfD eigentlich »Widerstandstugenden« entwickeln müsse. Gauland folgt diesem Rat und setzt weiterhin auf die hier skizzierte Emotionalisierungsfunktion einer rechtspopulistischen Opposition.

Die AfD solle sich weiterhin als »echte Opposition« begreifen und deswegen auch keine »Berührungsängste« mit Akteuren wie Götz Kubitschek und dessen Institut für Staatspolitik haben (Gauland, zitiert nach dpa 2020h). Die Aufgabe der Partei sei es, als Sprachrohr zu fungieren. Inhaltlich bedeutet dies für ihn, die Auseinandersetzung auf dem Feld der Corona-Politik zu suchen. »Wenn ich jetzt höre, dass auch Herr Spahn sagt, er hätte mit den Kenntnissen von heute im Frühjahr manches anders gemacht, dann heißt das für mich, dass wir da nicht falsch gelegen haben« (Gauland, zitiert nach dpa 2020g).

Die AfD ist im Bewusstsein der Fraktion bis zuletzt eine »Bewegungspartei, die auch Kontakt zu bestimmten Protestgruppen pflegen sollte. Das gilt für ›Querdenken‹, aber auch für Pegida in Dresden oder für den Verein Zukunft Heimat aus Cottbus.« Damit formuliert Gauland einen strategischen Ansatz, der auch im Umfeld von Götz Kubitschek für die AfD vorgedacht wird (Kaiser 2020b). Dabei müsse aber der Abstand zu »irgendwelche[n] Verrückten« gewahrt bleiben. »Das ist immer ein Tanz auf dem Seil, bei dem man nicht herunterfallen darf« (Gauland, zitiert nach dpa 2020g). Wie sich diese Position der Fraktion in der Strategie der Partei niederschlägt, wird in der Frage eine entscheidende Rolle spielen, wie sich die AfD langfristig positioniert.

In den folgenden zwölf Thesen werden die zentralen Erkenntnisse über die AfD-Fraktion abschließend zusammengefasst.

1. In der vorliegenden Arbeit wurden die Verhaltensmuster der AfD-Fraktion einer genaueren Analyse unterzogen. Auch wenn sie im untersuchten Zeitraum 2017 bis 2021 durch spannungsreiche Phasen gegangen ist, kann doch die Etablierung eines zwar unter enormen Druck stehenden, aber funktionsfähigen strategischen Zentrums festgestellt werden. Die AfD-Fraktion ist gekennzeichnet durch personelle Kontinuität an den entscheidenden Positionen einer Fraktion, wie den Vorsitzenden und den 1. PGF. Gleichzeitig zeigen die Nichtwiederwahl und die Neuwahl von Mitgliedern in den Fraktionsvorstand zum Beispiel bei den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und den weiteren Parlamentarischen Geschäftsführern, dass die Fraktionsführung von einem abgestuften Pluralismus bestimmt ist. Die rechtspopulistische

Oppositionsfraktion ist deswegen über den gesamten beobachteten Zeitraum von internen Konflikten geprägt. Hier funktioniert der Mechanismus zwischen herkömmlichen Medien und der sonst so medienskeptischen AfD-Fraktion wie bei anderen Fraktionen. Interna bleiben nicht lange Interna. Dies nimmt am Ende des Beobachtungszeitraums an Dynamik zu, was auch mit den Positionierungen hinsichtlich der Bundestagslisten zu verstehen ist. Grundlegend ist die Fraktion der AfD von einer »extreme[n] Zersplitterung in Einzelindividualität« (IV E4) geprägt. Dies hat unmittelbaren Einfluss auf die Führungsmöglichkeiten einer solchen Fraktion ebenso wie auf den Anspruch der Fraktionsspitze, Führung auszuüben.
2. Die hier vorgenommene umfassende Analyse von politischen Initiativen, Parlamentsdebatten und Schwerpunkten in den Haushaltsberatungen als parlamentarische Königsdisziplin zeigt, dass die AfD-Fraktion nicht als Ein-Themen-Fraktion bezeichnet werden kann. Dabei folgt sie dem inhaltlichen Profil einer *radikal rechten populistischen Fraktion*.[133] Sie hat klare inhaltliche Bereiche, in denen sie Initiativen einbringt, die unter normalen Umständen von den anderen Fraktionen ernst genommen und bewertet werden müssen. Dies geschieht mit zunehmendem Zeitablauf immer weniger, da sich die Fronten zwischen der AfD und den anderen Fraktionen verhärten.
3. Die AfD-Fraktion verfolgt eine Parlamentsagenda entlang ihrer Markenkern-Themen Europapolitik, Migration und Asylpolitik sowie Ablehnung der Klimapolitik. In diesen Bereichen formuliert sie entlang der These eines vermeintlichen Rechtsbruchs der Regierung von Angela Merkel ihre Systemablehnung und stellt eigene inhaltliche Initiativen entgegen. Gleichzeitig erweitert sie ihr Profil über die thematische Arbeit, z. B. im Bereich der Gesundheitspolitik. Durch dieses Vehikel kanalisiert sie die inhaltliche Diskrepanz zwischen ihren unterschiedlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Ansichten. Diese Klärung, die eigentlich durch die Partei am Beispiel der Rentenpolitik (Butterwegge 2019) erfolgen sollte, wurde aufgrund der Corona-Krise verschoben.
4. Die Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz versucht die AfD-Fraktion mit einem eigenen Profil der Grundgesetz-Schützerin zu entkräften. Sie stellte sich als besonders

grundgesetztreu dar, positionierte sich als Bewahrerin der Grund- und Bürgerrechte im Verlauf der Corona-Pandemie oder in der Ablehnung von Initiativen wie dem NetzDG oder der Kompetenzverlagerung an supranationale Institutionen. Hier lässt sich auch der inszenierte Kampf gegen den UN-Migrationspakt oder die Ablehnung der Corona-App der Bundesregierung einsortieren. Gleichzeitig ruft sie dafür in regelmäßigen Abständen das Bundesverfassungsgericht an, um ihr parlamentarisches Recht zur Geltung zu bringen und gleichzeitig zu signalisieren, dass sie die Institutionen der Bundesrepublik schätzt und schützt. Dies steht im deutlichen Widerspruch zur Kommunikation gegen die Besetzung von Verfassungsrichtern oder die Wahl des Präsidenten, indem sie deren politische Unabhängigkeit in Zweifel zieht und damit an den Grundpfeilern des politischen Systems Deutschlands rüttelt. Bislang gibt es einen Konsens, die Institutionen zu achten. Dieser wird im Rahmen der Strategie der rechtspopulistischen Opposition aufgekündigt.

5. In ihrem Abstimmungsverhalten zeigt die AfD-Fraktion, dass sie Oppositionsinitiativen der FDP in regelmäßigen Abständen unterstützt und hier die inhaltliche Nähe der beiden ›bürgerlichen‹ Kräfte betont. Auch gibt sie formal notwendigen Gesetzesentwürfen der Bundesregierung ihre Stimme. Im Umkehrschluss zeigt sich, dass die anderen Fraktionen – obwohl sie dies laut Ankündigungen in internen Strategierunden und öffentlichen Verlautbarungen anders handhaben wollten – ziemlich geschlossen eine Isolation der AfD von Beginn der Wahlperiode an durchgehalten haben. Die AfD-Fraktion hat formale Drucksachen mit den anderen Fraktionen auf den Weg gebracht, wie die Ausschussbesetzung zu Beginn der Wahlperiode oder die Aussetzung der Diätenerhöhung während der Corona-Pandemie. All ihre anderen Initiativen wurden abgelehnt. Bei den namentlichen Abstimmungen ist besonders gut nachzuvollziehen, dass sich im Ausnahmefall einzelne Abgeordnete von CDU und FDP den Ansätzen der AfD über Enthaltungen oder einem Mitstimmen mit der AfD näherten. Allerdings bildet dies die absolute Ausnahme. Auch bei formalen Gremienbesetzungen, bei denen die AfD aufgrund ihrer parlamentarischen Stärke ein Vorschlagsrecht besitzt, wurde diese strikte Ausgrenzung

verfolgt. Dies führt dazu, dass Gremien wie der Deutsche Ethikrat nicht vollständig besetzt sind und sogar Personen nicht gewählt wurden, die früher auf Vorschlag anderer Fraktionen wählbar waren.

6. All dies schnürt die AfD-Fraktion zu einer systemkritischen bis systemablehnenden Opposition zusammen. Sie ist eine *radikal rechte populistische Fraktion*. Sie selbst zeichnet dabei ein Bild von sich als der einzigen, der patriotischen Opposition und nur aus einem Grund in fundamentaler Opposition zum System: Sie repräsentiert die Werte von Grundgesetz und ›Volkswillen‹ gegen die bereits degenerierten politischen Eliten. In populistischer Ausrichtung löst sie im Übrigen auch ihre internen Konflikte über die Gegenüberstellung äußerer Bedrohungen. So entstehen Parlamentsinitiativen, die zwischen intern umstrittenen Themen und den ›Konsensthemen‹ Migration oder Euro-Kritik Querverbindungen ziehen. Die Aktivierung populistischer Demokratievorstellungen führt dazu, dass sie in weite Teile der Gesellschaft wirken. Außerdem nimmt die AfD die ihr persönlich aufgetragene Funktion ernst, Stimmen und Stimmungen zu repräsentieren, denen vorher eine Berücksichtigung in der parlamentarischen Arena verwehrt geblieben sind. Auch wenn es in der Wissenschaft Zweifel darüber gibt, ob Repräsentation eine demokratische Konzeption ist, so ist dieser Punkt zentral für das Verständnis für das Aufkommen, die Durchsetzung und die Beharrung der rechtspopulistischen Opposition. Wird die Partei und mit ihr die Fraktion primär – und verkürzt – als Bedrohung der demokratischen Kultur und der moralischen Integrität angesehen, so verkürzt diese Betrachtungsweise die Bedeutung der rechtspopulistischen Opposition.
7. Hilfreich für die korrekte Einschätzung dieser Bedeutung ist die Berücksichtigung von Emotionen und von deren Einfluss auf den politischen Prozess. Zunächst muss dafür der bisherige Begriff der parlamentarischen Opposition um weitere Dimensionen ergänzt werden. Rechtspopulistische Opposition verbindet parlamentarische Arbeit mit ihren außerparlamentarischen Unterstützern. Gleichzeitig befindet sie sich nicht nur in Opposition zur Regierung, sondern auch zu den anderen Oppositionsfraktionen im Allgemeinen, da diese ebenfalls politisches Establishment darstellen. Eine Analyse der

gesellschaftlichen Wirkkanäle zeigt, dass die AfD-Fraktion als rechtspopulistische Opposition durchaus eine spezielle Oppositionsfunktion einnimmt, die Emotionalisierungsfunktion. Da es sich dabei um die Sichtbarmachung und Verarbeitung insbesondere negativer Emotionen handelt und diese auf eine eher wohlfahrtschauvinistische Grundeinstellung treffen, äußert sich der Unmut auf der rechten Seite des Parlaments. Das hat auch damit zu tun, dass die kulturelle und ökonomische Anziehungskraft des Mythos nationaler Überlegenheit für die Anhängerschaften der neuen Rechtspopulisten und für erhebliche Teile der Gesellschaft, die ebenfalls stark emotional aufgeladen sind, ebenfalls wichtig sind und von der AfD-Fraktion adressiert werden.

8. Die aufgenommenen Emotionen verarbeitet die AfD-Fraktion wie eine Psychotherapeutin mit umgekehrter Vorgehensweise. Sie kanalisiert sie zwar, löst aber nicht auf oder gibt Hilfestellung bei der Bewältigung. Vielmehr wird sie zum Sprachrohr dieser Emotionen. Es geht ihr darum, »die Menschen in ihrem Herzen anzusprechen« (Müller 2021). Die AfD hat es »am besten verstanden, die zwischen Nostalgie, Ressentiment und Verlustängste changierende Stimmung vieler Menschen zu bedienen und sie mit einer rückwärtsgewandten Utopie einzufangen« (Frevert 2020: 287). Diese Funktion setzt sie mithilfe eines Strategiebaukastens durch. So lebt ihre Parlamentsarbeit stark von den Gegensätzen Provokation und Selbstverharmlosung. Dabei hat sie unterschiedliche Phasen durchlaufen. Zunächst musste sie auf Provokation und Segmentierung setzen. Sie nutzte ihre typischen Mittel der Parlamentskommunikation, um eine starke Grenze zwischen sich und ihrer Wählerschaft – dem ›Wir‹ – auf der einen Seite und den anderen Fraktionen – dem ›Die‹ – zu ziehen. Gleichzeitig wirkte die Entkultivierung insbesondere im entscheidenden Jahr 2018 auf die bürgerlich-konservativen Kräfte. Hilfreich in allen Phasen war die Vereindeutigung. Die AfD-Fraktion bietet den Menschen eine Möglichkeit an, die Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklung zu reduzieren und auf wenige zentrale Konfliktfelder zurückzuführen. Dieses Panorama bildet die Grundlage für die Strategien der rechtspopulistischen Opposition.
9. Zentral für den Erfolg der AfD und der Durchdringung ihrer

parlamentarischen Arbeit in die Öffentlichkeit sind die Nutzung und Schaffung neuer Kommunikationswege. Die AfD-Fraktion setzt auf eine abgestimmte Kommunikation zwischen den etablierten Plattformen. Gleichzeitig wirkt diese Art der Kommunikation auch auf ihre Art der Politikvermittlung zurück. Die Unmittelbarkeit führt dazu, dass die Anhängerschaft direkte Rückmeldung an die Bundestagsabgeordneten und die Fraktion geben, die diese dann verwerten. Relevant für den Erfolg der AfD waren auch das mitunter kopflose Agieren von Teilen der Bundesregierung – Middelhof (2020: 5) verweist auf »die knallhart-kopflose Migrationspolitik der CSU« und den »Riesenstreit zwischen Kanzlerin und Innenminister in der Flüchtlingsfrage« – und die Suche nach dem richtigen Umgang mit dieser destruktiven Kraft der Emotionalisierung der Politik.

10. In der strategischen Auseinandersetzung mit der rechtspopulistischen Opposition stehen die anderen Fraktionen einem Dilemma gegenüber – die Provokationen medienwirksam zu parieren und so die rechtspopulistische Opposition aufzuwerten. In der 19. Wahlperiode haben sich die anderen Fraktionen dazu entschieden, die AfD außerhalb des parlamentarischen Konsenses zu stellen und nicht in Vorgänge einzubeziehen oder in ihren Initiativen teilweise zu unterstützen. Die anderen Fraktionen sind in Abstufungen von diesem Dilemma betroffen. Während die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen als politischer Gegenpol ebenfalls von dieser Zuspitzung profitieren kann, haben SPD, Linke auf der einen und CDU/CSU und FDP auf der anderen Seite jeweils unterschiedliche Probleme, einen klaren Umgang mit der rechtspopulistischen Opposition zu finden. Dies betrifft allerdings Schwerpunkte jenseits der parlamentarischen Debatten oder Abstimmungen. Dahinter stehen Überlegungen, wie die Wählerschaft der AfD angesprochen werden kann bzw. wie die AfD in Teile der eigenen Wählerschaft einwirken könnte.
11. Die AfD selbst hat sich im Sinne einer Professionalisierung im Zeitablauf normalisiert. Die Initiativen und Redebeiträge der Fraktion steigen in ihrer Qualität. In der Positionierung versucht die AfD-Fraktion, insbesondere auf Wirkung ihrer AG Verfassungsschutz in der Wortwahl moderater zu werden. Provokation und Selbstverharmlosung sind dabei untrennbar.

Bei ihrer Kommunikation hat die AfD von Beginn an einen Schwerpunkt gesetzt. Hier ist sie von Anfang an professionell und aktiviert ihre Unterstützer. Dabei sind die Kanäle der Fraktion zwar relevant, die Partei verfügt jedoch über eine größere Reichweite. Gleichzeitig ist die Fraktion von internen Machtkämpfen betroffen, die vor allem in der Partei ihre volle Wirkung entfalten. Die beiden Fraktionsvorsitzenden Gauland und Weidel halten hier mit unterschiedlicher Autorität die Fraktion und ihre unterschiedlichen Richtungen zusammen. In der Fraktion herrscht die Sichtweise vor, dass die AfD aus beiden Teilen besteht und nur so politische Erfolge erzielt werden können. Deswegen hat die Fraktion nie die Verbindung zu den außerparlamentarischen Kräften abreißen lassen. Dabei spielt auch die Struktur der Mitarbeiterschaft der Fraktion und der Abgeordneten eine Rolle, hier bestehen enge Verbindungen. So versucht die AfD-Fraktion, Parlamentsorientierung und Bewegungsorientierung zu verknüpfen.

12. Eine ›normale‹ Fraktion auf der bürgerlichen Seite des Parlaments wird die AfD-Fraktion auch in ihrer zweiten Wahlperiode nicht werden können. Die Professionalisierung wird zunehmen, die internen Spannungen der Partei werden allerdings stärker in die Fraktion eindringen, da insbesondere der Abschied von Alexander Gauland eine Lücke in die Integrationskraft der Parlamentsfraktion reißt. Die AfD-Fraktion war bis zum Beginn der Corona-Pandemie zentraler Taktgeber für die inhaltliche Positionierung der Alternative für Deutschland im Gesamten. In dieser Zeit – geprägt von niedrigen Umfragewerten für die Partei, Beobachtungen durch die Verfassungsschutzbehörden und der harten Auseinandersetzung um die Symbolfigur Kalbitz oder die Streitereien in den Landtagen – wurde ein deutlicher Fokus auf die Positionen und das Verhalten der Bundestagsfraktion gerichtet. Gleichzeitig stieg die Kritik an der Führung, dass sie zum einen ihre Moderatoren-Rolle (insbesondere Alexander Gauland) verloren habe und zum anderen keine inhaltliche Arbeit über die Aufnahme des Corona-Protests hinaus verfolge. Dies hat sich auch in der Vorbereitung für die Bundestagswahl und auf die politische Positionierung der Partei niedergeschlagen.

8.2 Zukünftige Entwicklungsfaktoren für die rechtspopulistische Opposition[134]

Die beschleunigten Entwicklungen seit der Corona-Pandemie und dem sich zuspitzenden internen Machtkampf richteten sich im Jahr der Bundestagswahl 20121 gegen die AfD und ihre Bundestagsfraktion. Durch die öffentliche Debatte über die eigene Ausrichtung hat unmittelbar nach der Bundestagswahl 2021 zudem eine zunehmende Entsolidarisierung der Akteure auf Bundesebene weiteren Schub erhalten. Laut Experte E2 lässt sich von einer »interne[n] Radikalisierungsdynamik« (IV E2) sprechen, die nach der Bundestagswahl durch Entscheidungen wie den Rückzug von Jörg Meuthen als Parteivorsitzender zum Beginn des Jahres 2022 oder die Erfolge der radikalen Kräfte auf dem Bundesparteitag 2022 eine Beschleunigung erfahren hat. Experte E5 beschreibt dabei schon die Aufstellungsverfahren zur Bundestagswahl 2021 als wesentlichen »Katalysator« (IV E5) dieser Entwicklung. »[D]ie Erfahrung bei der AfD ist vielerorts, man wird wieder […] aufgestellt, wenn man wirklich radikale Sprüche raus haut. […] [D]as ist […] das Erfolgsrezept innerhalb der AfD. Man kann […] Parteitage durch radikale Reden […] ein kleines Stückchen drehen. […] [G]emäßigte Töne verfangen da nicht. Und ich glaube, dass das auch dazu führt, dass die Leute, die jetzt im Bundestag sitzen und gerne wiedergewählt werden wollen, jetzt nochmal so ein Schippchen drauf legen« (IV E3).[135]

Das Abtreten von Alexander Gauland als zentrale Integrationsfigur wird die AfD-Fraktion, ihr Arbeiten und ihr Auftreten in der neuen Wahlperiode ab 2021 zudem verändern. Für die Wählerschaft ist die Frage der Führungspersönlichkeit auch bei der Wahl im Jahr 2021 nicht wahlentscheidend gewesen – und vieles spricht dafür, dass die AfD-Wählerinnen und -Wähler ihr trotz der ungeklärten Spannungen auch darüber hinaus verbunden sind (Bangel 2021; Kamann 2021g: 4) Gleichzeitig bedeutet aber die Machtkonzentration bei Weidel und Chrupalla, dass die AfD-Fraktion ohne starke Integrationsfigur für die strategische Arbeit agiert. Dies kann zu einer großen Hypothek im politischen Wettbewerb im Laufe der 20. Wahlperiode werden, wenn *die* AfD-Themen nicht die Agenda bestimmen. Dass der AfD »ein Weg der demokratischen Normalisierung gelingen kann, ist deshalb zweifelhaft« (Kleinert 2021: 45).

Im Parlament wird dies dazu führen, dass die anderen Fraktionen der AfD noch weniger Einfluss geben werden als in der hier beobachteten Wahlperiode. Bauer/Fiedler führen aus, dass es für die AfD »nach der nächsten Bundestagswahl schwerer für die AfD werden [könnte], ihre Ausschussvorsitze durchzubekommen« (2021: 164) und so kam es dann auch im Rahmen der Konstituierung der Ausschüsse. Im Sinne der in diesem Buch diskutierten strategischen Optionen im Umgang mit der AfD folgt dies der Stigmatisierung und Ächtung im formalen Bereich. Im Ergebnis wird die AfD ihre Opferrolle weiter inszenieren können – gleichzeitig aber an parlamentarischem Einfluss verlieren. Dies hat unabhängig von den Ausschussvorsitzen auch mit der veränderten Stellung der rechtspopulistischen Opposition in der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestags zu tun. Die AfD-Fraktion wird sich neu erfinden müssen, da sie nicht mehr aufgrund ihrer Stärke als »die« Oppositionskraft wahrgenommen wird. Bei der neuen AfD-Fraktion vollzog sich zudem ein turbulenter Start (Kamann 2021h:5). Auch wenn sie mit einer ungefähr gleich starken Fraktion wieder eingezogen ist und auf die professionellen Strukturen aufbauen kann, wie Experte E1 betont, sind zentrale Führungspersonen umstritten (Kamann 2021c: 6). Durch die Kämpfe zwischen den mittlerweile als verfeindet zu bezeichnenden Blöcken hat eine weitere »Selbstschwächung« (Am Orde 2020b) eingesetzt, deren Auswirkungen auch mit dem Rückzug von Jörg Meuthen aus der Führung und seinem Parteiaustritt noch nicht absehbar sind.

Die beschriebenen ›Erfolge‹ der rechtspopulistischen Opposition sind somit nicht auf Dauer angelegt, denn eine rein an der Emotionalisierungsfunktion angelegten Strategie setzt sowohl eine sie befördernde Themenagenda voraus und sieht sich gleichzeitig Abnutzungstendenzen ausgesetzt. »Wut, Zorn und Empörung stoßen an zeitliche Grenzen« (Frevert 2020: 415).[136] Die erfolgreiche Strategierezeptur in der 19. Wahlperiode kann sich unter der veränderten Rolle als nur noch fünftstärkste Kraft auch ins Gegenteil verkehren (Am Orde 2020c; Ruhose 2020c: 32) und die Rolle als »Hinweis-Oppositionsfraktion« (IV E5) sich über die Zeit abnutzen.

Die AfD schaffte es im Bundestagswahlkampf ihre internen Machtkämpfe, zumindest was die strategische Ausrichtung im Bundestagswahlkampf angeht, zu überdecken. Aber die

programmatischen Verschärfungen und das Eingreifen von Björn Höcke in die inhaltlichen Debatten auf dem Dresdner Programmparteitag 2020 zeigt den Einfluss, den der aufgelöste Flügel in der Partei besitzt. Die weitere Einstufung des Verfassungsschutzes stellt für die AfD eine Gefahr dar – nicht für den Bundestagswahlkampf 2021, wie sich gezeigt hat, und wahrscheinlich auch nicht für weitere Wahlergebnisse. Führende Vertreter der Partei gehen ebenfalls nicht davon aus, dass die AfD – und damit ihre Fraktion – konkret unter der gerichtlichen Entscheidung für den Verfassungsschutz leiden wird (Frigelj/ Schindler 2022: 6). In Ostdeutschland zeigt sich, dass die AfD mittlerweile eingelagert agieren kann in Milieus, Vereinen, zivilgesellschaftlichen Akteuren. Auch dies schafft eine große Stabilität für die AfD und leitet sie dort bei ihren strategischen Schritten zur weiteren Etablierung (Hillje 2019). Aber die Probleme können in den westdeutschen Landesverbänden entstehen, zumal eine Strategie für diese zu fehlen scheint. Dort wird die Beobachtung für die AfD problematisch und im Gesamten vor allem für diejenigen Parteimitglieder, die Beamte oder Verwaltungsangestellte sind.

Die AfD konnte bei der Bundestagswahl 2021 auf ein gesellschaftliches Umfeld bauen, indem der Populismus für viele Wählerinnen und Wähler einen »Kompass für gesellschaftliche und politische Fragen« (Loew 2019: 8) darstellt (Ruhose 2020c: 15). Mit dem Führungsduo Alice Weidel und Tino Chrupalla an der Spitze hat sie eine grundlegende Entscheidung getroffen, die Strahlkraft für die interne Aufstellung nach der Bundestagswahl entwickelt hat und zur weiteren Verfestigung der hier analysierten strategischen Aufstellung auch der neuen Bundestagsfraktion führen. Vom Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in ihrer neuen und ungewohnten Oppositionsrolle gegenüber der Bundesregierung aus SPD, GRÜNEN und FDP hängt es ab, ob die AfD-Fraktion die hier dargestellten Strategieelemente rechtspopulistischer Opposition weiterhin wirkungsmächtig einsetzen kann. Der zeitliche Faktor der Mobilisierung von Gefühlslagen für erfolgreiche Empörungsbewegungen ist in seiner Wirkung wahrscheinlich sogar noch stärker. Selbst in Zeiten der Digitalisierung laufen solche negativen Bewegungen ohne neuen Schub fest. Es ist »schwierig, die Wut am Brennen zu halten und den Kreis der Wütenden ständig auszuweiten. Die wenigsten

Bürger finden dafür Zeit und Energie. Während Ressentiment, der heimliche Groll, lange vor sich hinköcheln kann, brauchen Wut, Zorn und Empörung immerzu neues Futter und kurze Rhythmen« (Frevert 2020: 416). Bei der Bundestagswahl hat die AfD keine weiteren unentdeckten gesellschaftlichen Ressentiments aktivieren können. Damit gibt es die Chance, dass sich die Emotionalisierungsfunktion der AfD in den Jahren 2017 bis 2021 zwar erfüllt hat, aber keine Möglichkeit nachhaltiger gesellschaftlicher Expansion besteht, solange die Themen der AfD nicht mehr oben auf der Agenda sind oder von anderen politischen Kräften unberücksichtigt bleiben. Dabei darf man nicht außer Acht lassen, dass die »Entwertungs- und Deklassierungsgefühle« der »verschiedenen Milieus« (Reckwitz 2020: 248) weiterhin bestehen, die aktuell nur in den Hintergrund getreten sind. Am Ende der ersten Wahlperiode mit einer rechtspopulistischen Opposition hat sich daher eine Doppelstrategie im Umgang mit dem Rechtspopulismus herausgestellt: Klar und hart, bis hin zur Ausgrenzung gegen den gesellschaftlichen Roll-back bei gleichzeitiger Formulierung eigener Zugänge zu den zentralen und schwierigen Themen unseres Zusammenlebens gerade in einer multiethnischen Gesellschaft.

8.3 Die AfD-Fraktion im »heißen Herbst«[137]

Durch die neuen sicherheitspolitischen Konstellationen in Bezug auf den russischen Angriff der Ukraine und den »heißen« Spannungen zwischen NATO und Russland sind in Deutschland die Sicherheitsfragen und die Folgen der enormen Preissteigerungen ins Zentrum der politischen Debatte gerückt. Die AfD hat die Inflation und die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine als neues Thema ausgemacht (Sternberg 2022: 6). Auch bei diesen Themen profitiert sie davon, dass sie in ihrer Oppositionsrolle einer besonderen Funktion folgt. Sie verarbeitet Emotionen anders als andere Parteien oder Fraktionen es können. Daher scheint es, dass die vielen Geschichten den Niedergang der Partei im Umfeld der Verfassungsschutzentscheidung und des AfD-Parteitags 2022 wieder einmal zu früh verfasst wurden (vgl. z. B. Bender 2022: 4).

Die Alternative für Deutschland steht in den Umfragen bei Drucklegung dieses Buchs wieder auf dem Niveau von 2017, dem

Startpunkt dieser Betrachtungen über das Wirken der rechtspopulistischen Opposition. Mit diesem ›Wiederaufstieg‹ einher geht die Nervosität der etablierten Parteien. Denn es kann unterstellt werden, dass es – wie im Zeitablauf der Corona-Pandemie – zu Widersprüchen und zu Unbehagen hinsichtlich der politischen Marschrichtung der Bundesregierung kommt. Hier kann es auch zu einer Re-Aktivierung der Corona-Protestmilieus kommen, die einen neuen Weg zum Protest gegen die Regierung suchen. Die Entscheidung der AfD, im Oktober 2022 eine Demonstration unter dem Titel »Nordstream 2 statt Gasumlage« durchzuführen, verdeutlicht, dass die rechtspopulistische Opposition hier auf der Suche ist, eine weitere Stabilisierung der eigenen Lage durch das Aufgreifen dieses emotionalen Themenkomplexes vorzunehmen (Balser 2022a: 5). Hier entsteht eine neue Gelegenheitsstruktur für den Rechtspopulismus. Die hier beschriebene besondere Art der Politikvermittlung wird die AfD fortsetzen. Tino Chrupalla begründete die Kampagne »Unser Land zuerst« – in Anlehnung an den Slogan der Trump-Kampagne »America first« (vgl. Balser 2022b: 7) und die dort formulierten ökonomischen Forderungen und nationalen Abgrenzungen hinsichtlich des russischen Kriegs gegen die Ukraine mit harten Angriffen gegen die etablierte Politik und die Bundesregierung (Balser 2022a: 5, vgl. auch Fiedler 2022: 3). Politikerinnen wie Bundesinnenministerin Nancy Faeser oder Bundesaußenministerin Annalena Baerbock sehen aufgrund der enormen Preissteigerungen auf dem Gas- und Energiemarkt die Möglichkeit der Zunahme von gesellschaftlichen Spannungen (Haupt 2022: 1). Dennoch sind Berater der AfD wie Kubitschek (2022b) überzeugt, dass die rechtspopulistische Opposition »diese Methode der Provokation […] solange angewendet (hat, FR), bis sie abgeschliffen war.« Sie erfordert vor dem Hintergrund der neuen thematischen Gelegenheitsstruktur aus seiner Sicht eine Neuerung mit mehr »Kreativität, Training und Glück« (ebd.). Gleichzeitig sei eine Struktur erforderlich, die »Parallelstrukturen« schaffe – beispielsweise mit eigenen medialen Kanälen (ebd.; vgl. zur Rolle der Zivilgesellschaft Schroeder et al. 2022; Kaiser 2022 formuliert diese Ansätze für die AfD). Kubitschek formuliert, dass es vier »Wellen« gegeben habe – Finanzkrise ab 2008, Fluchtbewegungen ab 2015, Corona seit 2020 und nun die »Zerstörung der Beziehungen Deutschlands zu

Rußland« (Kubitschek 2022a) – auf die es politisch zu reagieren gelte. Mit der vierten Welle einher gehen die ökonomischen Verwerfungen, die eine »waidwunde und noch einmal dünner gewordene Schicht treffen wird, […] diejenigen nämlich, denen nicht ›geholfen‹ werden kann und die sich nicht ›helfen‹ lassen wollen, sondern ihrer Arbeit nachgehen, etwas schaffen, aufbauen und hinterlassen, und zwar zum Wohle ihrer Familie und weit darüber hinaus« (ebd.).

Damit formuliert er die Zielgruppe, die Partei und Fraktion mit ihren Initiativen ansprechen, seitdem sich das Thema Inflationsentwicklung aufgebaut hat bzw. es zu ökonomischen Verwerfungen im Zuge des Kriegs gegen die Ukraine gekommen ist. Der Zuspruch in der Wählerschaft für die AfD, der seitdem trotz interner Spannungen und Verfassungsschutzbeobachtung, zu verzeichnen ist, zeigt, dass dieser Ansatz zumindest temporär erfolgreich sein kann. Die Menschen, die sich wieder stärker vorstellen können, die AfD zu wählen, scheinen zugleich aus dem Lager der Nichtwählenden zu kommen. An diese Gruppe hat die AfD aufgrund des Nachlassens der Wichtigkeit der »AfD-Themenagenda« auch am meisten Stimmen abgegeben bei der Bundestagswahl 2021 und den folgenden Landtagswahlen. Gleichzeitig ermöglicht das Thema, dass die Fraktion wieder geschlossen auftreten kann. Auf das von Alice Weidel in der Haushaltsdebatte vorgestellte Sieben Punkte Programm kann sich die Fraktion ohne weiteres einigen. Allerdings ist der Konkretisierungsgrad von Positionen wie »die Europäische Zentralbank in die Pflicht nehmen, für einen stabilen Euro zu sorgen« (Zeller 2022) auch sehr abstrakt. Aber Forderungen nach Steuersenkungen, Atomkraftverlängerung und restriktive Migrationspolitik formuliert sie dann sehr konkret (ebd.). Hier zieht die AfD-Fraktionsvorsitzende Querverbindungen zu den anderen Themen der rechtspopulistischen Opposition und entwickelt so ein ihre Anhängerschaft überzeugendes Narrativ der »Alternative« zum Mainstream der Politik. Im Tonfall gibt sich das Umfeld der Fraktionsführung dabei sehr hart. Fraktionsmitglieder warnen davor, dass angeblich ein Umerziehungsprogramm laufen würde, dass Menschen zu »freiheitsverachtenden Sklaven« machen würde, wie es der Abgeordnete Karsten Hillse auf einer Demonstration ausdrückt (zitiert nach Fiedler 2022: 3). Unter strategischen Gesichtspunkten formuliert Kubitschek, »daß die

Proteste nachhaltig, unversöhnlich und grundsätzlich werden« (2022a).

Nicht nur durch die Entwicklungen der Preise für Grundbedürfnisse wie Gas und Strom sieht die AfD für sich Entwicklungspotenzial. Auch die voraussichtlichen Entwicklungen aufgrund des Klimawandels oder auch des Transformationsdrucks von Wirtschafts- und Arbeitswelt nimmt sie zum Anlass, sich als »Partei der Zukunft« zu präsentieren, wie es Alice Weidel in ihrer Bewerbungsrede als Parteichefin auf dem Parteitag 2022 formuliert hat (Sternberg 2022: 5). Die rechtspopulistische Opposition im Bundestag kann von der Zunahme von »sozio-kulturellen Konfliktlagen« (Allmendinger/Schroeder 2022: 273) profitieren, die immer dann zunehmen, wenn politischen »Weichenstellungen von heute die Lebensqualität von morgen negativ beeinflussen« (ebd.). Das Kalkül der Kampagnen der AfD-Fraktion und der Partei ist es daher, dass durch eine Zuspitzung der Situation »die Zustimmung zur Politik der Bundesregierung weiter sinken« wird, wie es Fraktions- und Parteivorsitzende Tino Chrupalla offen formuliert (zitiert nach Küstner 2022). Kubitschek formuliert es in seinen strategischen Überlegungen für die AfD: »Es geht auch in den kommenden Monaten nicht um Alles oder Nichts. Es geht um Mehr oder Weniger, um weitere Verschiebungen zu unseren Gunsten, um Stabilisierung und Konsolidierung, um Ausbau und Mobilisierung, um die Sichtbarkeit der Alternative und um Zuversicht, daß es noch nicht zu spät sei« (Kubitschek 2022c).

Die internen Spannungen, die seit dem Ende der vergangenen Wahlperiode und dem Rückzug der Gallionsfigur Gauland von allen Ämtern auch in der Bundestagsfraktion voll zum Tragen kommen, werden durch die neue Gelegenheitsstruktur für den Rechtspopulismus in den Hintergrund gedrängt, auch wenn es Kritik an Fraktion und Partei gibt, dass sie sich dem abgelehnten Parteienstaat viel zu stark annähern würde (Kubitschek 2022c). Gleichzeitig ist die Fraktion weiter von internen Spannungen gezeichnet, was sich zum Beispiel bei ihrer Klausurtagung Ende 2022 zeigt, bei der nur die Hälfte der Abgeordneten anreiste (Diekmann 2022). Auch ist die Entscheidung, dass sie nach Jahren der Vakanz die Stelle des angestellten Fraktionsgeschäftsführers besetzt, begleitet von Kritik, dass die Fraktion weiterhin »unsortiert wären und »die Baustellen als riesig« bezeichnet

werden (Wienand/Leistner 2022).

So scheint sich etwas über ein Jahr nach der Bundestagswahl 2021 eine Situation zu wiederholen, wie sie sich zu Beginn der 19. Wahlperiode gestellt hat: Die AfD formuliert, dass sie »das Land blau an (streichen)« (Chrupalla zitiert nach dpa 2022), also von der Kombination aus Krise und Verunsicherung der etablierten Kräfte zu profitieren, während letztere nach Lösungen suchen und nach dem Umgang mit der Rechtspopulisten Opposition. Wichtig ist dabei, dass durch das Verstärken und dem Sichtbarmachen negativer Emotionen im politischen Raum, die AfD auf ihre hier analysierte Strategie zurückgreifen kann. Sie kann durch die breite Betroffenheit der ökonomischen Belastungen einen viel größeren Personenkreis in der Wählerschaft ansprechen als bei den bisherigen Gelegenheitsstrukturen, die ihr sich im hier betrachteten Untersuchungszeitraum geboten haben. Dabei geht es in der konkreten Situation für die AfD im Winter 2022/2023 »um Zuwachs, um die Besetzung des einen großen Themas: Wie sieht eine Politik zum Wohle des deutschen Volkes aus? Wer ist dieses Volk und was ist sein Wohl?« (Kubitschek 2022c). Das Thema ist für die AfD aber nicht nur aufgrund der Emotionalisierung geeignet. Schindler hält fest, dass die Partei – und mit ihr die Fraktion – bei der Energiepolitik »seit ihrer Gründung fest zusammen (steht): Eine Laufzeitverlängerung der noch aktiven Kernkraftwerke ist schon immer Parteiposition und steht im Grundsatzprogramm. Auch bei der Forderung nach einem Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und einer Öffnung der Gaspipeline Nord Stream 2 ist sich die Partei weitgehend einig« (2022: 4). Dabei setzen die AfD und ihre parlamentarische Vertretung darauf, dass von vielen Menschen »populistischer Protest […] als Selbstermächtigung erlebt« wird (Mau 2019: 235). Die Leitlinien der Kampagne »Unser Land zuerst« sind daher aus Sicht der AfD-Führung und ihrem Umfeld klar an den strategischen Überlegungen aus der vergangenen Wahlperiode orientiert:

> »Kampf um jede Stimme, um das ganze Widerstandspotential, um Entteufelung alternativer Politik […] Es geht nicht um Abmilderung, Verständnis und Harmonie, es geht nicht darum, sich im Erreichten einzurichten. Es geht um eine andere Politik, um mindestens die Rückeroberung von Normalität, eigentlich

> aber um die Stillegung hybrider Strukturen, um die Sicherung des Bestands. […] Entscheidend wird sein, daß die Empörung über die nationsvergessene Politik der Altparteien in eine Wahrnehmung der Alternative umgelenkt wird. Die Botschaft lautet: Es gibt ein Auffangbecken für den Protest und den Zorn, einen ersten, sehr naheliegenden Schritt aus der Enttäuschung – die Auswanderung aus der politischen Heimat, die längst keine mehr ist« (Kubitschek 2022c).

Die AfD-Fraktion möchte also weiterhin »Ventil« (Mau 2019: 236) sein. Bei der Bundestagsdebatte über die Anpassung des Infektionsschutzgesetzes im September 2022 präsentiert sie sich sehr emotional aufgeladen als die »Stimme des Volkes«. In der Debatte »nimmt (die AfD) keinen direkten Bezug zum Gesetz, sondern präsentiert Erfahrungsberichte von Betroffenen, die aufgrund von Freiheitseinschränkungen oder Impfung zu Schaden gekommen sein sollen« (Klapsa 2022: 4). Es ist dabei allerdings noch offen, ob sie damit weiterhin die Emotionalisierungsfunktion alleinig ausfüllt oder, ob die etablierten Kräfte aus der Zeit von 2017 bis 2021 gelernt haben, und eigene Angebote formulieren. Statt vor Protesten zu warnen, sollte das Recht auf Meinungsäußerung gestärkt werden. Hajo Funke weist darauf hin, »dass gerade jetzt […] Demokraten auf der Straße für einen vernünftigen sozialen Ausgleich eintreten« sollten (zitiert nach Stratmann 2022: 7) und somit ein Gegengewicht zum rechtspopulistischen Protest bilden. Doch auch hier bedeutet ernstnehmen nicht, dass man die gleiche Art und Weise der Problembewältigung wählt wie der Rechtspopulismus. Zum Beispiel den gleichen Tag für Demonstrationen zu wählen, zeigt, dass auf der linken Seite des politischen Spektrums diese Wirkung scheinbar gemeinsamer Aktionen verkennt. In der Protestforschung wird daher sogar von einer »Selbstüberschätzung« gesprochen, wie es Alexander Leistner von der Universität Leipzig identifiziert (zitiert nach Augustin 2022): »Es muss darum gehen in der Energiekrise die rechten Deutungsmuster nicht zu übernehmen. Also die Fragen nach solidarischer Lastenteilung zu stellen, ohne den russischen Angriffskrieg zu relativieren und damit Ursache und Wirkung zu verkehren« (Leistner zitiert nach ebd.). Etablierte Kräfte haben das Problem, dass die AfD-Fraktion sie weiterhin als »ignorant

oder gleichgültig gegenüber den Problemen vor Ort« (Mau 2022: 236) kritisieren und vorführen wird. Gerade in der »Emokratie« (vgl. Kapitel 2.4.4) bedeutet dies, dass »Emotionen verstärkt und hochgekocht werden«, wie es Mau (2019: 236) zusammenfasst.

Was dies für die Reaktionsmöglichkeiten der etablierten Kräfte bedeutet, liegt auf der Hand. Sie müssen die Sorgen der Menschen inhaltlich aufgreifen. Nur dadurch wirkt die Rolle der AfD und ihrer parlamentarischen Vertretung als Resonanzraum. Dabei ist auch wichtig, dass man die tatsächliche gesellschaftliche Realität in Deutschland zugrunde legt, wenn man Gegenstrategien formuliert und nicht Analysen übernimmt wie diejenige von Goodhart (2020). Seine »These von den kulturellen Blöcken mag […] die britische Gesellschaft und ihren Weg in den Populismus für viele erklärt haben. Sie kann aber nicht einfach auf die deutsche Gesellschaft übertragen werden (Becker 2022: 4). Beschäftigt man sich mit Einstellungen in Deutschland wird sehr deutlich, dass es statt einer polarisierten Gesellschaft (noch) bei vielen Themen einen gesellschaftlichen Konsens gibt (Mielke/Ruhose 2021: 75-90, Mau 2022). Hinsichtlich von Spannungen in der Gesellschaft, sowohl materialistischer als auch postmaterialistischer Konflikte[138], kann mit Mau für deren politische Verarbeitung festgehalten werden: »Folgenreiche Spaltungen entstünden dann, wenn es der politischen Angebotsseite gelänge, einen Keil zwischen die Bevölkerungsgruppen zu treiben, und nicht deshalb, weil dieser immer schon da sei und immer größer werden« (2022: 18). Um dies zu verhindern, müssen auch Unsicherheiten zu thematisieren sein und auch von den etablierten Kräften negative Emotionen aufgegriffen werden (vgl. z. B. Séville/Müller 2022 zur Rhetorik von Robert Habeck). Dabei wurde hier gezeigt, dass die etablierten Kräfte wieder verdeutlichen müssen, dass sie sehr wohl um die erlebte Realitäten der Menschen wissen. Die gewonnenen Erkenntnisse über die Funktionen rechtspopulistischer Opposition zeigen, dass wir uns »mit der Blackbox der Erwartungen, der Wut und der Ängste, die dieser Entwicklung zugrunde lag« intensiver beschäftigen müssen (Rosanvallon 2022: 7). Anders als bei der rechtspopulistischen Opposition, die davon lebt, negative Emotionen in die politische Debatte zu bringen, geht es dabei aber darum, immer eine Perspektive für das Handeln von Gesellschaft und Individuum zu entwickeln. Die Menschen gewinnt man nur dann für die eigenen

Politikentwürfe, wenn diese neben der Stärkung des eigenen Profils auch die »dem Rechtspopulismus zugrundeliegenden Problemursachen systematisch und nachhaltig« angehen und ihre »Protestgründe« so entziehen, dass die einfachen Antworten, die durch die Rechtspopulisten gegeben werden, nicht für eine große Zahl von Menschen attraktiv werden (Decker/Ruhose 2018: 22).

Dank

Eine solche Arbeit entsteht nicht ohne die Unterstützung, die Kritik und die Anregungen von vielen Menschen. An erster Stelle steht dabei mein »Doktorvater«. Ich danke Professor Dr. Frank Decker von ganzem Herzen für den Einsatz für mich und die vielen Diskussionen über Thesen und Erkenntnisse dieser Arbeit. Er ist für mich eine prägende Person in meinem Leben geworden und ich profitiere nicht nur von seinem fachlichen Wissen als zentralem Populismusexperten. Vielmehr ist er auch ständiger Ratgeber und Wegweiser geworden, dem ich viel zu verdanken habe. Mein Dank gilt auch dem Zweitgutachter Priv.-Doz. Dr. Volker Best und den weiteren Mitgliedern der Prüfungskommission, Professorin Dr. Grit Straßenberger und Professor Dr. Christian Krell.

Meiner Frau Rahel bin ich in tiefer Liebe verbunden. Ich bin sehr froh, Dich als meine Gefährtin an meiner Seite zu wissen. Hinsichtlich dieses Buchs kann ich gar nicht dankbar genug sein, dass Du es ertragen hast, auch in unserem Alltag so lange mit AfD-Zitaten und Literatur dazu konfrontiert zu sein. Dir und unseren drei wundervollen Kindern danke ich, dass ihr mich ertragen, mit mir gelitten und gelacht habt, kurz: dass ihr das mit und möglich gemacht habt.

Meinem Freund und politischen Weggefährten Alexander Schweitzer danke ich für alles, was wir in den vergangenen Jahren erlebt haben, für die Unterstützung und die Freundschaft. Meinen wichtigen Freunden und Weggefährten, die für mich da sind, mit mir diskutieren und durch Widerspruch und Anregungen großen Einfluss auf meine Arbeit haben, danke ich sehr: Professor Dr. Andrej Gill, Martin Haller, Volker Perne, Andreas Sackreuther und Professor Dr. Hans-Jörg Schmedes.

Ich erinnere mich an viele Diskussionen über die Entwicklung des Populismus und an eine große Zahl von Menschen, die ich erwähnen müsste, dies würde den Rahmen sprengen. Einen großen Einfluss auf meine wissenschaftliche Arbeit hat auch der kontinuierliche Austausch mit dem Team um Dominic Schwickert beim Berliner Think Tank »Das Progressive Zentrum«. Teil dieses

Ortes des Ideenaustauschs zu sein ist eine große Ehre. Zum Schluss danke ich Professor Dr. Gerd Mielke, der als väterlicher Freund, Ko-Autor und Ideen-Sparringspartner immer für mich da ist und von dem ich so viel lernen darf.

Abbildungen

Tabellen

Literaturverzeichnis

Plenarprotokolle, Drucksachen und Dokumentations- und Informationssystems für Parlamentsmaterialien (DIP)

Alle im Text zitierten Plenarprotokolle der 19. Wahlperiode sind online abrufbar unter: https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

In der Arbeit werden auch Drucksachen aufgeführt, die nicht Anträge oder Gesetzesinitiativen der AfD sind, die im Folgenden detailliert aufgeführt sind. Diese Drucksachen sind ebenfalls zentral abrufbar: https://www.bundestag.de/dokumente/drucksachen/ [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Zudem wurde die Systematik des Dokumentations- und Informationssystems für Parlamentsmaterialien (DIP) zur statistischen Erhebung genutzt. Man findet es unter: https://dip.bundestag.de/. Dort sind unter der Suche (https://dip.bundestag.de/suche?f.wahlperiode=20&f.wahlperiode=19&rows=25) auch die Sachgebiete abrufbar. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Selbständige Anträge und Gesetzentwürfe der AfD-Fraktion im Bundestag

Alle im Text zitierten selbständigen Anträge der AfD-Fraktion der 19. Wahlperiode sind online abrufbar unter: https://dip.bundestag.de/experten-suche?term=AfD-Fraktion%20Antr%C3%A4ge&f.herausgeber_dokumentart=Bundestag-Drucksache&f.vorgangstyp_p=01Antr%C3%A4ge&f.vorgangstyp_p=01Antr%C3%A4ge~Antrag&f.initiative_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen&f.initiative_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen~Fraktion%20der%20AfD&f.datum.start=2017-10-01&f.datum.end=2021-10-01&rows=25&sort=datum_ab [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Alle im Text zitierten Gesetzentwürfe der AfD-Fraktion der 19. Wahlperiode sind online abrufbar unter: https://dip.bundestag.de/experten-suche?term=AfD-Fraktion%20Antr%C3%A4ge&f.herausgeber_dokumentart=Bundestag-Drucksache&f.vorgangstyp_p=05Gesetze%2C%20Rechtsnormen&f.initiative_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen&f.initiative_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen~Fraktion%20der%20AfD&f.datum.start=2017-10-01&f.datum.end=2021-10-01&rows=25&sort=datum_ab [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Sekundärliteratur

Adam, Konrad. 2020. Warum ich aus der AfD austrete. Online: https://www.cicero.de/innenpolitik/exklusiv-konrad-adam-afd-austritt-alexander-gauland. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Adler, Patricia A./Adler, Peter. 1998. Observational Techniques. In: Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S. (Hrsg.). Collecting and Interpreting Qualitative Materials. London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 79–110.

Ärztezeitung. 2020. Medizin-Professor distanziert sich von AfD-Wahlvorschlag. Online: https://www.aerztezeitung.de/Politik/Medizin-Professor-distanziert-sich-von-AfD-Wahlvorschlag-411033.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (AfD-Fraktion). 2017. Arbeitsordnung der Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag. In: Ritzel, Heinrich/Bücker, Josef/Schreiner, Hermann-Josef. (Hrsg.). Handbuch für die Parlamentarische Praxis. 33. Lieferung. Hürth. (Online-Zugriff)

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (AfD-Fraktion). 2019a. Streitkraft Bundeswehr. Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Berlin.

AfD-Fraktion. 2019b. AfD-Fraktion will Zusammenarbeit mit allen Landtagsfraktionen auf neues Level heben. Online: https://www.afdbundestag.de/afd-fraktion-will-zusammenarbeit-mit-allen-landtagsfraktionen-auf-neues-level-heben/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AfD-Fraktion. 2019c. Fraktion Kompakt. Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion. Ausgabe 1 (November 2019). Berlin.

AfD-Fraktion. 2020a. Bewertung der AfD-Bundestagsfraktion zur »Berateraffäre von der Leyen«. Sondervotum der AfD-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses gemäß Artikel 45 a, 2 GG zur »Berateraffäre« im Bundesverteidigungsministerium. Berlin.

AfD-Fraktion. 2020b. Positionspapier Corona-Krise. Online: https://www.afdbundestag.de/positionspapier-corona-krise/?fbclid=IwAR1afzBebhaqlRnN3FsZ18--6R0TWkjtW_zng_NkNFrHqjkRM0LdT-_XIy8. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AfD-Fraktion. 2020c. Corona-Positionspapier 2: Shutdown sofort beenden – Soviel Freiheit wie möglich, nicht mehr Einschränkungen als nötig! Online: https://www.afdbundestag.de/corona-positionspapier-2-shutdown-sofort-beenden-soviel-freiheit-wie-moeglich-nicht-mehr-einschraenkungen-als-noetig/ [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AfD-Fraktion. 2020d. Agrarpolitisches Leitbild der AfD-Bundestagsfraktion. Berlin.

AfD-Fraktion. 2020e. Ein Blick hinter die Kulissen! Online: https://www.youtube.com/watch?v=vbfhROLg5iQ&feature=emb_logo. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AfD-Fraktion. 2020 f. Fraktion Kompakt. Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion. Ausgabe 2 (Oktober 2020). Berlin.

AfD-Fraktion. 2020g. Regierung im Coronawahn: Existenzen am Abgrund! Online: https://youtu.be/Sod1cbWup28 [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AfD-Fraktion. 2020h. Die Bundeswehr-Misere: Warum Deutschland sich nicht mehr verteidigen kann! Online: https://www.youtube.com/watch?v=9J_H66bcbVs. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AfD-Fraktion 2020i. Schluss mit der Notstandspolitik! Diskussionspapier für eine Kommunikationsoffensive. o. O.

AfD-Fraktion. 2020j. Fraktion Kompakt. Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion. Ausgabe 3 (Dezember 2020). Berlin.

AfD-Fraktion. 2021. Thesenpapier »Corona-Politik« der AfD-Fraktionsspitzen. Online: https://www.sebastian-muenzenmaier.de/thesenpapier-corona-politik-der-afd-fraktionsspitzen. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AFP. 2017. Gauland: AfD will als drittstärkste Partei Bundesregierung »jagen«. Online (über welt.de:) https://www.welt.de/newsticker/news1/article168986296/Gauland-AfD-will-als-drittstaerkste-Partei-Bundesregierung-jagen.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

AFP. 2019. Stettiner Hotel storniert AfD-Buchung. Online (über ntv.de): https://www.n-tv.de/politik/Stettiner-Hotel-storniert-AfD-Buchung-article21115290.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Alternative für Deutschland (AfD). 2016. AfD-Manifest: Demokratie wiederherstellen. Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017. o. O.

Alternative für Deutschland (AfD). 2019. Strategie 2019-2025. Die AfD auf dem Weg zur

Volkspartei. o. O.
Alternative für Deutschland Schwerin (AfD Schwerin). 2020. Schlossgespräch »Demokratie und Verfassungsschutz«. Online: https://afd-sn.de/veranstaltungen/26067/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Alexander, Robin. 2020. Dann rügt Merkel den Oppositionspolitiker wie einen Schüler. In: DIE WELT vom 14. Mai 2020, S. 4.
Alexander, Robin. 2021. Nach Merkels Entschuldigung folgt das »Weiter so!« In: DIE WELT vom 26. März 2021, S. 4.
Allmendinger, Jutta/Schroeder, Wolfgang. 2022. Deutschland im Klimastress. Folgen für unser gesellschaftliches Zusammenleben. In: Wiegandt, Klaus (Hrsg.). 3 Grad Mehr. Ein Blick in die drohende Heißzeit und wie uns die Natur helfen kann, sie zu verhindern. S. 269–288.
Amadeu Antonio Stiftung. 2019. Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. 2. überarbeitete Auflage. Berlin.
Amann, Melanie. 2017. Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: Wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. München.
Amann, Melanie. 2018a. Die Sonnenkönigin der AfD. Online: https://www.spiegel.de/spiegel/alice-weidel-wie-sie-ueber-die-afd-fraktion-herrscht-a-1190038.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Amann, Melanie. 2018b. Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: Wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. 2. Auflage. München.
Amann, Melanie. 2018c. Ankunft in der Realität. In: DER SPIEGEL 25/16.06.2018, S. 12.
Am Orde, Sabine. 2019a. Ein Geist namens Dr. Curio. Online: https://taz.de/Drohendes-Personal-Chaos-bei-der-AfD/!5642935/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Am Orde, Sabine. 2019b. Wiederwahl mit Gaulands Hilfe. Online: https://taz.de/AfD-waehlt-neue-Fraktionsspitze/!5625044/.
Am Orde, Sabine. 2020a. Das Chaos nach der Causa Kalbitz. In: taz am Wochenende vom 23./24. Mai 2020, S. 4.
Am Orde, Sabine. 2020b. Die Selbstschwächung geht weiter. In: taz vom 27. Juli 2020, S. 12.
Am Orde, Sabine. 2020c. Rezept ist abgelaufen. In: taz am Wochenende vom 1./2. August 2020, S. 10.
Apel, Hans. 1968. Der deutsche Parlamentarismus. Unreflektierte Bejahung der Demokratie? Reinbek.
Arab, Adrian. 2017. Welche Parteien die meisten Stimmen an die AfD verloren. Online: https://www.welt.de/politik/deutschland/article168989573/Welche-Parteien-die-meisten-Stimmen-an-die-AfD-verloren.html.
Arzheimer, Kai. 2019. »Don’t mention the war!« How populist right-wing radicalism became (almost) normal in Germany. In: Journal of Common Market Studies 57, S. 90–102.
Arzheimer, Kai/Berning, Carl. 2019. How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013-2017. Electoral Studies (2019): online first.
Assmann, Aleida. 2020. Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. 3., erweiterte und aktualisierte Auflage. München.
Audretsch, Andreas. 2020. Deutschland: Neue alte Großmachtphantasien, In: Audretsch, Andreas/Gatzka, Claudia C. (Hrsg.). Schleichend an die Macht. Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erlangen. Bonn, S. 31–37.
Augustin, Kersten. 2022. »Der Montag ist schon besetzt«. Online: https://taz.de/Protestforscher-ueber-Montagsdemos/!5878880/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Bachmann, Klaus. Strategien zur Eindämmung populistischer Parteien. Vom Boykott bis zur Beteiligung an der Macht. In: Thadden, Rudolf von/Hofmann, Anna (Hrsg.). Populismus in Europa - Krise der Demokratie? Göttingen 2005, S. 65–98.
Baeck, Jean-Philipp. 2018. Unter einer Decke. Die Liebesaffäre von Identitären und AfD. In: Speit, Andreas (Hrsg.). Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin.
Baer, Udo. 2020. DDR-Erbe in der Seele. Erfahrungen, die bis heute nachwirken. Weinheim.
Balser, Markus. 2021. Ohne Führung und Ziel. In: Süddeutsche Zeitung vom 22. Februar 2021, S. 4.
Balser, Markus. 2022a. AfD will Proteste anfachen. In: Süddeutsche Zeitung vom 24. August

2022, S. 5.
Balser, Markus. 2022b. Aufregung first. In: Süddeutsche Zeitung vom 9. September 2022, S. 7.
Balser, Markus/Schneider, Jens. 2020a. Die AfD-Fraktion schrumpft. Online: https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-hartmann-fluegel-weidel-rechtsruck-1.4775226. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Balser, Markus/Schneider, Jens. 2020b. Meuthen nutzt seine Macht. In: Süddeutsche Zeitung vom 22. Dezember 2020, S. 6.
Bangel, Christian. 2021. Nichts ist vorbei. Online: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-09/extreme-rechte-bundestagswahl-querdenker?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Bargen, Lars von. 2019. Die Ängste der Leute ernst nehmen? Das rechtspopulistische *heartland* und dessen affektive Wirkmacht als Problem für die politische Bildung. In: Boehnke, Lukas/Thran, Malte/Wunderwald, Jacob (Hrsg.) 2019. Rechtspopulismus im Fokus. Wiesbaden, S. 179–198.
Bargetz, Brigitte/Sauer, Birgit. 2010. Politik, Emotionen und die Transformation des Politischen. Eine feministisch-machtkritische Perspektive. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (39) 2, S. 141–155.
Basl, Christian/Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja. 2022. Im Maschinenraum der AfD. Online: https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-bundestagsfraktion-chats-101.html [Letzter Zugriff: 13. Juni 2022].
Bauer, Katja/Fiedler, Maria. 2021. Die Methode AfD. er Kampf der Rechten: Im Parlament, auf der Straße - und gegen sich selbst. Stuttgart.
Bauer, Thomas. 2018. Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt. Stuttgart.
Bauer, Werner T. 2010. Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream? Berlin.
Bauman, Zygmunt. 2016. Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin.
Baumgärtner, Maik/Bohr, Felix/Eberle, Lukas/Feldenkirchen, Markus/Knobbe, Martin/Lehmann, Timo/Müller, Ann-Kathrin/Röbel, Sven/Siemens, Ansgar/Weiland, Severin/Wiedmann-Schmidt, Wolf. 2020. Ein rechtes Gemetzel. In: DER SPIEGEL Nr. 22/23.05.2020, S. 8–15.
Baumgärtner, Maik/Knobbe, Martin/Wiedmann-Schmidt, Wolf. 2019. Moskau setzt auf AfD-Politiker Frohnmaier. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/markus-frohnmaier-russland-setzt-auf-jungen-afd-politiker-a-1269129.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Baumgärtner, Maik/Müller, Ann-Katrin. 2021. Frauenfeindlichkeit im Bundestag durch AfD gestiegen. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-frauenfeindlichkeit-durch-afd-gestiegen-a-4c8c425c-6b08-4ac5-b049-61ad65d1240c. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Baumgartner, Frank R., Green-Pedersen, Christoffer und Jones, Bryan. 2006. Comparative studies of policy agendas. London/New York.
Bayerische Staatsregierung (Hrsg.). 2018. Das Bürgergutachten. 2030. Bayern, Deine Zukunft. Beschlussfassung des Bürgergipfels am 24.03.2018. München.
Becker, Andrea. 2020. Die fragwürdige Reise des Ayurveda-Arztes der AfD. Online: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_88575932/afd-die-fragwuerdige-reise-des-ayurveda-arztes-robby-schlund.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Becker, Wibke. 2022. Spaltung ist nur ein Wort. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 04. September 2022, S. 4.
Becker, Ulrich/Becker, Horst/Ruhland, Walter. 1992. Zwischen Angst und Aufbruch. Düsseldorf.
Bednarz, Liane. 2018. Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern. München.
Bender, Justus. 2017. Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland. München.
Bender, Justus. 2018. Gauland für »friedliche Revolution« gegen das »politische System«. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-chef-gauland-friedliche-revolution-gegen-das-politische-system-15771150.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Bender, Justus. 2020a. Linksidentität. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 2. August 2020, S. 4.
Bender, Justus. 2020b. Die Russland-Versteher. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 13. September 2020, S. 2.

Bender, Justus. 2020c. Kommt das AfD-Verbot? In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 29. November 2020, S. 5.
Bender, Justus. 2020d. Meuthen setzt sich durch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Dezember 2020, S. 4.
Bender, Justus. 2022. Partei im Strudel. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 12. Juni 2022, S. 4.
Bender, Justus/Schmidt, Friedrich. 2018. AfD-Politiker streiten um Krim-Reise. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-politiker-kritisieren-krim-reise-von-parteikollegen-15435809.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Berbuir, Nicole/Lewandowsky, Marcel/Siri, Jasmin. 2015. The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? In: German Politics. 24:2, S. 154–178.
Bergmann, Henning/Bailer, Stefanie/Ohmura, Tamaki/Saalfeld, Thomas/Sieberer, Ulrich. 2016. Namentliche Abstimmungen im Deutschen Bundestag. 1949-2013. Befunde aus einem neuen Datensatz. Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (1), S. 26–50.
Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith. 2017a. Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48. Jg. Heft 1, S. 57–75.
Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith. 2017b. Allzeit fern des Durchschnitts: Politische Ansichten der AfD-Anhänger Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 30. Jg. Heft 2, S. 12–25.
Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith. 2018. Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017 In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg. Heft 2, S. 243–264.
Bergsdorf, Harald. 2007. Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind. München.
Berwing, Kerstin/Fischer, Charlotte/Kowalski, Juliane. 2019. Mann wählt AfD: Psychologische Erklärungsansätze für den »Radical Right Gender Gap«. In: Walther, Eva/Isemann, Simon D. (Hrsg.). Die AfD – psychologisch betrachtet. Wiesbaden.
Besand, Anja. 2019. Politische Bildung und emotionale Pathologien. Oder: Warum alle über Emotionen reden und keiner sie versteht. In: In: Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.). Emotionen im Politikunterricht. Frankfurt am Main, S. 81–97.
Best, Volker. 2020. Democracy Reform as a Populist Policy Supply. In: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe. (Hrsg.). Continuity and Change of Party Democracies in Europe. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft. Wiesbaden, S. 203–252.
Betz, Hans-Georg. 2005. Against the system: radical right-wing populism's challenge to liberal democracy. In: Rydgren, Jens. (Hrsg.). Movements of Exclusion. New York, S. 25–40.
Betzelt, Sigrid/Bode, Ingo. 2017. Angst im Sozialstaat – Hintergründe und Konsequenzen. Bonn.
Beyme, Klaus von. 1971. Opposition (Teil A und C), in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. IV: Lenin bis Periodisierung. Freiburg u. a., S. 958–969, 987-992.
Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp. 2018. Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative? In: Politische Vierteljahresschrift 59(3). S. 433–461.
Biermann, Kai/Geisler, Astrid/Radke, Johannes/Steffen, Tillmann. 2018. AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde. Online: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/afd-bundestag-mitarbeiter-rechtsextreme-identitaere-bewegung. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Biess, Frank. 2018. Gesellschaft der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Reinbeck.
Biess, Frank. 2020. Corona-Angst und die Geschichte der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 70. Jg. 35-37/2020, S. 33–39.
BILD. 2020. Verfassungsschutz stuft Jens Maier als Rechtsextremist ein. Online: https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/afd-verfassungsschutz-stuft-jens-maier-als-rechtsextremist-ein-73254886.bild.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Birnbaum. Robert. 2020. Und was ist mit Abgeordneten aus Risikogebieten? Wie der Bundestag verhindern will, selbst zum Hotspot zu werden. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/und-was-ist-mit-abgeordneten-aus-risikogebieten-wie-der-bundestag-verhindern-will-selbst-zum-hotspot-zu-werden/26271902.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Birnbaum, Robert/Ismar, Georg. 2020. Schäuble will dem Schutz des Lebens nicht alles

unterordnen. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/bundestagspraesident-zur-corona-krise-schaeuble-will-dem-schutz-des-lebens-nicht-alles-unterordnen/25770466.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Biskamp, Floris. 2019a. Die AfD mobilisiert bestehendes Potenzial. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/wider-die-maer-vom-rechtsruck-die-afd-mobilisiert-bestehendes-potenzial/25234450.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Biskamp, Floris. 2019b. AfD als Matrjoschka-Puppe. Online: https://taz.de/Rechtsextremismus-und-AfD/!5644312/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Blatter, Joachim/Langer, Phil C./Wagemann, Claudius Wagemann. 2018. Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Wiesbaden.

Blondel, Jean. 1997. Political Opposition in the contemporary World, in: Government and Opposition 32 (4), S. 462–486.

Blume, Michael. 2020. Verschwörungsmythen – woher sie kommen, was sie anrichten, wie wir ihnen begegnen können. München.

Bock, Michael. 2021. CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt stutzt den rechten Flügel. Online: https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/landespolitik/cdu-landtagsfraktion-sachsen-anhalt-stutzt-den-rechten-flugel-3188088. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Bode, Ingeborg. 1962. Ursprung und Begriff der parlamentarischen Opposition. Stuttgart.

Boehringer, Peter. 2020. EZB-Rettungsgelder nicht für Euro und EU-Banken, sondern für unsere Bürger und Unternehmen. Online: https://www.pboehringer.de/ezb-rettungsgelder-nicht-fuer-euro-und-eu-banken-sondern-fuer-deutsche-menschen-und-unternehmen/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Boehringer, Peter/Glaser, Albrecht. 2021. AfD-Fraktion klagt gegen EU-Verschuldung und reicht Antrag auf einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht ein. Online: https://afdbundestag.de/boehringer-glaser-afd-fraktion-klagt-gegen-eu-verschuldung-und-reicht-antrag-auf-einstweilige-anordnung-beim-bundesverfassungsgericht-ein/ [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Bogner, Alexander. 2021. Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Stuttgart.

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang. 2014. Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden.

Boos, Alexander. 2020. AfD: »Bundestag darf uns nicht zwingen, Masken zu tragen« – Sputnik exklusiv. Online: https://de.sputniknews.com/deutschland/20201022328242226-afd-gegen-bundestag-maskenpflicht/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Brack, Nathalie/Weinblum, Sharon. 2011. Political Opposition: Towards a Renewed Research Agenda. Interdisciplinary Political Studies, 1 (1), S. 69–79.

Brandner, Stephan. 2020a. Akzeptanz des Bundesverfassungsgerichts durch den neuen Präsidenten in Gefahr. Online: https://afdkompakt.de/2020/05/16/akzeptanz-das-bundesverfassungsgerichts-durch-den-neuen-praesidenten-in-gefahr/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Brandner, Stephan. 2020b. Die »Welt« muss nach Abmahnung durch AfD-Fraktion Falschbehauptung richtigstellen. Online: https://www.afdbundestag.de/brandner-die-welt-muss-nach-abmahnung-durch-afd-fraktion-falschbehauptung-richtigstellen/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Brandner, Stephan. 2021. Frontalangriff auf Föderalismus und Grundrechte. Online: https://www.afd.de/stephan-brandner-frontalangriff-auf-foederalismus-und-grundrechte/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Breithaupt, Fritz. 2017. Die dunklen Seiten der Empathie. Berlin.

Breyton, Ricarda/Hock, Alexej. 2020. Für die AfD kommen die Störer im Bundestag zur Unzeit. In: DIE WELT vom 20. November 2020, S. 4.

Brichzin, Jenni/Krichewsky, Damien/Ringel, Leopold/Schank, Jan. 2018. Soziologie der Parlamente. Konturen eines Programms. In: Brichzin, Jenni/Krichewsky, Damien/Ringel, Leopold/Schank, Jan (Hrsg.). 2018. Soziologie der Parlamente. Neue Wege der politischen Institutionenforschung. Wiesbaden, S. 1–32.

Brosda, Carsten. 2002. »Emotionalisierung« als Merkmal medialer Politikvermittlung. Zur Diskursivität emotionaler Äußerungen und Auftritte von Politikern im Fernsehen. In: Schicha, Christian/Brosda, Carsten. (Hrsg.). Politikvermittlung in Unterhaltungsformaten. Medieninszenierung zwischen Popularität und Populismus. Münster. S. 111–133.

Brunner, Katharina/Ebitsch, Sabrina/Gierke, Sebastian/Schories, Martina. 2018. Das gespaltene Parlament. Online: https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/die-afd-im-bundestag-e362724/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Bubrowski, Helene/Burger, Reiner/Frasch, Timo/Lohse, Eckart. 2020. »Schäuble hat Recht«. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/debatte-ueber-corona-massnahmen-schaeuble-hat-recht-16744401.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Bundesamt für den Verfassungsschutz (BfV). 2019. Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der »Alternative für Deutschland« (AfD) und ihren Teilorganisationen. Online: https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Bundesamt für den Verfassungsschutz (BfV). 2020a. Bundesamt für Verfassungsschutz stuft AfD-Teilorganisation »Der Flügel« als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein. Pressemitteilung vom 12. März 2020. Online: https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20200312-bfv-stuft-afd-teilorganisation-der-fluegel-als-gesichert-rechtsextremistische-bestrebung-ein. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Bundesamt für den Verfassungsschutz (BfV). 2020b. Verfassungsschutzbericht 2019. Online: https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2019.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Bundesverfassungsgericht (BVerfG). 2016. Urteil des Zweiten Senats vom 03. Mai 2016 – 2 BvE 4/14 – Rn. 1-139. Karlsruhe.

Burger, Reiner/Lohse, Eckart. 2021. »Als ich sprach, spürte ich: Du hast den Saal.« In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juni 2021, S. 3.

Butler, Judith. 2018. Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung. Berlin.

Butter, Michael. 2020. Verschwörungstheorien: Zehn Erkenntnisse aus der Pandemie. In: Kortmann, Bernd/Schulze, Günther G. (Hrsg.). Jenseits von Corona. Unsere Welt nach der Pandemie – Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld.

Butterwegge, Christoph. 2018. Die neue Republik der AfD. Online: https://www.fr.de/meinung/neue-republik-10983978.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Butterwegge, Christoph. 2019. Antisozialer Patriotismus: Die Rentenpläne der AfD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2019, S. 99–106.

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd. 2018. Rechtspopulismus in Parlamenten. Polemik, Agitation und Propaganda, Frankfurt/M.

Camus, Renaud. 2016. Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda.

Cancik, Pascale. 2000. Parlamentarische Opposition in den Landesverfassungen eine verfassungsrechtliche Analyse der neuen Oppositionsregelungen. Berlin.

Cancik, Pascale. 2013. Wirkungsmöglichkeiten parlamentarischer Opposition im Falle einer qualifizierten Großen Koalition - Anforderungen des Grundgesetzes. Kurzgutachten. Osnabrück.

Cancik, Pascale. 2016. Der Grundsatz (in)effektiver Opposition: zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Oppositionsfraktionsrechte. Online: https://verfassungsblog.de/der-grundsatz-ineffektiver-opposition-zum-urteil-des-bundesverfassungsgerichts-in-sachen-oppositionsfraktionsrechte/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Capoccia, Giovanni. 2002. Anti-System Parties. A Conceptual Reassessment. Journal of Theoretical Politics, 14 (1), S. 9–35.

Caro, Michael K. 1965. Der Volkskanzler Ludwig Erhard. Köln.

Chacón, Benedikt Ugarte. 2021. Parlamentarischer Populismus. Die Arbeit der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Berlin.

Charim, Isolde. 2017. Das pluralisierte Individuum. In: Analyse & Impulse. Komment papers 3. S. 6–13.

Chrupalla, Tino. 2020. Corona-Gesetze –Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten. Online: https://tinochrupalla.de/wp-content/uploads/2020/03/Erkla%CC%88rung-zur-Abstimmung_Corona.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Chrupalla, Tino und Weidel, Alice. 2020. 5-Punkte-Programm zur Corona-Krisenbewältigung. https://afdkompakt.de/2020/03/19/afd-legt-5-punkteprogramm-zur-corona-krisenbewaeltigung-vor/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Clasmann, Anne-Beatrice. 2020a. In der Corona-Krise leidet die AfD auch an sich selbst. Online: https://www.badisches-tagblatt.de/Nachrichten/In-der-Corona-Krise-leidet-die-AfD-auch-an-sich-selbst-34316.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Clasmann, Anne-Beatrice. 2020b. AfD will mit Kampagne gegen »Corona-Diktatur« neue Wähler locken. Online: https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-will-mit-kampagne-gegen--corona-diktatur--neue-waehler-locken-9473210.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Compact Magazin. 2021. COMPACT-Aktuell: Corona-Diktatur. Wie unsere Freiheit stirbt. Werder.

Cramer, Katherine. J. 2016. The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker. Chicago.

Crick, Bernard. 1976. Zwei Theorien über Opposition. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.). Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. Darmstadt, S. 148–154.

Curio, Gottfried. 2020. Verfassungsschutz macht sich zum politischen Instrument der Altparteien. Online: https://www.afdbundestag.de/curio-verfassungsschutz-macht-sich-zum-politischen-instrument-der-altparteien/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Dahl, Roland A. (Hrsg.). 1966a. Political Oppositions in Western Democracies. New Haven, S. 332–347.

Dahl, Roland A. 1966b. Patterns of Opposition. In: Dahl, Roland A. (Hrsg.). 1966. Political Oppositions in Western Democracies. New Haven, S. 332–347.

Dahl, Roland A. 1966c. Some Explanations. In: Dahl, Roland A. (Hrsg.). 1966. Political Oppositions in Western Democracies. New Haven, S. 348–386.

Dahrendorf, Ralf. 1971. Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.

Damasio, Antonio. 1994. Decartes‘ Irrtum. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn. Berlin.

Daumann, Frank. 1999. Interessenverbände im politischen Prozeß. Eine Analyse auf Grundlage der Neuen Politischen Ökonomie. Tübingen.

Decker, Frank. 2004. Der neue Rechtspopulismus. Opladen.

Decker, Frank. 2006. Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank. Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrelativ? Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, S. 9–32.

Decker, Frank. 2015. Die Veränderung der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – ein dauerhaftes Phänomen? In: Zick, Andreas; Küpper, Beate (Hrsg.). Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn, S. 109–123.

Decker, Frank. 2016. Sinkende Wahlbeteiligung. Interpretationen und mögliche Gegenmaßnahmen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-42/2016, S. 30–35.

Decker, Frank. 2018a. Was ist Rechtspopulismus? In: Politische Vierteljahresschrift 59. S. 353–369.

Decker, Frank. 2018b. Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Online: https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Decker, Frank. 2019. Parteiendemokratie im Wandel. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Baden-Baden.

Decker, Frank. 2020. Populismus als Symptom und Folge einer Vertrauenskrise der heutigen Demokratie. Wie wirken ökonomische und kulturelle Konflikte zusammen? In: Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.). Populismus – Staat – Demokratie. Ein interdisziplinäres Streitgespräch. Wiesbaden, S. 97–110.

Decker, Frank. 2021. Populismus. In: Andersen Uwe/Bogumil, Jörg/Marschall Stefan/Woyke Wichard. (Hrsg.). Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, S. 776–782.

Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne. 2019. Vertrauen in Demokratie: Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn.

Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Lewandowsky, Marcel (Hrsg.). 2022. Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus. Baden-Baden.

Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel. 2009. Rechtspopulismus als (neue) Strategie der politischen Rechte. Online-Akademie der FES. Bonn.

Decker, Frank/Ruhose, Fedor. 2019. Vom Moderaten zum polarisierten Pluralismus Wie integrationsfähig ist das deutsche Parteiensystem? In: Indes 3-2019. Göttingen, S. 34–42.
Decker, Markus. 2021a. Nach Störaktion im Bundestag bislang zwei Hausverbote verhängt. Online: https://www.rnd.de/politik/afd-storer-im-bundestag-nach-storaktion-bisher-zwei-hausverbote-erteilt-GFGNCZURTVHPDJ7DLGLAU65AR4.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Decker, Markus. 2021b. Pöbeleien und mehr: Wie die AfD im Bundestag das Klima vergiftet. https://www.rnd.de/politik/die-afd-im-bundestag-pobeleien-storer-drohungen-wie-die-afd-das-klima-vergiftet-TFALZVIWOFBUFAO5EWN5EUDWGU.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Decker, Oliver/Brähler, Elmar: 2018. Vorwort der Herausgeber. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.). Flucht ins Autoritäre. Rechtextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen, S. 9–11.
Deininger, Roman. 2020. Die CSU. Bildnis einer speziellen Partei. München.
Deininger, Roman/Ritzer, Uwe. 2020. Markus Söder. Der Schattenkanzler. München.
Delhaes, Daniel/Neuerer, Dietmar. 2020. Klöckner löst mit Einladung an AfD Streit in Koalition aus. Online: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fachgespraech-zum-tierwohl-kloeckner-loest-mit-einladung-an-afd-streit-in-koalition-aus/26225140.html?ticket=ST-688516-mvyeJTZL0vWdcccQfY7l-ap3. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Detering, Heinrich. 2019. Was heißt hier »wir«? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten. Stuttgart.
Detjen, Stephan. 2013. »Sie kennen mich« – das hat gewirkt. Online: https://www.deutschlandfunkkultur.de/sie-kennen-mich-das-hat-gewirkt.996.de.html?dram:article_id=262702. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Der rechte Rand (Hrsg.). 2020. Das IfS. Faschist*innen des 21. Jahrhunderts. Hamburg.
Deutsche Presseagentur (dpa). 2018. CDU prangert Tricks der AfD-Fraktion an. Online (über Welt.de): https://www.welt.de/politik/deutschland/article172911981/Opfer-Spiel-CDU-prangert-Tricks-der-AfD-Fraktion-an.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2019a. Deshalb durfte Claudia Roth der AfD den Hammelsprung verweigern. Online (über welt.de): https://www.welt.de/politik/deutschland/article196023245/Bundestag-Deshalb-durfte-Claudia-Roth-der-AfD-Hammelsprung-verweigern.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2019b. Ex-AfD-MdB will Geschäftsordnung ändern. Online (über lto.de): https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bundestag-vizepraesident-wahl-afd-kandidaten-geschaefsordnung-vorschlaege-begrenzen/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2019c. AfD lässt Dokus produzieren. Online (über tagesspiegel.de): https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/gegenoeffentlichkeit-schaffen-afd-laesst-dokus-produzieren/25067162.html . [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2019d. Weidel und Gauland behalten AfD-Fraktionsvorsitz. Online (über fr.de): https://www.fr.de/politik/weidel-gauland-behalten-afd-fraktionsvorsitz-13037099.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2020a. Gauck plädiert für »erweiterte Toleranz« gegenüber rechts. Online (über Welt.de): https://www.welt.de/politik/deutschland/article206222799/Joachim-Gauck-plaediert-fuer-erweiterte-Toleranz-gegenueber-AfD.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2020b. Chrupalla hält Bürgerkrieg für möglich. Online (über faz.net): https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nach-hanau-chruppalla-haelt-buergerkrieg-fuer-moeglich-16657444.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2020c. Bundestag: Unverständnis über Sondersitzung der AfD-Fraktion. Online (über frankenpost.de): https://www.frankenpost.de/deutschlandwelt/brennpunkte/Bundestag-Unverstaendnis-ueber-Sondersitzung-der-AfD-Fraktion;art2801,7205646. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2020d. Schäuble will Bürgerräte einrichten. Online (über faz.net): https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/schaeuble-will-buergerraete-einrichten-16972347.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2020e. AfD-Politiker wollen sich gegen Verfassungsschutz wehren. Online: https://www.t-online.de/region/id_88765834/afd-politiker-wollen-sich-gegen-verfassungsschutz-wehren.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Deutsche Presseagentur (dpa). 2020 f. Schäuble besteht auf Verfügung zum Maskentragen im Bundestag. Online (via welt.de): https://www.welt.de/politik/deutschland/article218324352/Corona-Wolfgang-Schaeuble-pocht-auf-Verfuegung-zum-Maskentragen.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2020g. Gauland nicht generell gegen Impfpflicht. Online (via t-online.de): https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_89151178/aber-skepsis-bei-corona-gauland-nicht-generell-gegen-impfpflicht.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2020h. Gauland rechnet mit Meuthen ab – »Hat die Hälfte der Partei beschädigt. Online (via welt.de): https://www.welt.de/politik/deutschland/article222883748/AfD-Gauland-gegen-Meuthen-Hat-die-Haelfte-der-Partei-beschaedigt.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2021a. Gauland will wieder für den Bundestag kandidieren. Online (via sueddeutsche.de): https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-berlin-gauland-will-wieder-fuer-den-bundestag-kandidieren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210208-99-353630. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2021b. AfD-Fraktionschefin – Politik sollte Nähe zu »Querdenkern« suchen. Online: https://www.welt.de/politik/deutschland/article225959831/Alice-Weidel-Politik-soll-Naehe-zu-Querdenkern-suchen.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2021b. AfD will leichteren Zugang zu Waffen prüfen. Online: https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-dresden-afd-will-leichteren-zugang-zu-waffen-pruefen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210410-99-150733. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutsche Presseagentur (dpa). 2022. Chrupalla: »Wir streichen Deutschland blau an«. Online: https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-magdeburg-chrupalla-wir-streichen-deutschland-blau-an-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220827-99-536014. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutscher Bundestag (Hrsg.). 2013. Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012. Unterrichtung durch die Bundesregierung. BT-Drs. 17/12051. Berlin.
Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2017a. Statistik der Parlamentarischen Initiativen – Überblick 18. Wahlperiode. Stand: 27. November 2017. Online: https://www.bundestag.de/resource/blob/194872/73cb31b0831e15421d44a280e14acede/initiativen_wp18-data.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutscher Bundestag (Hrsg.). 2017b. Datenhandbuch des Bundestages. Kapitel 3.2 Durchschnittsalter. Stand: 01. Dezember 2017. Online: https://www.bundestag.de/resource/blob/272474/4a216913aff5 f5c25c41572257a57e4a/Kapitel_03_02_Durchschnittsalter-pdf-data.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutscher Bundestag (Hrsg.). 2018a. Datenhandbuch des Bundestages. Kapitel 7.16 Ordnungsmaßnahmen. Stand: 18. Mai 2018. Online: https://www.bundestag.de/resource/blob/196296/08d0a21670ca40e45ecfdb242d119d58/Kapitel_07_16_Ordnungsma__nahmen-data.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2018b. Stichwort Der Deutsche Bundestag. Wie parlamentarische Demokratie funktioniert. Berlin.
Deutscher Bundestag (Hrsg.). 2021. Statistik der Parlamentarischen Initiativen – 19. Wahlperiode. Stand: 19. November 2021. Online: https://www.bundestag.de/resource/blob/533190/df69aafb330cc1e3b38c3dd9c999914a/initiativen_wp19-data.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Diefenbach, Aletta/Scheve, Christian von. 2019. »Islamisierung des Abendlandes«. Zur Struktur der Angst vor dem Islam als mobilisierende Emotion im Rechtspopulismus. In: Besand, Anja/Overwien, Bernd/Zorn, Peter (Hrsg.). Politische Bildung mit Gefühl. Bonn, S. 43–60.
Diekmann, Nicole. 2022. Die AfD und die Inkompetenz der Anderen. Online: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afd-bundestagsklausur-weidel-chrupalla-energiekrise-100.html. [Letzter Zugriff: 09. November 2022].
Doerfler, Kordula. 2017. Schlappe für rechtsextremen AfD-Flügel. Online: https://www.fr.de/politik/schlappe-rechtsextremen-afd-fluegel-11000053.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Dörre, Klaus. 2020. In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster.
Dohnanyi, Klaus von. 1961. Regieren aus der Opposition. In: Die Neue Gesellschaft VIII/1961,

S. 449–454.
Dowideit, Anette. 2020. AfD-Spitze kannte Gewaltvorwürfe gegen Lüth. In: Welt am Sonntag vom 4. Oktober 2020, S. 5.
Downs, William M. 2012. Political Extremism in Democracies. Combating Intolerance. New York.
Drebes, Jan/Rasche, Henning. 2020. Die staatszersetzende Taktik der AfD. In: Rhein-Zeitung vom 10. Juni 2020, S. 2.
Dubiel, Helmut. 1986. Das Gespenst des Populismus. In: Dubiel, Helmut (Hrsg.). Populismus und Aufklärung. Frankfurt am Main. S. 33–50.
Dubiel, Helmut. 2002. Die Stunde der Verführer. Populismus ist Teil der Massendemokratie – und ihr Problem. Online: https://www.zeit.de/2002/37/200237_rattenfaenger.xml/komplettansicht. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Dürr, Tobias/Fücks, Ralf/Miebach, Michael. 2017. Wie das republikanische Wir aussehen kann. Online: http://www.b-republik.de/aktuelle-ausgabe/wie-das-republikanische-wir-aussehen-kann. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Eggers, Nina Elena. 2015. Mehr Leidenschaft für Europa? Zur Bedeutung von Identitäten und Emotionen im Kontext der Europawahl 2014. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Emotionen und Politik, Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden, S. 271–296.
Eisele, Ines. 2019. Auf Twitter zum Abschuss freigegeben. Online: https://www.dw.com/de/auf-twitter-zum-abschuss-freigegeben/a-51315221. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
El Ouassil, Semira. 2019. Von der Notwendigkeit und Unmöglichkeit, Hans-Georg Maaßen zu ignorieren. Online: https://uebermedien.de/40040/von-der-notwendigkeit-und-unmoeglichkeit-hans-georg-maassen-zu-ignorieren/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Elsässer, Jürgen. 2019. Das Monster von Halle – eine Analyse von Jürgen Elsässer. Online: https://www.compact-online.de/das-monster-von-halle/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Elsässer, Jürgen. 2020. Triumph des Brexit: Was lernt die AfD? In: Compact. Ausgabe 2/2020, S. 3.
Emcke, Carolin. 2017. Wir. Online: http://www.sueddeutsche.de/politik/kolumne-wir-1.3547382. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Epoch Times. 2018. Gauland: »Wir haben Korridor des Sagbaren im Parlament ausgeweitet«. Online: https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/gauland-wir-haben-korridor-des-sagbaren-im-parlament-ausgeweitet-a2399781.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Esders, Michael. 2020. Sprachregime. Die Macht der politischen Wahrheitssysteme. Dresden.
Eubel, Cordula/Ismar, Georg. 2019. SPD-Chef greift Grüne hart an – die kontern. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/verkuerzt-politik-in-grotesker-weise-spd-chef-greift-gruene-hart-an-die-kontern/24456648.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Euchner, Walter (Hrsg.). 1993. Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Göttingen.

Faus, Jana/Faus, Rainer/Gloger, Alexandra. 2016. Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland: qualitativ-quantitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
Faus, Rainer/Ruhose, Fedor. 2020. Ende des Klassendenkens. In: Der Tagesspiegel vom 5. Februar 2020, S. 6.
Fiedler, Maria. 2018. Neues aus der Echokammer. Online: https://www.politik-kommunikation.de/ressorts/artikel/neues-aus-der-echokammer-73218871. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2019a. Wie die SPD-Fraktion der AfD beikommen will. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/faktenchecks-analysen-vorbereitung-wie-die-spd-fraktion-der-afd-beikommen-will/24345714.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2019b. Warum die Rechtspopulisten jetzt öko sein wollen. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/die-umweltstrategie-der-afd-warum-die-rechtspopulisten-jetzt-oeko-sein-wollen/24510410.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2019c. Truppen sammeln. Die AfD als selbsternannte Soldaten-Partei. In: Meisner, Matthias und Kleffner, Heike (Hrsg.). Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. Freiburg im Br., S. 272–276.
Fiedler, Maria. 2019d. Rechtsausschuss wählt AfD-Politiker Brandner als Vorsitzenden ab.

Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/letzte-stufe-der-eskalation-rechtsausschuss-waehlt-afd-politiker-brandner-als-vorsitzenden-ab/25219666.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2019e. Wenn radikal normal ist. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/keine-maessigung-bei-der-afd-wenn-radikal-normal-ist/25289270.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2019 f. Mit Lars Herrmann verlässt ein weiterer Abgeordneter die AfD. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/da-waren-es-nur-noch-90-mit-lars-herrmann-verlaesst-ein-weiterer-abgeordneter-die-afd/25348688.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2020a. Warum die AfD-Fraktion noch weiter bröckeln könnte. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/das-aussteigerprogramm-warum-die-afd-fraktion-noch-weiter-broeckeln-koennte/25507716.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2020b. Wie die AfD versucht, aus dem Corona-Tief zu kommen. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/mit-voller-kraft-gegen-den-lockdown-wie-die-afd-versucht-aus-dem-corona-tief-zu-kommen/25808282.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2020c. Debatte im Bundestag wird zur Generalabrechnung mit der AfD. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/tiefpunkt-einer-dauerhaften-strategie-debatte-im-bundestag-wird-zur-generalabrechnung-mit-der-afd/26643632.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria. 2022. Ihr neues Feindbild. In: Der Tagesspiegel vom 30. August 2022, S. 3.
Fiedler, Maria/Funk, Albert. 2019. Wer die AfD-Wähler sind und was sie umtreibt. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-den-wahlen-in-sachsen-und-brandenburg-wer-die-afd-waehler-sind-und-was-sie-umtreibt/24972024.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria/Jansen, Frank. 2020. »Flügel«-Erfolge könnten die ganze AfD zum Verdachtsfall machen. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/aufgeloest-aber-einflussreich-fluegel-erfolge-koennten-die-ganze-afd-zum-verdachtsfall-machen/26268094.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria/Ringelstein, Ronja. 2018. »Es ist manchmal sehr ermüdend«. Online: https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-afd-landes-und-fraktionschef-im-interview-es-ist-manchmal-sehr-ermuedend/21249816.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fiedler, Maria/Starzmann, Paul. 2020. Wie die FDP ihr AfD-Problem lösen will. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/lehren-aus-dem-thueringer-tabubruch-wie-die-fdp-ihr-afd-problem-loesen-will/25904514.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fielitz, Maik/Marcks, Holger. 2020. Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin.
Finkbeiner, Florian. 2020. Burnout der Bürgerlichen. So funktioniert die konservative Selbstlegitimierung der AfD. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/burnout-der-buergerlichen-so-funktioniert-die-konservative-selbstlegitimierung-der-afd/26140300.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Finthammer, Volker. 2018. Die Konterstrategien der AfD. Online: https://www.deutschlandfunkkultur.de/verfassungsschutz-die-konterstrategien-der-afd.2165.de.html?dram:article_id=427875. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Finthammer, Volker. 2019. AfD-Politiker will gesteuerte Presse nachweisen – vergeblich. Online: https://www.deutschlandfunk.de/hunderte-anfragen-an-behoerden-afd-politiker-will.2907.de.html?dram:article_id=460460. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Flick, Uwe. 2007. Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbeck.
Flick, Uwe. 2012. Design und Prozess qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe/Von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines (Hrsg.). 2012. Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 9. Auflage. Reinbeck. S. 252–264.
Flor, Olga. 2018. Politik der Emotion. Wien/Salzburg.
Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/ Schwanholz, Julia (Hrsg.). 2021. Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt am Main/New York.
Fraenkel, Ernst. 1964. Deutschland und die westlichen Demokratien. Stuttgart.
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). 2020. AfD leitet Wirecard-Ausschuss. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Oktober 2020, S. 20.
Franzmann, Simon T. 2016. Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie. In: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hrsg.). Parteien in Staat und Gesellschaft. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie. Wiesbaden, S. 51–83.

Franzmann, Simon T. 2017. Opposition in etablierten Demokratien. Habilitationsschrift. Unveröffentlichtes Manuskript. Düsseldorf.
Franzmann, Simon T. 2018. Von der Euro-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition. Der Fall der deutschen AfD. In: Anders, Lisa/Scheller, Henrik/Tuntschew, Thomas (Hrsg.). Parteien und die Politisierung der Europäischen Union. Wiesbaden, S. 365–402.
Franzmann, Simon T. 2019. Die Schwäche der Opposition, die Außerparlamentarische Opposition und die Emergenz neuer Regierungsperspektiven. In: Zohlnhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hrsg.). 2019. Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013-2017. Wiesbaden.
Franzmann, Simon T. 2021. Die AfD. In: Andersen Uwe/Bogumil, Jörg/Marschall Stefan/Woyke Wichard. (Hrsg.). Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, S. 34–40.
Franzmann, Simon T./Lewandowsky, Marcel. 2020. Im Namen des Volkes gegen die Demokratie. Online: https://gegneranalyse.libmod.de/lewandowsky-franzmann-im-namen-des-volkes-gegen-die-demokratie/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Freeden, Michael. 1998. Is Nationalism a Distinct Ideology? In: Political Studies. Bd. 46 (1998), S. 748–765.
Frevert, Ute. 2020. Mächtige Gefühle. Von A wie Angst bis Z wie Zuneigung. Deutsche Geschichte seit 1900. Frankfurt am Main.
Freytag, Katharina. 2004. Völkerrechtlicher Schutz der politischen Opposition. Regensburg.
Friedrich, Sebastian. 2019. Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Dritte, erweiterte Auflage. Berlin.
Frieseke, Sascha/Sprondel, Johanna. 2022. Träge Transformation. Welche Denkfehler den digitalen Wandel blockieren. Stuttgart.
Frigelj, Kristian/Schindler, Frederic. 2022. Wie gefährlich ist die AfD? In: DIE WELT vom 9. März 2022, S. 6.
Fröhlich, Manuel. 2013. Sprache und Politik. In: Korte, Karl-Rudolf/Grunden, Timo (Hrsg.). 2013. Handbuch Regierungsforschung. Wiesbaden, S. 391–399.
Fuchs, Christian. 2021. Verfassungsschutz stellt Antaios-Verlag unter Beobachtung. Online: https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-05/rechtsextremismus-verfassungsschutz-antaios-verlag-goetz-kubitschek-neue-rechte?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fuchs, Christian/Karon, Jan Aleksander. 2020. Der verstummte Sprecher. Online: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/christian-lueth-afd-pressesprecher-freistellung-faschismus. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul. 2019. Die rechte Mobilmachung: Wie radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen. Reinbeck.
Funke, Hajo. 2020. Die Höcke-AfD. Vom gärigen Haufen zur rechtsextremen »Flügel«-Partei. Hamburg.
Funke, Hajo/Mudra, Christiane. 2018. Gäriger Haufen. Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel und völkische Radikale. Hamburg.

Gabriel, Jens-Peter/Steffani, Winfried. 1991. Bundesrepublik Deutschland. In: Steffani, Winfried (Hrsg.) unter Mitarbeit von Jens-Peter Gabriel. 1991. Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG. Opladen.
Gabriel, Oscar. 2019. Steigern emotionale Botschaften die Popularität von Spitzenpolitikern? Ein Experiment zur Wirkung emotionaler Auftritte Angela Merkels und Gregor Gysis. In: Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.). Emotionen im Politikunterricht. Frankfurt am Main, S. 44–61.
Gabriel, Oscar/Westle, Bettina. 2012. Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung. Baden-Baden.
Garritzmann, Julian L. 2017. How much power do oppositions have? Comparing the opportunity structures of parliamentary oppositions in 21 democracies. In: The Journal of Legislative Studies, S. 1–30.
Gaschke, Susanne. 2020. Fordert endlich die Rückkehr zur Normalität des Grundgesetzes! Online: https://www.welt.de/debatte/kommentare/article214665086/Corona-Massnahmen-Zurueck-zur-Normalitaet-des-Grundgesetzes.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Gauck, Joachim (in Zusammenarbeit mit Helga Hirsch). 2019. Toleranz. Einfach schwer.

Freiburg i. Br.
Gauland, Alexander. 2017. Anleitung zum Konservativsein. Zur Geschichte eines Wortes. Erweiterte Fassung der Ausgabe von 2002. Berlin.
Gauland, Alexander. 2018a. Warum muss es Populismus sein? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.10.2018, S. 10.
Gauland, Alexander. 2018b. Gute und echte Oppositionsarbeit im Bundestag etablieren. Online: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw52-gauland-534534. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Gauland, Alexander. 2019a. Nation. Populismus. Nachhaltigkeit. Schnellroda.
Gauland, Alexander. 2019b. Müssen endlich Europa zur Festung ausbauen. Online: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw52-jahresrueckblick-afd-675142. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Gauland, Alexander. 2020. AfD-Fraktion Garantie dafür, dass sich 2015 nicht wiederholt. Online: https://www.afdbundestag.de/gauland-afd-fraktion-garantie-dafuer-dass-sich-2015-nicht-wiederholt/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Gauland, Alexander. 2021a. Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden. Online: https://www.afdbundestag.de/gauland-ausnahmezustand-darf-nicht-zum-dauerzustand-werden/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Gauland, Alexander. 2021b. Eine Kanzlerin Baerbock wäre eine Katastrophe für Deutschland. Online: https://afdbundestag.de/gauland-eine-kanzlerin-baerbock-waere-eine-katastrophe-fuer-deutschland/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Gauland, Alexander/Hollnagel, Bruno. 2021. Raus aus der Wirtschafts- und Lockdown-Krise. Online: https://afdbundestag.de/gauland-hollnagel-raus-aus-der-wirtschafts-und-lockdown-krise/ [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Geden, Oliver. 2007.: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien. SWP-Studie. Berlin.
Geers, Theo. 2019. Haushalt 2019 schon wieder mit Überschuss. Online: https://www.deutschlandfunk.de/bundesfinanzen-haushalt-2019-schon-wieder-mit-ueberschuss. 1783.de.html?dram:article_id=463592. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Geertz, Clifford. 1987. Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt.
Gerhards, Jürgen. 1988. Soziologie der Emotionen. Fragestellungen, Systematik und Perspektiven. Weinheim/München.
Giesbers, Tilo/Peter, Ulrich. 2020. Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag. Studien 8/2020 herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
Giffey, Franziska. 2019. Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-dem-anschlag-von-halle-wir-brauchen-ein-demokratiefoerdergesetz/25138746.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Glotz, Peter. 2001. Gesamtstrategie statt Ersatzhandlungen. Anmerkungen zum Kampf gegen den Rechtsextremismus. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. 1–2, S. 9–13.
Goodhart, David. 2020. The Road to Somewhere. Wie wir Arbeit, Familie und Gesellschaft neu denken müssen. München.
Goodwyn, Lawrence. 1978. The Populist Moment – A Short History of the Agrarian Revolt in America. Oxford.
Gottschalk, Kay. 2020. Kein Progressionsvorbehalt auf Kurzarbeitergeld. Online: https://www.afdbundestag.de/gottschalk-kein-progressionsvorbehalt-auf-kurzarbeitergeld/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Grabow, Karsten/Hartleb, Florian. 2013. Europa – Nein danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa. Sankt Augustin.
Graw, Ansgar. 2020. Die Grünen an der Macht. Eine kritische Bilanz. München.
Grieve, Martin. 2020. Haushaltsausschuss droht AfD-Politiker Boehringer mit Abwahl. Online: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nach-eklat-im-bundestag-haushaltsausschuss-droht-afd-politiker-boehringer-mit-abwahl/26575756.html?ticket=ST-12883278-WEfkft6gKdLTb22RRfMj-ap3. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Grosser, Dieter. 1975. Die Sehnsucht nach Harmonie: Historische und strukturelle Vorbelastungen der Opposition in Deutschland. In: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.). 1975. Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich. Hamburg, S. 206–229.
Grünewald, Stephan. 2019. Wie tickt Deutschland? Psychologie einer aufgewühlten

Gesellschaft. Köln.
Gschwend, Thomas/Schimmelfennig, Frank. 2007. Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: ein Dialog zwischen Theorie und Daten. In: Gschwend, Thomas und Schimmelfennig, Frank (Hrsg.). 2007. Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: Probleme – Strategien – Anwendungen. Frankfurt am Main, S. 13–35.
Gürgen, Malene/Jakob, Christian/Am Orde, Sabine. 2018. Netzwerk AfD – Die neuen Allianzen im Bundestag. OBS-Arbeitspapier 30. Frankfurt am Main.
Habermas, Jürgen. 2020a. Moralischer Universalismus in Zeiten politischer Regression. Jürgen Habermas im Gespräch über die Gegenwart und sein Lebenswerk. In: Leviathan. 1/2020. 48. Jg., S. 7–28.
Habermas, Jürgen. 2020b. Warum nicht lesen? In: Warum lesen. Mindestens 24 Gründe. Herausgegeben und mit einer Nachbemerkung von Katharina Raabe und Frank Wegner. Berlin, S. 99–123.
Hägler, Max. 2016. Aufmarsch der Wut. Online: https://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-gegen-afd-aufmarsch-der-wut-1.2974815. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Hättich, Manfred. 1970. Die Opposition in der parlamentarischen Demokratie. In: Gölter, Georg und Pieroth, Elmar (Hrsg.). 1970. Die Union in der Opposition. Analyse – Strategie – Programm. Düsseldorf/Wien, S. 99–116.
Häusler, Alexander (Hrsg.). 2016. Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden.
Häusler, Alexander. 2018. Völkisch-autoritärer Populismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem neuen regressiven Aufbegehren gegen die parlamentarische Demokratie. In: Kellershohn, Helmut/Häusler, Alexander (Hrsg.). Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung. Münster, S. 78–96.
Häusler, Alexander/Finkbeiner, Florian/Dudek, Philip/Förster, Julika/Freckmann, Michael/ Höhlich, Pauline. 2017. Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition. Frankfurt am Main.
Häusler, Alexander/Puls, Hendrik/Roesler, Rainer. 2019. »Letzte evolutionäre Chance für unser Land«? Parlamentarische und politische Praxis der AfD. Eine Zwischenbilanz zum einjährigen Wirken der AfD im Deutschen Bundestag. DGB Diskurs. Berlin.
Häusler, Alexander/Roesler, Rainer. 2015. Die rechten »Mut«-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland. Hamburg.
Hafeneger, Benno. 2005. Die extreme Rechte – neuere Entwicklungen und Strategievarianten. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). Demokratische Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Tagungsband des Gesprächskreises Migration und Integration. Bonn, S. 29–37.
Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah. 2018. Wer kandidiert in Bayern und Hessen für die AfD? Was steht in den Wahlprogrammen »Hessen. Aber sicher!«, »Bayern. Aber sicher!« ? Studie zur Sozialstruktur der Kandidat*innen. Unveröffentlichtes Manuskript. Marburg.
Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah. 2019. AfD im Hessischen Landtag. Eine erste Zwischenbilanz. Unveröffentlichtes Manuskript. Marburg.
Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah. 2020. AfD im Hessischen Landtag: Ein neuer Politikstil und seine Auswirkungen. Frankfurt a. M.
Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine. 2018. AfD in Parlamenten. Frankfurt a. M.
Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Schwerthelm, Moritz/Schuhmacher, Nils/Zimmermann, Gillian. 2020. Die AfD und die Jugend. Frankfurt a. M.
Hafeneger, Benno/Schönfelder, Sven. 2007. Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Bonn.
Haller, Reinhard. 2017. Die Macht der Kränkung. Wals bei Salzburg.
Haller, Reinhard. 2019. Das Wunder der Wertschätzung. Wie wir andere stark machen und dabei selbst stärker werden. München.
Hartl, Matthias/Faus, Jana. 2020. Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog. Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
Hartleb, Florian. 2004. Rechtspopulistische Parteien. Arbeitspapier/Dokumentation herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin. Online: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=7ba461df-3133-b991-d308-

a5789a5d9d4 f&groupId=252038. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Hartleb, Florian. 2011. Populismus. In: Offe, Claus/Hartmann, Martin (Hrsg.). Politische Theorie und Politische Philosophie. Ein Handbuch. München, S. 53–55.
Hartleb, Florian. 2018. Gibt es einen europäischen Kern des populistischen Diskurses? In: Schellhöh, Jennifer /Reichertz, Jo/Heins, Volker M./Flender, Armin (Hrsg.). Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror. Bielefeld.
Hartwig, Roland. 2018. Informationen und Handreichungen zum Thema Verfassungsschutz Teil 1. o. O. Online: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/01/2018-11-02_ag-vs_information-handreichungen_mitglieder.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Hartwig, Roland. 2020a. Dürfen nicht zusehen, wenn der Verfassungsschutz selbst die Axt an die Grundlagen unserer Demokratie legt. Online: https://www.afdbundestag.de/hartwig-duerfen-nicht-zusehen-wenn-der-verfassungsschutz-selbst-die-axt-an-die-grundlagen-unserer-demokratie-legt/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Hartwig, Roland. 2020b. Die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes wird eine zunehmende Gefahr für unsere Demokratie. Online: https://www.afdbundestag.de/hartwig-die-politische-instrumentalisierung-des-verfassungsschutzes-wird-eine-zunehmende-gefahr-fuer-unsere-demokratie/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Hasslinger, Josef. 1995. Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich. Überarbeitete Neuausgabe. Frankfurt am Main.
Haupt, Friederike. 2022. Stimmungstief über Deutschland. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 28. August 2022, S. 1.
Hawkins, Kirk/Rovira Kaltwasser, Christóbal/Andreadis, Ioannis. 2020. The Activation of Populist Attitudes. Government and Opposition 55, S- 283-307.
Heidenreich, Felix. 2012. Versuch eines Überblicks: Politische Theorie und Emotionen. In: Heidenreich, Felix/Schaal, Gary S. (Hrsg.). 2012. Politische Theorie und Emotionen. Baden-Baden, S. 9–26.
Heidenreich, Felix. 2015. Politische Gefühle – Katalysator des Diskurses oder Ergebnis postdemokratischer Emotionalisierung? Die Perspektive des dynamischen Republikanismus. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Emotionen und Politik, Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden, S. 49–65.
Heidenreich, Felix. 2019. Politische Gefühle in der Demokratie. Hilfreiche Unterscheidungen. In: In: Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.). Emotionen im Politikunterricht. Frankfurt am Main, S. 25–43.
Heidenreich, Felix/Schaal, Gary S. (Hrsg.). 2012. Politische Theorie und Emotionen. Baden-Baden.
Hein, Jan-Philipp/Rackow, Alexander-Georg. 2019. Inside AfD. In: Focus 35/2019, S. 28–37.
Hein, Jan-Philipp/Karon, Jan Aleksander von. 2020. Vergorener Haufen. Online: https://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-vergorener-haufen_id_12522829.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Heinze, Anna-Sophie. 2019. Streit um demokratischen Konsens – Herausforderungen und Grenzen beim parlamentarischen Umgang mit der AfD. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.). Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden.
Heinze, Anna-Sophie. 2020a. Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten. Baden-Baden.
Heinze, Anna-Sophie. 2020b. Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte. Zeitschrift für Politikwissenschaft (2020). Online: https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s41358-020-00245-0.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Heinze, Anna-Sophie/Lewandowsky, Marcel. 2022. Arenen der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Erfahrungen aus Deutschland und den Niederlanden. In: Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Lewandowsky, Marcel (Hrsg.). Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus. Baden-Baden, S. 555–574.
Heinze, Rolf G. 2002. Die Berliner Räterepublik: Viel Rat – wenig Tat? Wiesbaden.
Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). 2011. Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.
Heitmeyer, Wilhelm. 2018. Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Berlin.
Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter. 2020. Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II. Berlin.

Helfritzsch, Paul/Hipper, Jörg Müller (Hrsg.). 2021a. Die Emotionalisierung des Politischen. Bielefeld.
Helfritzsch, Paul/Hipper, Jörg Müller. 2021b. Einleitung: Vom Aufschrei bis zur gestalterischen Teilhabe – Emotionen und Politik. In: Helfritzsch, Paul/Hipper, Jörg Müller (Hrsg.): Die Emotionalisierung des Politischen. Bielefeld.
Helms, Ludger. 2000. Opposition nach dem Machtwechsel: Ein Vergleich der CDU/CSU-Opposition im 6. und 14. Deutschen Bundestag. In: ZPoL, 10, S. 511–538.
Helms, Ludger. 2006. Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen. Wiesbaden.
Helms, Ludger. 2016. Parliamentary Opposition in Old and New Democracies. Abington.
Hendricks, Vincent F./Vestergaard, Mads. 2017. Verlorene Wirklichkeit? An der Schwelle zur postfaktischen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 67. Jg. 13/2017, S. 4–10.
Hennis, Wilhelm. 1968. Große Koalition ohne Ende? München.
Henßler, Vera/Overdieck, Ulrich. 2014. Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus. Herausgegeben von Ralf Melzer und Dietmar Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Forum Berlin/Politischer Dialog. Berlin.
Herber, Benedikt. 2017. Eine stetige Quelle der Wut. Online: https://www.zeit.de/2017/38/epoch-times-afd-alternativmedium. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Hereth, Michael. 1969. Die parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik. München/Wien.
Hetzel, Andreas. 2010. Vertrauen als Affekt der radikalen Demokratie. In: Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hrsg.). Das Politische und die Politik. Berlin.
Hierlemann, Dominik/Sieberer, Ulrich. 2014. Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag. Gütersloh.
Hillje, Johannes. 2016. Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen. Bonn.
Hillje, Johannes 2019. Der nette Rechtspopulist von nebenan. https://www.tagesspiegel.de/politik/strategie-der-afd-der-nette-rechtspopulist-von-nebenan/25246528.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Hilligen, Wolfgang. 1991. Einige Thesen zum Verhältnis von Denken, Fühlen und Handeln. In: Schiele, Sigfried/Schneider, Herbert (Hrsg.). Rationalität und Emotionalität in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 37–57.
Hirschmann, Albert O. 1988. Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl. Frankfurt am Main.
Hirschmann, Kai. 2017. Der Aufstieg des Nationalpopulismus. Bonn.
Hochschild, Arlie Russel. 2017. Fremd in ihrem eigenen Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt am Main.
Hock, Alexej/Kamann, Matthias/Naumann, Annelie. 2020. Mehr als 100 AfD-Reisen zum Gefallen Russlands. In: DIE WELT vom 24. Oktober 2020, S. 5.
Hock, Alexej/Naumann, Annelie. 2019. Die neue Heimat für Law & Order? Soldaten und Polizisten in den AfD-Fraktionen. In: Meisner, Matthias und Kleffner, Heike (Hrsg.). Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. Freiburg im Br., S. 49–56.
Höreth, Marcus. 2021. Opposition in der »coronakratischen« Republik. Gegenspieler oder Mitspieler der Regierung? In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/ Schwanholz, Julia (Hrsg.). Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt am Main/New York.
Hohendorf, Lukas/Saalfeld, Thomas/Sieberer, Ulrich. 2020. Oppositional Strategies Between Cooperation and Conflict: An Analysis of Opposition Voting in the German Bundestag. 1949-2013. In: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe. (Hrsg.). Continuity and Change of Party Democracies in Europe. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft. Wiesbaden, S. 309–342.
Hofer, Thomas. 2019a. Emokratie. Über die Dominanz von Gefühlen im Wahlkampf. Online: https://www.noen.at/niederoesterreich/meinung/polit-analyse-emokratie-niederoesterreich-kommentar-politik-nationalratswahl-2019-161826959. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Hofer, Thomas. 2019b. Auf dem Weg zur Emokratie. In: Hofer, Thomas/Tóth, Barbara. (Hrsg.). Wahl 2019. Strategien. Schnitzel. Skandale. Wien, S. 11–57.
Hofferbert, Richard I./Klingemann, Hans-Dieter. 2000. Democracy and its discontents in post-wall Germany. Discussion Papers, Research Unit: Institutions and Social Change FS III 00-207- WZB. Berlin.
Hohl, Karina. 2017. Heikles Thema, neue Strategien? Vom Opponieren in der

Einwanderungsdebatte. In: Bieber, Christoph/Blätte, Andreas/Korte, Karl-Rudolf/Switek, Niko (Hrsg.). 2017. Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung. Wiesbaden, S. 41–46.
Hohl, Karina. 2018. Agenda Politics im Parlament. Das Themen- und Tagesordnungsmanagement der Opposition im Landtag von NRW. Wiesbaden.
Holm, Leif-Erik. 2020. Merkels Gerede von »Öffnungsdiskussionsorgien« ist verheerend. Online: https://www.afdbundestag.de/holm-merkels-gerede-von-oeffnungsdiskussionsorgien-ist-verheerend/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Holtz-Bacha, Christina. 2019. Bundestagswahl 2017: Flauer Wahlkampf? Spannende Wahl! In: Holtz-Bacha, Christina. Die (Massen-)Medien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2017. Wiesbaden, S. 1–26.
Hufer, Klaus-Peter. 2018. Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. 8., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Frankfurt a. M.
Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter. 2019. European Party Politics in Times of Crisis. New York.

Infratest dimap. 2019. 70 Jahre - die Bundesrepublik und ihr Grundgesetz. Online: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/grundgesetzstudie/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ingold, Albert. 2015. Das Recht der Oppositionen. Verfassungsbegriff – Verfassungsdogmatik – Verfassungstheorie. Tübingen.
Inglehart, Ronald. 2018. Cultural Evolution: People's Motivations are Changing, and Reshaping the World. Cambridge.
Institut für Demoskopie Allensbach. AWA 2020. Allensbacher Marktanalyse Werbeträgeranalyse. Codebuch. Auszug. Online: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/AWA/AWA2020/Codebuchausschnitte/AWA2020_Codebuch_Zielgruppenmodelle_Typologien_Marktsegmentierungen.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ionescu, Ghita/Madariaga, Isabel de. 1971. Die Opposition, München.
Ismar, Georg. 2020. Polizei attackiert »Sitzenbleiber« der AfD. Online: https://www.tagesspiegel.de/berlin/ovations-boykott-im-bundestag-polizei-attackiert-sitzenbleiber-der-afd/26176022.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ismar, Georg/Fiedler, Maria/Jansen, Frank. 2020. »Steil ansteigender Antisemitismus in Deutschland«. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/verfassungsschutzchef-haldenwang-warnt-steil-ansteigender-antisemitismus-in-deutschland/26258602.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ismayr, Wolfgang. 2006. Der Deutsche Bundestag. 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe. Wiesbaden.
Ismayr, Wolfgang. 2012. Der Deutsche Bundestag. 3., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Unter Mitarbeit von André Fleck. Wiesbaden.
Ismayr, Wolfgang. 2016. Parlamentarische Opposition in Zeiten der Großen Koalition. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP). Heft 1/2016, S. 53–62.
Ismer, Sven/Scheve, Christian von/Beyer, Manuela. 2015. Die sozialen Konsequenzen kollektiver Emotionen: Identifikation und Solidarität nach innen sowie Abgrenzung nach außen! In: Kleres, Jochen/Albrecht, Yvonne. (Hrsg.). 2015. Die Ambivalenz der Gefühle. Über die verbindende und widersprüchliche Sozialität der Gefühle. Wiesbaden, S. 83–100.
Jensen, Uffa. 2017. Zornpolitik. Berlin.
Jongen, Marc. 2014. Das Märchen vom Gespenst der AfD. Online: https://www.cicero.de/innenpolitik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Jun, Uwe. 2015. Der elektorale Verlierer der Regierung Merkel II: Gründe für den Absturz der FDP. In: Saalfeld, Thomas/Zohlnhöfer, Reimut. (Hrsg.). Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden, S. 113–135.
Jung, Matthias. 2016. Die AfD als Chance für die Union. In: Hans-Seidel-Stiftung (Hrsg.). Politische Studien Vol. 66, 560. München, S. 47–57.
Jung, Matthias/Schroth, Yvonne/Wolf, Andrea. 2009. Regierungswechsel ohne Wechselstimmung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 51/2009, S. 12–19.
Jungholt, Thorsten. 2020. Schon vor der Premiere hat der einstündige AfD-Film politische Folgen. Online: https://www.welt.de/politik/deutschland/article218528500/Nach-AfD-

Dreharbeiten-Filmverbot-fuer-Politiker-auf-Truppenbesuch.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kain, Florian. 2017. Schlappe für AfD-Weidel. Online: https://www.bild.de/politik/inland/bundestagswahl2017/personalstreit-in-bundestagsfraktion-schlappe-fuer-alice-weidel-53353336.bild.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kain, Florian. 2018a. Fraktionsmanager ist seinen Job los. Online: https://www.bild.de/politik/inland/alternative-fuer-deutschland/schnittchen-warum-die-afd-keinen-neuen-fraktionsmanager-findet-54386264.bild.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kain, Florian. 2018b. Neuer Machtkampf in der AfD! Online: https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/afd-machtkampf-weidel-baumann-54503004.bild.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kain, Florian. 2020. Ex-Polizistin verlässt AfD wegen Vormarsch des rechten Flügels. Online: https://www.bild.de/politik/inland/politik/afd-verena-hartmann-verlaesst-fraktion-aus-protest-gegen-rechtsaussen-67617200.bild.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kaiser, Benedikt. 2020a. Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts. Schnellroda.

Kaiser, Benedikt. 2020b. Meuthens Salamitaktik – auch Hartwig muß gehen. Online: https://sezession.de/63750/meuthens-salamitaktik-auch-hartwig-muss-gehen. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kaiser, Benedikt. 2021. Wahlanalyse (2): Schlußfolgerungen. Online: https://sezession.de/64087/wahlanalyse-2-schlussfolgerungen. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kaiser, Benedikt. 2022. Die Partei und ihr Vorfeld. Schnellroda.

Kaiser, Susanne. 2020. Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen. Berlin.

Kaiser, Holger F./Petersohn, Frederik A. 2007. Opposition im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die CDU-Fraktion und der Braunkohlentagebau »Garzweiler II« in der 12. Wahlperiode (1995-2000). Berlin.

Kaltefleiter, Werner. 1973. Oppositionsstrategien im parlamentarischen System. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B31, S. 3–8.

Kamann, Matthias. 2020a. Deutschlands Anti-Shutdown-Partei. Online: https://www.welt.de/politik/deutschland/plus207617803/Corona-Krise-Jetzt-wird-die-AfD-zur-Anti-Shutdown-Partei.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kamann, Matthias. 2020b. Die gelähmte Partei. In: DIE WELT vom 16. Juli 2020, S. 5.

Kamann, Matthias. 2020c. Nach dem Demo-Verbot sind in der AfD die Reihen wieder fest geschlossen. In: DIE WELT vom 27. August 2020, S. 4.

Kamann, Matthias. 2020d. Bei Corona sieht sich die AfD-Abgeordnete als »Kriegerin«. Online: https://www.welt.de/politik/deutschland/plus217710536/AfD-Bei-Corona-sieht-sich-die-Abgeordnete-als-Kriegerin.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kamann, Matthias. 2021a. Plötzlich fordert die AfD eine sofortige Öffnung und findet Impfen gut. Online: https://www.welt.de/politik/deutschland/article224653185/AfD-zum-Lockdown-Es-muss-sofort-eine-Oeffnung-erfolgen.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kamann, Matthias. 2021b. »Das ist die Folge des allgemeinen Lebensrisikos«. In: DIE WELT vom 1. Februar 2021, S. 6.

Kamann, Matthias. 2021c. An allen gibt’s allzu viel auszusetzen. In: DIE WELT am Sonntag vom 14. Februar 2021, S. 6.

Kamann, Matthias. 2021d. So kompliziert ist die Führungsfrage in der AfD. In: DIE WELT am 6. April 2021, S. 5.

Kamann, Matthias. 2021e. Auf Weidels Wahlkampf liegt nun eine schwere Hypothek. In: DIE WELT vom 17. Juni 2021, S. 5.

Kamann, Matthias. 2021 f. Beim Gendern fällt Union und FDP die Abgrenzung von der AfD schwer. In: DIE WELT vom 26. Juni 2021, S. 4.

Kamann, Matthias. 2021g. Nur noch Kernklientel: Das Plateau der AfD erodiert. In: DIE WELT vom 27. September 2021, S. 4.

Kamann, Matthias. 2021h. In Feindschaft vereint. In: DIE WELT vom 03. Oktober 2021, S. 5.

Kamann, Matthias/Naumann, Annelie. 2019. AfD-nahe Stiftung öffnet sich für Rechtsaußen. Online: https://www.welt.de/politik/deutschland/article200863486/Desiderius-Erasmus-Stiftung-waehlt-Erik-Lehnert-in-Vorstand.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kamann, Matthias/Naumann, Annelie. 2020a. »Für solche Leute gibt es keinen Platz in der

AfD«. Online: https://www.welt.de/politik/deutschland/plus206124917/Tino-Chrupalla-Fuer-solche-Leute-gibt-es-keinen-Platz-in-der-AfD.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kamann, Matthias/Naumann, Annelie. 2020b. »Ich kann die Partei nicht zusammenhalten.« In: WELT am Sonntag vom 2. August 2020, S. 4.

Kamann, Matthias/Naumann, Annelie. 2020c. Die AfD bedauert nur eines. In: DIE WELT vom 1. September 2020, S. 5.

Kamann, Matthias/Naumann, Annelie. 2021. Interne Schuldzuweisungen im Verdachtsfall AfD. In: DIE WELT vom 04. März 2021, S. 5.

Kepplinger, Hans-Martin. 2007. Kleine Anfragen: Funktionale Analyse einer parlamentarischen Praxis. In: Patzelt Werner J./Seebaldt, Martin/Kranenpohl Uwe (Hrsg.). Res publica semper reformanda. Wiesbaden, S. 304–319.

Kettenbach, Maximilian. 2018. Nach Sommerinterview: AfD-Chef Gauland attackiert ZDF-Moderator scharf - So reagiert der TV-Sender. Online: https://www.merkur.de/politik/alexander-gauland-nach-sommerinterview-afd-chef-attackiert-zdf-moderator-walde-zr-10114307.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Keuter, Stefan. 2018. Parteizugehörigkeit der Mitarbeiter wird angeblich beim Bundesamt für Verfassungsschutz nicht erfasst. Online: https://www.afdbundestag.de/keuter-parteizugehoerigkeit-der-mitarbeiter-wird-angeblich-beim-bundesamt-fuer-verfassungsschutz-nicht-erfasst/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kirchheimer, Otto. 1980 (1964). Wandlungen der politischen Opposition, In: Kluxen, Kurt. (Hrsg.). Parlamentarismus. Neue wissenschaftliche Bibliothek. Bd. 18. 5. erweiterte Auflage. Königstein, S. 410–424.

Klapsa, Kaja. 2022. Corona-Regel beschlossen. In: DIE WELT vom 09. September 2022, S. 4.

Klein, Ezra. 2020. Der tiefe Graben: Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika. Hamburg.

Kleinert, Hubert. 2018. Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände. Wiesbaden.

Kleinert, Hubert. 2021. Gärige Haufen – von den Grünen zur AfD. In: Cicero – Magazin für politische Kultur. Nr. 4 April 2021, S. 40–45.

Klose, Joachim. 2019. Einleitung. In: Klose, Joachim (Hrsg.). Wohlfühlpolitik und Protest. Was hält die Gesellschaft zusammen? Dresden, S. 11–20.

Kluxen, Kurt. 1956. Das Problem der politischen Opposition. Entwicklung und Wesen der englischen Zweiparteien-Politik im 18. Jahrhundert. Freiburg i. Br.

Kolhoff, Werner. 2020. Die AfD geht voll auf Anti-Greta-Kurs. Online: https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/inland/afd-positioniert-sich-klar-gegen-klimaschutz_aid-53400517. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Konietzny, Benjamin. 2019. Was ist aus dem AfD-Newsroom geworden? Online: https://www.n-tv.de/politik/Was-ist-aus-dem-AfD-Newsroom-geworden-article20951937.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Koppetsch, Cornelia. 2019a. Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld.

Koppetsch, Cornelia. 2019b. »Es geht um Emotionen«. Online: https://taz.de/Soziologin-ueber-AnhaengerInnen-der-AfD/!5621497/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Koppetsch, Cornelia. 2020. Rechtspopulismus als Protest. Die gefährdete Mitte in der globalen Moderne. Hamburg.

Korte, Karl-Rudolf. 2011. Führung und Strategie in der Politik. In: Bandelow, Nils C./Hegelich, Simon (Hrsg.). Pluralismus – Strategien – Entscheidungen. Wiesbaden, S. 284–304.

Korte, Karl-Rudolf. 2014. Über das Politikmanagement einer modernen Opposition. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 64 (38/39), S 8-14.

Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.). 2015. Emotionen und Politik, Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung. Baden-Baden, S. 67–89.

Korte, Karl-Rudolf. 2020a. Die AfD ist Krisenverlierer. Online: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-politik-korte-100.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Korte, Karl-Rudolf. 2020b. Corona und Politik: Krisenmanagement, Wutbewegungen und Super-Wahljahr 2021. In: Iskan, Stefan (Hrsg.). Corona in Deutschland. Die Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Stuttgart, S. 111–128.

Koselleck, Reinhart. 1979. Vergangene Zukunft. Frankfurt am Main.

Kostner, Sandra. 2019. Identitätslinke Läuterungsagenda. Welche Folgen hat sie für

Migrationsgesellschaften? In: Kostner, Sandra. (Hrsg.). 2019. Identitätslinke Läuterungsagenda: Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften. Stuttgart, S. 17–74.

Kralewski, Wolfgang/Neunreither, Karlheinz. 1963. Oppositionelles Verhalten im Ersten Deutschen Bundestag (1949–53). Köln.

Kraske, Michael. 2020. Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört. Berlin.

Krastev, Ivan. 2020a. Sieben Schlüsse aus der Coronavirus-Krise. Online: https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-03/coronavirus-pandemie-auswirkungen-folgen-panik-wirtschaft-zukunft-europa. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Krastev, Ivan. 2020b. Ist heute schon morgen? Wie die Pandemie Europa verändert. München.

Krautkrämer, Felix. 2014. Aufstieg und Etablierung der »Alternative für Deutschland«. Geschichte, Hintergründe und Bilanz einer neuen Partei. Berlin.

Krautkrämer, Felix. 2020. »Für seine Schulden ist jeder Staat selbst verantwortlich«. Online: https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2020/fuer-seine-schulden-ist-jeder-staat-selbst-verantwortlich/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain /Dolezal, Martin/Bornschier, Simon/Frey, Tim. 2006. Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared. In: European Journal of Political Research. Vol. 45. 6. 2006, S. 921–957.

Kubitschek, Götz. 2006. Provokation. In: Sezession 12. Schnellroda, S. 22–24.

Kubitschek, Götz. 2017. Selbstverharmlosung. In: Sezession 76. Schnellroda, S. 26–28.

Kubitschek, Götz. 2019a. Schlüsse ziehen aus der AfD-Medienkonferenz. Online: https://sezession.de/61182/schluesse-ziehen-aus-der-afd-medienkonferenz. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kubitschek, Götz. 2019b. Nach den Wahlen: fünf Anmerkungen. Online: https://sezession.de/61545/nach-den-wahlen-fuenf-anmerkungen. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kubitschek, Götz. 2020a. Höckes Schachzug – drei Anmerkungen. Online: https://sezession.de/62123/hoeckes-schachzug-drei-anmerkungen. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kubitschek, Götz. 2020b. Verzögern und Spalten in Dresden und Berlin. Online: https://sezession.de/63279/verzoegern-und-spalten-in-dresden-und-berlin. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kubitschek, Götz. 2020c. Meuthen, Parteitag, Höcke. Online: https://sezession.de/63663/meuthen-parteitag-hoecke. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kubitschek, Götz. 2022a. Herbst, Empörung, Grundsätze (1): Wellen. Online: https://sezession.de/66340/herbst-empoerung-grundsaetze-1-wellen. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kubitschek, Götz. 2022b. Herbst, Empörung, Grundsätze (2): Lenkung. Online: https://sezession.de/66365/herbst-empoerung-grundsaetze-2-lenkung. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kubitschek, Götz. 2022c. Herbst, Empörung, Grundsätze (3): Partei. Online: https://sezession.de/66388/herbst-empoerung-grundsaetze-3-partei. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Kuhn, David. 2019. Der Verfassungsgrundsatz effektiver parlamentarischer Opposition. Tübingen.

Kunkel, Thor. 2020. Das Wörterbuch der Lügenpresse. Deutsch – Lügenpresse. Lügenpresse – Deutsch. Rottenburg.

Laclau, Ernesto. 2002. Emanzipation und Differenz. Wien.

Langeder, Kristina. 2019. Eine »populistische Lektion«: Emotionssensible Perspektiven für die politische Bildung. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik. 42. Jg. 2019. Heft 1, S. 11–15.

Langguth, Gerd. 1984. Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei? München.

Laschyk, Thomas. 2020. Erik Flügge zeigt, wie viel Manipulation in nur 3 Sätzen von Meuthen (AfD) steckt. Online: https://www.volksverpetzer.de/analyse/fluegge-manipulation-meuthen-afd/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Lau, Mariam. 2020a. Als hätten sie schon die Macht. In: DIE ZEIT 2/2020 vom 3. Januar 2020, S. 3.

Lau, Mariam. 2020b. »Du kannst ein Stinktier nicht überstinken«. In: DIE ZEIT 24/2020 vom 4. Juni 2020, S. 6.

Leif, Thomas. 2017. Tabubruch, Provokation, Opferstatus: Wie die AfD jenseits ihrer »bürgerlichen« Fassade Politik betreibt, offenbart ihr Strategiepapier für das Wahljahr 2017. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2/2017, S. 26–33.

Leggewie, Claus. 2015. Populisten verstehen. Ein Versuch zur Politik der Gefühle. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.). 2015. Emotionen und Politik, Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung. Baden-Baden S. 139–154.

Lengfeld, Holger. 2017. Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69, S. 209–232.

Lewandowsky, Marcel. 2012. Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mörschel, Tobias /Krell, Christian (Hrsg.). Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Wiesbaden, S. 389–412.

Lewandowsky, Marcel. 2018. Alternative für Deutschland. In: Decker, Frank und Neu, Viola (Hrsg.). 2018. Handwörterbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden.

Lewandowsky, Marcel. 2020. Rechtsradikalismus und Populismus müssen gemeinsam bekämpft werden. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-waehler-rechtsradikalismus-und-populismus-muessen-gemeinsam-bekaempft-werden/25633654.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Lichtmesz, Martin. 2020. Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung. Schnellroda.

Lilie, Ulrich. 2018. Unerhört! Vom Verlieren und Finden des Zusammenhalts. Freiburg i. Br.

Lipp, Sebastian. 2018. Die rechten Seilschaften des AfD-Vizes. Online: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/05/18/die-rechten-seilschaften-des-afd-vizes_26394. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Llanque, Marcus. 2012. Liebe in der Politik und der Liberalismus. In: Heidenreich, Felix/Schaal, Gary S. (Hrsg.). 2012. Politische Theorie und Emotionen. Baden-Baden, S. 137–154.

Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm. 2001. Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen. In: Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm. Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. Frankfurt a. M., S. 11–40.

Lochocki, Timo. 2018. Die Vertrauensformel: So gewinnt unsere Demokratie ihre Wähler zurück. Freiburg.

Loew, Nicole. 2019. Wie hältst du's mit der Demokratie? Populismus und Liberalismus im Wettbewerb der Politikverständnisse. Discussion Paper. Berlin. Online: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2019/12/Das-Progressive-Zentrum_Discussion-Paper_Wie-haeltst-dus-mit-der-Demokratie_Nicole-Loew.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Loew, Nicole/Faas, Thorsten. 2019. Between Thin- and Host-ideologies: How Populist Attitudes Interact with Policy Preferences in Shaping Voting Behaviour. Representation (online first).

Löwenthal, Leo. 1990. Adorno und seine Kritiker. In: Löwenthal, Leo. Judaica. Vorträge. Briefe. Schriften 4. S. 59–73. Frankfurt a. M.

Löwenthal, Leo. 2021. Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. Berlin.

Lohse, Eckart. 2020a. Merkel: »Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst«. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/coronavirus-die-ansprache-von-angela-merkel-zur-krise-16685549.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Lohse, Eckart. 2020b. Gauland hält seine Möglichkeiten für begrenzt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. August 2020, S. 4.

Lohse, Eckart/Wehner, Markus. 2020a. Wem gehört Schwarz-Rot-Gold? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Oktober 2020, S. 3.

Lohse, Eckart/Wehner, Markus. 2020b. Störer im Hohen Haus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. November 2020, S. 3.

Lorenz, Astrid. 2010. Schutz vor der Mehrheitstyrannei? Parlamentarische Opposition, Bundesverfassungsgericht und Bundespräsident als Kontrolleure der Zweidrittelmehrheit. In: Bukow, Sebastian/Seemann, Wenke. (Hrsg.). Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005-2009. Wiesbaden.

Lucke, Bernd. 2019. Systemausfall. Europa, Deutschland und die AfD: Warum wir von Krise zu Krise taumeln und wie wir den Problemstau lösen. München.

Lütjen, Torben. 2019. Populismus oder die entgleiste Aufklärung. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/populismus-oder-die-entgleiste-aufklaerung-eine-begriffsbestimmung-15975253.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Lütjen, Torben. 2020. Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert. Darmstadt.

Luhmann, Niklas. 1989. Theorie der politischen Opposition. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 36W, S. 13–26.

Maaz, Hans-Joachim. 2017. Zur Psychodynamik von Protest und Gegenprotest. In: Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino. (Hrsg.). PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? Analysen im Überblick. Bielefeld, S. 355–366.

Maaz, Hans-Joachim. 2020. Das gespaltene Land. Ein Psychogramm. München.

Mair, Peter. 2007. Political Opposition and the European Union. Government and Opposition, 42(1), S .1-17.

Malzahn, Claus Christian. 2022. AfD scheitert in ihrem Kernland Sachsen. In: DIE WELT vom 14.06.2022, S. 4.

Manow, Philip. 2007. Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation. Frankfurt am Main.

Mansour, Ahmad. 2020. Solidarisch sein! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass. Frankfurt am Main.

Marcus, George/Sullivan, John L./Theiss-Morse, Elizabeth/Stevens, Daniel. 2005. The Emotional Foundation of Political Cognition: The Impact of Extrinsic Anxiety on the Formation of Political Tolerance Judgments. Political Psychology. 26, S. 949–963.

Marschall, Stefan. 2017. Parlamentarismus. Eine Einführung. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Matt, Eduard. 2012. Darstellung qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe/Von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines (Hrsg.). 2012. Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 9. Auflage. Reinbeck. S. 578–587.

Mau, Steffen. 2019. Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin.

Mau, Steffen. 2022. Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung. In: Merkur. 76. Jg. Heft 874, S. 5–18.

Maxwill, Peter. 2019. Die Reise zum Riss. Berichte aus einem gespaltenen Land. München.

Mayring, Philipp. 2015. Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarbeitete Auflage. Weinheim/Basel.

Meinel, Florian. 2019. Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarismus. München.

Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander. 2012. Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian. 2012. Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Wiesbaden, S. 93–119.

Merkens, H. 1989. Einleitung. In: Aster, R/Merkens, H/Repp, M (Hrsg.). 1989. Teilnehmende Beobachtung. Werkstattberichte und methodologische Reflexionen. Frankfurt am Main. S. 9–18.

Meyer, Thomas. 2002. Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main.

Meyer, Thomas. 2006. Populismus und Medien. In: Decker, Frank. Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrelativ? Bonn, S. 81–96.

Middelhoff, Paul. 2020. Es schwelt. In: DIE ZEIT 41/2020 vom 1. Oktober 2020, S. 5.

Middelhoff, Paul/Simon, Jana/Wahba, Annabel. 2017. Die Stunde der Gründer. Online: https://www.zeit.de/zeit-magazin/2017/30/alternative-fuer-deutschland-gruendung-bernd-lucke/seite-2. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Mielke, Gerd. 2014. Thick description« als Forschungsstrategie. Theoretische und methodische Probleme bei der Analyse von Informalität in Staatskanzleien. In: Bröchler, Stephan/Grunden, Timo (Hrsg.). Informelle Politik. Konzepte, Akteure und Prozesse, S. 177–204.

Mielke, Gerd. 2016. Stress und Stressreaktionen. Die Landtagswahlen 2016 und das deutsche Parteiensystem In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit • Nr. 4/2016. Weinheim, S. 1–18.

Mielke, Gerd/Ruhose, Fedor. 2020. Kontinuitäten und Umbrüche: Die Parteien im Schatten von Corona. Online: https://www.awo.org/sites/default/files/2020-07/TUP%20Beitrag%20Mielke_Ruhose.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Mielke, Gerd/Ruhose, Fedor. 2021. Zwischen Selbstaufgabe und Selbstfindung. Wo steht die SPD? Bonn.

Minkenberg, Michael. 2018. Was ist Rechtspopulismus? In: Politische Vierteljahresschrift 59, S, 337–352.

Moldenhauer, Jan. 2020. Pandemie, De-Globalisierung, Rückkehr der Nation. Online: https://sezession.de/62825/pandemie-de-globalisierung-rueckkehr-der-nation. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Mouffe, Chantal. 2007. Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main.

Mudde, Cas. 2004. The Populist Zeitgeist. In: Government & Opposition 39(3). S. 541–563.

Mudde, Cas. 2007. Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge.

Mudde, Cas. 2014. Fighting the System? Populist Radical Right Parties and Party System Change. In: Party Politics, 20(2), S 217-226.

Mudde, Cas. 2020. Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit. Bonn.

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Christóbal. 2019. Populismus: Eine sehr kurze Einführung. Bonn.

Müller, Ann-Katrin/Weiland, Severin. 2022. AfD ringt um Position zu Russlands Krieg. In: DER SPIEGEL Nr. 10 vom 06. März 2022, S. 51.

Müller, Hansjörg. 2020a. »Mit dem Corona-Hilfspaket entmachtete sich der Bundestag selbst.« Online: http://www.pi-news.net/2020/03/mit-dem-corona-hilfspaket-entmachtete-sich-der-bundestag-selbst/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Müller, Hansjörg. 2020b. Neue Partei »Widerstand2020« – hat die AfD die Zeichen der Zeit nicht erkannt? Online: http://www.pi-news.net/2020/04/neue-partei-widerstand-2020-hat-afd-die-zeichen-der-zeit-nicht-erkannt/.[Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Müller, Hansjörg. 2020c. »Nur ein breites Bürgerbündnis kann die Corona-Diktatur beenden«. Online: http://www.pi-news.net/2020/09/nur-ein-breites-buergerbuendnis-kann-die-corona-diktatur-beenden/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=nur-ein-breites-buergerbuendnis-kann-die-corona-diktatur-beenden. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Müller, Hansjörg. 2021. Hansjörg Müller: AfD sollte sich ein Beispiel an Herbert Kickl nehmen! Online: http://www.pi-news.net/2021/04/hansjoerg-mueller-afd-sollte-sich-beispiel-an-herbert-kickl-nehmen/ [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Müller, Jan Werner. 2016. Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.

Müller, Robert. 2019. Ressentiment: Wiege des Populismus. Dresden.

Mundil, Daniel. 2014. Die Opposition. Eine Funktion des Verfassungsrechts. Berlin.

Murswiek, Dietrich. 2018a. Rechtliche Voraussetzungen für die Beobachtung einer politischen Partei durch den Verfassungsschutz. Kurzgutachten und Handlungsempfehlungen für die AfD. o. O.

Murswiek, Dietrich. 2018b. Welche Folgen hat die Beobachtung einer politischen Partei durch den Verfassungsschutz für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst? Kurzgutachten für die AfD. o. O.

Murswiek, Dietrich. 2020. Verfassungsschutz und Demokratie. Voraussetzungen und Grenzen für die Einwirkung der Verfassungsschutzbehörden auf die demokratische Willensbildung. Berlin.

Myatt, Miriam/Siri, Jasmin. 2019. Deutschland –Rahmenbedingungen für die gegenwärtige Etablierung des Rechtspopulismus und progressive Antworten. In: Krell, Christian/Möllers, Henri/Ferch, Niklas (Hrsg.). Reclaiming action - Strategien progressiver Parteien in Zeiten des wachsenden Rechtspopulismus in Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland. Berlin, S. 89–113.

Naumann, Annelie/Kamann, Matthias. 2020. Rechtsextreme im Bundestag. In: WELT am Sonntag vom 15. März 2020, S. 7.

Naumann, Annelie/Kamann, Matthias. 2021. Coronakrieger. Verschwörungsmythen und die Neuen Rechten. Berlin.

Neckel, Sighard/Pritz, Sarah Miriam. 2019. Emotion aus kultursoziologischer Perspektive. In: Moebius, Stephan/Nungesser, Frithjof/Scherke, Katharina (Hrsg.). 2019 Handbuch Kultursoziologie. Band 2: Theorien – Methoden – Felder. Wiesbaden 2019, S. 305–317.

Neff, Benedict. 2019. «Bandit von Halle»? So nennt Gauland den rechtsextremistischen

Attentäter im Bundestag. Online: https://www.nzz.ch/international/bandit-von-halle-so-nennt-gauland-den-rechtsextremistischen-attentaeter-im-bundestag-ld.1516067. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Neff, Benedict. 2020. Die deutsche Erregungsgesellschaft. Ein Rückblick auf fünf Jahre Deutschland – ein Land, in dem Nüchternheit eine Provokation ist. In: Neue Züricher Zeitung vom 29. Februar 2020, S. 7.
Nefzger, Andreas. 2022. In der Sinnkrise. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Februar 2022, S. 4.
Neubacher, Bernd. 2001. Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei? Stuttgart.
Neuerer, Dietmar. 2020. Verfassungsschutz warnt: Höcke-Flügel treibt Radikalisierung der AfD voran. Online: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-verfassungsschutz-warnt-hoecke-fluegel-treibt-radikalisierung-der-afd-voran/26264214.html.
Niclauß, Karlheinz. 2015. Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. 3. Auflage. Wiesbaden.
Nida-Rümelin, Julian. 2020a. Die Krise der Konservativen. Online: https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/die-krise-der-konservativen-4137/.
Nida-Rümelin, Julian. 2020b. Die gefährdete Rationalität der Demokratie. Ein politischer Traktat. Hamburg.
Nida-Rümelin, Julian. 2020c. Cancel Culture ist das Ende der Aufklärung. In: DIE WELT vom 22. September 2020, S. 2.
Niedermayer, Oskar. 2015. Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.). Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden, S. 175–207.
Niedermayer, Oskar. 2020. Konkurrenz am rechten Rand: Die Etablierung der AfD im Parteiensystem. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.). Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Wiesbaden, S. 105–132.
Niedermayer, Oskar/Hofrichter Jürgen. 2016. »Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?« In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 47. Jg. H. 2, S. 267–284.
Nocun, Katharina/Lamberty, Pia. 2020. Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmt. Köln.
Norton, Philip. 2008. Making Sense of Opposition. The Journal of Legislative Studies. 14 (1-2), S. 236–250.
Nullmeier, Frank. 2006. Politik und Emotion. In: Schützeichel, Rainer. (Hrsg.) 2006. Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze. Frankfurt am Main. S. 84–103.
Nussbaum, Martha. 2014. Politische Emotionen – warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist. Berlin.

Oberreuter, Heinrich. 1975a. Einleitung. In: Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich. Hamburg, S. 8–24.
Oberreuter, Heinrich (Hrsg.). 1975b. Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich. Hamburg.
Oberreuter, Heinrich. 1993. Parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, in: Euchner, Walter (Hrsg.). 1993. Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Göttingen, S. 60–75.
Oberreuter Heinrich. 2004. Opposition — zur Wiederentdeckung eines Forschungsgegenstandes im Zeitalter von Transformation und Globalisierung. In: Oberreuter Heinrich, Steinkamm Armin A., Seller Hanns-Frank. (Hrsg.). 2004. Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Wiesbaden.
Oberreuter, Heinrich. 2019. In der Gesellschaft der Singularitäten: Wandlungen des Parteiensystems. In: Kronenberg, Volker/Horneber, Jakob (Hrsg.). Die repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung. Wiesbaden, S. 23–37.
Otte, Max. 2020. Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung »Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa« am 27. Mai 2020. Online: https://www.bundestag.de/resource/blob/697778/40b54712819c1d7 f5cde777cf847281e/sv-otte-data.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
O. V. 2021. AfD: Erneut Pöbel-Ansage von Alice Weidel – »Entlarvt sich wieder einmal selbst«.

Online: https://www.derwesten.de/politik/afd-alice-weidel-alexander-gauland-interview-pressekonferenz-jan-boehmermann-id232034565.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Paris, Rainer. 2020. Die Zerstörung des Alltags. In: Die Welt vom 29. September 2020, S. 22.
Patzelt, Werner J. 1993. Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit. Passau.
Patzelt, Werner J. 2017a. Der 18. Deutsche Bundestag und die Repräsentationslücke. Eine kritische Bilanz. In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 14, S. 245–285.
Patzelt, Werner J. 2017b. Vorausschau auf den 19. Deutschen Bundestag. Online: https://wjpatzelt.de/2017/11/02/vorausschau-auf-den-19-deutschen-bundestag/ [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Patzelt, Werner J. 2018a. Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49, S. 885–895.
Patzelt, Werner J. 2018b. Eine neue Republik. Online: https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2017/eine-neue-republik/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Patzelt, Werner J. 2018c. Deutsche und ihr demokratisches Land. Herausforderungen und Antworten. Baden-Baden.
Patzelt, Werner. 2020a. Die virulente Empfindung falscher Politik. Online: https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2020/245736/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Patzelt, Werner. 2020b. Parlamentarismusforschung. Einführung. Baden-Baden.
Pergande, Frank. 2020. Die AfD gegen alle anderen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 27. September 2020, S. 5.
Pergande, Frank und Schuller, Frank. 2021. Als die AfD mit den Grünen stimmte. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14. Februar 2021, S. 1.
Petersen, Sönke. 2000. Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag — Status, Funktion, Arbeitsweise. Wiesbaden.
Petri, Annette. 2018. Emotionssensibler Politikunterricht. Konsequenzen aus der Emotionsforschung für Theorie und Praxis politischer Bildung. Frankfurt am Main.
Pfahl-Traughber, Armin. 2019. Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden.
PI-News. 2020. AfD gelingt unter Federführung von Gottfried Curio großer Wurf. Online: http://www.pi-news.net/2020/09/afd-gelingt-unter-federfuehrung-von-gottfried-curio-grosser-wurf/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja. 2022. Rechts unten. Die AfD: Intrigen, heimliche Herrscher und die Macht der Geldgeber. Reinbeck.
Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja /Schneider, Jens. 2018. AfD-Fraktion hat ihre Finanzen nicht im Griff. Online: https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bundestag-weidel-gauland-geld-1.4190971. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Pitum, Lorenz Stanley. 2020. Populistische Wut. Deutungsmuster des modernen deutschen Rechtspopulismus. München.
Pörksen, Bernhard. 2018. Die große Gereiztheit. München.
Pörksen, Bernhard. 2020a. Gut kühlen. In: DIE ZEIT 7/2020 vom 6. Februar 2020, S. 4.
Pörksen, Bernhard. 2020b. Gesellschaft der Gleichzeitigkeiten. In: Pörksen, Bernhard/Schulz von Thun, Friedemann. 2020. Die Kunst des Miteinander-Redens. Über den Dialog in Gesellschaft und Politik. München, S. 9–42.
Pörksen, Bernhard. 2020c. Extremismus der Erregung. In: WirtschaftsWoche 8/2020 (14. Februar 2020), S. 46–47.
Pöttker, Horst. 2019. Woher kommt der Populismus? Zum Wandel der medialen Konstruktion des Politischen - Mediensystem 1997 revisited. In: Ettinger, Patrik/Eisenegger, Mark Eisenegger/Prinzing, Marlis/Blum, Roger (Hrsg.). Intimisierung des Öffentlichen. Zur multiplen Privatisierung des Öffentlichen in der digitalen Ära. Wiesbaden, S. 229–245.
Poschardt, Ulf. 2020a. Angst zerstört Meinungsfreiheit. In: DIE WELT vom 22. Juli 2020, S. 3.
Poschardt, Ulf. 2020b. Maske oder Maulkorb. In: DIE WELT vom 10. Oktober 2020, S. 1.
Preppner, Kathi. 2019. Notwendig oder nicht? In: Politik & Kommunikation. III/2019, S. 46–54.
Priester, Karin. 2012. Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt a. M./New York.
Pulzer, Peter. 1987. Is There Life After Dahl? In: Kolinsky, Eva (Hrsg.). Opposition in Western

Europe. London, S. 12–15.
Puthenpurackal, John/Kain, Florian. 2018. AfD-Skandal-Richter rastet wieder aus. Online: https://www.bild.de/politik/inland/alternative-fuer-deutschland/plus-skandal-maier-rastet-wieder-aus-54593530.bild.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Quent, Matthias. 2020a. »Rechte Narrative dominieren die Proteste«. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-proteste-rechte-narrative-dominieren-a-4179fb8c-18b9-4624-ac46-4a2dc5 f09bb3. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Quent, Matthias. 2020b. Rechtsextremismus. 33 Fragen – 33 Antworten. München.

Rainer, Anton. 2020. AfD will deutsche Medien kontrollieren. Online: https://www.spiegel.de/kultur/afd-will-deutsche-medien-kontrollieren-a-172c14af-87b2-4d9b-a174-ad1c9979bac3. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Raschke, Joachim. 1968. Der Bundestag im parlamentarischen Regierungssystem. Darstellung und Dokumentation. Berlin.
Raschke, Joachim. 1993. Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln.
Raschke, Joachim. 2020. Die Erfindung der modernen Demokratie. Innovationen, Irrwege, Konsequenzen. Wiesbaden.
Raschke, Joachim/Tils, Ralf. 2013. Politische Strategie. Eine Grundlegung. 2. Auflage. Wiesbaden.
Radio Berlin-Brandenburg (RBB). 2020. Brandenburger Landtag fordert Rücktritt Galaus. Online: https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/02/galau-aktuelle-stunde-landtag-brandenburg-afd-rechtsterrorismus.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Reckwitz, Andreas. 2016. Zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus. Online: https://soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/zwischen-hyperkultur-und-kulturessenzialismus/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Reckwitz, Andreas. 2017. Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin.
Reckwitz, Andreas. 2020. Risikopolitik. In: Volkmer, Michael/Werner, Karin. Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld, S. 241–251.
Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). 2020. Klage gegen Seehofer: Erfolg für AfD vor Bundesverfassungsgericht. Online: https://www.rnd.de/politik/seehofer-verliert-gegen-afd-klage-wegen-afd-kritischem-interview-hat-erfolg-vor-bundesverfassungsgericht-OEOXVBIO3RD35NVN4GZ7K66DY4.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)/Deutsche Presseagentur (dpa). 2021. Lange Sitzungen und viele Ordnungsrufe - die 19. Wahlperiode in Zahlen. Online: https://www.rnd.de/politik/lange-sitzungen-und-viele-ordnungsrufe-die-19-wahlperiode-in-zahlen-YIKATWERRMVOJQ7ERE2ZA6PDXY.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Rehder, Stefan. 2020. Wie es bei der Ethikrats-Wahl zum Eklat kam. Online: https://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/wie-es-bei-der-ethikrats-wahl-zum-eklat-kam;art315,207781. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Rehse, Sebastian. 2008. Die Oppositionsrolle rechtsextremer Protestparteien. Zwischen Anpassung und Konfrontation in Brandenburg und Sachsen. Baden-Baden.
Renner, Martin. 2020a. »Haben in erster Linie politischen Gegner im Visier zu halten«. Online: http://www.pi-news.net/2020/09/wir-haben-in-erster-linie-den-politischen-gegner-im-visier-zu-halten/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Renner, Martin. 2020b. Die AfD muss die Alternative bleiben – oder sie wird nicht sein. Online: http://www.pi-news.net/2020/09/die-afd-muss-die-alternative-bleiben-oder-sie-wird-nicht-sein/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Rheingold Institut. Gebremste Wut der Wähler – Eigenstudie zur Bundestagswahl 2017. Köln 2017.
Richter, Frank. 2018. Hört endlich zu! Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet. München.
Riechelmann, Cord. 2020. Keine Identität ist garantiert. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. August 2020, S. 35.
Rosa, Hartmut. 2016. Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin.
Rosanvallon, Pierre. 2020. Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte. Theorie. Kritik. Hamburg.
Rosanvallon, Pierre. 2022. Die Prüfungen des Lebens. Hamburg.

Ross, Andreas. 2019. Woher kommt der EU-Verdruss? Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/unzufriedenheit-mit-der-eu-orte-der-rache-16006416.html?premium. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Rüb, Friedbert W. 2020. Die politische Opposition in der Regierungslehre. Systematische Überlegungen zu einem unterbelichteten Begriff. In: Bröchler, Stephan/Glaab, Manuela/Schöne, Helmar (Hrsg.). Kritik, Kontrolle, Alternative. Was leistet die parlamentarische Opposition? Wiesbaden, S. 15–46.
Rucht, Dieter. 2017. Rechtspopulismus als Bewegung und Partei. In: FJSB-Plus (FJ SB 2/2017, online-rubrik), S. 1–7. Online: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2017-2_rucht.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ruhose, Fedor. 2017. Umgang mit der AfD im parlamentarischen Alltag: 15 Handlungsempfehlungen aus der Praxis, Discussion Paper des Progressiven Zentrums 2-2017. Berlin.
Ruhose, Fedor. 2018a. Hundert-Tage-Update: Handlungsempfehlungen für den Umgang mit der AfD im Bundestag. Aktualisiertes Discussion Paper des Progressiven Zentrums. Berlin.
Ruhose. 2018b. Ein Jahr AfD im Bundestag: Wie sie arbeitet, was sie plant und wie man sie schwächt. Discussion Paper des Progressiven Zentrums. Berlin.
Ruhose, Fedor. 2018c. Das Strategiedilemma der anderen Fraktionen mit der AfD. Online: https://www.focus.de/politik/experten/politik-das-strategiedilemma-der-anderen-fraktionen-mit-der-afd_id_9632893.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ruhose, Fedor. 2018d. Die AfD geht angeschlagen und geschwächt ins neue Jahr. Online: https://m.focus.de/politik/experten/partei-unter-spannung-die-afd-geht-anschlagen-und-geschwaecht-ins-neue-jahr_id_10095173.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ruhose, Fedor. 2019. Die AfD im Deutschen Bundestag, Wiesbaden.
Ruhose, Fedor. 2020a. AfD schmiert in Krise ab, doch Corona ist gefährlicher Nährboden für Populisten. Online: https://www.focus.de/politik/deutschland/gastbeitrag-afd-schmiert-in-krise-ab-doch-corona-ist-gefaehrlicher-naehrboden-fuer-populisten_id_11877808.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ruhose, Fedor. 2020b. Unter dem Brennglas: Warum die AfD in den Umfragen wieder zugelegt hat. Online: https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-im-brennglas-warum-die-afd-in-den-umfragen-wieder-zugelegt-hat_id_12199279.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Ruhose, Fedor. 2020c. Die AfD vor der Bundestagswahl 2021. Wiesbaden.
Ruhose, Fedor. 2021. Die AfD vor der Bundestagswahl 2021. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 34, Nummer 3, S. 479–489.
Ruhose, Fedor. 2022. Parlamentsfraktionen. Aufbau – Funktion – Arbeitsweise. Stuttgart.
Ruhose, Fedor/Schmedes, Hans-Jörg. 2019. Expertenkommission oder Demokratie-Enquete? Anmerkungen zum Stand der Demokratiepolitik auf Bundesebene. In: Hartmann, Thorsten/Dahm, Jochen/Decker, Frank. (Hrsg.). Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft. Verteidigt. Gefährdet? Bonn, S. 230–244.

Salmeda, Mikko/Scheve, Christian von. 2017. Die Emotionen des Rechtspopulismus. https://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/emotionen/team/Professur/preprints/Salmela-Scheve_EmotionenRechtspopulismus_preprint.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Salzborn, Samuel. 2017. Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim.
Sarcinelli, Ulrich. 2011. Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3., erweiterte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
https://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/emotionen/team/Professur/preprints/Salmela-Scheve_EmotionenRechtspopulismus_preprint.pdfSartori, Giovanni. 1976. Parties and party systems: A framework for analysis. Cambridge.
Sauer, Birgit. 1999. »Politik wird mit dem Kopfe gemacht«. Überlegungen zu einer geschlechtersensiblen Politologie der Gefühle. In: Klein, Ansgar; Bullmeier, Frank (Hrsg.). Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen. Wiesbaden, S. 200–218.
Schaal, Gary S./Heidenreich, Felix. 2013. Politik der Gefühle. Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 63. Jg. (H. 32 – 33), S. 3–11.

Schaal, Gary S./Fleiner, Rebekka. 2015. Politik der Gefühle. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.). Emotionen und Politik, Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung. Baden-Baden, S. 67–89.
Schachinger, Helga E. 2014. Psychologie der Politik. Eine Einführung. Bern.
Schäfer, Michael. 2020. Kraftzentrum und Ordnungsfaktor: Funktion, Aufbau und Arbeitsweise von Parlamentsfraktionen am Beispiel des Deutschen Bundestages. Bishek.
Schäuble, Wolfgang. 2020. »Streit ist normal«. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 8. Dezember 2020, S. 3.
Schaible, Jonas. 2018. Gauland schweigt – die anderen Parteien machen Vorschläge. Online: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_84273832/gauland-im-sommerinterview-rente-kein-konzept-digitalisierung-keine-ahnung.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Schedler, Andreas. 1996. Anti-Political-Establishment Parties. Party Politics, 2 (3), S. 291–312.
Schick, Jonas. 2020. Netzfundstücke (63) – Freie Medien und Goldregenpfeifer. Online: https://sezession.de/63484/netzfundstuecke-63-freie-medien-und-goldregenpfeifer. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Schindel, Andreas. 2017. Populismus, Demokratie und Emotionen. Eine Kritik des liberalen Rationalismus. Online: https://soziologieblog.hypotheses.org/10487. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Schindler, Frederic. 2022. Wie die AfD die Energiekrise für sich nutzen will. In: DIE WELT vom 09. September 2022, S. 4.
Schmedes, Hans-Jörg. 2019. Der Bundesrat in der Parteiendemokratie. Aufgabe, Struktur und Wirkung der Länderkammer im föderalen Gefüge. Baden-Baden.
Schmidt, Manfred G. 1992. Opposition. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.). Lexikon der Politik. Band 3. Die westlichen Länder. Herausgegeben von Manfred G. Schmidt. München, S. 283–288.
Schmidt, Martin/Kurz, Julie. 2020. Sanktionen gegen AfD-Abgeordnete. Online: https://www.tagesschau.de/inland/afd-fraktion-113.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Schmidt, Martin/Pfeffer, Kilian. 2020. Chaos in der AfD-Fraktion? Online: https://www.tagesschau.de/investigativ/hsb/afd-fraktion-111.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Schmitt, Johannes/Franzmann, Simon. 2017. Wie schädlich sind große Koalitionen? Zum Zusammenhang von Regierungs-Oppositionskonstellation und ideologischer Polarisierung. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Bukow, Sebastian (Hrsg.). Parteien unter Wettbewerbsdruck. Wiesbaden, S. 89–120.
Schmitt-Beck, Rüdiger/Deth, Jan W. van/Staudt, Alexander. 2017. Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 2017. 27. Heft 3, S. 273–303.
Schneider, Carsten. 2018. Abgrenzen statt anbiedern. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/umgang-mit-der-afd-klare-kante-gegen-rechtspopulisten-15829236.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Schneider, Hans-Peter. 1989. § 38 Verfassungsrechtliche Bedeutung und politische Praxis der parlamentarischen Opposition, in: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland: Ein Handbuch, S. 1055–1086.
Schneider, Hans-Peter/Schwarz, Kyrill-Alexander (Hrsg.). 2017. Parlamentarische Opposition zwischen Effektivität und Egalität. Dokumentation des Verfahrens über Oppositions- und Minderheitenrechte vor dem Bundesverfassungsgericht. Baden-Baden.
Schneider, Jens. 2019. Ein außergewöhnlicher, aber demokratischer Vorgang. Online: https://www.sueddeutsche.de/politik/brandner-afd-rechtsausschuss-1.4679999. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Schöne, Helmar. 2010. Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Praxis. Baden-Baden.
Schoppe, Bernd. 2001. Mehrheit ´98. Die Bundestagswahl-Kampagne der SPD. In: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.). Umbruch ´98: Wähler, Parteien, Kommunikation. München, S. 47–57.
Schreiber, Franziska. 2017. Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin. München.
Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas. 2022. Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Frankfurt am Main.
Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard. (Hrsg.) 2019a. Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament. Bonn.

Schroeder, Wolfgang /Weßels, Bernhard. 2019b. Abschließende Thesen. In: Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard. (Hrsg.) 2019. Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament. Bonn.

Schroeder, Wolfang/Weßels, Bernhard/Neusser, Christian/Berzel, Alexander. 2017. Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten. (Discussion Paper WZB. Berlin.

Schüßlburner, Josef. 2016. »Verfassungsschutz«. Der Extremismus der politischen Mitte. Wissenschaftliche Reihe des IfS. Heft 30. Schnellroda.

Schüßlburner, Josef. 2020. Scheitert die AfD? Die Illusion der Freiheitlichkeit und die politische Alternativen. Schnellroda.

Schüßlburner, Josef. 2021. »Mißbrauch« des Verfassungsschutzes? Online: https://sezession.de/64134/missbrauch-des-verfassungsschutzes. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Schüttemeyer, Suzanne S. 1998. Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 – 1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Wiesbaden.

Schumann, Hans-Gerd. 1966. Die Opposition – Stiefkind der deutschen Forschung? In: Der Staat 5 (1966), S. 81–95.

Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.). 1976. Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. Darmstadt.

Schwab, Klaus/Malleret, Thierry. 2020. COVID-19: Der Große Umbruch. Genf.

Seebaldt, Martin. 1992. Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestags als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. u.a.

Seebaldt, Martin. 2001. Oppositionsstrategien im Vergleich: Der Anteil der parlamentarischen Minderheit am Machtwechsel in Großbritannien und Deutschland. In: Hirscher, Gerhard/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.). Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosionen in westlichen Demokratien. München, S. 113–146.

Sehl, Markus. 2019. Die ganz große »Hammelsprung«-Nummer? Online: https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bundestag-beschlussfaehigkeit-hammelsprung-verweigert-afd-fraktion-eilverfahren-karlsruhe/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Sellner, Martin. 2021. Wie wir den Terror stoppen können: Was die AfD jetzt tun muss. In: Compact: Compact Spezial 29. Antifa – Die linke Macht im Untergrund. Werder, S. 82.

Séville, Astrid/Müller, Julian. 2022. Ist Dauerkommunikation kommunizierbar? Das Habeck Paradox. In: Merkur 873, S. 82–87.

Sigmund, Thomas/Hildebrand, Jan. 2019. Söder ist der Überraschungsstar des CDU-Parteitages. Online: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bayerns-ministerpraesident-soeder-ist-der-ueberraschungsstar-des-cdu-parteitages/25261072.html?ticket=ST-4227671-MredqQcmkBpazAWxkvaD-ap2. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Sinn, Hans-Werner. 2020. Der Corona-Schock. Wie die Wirtschaft überlebt. Freiburg i. Br.

Siri, Jasmin. 2018. Kampfzone Gender. Über die Politisierung wissenschaftlicher Expertise. Berlin.

Siri, Jasmin. 2020. Zur Globalisierung von Anti-Gender-Politiken. Online: https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/zur-globalisierung-von-anti-gender-politiken-2911/ [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Sloterdijk, Peter. 2008. Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch. Berlin.

Spangenberg, Detlev. 2020. Den Sumpf in der WHO trockenlegen. Online: https://www.afdbundestag.de/spangenberg-den-sumpf-in-der-who-trockenlegen/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Speit, Andreas. 2019. Die Entkultivierung des Bürgertums. Zürich.

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (SPD-Fraktion). 2021. Es geht nur gemeinsam! Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion. Berlin.

Stadtler, Peter. 1984. Die parlamentarische Kontrolle der Bundesregierung. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Vol. 63. Opladen.

Steffani, Winfried. 1968. Möglichkeiten der Opposition. In einer parlamentarischen Demokratie und anderswo. In: Die politische Meinung 13. Jg., S. 43–54.

Steffani, Winfried. 1977. Opposition. In: Röhrig, Hans-Helmut/Sontheimer, Kurt (Hrsg.). Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Das Regierungssystem der Bundesrepublik in 270 Stichworten, S. 314–320.

Stegemann, Patrick/Musyal, Sören. 2020. Die rechte Mobilmachung: Wie radikale

Netzaktivisten die Demokratie angreifen. München.
Steffen, Tilmann. 2019. Starrsinn mit Folgen. Online: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-11/stephan-brandner-afd-abwahl-rechtsausschuss-bundestag/komplettansicht. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Steffen, Tilmann. 2021. Hauptsache Straße. Die AfD als parlamentarischer Arm der Coronaproteste. In: Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hrsg.). Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. S. 174–182.
Stein, Dieter. 2020a. Fälliger Rücktritt. In: Junge Freiheit 19/2020 vom 1. Mai 2020, S. 2.
Stein, Dieter. 2020b. Kalkül des Laufenlassens. In: Junge Freiheit 43/2020 vom 16. Oktober 2020, S. 1.
Stein, Dieter/Vollradt, Christian. 2020. Bedingt abwehrbereit. In: Junge Freiheit 43/2020 vom 16. Oktober 2020, S. 4.
Steiner, Nils D. und Landwehr, Claudia. 2018. Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie. Politische Vierteljahresschrift, 59(3), S. 463–491.
Steinke, Ronen. 2020. Schuld und Mitschuld. In: Süddeutsche Zeitung vom 9. Oktober 2020, S. 4.
Steinmeier, Frank-Walter. 2013. »Unsere Politik hat dafür gesorgt, dass die Arbeitslosigkeit sinkt«. Online: https://www.spdfraktion.de/presse/interviews/politik-hat-dafuer-gesorgt-arbeitslosigkeit-sinkt. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Stelter, Daniel. 2020. Coronomics. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise. Frankfurt a.M./New York.
Sternberg, Jan. 2020a. Kritik an Gauland: »AfD versucht, die Geschichte umzuschreiben«. Online: https://www.rnd.de/politik/gauland-afd-wegen-ausserung-zum-8-mai-in-der-kritik-3LEKLSP4Z5BKLGES2AJFJDBKHQ.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Sternberg, Jan. 2020b. AfD-Chef Chrupalla fordert Wirtschafts-Parteitag. Online: https://www.rnd.de/politik/afd-chef-chrupalla-fordert-wirtschafts-parteitag-fall-kalbitz-soll-bis-dahin-geklart-sein-W5YUV36WPZEJRNI2RD4N3CZWF4.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Sternberg, Jan. 2020c. AfD mobilisiert Teilnehmer für Demonstration gegen Corona-Maßnahmen in Berlin. Online: https://www.rnd.de/politik/afd-chef-tino-chrupalla-mobilisiert-teilnehmer-fur-demonstration-gegen-corona-massnahmen-in-berlin-2OBZJ44TBZBTPEM75BUBTYSJTE.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Sternberg, Jan. 2020d. Die Kreuzritter von der AfD. In: Frankfurter Rundschau vom 17. Oktober 2020, S. 5.
Sternberg, Jan. 2020e. Lahmer Flügelstutzer. In: Frankfurter Rundschau vom 22. Dezember 2020, S. 6.
Sternberg, Jan. 2021. AfD-Arbeitsgruppe Verfassungsschutz: Bundesvorstand ignoriert Parteitagsvotum. Online: https://www.rnd.de/politik/afd-arbeitsgruppe-verfassungsschutz-bundesvorstand-ignoriert-parteitagsvotum-WTNM54DO5ZHJDCDOQDPHULQCGA.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Sternberg, Jan. 2022. Die Mär vom »Teuro«. In: Frankfurter Rundschau vom 5. Juli 2022, S. 6.
Sternberger, Dolf. 1976. Opposition des Parlaments und parlamentarische Opposition. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.). Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. Darmstadt, S. 66–87.
Stifel, Andreas. 2018. Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung. Bündnis 90/Die Grünen als politische Partei und soziokulturelles Phänomen. Wiesbaden.
Stöss, Richard. 2008. Die »neue Rechte« in der Bundesrepublik. Online: https://www.belltower.news/die-neue-rechte-in-der-bundesrepublik-28768/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Storch, Beatrix von. 2019. Der muslimische antisemitische Hass am Al-Kuds-Tag in Berlin ist unerträglich. Online: https://www.afd.de/beatrix-von-storch-der-muslimische-antisemitische-hass-am-al-kuds-tag-in-berlin-ist-unertraeglich/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Storch, Beatrix von. 2020a. Merkel führt in der Corona-Krise nicht, sie läuft der Entwicklung nur hinterher. Online: https://www.afdbundestag.de/beatrix-von-storch-merkel-fuehrt-in-der-corona-krise-nicht-sie-laeuft-der-entwicklung-nur-hinterher/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Storch, Beatrix von. 2020b. Unsere Sicherheitsbehörden brauchen keine Studien über vermeintlichen Rassismus oder Extremismus in ihren Reihen. Online: https://

www.afdbundestag.de/beatrix-von-storch-unsere-sicherheitsbehoerden-brauchen-keine-studien-ueber-vermeintlichen-rassismus-oder-extremismus-in-ihren-reihen/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Strauß, Simon. 2019. Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 69. Jahrgang. 9–11/2019, S. 4–9.

Stratmann, Julia. 2022. Wie schützt man demokratischen Protest? In: Trierischer Volksfreund vom 03. September 2022, S. 7.

Sundermeyer, Olaf. 2018. Gauland. Die Rache des alten Mannes. München.

Taggart, Paul. 2004. Populism and Representative Politics. In: Journal of Political Ideologies 9 (3), S. 269–288.

Thiele, Alexander. 2020. Entscheidung gesucht, Konflikt gefunden. Online: https://www.tagesspiegel.de/politik/bundesverfassungsgerichtsurteil-zur-ezb-entscheidung-gesucht-konflikt-gefunden/25833788.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Thierse, Stefan. 2015. Governance und Opposition im Europäischen Parlament: Minderheitenrechte und Agendakontrolle im legislativen Entscheidungsprozess. Baden-Baden.

Thomas, Ulrich/Zimmer, Lars-Jörn. 2019. Denkschrift. Erste Analyse der Kommunal- und Europawahl für Sachsen-Anhalt. o. O.

Thränhardt, Dietrich. 2013. Opposition. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.). Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., aktualisierte Auflage. Wiesbaden, S. 510–515.

Tibi, Bassam. 2016. Europa ohne Identität? Europäisierung oder Islamisierung. Stuttgart.

T-Online. 2020. AfD-Politiker Petr Bystron empört mit Posting im Netz. Online: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_88540830/afd-politiker-bystron-empoert-mit-twitter-posting-soeder-als-hitler-dargestellt.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Veen, Hans-Jürgen. 1979a. Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969-1972. Bonn.

Veen, Hans-Jürgen. 1979b. Funktionen der Opposition im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). Die »vergessenen« Institutionen. Eine Analyse der Institutionen im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Mit Beiträgen von Günther Rüther u. a. Melle, S. 415–440.

Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang. 2019. Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. Gütersloh.

Vehrkamp, Robert/Wegschaider, Klaudia. 2017. Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Gütersloh.

Vehrkamp, Robert/Wratil, Christopher. 2017. Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017. Gütersloh.

Verwaltungsgericht Köln (VG Köln). 2019. Bezeichnung der AfD als »Prüffall« durch das Bundesamt für Verfassungsschutz unzulässig. Online: https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/Archiv/2019/03_190226/index.php. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Vollradt, Christian. 2018. AfD-Bundestagsfraktion: Geschäftsführer wirft hin. Online: https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2018/afd-bundestagsfraktion-geschaeftsfuehrer-wirft-hin/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Vollradt, Christian. 2019. Wer hat noch nicht, wer will noch mal? Online: https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2019/wer-hat-noch-nicht-wer-will-noch-mal/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Vollradt, Christian. 2020. Allerlei Klartext in Kalkar. In: Junge Freiheit 50/2020 vom 4. Dezember 2020, S. 4.

Vosgerau, Ulrich. 2018. Klageschrift. Online: https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2018/05/organklage-afd-fraktion.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].

Waack, Hans-Jochen. 2016. Parlamentarische Opposition. In: Morlok, Martin/Schliesky, Utz/Wiefelspütz, Dieter (Hrsg.). Parlamentsrecht. Praxishandbuch, S. 710–753.

Walther, Eva/Isemann, Simon D. 2019. Einleitung: Psychologische Erklärung für den Erfolg der AfD. In: Walther, Eva/Isemann, Simon D. (Hrsg.). Die AfD – psychologisch betrachtet.

Wiesbaden, S. 1–27.
Weber, Florian. 2016. Emotion und Kognition in der Politischen Bildung. Überlegungen aus emotionstheoretischer Sicht. In: Deichmann, Carl/May, Michael (Hrsg.). Politikunterricht verstehen und gestalten. S. 165–183.
Webert, Karin. 2009. Die Opposition im Deutschen Bundestag 1990-2005. Hamburg.
Wehner, Markus. 2019a. Gauland will den Verfassungsschutz abschaffen. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-chef-alexander-gauland-will-verfassungsschutz-abschaffen-16046113.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wehner, Markus. 2019b. Warum die AfD aufs Klima-Thema setzt. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-afd-hat-das-mega-thema-klima-fuer-sich-entdeckt-16414419.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wehner, Markus. 2020a. Ein Rätsel namens AfD. Online: https://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/januskoepfig-16591862.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wehner, Markus. 2020b. Keine Führung, keine Strategie. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Juli 2020, S. 3.
Wehner, Markus. 2020c. Der Glückwunsch-Skandal. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.11.2020, S. 4.
Wehner, Markus. 2021. Der Parteitag folgt Björn Höcke. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. April. 2021, S. 2.
Weidel, Alice. 2018. Historische Vereinbarung in Singapur – Außenpolitik ist Staatenpolitik. Online: https://www.afdbundestag.de/alice-weidel-historische-vereinbarung-in-singapur-aussenpolitik-ist-staatenpolitik/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weidel, Alice. 2019a. Verfassungsschutz- »Gutachten« ist dünn und unseriös! Online: https://www.afdbundestag.de/weidel-verfassungsschutz-gutachten-ist-duenn-und-unserioes/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weidel, Alice. 2019b. Politik in Berlin. Online: https://www.youtube.com/watch?v=d3ePxmThKmo&feature=emb_logo. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weidel, Alice/Gauland, Alexander. 2020a. Deutschland droht Lockdown auf Raten. Online: https://www.afdbundestag.de/weidel-gauland-deutschland-droht-lockdown-auf-raten/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weidel, Alice/Gauland, Alexander. 2020b. Wir wünschen dem künftigen amerikanischen Präsidenten Biden alles Gute Online: https://www.afdbundestag.de/weidel-gauland-wir-wuenschen-dem-kuenftigen-amerikanischen-praesidenten-biden-alles-gute/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weidel, Alice/Gauland, Alexander. 2021a. Corona-Gipfel müssen öffentlich und unter Beteiligung des Parlaments stattfinden. Online: https://www.afdbundestag.de/weidel-gauland-corona-gipfel-muessen-oeffentlich-und-unter-beteiligung-des-parlaments-stattfinden/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weidel, Alice/Gauland, Alexander. 2021b. Verfassungsschutz macht sich zum Büttel der anderen Parteien. Online: https://afdbundestag.de/weidel-gauland-verfassungsschutz-macht-sich-zum-buettel-der-anderen-parteien/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weiland, Severine. 2018a. Hand-Werk. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/holocaust-afd-abgeordneter-hansjoerg-mueller-nennt-gedenken-im-bundestag-heuchlerisch-a-1194521.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weiland, Severine. 2018b. AfD-Politiker Bystron fällt durch. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-afd-politiker-petr-bystron-faellt-bei-wahl-zum-kulturausschuss-durch-a-1208271.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weiland, Severine. 2018c. Finanzaffären, Lagerkämpfe, Austritte. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/alexander-gauland-und-joerg-meuthen-fuehren-afd-im-krisenmodus-a-1241332.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weiland, Severine. 2019a. Hilferuf von rechts außen. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-finanzen-bundestagsfraktion-sucht-geschaeftsfuehrer-a-1264953.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weiland, Severine. 2019b. Rechtspopulisten laden rechtspopulistischen Blogger aus. https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-rechter-blogger-fraktion-hat-milo-yiannopoulos-ausgeladen-a-1266814.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weiland, Severine. 2019c. AfD-Politiker unterliegt im Streit gegen AfD-Bundestagsfraktion. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-landesarbeitsgericht-kuendigung-

von-frank-kral-durch-fraktion-rechtens-a-1279236.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weiland, Severine. 2020a. Rechtsaußen zerbröselt das Fundament. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-die-landtage-rechtsaussen-zerbroeselt-das-fundament-a-d70cbe4b-f6ef-4fa8-8dc5-d1fc5 f15c97b. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Weiland, Severin. 202bc. AfD-Bundesvorstand setzt Leiter der Arbeitsgruppe »Verfassungsschutz« ab. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/machtkampf-in-der-afd-bundesvorstand-setzt-leiter-der-arbeitsgruppe-verfassungsschutz-ab-a-bd884e9b-75a3-42eb-85ce-7b5e45611c22. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Werner, Camilla. 1993. Das Dilemma parlamentarischer Opposition. In: Herzog, Dieter/Rebenstorf, Hilke/Weßels, Bernhard (Hrsg.). Parlament und Gesellschaft. Wiesbaden, S. 184–217.
Wiedmann-Schmidt, Wolfgang. 2020. Kubitscheks rechtsradikale Denkfabrik wird zum »Verdachtsfall«. Online: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-goetz-kubitscheks-institut-fuer-staatspolitik-wird-zum-verdachtsfall-a-a099e200-d1b6-4b9c-a36c-87e6419e0e31. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wiegel, Gerd. 2017-2021. Die AfD im Bundestag - ein Rückblick auf die aktuelle Sitzungswoche. Online abrufbar über die Suche auf der Seite: https://www.dielinke-teltow-flaeming.de. [Letzter stichprobenartiger Zugriff: 18. Oktober 2020.]
Wiegel, Gerd. 2018. Die AfD im Bundestag - ein Rückblick auf die aktuelle Sitzungswoche vom 28. September 2018. Online: https://www.dielinke-teltow-flaeming.de/nc/startseite/presse/detail/news/die-afd-im-bundestag-ein-rueckblick-auf-die-aktuelle-sitzungswoche0/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wiegel, Gerd. 2019a. Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD im Bundestag. In: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hrsg.). Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, S. 186–196.
Wiegel, Gerd. 2019b. Die AfD im Bundestag - ein Rückblick auf die aktuelle Sitzungswoche vom 7. Juni 2019. Online: https://www.dielinke-teltow-flaeming.de/nc/startseite/presse/detail/news/die-afd-im-bundestag-ein-rueckblick-auf-die-aktuelle-sitzungswoche0000010000001000/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wiegel, Gerd. 2019c. Die AfD im Bundestag - ein Rückblick auf die aktuelle Sitzungswoche vom 27. September 2019. Online: https://www.dielinke-teltow-flaeming.de/nc/startseite/aktuell/detail/news/die-afd-im-bundestag-ein-rueckblick-auf-die-aktuelle-sitzungswoche10/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wiegel, Gerd. 2019d. Die AfD im Bundestag - ein Rückblick auf die aktuelle Sitzungswoche vom 15. November 2019. Online: https://www.dielinke-teltow-flaeming.de/nc/startseite/aktuell/detail/news/die-afd-im-bundestag-ein-rueckblick-auf-die-aktuelle-sitzungswoche100000/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wiegel, Gerd. 2020a. Die AfD im Bundestag - ein Rückblick auf die aktuelle Sitzungswoche vom 3. Juli 2020. Online: https://www.dielinke-teltow-flaeming.de/nc/startseite/aktuell/detail/news/die-afd-im-bundestag-ein-rueckblick-auf-die-aktuelle-sitzungswoche-9/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wiegel, Gerd. 2020b. Die AfD im Bundestag - ein Rückblick auf die aktuelle Sitzungswoche vom 11. September 2020. Online: https://www.dielinke-teltow-flaeming.de/nc/startseite/aktuell/detail/news/die-afd-im-bundestag-ein-rueckblick-auf-die-aktuelle-sitzungswoche3/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wiegel, Gerd. 2020c. Die AfD im Bundestag - ein Rückblick auf die aktuelle Sitzungswoche vom 20. November 2020. Online: https://www.dielinke-teltow-flaeming.de/nc/startseite/aktuell/detail/news/die-afd-im-bundestag-ein-rueckblick-auf-die-aktuelle-sitzungswoche-13/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wiegel, Gerd. 2022. Brandreden. Die AfD im Bundestag. Köln.
Wienand, Lars/Leister, Annika. 2022. AfD-Fraktion hat nach fünf Jahren neuen »Fels« gefunden. Online: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_100076856/afd-fraktion-hat-nach-fuenf-jahren-neuen-fels-gefunden.html. [Letzter Zugriff: 09. November 2022].
Winkler, Heinrich August. 2020. Wie wir wurden, was wir sind. Eine kurze Geschichte der Deutschen. München.
Wirth, Hans-Jürgen. 2019. Ressentiments, Verbitterung und die Unfähigkeit zu vertrauen als emotionale Bausteine des Populismus. In: psychosozial. 42. Jg. Nr. 156. 2019. Heft III.

Gießen, S. 10–25.
Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (WD). 2020a. Epidemische Lage von nationaler Tragweite. Verfassungsrechtliche Fragestellungen. Ausarbeitung. Az. WD 3-3000 -141/20. Online: https://www.bundestag.de/resource/blob/700666/da1b330c0d4 f3ac6c8b14ed3844a4d38/WD-3-141-20-pdf-data.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (WD). 2020b. Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2020. Sachstand. Az. WD 4 - 3000 – 080/20. Online: https://www.bundestag.de/resource/blob/708820/c1194398125ad4871298971c79673a19/WD-4-080-20-pdf-data.pdf. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Witt, Uwe. 2020. DIE LINKE schreibt AfD-Antrag schamlos ab. Online: http://uwewitt.com/?p=2984. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Wodak, Ruth. 2016. Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien.
Wodak, Ruth. 2020a. Die Normalisierung des Rechtspopulismus. In: spw. 1/2020, S. 41–48.
Wodak, Ruth. 2020b. Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtsextremer und rechtspopulistischer Diskurse. Wien.
Wolf, Tanja. 2017. Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis. Wiesbaden.

ZDF. 2018. Gauland: Merkel ist unsere »Lebensversicherung«. Online: https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/videos/gauland-und-merkels-lebensversicherung-100.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
ZDF. 2020. Chrupalla kritisiert neue Corona-Maßnahmen. Online: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-massnahmen-chrupalla-afd-100.html. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Zeller, Roman. 2022. In einer emotionalen Bundestags-Debatte legt nur Alice Weidel von der AfD einen konkreten Plan raus aus der Energie-Krise vor. Warum man davon nichts erfährt? Dreimal dürfen Sie raten. Online: https://weltwoche.ch/daily/in-einer-emotionalen-bundestagsdebatte-ueber-die-energie-krise-legt-nur-alice-weidel-von-der-afd-einen-konkreten-plan-vor-warum-man-davon-nichts-erfaehrt-dreimal-duerfen-sie-raten/. [Letzter Zugriff: 30. Oktober 2022].
Zick, Andreas/Küpper, Beate. 2015. Einleitung: Der Dreiklang aus Wut, Verachtung und Abwertung. In: Zick, Andras/Küpper, Beate. Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar. Bonn, S. 11–14.
Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm. 2019. Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn.
Zillmann, Carsten. 2021. Alternativer Wahlkampf. In: Rhein-Zeitung vom 15. Januar 2021, S. 4.
Zohlnhöfer, Rainer. 2013. Politische Parteien und öffentliche Politik. Zum Einfluss von Parteien auf die Staatstätigkeit. In: Korte, Karl-Rudolf/Grunden, Timo. (Hrsg.). Handbuch Regierungsforschung. Wiesbaden, S. 267–276.
Zürn, Michael. 2018. Autoritärer Populismus vs. Offene Gesellschaft – Eine neue Konfliktlinie? Eine ökonomische, kulturelle und politische Analyse. böll. brief – Demokratie und Gesellschaft #7. Berlin.
Zulianello, Mattia. 2019. What is an anti-system party? Some clarifications. In: Contemporary Italian Politics 2019, Vol. 11, No. 2, S. 192–194.

Anmerkungen

1

So wurde durch das Bekanntwerden einer WhatsApp-Gruppe namens »Quasselgruppe« interne Kommunikation eines Großteils der Mitglieder der Bundestagsfraktion der AfD öffentlich, die deutlich die Entfremdung voneinander vor allem hinsichtlich des Umgangs mit der Corona-Pandemie aufzeigt (Basl et al. 2022; vgl. hierzu auch Pittelkow/Riedel 2022).

2

Nach Abschluss dieser Arbeit hat Gerd Wiegel (2022) seine Beobachtungen zur AfD im Bundestag ebenfalls in Buchform veröffentlicht.

3

Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit an einigen Stellen auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Es wird dort das generische Maskulinum verwendet, wobei beide Geschlechter gleichermaßen gemeint sind. Dies gilt im Übrigen für alle Geschlechteridentitäten.

4

Hier wird Parlamentarismus als die Sammelbezeichnung für wichtige Strukturelemente und Funktionsweisen des politischen Systems verstanden, welches eine Vertretungskörperschaft hat, die aus demokratischen Wahlen entsteht und auf praktiziertem Pluralismus beruht. Damit soll der Definition, die Marschall (2017:52 f.) für den engeren Parlamentarismus im Anschluss an Steffani formuliert, gefolgt werden. Marschall (2017: 60) selbst präferiert einen weiteren Parlamentarismus-Begriff, der sowohl parlamentarische als auch präsidentielle Regierungsformen erfasst. Dies spielt für diese Arbeit allerdings keine Rolle.

5

Aufgrund einer Umstellung des Systems erfolgte die

Auslesung der Initiativen von Beginn der 19. Wahlperiode bis zum Juni 2021 über die Funktionen des Systems CSV-Tabellen zu generieren. Nach der Umstellung wurden die Initiativen der AfD für die beiden letzten Sitzungswochen sowie die Kleinen und Großen Anfragen aus den nun erstellbaren Docx-Dokumenten in die Auswertungstabellen übertragen.

6

Generell sind bei der Nutzung des generischen Maskulinums in dieser Arbeit immer alle Geschlechteridentitäten mitgemeint, soweit nicht anders ausgeführt.

7

Hier soll der Praxis in der Einstellungsforschung gefolgt werden, und Emotion, Affekt und Gefühl synonym verwendet werden (Gabriel 2019: 60).

8

Die ursprünglich eingereichte Arbeit wird dabei um Kapitel 8.3 erweitert, welches auf die Entwicklungen im Jahr 2022 eingeht und insofern eine Analyse der Arbeit der AfD-Fraktion zu Beginn der 20. Wahlperiode darstellt.

9

Als Einschub sei an dieser Stelle vermerkt, dass diese Volkssouveränität nur in Abgrenzung zur politischen Klasse betont wird. Denn rechtspopulistischen Parteien fällt es aufgrund ihres Selbstverständnisses schwer, andere die von anderen gefällten Entscheidungen zu akzeptieren. Auch durch den Rechtstaat garantierte Minderheitsrechte werden von ihnen regelmäßig in Frage gestellt.

10

Best (2020) hat diese Agenda in sieben Bereiche unterteilt: Einschränkung von Privilegien für die politische Elite, Einforderung von mehr Transparenz und Kontrolle, Stärkung der Direkten Demokratie, Wahlrechtsreformen für »mehr« Demokratie, Abbau des »Parteienstaats«, Stärkung der nationalen Souveränität gegenüber supranationalen Einrichtungen und Stärkung des Föderalismus.

11

Eine eigene Klassifizierung hat der Autor vorgenommen in Ruhose 2019: 1–3.

12

So auch schon in Ruhose 2020c: 12 dargestellt.

13

Grundlegend beschäftigen sich z. B. Kluxen (1956) und Bode (1962) mit der Historie der parlamentarischen Opposition.

14

Die Charakterisierung der Opposition nach Dahl ist auch heute noch »sicherlich das gründlichste und detaillierteste Konzept für die Analyse der politischen Opposition« (Rüb 2020: 25).

15

Meinel ergänzt beispielhaft auch den wachsenden Einfluss der Zivilgesellschaft, denn »die Regierung kontrollieren viele« (2019: 167).

16

Wie Inglehart (2018) herausarbeitet, gibt es eine Reihe von gleichlaufenden gesellschaftlichen Trends im gesamten Westen der Welt.

17

Die Interaktion zwischen Opposition und Medien ist ein spannender Punkt. Veen (1979b: 428) betont, dass »beide […] sich wesentlich (ergänzen)«. Die AfD, dies zeigt sich bei der inhaltlichen Analyse, befindet sich allerdings auch in Opposition zu den Medien und nutzt diese in anderer Form als für Oppositionsarbeiten üblich. Von fast schon natürlichen Partnern entwickelt sich so ein schwieriges Konfliktverhältnis zwischen Opposition und insbesondere den öffentlich-rechtlichen Medien.

18

Diese ist von so starker Wirkungsweise in der Forschungsliteratur, dass Ende der 80er Jahre in einem Sammelband zur Opposition der einleitende Beitrag mit der Frage »Is there life after Dahl?« (Pulzer 1987: 12) überschrieben wurde.

19

Oberreuter (1975a: 20) unterscheidet ebenfalls zwischen verschiedenen Oppositionsformen. Bei ihm sind es die

issue-orientierten Ad-hoc-Formen und die kompetitiven oder kooperativen Formen.

20

In dieser Arbeit werden die Bezeichnungen Bündnis90/ Die Grünen, Die Grünen oder Grüne synonym verwendet.

21

Diese durch den Bundesrat sogar institutionell noch verstärkte Zusammenarbeit kann, wie Schmedes (2019) zeigt, als große Stärke der administrativen Politikformalisierung in Deutschland angesehen werden.

22

Sinnbildlich dafür stand die Euro-Rettungspolitik, als die eigentliche Oppositionsarbeit von einer die Regierung tragenden Fraktion, der FDP, betrieben wurde (Jun 2015: 127). Dabei entbrannte auch ein vor dem Verfassungsgericht ausgetragener Streit über die Mitbestimmungsrechte des Parlaments bei supranationalen Governance-Entscheidungen. Es ging darum, wie autark die Bundesregierung bei EU-Gipfeln Entscheidungen im Bereich der Euro-Stabilisierungspolitik treffen darf.

23

In diesem Zusammenhang ist auf den Rechtsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht zu verweisen, in dem nach der Bundestagswahl 2013 geklärt werden sollte, ob die vom Bundestag vorgesehenen Minderheitenrechte in Zeiten einer wirklich großen Koalition ausreichen oder ob es weiterer Regelungen bedürfe. Durch die Schwäche der Oppositionsfraktionen konnten zwar »Fraktionsrechte und Abgeordnetenrechte für die parlamentarische Opposition genutzt werden« (Cancik 2013: 6), aber die Quoren zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, Enquete-Kommissionen oder die Beantragung einer Bundestagssitzung nicht erreicht werden (Cancik 2013: 6). Dieser Rechtsstreit ist von den Prozessbevollmächtigten eingehend dokumentiert worden (Schneider/Schwarz 2017), soll hier allerdings nur wegen der Vollständigkeit aufgeführt werden. Für die hier untersuchten Fragestellungen ist er schon allein aufgrund der numerischen Größe der AfD-Fraktion im Bundestag

nicht relevant.

24

Auch der Philosoph Peter Sloterdijk (2008) sieht das Potenzial des Rechtspopulismus darin begründet, dass die etablierte Politik eine Ent-Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung betrieben hat. Durch die neuen Kräfte erfolge eine ›Thymotisierung‹ der Politik, also eine emotionale Aufladung von Politik – ein Gedanke, den der Bundestagsabgeordnete Marc Jongen (2014), ein Schüler Sloterdijks, in seinem Versuch einer Grundsatzerklärung für die AfD schon früh in den Mittelpunkt gestellt hat.

25

Zur grundlegenden Rolle der Inszenierung in der Politik vgl. Meyer 2002.

26

Dieses lag zu Beginn der Wahlperiode bei 49,4 Jahren; das der AfD-Fraktion mit allen Abgeordneten damals bei 50,8 Jahren (Deutscher Bundestag 2017b: 2).

27

Er ist auf Betreiben von Angela Merkel, der damaligen Fraktionsvorsitzenden aus der Fraktion ausgeschlossen worden, weil er in einer Rede missverständliche Passagen zum Holocaust formuliert hat.

28

Nach der Arbeitsordnung der AfD-Fraktion erfolgen Wahlen »zunächst für die Dauer von zwei Jahren und danach für den Rest der Legislaturperiode.«

29

Hier wird mit Raschke/Tils (2013: 142) ein strategisches Zentrum als »ein Netzwerk von ›Schlüsselfiguren‹, denen für die strategische Linienführung des Kollektivakteurs zentrale Bedeutung zukommt«, verstanden.

30

Zu Kubitschek, dem IfS und dessen Umfeld sowie deren Einfluss auf die AfD sei grundlegend auf Der rechte Rand 2020 verwiesen.

31

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

32

Diese besondere Verbindung führt dazu, dass die überfraktionelle Deutsch-Russische Parlamentariergruppe des Bundestages sich nicht mehr auf eine gemeinsame Linie einigen kann (Hock et al. 2020: 5). Hier zeigt sich, was Experte P2 formuliert: »[D]ie AfD will außerhalb stehen. Die will anders sein als die anderen. Und sie will eigenständig handeln.«

33

Später stellte sich heraus, dass die AfD-Fraktionsführung bereits früher über die Vorwürfe informiert war (Dowideit 2020: 5).

34

Es ist bezeichnend, dass aufgrund der anfänglichen Präsenz der gesamten AfD-Fraktion die etablierten Fraktionen zu eigenen Präsenzmodellen gekommen sind.

35

Die heftige interne Kritik an Weidel wird auch von den Experten der Gruppe E bestätigt. Experte E1 stellte fest, dass vor allem Gauland sie stützt: »Ohne ihn wäre Weidel […] auch nicht Fraktionsvorsitzende geworden« (IV E1).

36

Für die Partei formulierte Gauland seinen Ansehensverlust in einem Interview mit der WELT selbst sehr deutlich (Kamann/Naumann 2020b: 4).

37

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

38

Die Anzahl dieser Ordnungsrufe übersteigt damit die Gesamtzahl der vier vorausgegangenen Wahlperioden zusammen (Decker 2021b).

39

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ruft die Fraktionsvorsitzende in der ersten Generaldebatte in der 19. Wahlperiode zur Ordnung:
»Frau Kollegin Weidel, Sie haben in Ihrer Rede unter anderem die Formulierung »Kopftuchmädchen […] und sonstige Taugenichtse« gebraucht. Damit diskriminieren Sie alle Frauen, die ein Kopftuch tragen. Dafür rufe ich Sie zur Ordnung.« (PlPr. 19/32: 2973)

40

Damit setzt er sein Verhalten fort. Denn auch im Landtag von Thüringen »sammelte Brandner mit Entgleisungen Ordnungsrufe, ohne Respekt für andere Abgeordnete oder politische Kontrahenten, und war noch stolz darauf« (Schneider 2019).

41

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

42

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

43

Da diese Gesamtübersicht einmal im Monat aktualisiert wird, weicht die Anzahl der hier dargestellten Kleinen Anfrage in geringem Umfang von der später vorgenommenen Auswertung ab. Der Grund ist, dass bei der quantitativen und inhaltlichen Auswertung der Initiativen die letzte Sitzungswoche des Bundestags als Stichtag genommen wurde und somit eine größere Anzahl von Kleinen Anfragen ausgewertet wurde. Der Stichtag der letzten Statistik der Parlamentarischen Initiativen, die in die Auswertung eingeflossen ist, ist der 18. Juni 2021 und liegt damit eine Woche vor der letzten Sitzungswoche des 19. Deutschen Bundestags. In der Grafik werden die Gesamtzahlen der Kleinen Anfragen der Opposition im 19. Deutschen Bundestag dargestellt.

44

Exemplarisch, da dieser Baustein bei den Nachfragen der AfD-Fraktion zu den Korrekturbitten genutzt wird.

45

Bei Anträgen und Gesetzen wird bei unklaren Fällen auch die Zuständigkeit der überwiesenen Ausschüsse oder die Zuordnung der Redner durch die AfD-Fraktionsführung herangezogen.

46

Da diese Gesamtübersicht einmal im Monat aktualisiert wird, weicht die Anzahl der hier dargestellten selbständigen Anträgen der AfD-Fraktion in geringem Umfang von der später vorgenommenen Auswertung ab. Der Grund ist, dass bei der quantitativen und inhaltlichen Auswertung der Initiativen die letzte Sitzungswoche des Bundestags als Stichtag genommen wurde und somit eine

größere Anzahl von Initiativen ausgewertet wurde. Der Stichtag der Statistik der Parlamentarischen Initiativen ist der 18. Juni 2021 und liegt damit eine Woche vor der letzten Sitzungswoche des 19. Deutschen Bundestags.

47

Die leichte Diskrepanz zu den im DIP erfassten 643 selbstständigen Anträge kommt daher, dass hier bspw. auch eingereichte, aber nicht behandelte bzw. generell zurückgezogene Anträge mit erfasst wurden.

48

Namentliche Abstimmung werden bei »politisch umstrittenen Fragen« angesetzt »und müssen durchgeführt werden, wenn eine Fraktion oder mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages sie verlangen« (Deutscher Bundestag 2018b: 15).

49

Im Jahr 2020 enthält sie sich sogar bei einem Vorschlag der Grünen zur Verhinderung der Verjährung von Steuerhinterziehungen im Zusammenhang der Finanzskandale um CumEx-Geschäfte. Die AfD enthält sich regelmäßig bei im Bundestag vorzunehmenden Wahlen bei Personalvorschlägen anderer Fraktionen, wie zum Beispiel bei den jeweiligen Wahlvorschlägen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FPD für das Kuratorium zur ›Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‹ im Juli 2020. Hier signalisiert sie ebenfalls, dass sie doch keine Fundamentalopposition ist.

50

Im Dezember 2018 hat die AfD-Fraktion den Hammelsprung sogar beantragt, allerdings selbst dann nicht teilgenommen (dpa 2019a).

51

Eine Begründung dieser rechten Ideologie nimmt bspw. Lichtmesz (2020) vor. Stöss (2008) weist auf die wichtige Rolle dieser Ideologie als eine Scharnierfunktion für die »neuen Rechten« in die Gesellschaft hin. »(S)ie (rechtfertigt) nationale Identität ohne Bezugnahme auf den klassischen Rassismus« Damit würde sie ihre »Fremdenfeindlichkeit als Deutschfreundlichkeit« ausgeben.

52

Diesen Hinweis verdanke ich dem Protokoll von Gerd Wiegel (2019d), der in seiner regelmäßigen Übersicht über die AfD im Bundestag darauf hingewiesen hatte. Vgl. grundsätzlich auch Wiegel 2017-2021.

53

Claudia Roth wies den Redner im Anschluss dieser Ausführungen darauf hin, dass er den Begriff »Altparteien« sehr oft genutzt habe, da dieser auch von Goebbels genutzt würde, gehe sie davon aus, dass er diesen nicht zitiere (PlPr. 19/102: 12484).

54

Die Parlamente der an der Bankenunion teilnehmenden Mitgliedstaaten verfügen über ein rechtlich geregeltes Fragerecht gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) beziehungsweise dem Einheitlichen Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board – SRB). Im Bundestag wird das Fragerecht so ausgestaltet, dass die Fragen der Abgeordneten über den Präsidenten des Deutschen Bundestags den Institutionen zugeleitet werden.

55

Die Target-Forderungen der Bundesbank beliefen sich zu Stand der damaligen Debatte Ende März 2019 auf 941 Milliarden Euro. Bei den Rednern von FDP und Union gab es besorgte Aussagen zu den Höhen der Target-Salden. Hier wurde allerdings darauf hingewiesen, dass es sich nicht um Kredite, sondern um Saldierungsgrößen handele.

56

So setzt die AfD-Fraktion einem Antrag der Linken zur Durchsetzung von einer »Ost-Quote in Bundesbehörden« (BT-Drs. 19/8013: 1) den Antrag mit dem Titel »Bundesbehörden in die neuen Länder verlagern« (BT-Drs. 19/8279) entgegen. Dem Antrag der LINKEN »Managergehälter gesetzlich beschränken« (BT-Drs. 19/7979) aus dem März 2019 entsprach thematisch ein Gesetzentwurf (BT-Drs. 19/8233) der AfD-Fraktion.

57

Bei dieser Form der Abstimmung verlassen die

anwesenden Abgeordneten den Plenarsaal und »betreten ihn durch verschiedene Türen, die mit ›Ja‹, ›Nein‹ und ›Enthaltung‹ markiert sind« (Deutscher Bundestag 2018b: 14). Diese Abstimmungsform wird dazu genutzt, die Beschlussfähigkeit des Bundestags festzustellen. Damit diese gegeben ist, muss mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein (Deutscher Bundestag 2018b: 14).

58

Die anderen Oppositionsparteien verurteilten in der Debatte zwar den populistischen Umgang der AfD mit diesem Thema, forderten aber ebenfalls eine Reform. Die Linken wollen das Amt ebenfalls abschaffen, die Grünen kritisieren die hohe Anzahl der parlamentarischen Staatssekretäre in der Großen Koalition, die FDP fordert mehr Kontrollrechte für das Amt.

59

Dieses Gesetz wurde mittlerweile als verfassungswidrig verworfen.

60

Damit ist der Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zum jeweiligen Haushaltsgesetzentwurf der Bundesregierung der Jahre 2018 bis 2021 (BT-Drs. 19/2426; BT-Drs. 19/4626; BT-Drs. 19/13926; BT-Drs. 19/23326) gemeint.

61

In der Auswertung der parlamentarischen Initiativen wurden diese allerdings nicht mit aufgeführt, da sie überwiegend für Unterstreichungen von AfD-Positionen in den Haushaltsberatungen genutzt wurden. Bei deren Auswertung werden sie berücksichtigt.

62

Diese wuchs, seitdem der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble 2015 begonnen und sein Nachfolger als Minister, Olaf Scholz, fortgeführt hatte, auf 35 Milliarden Euro an (Geers 2019). Damit sollte Vorsorge für die Aufgabe der Integrations- und Zuwanderungspolitik im Nachgang zu den Entwicklungen des Jahres 2015 getroffen werden.

63

Eine Auswahl der Bürgerdialoge ist abrufbar unter: https://www.youtube.com/playlist?list=PLqubM6Pk6_aeYbqEKw81dal-d8Is-M_rl [Letzter Abruf: 26. Juni 2021].

64

Murswiek (2018a: 44 f.) formuliert dazu: »Eine politische Partei muss in erster Linie dafür sorgen, dass ihre Funktionsträger und Mitglieder keine Äußerungen machen, die als Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen gewertet werden können. […] Wenn also – aus welchen Gründen auch immer – Mitglieder oder Funktionsträger Äußerungen gemacht oder Verhaltensweisen gezeigt haben, die als Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen gewertet werden können, muss die Partei dem mit geeigneten Mitteln entgegentreten, damit ihr diese Äußerungen oder Verhaltensweisen nicht zugerechnet werden.« Später hat Murswiek (2018b) noch die Frage hinsichtlich der Auswirkungen einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz auf die beim Staat angestellten Parteimitglieder untersucht.

65

Der Abgeordnete Felser ist auf das Engste mit Götz Kubitschek verbunden (Lipp 2018) und hat große Erfahrungen in den Fragen, wie politische Kommunikation gestaltet werden muss.

66

Stand 27.06.2021: 91.125.855 Aufrufe und 175.000 Abonnenten.

67

Beide Werte geben den Stand vom 8. Oktober 2020 wieder.

68

https://www.afdbundestag.de/gehaltsrechner/ [Letzter Zugriff: 11. Dezember 2020.]

69

Diese sind abrufbar unter https://www.afdbundestag.de/aktuelles-infomaterial-2-2-2/

70

Dieser Absatz folgt Ruhose 2020c: 19 und übernimmt

Textpassagen wörtlich.

71

Dies gelang diesen Kräften innerhalb der AfD in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem die Stimmung generell positiv gegenüber dem Eingriff des Staates und der konjunkturpolitischen Unterstützung eingestellt war. Auch in der CDU und der FDP äußerten sich in dieser Phase Stimmen, die altbekannte wirtschaftsliberale Positionen im Rahmen der Krise suspendieren wollten.

72

Eine grundlegende Darstellung der Verbindungen der AfD mit der Corona-Skeptiker-Szene bieten Naumann/Kamann 2021. Sie stellen fest, dass es in der Partei »[e]ine aktionistische Widerstandsmentalität« (Naumann/Kamann 2021: 166) gibt und erklären dies mit dem Konzept der ›Querverbindungen‹. Denn durch diese »Widerstandsmentalität« wurde
»eine neue Dynamik für all die ›Diktatur‹-Behauptungen und Verschwörungsmythen [erzeugt], die viele in der AfD proklamierten und nun auf Corona anwandten« (Naumann/Kamann 2021: 166).

73

In beiden Sitzungen unterbrach der Bundestagspräsident die Kanzlerin und richtete mahnende Worte an die Abgeordneten der AfD. So führte er am 15. April 2021 aus:
»Frau Bundeskanzlerin, darf ich eine allgemeine Bemerkung machen? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, was immer wir für eine Meinung im Einzelnen haben: Glauben Sie angesichts der Notlage und der Sorgen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass wir dem nicht auch in der Art, wie wir das hier debattieren, Rechnung tragen müssen? Ich bitte Sie doch herzlich.« (PlPr. 19/222: 28102)
Das Protokoll vermerkt anschließend »Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN« (PlPr. 19/222: 28102)

74

Dieser Absatz folgt Ruhose 2020c: 22 f.

75

So beansprucht der Herausgeber des vom Verfassungsschutz beobachteten Compact-Magazin, Jürgen Elsässer, die Urheberschaft für die Wortschöpfung »Corona-Diktatur« (Compact 2021).

76

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

77

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

78

Diese Linie verfolgt die AfD auch in den Landtagen. Nicht nur in Thüringen unter der Führung von Björn Höcke, sondern auch im Wahlkampf der AfD in Rheinland-Pfalz spielt dies eine Rolle, weil sich diese Zielgruppe auch aus der sozialwissenschaftlichen Forschung der AfD ableiten lässt. Dort heißt es bei der Vorstellung der Landtagswahlkampagne 2021 zum Beispiel:
»Wir wollen die arbeitenden Bürger dieses Landes ansprechen […] Umfragen zeigen, dass diese Gruppe für uns ein großes Potential bietet« (Zillmann 2021: 4).

79

So führt Lindner in der Debatte aus, dass »es […] richtig [ist], dass nun bundeseinheitlich gehandelt wird« (BT-Drs. 19/222: 28106) und »den Deutschen Bundestag zu beteiligen und nicht ausschließlich auf die Bund-Länder-Runde der Regierungschefinnen und Regierungschefs zu setzen« (BT-Drs. 19/222: 28106).

80

Der rechte Publizist Josef Schüßlburner nahm an der Veranstaltung der AfD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin Mitte Oktober 2020 teil (AfD Schwerin 2020). Er verfasste unter anderem eine Studie zum »›Verfassungsschutz‹: Der Extremismus der politischen Mitte« (Schüßlburner 2016) in der Schriftenreihe des Instituts für Staatspolitik.

81

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

82

Schüßlburner (2021) schlägt vor, eine Allianz mit anderen politischen Kräften im Parlament zu suchen, um eine Änderung des Grundgesetzes nach dänischem Vorbild

vorzunehmen, nachdem Parteien und Vereine

»die sich unter Anwendung von Gewalt betätigen oder ihre Ziele durch Gewaltanwendung, Anstiftung zu Gewaltanwendung oder ähnliche strafbare Beeinflussung Andersdenkender zu erreichen suchen« (Schüßlburner 2021),

verboten werden können. Er schlägt dabei eine Art Querfront vor:

»Da die politische Linke, anders als die politische Rechte, immer wieder Grundgesetzänderungen anstrebt, würden sich schon Gelegenheiten ergeben, diese Forderung in den politischen Entscheidungsprozeß einzuführen« (Schüßlburner 2021).

83

Weitere Profiteure des gesellschaftlichen Wandels und der schwindenden Integrationskraft der ehemaligen Volksparteien sind auf der anderen Seite der kulturellen Achse die Grünen (Zürn 2018, Hutter/Kriesi 2019; Mielke/Ruhose 2020: 2). Auf diese Entwicklung soll hier aber nicht weiter eingegangen werden. Das Spannungsverhältnis zwischen AfD und Grünen wird in Kapitel 7 dieser Arbeit noch einmal aufgegriffen.

84

Dies nicht zuletzt dadurch, dass die Union unter Angela Merkel dem konservativen Flügel keinen Platz zugesichert hat. Dies erfolgt durch Merkels CDU-Modernisierungskurs, der Strategie der ›asymmetrischen Mobilisierung‹ und aufgrund der unbewältigten Einwanderungsland-Debatte.

85

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

86

Eine ähnliche Unterscheidung nimmt Norton (2008) mit seinen Oppositionsmodi vor.

87

Es sei darauf hingewiesen, dass Populismus keine Form ist, die an Oppositionen gebunden ist, wie die schwarz-blauen Bundesregierungen in Österreich in der Vergangenheit ebenso zeigen wie die lateinamerikanischen populistischen Regierungen.

88

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

89

In seinem Werk »Die Macht der Kränkung« hat Haller (2017: 229–242) dafür ebenfalls wichtige Überlegungen dazu vorgenommen. Insbesondere im letzten Kapitel dieses Werks finden sich wichtige Hinweise, die er in seinem Buch über den »Wert der Wertschätzung« (Haller 2019) wiederaufgenommen hat und die ebenfalls in die hier vorgenommenen Überlegungen eingeflossen sind.

90

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

91

Für die Frage, wie eine solche Enttabuisierung durch die etablierten politischen Kräfte geleistet werden kann, ist es – Haller (2017 und 2019) folgend – wichtig, dass die Gesellschaft zu einer besseren Wertschätzung gelangt. Dieser Grundgedanke wird in dieser Arbeit daher in den Schlussfolgerungen noch einmal aufgegriffen.

92

Auf Hinweis des Experten redaktionell überarbeitet.

93

Der Gründer der AfD analysiert dies sehr genau und lehnt den Weg ab, die Verbitterung als einen »Nährboden« anzusehen, den man »infizieren kann«. Für ihn ist Götz Kubitschek dafür der zentrale Vordenker der Kräfte in der AfD, die diesen Weg gehen wollen. Diesem Milieu der Verbitterten »tritt niemand in der AfD entgegen«. Für ihn ist Kubitschek daher »der Voldemort der AfD«, wie er den Vordenker in Anspielung auf den Gegenspieler von Harry Potter bezeichnet (Lucke 2019: 160).

94

Im Extremfall, darauf weist Heidenreich (2019: 39) hin, führt dieses Verstärken zur Entstehung politischer Gewalt.

95

Anders als beispielsweise bei Salzborn (2017: 101) soll Kubitschek hier gleichwohl als ein ernst zu nehmender Akteur verstanden werden, der wesentlichen Einfluss auf die Linie der wesentlichen Personen in der Fraktion

nimmt. So sind seine theoretischen Überlegungen zwar sehr häufig mit »[d]em Hang zur narzisstischen Selbstinszenierung« (Salzborn 2017: 101) formuliert, dennoch wesentlich zum Verständnis, wie die AfD sich strategisch in der parlamentarischen Arena (und in ihrem bewegungsorientierten Vorhof) verhält. Diese Ansicht wird mittlerweile durch die Begründung des Verfassungsschutzes zur Beobachtung des IfS und des Verlags Antaios von Götz Kubitschek gestützt (Fuchs 2021). Diese zeigt, wie wichtig dessen Gedanken für die Entwicklung der AfD sind. Der Verfassungsschutzpräsident führt aus, dass aus Schnellroda heraus versucht werde »in den politischen Raum einzuwirken und seine ideologischen Ziele auf diese Weise durchzusetzen« (Wiedmann-Schmidt 2020). Mit zeitweise großem Erfolg: Der Geschäftsführer des Instituts war Mitglied im Kuratorium der AfD-nahen Erasmus-Stiftung (Kamann/Naumann 2019), Björn Höcke ist eng verbunden mit Kubitschek und Gauland, Hartwig und Weidel waren jeweils Redner dort. Der rechte Publizist Dieter Stein (2020a: 2) stellt fest, dass man dem IfS vorhalten müsse, »seit 2013 systematisch darauf hingewirkt zu haben, bei der AfD die marktwirtschaftliche, konservativ-freiheitliche durch eine nationalkollektivistische Ausrichtung zu ersetzen.«

96

Dieser Absatz ist angelehnt an Ruhose 2019: 13.

97

Für zwei der von AfD-Bundestagsabgeordneten eingelassene Störer hatte die Aktion Folgen. Sie erhielten Hausverbot. Die Bundestagsverwaltung teilte zudem mit: »Gegen mehrere Personen sind außerdem Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz eingeleitet worden, die Bußgelder zur Folge haben« (zitiert nach Decker 2021a).

98

Bauer (2018: 29) verweist darauf, dass es »drei Wesenszüge bzw. Grundbegriffe der Ambiguitätsintoleranz« gebe, die man in den zentralen Einstellungsmustern der AfD-Wählerschaft (s. Kapitel 2) und der Arbeit der AfD-Fraktion wiederfinden kann:

»*Wahrheitsobssession, Geschichtsverneinung* und *Reinheitsstreben*« (Bauer 2018: 29; Hervorhebungen im Original).

99

Hier scheint bei den weiblichen Abgeordneten, die diesen Schritt gehen, auch frauenfeindliches Verhalten ausschlaggebend. In einer Umfrage unter weiblichen Abgeordneten des Bundestags geben diese an, dass sich der Umgang mit Frauen durch die AfD-Fraktion wieder verschlechtert habe (Baumgärtner/Müller 2021).

100

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

101

Zur Wirkung der rechtspopulistischen Sprache sei an dieser Stelle auf Detering 2019 verwiesen.

102

In vielen Fällen ist die wissenschaftliche Reputation der Anzuhörenden allerdings in Zweifel zu ziehen, wie Experte E1 feststellt. »[B]ei der AfD sind es dann […] zum Teil sehr dubiose Experten, die da als Sachverständige angehört werden« (IV E1).

103

In der Corona-Krise beklagte sich der AfD-Abgeordnete Witt (2020) dann darüber, dass im Bundestag der Antrag der AfD zum »Notfallprogramm für Obdachlose in der Coronakrise« (BT-Drs. 19/18143) abgelehnt worden sei, wenig später aber die Berliner Sozialsenatorin von der Linkspartei Punkte des Antrags übernommen habe. Er versuchte, dabei die ›Doppelmoral der Altparteien‹ zu skandalisieren.

104

Dieser Absatz baut auf Ruhose 2020c: 23 f. auf.

105

Hier möchte die AfD durch ihren Gesetzentwurf die parlamentarische Praxis bei der Immunität dahingehend verändern, »dass Strafverfahren gegen ein Mitglied des Bundestages so lange möglich sind, bis der Deutsche Bundestag sie untersagt« (BT-Drs. 19/ 9967: 1).

106

Für dieses Amt ist bei den ersten beiden Wahlgängen die

sogenannte »Kanzlermehrheit« in geheimer Wahl notwendig. Diese Marke liegt bei 355 Stimmen in der 19. Wahlperiode. Auch im dritten Wahlgang scheiterten die Kandidatinnen und Kandidaten, obwohl hier nur die einfache Mehrheit – also mehr Ja- als Nein-Stimmen – zählt.

107

So geschehen bei folgenden Gremien: Vertrauensgremium gemäß Paragraf 10a Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung, Gremium gemäß Paragraf 3 des Bundesschuldenwesengesetzes sowie sondergremiumsgemäß Paragraf 3 Absatz 3 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes.

108

Die Fraktionen der Großen Koalition verfügen gemeinsam über 50 Prozent dieser Kernzeit des Parlaments. Die Oppositionsfraktionen teilen sich anteilig die weitere Hälfte der Redezeiten. Zunächst erhielt dabei die AfD als größte Oppositionsfraktion wiederum die Hälfte der gesamten Oppositionszeit. Da dies bei einem Wahlergebnis von 12,6 Prozent im Vergleich zu den im Gesamten 29 Prozent von FDP, Linksfraktion und Grünen ein Ungleichgewicht darstellte, wurde diese Regelung an die prozentualen Anteile der Oppositionsfraktionen an der Oppositionszeit angepasst.

109

Am Beispiel der Diakonie verdeutlicht diese Funktion der Zivilgesellschaft Lilie 2018: 117–128.

110

Im Internet ist der Mitschnitt noch auf der Plattform »Epoch Times« zu finden, einem ›Alternativmedium‹, welches im AfD-Umfeld intensiv konsumiert wird (Herber 2017).

111

Teilweise auch mit schwerem Verlauf, wie bei dem besonders offensiv auftretenden Corona-Skeptiker Thomas Seitz (Kamann 2021b: 6).

112

Dieser Absatz aktualisiert Ruhose 2019: 20 f. und übernimmt Passagen wörtlich.

113

Dieser Absatz aktualisiert Ruhose 2019: 21 und übernimmt Passagen wörtlich.

114

Die beiden Journalistinnen Katja Bauer und Maria Fiedler kommen in ihrem Buch über »[d]ie Methode AfD« (2021) zu einem ähnlichen Ergebnis. Sie sprechen von insgesamt drei Dilemma-Situationen, denen sich die anderen Fraktionen gegenübersehen (Bauer/Fiedler 2021: 150-164).

115

Dieser Absatz aktualisiert Ruhose 2019: 21 und übernimmt Passagen wörtlich.

116

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

117

In einer Analyse für Focus Online hat der Verfasser damals zu möglichen Themen der Berichterstattung festgehalten (Ruhose 2018c):
»Es hätte eine Auseinandersetzung mit einer blassen Kanzlerin im Mittelpunkt gestanden, die gar nicht den Impuls verspürt hatte, neue Akzente in die politische Debatte einzubringen. Vielleicht hätte die Aussage der damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles die Schlagzeilen geprägt, die sich klar gegen einen Einsatz der Bundeswehr in Syrien ausgesprochen hatte. Es kam anders, da Martin Schulz unmittelbar auf die Rede Alexander Gaulands reagierte und Kahrs die AfD im Gesamten hart angriff.«

118

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

119

Auf einen ähnlichen Fall weist Meinel (2019: 178) hin. Am 27. Juni 2018 zitierten die GRÜNEN gemeinsam »[m]it Linken und AfD« (Meinel 2019: 178) Innenminister Horst Seehofer in die laufende Sitzung des Bundestags herbei, da dieser bei einer von den Linken beantragten Aktuellen Stunde zur Seenotrettung fehlte.

120

Hier werden Überlegungen weiterentwickelt., die der

Autor zur Konstituierung des Bundestags im Oktober 2017 und in seiner Analyse des ersten Jahres im Bundestag vorgenommen hat (Ruhose 2017 und 2019a).

121

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

122

Es sei angemerkt, dass Tibi (2016: 73) einige Seiten später anführt, dass er in der BILD seine Gefühlslage hinsichtlich der Einschränkung der Meinungsäußerung veröffentlichen konnte, »›deren Opfer ich durch Ausgrenzung bin‹«.

123

Eine Entwicklung, die die AfD-Fraktion mit Blick auf die Diskussionskultur an den Universitäten in Deutschland wissenschaftlich untersuchen will (BT-Drs. 19/28797).

124

Bender (2020a: 4) spricht von einer Linksidentitären Strömung bei SPD, Grünen und Linken in Anlehnung an die Identitäre Bewegung auf der rechten Seite.

125

Diese Forderungen reihen sich ein in zentrale politische Debatten innerhalb der AfD zur Liberalisierung des Waffenrechts mit dem Ziel, dass sich Abgeordnete der AfD, die »wesentlich mehr als die Allgemeinheit durch Angriffe an Leib und Leben gefährdet« (Tillschneider zitiert nach dpa 2021c) seien, leichter bewaffnen können. Ins AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021 hat diese Forderung keinen Eingang gefunden. Allerdings befassen sich nun parteiinterne Arbeitsgruppen damit (dpa 2021c).

126

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

127

Diese Schlussfolgerung ist übernommen aus Ruhose 2018a: 7.

128

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

129

In der 19. Wahlperiode hat der ehemalige AfD-Abgeordnete Uwe Kamann als fraktionsloser Abgeordneter vorgeschlagen, die GOBT so zu ändern,

dass »eine Fraktion frühestens drei Monate nach dem letzten erfolglosen Wahlgang einen weiteren Wahlgang beantragen darf. Außerdem heißt es in seinem Entwurf: ›Nach drei erfolglosen Wahlvorschlägen erlischt das Antragsrecht der jeweiligen Fraktion für die laufende Legislaturperiode‹« (dpa 2019b). Mittlerweile ist Uwe Kamann Mitglied der Partei ›Liberal-Konservative Reformer‹.

130

Das juristisch überprüfte Ablehnen eines Hammelsprungs in der Sitzung des Bundestags vom 27. Juni 2019 durch Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (PlPr. 19/107: 13294 ff.) zeigt, dass hier auch genügend Spielraum für das Sitzungspräsidium besteht, auch wenn die AfD sich in ihren Rechten beschnitten sah (Sehl 2019).

131

Gauland selbst musste seine geplante Erwiderung am zweiten Parteitagstag krankheitsbedingt ausfallen lassen (dpa 2020h).

132

Auf Hinweis des Experten redaktionell angepasst.

133

Quent (2020b: 35) formuliert dazu: »Die AfD ist rechtsextrem und rechtspopulistisch«. Zur Einordnung der Partei und ihrer Wählerschaft vgl. auch Ruhose 2020c.

134

Dieses Kapitel übernimmt Passagen aus Ruhose 2021: 485 f. und aktualisiert die dort vorgenommenen Überlegungen zur Entwicklung der AfD im Generellen und der Fraktion im Speziellen nach der Bundestagswahl 2021.

135

Auf Hinweise des Experten redaktionell überarbeitet.

136

Mit Blick auf die weitere Entwicklung der so genannten Querdenker-Bewegung im weiteren Verlauf einer sich abschwächenden Corona-Pandemie und auf das neue sicherheitspolitische Umfeld im Nachgang zur kriegerischen Handlung Russlands gegenüber der

Ukraine wird zu untersuchen sein, ob sich hier für die AfD »Gelegenheitsstrukturen« ergeben oder sie Positionsschwierigkeiten ausgesetzt sein wird. Beide Entwicklungen liegen am Ende oder nach dem hier untersuchten Zeitraum und konnten daher nicht mit untersucht werden.

137

Dieses Kapitel wurde nach Abschluss der Arbeit ergänzt. Dafür wurde eine These zur Disputation zu dieser Arbeit im Juli 2022 aktualisiert und erweitert.

138

Die sowieso nicht zu trennen sind (vgl. Mau 2019: 232).


campus WISSENSCHAFT
Frankfurt. New York
Geschichte • Sozialwissenschaften
Kulturwissenschaften • Philosophie
Unser
GESAMTES
PROGRAMM
finden Sie auf
campus.de

Impressum

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn.
In Gedenken an meine zu früh verstorbenen Eltern. Danke für Alles.

ISBN 978-3-593-51724-7 Print
ISBN 978-3-593-45424-5 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-593-45423-8 E-Book (EPUB)

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlagmotiv: Alexander Gauland (AfD) spricht am 21. März 2018 im Deutschen Bundestag, im Hintergrund links auf der Regierungsbank Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) © ww.shutterstock.com (Bildnummer 1051558826)
Satz: le-tex xerif
Gesetzt aus der Alegreya

www.campus.de